UC-NRLF
B 3 355 081

R. HENNIG

GEOPOLITIK

Digitized by Google

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

Digitized by Google

Digitized by Google

GEOPOLITIK.

DIE LEHRE VOM STAAT ALS LEBEWESEN

VON

PROF. DR. RICHARD HENNIG

ZWEITE VERMEHRTE AUFLAGE

MIT 81 KARTEN IM TEXT

1931

LEIPZIG UND BERLIN

VERLAG UND DRUCK VON B. G. TEUBNER

Digitized by Google

LOAN STACK

LOAN STACK

Digitized by Google

JC319
H43
1931

Vorwort zur ersten Auflage.

Von alters her hat sich die geographische Wissenschaft als eine politische Macht erwiesen. Ratzel.

Unendlich groß ist der Schaden, der aus geographischer Unwissenheit erwächst. Sir Thomas Holdich.

Burckhardt hat einmal geäußert: „Für jeden Gebildeten besteht eine Pflicht zur Richtigerhaltung seines Weltbildes." In unserer gärenden Gegenwart mit allen ihren Nöten und düsteren Wolken ist insbesondere die Pflicht zur Richtigerhaltung des politischen Weltbildes dringlicher als in den sonnigen Tagen der Vorkriegszeit. In der zünftigen großen Politik ist heute nicht mehr mit staats-, rechts- und verwaltungswissenschaftlichen Kenntnissen allein auszukommen, sondern wirtschaftliches, erdkundliches, völkerpsychologisches Wissen ist mindestens ebenso wichtig geworden. Die Politik ist vielleicht die schwerste der angewandten Wissenschaften, und Außenpolitik ist in unseren Tagen der Weltweite nicht zum wenigsten angewandte Geographie geworden.

Von jeher ist aber die Geographie ein Aschenbrödel im Schulunterricht gewesen. Wer weiß, ob unser Volk und seine politische Leitung nicht den siegreichen Ausgang des großen Weltkrieges errungen hätte, wenn ein besseres Verständnis für die großen Zusammenhänge im erdkundlich-politischen Geschehen den Gebildeten, und insbesondere den Volksvertretern und Diplomaten, schon seit 50 Jahren eingeimpft worden wäre! In der auswärtigen Politik sollte sich hinfort überhaupt niemand mehr betätigen dürfen, der nicht ein gediegenes geographisches, historisches und weltwirtschaftliches Wissen sein eigen nennt.

Das Gefühl, daß die ungebührlich starke Vernachlässigung der erdkundlich-politischen Kenntnisse Unheil über unser Volk gebracht hat, scheint sich widerzuspiegeln in dem rasch wachsenden Interesse weiter Kreise für Politische Geographie und ganz besonders für die von Ratzel und Kjellén begründete, junge Wissenschaft der Geopolitik. Die Geopolitik soll, nach einem Worte Haushofers „dem deutschen Volke den politischen Blick in die Weite der großen Erdräume vermitteln helfen, der vor dem Kriege fast völlig fehlte und dessen Pflege in der Einschränkung unserer weltweiten Betätigung doppelt nötig ist." Jeder Aufwand, den Deutschland sich leistet, um das Denken in Erdteilen zu fördern, wird sich in einer Verbesserung seiner Stellung in der Welt hundertfach bezahlt machen.

Aus dieser Erwägung heraus ist das vorliegende Werk entstanden, zu dem meine in Düsseldorf gehaltenen Vorlesungen die Anregung gegeben haben. Möge es helfen, unserem Volke den Blick zu schärfen für das weltpolitische Geschehen unserer Tage, für die ewigen, ehernen, großen Gesetze, denen dieses Geschehen zwangsläufig unterliegt! Und möge der Inhalt recht vielen deutschen Volksgenossen die Überzeugung vermitteln: Die Politik ist nicht Freiwild für jedermann, sondern eine hohe Wissenschaft und eine Kunst dazu, in der Kurpfuscher vielleicht noch mehr Unheil anrichten können als in der Heilkunde!

So sei dieses Werk dem deutschen Volke dargebracht — „auf daß es glücklich sei und frei!"

Düsseldorf, 18. Mai 1928. **Richard Hennig.**

Digitized by Google

Vorwort zur zweiten Auflage.

Trotz schwerster wirtschaftlicher Notzeit in Deutschland ist die erste Auflage des vorliegenden Werkes in zwei Jahren abgesetzt. Hieraus darf ich wohl schließen, daß mein Versuch, eine Darstellung der bisher von der Forschung ermittelten geopolitischen Zusammenhänge zu geben, einem Bedürfnis weiterer Kreise entsprach. Daß zu dem Erfolge auch die hervorragend klaren und schönen Kartenskizzen, die der Verlag nach meinen Wünschen hat anfertigen lassen, wesentlich beigetragen haben, unterliegt für mich keinem Zweifel.

In der vorliegenden, erweiterten Neuauflage habe ich zahlreiche Wünsche und Anregungen der Kritiker weitgehend berücksichtigt, auch einige störende Druckfehler und Versehen beseitigt. Hinzugekommen ist vor allem das letzte Kapitel, das, schon vor drei Jahren mit dem übrigen Werk niedergeschrieben, in der ersten Auflage fortgelassen wurde, um den Umfang des Buches zu verringern. Ich bin dem Verlage und dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Dr. Aengeneyndt, dankbar, daß jetzt die Aufnahme dieses Kapitels ermöglicht wurde, das ich zur Abrundung der Darstellung für notwendig erachte und dessen Fehlen vereinzelt auch von der Kritik bemerkt wurde.

Einige Besprechungen haben Anstoß daran genommen, daß des Verfassers politische Weltanschauung im Buche erkennbar sei. Ich kann hierin nicht unbedingt einen Fehler sehen, wenn geopolitisch-geschichtliche Erkenntnisse diese Weltanschauung (die ehedem wesentlich anders war) erst geformt haben und somit der Vorwurf einer petitio principii keinesfalls erhoben werden kann. In allen geopolitischen Werken sind, so weit ich sehe, die persönlichen politischen Auffassungen der Verfasser, die bezeichnenderweise den meinigen stets nahe verwandt sind, deutlich durchzufühlen. Das ist wohl auch unvermeidlich, denn wenn die geopolitischen Betrachtungen nicht farb- und saftlos werden sollen, so muß deutliche Kritik an vielen Gegenwartsproblemen und an brennenden Nöten der Zeit geübt werden. Eine gewisse persönliche Note ist daher m. E. in allen solchen Werken kaum zu entbehren. Klare Stellungnahme regt nun einmal mehr zum Nachdenken an als blutleere theoretische Erörterungen.

Übrigens konnte ich auch aus den objektivsten der größeren Besprechungen des Buches die ungefähre Parteizugehörigkeit des Rezensenten ebenfalls deutlich erkennen (mit nur einer Ausnahme). Der Umstand, daß aus allen parteipolitischen Lagern wechselnde Einzelheiten im Buch bemängelt wurden, scheint mir zu beweisen, daß ich mich vor Einseitigkeit des Urteils jedenfalls bewahrt habe.

In der Neuauflage habe ich einige Schärfen des Ausdruckes, die, zumal im Ausland, Anstoß erregt haben, gemildert, im übrigen aber nach wie vor gesagt, was m. E. gesagt werden muß. Offenbare Schäden und Gebrechen der heutigen Weltstruktur zu vertuschen, durfte nicht Aufgabe eines Buches sein, das zum weltpolitischen Verständnis den Weg weisen will. Wahrheit muß in wissenschaftlichen Werken erwünscht sein und ertragen werden. Ich habe daher auch an der scharfen Kritik am Genfer Völkerbund sachlich nichts zurücknehmen können. Den z. T. überaus heiklen Stoff des neuen Schlußkapitels bitte ich freundlichst unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachten zu wollen.

Möge die neue, mannigfach ergänzte und verbesserte Neuauflage ebenso freundlich, wie die erste, aufgenommen werden!

Düsseldorf, 29. Oktober 1930. **Richard Hennig.**

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

1. Die Vorgeschichte der Geopolitik 1
2. Der Unterschied zwischen Geopolitik und politischer Geographie . . 9

I. Die Staaten als Lebewesen 12

1. Geburt, Lebensfunktionen und Tod der Staaten 12
2. Die zonale Verbreitung der Staaten 15
3. Die ältesten Staaten der Menschheit und ihre geographischen Vorbedingungen 19
4. Das Mittelmeer als Schöpfer der ersten Seestaaten 28
5. Die Gegenpole antiken staatlichen Lebens: Phönizien, Hellas, Rom. . 31
6. Ein Vergleich zwischen heutigen und antiken Staatstypen 38

II. Die geopolitischen Faktoren der Staatenbildung. — Einleitung 43

1. Die Beschaffenheit des Bodens 43
2. Der Einfluß der Fauna und Flora 49
3. Der Einfluß des Klimas 53
4. Die Bedeutung der Niveauunterschiede 56
5. Die Wirkung des Bodens auf den Volkscharakter 60
6. Der Einfluß der verkehrsgeographischen Bedingtheiten 64
7. Die geophysische Lage 75
8. Das Meer als geopolitischer Faktor 79

III. Die Wachstumstendenzen der Staaten und die Staatsgrenzen 98

1. Größenordnungen der Staaten 98
2. Flächenhafte Grenzen. 107
3. Grenzwälle und -mauern 110
4. Linienhafte Naturgrenzen 113
   a) Gebirgsgrenzen 113
   b) Fluß- und Seegrenzen 117
5. Mathematisch-geographische Grenzen 122
6. Ethnologische Grenzen 128
7. Strategische Grenzen 136
8. Wirtschaftliche Grenzen. 143
9. Wachstumsspitzen 150
10. Innere Kolonisation 154

IV. Gesetzmäßigkeiten in der Lage der Hauptstädte im Verhältnis zu den Staatsgrenzen und den großen Seeplätzen . 158

1. Die Hauptstadtlage im überwiegenden Landstaat 158
2. Die Hauptstadtlage im überwiegenden Seestaat. 163
3. Unzweckmäßige Lage von Hauptstädten 164
4. Die Hauptstädte der Kolonialstaaten 166
5. Die Lage der Hauptplätze in den modernen Staaten mit Doppelcharakter. 168

Digitized by Google

Seite

V. Das Übervölkerungsproblem der Staaten und der Erde . . . 170
1. Malthusianismus und Völkerwanderungen 170
2. Aus- und Einwanderung 178
3. Das Anwachsen der Bevölkerungszahl der Erde 185

VI. Politische Reibungsflächen infolge des Hungers nach Raum 202
1. Die Auseinandersetzungen mit den Nachbarn und der „Druckquotient" 202
2. Bündnisse mit Nachbarn des Nachbarn 205
3. Die Mare-nostro-Tendenz und der Drang nach dem Gegenufer 207
4. Pufferstaaten 210
5. Kondominium 213

VII. Der staatliche Fortpflanzungstrieb (Kolonialpolitik) 217
1. Die Kolonien des Altertums und Mittelalters 217
2. Die Anfänge der modernen Kolonisation 222
3. Die politischen Reibungsflächen in den Kolonien 227
4. Staatliches Eigenleben und Großjährigkeit der Kolonien 231
5. Verknappung des verfügbaren Kolonialraums 236
6. Das Protektoratswesen 243
7. Strohmann-Staaten 251
8. „Freundschaftsverträge" 254
9. Kapitulationen als Kolonialersatz 256
10. Kolonialmandate 261
11. Volk ohne Raum 271
12. Vor dem Ende des kolonialen Zeitalters? 288
13. Wie kann das koloniale Zeitalter verlängert werden? 300

VIII. Internationalisierungsbestrebungen 305
1. Internationalisierte Landstriche 305
2. Internationalisierung der Meere 307
3. Internationalisierung großer Seekanäle 312
4. Internationalisierung von Binnenwasserstraßen 315
5. Die Enteuropäisierung (Gegenkolonisation) der außereuropäischen Welt 316
6. Kontinentalbewußtsein, Paneuropa und Nationalgefühl 321
7. Internationale Verflechtungen im modernen Wirtschaftsleben 327
8. Wirtschaftliche Monroedoktrinen? 333

IX. Rasse, Nationalität und Volkstum 335
1. Die Diskussion über die Begriffe Rasse, Nation und Volk 335
2. Rassenreinheit und Rassenmischung 337
3. Vom Stamm zum Staat 342
4. Die Kennzeichen des Staates 344
5. Nation und Volk 347
6. Toleranz und Intoleranz in nationalen, völkischen und konfessionellen Fragen 351
7. Die Entstehung des Nationalgefühls 354
8. Die Kämpfe der Volkheiten in Nationalitätenstaaten 358
9. Mehrstaatlichkeit und Selbstbestimmungsrecht der Völker 363
10. Notwendigkeit des Nationalbewußtseins 367
11. Staat ohne Volk und Volk ohne Staat 369
12. Vorzüge und Nachteile der nationalen Einheit der Staaten 374
13. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Praxis der Gegenwart . 376

Sachregister 381

Verzeichnis der Personennamen 383

Verzeichnis der geographisch-politischen Namen 386

Digitized by Google

Kartenverzeichnis.

Seite

Fig. 1. Die Ostwanderung des alten polnischen Staates 17
„ 2—5. Die vier ältesten Staaten. (Ägypten, Babylonien, Indien, China) 20
„ 6. Das karthagische Reich zur Zeit der höchsten Blüte 30
„ 7. Roms verkehrsgeographische Lage. 35
„ 8. Rußlands guter Ackerboden (Schwarzerde) 44
„ 9. Herkunft der Rohstoffe für Großbritannien 52
„ 10—15. Die Anpassung der Staatenbildung an das Erdniveau. (Beckenstaat, Horststaat, Sattelstaat, Abdachungsstaat, Inselstaat, Halbinselstaat). 56/57
„ 16. Der Straßenstaat des Inkareiches 68
„ 17. Deutsche Stromgebiete. 69
„ 18. Hinterindische Stromgebiete 69
„ 19. Einfluß der Flußrichtungen auf den Zentralismus in Frankreich . . 70
„ 20. Die Naturbegünstigung des russischen Zentralismus durch ein radial vom Moskauer Zentralraum ausstrahlendes Flußnetz 70
„ 21. Entwicklung des britischen Besitzes in Ostafrika als Folge des Suezkanals und der Kap-Kairo-Bahn 71
„ 22. Rußlands Meeresküsten vor 1914 81
„ 23. Finnlands Meereslage und der finnische Korridor zur Petschenga-Bucht 89
„ 24. Die Dreimeeres-Grenze aller drei Teilstaaten des Karolingerreiches . 89
„ 25. Die Viermeeres-Lage des Bismarckschen Dreibundes 90
„ 26. Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten 70 Jahren. 99
„ 27. Das Wachstum des römischen Reiches. 103
„ 28. Werden und Vergehen des türkischen Staates in Europa 106
„ 29. Der Verlauf der chinesischen Mauer 111
„ 30—33. Die wichtigsten Grenzwälle der europäischen Geschichte. (Limes, Piktenwall, Trajanswall, Danewerk) 112
„ 34. Das Fehlen einer guten Naturgrenze zwischen deutschem und französischem Volkstum 115
„ 35. Beispiel einer ungewöhnlich guten, binnenländischen Naturgrenze. . 121
„ 36. Die Demarkationslinie des Vertrages von Saragossa (1529). 124
„ 37. Neuguineas Aufteilung unter 3 europäische Staaten 125
„ 38. Die 49°-Grenze zwischen den Ver. Staaten und Kanada 126
„ 39. Die bisher dauerhaftesten mathematischen Grenzen 126
„ 40. Das Völkergemisch im alten Habsburger Reich und auf dem Balkan 130
„ 41. Die Umrahmung des tschechischen Volkstums durch das deutsche . 131
„ 42. Der holländische Schelde-Riegel 138
„ 43. Die kreisähnliche Gestalt des Vorkriegs-Ungarn 141
„ 44. Der preußische Staat um 1750 als Musterbeispiel einer unzweckmäßigen Gestalt 142
„ 45. Das neue Österreich und die Tschechoslowakei als Beispiele eines strategisch schlechten Grenzverlaufs 142
„ 46. Das Ringen zwischen ethnologischer, wirtschaftlicher und strategischer Grenze 146

Digitized by Google

Seite

Fig. 47. Französische Wachstumsspitzen auf deutschem Boden im 16. und 17. Jahrhundert 151
„ 48. Die Bevölkerung Deutschlands in ihrer Verteilung auf Stadt und Land 156
„ 49. Beispiel zweckmäßiger Grenzen (wenig Land- und viel Meeres-Grenze) 171
„ 50. Bevölkerungszunahme Deutschlands und Frankreichs 1870—1929. . 175
„ 51. Die normannische Völkerwoge des 9. bis 12. Jahrhunderts 177
„ 52. Herkunftsländer der Einwanderer in die Ver. Staaten von Nordamerika 1819—1925 184
„ 53. Die abnehmende Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland 187
„ 54. Die Tragfähigkeit des Lebensraums der Erde. 190
„ 55. Intensivierung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. . 192
„ 56. Die Bevölkerungszunahme der Erdteile 1913—1925 193
„ 57. Die Ägäis als Mare nostro im byzantinischen Reich des 12. Jahrhunderts 207
„ 58. Die Ostsee als schwedisches Mare nostro im 17. Jahrhundert. . . . 208
„ 59. Der Indische Ozean als britisches Mare nostro 209
„ 60. Der Nordostzipfel Afghanistans als Typus des Staaten-Puffers. . . 211
„ 61. Der Umfang der alt-griechischen Kolonisation 217
„ 62. Das Südpolargebiet 242
„ 63. Ein Strohmannstaat des Zeitraums 1841—1860 252
„ 64. Die „Anknabberung" Chinas vom Meere her am Schluß des 19. Jahrhunderts 256
„ 65. Der Beginn der Aufteilung Chinas in „Interessengebiete" um 1900 . 257
„ 66. Stadtplan von Schanghai. 259
„ 67. Die Verteilung des Kolonialbesitzes 268
„ 68. Japans Volksdichte 278
„ 69. Wanderdruck im Pazifischen Ozean 280
„ 70. Die Kreuzung japanischer, amerikanischer und englischer Einflußzonen im Großen Ozean 280
„ 71. Deutschlands Bevölkerungszunahme in den letzten 100 Jahren. . . 282
„ 72. Die Verwirklichung von Wilsons Punkt 5: „Gerechte Regelung aller kolonialen Ansprüche". 283
„ 73. Die Beschränkung des chinesischen Siedlungsraums auf eigenem Boden 287
„ 74. Das internationalisierte Landgebiet um Tanger 306
„ 75. Entwicklung des Welthandels. 318
„ 76. Einfluß des Dollars in Amerika 319
„ 77. Die Rohstoffbasis der Großmächte 320
„ 78. Verbreitung der Neger in den Vereinigten Staaten 1920. 340
„ 79. Politische Schütterherde in Europa 360
„ 80. Die Verbreitung des Deutschtums in der Welt 365
„ 81. Völkerkarte Osteuropas 379

Digitized by Google

Einleitung.

1. Die Vorgeschichte der Geopolitik.

Geopolitik ist einer der jüngsten Zweige am Baume der wissenschaftlichen Erkenntnis. Sie behandelt den Staat als ein Lebewesen, als einen Organismus, der wandelbar ist und insbesondere von allen geographischen Faktoren (im weitesten Sinne des Wortes) in seinem Entstehen und Wachsen, seiner politischen Geschichte und seinen Zielstrebungen mannigfältig und oft entscheidend beeinflußt werden kann.

Erst seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts hat Klarstellung dieser Zusammenhänge zwischen den geographischen Naturbedingtheiten und der Staatengeschichte sich so weit durchgesetzt, daß darauf eine neue, zur Zeit noch im Werden begriffene Wissenschaft allmählich aufgebaut werden konnte. Ansätze zur geopolitischen Betrachtungsweise unsrer Tage sind aber, im Grunde genommen, schon sehr frühzeitig zu verzeichnen.[1]) Man sagt kaum zu viel, wenn man als den ersten Geopolitiker jenen Menenius Agrippa bezeichnet, der i. J. 494 v. Chr. eine der geistvollsten Fabeln aller Zeiten dichtete, als er den auf den Heiligen Berg ausgewanderten Plebejern die Geschichte von den gegen den Magen rebellierenden Gliedern des Körpers erzählte, die dem Magen die Nahrung verweigerten und die dadurch alle zur Entkräftung verurteilt wurden.

Auch bei Plato finden sich in seiner Lehre vom Staat manche Anklänge, die stark an die modernen geopolitischen Auffassungen erinnern. So schildert er recht gut den Wachstumszwang des jugendlichen Staates[2]):

„Der Grund und Boden, der ehemals ausreichte, die damaligen Bürger zu ernähren, wird nun zu klein werden und nicht mehr groß genug ... Also werden wir von den Nachbarn Land abschneiden müssen."

Weiterhin sind in des Aristoteles Politik ganz neuzeitliche geopolitische Ideen aufzuspüren, so etwa, wenn er einmal sagt[3]), Kreta sei durch seine Lage zur Vorherrschaft über Griechenland bestimmt, weil es dem von Griechen umwohnten Meer vorgelagert sei. Daher erkläre sich die große Seemacht des Minos, der die anderen Inseln teils erobert, teils besiedelt und seine Waffen schließlich bis Sizilien getragen habe.

Im Mittelalter klingt eine geopolitische Betrachtungsweise besonders deutlich in einem ums Jahr 730 geschriebenen Briefe des Papstes Gregor II. an den byzantinischen Kaiser Leo III. (den Isaurier)

1) Vgl. die sehr eingehende Geschichte der politischen Geographie in Otto Maulls Werk „Politische Geographie", S. 1—31. Berlin 1925.

2) Platos Staat, XIII (373). 3) Aristoteles, pol. II, 7.

Digitized by Google

aus Anlaß des „Bilderstreites" an: hierin wird einmal der Staat einem lebenden Menschenkörper und die Religion der Seele in ihm verglichen.

In neuerer Zeit finden sich die ersten Ansätze zur modernen geopolitischen Betrachtungsweise in den Schriften Herders. Man höre etwa folgenden Satz[1]):

„Unsere Staatskörper sind also Thiere, die unersättlich am Fremden, Gutes und Böses, Gewürze und Gift, Kaffee und Thee, Silber und Gold verschlingen und in einem hohen Fieberzustande viel angestrengte Lebhaftigkeit beweisen; jene Länder rechnen nur auf ihren inwendigen Kreislauf."

Hierher gehören auch die in Herders Zeit sehr beliebten Versuche, die „Volkscharaktere" als Wirkung des Klimas anzusprechen.[2])

Unter den Geographen und Historikern stehen zwei erlauchte Namen an der Spitze der geopolitischen Entwicklung: Carl Ritter und Leopold von Ranke. Ritter prägte schon i. J. 1817 das ganz modern anmutende Wort vom „geographischen Individuum"[3]), und Ranke veröffentlichte i. J. 1833 seinen berühmten Aufsatz über „Die großen Mächte", der ebenso gut in unseren Tagen von Kjellén hätte veröffentlicht werden können. Noch klarer sind seine geopolitischen Ideen ausgesprochen in seiner Berliner Vorlesung vom Jahre 1836: „Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und der Politik"[4]), in der sich die folgenden ausgezeichneten Bemerkungen geopolitischen Charakters finden:

„Vorzüglich, wenn ich nicht irre, tritt in den Staaten die Continuität des Lebens hervor, welche wir dem menschlichen Geschlecht zuschreiben. Menschen sterben, ein Zeitalter folgt dem anderen oder wird von demselben verdrängt; Staaten aber, welche die Lebensdauer der einzelnen Sterblichen weit überragen, erfreuen sich eines sehr langen und immer gleichförmigen Lebens." (S. 285). — „Wer die Geschichte Venedigs durchläuft, kommt sich vor, als ob er dieselbe immer bewundernswürdige Dauer und Reihenfolge eines einzelnen Menschenlebens durch verschiedene Zeitalter hindurch verfolgte und anschaute" (S. 286). — „Die Staatsöconomie zeigt, wie die Glieder des Staates miteinander verwachsen sind, legt uns ihre Arterien und Adern vor Augen, die Orte, wo Odem und Blut sich befinden, und lehrt, wie die gesunde Beschaffenheit des Staatskörpers bewahrt, die ungesunde geheilt und ihr vorgebeugt werde" (S. 290).

Zumal der letzte Abschnitt enthält die Grundzüge eben derjenigen Anschauungsweise, welche die Geopolitik zur vollwertigen Wissenschaft auszugestalten bemüht ist.

Anklänge zu einer geopolitischen Betrachtungsweise sind im 19. Jahrhundert des öfteren nachzuweisen, wenn es auch durchweg bei Ansätzen geblieben ist. Einen Versuch dieser Art aus dem Jahre 1857, der ganz verblüffend modern anmutet, grub vor einigen Jahren die „Zeitschrift für

1) Joh. Gottfr. Herder, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, I, V. Riga 1784—1791.

2) Eine Übersicht in Friedr. Ratzels „Anthropogeographie" Bd. I, S. 13ff. Stuttgart 1899.

3) Karl Ritter, Die Erdkunde im Verhältnis zur Natur und zur Geschichte des Menschen. Berlin 1817/8. — Vgl. Hözel, Das geographische Individuum bei Karl Ritter und seine Bedeutung für den Begriff des Naturgebietes in „Geograph. Zeitschrift" 1896, S. 380.

4) L. v. Ranke, Abhandlungen und Versuche, S. 280ff. Leipzig 1872.

Digitized by Google

Geopolitik" [1]) aus, die Schrift eines Balten Georg Julius v. Schultz: „Die Ströme in politischer Beziehung", worin sich so vorzügliche Bemerkungen finden, wie:

„Ein Volk kann die Mündungen seiner Ströme ebensowenig entbehren wie der Hausherr den Schlüssel zu seiner Haustür." [2])

oder das Urteil über Dänemarks damalige Entdeutschungspolitik in Schleswig-Holstein, ein Urteil, das auch gegenüber manchen Gegenwartserscheinungen den Nagel auf den Kopf trifft:

„Es verzehrt seine Kräfte und seine Moral — gerade wie ein Individuum — in dem Festhaltenwollen an widernatürlichem, unrechtmäßigem Besitz." [3])

Erwähnt sei, daß auch Heinrich v. Treitschke, der große Historiker, den Staat als „lebendige Persönlichkeit" ansah. In Mommsens Auffassung vom Wesen des römischen Staates finden sich verwandte Töne.

In neuerer Zeit hat der Altmeister der Geographie Ferdinand v. Richthofen in seinen letzten Lebensjahren mehr als einmal Anschauungen geäußert, die von starkem geopolitischen Gefühl zeugen. Am deutlichsten hat er diese Überzeugungen wohl in der ein Jahr vor seinem Tode erschienenen, offensichtlich durch Ratzel beeinflußten Schrift „Das Meer und die Kunde vom Meer" (Berlin 1904) ausgesprochen. Auch in seinem nachgelassenen Werk „Allgemeine Siedlungs- und Verkehrsgeographie" [4]) finden sich manche Fäden zur Geopolitik hinüber angesponnen. Wenn Richthofen etwa „Seetüchtigkeit, einheitlichen Machtwillen und ein bedeutendes und geordnetes Staatswesen" als „Überflügelungsfaktoren" im politischen Machtkampf anspricht oder wenn er für die Völkerwanderungen die Formel prägt [5]):

„Wüsten, Steppen, Wälder und Sümpfe verhalten sich ähnlich wie die Gebirge. Auch sie wirken stauend, wandernde Scharen dringen nicht hinein. Die Steppenvölker folgen den Steppen und den fruchtbaren Gebieten auf ihren Wegen, sie meiden die Waldgebiete. Die Ackervölker folgen wesentlich dem Kulturland ... Schwache Stämme können in Wälder, Sümpfe, Tundren und Wüsten zurückgedrängt werden",

— so sind in diesen wenigen Worten ganze Kapitel geopolitischer Erkenntnis niedergelegt. Selbst die Eigenart der modernen geopolitischen Ausdrucksweise klingt bei v. Richthofen gelegentlich schon an. Was er etwa gelegentlich [6]) über die Japaner sagt, könnte auch Haushofer formuliert haben:

„Nie ist bei einem Volk so unvermittelt latente Energie in kinetische umgewandelt worden ... Dieser Anlaß war gegeben, als um 1860 plötzlich der Ausblick über die Meere sich eröffnete."

Als eigentlicher Vater der gegenwärtigen wissenschaftlichen Geopolitik ist unter den Geographen vornehmlich Friedrich Ratzel zu betrachten, der den Begriff der „Anthropogeographie" erfand und der fortgesetzt predigte, Staatswissenschaft, Historie, Kulturgeschichte usw. müßten an die Erdkunde herangebracht werden. Schon 1896 legte er die organischen

1) Jahrgang 1925, S. 161. 2) S. 165. 3) S. 171.
4) Herausgegeben von Otto Schlüter. Berlin 1908.
5) Allgemeine Siedlungsgeographie, S. 74/5. 6) Das Meer, S. 40.

Digitized by Google

aus Anlaß des „Bilderstreites" an: hierin wird einmal der Staat einem lebenden Menschenkörper und die Religion der Seele in ihm verglichen.

In neuerer Zeit finden sich die ersten Ansätze zur modernen geopolitischen Betrachtungsweise in den Schriften Herders. Man höre etwa folgenden Satz[1]):

„Unsere Staatskörper sind also Thiere, die unersättlich am Fremden, Gutes und Böses, Gewürze und Gift, Kaffee und Thee, Silber und Gold verschlingen und in einem hohen Fieberzustande viel angestrengte Lebhaftigkeit beweisen; jene Länder rechnen nur auf ihren inwendigen Kreislauf."

Hierher gehören auch die in Herders Zeit sehr beliebten Versuche, die „Volkscharaktere" als Wirkung des Klimas anzusprechen.[2])

Unter den Geographen und Historikern stehen zwei erlauchte Namen an der Spitze der geopolitischen Entwicklung: Carl Ritter und Leopold von Ranke. Ritter prägte schon i. J. 1817 das ganz modern anmutende Wort vom „geographischen Individuum"[3]), und Ranke veröffentlichte i. J. 1833 seinen berühmten Aufsatz über „Die großen Mächte", der ebenso gut in unseren Tagen von Kjellén hätte veröffentlicht werden können. Noch klarer sind seine geopolitischen Ideen ausgesprochen in seiner Berliner Vorlesung vom Jahre 1836: „Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und der Politik"[4]), in der sich die folgenden ausgezeichneten Bemerkungen geopolitischen Charakters finden:

„Vorzüglich, wenn ich nicht irre, tritt in den Staaten die Continuität des Lebens hervor, welche wir dem menschlichen Geschlecht zuschreiben. Menschen sterben, ein Zeitalter folgt dem anderen oder wird von demselben verdrängt; Staaten aber, welche die Lebensdauer der einzelnen Sterblichen weit überragen, erfreuen sich eines sehr langen und immer gleichförmigen Lebens." (S. 285). — „Wer die Geschichte Venedigs durchläuft, kommt sich vor, als ob er dieselbe immer bewundernswürdige Dauer und Reihenfolge eines einzelnen Menschenlebens durch verschiedene Zeitalter hindurch verfolgte und anschaute" (S. 286). — „Die Staatsöconomie zeigt, wie die Glieder des Staates miteinander verwachsen sind, legt uns ihre Arterien und Adern vor Augen, die Orte, wo Odem und Blut sich befinden, und lehrt, wie die gesunde Beschaffenheit des Staatskörpers bewahrt, die ungesunde geheilt und ihr vorgebeugt werde" (S. 290).

Zumal der letzte Abschnitt enthält die Grundzüge eben derjenigen Anschauungsweise, welche die Geopolitik zur vollwertigen Wissenschaft auszugestalten bemüht ist.

Anklänge zu einer geopolitischen Betrachtungsweise sind im 19. Jahrhundert des öfteren nachzuweisen, wenn es auch durchweg bei Ansätzen geblieben ist. Einen Versuch dieser Art aus dem Jahre 1857, der ganz verblüffend modern anmutet, grub vor einigen Jahren die „Zeitschrift für

1) Joh. Gottfr. Herder, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, I, V. Riga 1784—1791.

2) Eine Übersicht in Friedr. Ratzels „Anthropogeographie" Bd. I, S. 13ff. Stuttgart 1899.

3) Karl Ritter, Die Erdkunde im Verhältnis zur Natur und zur Geschichte des Menschen. Berlin 1817, 8. — Vgl. Hözel, Das geographische Individuum bei Karl Ritter und seine Bedeutung für den Begriff des Naturgebietes in „Geograph. Zeitschrift" 1896, S. 380.

4) L. v. Ranke, Abhandlungen und Versuche, S. 280ff. Leipzig 1872.

Digitized by Google

Geopolitik" [1]) aus, die Schrift eines Balten Georg Julius v. Schultz: „Die Ströme in politischer Beziehung", worin sich so vorzügliche Bemerkungen finden, wie:

„Ein Volk kann die Mündungen seiner Ströme ebensowenig entbehren wie der Hausherr den Schlüssel zu seiner Haustür." [2])

oder das Urteil über Dänemarks damalige Entdeutschungspolitik in Schleswig-Holstein, ein Urteil, das auch gegenüber manchen Gegenwartserscheinungen den Nagel auf den Kopf trifft:

„Es verzehrt seine Kräfte und seine Moral — gerade wie ein Individuum — in dem Festhaltenwollen an widernatürlichem, unrechtmäßigem Besitz." [3])

Erwähnt sei, daß auch Heinrich v. Treitschke, der große Historiker, den Staat als „lebendige Persönlichkeit" ansah. In Mommsens Auffassung vom Wesen des römischen Staates finden sich verwandte Töne.

In neuerer Zeit hat der Altmeister der Geographie Ferdinand v. Richthofen in seinen letzten Lebensjahren mehr als einmal Anschauungen geäußert, die von starkem geopolitischen Gefühl zeugen. Am deutlichsten hat er diese Überzeugungen wohl in der ein Jahr vor seinem Tode erschienenen, offensichtlich durch Ratzel beeinflußten Schrift „Das Meer und die Kunde vom Meer" (Berlin 1904) ausgesprochen. Auch in seinem nachgelassenen Werk „Allgemeine Siedlungs- und Verkehrsgeographie" [4]) finden sich manche Fäden zur Geopolitik hinüber angesponnen. Wenn Richthofen etwa „Seetüchtigkeit, einheitlichen Machtwillen und ein bedeutendes und geordnetes Staatswesen" als „Überflügelungsfaktoren" im politischen Machtkampf anspricht oder wenn er für die Völkerwanderungen die Formel prägt [5]):

„Wüsten, Steppen, Wälder und Sümpfe verhalten sich ähnlich wie die Gebirge. Auch sie wirken stauend, wandernde Scharen dringen nicht hinein. Die Steppenvölker folgen den Steppen und den fruchtbaren Gebieten auf ihren Wegen, sie meiden die Waldgebiete. Die Ackervölker folgen wesentlich dem Kulturland ... Schwache Stämme können in Wälder, Sümpfe, Tundren und Wüsten zurückgedrängt werden",

— so sind in diesen wenigen Worten ganze Kapitel geopolitischer Erkenntnis niedergelegt. Selbst die Eigenart der modernen geopolitischen Ausdrucksweise klingt bei v. Richthofen gelegentlich schon an. Was er etwa gelegentlich [6]) über die Japaner sagt, könnte auch Haushofer formuliert haben:

„Nie ist bei einem Volk so unvermittelt latente Energie in kinetische umgewandelt worden ... Dieser Anlaß war gegeben, als um 1860 plötzlich der Ausblick über die Meere sich eröffnete."

Als eigentlicher Vater der gegenwärtigen wissenschaftlichen Geopolitik ist unter den Geographen vornehmlich Friedrich Ratzel zu betrachten, der den Begriff der „Anthropogeographie" erfand und der fortgesetzt predigte, Staatswissenschaft, Historie, Kulturgeschichte usw. müßten an die Erdkunde herangebracht werden. Schon 1896 legte er die organischen

1) Jahrgang 1925, S. 161. 2) S. 165. 3) S. 171.
4) Herausgegeben von Otto Schlüter. Berlin 1908.
5) Allgemeine Siedlungsgeographie, S. 74/5. 6) Das Meer, S. 40.

Digitized by Google

Gesetze dar, denen das Wachstum der Staaten folgt[1]), und später hat er in seiner kleinen Schrift über das Meer[2]), die sichtlich auch Richthofens Denkweise stark beeinflußt hat, geradezu ein Muster geopolitischer Darstellungsweise geliefert. Ratzels geopolitische Anschauungen sind am treffendsten vielleicht wiedergegeben in den beiden Sätzen seines geopolitischen Hauptwerkes[3]):

1. „Der Staat ist ein Stück Menschheit und ein Stück organisierter Erde",

2. „Wo nicht natürliche oder wirtschaftliche Gründe dem Wachstum entgegenstehen, ist ein geräumiges, dünn bewohntes Land ein Großstaat der Zukunft."

Unter den verstorbenen deutschen Geographen verdient noch Robert Sieger hervorgehoben zu werden, der gelegentlich den Begriff der praktisch angewandten Geopolitik in ebenso einfacher wie zutreffender Weise definiert hat[4]) als eine „von geographischen Gesichtspunkten bestimmte Staatskunst".

Vor allem hat dann der große schwedische Staatswissenschaftler Rudolf Kjellén, der Vertreter der „biologischen Staatslehre", durch seine zahlreichen, auch in Deutschland weit verbreiteten Schriften mächtig zu einer systematischen Verknüpfung von Staatswissenschaft und Geographie auf dem Boden der geopolitischen Betrachtungsweise beigetragen, insbesondere in seinem bekannten, schon durch seinen Titel sehr charakteristischen Werk „Der Staat als Lebensform". In diesem finden wir u. a. folgenden sehr bezeichnenden Ausspruch[5]):

„Die Staaten, wie wir sie in der Geschichte verfolgen und uns in der Wirklichkeit unter ihnen bewegen müssen, sind sinnlich vernünftige Wesen — genau wie die Menschen."

An anderer Stelle sagt Kjellén, der auch das Wort „Geopolitik" geprägt hat, von den staatlichen „überindividuellen Lebewesen"[6]):

„Diese Staaten sprechen und handeln ja, halten Kongresse ab oder kämpfen auf Schlachtfeldern, beneiden und hassen einander oder sympathisieren miteinander, ziehen sich an oder fliehen einander, helfen und stürzen einander, wie andere lebende Wesen in einer Gemeinschaft",

— und seine Definition des Begriffes Geopolitik lautet[7]):

„Die Geopolitik ist die Lehre vom Staat als geographischem Organismus oder als Erscheinung im Raume: also der Staat als Land, Territorium, Gebiet oder, am bezeichnendsten, als Reich."

Unter den noch lebenden deutschen Vorkämpfern geopolitischer Betrachtungsweise seien die Geographen Karl Haushofer, Erich Obst, Otto Maull und Hermann Lautensach, der Historiker Walter Vogel, der Politiker Artur Dix an erster Stelle genannt, unter den

1) Friedrich Ratzel, Über die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten in Petermanns Mitteilungen, 1896, S. 97.
2) Derselbe, Das Meer als Quelle der Völkergröße. München 1900.
3) Derselbe, Politische Geographie, S. 4 und 437. München-Berlin 1903.
4) Zeitschr. f. Geopolitik, 1924, S. 110.
5) Rud. Kjellén, Der Staat als Lebensform, S. 30. Berlin-Grunewald 1924.
6) A. a. O., S. 35. 7) A. a. O., S. 45.

Digitized by Google

französischen Vidal de la Blache, Pinon, Brunhès und Vallaux, unter den englischen Mackinder und James Fairgrieve, von dem ein vortreffliches Werk über Geopolitik, in der Übersetzung Frau Marta Haushofers, auch in deutscher Sprache erschienen ist.[1]) Weiter seien der Amerikaner Isaiah Bowman sowie der Spanier de Reparaz als Vorkämpfer der neuen geopolitischen Betrachtungsweise genannt. Ferner sei des neuen, ausgezeichneten „Geopolitischen Typenatlas" von Schmidt-Haack und der sehr verdienstvollen, im Verlag von Kurt Vowinckel seit Jahren erscheinenden „Zeitschrift für Geopolitik" in diesem Zusammenhang rühmend gedacht. — Wie sehr selbst die „reinen" Geographen sich immer tiefer in geopolitische Ideen hineinfühlen, beweist eine Forderung Albrecht Pencks, der i. J. 1916 während des Krieges verlangte, es möge eine neue „Staatenkunde, welche den Staat nicht bloß als rechtliche Institution, sondern als lebenden Organismus mit sehr verschiedenen Funktionen betrachtet," geschaffen werden.[2])

Als Muster geopolitischer Darstellung sind aus letzter Zeit einige länderkundliche Monographien zu nennen, so vor allem Alfr. Hettners Studien über England und Rußland, Karl Haushofers verschiedene Japan-Werke, Obsts große Arbeit über Englands Stellung in der Welt, Uhligs Bessarabien-Untersuchung u. a.

Immerhin ist die Berechtigung der geopolitischen Betrachtungsweise noch umstritten. Während eine gewisse historische Schule in der ganzen Geopolitik nur einen alten Bekannten sieht, so daß der Historiker Meinecke sich i. J. 1916 geradezu äußert[3]):

„Wir Historiker aus der Rankeschen Schule begrüßen freudig den Siegeszug dieser uns längst vertrauten Auffassungsweise auf dem Gebiete der Staatswissenschaften".

— will der Kieler Staatsrechtler Jellinek die Betrachtungsweise nicht gelten lassen und polemisiert gegen „jene, die den Staat als ein neben oder über den Menschen stehendes Gebilde auffassen".

Daß aber auch große Geister, die weder Geographen noch Historiker, noch Staatswissenschaftler, noch Politiker waren, dennoch aus der Fülle ihrer philosophischen Ideenwelt heraus, genau wie Plato im Altertum, zu geopolitischen Erkenntnissen gelangen und im Zusammenhang damit geradezu zu Propheten der politischen Zukunftsentwicklung werden konnten, hat in wahrhaft erstaunlicher Weise Goethe zu wiederholten Malen bewiesen. Neben jenem gar nicht genug zu bewundernden Tischgespräch mit Eckermann vom 21. Februar 1827, worin er in einer Zeit, da noch nichts in der Welt auf eine solche Entwicklung schließen ließ, vorherverkündete, daß die Ver. Staaten einen Seekanal durch Mittelamerika und die Engländer einen solchen durch den Isthmus von Suez besitzen würden, kommt hier in erster Linie in Betracht das wundervolle Eckermann-

1) James Fairgrieve, Geographie und Weltmacht. Berlin 1925.
2) Zeitschr. d. Ges. für Erdkunde zu Berlin, 1916, S. 237ff.
3) Neue Rundschau, Juniheft 1916, S. 724.

Digitized by Google

Gespräch vom 23. Oktober 1828 (vgl. S. 161), worin z. B. die Einheit des Deutschen Reiches richtig als Folge der Zwangsläufigkeiten des Wirtschaftslebens betrachtet wird!

Auch Goethes großer Zeitgenosse Napoleon I. erkannte richtig die geopolitischen Zusammenhänge. Schrieb er doch am 10. November 1804 in einem Brief an den König von Preußen[1]: „La politique des États est dans leur géographie".

Das ist ja eben das Große in der neuartigen Betrachtungsweise: auch das historische und außenpolitische Geschehen in den Völkerschicksalen soll zum erheblichen Teil unabänderlichen Naturgesetzen unterliegen, die sich nach den Regeln des Parallelogramms der Kräfte auswirken. Wie die Wirtschaftswissenschaft ein „ehernes Lohngesetz" kennt, so kann man auch vom ehernen Gesetz der geopolitischen Einflüsse sprechen. Menschliche Größe und Energie einzelner großer Führer werden dabei keineswegs als belanglos gewertet, stellen vielmehr innerhalb jenes Parallelogramms der bewegenden politischen Kräfte eine sehr beachtenswerte Größe dar. Deutschland hätte z. B. seine politische Einheit auch ohne die überragende Persönlichkeit Bismarcks zwangsläufig schließlich erlangt — nicht so schnell und nicht so vollkommen, vielleicht auch nicht so dauerhaft, wie es nunmehr der Fall gewesen ist; aber des kommenden Deutschen Reiches zeitliche Nähe spürte man schon, bevor Bismarck die staatlichen Zügel Preußens in die Hand nahm (22. September 1862). Schon am 18. Oktober 1861, am Tage der Königsberger Königskrönung Wilhelms I., brachte Hoffmann von Fallersleben in Berlin einen Trinkspruch auf den neuen „König als Deutschen Kaiser" aus und prophezeite, er werde „die deutsche Kaiserkrone einst hinterlassen seinem Sohne". Und das Eine hat schon Goethe, der von Bismarck nichts wußte, geopolitisch vollkommen richtig vorhergesehen: daß die Weltgeschichte im Zeitalter der Eisenbahnen und der guten Chausseen im Herzstück des europäischen Erdteils keinen Raum mehr haben konnte für 36 selbständige und sich gegeneinander abschließende deutsche Staaten.

Das Genie bleibt eine Notwendigkeit, um eine große Bewegung in gärender Zeit zum glücklichen Ziele zu führen. Bismarcks überragende Bedeutung wird so wenig geschmälert, wie die eines Columbus oder Luther oder Kopernikus, wenn man in ihnen lediglich die Vollstrecker geistiger Forderungen erblickt, für die die Zeit erfüllt war. Tritt der große Mann nicht im rechten Zeitpunkt auf, so kann die stürmischste geistige Bewegung im Anlauf stecken bleiben und zu spät oder gar nicht zum Ziel führen, und Haushofer hat recht[2]), daß auch alle „geopolitische Betrachtungsweise notwendig einer Ergänzung nach der heroischen Seite bedarf", denn „an der Persönlichkeit, die stets einen entschei-

1) Correspondence de Napoléon, p. 59, Nr. 8170.

2) Karl Haushofer im Vorwort zu Fairgrieves „Geographie und Weltmacht".

Digitized by Google

denden Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Kultur ausüben wird, endet die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung oder Deutung".[1]) Aber dennoch konnte auch ein Bismarck nur auf einem gutbeackerten und vorgedüngten Boden seine stolze Ernte zur Reife bringen. Er selbst hat seine geschichtliche Mission nie anders angesehen, wie sein bescheiden-schönes Wort erkennen läßt:

„Es kommt für den Staatsmann, der selbst ein Etwas schaffen kann, nur darauf an, den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen zu hören und dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu erfassen".

Den rechten Zeitpunkt zum starken Handeln klug erfassen — das ist in der Tat die vornehmste Aufgabe des genialen Staatsmannes; die politischen Karten mischt das Schicksal, aber ein Bismarck oder ein Alter Fritz, ein Cromwell oder ein Napoleon sind nötig, um sie richtig auszuspielen, und keine erkannte geopolitische Notwendigkeit wird jemals die große Persönlichkeit in ihren historischen Erklärungen missen können.

Und wie die erhebenden werden auch die peinlichen Geschehnisse im Leben der Völker und Staaten oft in ganz anderem Lichte erscheinen, wenn man den Maßstab geopolitischer Notwendigkeit an sie legt. Vor dem Richterstuhl der Moral wird sicher die Art und Weise nie bestehen können, wie im Weltkrieg 1914—18 Italien und Rumänien über ihre bisherigen Bundesgenossen, Japan und die Ver. Staaten über einen ehrlichen und vertrauensseligen Freund im Augenblick seiner höchsten Not herfielen; wer aber geopolitisch das Weltgeschehen betrachtet, der wird zugeben müssen, daß sich auch hier gewisse staatliche Notwendigkeiten auswirkten, die jenen Verrat verständlich zu machen vermögen.

Jeder Staat folgt in seinem Handeln dynamischen Kräften, die nur teilweise vom Willen der Staatslenker abhängig und von ihm zu zügeln oder auch zu überstürzen sind. Die Staatsform spielt dabei keine Rolle. Das englische Königreich der Königin Elisabeth unterschied sich im außenpolitischen Denken und Handeln nicht im mindesten von der englischen Republik unter Cromwell. Der französische Imperialismus unter Ludwig XIV. war zum Verwechseln ähnlich dem der Revolutionsjahre 1792 bis 1794 und dem des Kaisers Napoleon. Das Rußland der Zarenzeit und Sowjet-Rußland gleichen sich, bei aller sonstigen Verschiedenheit, in bezug auf ihre außenpolitischen Ziele wie ein Ei dem anderen.

Der Staat als solcher bleibt auch völlig unberührt von innerpolitischen Umwälzungen. Der größte der neueren englisch-französischen Kriege, der von 1793 bis 1815, wurde von einem Staat Frankreich geführt, der in dieser Zeit sieben- oder eigentlich sogar achtmal die Staatsform wechselte; von den drei Haupt-Seeschlachten des Krieges wurde eine (Ouessant, 1. Juni 1794) in der Zeit des Nationalkonvents und der Schreckensherrschaft, eine (Abukir, 1. August 1798) unter dem Direktorium und eine (Trafalgar, 21. Oktober 1805) unter dem ersten Kaiserreich geschlagen,

1) Erich Obst in den „Bausteinen zur Geopolitik", S. 229. Berlin-Grunewald 1928.

Digitized by Google

und dennoch war es immer derselbe Staat, der, mit wechselnden Gesichtern, seinen Todfeind, den Staat England, niederzuringen suchte.

Der Staat ist eben ein selbständiges Individuum und in seinen Zielstrebungen und Planungen weitgehend unabhängig von der Staatsform und den wechselnden Personen an der Spitze der Regierung.

Die Betrachtung von Staaten als selbständigen Individuen ist von jeher im volkstümlichen Sinne unbewußt geübt worden in der altbeliebten Personifizierung vieler Staaten als Menschen- oder Tiergestalten, wobei oft genug der gesunde Mutterwitz des Volkes ungemein treffsicher und zuweilen boshaft zu karikieren pflegt. Die allbekannte Charakterisierung Englands als John Bull oder als große Bulldogge, diejenige des Yankeelandes als Uncle Sam, Frankreichs als eitle Marianne oder als gespreizter Hahn, Deutschlands als schläfriger Michel mit der Zipfelmütze, Rußlands als Bär, die ehemals beliebte Symbolisierung Preußens als Pickelhaube sind in dieser Hinsicht als witzige Kabinettstücke der Charakterisierung mit wenigen Strichen zu nennen. Aber auch die ernsten und idealisierenden Personifizierungen, die in den einzelnen Staaten selbst üblich sind, gehören hierher: so die Gestalt der Germania oder des deutschen Adlers, die Deutungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten als Bavaria, Hammonia usw., das Mütterchen Rußland, die stolze Roma, die Freiheitsgöttin der Ver. Staaten usw. Wie allgemeinverständlich diese Individualisierung von Staaten ist, erhellt aus der Tatsache, daß die ernste wie die heitere Kunst sich ihrer so oft bedient. Die Germania, der John Bull, der Uncle Sam usw. sind sozusagen allbekannte Gestalten geworden, die auch ohne textliche Erläuterung Jedermann vertraut sind. Dasselbe gilt von der symbolischen Bedeutung gewisser Tiergestalten. Wer um die Jahrhundertwende auch nur oberflächlich etwas von den politischen Beziehungen der europäischen Staaten wußte, der konnte niemals zweifeln, wie zwischen den Zeilen der politische Sinn in den Versen des prachtvollen Liliencronschen „Cincinnatus" zu deuten war:

„Und droht es von Osten und dräut es von West,
Wir schlachten den Bären, den Hahn uns zum Fest."

Wie der körperliche Organismus sich aufbaut aus unzähligen Einzelzellen, so ist der Staat schließlich nichts anderes als eine Summe von Millionen einzelner menschlicher Individuen. Deshalb kann es aber nicht überraschend sein, daß er mit seinen Menschen auch wünscht, fürchtet, hofft, handelt und irrt. Vollkommen richtig hat bereits Ferdinand Lassalle, der mit einem starken Gefühl für die Notwendigkeit des Staates und mit nationalem Wollen begabt war, in seinem „Arbeiterprogramm" diesen Charakter des Staates erkannt, wenn er einmal sagt:

„Der Staat ist die Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen; eine Einheit, welche die Kräfte aller einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als einzelne zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt."

Als die bisher beste Definition des Begriffs Geopolitik darf man die

Digitized by Google

von den vier Herausgebern der „Zeitschrift für Geopolitik" i. J. 1928 vereinbarte Begriffsbestimmung ansehen, die folgendermaßen lautet[1]):

„Die Geopolitik ist die Lehre von der Erdgebundenheit der politischen Vorgänge. Sie fußt auf der breiten Grundlage der Geographie, insbesondere der Politischen Geographie als der Lehre von den politischen Raumorganismen und ihrer Struktur ... Die Geopolitik will Rüstzeug zum politischen Handeln liefern und Wegweiser im politischen Leben sein. Damit wird sie zur Kunstlehre, die die praktische Politik bis zur notwendigen Stelle des Absprungs vom festen Boden zu leiten fähig ist. Nur so wird dieser Sprung vom Wissen zum Können und nicht vom Nichtwissen aus erfolgen, woher er sicher weiter und gefährlicher ist. Die Geopolitik will und muß zum geographischen Gewissen des Staates werden."

Im übrigen kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß für ein wissenschaftliches System der Geopolitik die Zeit noch nicht reif ist. Die Aufstellung eines solchen Systems ist weder mit dem vorliegenden Werke geplant (das lediglich die bisherige Erkenntnis zusammenzufassen bemüht ist) noch sonst zur Zeit möglich. Es muß vorläufig genügen, die Aufgaben der geopolitischen Wissenschaft klar herauszuschälen und sie gegen verwandte Gebiete abzugrenzen.

2. Der Unterschied zwischen Geopolitik und politischer Geographie.

Ob zwischen Geopolitik und politischer Geographie Unterschiede bestehen oder nicht, ist eine seit langem umstrittene Frage, die gerade im Anschluß an das Erscheinen der 1. Auflage des vorliegenden Werkes wieder recht mannigfach erörtert worden ist. Noch 1925 erklärte Otto Maull: „Geopolitik ist nichts anderes als angewandte politische Geographie", während er drei Jahre später, gemeinsam mit den anderen Herausgebern der „Zeitschrift für Geopolitik" die neue Wissenschaft lediglich auf der politischen Geographie „fußen" ließ und somit einen grundsätzlichen Unterschied zwischen beiden Disziplinen, bei sonst weitgehender Verwandtschaft, anerkannte. In der Tat läßt sich m. E. nicht auskommen ohne eine gewisse Scheidung der Begriffe, wenn diese auch in nicht kleinem Umfang zusammenfallen. Daß dennoch Unterschiede bestehen, mögen die nachfolgenden Ausführungen beweisen:

Mir scheint der wesentlichste Unterschied zwischen Geopolitik und politischer Geographie darin zu bestehen, daß die erstere den Einfluß geographischer Naturbedingtheiten auf das staatliche Geschehen behandelt und somit die organismusgleiche Entwicklung und Umgestaltung der staatlichen Gebilde studiert: die bewegenden Kräfte des staatlichen Lebens. Die politische Geographie dagegen begnügt sich mit der historischen bzw. tatsächlichen Feststellung vorhandener oder vorhanden gewesener Staatenformen und Staatengrenzen und braucht nach ihrem Warum nicht zu fragen oder doch nur insoweit, als die Antwort zur Erläuterung geschichtlicher Ereignisse dient. Die Geopolitik beschäftigt sich,

1) „Bausteine zur Geopolitik", S. 27. Berlin-Grunewald 1928.

Digitized by Google

um eine etwas schematische Formel zur Verdeutlichung zu gebrauchen, mit der zeitlichen Beweglichkeit der staatlichen Gebilde, die politische Geographie mit ihrem Ruhezustand. Ob die jeweiligen Staatsformen wandelbar sind oder nicht und welche Faktoren Wandlungen hervorrufen, kann der politischen Geographie zunächst gleichgültig sein, denn diese studiert gewissermaßen nur die einzelnen Momentphotographien der staatlichen Gebilde. Wo unorganische, widernatürliche Staatengrenzen vorliegen, hat sie die politische Geographie einfach als Tatsachen hinzunehmen und zu registrieren; die Prüfung, warum die Grenzen unzweckmäßig sind bzw. ob sie die Gewähr der Lebensmöglichkeit und Dauer in sich tragen, ist jedoch vorwiegend Sache der Geopolitik. Die Frage, wie dicht besiedelt ein Staat ist, ob seine Bevölkerungszahl im rechten Verhältnis zur Größe des Staates und zur Ergiebigkeit des Bodens bzw. zu seiner industriellen Begabung steht, ob innere Kolonisation oder überseeische Ausbreitung für ihn zu empfehlen ist, ist ebenfalls nicht ohne weiteres Angelegenheit der politischen Geographie, sehr wohl aber der Geopolitik. Die politische Geographie legt rein historisch fest, wo die Grenzen des römischen Weltreiches zur Zeit seiner höchsten Machtentfaltung verliefen; daß diese Grenzen in sehr mannigfacher Weise durch erdkundliche Tatsachen bedingt wurden, daß sie ein vergrößertes Abbild des Mittelmeers darstellten, daß ihr Nordverlauf mit der europäischen Null-Grad-Isotherme des Monats Januar zusammenfiel, daß die ungarische Pußta mit ihrem den Römern nicht behagenden Siedlungsraum außerhalb der Grenzen blieb, diese und noch mancherlei ähnliche Feststellungen fallen vornehmlich ins Gebiet der Geopolitik. Dagegen wird das Problem, wo ein Staat sich seine Hauptstadt anlegt, nur in einzelnen Fällen durch erdkundliche Bedingtheiten bestimmt, häufiger durch rein politische Erwägungen. Wenn andererseits die sogenannte Datumgrenze im Stillen Ozean nicht einem bestimmten Meridian folgt, wie es das Natürlichste wäre, sondern merkwürdig winklig geführt worden ist, so daß britische Besitzungen auf dem 180° w. L. einen anderen Kalendertag als die amerikanischen auf dem gleichen Meridian haben, so ist selbstverständlich ausschließlich die politische Geographie für den Verlauf verantwortlich zu machen, nicht im geringsten aber irgend welche Zufälligkeiten der physikalischen Geographie, also geopolitische Faktoren. Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß eines Tages, wenn die politische Zugehörigkeit der in der Nähe der Datumgrenze gelegenen Inseln wechseln sollte, wenn französische Inseln etwa an England oder britische an die Vereinigten Staaten übergehen sollten, auch die Datumgrenze selbst eine entsprechende Verlagerung erfährt, wie es 1844 auf den Philippinen und 1892 sowie nochmals 1900 auf Samoa schon vorgekommen ist.

Kulturgeographische Erscheinungen werden überhaupt häufiger durch allerhand Zufälligkeiten der politischen Geschichte und Geographie eines bestimmten Gebietes als durch natürliche Vorbedingungen der Erdoberfläche beeinflußt, etwa die Verbreitung der Sprachen, der Volkssitten,

Digitized by Google

Volksüberlieferungen usw. — mögen auch im einzelnen natürliche Faktoren, wie Lage der Gebirge, Verteilung der Bodenschätze, die den Handel anlocken, und andere ähnliche Dinge mitwirken.

Zwischen politisch-geographischen und geopolitischen Tatsachen können gelegentlich sogar Widersprüche klaffen. Vor dem Weltkrieg gehörte Galizien 42 Jahre lang politisch-geographisch zu Österreich, obwohl das Land geopolitisch, infolge seiner Lage jenseits der Karpathen, unzweifelhaft ins Gebiet der östlichen Ebenen, also damals des polnischen Sprach- und russischen Herrschaftsbereiches, fiel. Ähnlich liegen die Dinge im Elsaß, das seit 2½ Jahrhunderten, mit der bekannten, 48jährigen Unterbrechung, politisch-geographisch zu Frankreich, geopolitisch aber zur oberrheinischen Tiefebene gehört, also zu einer trefflich ausgeprägten Naturlandschaft, die nicht nur in sich ein einheitliches Sprach- und Wirtschaftsgebiet darstellt, sondern auch von Frankreich durch einen steilen Gebirgswall, ähnlich wie Galizien von Österreich, getrennt ist. Der geopolitische Charakter der mächtigen Wirtschaftsader des Rheinstromes sowie der im Jahre 1904 aufgefundenen elsässischen Kalischätze hat hier freilich den Anstoß zur Verlagerung der politisch-geographischen Grenze gegeben. Noch ein drittes Beispiel! Daß die Mandschurei chinesisches Staatsgebiet ist, ist eine Tatsache der politischen Geographie, für die eine geopolitische Notwendigkeit, ein geographischer Zwang, durchaus nicht als erkennbar bezeichnet werden kann (mag auch die Mandschurei im letzten Jahrzehnt ein sehr wichtiges chinesisches Siedlungsland geworden sein). Daß aber eben diese Mandschurei auf 1500 km Länge von einer durch Russen erbauten Bahn, der Ostmandschurischen Bahn, durchzogen wird, ist eine Folge der geopolitischen Tatsache, daß für Rußland die kürzeste Verbindung mit seinem wichtigsten Hafen im Osten durch jene chinesische Außenprovinz hindurchführte. Und wenn Japan als dritter Staat in der Mandschurei politisch Fuß gefaßt hat, so wirkt dabei sowohl eine Tatsache der politischen Geographie mit, nämlich der Charakter der Mandschurei als militärisches Glacis für Japanisch-Korea, wie eine solche der Geopolitik, nämlich Japans Verlangen nach Siedlungsland für die unerträgliche Übervölkerung der Heimat.

So bestehen deutliche Unterschiede zwischen politischer Geographie und Geopolitik, wenn auch die Grenzen oftmals flüssig und nicht leicht zu ermitteln sind, so daß eine weitgehende Überschneidung der beiden Disziplinen nicht zu vermeiden ist. Praktisch bedeutsamer als die Herausarbeitung der Abgrenzungen beider Wissenschaften gegeneinander erscheint jedenfalls bis auf weiteres die Arbeit an einer Verbreitung und Vertiefung des geopolitischen Verständnisses, an der Schaffung eines Fingerspitzengefühls der weltpolitisch denkenden oder denkenwollenden, reif gewordenen Teile eines Kulturvolkes.

Digitized by Google

I. Die Staaten als Lebewesen.

1. Geburt, Lebensfunktionen und Tod der Staaten.

Staaten werden, wie menschliche Wesen, geboren, haben Kinderunarten, machen (wenn sie gesund sind) eine Wachstumsperiode durch und ebenso eine Zeit des Fortpflanzungstriebes, erreichen dann eine Epoche des Stillstandes, der höchsten Wirksamkeit, zeigen Krankheitssymptome, Zeichen des Alterns, zuweilen des Verfalls, und sterben schließlich, wenn ihre Zeit erfüllt ist. Die Geschichte führt uns mit großer Eindringlichkeit immer wieder diese organischen Erscheinungen in der Entwicklung der politischen Staaten vor Augen. Unter Umständen können einzelne Staaten ein sehr hohes Alter erreichen, aber die Regel ist dies nicht. Was ist noch vorhanden von all den glänzenden Staatsgebilden des Altertums und Mittelalters? Nur wenige hohe Säulen, die von vergangener Pracht zeugen! Die einzigen Staaten des Altertums, die ohne Unterbrechung dem Sturm der Zeiten getrotzt haben, sind China und Japan, allenfalls noch Persien, aber auch sie konnten nur durch eine Reihe von rechtzeitig erfolgten „Häutungsprozessen" ein so hohes Alter erreichen. In dem einen Punkt unterscheidet sich nämlich das Lebewesen Staat von den anderen Lebewesen der organischen Welt: es kann unter glücklichen Umständen gelegentlich einen Verjüngungsprozeß durchmachen, der nicht selten mit einer zeitweiligen oder auch dauernden Teilung in zwei oder noch mehr staatliche Lebewesen verbunden ist. Wir sehen augenblicklich eine solche phönixgleiche Verwandlungs- und Verjüngungskur offenbar vor sich gehen in dem lange Zeit von seniler Schwäche befallen gewesenen China. Das 19. Jahrhundert hat ein besonders glänzendes und besonders typisches Beispiel dieser Art gebracht, als aus dem seit 843 bestehenden, greisenhaft gewordenen und 1806 scheinbar aufs Sterbelager gesunkenen alten deutschen Kaiserreich überraschend das Bismarcksche Reich von 1871 als junger Phönix emporstieg. Man würde geopolitisch durchaus irren, wenn man diese Schöpfung von 1870/1 lediglich nach Art eines Additionsexempels auffaßte als die Summe der vorher dagewesenen 36 staatlichen Einzelwesen, die wir deutsche Bundesstaaten nannten. Mit vollem Recht sagt Artur Dix einmal[1]):

„Das deutsche Reich ist nicht nur die Summe seiner einzelnen Staaten, sondern etwas Neues, Starkes und Großes."

Das heutige Deutschland ist etwas Ähnliches wie das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation, in gewissem Sinn sogar der Rechtsnach-

1) Artur Dix, Politische Geographie, S. 228. München-Berlin 1921.

Digitized by Google

folger und doch auch wieder ein junges und neues Individuum, in ähnlichem Sinne wie eine alte, angesehene Firma, die in schwere wirtschaftliche Krisen hineingeraten war und die nach glücklich erfolgter Sanierung wieder aufs neue vertrauenerweckend und unternehmungslustig dasteht wie in ihren ersten Anfängen. Maulls Vergleich[1]) mit dem „Keimungs"-Prozeß des Samens trifft auf gewisse Vorgänge im Leben der Staaten vollauf zu, wenn sie auch keineswegs die Regel darstellen. Das neuerstandene Italien von 1870, das gerade gegenwärtig unter Mussolini gern mit dem Gedanken spielt, das neuerstandene Römische Reich welscher Nation zu sein, zeigt fast genau denselben politischen Erneuerungsprozeß wie das Deutsche Reich — auch in dem Sinne, daß die volle nationale Einigung bisher nicht erreicht werden konnte. Das äußere Kennzeichen eines echten staatlichen Verjüngungsprozesses pflegt eine Verlagerung der Hauptstadt, des Regierungssitzes, zu sein. Im alten Deutschen Reich war zuletzt Wien die Residenz, im neuen wanderte sie nach Berlin; der Wille zum staatlichen Wiederaufbau auf neuer Grundlage in einem zerfallenen Staat spiegelte sich im Sowjet-Rußland in der Verlagerung der Hauptstadt von Petersburg nach Moskau, in der neuen Türkei von Konstantinopel nach Angora, in China von Peking nach Nanking.

Vor 1914 wiegte sich der Beschauer wohl gern in dem Glauben, daß die seit vielen Jahrzehnten leidlich beständig gebliebenen politischen Gebilde der europäischen Landkarte eine gewisse Dauer verbürgten. Der Ausgang des Weltkriegs hat gezeigt, daß das Naturgesetz vom Werden und Vergehen noch immer mit unerbittlicher Schwere für das organische Leben der modernen Staaten gilt. Aber auch vorher waren die Verhältnisse durchaus nicht so stabil, wie man es sich wohl zumeist vorstellte. Gewiß waren seit 1815, dem Jahre der endgültigen Niederwerfung des korsischen Unruhestifters, die Umwälzungen im staatlichen Bestande des Erdteils geringer als in den meisten anderen Jahrhunderten, und dennoch traten in rund 110 Jahren, nur in Europa, neu ins Leben die Staaten:

1815	Luxemburg, Ionische Inseln, Krakau,	1878	Bulgarien, Montenegro,
1817/29	Serbien,	1905	Norwegen,
1829	Griechenland,	1913	Albanien,
1830	Belgien,	1917/19	Finnland, Esthland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Südslavien, Thüringen, Danzig,
1860/70	Italien,	1918	Island,
1861	Rumänien,	1921	Irland,
1867	Ungarn,	1929	Erneuerung des Kirchenstaates.
1871	Deutsches Reich,		

In dem einen kurzen Menschenalter, das seit der Jahrhundertwende vergangen ist, sind auf Erden elf Staaten gestorben (zwei Burenrepubliken, Marokko, Korea, Montenegro, Waldeck und die fünf thüringischen Einzelstaaten), und nicht weniger als 28 haben neu das Licht der Welt er-

1) O. Maull, a. a. O., S. 111.

Digitized by Google

blickt, nämlich außer den schon genannten Kuba, Panama, Syrien, Palästina, Transjordanien, Irak, Nedschd, Hedschas, Jemen, El Hasa, Oman, die Mongolei, Tanger und Fiume. Auch auf diesem Gebiete will also das Keimen und Blühen nicht enden.

Im Dasein der Staaten bedarf es zuweilen der Ruinen, damit neues Leben blühen kann. Die Neuschaffung des Deutschen Reiches bzw. seines Vorläufers, des Norddeutschen Bundes, kostete vier selbständigen Staaten das Leben: Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt. Die Geburt des Königreichs Italien blies sechs Staaten das Leben aus: Parma, Modena, Lucca, Toskana, Sardinien und Sizilien. Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 strich sogar 112 selbständige deutsche Staaten auf einmal von der Karte.

Gerade weil das Leben der Staaten gewissen Naturgesetzen von starkem Zwang unterliegt, dürfen wir bei der Beurteilung politischer Handlungen einzelner Nationen und ihrer Regierungen nie außer Acht lassen, daß in sehr vielen Fällen von einer Willensfreiheit nur in beschränktem Umfang, zuweilen sogar überhaupt nicht, die Rede sein kann. Mit vollem Recht sagt Kjellén einmal[1]), daß ein „kategorischer politischer Imperativ" die Geschicke der Völker und der Staaten bestimmt, denn der geographische Naturzwang, der die Geschicke der Völker und der Staaten lenkt, wirkt sich oft unentrinnbar aus, und je vielseitiger unser modernes Wirtschaftsleben wird, in um so mannigfacheren Gestalten und Formen macht sich jener Naturzwang im Parallelogramm der treibenden politischen Kräfte bemerkbar.

Die Erkenntnis der geopolitischen Naturgesetze erweist sich als ungemein fruchtbar für jeden, der im wirren politischen Geschehen eines jeden Zeitalters nach einem verläßlichen Ariadnefaden durch das Labyrinth der Erscheinungen sucht. Sowohl das geschichtliche wie das politische Verständnis wird machtvoll gefördert und philosophisch vertieft, wenn man sich nicht nur mit der geographischen Betrachtung der äußeren Gestalt der Staatenbauten begnügt, sondern gewissermaßen ihre Statik und Dynamik studiert, indem man sie daraufhin betrachtet, inwieweit sie mit den geographischen Naturgesetzen in Einklang stehen oder nicht. Selbst die praktische Politik der zünftigen Diplomaten kann daraus bedeutsame Winke und Anregungen entnehmen, wenn sie sich zu der Erkenntnis durchringt, daß nur solche politischen Schöpfungen die Gewähr der Dauer in sich tragen, die sich freihalten von groben Willkürlichkeiten, von persönlichen Wünschen oder Stimmungen, die in harmonischen Zusammenhang gebracht werden mit den besonderen „geopolitischen Kraftlinien" des jeweiligen Zeitalters. Diesen tastend nachzuspüren, wie es Bismarck so vorbildlich verstand, ist das Kennzeichen des echten staatsmännischen Genies. Der Staatsmann, der sich über das Studium der Theorie des politischen Geschehens nichtachtend hinwegsetzt und, nach dem Muster

1) A. a. O., S. 81.

Digitized by Google

der Pariser Friedensdiktate von 1919/20, persönliche Willkür bei der Fundamentierung staatlicher Gebilde walten läßt, der kann und wird im besten Falle nur glänzende Prunkgebäude von ephemerer Dauer, nach Art eines Alexander und Napoleon, zimmern, Prunkgebäude, die aber, wie der babylonische Turm, im ersten Unwetter krachend in sich zusammenstürzen.

2. Die zonale Verbreitung der Staaten.

Staatenbildungen sind nur dort möglich, wo eine gewisse Mindestgrenze der Kultur- und Wirtschaftsbedürfnisse erreicht und überschritten wird. Wo der Kampf ums Dasein allzu hart ist, wo die einzelnen Individuen vollauf damit beschäftigt sind, für sich und ihre nächste Familie dem primitivsten Nahrungs- und Erhaltungsbedürfnis zu genügen, da kann mit der Wohlfahrt auch die Staatenbildung nicht gedeihen. In nördlicheren Breiten als dem 65., meist sogar schon dem 60. Grad, haben sich daher niemals in der Menschheitsgeschichte von selber Ansätze zu staatlicher Gemeinschaft gezeigt. Über das schwache Rudiment der Vereinigung zu Stämmen gedeiht dort die politische Entwicklung nirgends hinaus, soweit nicht in den letzten Jahrhunderten südlicher gelegene Staatsgebilde die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches bis in die arktische Zone hinein verkündet haben. Von selbst gedeiht in den hochnordischen Breiten ein Staatsgebilde so wenig wie ein Baum. Selbst der einzige in der Geschichte bekannte Versuch, wo ein aus milderen Zonen kommender, an staatliche Gemeinschaft gewöhnter Volksteil in den kalten Gebieten der Subarktis den Versuch einer Staatsgründung unternahm, die Ansiedlung der Normannen in Grönland seit dem Jahre 983, führte nur zur Schaffung einer blühenden und unternehmungsfrohen Kolonie, in der schließlich das kirchliche Leben ungleich besser als die staatliche Organisation geregelt war, denn es gab zwar Bischöfe für Grönland, aber nie ein politisches Oberhaupt, nie eine geregelte Regierung. Nur am Klima, nicht an den Normannen selbst kann es gelegen haben, daß kein grönländischer Staat das Licht der Welt erblickt hat, denn eben dieselben Normannen erwiesen sich zur selben Zeit in West- und Südeuropa als Staatenbildner ersten Ranges und haben auf Sizilien sogar eine glänzende staatliche Großmacht von hundertjähriger Dauer geschaffen. Wir sehen es an den im hohen Norden autochthonen Völkerstämmen überall, bei den Eskimos, den Lappen, Finnen, Jakuten, Tschuktschen usw., daß sie über die Stammesgemeinschaft hinaus zu staatlicher Organisation unfähig sind, daß wir berechtigt sind, auf unserem Erdball auch von einer Zone der politischen Tundra zu sprechen.

Genau ebenso wie das allzu rauhe Klima ist aber das sehr heiße Klima der Staatenbildung unzuträglich. In den tropischen Zonen gibt es, zum mindesten im Tiefland, nirgends echte Staaten, die sich ohne Anstoß von

Digitized by Google

außen entwickelt haben, nur kurzlebige Ansätze dazu, so daß Franz Oppenheimer sagen kann[1]):

„In Afrika kommen und vergehen die feudalen Großstaaten wie Blasen, die aus dem Strom des ewig gleichen Geschehens auftauchen und wieder zerplatzen."

Infolgedessen haben sich im inneren Afrika die durch mohammedanische oder malaiische Eroberung begründeten staatenartigen Gebilde haltbarer gezeigt als die einheimischen Ansätze zur Staatenbildung. Unter den Negerstämmen Afrikas können wohl mächtige Häuptlinge emporsteigen, die über sehr weite Landstriche mit völlig unbeschränkter Gewalt und Willkür herrschen, aber zur wirklichen staatlichen Organisation und Verwaltung reichen die Ansätze nicht aus. Autochthone staatliche Gebilde von mehr oder weniger gut entwickelter Eigenart gibt es in den tropischen Zonen nur dort, wo das Klima kühler ist, so in den Hochgebirgsländern Abessiniens, des Inkareiches, im Himalaya, in einigen meernahen Häuptlingsstaaten Hinterindiens.

Ungünstig für Siedlungszwecke und infolgedessen auch für Staatenbildungen sind ferner die Trockengebiete der Erde, jedoch mit Ausnahme von denen, die einer guten Bewässerung zugänglich sind. Es ist nicht nur die natürliche Menschenarmut der Wüsten und Steppen, die in ihnen eine staatliche Konzentration schwer, oft unmöglich macht, sondern auch die Lebensart ihrer Bewohner. Die kleinen Oasen der Wüste, die allein Menschen beherbergen, widersetzen sich einer Bildung von Staaten, die ohne eine Vermählung mit dem größeren Raum hier ohnehin kaum denkbar sind. In den Steppen aber sind die auf Viehzucht angewiesenen Bewohner infolge des kargen Bodens zum häufigen Wechsel des Wohnortes und somit zum Nomadenleben gezwungen. Wenn nun auch Nomadenvölker keineswegs unter allen Umständen unfähig zur Staatenbildung sind (es hat ja sogar einmal eine Nomaden-Großmacht gegeben: das Mongolenreich Dschingis Khans), so hindert die mangelnde Seßhaftigkeit doch im allgemeinen das Entstehen staatlicher Keimzellen, denn ein Staat ohne engste Bindung an ein bestimmtes Stück Boden ist unvorstellbar; es können wohl Völker, aber niemals ihre Staaten wandern. Daß dieses bestimmte Stück Boden im Laufe der Jahrhunderte über gewisse Landstriche hin und her pendeln kann, so daß sich die Lage der Staaten zuweilen nicht unbedeutend verschiebt, ist eine Sache für sich. Dort, wo vor 1000 Jahren etwa die Ostgrenze Deutschlands lag, befindet sich heute der geographische Mittelpunkt des deutschen Reiches, und das Polen vom Jahre 962 hatte mit dem Polen vom Jahre 1793 nur das unmittelbare Gebiet um Warschau gemein, wie Fairgrieve in einer überaus lehrreichen Karte (Fig. 1) gezeigt hat.[2])

Aus dem gleichen Grunde wie die Viehzucht treibenden Nomaden sind im allgemeinen auch die reinen Jäger- und Kriegervölker unfähig, Staaten

1) Franz Oppenheimer, Der Staat, S. 118—119. Frankfurt a. M. 1912.
2) A. a. O., S. 252.

Digitized by Google

ins Leben zu rufen. Sie können eroberte Staaten beherrschen, aber pflegen nicht aus sich selbst neue Staaten zu schaffen. Bei den nordamerikanischen Indianerstämmen haben sich nirgends Staaten oder auch nur staatenähnliche Gemeinschaften entwickeln können. Ausgedehnte Wald- und Steppengebiete gestatten ohnehin nur spärliche und dünne Siedlungen, genau wie die hochnordischen Länder: über die Grenze der nördlichen Waldungen hinaus hat sich z. B. der Staat Nowgorod nie ausgebreitet, und wenn das Großfürstentum Moskau sein Hoheitsgebiet in die Waldungen hinein und über sie hinaus vorschob, so geschah es, um Herr zu sein am Weißen Meer und in den wertvollsten Pelzgebieten. Ohne ein gewisses Minimum an Besiedelungsdichte ist aber eine Staatsbildung nicht nur nicht möglich, sondern hat auch keinen rechten Zweck. Wo keinerlei Rechte zu schützen sind, bedarf es keines Staates und keines Herrschers. Wo es aber auch nur zu Stammesgemeinschaften kommt, da sind schon einige primitive Rechte zu wahren. Wenn sich bei den jagd- und kriegsfrohen germanischen Stämmen der Römerzeit hier und da einige erste Ansätze beginnender Staatsbildung zeigten, wenn vielleicht ein Armin bei längerem Leben fähig gewesen wäre, schon ein Königreich Germanien zu zimmern, so hängt dies damit zusammen, daß die Germanen seit langem begonnen hatten, sich dem Ackerbau zuzuwenden und somit seßhaft zu werden. — Wohl kann es im Nebeneinanderleben der Stämme mannigfach vorkommen, daß ein ehrgeiziger und machtgieriger Häuptling sich eine Reihe von anderen Stämmen untertan und tributpflichtig macht, aber von der schrankenlosen Tyrannis bis zur Bildung eines Staates, als dessen wesentlichstes Kennzeichen eine geregelte Verwaltung und Organisation angesprochen werden kann, ist ein weiter Weg!

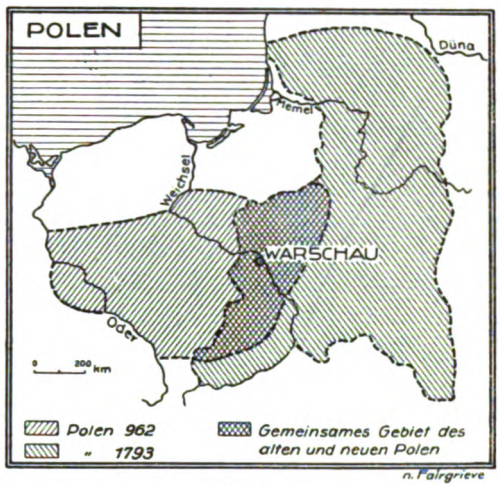

Fig. 1.
Die Ostwanderung des alten polnischen Staates.

Als stärkster Hebel der Staatenbildung hat sich stets der Ackerbau erwiesen, der ja gewissermaßen das Symbol einer Verehelichung zwischen Mensch und Boden ist. Allerdings muß ein gewichtiges Moment hinzukommen. Ackerbau findet sich auch in den tropischen Ebenen, wo, wie wir sahen, der Boden dennoch steril ist für die Entstehung von Staaten. Der Umstand, der in den heißen Ländern die Schaffung von autochthonen Staaten verhindert, obwohl Ackerbau daselbst heimisch ist,

Digitized by Google

ist der weitgehende Mangel an Vorratswirtschaft. Stier-Somlo sagt einmal treffend[1]):

„Allzu große Fruchtbarkeit des Bodens ist für die Entwicklung des Staatslebens ungünstig, denn sie befördert die Faulheit und Indolenz".

In den warmen Zonen lebt der Mensch überwiegend von der Hand in den Mund, er wirtschaftet für den Tag, nicht für das Jahr, und was der Boden ihm darbringt, verbraucht er mit kindlicher Unbekümmertheit, ohne an die Zukunft zu denken. Die unerhört üppige Fruchtbarkeit des Bodens gestattet eine solche Verschwendung, und tritt dennoch einmal als Folge ungünstiger Witterung eine Knappheit der Nahrungsmittel ein, so nimmt man eben Hungersnot und Massensterben als eine Schickung hin, gleichwie ein großes Unwetter, dem sich nicht entrinnen läßt. Es ist das Kennzeichen des Staates und der staatlichen Verwaltung, daß in den sieben fetten Jahren vorgesorgt wird für die sieben dürren. In den kalten Ländern nötigt der „Naturzwang" auch das staatenlose Individuum zu sehr sorgsam überlegter Vorratswirtschaft auf lange Sicht, der Naturmensch der Tropen lebt unbekümmert dahin. Wie die Natur selbst dort verschwenderisch mit ihren Gaben umgeht, so bedarf auch der Mensch keiner Ersparnis von Energie. Staatenbildung aber bedeutet Energieersparnis. Nur dort, wo der Mensch genötigt ist, über zweckmäßige Nutzbarmachung von dargebotenen Bodenschätzen und deren Verteilung als Eigentum nachzusinnen, entschließt er sich zur Konzentration von Energie in Form von Staatenbildungen. Genau wie die Vorratswirtschaft zur freiwilligen Annahme von teilweisen Entbehrungen des Augenblicks nötigt, bedeutet auch die freiwillige oder erzwungene Ein- und Unterordnung in staatlichen Gemeinschaften ein gewisses Opfer von persönlichen Freiheiten und Wünschen, von Geld und Gut, aber die Menschen, die sich zu solchen Opfern entschließen, merken bald, daß sie dagegen Vorteile von ungleich höherem Wert eintauschen, Vorteile der größeren persönlichen Sicherheit, meist auch des wirtschaftlichen Wohlergehens, auf Grund eines gegenseitigen Garantieverhältnisses zwischen den einzelnen Staatsbürgern: der Staat ist, in diesem Sinne betrachtet, eine Art Versicherung auf Gegenseitigkeit. Wie im modernen Wirtschaftsleben die großen Betriebe rationeller als die kleinen arbeiten können, so gewähren auch größere Staaten bei geringer werdenden Opfern ein wachsendes Maß von Sicherheit und Behaglichkeit, von Energieersparnis. Daraus erklärt sich der in der gesamten Menschheitsgeschichte immer wieder zu beobachtende Drang zum Wachstum junger Staatsgebilde zu einem erheblichen Teil. In der Staatenbildung wirkt sich also unbewußt der Trieb der kulturell entwickelteren Menschen zur Rationalisierung aus.

1) Fritz Stier-Somlo, Politik, S. 80. Leipzig 1911.

Digitized by Google

3. Die ältesten Staaten der Menschheit und ihre geographischen Vorbedingungen.

Daß die Antwort auf die Frage, wo auf Erden die ersten Staatsbildungen möglich waren, auf die geographischen Faktoren in stärkster Weise Rücksicht nehmen muß, geht aus einem Vergleich zwischen den ältesten Staaten der Welt hervor. Es sind Ägypten, Mesopotamien, Indien und China gewesen (wobei kein Wert gelegt werden soll auf die im einzelnen noch recht erheblichen zeitlichen Unterschiede ihrer staatlichen Anfänge, die sich zahlenmäßig überhaupt schlecht erfassen lassen). Es kann kein bloßer geschichtlicher Zufall sein, daß alle diese vier ältesten Staaten und Menschheitskulturen sich übereinstimmend entwickelten in Talebenen unmittelbar am Ufer, bzw. im Delta, eines großen Flusses, dessen Quellen in einem mit reichlichen Niederschlägen ausgestatteten Hochgebirge des weiteren Hinterlandes gelegen waren (Fig. 2—5). Durchweg entwickelten sich jene Staaten in warmen Trockengebieten von vielfach steppen- oder wüstenartigem Charakter, die jedoch bewohnbar werden durch die reichliche Wasser- und Schlammzufuhr der Ströme Nil, Tigris-Euphrat, Indus und Hoangho. Solche Charakterlandschaften gibt es nicht eben häufig auf der Erde. Wenn gerade sie übereinstimmend die ersten höheren Blüten menschlicher Kultur- und Staatsgemeinschaften aufweisen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich hier Naturgesetze, geopolitische Zwangsläufigkeiten ausgewirkt haben.

Ägypten und Babylonien sind aber nicht nur emporgeblüht in einem dürren Wüstenklima auf einem fruchtbaren Boden, der leicht und ausreichend bewässert werden konnte, sondern auch in einer hervorragend guten Schutzlage, welche die Bewohner gegen Einfälle räuberischer Horden sicherstellte. Ägypten hatte vielleicht die in bezug auf Sicherheit idealste Lage der Welt: im Westen und Osten ein unabsehbar breiter Wüstengürtel, der nur nach umfangreichen Vorbereitungen von technisch hochstehenden Heeren durchschritten werden kann und der selbst noch im Weltkrieg das Land besser als alle moderne Befestigungskunst gegen den geplanten türkisch-deutschen Angriff schützte, im Norden das Meer, im Süden die Katarakte des Nil, die eine Annäherung auf dem Wasserwege ebenso sicher vereitelten, wie die Wüste auf dem Landwege. In Babylonien war es ähnlich: seitwärts im Südwesten und Nordosten Wüste oder wüstenähnliche Gebiete von großer Ausdehnung, im Nordwesten unwegsame Gebirge, im Südosten das Meer und ein riesiger, unüberwindlicher Mündungssumpf der beiden großen Flüsse, die aus den armenischen Bergen in dieses Land hinunterströmen.

Dazu kommt in beiden Fällen, daß die Flüsse auch in den heißesten Zeiten des Jahres ausreichend Wasser behalten, ja zum Teil gerade in den heißen Monaten des Jahres ihre höchsten Wasserstände aufweisen. In Ägypten liegt der eine Quellfluß des Landes, der Weiße Nil, im Bereich der

Digitized by Google

ständigen Tropenregen, während der andere, der Blaue Nil, aus dem Gebiet der starken Sommerregen in den abessinischen Bergen kommt, aus denen der Strom reiche Schlammengen mit sich zu Tale führt. Gerade

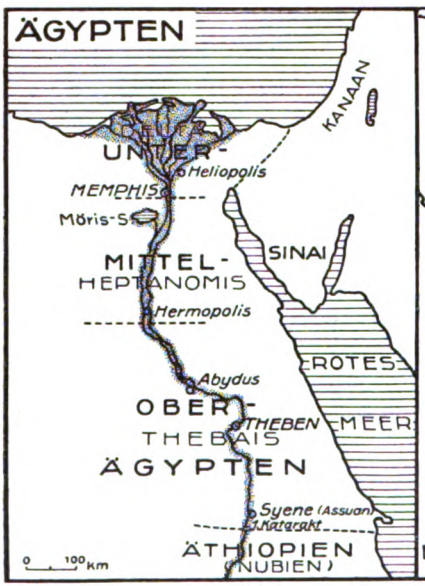

Fig. 2.

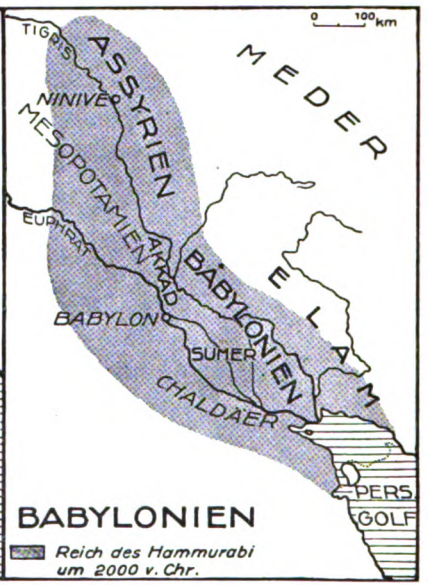

Fig. 3.

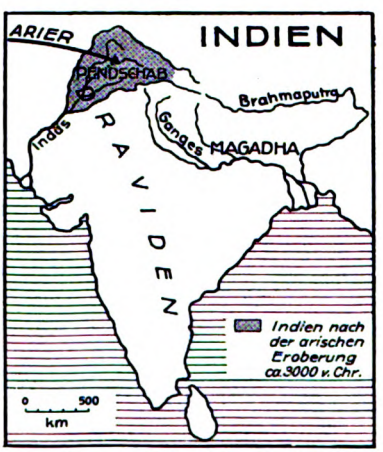

Fig. 4.

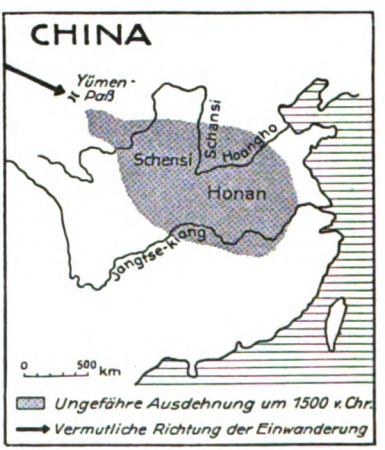

Fig. 5.

Die vier ältesten Staaten.

in der heißesten Jahreszeit, in den Hundstagen, tritt in Ägypten das gesegnete Hochwasser des Nils ein, das bis Ende Oktober anzuhalten pflegt und auf dem gesamten Überschwemmungsgebiet reichliche Sinkstoffe von hoher Fruchtbarkeit ablagert. So sorgt die Natur selbst in geradezu vorbildlicher Weise jahraus jahrein für treffliche Düngung des Bodens. Die außerordentlich seltenen Jahre, in denen die Hochwasserwelle

Digitized by Google

des Nils erheblich zu niedrig bleibt (dies war z. B. in den Jahren 902, 966, 1200, 1783 der Fall)[1]), bedeuten eine Katastrophe für das Land. Um aber auch solchen Vorkommnissen gewachsen zu sein, haben die alten Ägypter den riesigen Mörissee, als Vorläufer des jetzigen englischen Staubeckens von Assuan, geschaffen, der etwaige ungenügende Wasserversorgung durch künstliche menschliche Einwirkung zu verbessern und ausreichend zu gestalten erlaubte — eines der denkwürdigsten Zeugnisse für die bereits in sehr frühen Zeiten herrschende, ausnehmend hohe geistige und technische Kultur der alten Ägypter!

Demgegenüber pflegt in Mesopotamien das Hochwasser der Ströme Euphrat und Tigris, von denen der erstere unterhalb von El Buseira auf einem viele hundert Kilometer langen Laufe, wie der Nil, nicht einen einzigen Zufluß mehr empfängt, schon im Februar zu beginnen und bis zum Juli zu dauern, mit einem normalen Höhepunkt im Mai und Juni. Hier ist die Schneeschmelze in den armenischen Gebirgen die speisende Quelle. Wieder ist es der aus den Bergen mitgeführte Schlamm, der dem Kalkboden der Ebene seine außerordentliche Fruchtbarkeit verleiht. Frühzeitig lernten die Bewohner Mesopotamiens durch ein System von unzähligen großen, kleinen und winzigen Bewässerungskanälen (ihre Gesamtlänge soll schließlich volle 120 000 km erreicht haben!) möglichst große Teile der zwischen den Strömen liegenden Ebene mit dem befruchtenden Wasser und Schlamm zu versorgen. Während in Ägypten die Möglichkeit der Bodenbestellung auf einen nicht sehr breiten Uferstreifen beschränkt blieb und nur im Delta die Ausdehnung der Kultur über eine ausgedehnte Fläche zu ermöglichen war, konnte im unteren Zweistromland von vornherein die Kultur des Bodens flächenförmig gepflegt werden.

In beiden Ländern lebten jahrtausendelang die Bewohner in der Tat unter der Herrschaft des von unserer hohen Kultur noch immer nicht wieder erreichten ewigen Friedens, wenn auch örtliche Zwistigkeiten, Eifersüchteleien und auch Kämpfe nie fehlten. Anscheinend konnte sich das Nilland rund 3000 Jahre, das von den Königen von Ur[2]) erstmalig staatlich geeinte Zweistromland nahezu 2000 Jahre lang, bis zum Einfall der Elamiten um 2280 v. Chr., eines von außen ungestörten Friedens erfreuen!

Franz Oppenheimer will von einer überwiegend friedlichen Entstehung mancher der ältesten Staaten nichts wissen. Er definiert[3]) jeden ursprünglichen Staat als ein brutales Machtgebilde, als

„eine Gesellschaftseinrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die

1) R. Hennig, Katalog bemerkenswerter Witterungsereignisse von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1800. Berlin 1904.

2) Hugo Winckler, Die politische Entwicklung Babyloniens und Assyriens („Der alte Orient", Jahrg. II, Heft 1), Leipzig 1903, S 11: „Die Stadtkönige von Ur sind die Sieger über alle ihre Rivalen geblieben und fassen Babylonien zu einem einheitlichen Reich zusammen".

3) Franz Oppenheimer a. a. O., S. 8.

Digitized by Google

Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern".

Ähnliche Auffassungen vertritt Stier-Somlo, bei dem es einmal heißt[1]):

„Der wichtigste Entstehungsgrund des Staates ist die Gewalt, sei es im Wege der kriegerischen Eroberung und Unterwerfung, sei es im Wege einer okkupatorischen Kolonisation."

Mag die Auffassung von Oppenheimer und Stier-Somlo für eine Reihe von frühen Staatsbildungen zutreffen, man darf ihr Allgemeingültigkeit dennoch schwerlich zusprechen. Die früheste Geschichte Ägyptens und Babyloniens mutet durchaus friedlich an, wir hören von kulturellen Taten sehr viel früher als von blutigen und kriegerischen im Leben dieser Staaten. Von äußeren Angriffen feindlicher Nachbarn weiß z. B. die ägyptische Überlieferung erstmalig ums Jahr 2050 v. Chr. zu berichten. Es ist daher wohl mindestens eine gewisse Wahrscheinlichkeit gegeben, daß manche erste Staatsbildungen auf einem gewissen patriarchalischen System und auf freiwilligem Zusammenschluß der Nachbarn eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes beruhten, die an verschiedenen Stellen der Erde der Naturgewalten, der wilden Tiere, feindlicher Stämme und auch eigener Unruhestifter mit geeinten Kräften besser Herr wurden, als wenn jeder sich selbst überlassen blieb. Wie ein jeder Stamm sich einen Führer, einen Häuptling kürte oder duldete, weil die soziologische Weisheit des alten Homer[2]) *οὐκ ἀγαθὸν πολυκοιρανίη· εἷς κοίρανος ἔστω* (Niemals frommt Vielherrschaft im Volk; nur Einer sei Herrscher) frühzeitig dem menschlichen Verstand einleuchtete, wie noch in unseren Tagen sich jeder Verein, jede Partei, jeder wirtschaftliche Zweckverband, jedes Parlament einen mit erhöhter Machtbefugnis ausgestatteten Vorsitzenden wählt, so konnte auch das über den Stamm hinausgehende höhere Stadium des Zusammenschlusses zum Staat nur bestehen, wenn es sich einem Staatsoberhaupt und seinen Vertrauten unterordnete. Daß im Laufe der Zeit mancher Herrscher seine Macht mißbrauchte und seine eigene Stellung, nach Art der römischen Cäsaren, zu der einer allmächtigen Gottheit zu erhöhen suchte, ist durchaus eine Sache für sich, ebenso wie die Tatsache, daß eine große Reihe von alten Staaten — Rom und Karthago sind Typen! — wirklich auf dem von Oppenheimer gezeichneten Wege entstanden ist. Daß aber ein Naturzwang zu staatlicher Disziplin, zum unbedingten Gehorsam unter den Willen des Führers und seiner Ratgeber sich allein schon aus dem Suchen nach den zweckmäßigsten Lebensformen ergab, betont ja Oppenheimer selbst, wenn er eine sehr treffende Bemerkung von Ratzel[3]) zitiert:

„Man geht wohl nicht fehl, wenn man zu den disziplinierenden Kräften im Leben des Nomaden die seit Urzeiten gleiche Zeltordnung rechnet. Jeder und alles hat hier seine feste, altbestimmte Stelle; daher die Raschheit und Ordnung im Auf- und Ab-

1) Fritz Stier-Somlo, a. a. O. S. 107.
2) Ilias, II, 204/05.
3) Friedr. Ratzel, Völkerkunde, 2. Aufl., Bd. II, S. 545. Leipzig-Wien 1894/5.

Digitized by Google

bruch, Neuaufstellung und -einrichtung. Unerhört, daß jemand ohne Befehl oder dringendsten Grund seinen Platz verändert."

Hier ist in nuce gezeigt, wie eine staatliche Ordnung sich durchaus nicht gegen den Willen der Gehorchenden zu entwickeln brauchte. Aus freiem Willen haben Stämme oft genug ihrem Führer unbeschränkte Gewalt über alle „Untertanen" eingeräumt, denn auch hierin äußerte sich Energieersparnis, Rationalisierung der verfügbaren Kräfte. Wie man im Kriege ohne diktatorische Führermacht nicht Erfolg haben konnte und den Kürzeren zog, wenn jeder kleine Unterführer das Recht hatte, den Strategen auf eigene Faust zu spielen, so ließen sich zunächst auch staatliche Gebilde nicht schaffen und lebensfähig erhalten, wenn nicht ein mit schrankenloser Macht ausgestattetes, gewähltes oder durch Gewalt emporgekommenes Staatsoberhaupt die Zügel fest in der Hand hielt. In dem sinnigen deutschen Märchen, das einen Vater seinen streitenden sieben Söhnen zeigen läßt, wieviel widerstandsfähiger ein Rutenbündel ist als eine Vielheit von einzelnen Ruten, äußert sich die gleiche soziologische Urweisheit, die überall den vornehmsten Grund zur Staatenbildung gelegt hat.

Ein vertrauensvoll friedliches, patriarchalisches Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten, wie es uns etwa bei so manchem der in der Odyssee gezeichneten Miniatur-Staatsgebilde entgegentritt, ist dabei wohl doch häufiger gewesen, als es Oppenheimer annimmt, der in der Meinung „Es gibt nur Herren und Knechte" befangen ist. Mindestens ein gewisser Teil der frühesten Staaten der Geschichte hat in den Anfängen sich friedlicherer Zeiten erfreut, als sie in den späteren Jahrtausenden je zu verzeichnen gewesen sind.

Wenn man dies berücksichtigt, so erscheint es berechtigt, daß in den Überlieferungen so mancher Völker die Erinnerung an ein „goldenes Zeitalter", am Anfang der Menschheitsentwicklung festgehalten ist, und begreiflich, daß gerade an das gesegnete und glückliche Zweistromland die Berichte der Bibel über ein köstliches Paradies, den Garten Eden, anknüpfen, aus dem die Menschen später wegen ihrer Sündhaftigkeit vertrieben wurden.

Im Rahmen solcher glücklichen Natur entwickelten sich also die zwei ältesten Staatswesen der Welt aus eigener Kraft. Die Menschen dort mußten zwar fortgesetzt, im Kampf mit der Wüste, arbeiten, aber die Arbeit war nur mäßig schwer, und sie brauchten nicht nur darauf bedacht zu sein, des Lebens nackte Notdurft zu fristen, konnten sich vielmehr den Luxus erlauben, über Gott und Welt und Menschheit ausgiebiger nachzudenken als die Bewohner rauherer Zonen und kargerer oder von Feinden bedrohter Böden. Sollte es wirklich ein Zufall sein, daß die wichtigsten monotheistischen Religionen der gegenwärtigen Erde, die jüdische, christliche und mohammedanische Lehre sowie der Buddhismus, sämtlich in warmen Ländern, in den Trockengebieten Südwest- und Südasiens, ihren Ursprung gehabt haben? Müssen wir etwa der Geo-

Digitized by Google

politik auch noch eine Geokultur angliedern — das, was Hellpach[1]), wenigstens teilweise, mit dem Ausdruck „Geopsychische Erscheinungen" bezeichnet?

Die Bewohner jener gesegneten Länder konnten sich, wenigstens in den durch Intelligenz und Energie ausgezeichneten Herrenschichten, frühzeitig das Leben behaglich gestalten, Kunst und Wissenschaft pflegen und insbesondere die Kunde des fast stets unbewölkten Sternenhimmels zu jener unbegreiflich anmutenden Höhe entwickeln, zu der wir noch heute mit höchster Bewunderung aufblicken müssen.

Nur wenn das Leben von Hunger und Feinden unbedroht ist, können sich die edleren geistigen Bedürfnisse regen und der Mensch sich froh zum Menschen gesellen, um den Grundstein zu höheren Gemeinschaften zu legen. Es gilt das Wort: Primum vivere, deinde philosophari oder, um mit dem Großen Friedrich zu reden: „Erst muß man etwas zu leben haben, ehe man sich unterrichten und frei denken kann".

Allerdings stehen den gewaltigen geopolitischen Vorzügen, die jenen frühesten Staaten und Kulturvölkern der Welt ihren erstaunlichen Aufstieg ermöglichten, kaum minder große Nachteile entgegen. Das leichte und behagliche Leben, die mangelnde Stählung des Willens in staatlichen Notzeiten, die Gewöhnung an den Naturschutz der Umwelt, sie hinderten schließlich auch die Entfaltung neuer Energien, und wie die Natur alljährlich gleich und nicht entwicklungsfähig war, so erstarrten ebenso die Bewohner auf einem gewissen behaglichen Kulturzustande, da jeder Anreiz zu weiteren kulturellen Fortschritten fehlte. Als daher in jüngeren Perioden der Geschichte die schützende Kraft des umgebenden Naturgürtels nicht mehr ausreichte, das Land vor den begehrlichen Zugriffen kriegstüchtiger gewordener Nachbarn zu schützen, da wurde es eine leichte Beute von immer neuen feindlichen Eroberern. Ägypten, das durch 2—3000 Jahre, länger als jedes andere Land der Welt, ohne Unterbrechung mit staatlicher Freiheit gesegnet war, ist nunmehr schon seit 3000 Jahren fast immer fremden Herren untertan gewesen: von 1100 v. Chr. bis zur Gegenwart hat sich Ägypten nur noch ein einziges Mal, von 663 bis 525 v. Chr., der politischen Unabhängigkeit erfreuen können. Die Kultur der Bewohner, die Wirtschaft, sie haben sich, soweit nicht europäischer Einfluß fördernd einwirkte, in den letzten 3000 Jahren aus sich heraus kaum weiter entwickelt, haben eher einen Rückschritt durchgemacht. Der wegen seiner Bedürfnislosigkeit und Armut verschriene Fellache im heutigen Ägypten bedient sich noch genau derselben Wirtschaftsgeräte wie sein Vorfahr vor 3—4000 Jahren. Alles Autochthone scheint erstarrt in diesem zeitlosen Lande, und das ägyptische Wort spricht wahr: „Alles fürchtet die Zeit, aber die Zeit fürchtet die Pyramiden".

Und wenn wir unseren Blick nach Mesopotamien lenken, treffen wir alle die gleichen Erscheinungen auch dort an. 3000 Jahre lang war das

1) Willy Hellpach, Die geopsychischen Erscheinungen. Leipzig 1911.

Digitized by Google

Land, mit einer kurzen Unterbrechung vor 2250 v. Chr., keinem Fremden untertan, aber seit dem Jahre 538 v. Chr., da die Perser Babylon eroberten, ist es bis auf den heutigen Tag stets in fremder Gewalt gewesen. Die Wirtschaftsformen der eingeborenen Bewohner, soweit nicht erzieherischer Einfluß des Auslands Änderungen erzwingt, sind auch hier noch immer dieselben wie vor 5000 Jahren. Die primitiven Flöße, die den oberen Tigris und Euphrat hinunterschwimmen, die hölzernen Pflüge, sie haben sich in nichts verändert seit den Tagen, da sie in der gleichen Ausführung auf assyrischen und babylonischen Denkmälern abgebildet wurden. Dieselbe merkwürdige, kreisrunde Form der Boote, die die Eingeborenen heute noch benutzen, wurde von Woolley bei seinen Ausgrabungen in Ur, in Silber ausgeführt, in einem Königsgrab der Zeit um 3500 v. Chr. gefunden!

Wenn wir aber hinüberblicken nach den zwei anderen ältesten Kulturstaaten der Welt, nach Indien und China, so finden wir auch dort Verhältnisse, die sich nicht sehr wesentlich von den eben geschilderten unterscheiden: Völker, in denen die Masse heute von einer fast erschreckenden Bedürfnislosigkeit ist, die mit zähestem Konservatismus an längst überlebten Gebräuchen, Sitten, Vorstellungen festhalten und die wenig geeignet sind, ihre volkliche und staatliche Eigenart gegen fremde Einflüsse zu verteidigen. Indiens 300 Millionen-Volk wird von einer Handvoll englischer Soldaten und Beamten sicher am Zügel geführt, und China hat zwar bisher alle fremden Eroberer sich assimiliert und ihre Einflüsse, gleichwie ein starkes Serum, unschädlich gemacht, aber die Erstarrung und Untüchtigkeit zum Kampf ums staatliche Dasein ist doch in den letzten Jahrhunderten nur allzu fühlbar gewesen, wenngleich es augenblicklich den Anschein hat, als wolle man sich sowohl in Indien wie in China auf sich selbst besinnen und neu zum staatlichen Eigenleben erwachen.

Dabei ist zu bemerken, daß China, dessen Anfänge bis über die Mitte des 3. Jahrtausends v. Chr. zurückreichen und auch das Pendschab nicht denselben glänzenden Naturschutz besitzen, wie Ägypten und Mesopotamien. Sind daselbst doch die ersten Staatenbildner und Kulturträger als Eroberer von Westen oder Nordwesten her eingedrungen! Aber was die Natur versagte, schuf man sich in China später künstlich in Gestalt des Wunderwerkes der Chinesischen Mauer. Im Pendschab dagegen, wo die ersten Staatenbildner Indogermanen waren, die ins Indusgebiet eindrangen, ein mächtiges Reich gründeten und die altindische Kultur schufen, erschlafften alle Eroberer in dem allzu üppigen Lande und wurden schließlich zum Spielball der weißen Herren aus Europa.

Der Unterschied zwischen der Geschichte Indiens und Chinas besteht im übrigen nicht zuwenigst darin, daß ersteres Land die hineinbrandenden Erobererwellen eine nach der anderen aufnahm und die einzelnen fremden Volkssplitter nicht zu einer einheitlichen Nation verschmolz, sondern neben und übereinander aufspeicherte, während China eine völkerverdauende Kraft entwickelte, die nur allenfalls in den Ver. Staaten unserer

Digitized by Google

Tage ein geschichtliches Gegenstück findet. Yuan-Shi-Kai soll einmal, einer freundlichen Privatmitteilung Prof. Haushofers zufolge, im Hinblick auf die schnelle Chinesierung, sogar der jüdischen Gemeinden in Schansi, treffend geäußert haben: „China ist ein Meer, das alle Flüsse salzig macht, sobald sie sich hinein ergießen. In drei Generationen sind sie alle Chinesen."

Vergegenwärtigt man sich alle jene weitgehenden Übereinstimmungen in der geographischen Lage und der Geschichte der ältesten Kulturländer des Erdballs, so drängt sich fast von selbst die Wahrnehmung auf, daß die Staaten den einzelnen Menschen selbst gleichen in den Alterserscheinungen, im Verknöchern und Verkalken der Organe. Die Dementia senilis, die so oft dazu führt, daß greise Menschen unter Vormundschaft gestellt werden müssen, scheint auch überalterte Kulturstaaten zu befallen und nötigt dazu, daß andere jugendlichere Völker verfügungsberechtigt über ihr Wohl und Wehe werden. Immer wieder zeigt es sich, daß Staaten und Völker, die einst die ersten der Welt waren, nach Erreichung einer gewissen, im einzelnen stark variierenden Altersgrenze, saft- und kraftlos werden und, einem „zerbrochenen Rohre" (Fairgrieve) gleich, jedem entschlossenen kriegerischen Eroberer zur Beute fallen. Man denke in unseren Tagen etwa an Portugal, das noch um 1500 der mächtigste Staat der Welt war!

An zahlreichen Beispielen lehrt uns die Geschichte freilich, daß kulturell rückständige Völker über kulturell höherstehende mindestens ebenso oft den Sieg davontragen wie umgekehrt. Ackerbauende Völker fallen benachbarten Hirten- und Nomadenvölkern so oft und so regelmäßig zum Opfer, daß Hugo Winckler[1]) den Tatbestand feststellen konnte:

„Die Geschichte des Altertums bis auf den Beginn des sogenannten Mittelalters zeigt ein unaufhörliches Auftauchen nomadischer, unzivilisierter Stämme, welche in die Kulturländer eindringen oder auch selbst eine Kultur entwickeln".

Ratzel durfte geradezu das Gesetz formulieren[2]):

„Wüste und Kulturland ruhen nie und nirgends kampflos nebeneinander."

Die Staaten, die entstanden, wenn die kulturlose Steppe Herr des Kulturlandes wurde, waren an Bedeutung sehr verschieden. In vielen Fällen kam es nur zu rudimentären Staatengebilden, wie sie sich selbst im tropischen Afrika finden, etwa in der Herrschaft der Fulbe im Benuë-Gebiet, der Kaffern im Sambesiland, der Araber im Sudan, ferner bei den Galla, den Massai, den Wahuma usw. Mit Recht spricht aber Ratzel[3]) von dem:

„von Timbuktu bis Peking gültigen Gesetz, daß bevorzugte Staatenbildungen in den an weite Steppen grenzenden, reichen Ackerbauländern entstehen, wo eine hohe Kultur sedentärer Völker gewaltsam in den Dienst energischer, herrschfähiger, kriegerischer Steppenbewohner gezogen wird ... In dem kriegerischen Charakter der Nomaden liegt eine große, staatenschaffende Macht, die sich vielleicht noch klarer als in den von Nomadendynastien und -armeen beherrschten Großstaaten Asiens:

1) A. a. O., S. 3. 2) Ratzel, Völkerkunde, Bd. II, S. 405.
3) A. a. O., Bd. II, S. 470.

Digitized by Google

dem von Türken regierten Persien, dem von Mongolen und Mandschu verwalteten China, den Mongolen- und Radschputen-Staaten Indiens, am Rande des Sudans ausspricht."

Die „Staatenbildung" pflegt in solchen Fällen einfach darauf zu beruhen, daß das Herrenvolk die Unterworfenen, die es früher umbrachte, tributpflichtig macht und ihnen wohl auch einmal bewaffnete Hilfe im Kampfe gegen neue Angreifer leiht, um die wertvolle Quelle der regelmäßigen Tributzahlungen (man kennt sie auch seit Versailles wieder!) nicht verstopfen zu lassen. Treffend sagt Oppenheimer[1]):

„Der Hirt im ersten Stadium ist der Bär, der den Bienenstock zerstört, indem er ihn ausraubt; im zweiten ist er der Imker, der ihm genug Honig läßt, um zu überwintern."

Auf sehr hohen Kulturen konnten tüchtige Herrscher erobernder Nomaden Staaten von hohem Glanz errichten, wie es uns die Herrschaft der Araber im Zweistromland der Harun al Raschid-Zeit, des Kublai Khan im China Marco Polos, des Aztekenherrschers Montezuma im unterjochten Toltekenreich Mexikos zur Zeit des Cortez vor Augen führt.

Wie oft mag Ähnliches in den Anfängen der Geschichte vor sich gegangen sein, aber „kein Lied, kein Heldenbuch" meldet das Geringste davon! Und wie viele Staaten, die einst einer kleinen Welt geboten, sind vielleicht namenlos dahingegangen, verdorben, gestorben!

Wir wissen heute, daß es einst mächtige Staaten, Großmächte ihrer Zeit, gegeben hat, von denen wir kaum mehr als den Namen, und selbst diesen nicht immer sicher, kennen, Staaten, über deren geopolitischen Ursprung wir kaum etwas aussagen können, weil wir so überaus wenig von ihnen wissen. Wir hören, daß zwischen 3000 und 1000 v. Chr. blühende Staaten bestanden auf Kreta, in Achaja, bei den Hethitern (Chatti) in Vorderasien, die mit Ägypten Kriege führten oder „ewige Friedensverträge" abschlossen und bis 1200 eine Großmacht bildeten, ebenso in Tartessos, bei den Sabäern Südarabiens usw. Aber außer dem Wenigen, was ägyptische Dokumente, manche Stellen der Bibel, altgriechische Sagen, die neuaufgefundenen Texte von Boghazköj und die junge „Wissenschaft des Spatens" uns lehren, ist uns von jenen und sicher noch zahlreichen anderen Staaten nichts bekannt. Wir fangen an zu ahnen, daß es außerhalb und vor unserer offiziellen „Weltgeschichte" schon allerhand staatliche Gebilde und kulturelle Verkehrsbeziehungen gab, von denen keine Überlieferung uns etwas meldet. Schuchhardts Werk „Alt-Europa" läßt einen Einblick in die Reichhaltigkeit dieser vor- und frühgeschichtlichen Völkerschicksale tun.

Wohl hat man nie bezweifelt, daß die Gesänge der Ilias auf irgendein geschichtliches Ereignis Bezug gehabt haben müssen[2]), aber erst jetzt haben die in der alten Hethiter-Hauptstadt Boghazköj aufgefundenen Texte uns erkennen lassen, daß sie wahrscheinlich viel mehr geschichtliche Wahrheit enthalten, als man bisher für möglich hielt. Was Schliemanns Grabungen

1) A. a. O., S. 38/9.

2) Vgl. Ed. Meyer: „Geschichte des Altertums", Bd. II, S. 204. Stuttgart 1893.

Digitized by Google

in Mykenä uns andeuteten, ist durch die Boghazköj-Texte zur Gewißheit geworden: daß es schon vor 1200 v. Chr. einen mächtigen Staat Achaja (Achawija) gab, einen „Bundesstaat unter Führung eines Großkönigs"[1]), der in der Agamemnon-Stadt Mykenä seinen Mittelpunkt hatte und dessen Politik bis zur kleinasiatischen Westküste hinüberreichte. Und von Troja selbst, der „ersten Burg am Gestade des griechischen Meeres"[2]), wissen wir heute, daß der von Homer besungene griechische Feldzug, dessen politisches Ziel wohl die Öffnung der Dardanellen und des Schwarzen Meeres für die griechische Schiffahrt war, nicht die älteste, sondern erst die sechste Siedlung am Fuß des Ida zerstörte, daß die ältesten Palastbauten Trojas bereits zwischen 3000 und 2500 v. Chr. angelegt worden waren und daß schon die zweite Siedlung um 2000 v. Chr. einer an sich noch gewaltigeren Kriegskatastrophe zum Opfer gefallen ist als 800 Jahre später die sechste, die in Homer ihren Sänger gefunden hat und nur dadurch unsterblich geworden ist.

Wir fangen langsam an, es zu begreifen: die Staatenbildung hat viel früher begonnen, als man bis jetzt annahm. Hat man früher ihren Anfang auf etwa 3000 v. Chr. angesetzt, so werden wir sie künftig spätestens beim Jahre 4500 v. Chr. beginnen lassen müssen. Es steht heute fest, daß sowohl die Ägypter wie die Babylonier schon ums Jahr 3800 v. Chr. aus der Sinai-Halbinsel Kupfer und Steine in ihre Heimat geschafft haben. Was erfordern derartige Verkehrsleistungen für eine Organisation, was für eine Technik, was für eine staatliche Regelung, was für eine lange politische Vorgeschichte!

4. Das Mittelmeer als Schöpfer der ersten Seestaaten.

Das östliche Mittelmeer brachte in den frühen Perioden zumindest sechs verschiedene Völker hervor, die in der Seeschiffahrt Ansehnliches leisteten: die Ägypter, die Kreter, die Phönizier, die Griechen, die an der thrazischen Küste wohnenden Minyer und die im südwestlichen Kleinasien ansässigen Karer. Es ist kein Zufall, daß gerade das östliche Mittelmeer mitsamt dem Ägäischen Meer eine so große Zahl von Schiffahrtsvölkern sich entwickeln ließ, wie sonst wohl nur noch die Nordsee mit dem Ärmelkanal und die polynesischen Gewässer. Jene Meere sind eben eine geradezu ideale „Kinderstube" für Seefahrervölker. Eine große Menge von Inseln belebt die Gewässer und erleichtert die Fahrt übers Meer in weite Fernen, dazu eine außerordentlich große Zahl von guten, geschützten Buchten und trefflichen Häfen. Irgendwie nennenswerte Gezeitenunterschiede, auf die Rücksicht genommen werden muß, gibt es kaum. Vortreffliche Sichtigkeit der Luft ist die Regel, durch rund 7 Monate in jedem Jahre herrscht fast immer gutes, heiteres Wetter, das eine leichte Orientierung nach der Sonne und den Sternen ermöglicht. Die Winde wehen ziemlich gleichmäßig, ebenso

1) Karl Schuchhardt, Alteuropa, 2. Aufl., S. 227, München 1926.
2) ebendort, S. 203.

Digitized by Google

wie verläßliche und günstig gerichtete Strömungen vorhanden sind. Dazu kommt ein für praktische Zwecke günstiger, äußerst regelmäßiger Wechsel zwischen Land- und Seewinden in der guten Jahreszeit: abends setzt der Landwind ein und ermöglicht den Schiffen ein bequemes Verlassen des Hafens, wenn sie zu den wegen des gleichmäßigen Windes beliebten und infolge der steten Sternklarheit fast immer möglichen Nachtfahrten aufbrechen, ebenso wie morgens der aufkommende Seewind die Landung zu erleichtern pflegt.

So kann man es geopolitisch verstehen, ja, muß es als der Logik der staatlichen Entwicklung angemessen bewerten, daß der älteste europäische Staat, von dem wir wissen, auf der großen und dennoch ungewöhnlich gut gesicherten Insel Kreta entstand. In die uralte Theseus-Sage klingen bekanntlich Motive hinein, daß selbst Athen mit dem umliegenden Gebiete dereinst politisch den Herrschern von Kreta tributpflichtig war. Es ist von vornherein unwahrscheinlich, daß eine allbekannte athenische Lokalsage, mit einem für das nationale Selbstgefühl der Athener immerhin peinlichen Anfang, gänzlich aus der Luft gegriffen und ohne geschichtliche Vorgänge entstanden sein soll. Jetzt aber dürfen wir behaupten, daß ein erhebliches Maß von historischer Wahrscheinlichkeit für eine zeitweilige Ausdehnung der kretischen Herrschaft auf attischen Boden spricht, ja, man hat sogar Grund zu der Annahme, daß der oben erwähnte ältere und anscheinend noch gewaltigere „Trojanische Krieg" ums Jahr 2000 v. Chr., der die überaus schatzreiche älteste Burg Troja in Trümmer legte, von Kretern ausgefochten worden ist[1])! Ägypten konnte kein Seestaat werden, weil es ihm auf eigenem Boden an brauchbarem Schiffsholz fehlte; Kreta aber war dazu infolge seines Holzreichtums in der Lage.

Kretas Macht und Herrlichkeit tritt uns in den homerischen Gesängen noch anschaulich genug entgegen, obwohl zur Zeit des trojanischen Krieges die kretische Großmachtstellung schon seit über 200 Jahren nicht mehr bestand und der Hegemonie Mykenäs Platz gemacht hatte. Die seit 1899 durch Evans vorgenommenen Ausgrabungen in den Hauptstädten Knossos und Phaistos, die offen und ungeschützt an der kretischen Nordküste lagen — ein sicherer Beweis für die überragende kretische Seeherrschaft! — haben uns ein staunenswertes Bild von der Macht und der Kultur der sogenannten „minoischen Periode" ergeben, deren höchste Blüte etwa auf die Zeit um 1700—1500 v. Chr. anzusetzen ist. Insgesamt dürfte die politische Macht Kretas (mit Unterbrechungen) rund 1 bis 1½ Jahrtausende, bis 1400 v. Chr., gedauert haben. Sie fand anscheinend ihr Ende dadurch, daß der Staat Achaja Kreta eroberte. Viele aus Kreta stammende Schätze, die man in Mykenä gefunden hat, lassen darauf ziemlich unzweideutig schließen.

Kreta scheint die älteste politische Seemacht der Geschichte gewesen zu sein. Hier trafen alle geopolitischen Vorbedingungen für ein

1) Pauly-Wissowas Realenzyklopädie, Bd. XI, 2, Sp. 1750.

Digitized by Google

wirtschaftliches und staatliches Gedeihen zusammen: Reichtum an Holz, zumal an Schiffbauholz (Eichen und Fichten), Wasserreichtum infolge zahlreicher Gießbäche, die aus den Gebirgen des Inneren herunterströmten, meist steile Küsten, die die Verteidigung ungemein erleichterten, ein treffliches Klima und, infolge der Nähe des Meeres, reichlicher und regelmäßiger Tau auch in den regenlosen Sommern, so daß der Boden Getreide, Oliven, Wein, Honig in reicher Fülle hervorbrachte.

Sonst hat es im Altertum nur noch ein Mal eine staatliche Großmacht gegeben, die sich allein auf die Seebeherrschung stützte: Karthago, das zeitweilig an Stelle seiner Feindin Rom die Herrin der Welt werden zu wollen schien. Unter welchem äußeren Anreiz die phönizischen Händler, die sich im 9. Jahrhundert in Karthago niedergelassen hatten, verhältnismäßig schnell ihre hervorragende Kriegstüchtigkeit erwarben, ist nicht ganz klar. Ursprünglich sollen sie den in Tunis einheimischen Libyern tributpflichtig gewesen sein. Es dauerte aber nicht lange, dann hatten sie sich die Libyer untertan gemacht und dehnten dann ihre Herrschaft bis an den Atlantischen Ozean, auf Sizilien, Sardinien und Korsika, die Balearen und Spanien aus, bis sie in den verhängnisvollen Zusammenprall mit den Römern hineingezogen wurden (Fig. 6).

Fig. 6.
Das karthagische Reich zur Zeit der höchsten Blüte.

Wenn wir die Lage des karthagischen Kernstaates geopolitisch betrachten, so erkennen wir wieder eine ausgezeichnete Sicherheitslage nach allen Seiten. Die Kulturzone des nordwestlichen Afrika bildet gewissermaßen eine Insel und heißt bei den Arabern geradezu „Insel des Westens" (Gezireh el Magrib). Gegen Süden ist sie durch die Wüste, gegen Westen durch den Ozean, gegen Norden und Osten durch das Mittelmeer geschützt, worauf bereits Carl Ritter hinwies.[1]) Sie konnte demnach in ihrer Sicherheit keinesfalls bedroht werden, solange nicht eine fremde Seemacht sich ihren Küsten näherte. Eine solche fremde Seemacht bestand aber in den ersten 5½ Jahrhunderten karthagischer Geschichte nicht. Es scheint, daß die Bevölkerungszunahme in Karthago sehr bedeutend war und daß der zu knappe Nahrungsspielraum zu fortgesetzter, teils kriegerischer, teils friedlicher Ausdehnung nötigte. Hören wir doch, daß etwa gegen Ende des 6. Jahrhunderts von den karthagischen Suffeten beschlossen wurde, eine überschüssige Volksmenge von 30000 Köpfen zur Auswanderung zu ver-

1) Carl Ritter, Erdkunde, Afrika, Bd. I, 1, S. 884.

Digitized by Google

anlassen und sie in neu zu gründenden Kolonien an der Küste des Atlantischen Ozeans anzusiedeln.[1]) Die staatliche Großmacht der Karthager im westlichen Mittelmeer brach schließlich unter den Schlägen des zäheren und sittlich höherstehenden Rom zusammen. Wie sehr aber der Boden von Tunis geopolitisch geeignet war zur Bildung machtvoller Staaten, zeigte sich noch einmal, als im 5. Jahrhundert n. Chr. die germanischen Vandalen unter dem bewundernswerten Herrscher Geiserich (428—477) sich auf den Trümmern Karthagos wiederum ein starkes und stolzes, wenn auch nur kurzlebiges Reich schufen, das ebenso, wie dereinst Karthago in der Hannibal-Zeit, Rom in seinen Grundfesten erbeben ließ und sich nach der Seeschlacht am Kap Bon (468) anschickte, die erste Vormacht im gesamten Mittelmeer zu werden. Hieß doch eben dies Mittelmeer von da an lange Zeit Wendel(Wandalen)-Meer! — Und noch einmal, im 16. Jahrhundert, fehlte nicht viel, daß wieder an derselben Stelle der Seeräuber Djereddin Barbarossa einem kraftvollen Staat von Dauer zum Leben verholfen hätte. Nur Karls V. Eingreifen zur See (1535) hat diese Entwicklung verhindert.

5. Die Gegenpole antiken staatlichen Lebens: Phönizien, Hellas, Rom.

Nicht immer entwickelte sich aus einer günstigen Lage zum Mittelmeer eine staatliche Macht. Die Phönizier, deren friedlicher Seeruhm den der Kreter bekanntlich noch weit überstrahlt hat, waren in dieser Hinsicht das genaue Gegenteil der Kreter, was ebenfalls geopolitisch verständlich ist. Ihre Küste war zwar holzreich (Libanon), aber verhältnismäßig leicht zugänglich, schlecht geschützt, sowohl gegen die See wie gegen das Hinterland. Der allgemeine Charakter dieses typischsten orientalischen Kaufmannsvolkes, das mehr dem Händler- als dem Heldentum zuneigte, mag auch das Seinige dazu beigetragen haben, daß die phönizischen Städte, unter denen bekanntlich erst Sidon (das heutige Saïda), später Tyrus (Sur) die wichtigste Rolle spielten, nie auch nur den Willen gehabt zu haben scheinen, sich staatlich zusammenzuschließen und politisch eine Eigenrolle zu spielen. Während 2½ Jahrtausende später die Seestädte der deutschen Hanse doch wenigstens den Versuch eines Zusammenschlusses zur gemeinsamen Wahrung gleicher Interessen machten, führten die einzelnen phönizischen Städte zumeist ein vollendetes Eigenbrötlerleben. Als Alexander i. J. 332 anrückte, nahm Sidon ihn willig auf, während Tyrus sich ihm verschloß! Jeder politische und staatliche Ehrgeiz lag den nur auf Wahrung wirtschaftlicher Vorteile bedachten Phöniziern so vollkommen fern, daß sie kaum je wagten, sich gegen fremde Eroberer zu schützen (nur Tyrus verteidigte sich um 670 gegen die Assyrer mit, gegen Nebukadnezar und Alexander ohne Erfolg). Das phönizische Küstenland

1) Hannonis periplus, § 1.

Digitized by Google

hat fast dauernd wechselnden, fremden Herren gehorcht und war zufrieden, wenn man es friedlich Handel treiben und Tribut zahlen ließ. Dem jeweilig stärksten Staat war es willig untertan. Nur in der Periode nach 1000 v. Chr., als die angrenzenden Großmächte Assyrien, Hethiterreich, Ägypten selber eine Zeit starker Schwächung durchmachten, rafften sich die Phönizier unter Führung von Tyrus zu einem Ansatz von staatlichem Eigenwillen auf. Aber lange dauerte dieser Aufschwung nicht: bald waren die Assyrer neuerdings die Herren im Lande.

Die geopolitische Lage Phöniziens war die denkbar trefflichste zur Entwicklung eines einträglichen Land- und Seehandels und zur Sammlung erheblicher Reichtümer. Am Fuße eines mit Holz- und Metallschätzen ausgestatteten Gebirges gelegen, gegen Osten durch das Euphrattal mit Babylonien und weiter mit dem reichen Indien verbunden, gegen Westen auf das für die Seeschiffahrt trefflichst geeignete Meer und unbegrenzt viele, handelsfrohe, nahe Küsten blickend, mußten sie, sobald sich ihnen politisch mächtigere Wettbewerber nicht in den Weg stellten, zu einer Großmacht des Handels werden, und sie wurden dies um so sicherer, je bewußter sie jeden nationalen Ehrgeiz zurückstellten.

Der Wille zum Staat und der Wille zum Handel sind oft, auch in unseren Tagen noch, scharfe Gegensätze, denn dem Handel pflegt eine weitgehende Verwischung staatlicher Grenzen im allgemeinen willkommen zu sein. Kaum jemals aber in der Geschichte hat ein leidlich kultiviertes Volk so bewußt das staatliche Eigenleben negiert und einseitig den Handel und nur den Handel gepflegt wie die Phönizier. So viel wir wissen, haben sie, im schroffen Gegensatz zur kretischen Seemacht, während ihrer ganzen Geschichte nie ein einziges Kriegsschiff besessen, geschweige denn eine Kriegsflotte. Sie haben Kolonien in großer Zahl begründet, über 300 im Bereich des Mittelmeers und seiner nächsten Umgebung[1]), unter denen die berühmtesten Gades und Karthago waren. Auch Gades trug den echt phönizischen Charakter: es war eine lediglich für Handelsgeschäfte ins Leben gerufene Stadt ohne jeden noch so bescheidenen politischen Ehrgeiz, gegründet ausschließlich zu dem Zweck, den höchst einträglichen Zwischenhandel zwischen dem metallhungrigen Mittelmeergebiet und dem westlichen Haupt-Metallmarkt Tartessos (Tarschisch) an der Guadalquivir-Mündung tunlichst ausschließlich in phönizischen Händen zu behalten. Das Ratzelsche Wort[2]): „Reich, aber vaterlandslos" hat nie eine typischere Verwirklichung als in Phönizien gefunden.

So viele Eroberungen das Land im Lauf der Zeit auch durchmachte, die fremden Herren hüteten sich 2000 Jahre lang wohlweislich, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legte.[3]) Die Phönizier gehorchten in

1) Alexander Peez, Zur neuesten Handelspolitik, S. 326. Wien 1895.

2) Fr. Ratzel, „Das Meer als Quelle der Völkergröße", S. 46.

3) Vgl. die bezeichnende Äußerung Herodots (III, 19): „Gewalt wollte Kambyses den Phöniziern nicht antun, weil sie sich den Persern freiwillig ergeben hatten und die ganze Seemacht von den Phöniziern abhing."

Digitized by Google

buntem Wechsel den Assyrern, den Ägyptern, Hethitern, Babyloniern, Persern und trieben unter allen Herren ihren einträglichen Handel von Indien bis zum Atlantischen Ozean nach dem Motto: „Die fremden Eroberer kommen und gehen; wir gehorchen, aber wir bleiben stehen!" Rühmlich für ihre Staatsgesinnung, für ihr Nationalgefühl war ein solches ruere in servitium gewiß nicht, kulturhistorisch haben freilich die Phönizier mehr als irgendein anderes Volk der alten Welt für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den Völkern getan.

Sollte nun nicht die hohe militärische Tüchtigkeit der Eroberer- und Seemächte Kreta und Karthago ebenso mit ihrer vortrefflichen Sicherheitslage zusammenhängen, die ihre Kräfte bequem zu konzentrieren gestattete, wie die nationale Rückgratlosigkeit und der mangelnde Wille zum Staat bei den Phöniziern mit der allzu leichten Zugänglichkeit ihrer Küsten für jeden kraftvollen Nachbarstaat?

Für das Staats- und Nationalgefühl der Phönizier wäre es förderlicher gewesen, wenn ihr Seehandel sich unter steter Bedrohung durch räuberische und feindliche Angriffe hätte abspielen müssen, die aber in der Zeit zwischen 1300 und 700 v. Chr., als der phönizische Handel sich entwickelte und zur Blüte gelangte, anscheinend von keiner Seite her drohten. Wir sehen es mehr als 2000 Jahre später am Beispiel der deutschen Hanse, wie bei einer Händlerbevölkerung, der sicher ein völlig friedlicher Seehandel nach phönizischer Art am willkommensten gewesen wäre, der Zwang, sich gegen die Feindschaft der Dänen, Schweden, Norweger, Engländer, der holländischen und flandrischen Städte durchzusetzen und gleichzeitig die Angriffe der Vitalienbrüder und anderer Seeräuber abzuwehren, sich politisch und militärisch auswirkt: die Kaufherren sind gezwungen, sich kriegerische Schlagfertigkeit zu erwerben, sich eine zu stolzen Leistungen fähige Kriegsflotte zu verschaffen und sich auch politisch zu organisieren. Die „Hanse" ist bekanntlich nie ein staatliches Gebilde gewesen, sondern lediglich ein politischer und wirtschaftlicher Zweckverband losester Art, und dennoch sehen wir von dieser unstaatlichen Organisation politische Wirkungen einschneidendster Art ausgehen. Ist doch die Hanse das einzige Beispiel der Geschichte, daß sich ohne jede staatliche Grundlage eine politische Macht, ja, sogar eine Großmacht entwickeln kann, denn es ist nicht zu verkennen, daß nach dem glänzendsten aller Hansetage, der am 19. November 1367 in Köln abgehalten wurde, und nach dem glorreichen Frieden von Stralsund (24. Mai 1370) der lockere deutsche Hansebund einige Zeit hindurch die politische Vormacht im ganzen Bereich der Ost- und Nordsee gewesen ist. Vielleicht hätten sich in der Schule der Gefahr zur See auch die unkriegerischen Phönizier zu stärkerer politischer Aktivität entfaltet!

Mit wenigen Ausnahmen haben die zahlreichen phönizischen und griechischen Kolonien im westlichen Mittelmeer, im Schwarzen Meer, in der Adria, am Atlantischen Ozean usw. keine größere politische und staatliche Bedeutung erlangt (vgl. S. 217ff.).

Digitized by Google

Dem Typus Phönizien stellten sich der Typus Hellas und der Typus Rom als völlig andere politische Ideenwelten der alten Welt gegenüber:

Wir hörten oben, daß um 1200 v. Chr. im südlichen Griechenland eine staatliche Großmacht Achaja bestand, organisiert anscheinend in der Weise, daß viele kleine König- und Herrscherreiche in losem Verhältnis, nach Art von Bundesstaaten, einem Großkönig in Mykenä gehorchten, wie es uns die Organisation des Feldzugs der Ilias vor Augen führt. In der gesamten späteren Entwicklung ist Griechenland aber nie ein einheitlicher Staat gewesen und wurde zu einem solchen erst wieder geeinigt, als der mazedonische und später der römische Eroberer das Land von außen her gewaltsam zusammenfügten. Genau wie im Deutschen Reich der Jahrhunderte vor 1870 oder im Italien des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit war die innere Zerrissenheit des Volkes so groß, daß eine staatliche Einigung nie und ein gemeinsames Vorgehen nur in schwersten Notzeiten, wie anläßlich des Perserkrieges, zu erzielen war. Bei den alten Hellenen überwucherten, wie bei uns Deutschen, Partikularismus und Eigenbrötelei fast immer das Nationalbewußtsein, und trotz hoher militärischer Tüchtigkeit blieben politische Erfolge versagt, weil jedem großen Staatsmann und Führer die schlimmsten Feinde unter den eigenen Landsleuten erwuchsen. Ganz große Geister konnten vorübergehend das hellenische wie das deutsche Volk zur ersten politischen Macht des Zeitalters emporreißen: ein Alexander, ein Karl der Große, ein Barbarossa, ein Bismarck; aber stets setzte bald nach dem Tode solcher Genies durch Zerklüftung im Innern auch wieder der staatliche Verfall ein: das Diadochentum, die Teilung von Verdun, das Interregnum, der Zusammenbruch von 1918. Erstaunlich ist es, wie Perioden stärkster politischer Zerrissenheit eines Landes und gesamtstaatlicher Machtlosigkeit oftmals gleichzeitig die höchsten Steigerungen kultureller Blüte und unsterblichen Geisteslebens brachten: die Perikleszeit, die Renaissance, die klassische Periode von Weimar. Es zeigt sich beim Hellenen wie beim Deutschen, daß mit einer glänzenden Disziplin im kleinen (Sport-, Turn-, Gesangvereine usw., politische Parteien) eine unbegreifliche Disziplinlosigkeit, Querköpfigkeit und Kurzsichtigkeit im staatlichen Dasein Hand in Hand geht. In Rom machte man Staatsfeinde und Wirrköpfe, wenn sie einmal auftauchten, rücksichtslos unschädlich (Spartacus, Catilina); im zerrissenen und politisch unreifen Hellenenvolk aber (Kleon, Alkibiades), im mittelalterlichen Italien und im deutschen Volk haben sie sich nur allzu oft durchgesetzt und schweres Unheil gestiftet.

Diese Eigenart des Nationalcharakters hat es bedingt, daß das kulturell höchststehende Volk der alten Welt niemals nach außen politisch eine Rolle zu spielen vermochte. Wenn wir absehen von dem geschlossenen Auftreten in der Perserzeit, das die aus der Not geborenen Großtaten von Marathon, Salamis und Platää verrichtete, besteht die politische Geschichte der klassischen Zeit Griechenlands fast ausschließlich aus Kriegen der einzelnen Stämme untereinander, aus Kämpfen um die Hegemonie, genau

Digitized by Google

wie die politische Geschichte Deutschlands ungleich reicher ist an Schmalkaldischen, Dreißigjährigen, Siebenjährigen und 1866er Kriegen als an Taten der Gesamtnation, wie sie auf dem Lechfeld, bei Leipzig und Sedan vollbracht wurden. Selbst in schwersten nationalen Notzeiten lähmten nur allzu gern denkbar geringfügigste innerpolitische Meinungsverschiedenheiten jede erfolgreiche Aktivität gegen den äußeren Feind. Als Philipp von Mazedonien schon die Hand nach der griechischen Beute ausstreckte, rieben sich die hellenischen Stämme noch in Zwistigkeiten zwischen Athen, Theben und Phokis auf, bis es zu spät zum Widerstand war, und bei Legnano vollführte Heinrichs des Löwen Eigenbrötelei ebenso einen Dolchstoß gegen Barbarossas Kampffähigkeit wie innerpolitischer Machthunger in den bösen Tagen von 1918. Und die einzelnen Städte bekriegten sich gegenseitig so lange und so gründlich, daß schließlich der römische Eroberer leichtes Spiel hatte.

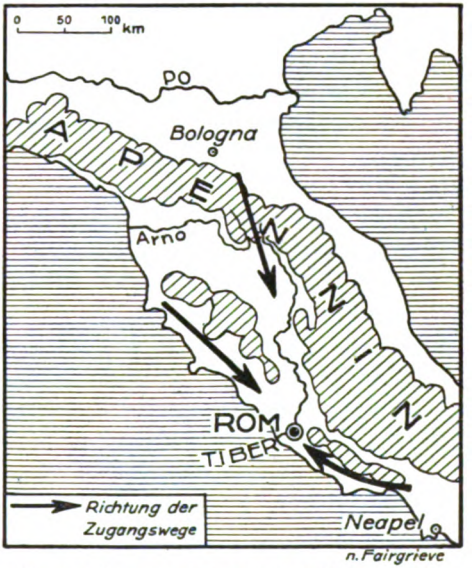

Fig. 7. Roms verkehrsgeographische Lage.

Wie ganz anders ist demgegenüber das Bild, das uns der beispiellose Aufstieg Roms zur politischen Weltmacht gewährt! Daß gerade Rom es war, das sich unter Tausenden von anderen Städten zur Herrin der Erde aufschwang, läßt sich geopolitisch wohl begründen. Rom lag am Schnittpunkt der hellenischen und der etruskischen Kultur, dazu an derjenigen Stelle Italiens, wo das Tibertal als Hauptverkehrsweg über die Appenninen mit dem von Norden an der Küste herunterkommenden Verkehrsweg zusammentraf, so daß Rom dort aufblühte, wo der Zugang nach dem Süden am leichtesten zu verteidigen, der ganze Verkehr zwischen Nord- und Süditalien am besten zu beherrschen war (Fig. 7). Gegen unmittelbare Angriffe von See durch eine ins Hinterland vorgeschobene Lage gesichert, war dennoch Rom von Anfang an gefährdeter gegen Angriffe von außen als die älteren, auf Inseln oder in Wüsten gelegenen Staaten. Mit genialem Scharfblick für geopolitische Notwendigkeiten begann daher Rom schon frühzeitig in dem von ihm beherrschten Gebiet erstklassige Fahrstraßen zu bauen, in richtigem Vorgefühl für die später von Friedr. List geprägte Formel: „Wer die Verkehrsmittel eines Landes in seiner Gewalt hat, hat auch, falls Recht und Vernunft ihm zur Seite stehen, das Land selbst in seiner Gewalt." Die Römer wurden, um ihr Gebiet politisch sicher in der Hand zu haben, die größten Meister des Straßenbaues,

Digitized by Google

und so weit späterhin auch die Grenzen des Imperiums vorgeschoben wurden, überallhin folgten ihnen die mustergültigen römischen Straßen. Die erste von ihnen, die Via Appia, die zunächst bis Capua, späterhin, in 8 m Breite und 540 km Länge, bis Brundisium geführt wurde, stammte bereits aus der Zeit des Appius Claudius um 300 v. Chr. Möglich war ein solches Werk einer steingepflasterten Straße natürlich nur in einem Lande, wo die Beschaffung des Steinmaterials keine größeren Schwierigkeiten machte.

Ähnlich wie im Perserreich des Altertums, im mittelalterlichen China Kublai Khans, im Frankreich Napoleons I., war die ausgezeichnete Fürsorge für jegliches Verkehrswesen und ganz besonders für einen mustergültigen Straßenbau bei den Römern eine Art von Symbol für die aufs äußerste gesteigerte staatliche Konzentrierung, die straffste Zentralisation der Verwaltung, die ohne das gute Straßennetz gar nicht möglich gewesen wäre. Politische Zerrissenheit eines Staates und Volkes erkennt man an mangelhaftem Zustand der Verkehrswege: im alten Griechenland ließen die Straßen viel zu wünschen übrig, bis der Römer sich ihrer annahm, und in den deutschen Landen pflegte die Güte der Fahrstraßen im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Vielheit der Einzelstaaten zu stehen. Staatliche Geschlossenheit aber spiegelt sich wieder in der Güte und Einheitlichkeit des Verkehrs: das Wort „Alle Wege führen nach Rom" hatte nicht nur verkehrsgeographische, sondern auch verwaltungspolitische Bedeutung.

Wenn Rom, ursprünglich nur ein Stadtstaat wie alle anderen des Altertums, als politisches Machtgebilde schließlich über seine Mitbewerber, selbst die gewaltigsten, triumphierte, so war freilich auch eine staatspolitische Begabung, neben der militärischen Tüchtigkeit, dabei ausschlaggebend, die, außer im modernen England, nie ihres Gleichen gehabt hat. Vor allem aber lehrt Roms Beispiel, daß staatliche Macht als oberste Voraussetzung den Willen zur Macht verlangt. Ranke hat einmal sehr treffend gesagt:[1])

„Wahre Politik kann nur von einem großen nationalen Dasein getragen werden."

Das gilt in unseren Tagen genau wie im Altertum. Der Unterschied besteht nur darin, daß im planetarischen Wettbewerb der Gegenwart die staatliche Basis des „großen nationalen Daseins" nicht mehr so schmal sein kann wie ehedem. Im Altertum und noch im ausgehenden Mittelalter mochten einzelne Städte, wie Rom und Venedig, einer halben Welt politisch und wirtschaftlich Gesetze vorschreiben. Auch noch im 17. und 18. Jahrhundert konnten kleine Länder, wie Holland und Preußen, Machtfaktoren ersten Ranges werden durch starken Willen zur staatlichen Selbstbehauptung. Heute dagegen dürfen in der Regel nur die großen Staaten von 40 und mehr Millionen Bewohnern darauf rechnen, eine erste Rolle in der Weltpolitik zu spielen, aber ebenfalls nur, wenn ein starker Machtwille Träger ihrer Politik ist.

1) Leop. v. Ranke, Die großen Mächte (vgl. S. 3), S. 28.

Digitized by Google

Man ließ in Rom den unterjochten Volksstämmen, Völkern und Staaten in allen kulturellen Dingen völlig freie Hand: sie durften ihre Religion ungestört ausüben, niemand tastete ihre liebgewordenen Eigenarten an, man ließ sie eine Sprache sprechen, welche sie wollten. Es genügte, daß sie Steuern zahlten und gehorchten — sonst konnten sie tun und lassen, was sie mochten. Wie ungleich dilettantischer muten demgegenüber die Bemühungen vieler moderner und modernster Staaten an, die großen Bruchteilen ihrer Bürger vorschreiben, welche Gefühle und Gesinnungen sie zu hegen, welche Sprache sie zu sprechen haben und die mit allen ihren Maßnahmen eines ganz gewiß nie und nimmer erreichen werden, was die Römer so meisterhaft verstanden: alle ihre Untertanen mit Staatsgesinnung zu erfüllen, zu freiwilliger Hingabe an den Staat zu erziehen! Überall, wo es einem unterworfenen Volke wirtschaftlich gut geht, wo ihm freie Hand in religiösen und kulturellen Dingen gelassen wird, da söhnt es sich leicht mit einem etwaigen politischen Wandel seiner Geschicke aus. Denken wir daran, was für gute Briten die Schotten seit 1600 geworden sind, die ehedem so viele und erbitterte Kriege mit den Engländern geführt haben! Diese politische Weisheit hatten die Römer so gut wie heute die Engländer erfaßt, und sie erzielten mit solchen liberalen Grundsätzen tausendmal größere Erfolge als die politischen Dilettanten, die mit Zwangsmaßnahmen, Gesinnungsspionage und Schikanen aller Art ihren Bürgern eine „vorschriftsmäßige" Gesinnung aufzwingen und die Anschauungen, die Religion, die Sprache nach einem Einheitsschema uniformieren wollen. Derartige Maßnahmen, die nur Haß und Verbitterung erzeugen und den Widerstandsgeist großziehen, wurden im Altertum von den Assyrern und Karthagern angewandt — mit dem Erfolg, daß der schließliche Zerfall des Herrenstaates von allen unterworfenen Völkerschaften mit freudigem Aufatmen begrüßt wurde. Im Römerreich dagegen herrschte im größten Teil seiner Machtsphäre das freudige Bekenntnis „Civis Romanus sum", die Hingabe an den Staat, die im wesentlichen auch Roms Triumph über seinen gefährlichsten Nebenbuhler Karthago erst ermöglichte. Dieser Sieg im ausgehenden 3. Jahrhundert v. Chr. ist jedenfalls mehr mit sittlichen als mit militärischen Mitteln erstritten worden. Roms feindselige Haltung gegenüber dem christlichen Bekenntnis durch 2½ Jahrhunderte hindurch war ebenfalls nicht ein Produkt kultureller Bevormundung oder gar religiöser Intoleranz, die dem Römer weltenfern lag, sondern weit mehr eine Abwehrmaßnahme gegenüber einer Lehre, die in so mancher Hinsicht politisch bedenklich und sozial umstürzlerisch war, die eine Mißachtung der staatlichen Macht und der Staatslenker in sich barg und ihnen eine höhere, unsichtbare Autorität überordnen wollte. Es war aber auch eine echt römische Staatsmaßnahme von englisch-moderner Großzügigkeit, daß nach der schwersten aller Christenverfolgungen, der Diokletianischen, Kaiser Konstantin, als er erkannte, daß der Feind doch nicht mehr unterdrückt und vernichtet werden konnte, plötzlich seinen Frieden mit ihm schloß, anzubeten befahl, was vorher verbrannt

Digitized by Google

worden war und das Christentum zur Staatsreligion erhob. Es war dies ein unendlich kluger politischer Schachzug, der bemerkenswert stark an Englands Haltung gegenüber den Buren Südafrikas nach beendetem Kriege oder auch an Bismarcks Schonung des besiegten Österreich i. J. 1866 erinnert.

Phönizien, Griechenland, Rom, diese drei größten Kulturträger des letzten Jahrtausends v. Chr. — sie stellen auch die drei größten Extreme des staatlichen Seins dar: den in nationaler Hinsicht indifferenten, reinen Händlertyp, den stark dezentralisierten, politisch zerrissenen, ewig mit sich selbst uneinigen Kulturtyp und den zentralistischen, straff geeinten, zielbewußt-zähen Machttyp. Schon im Altertum war man sich dieses grundsätzlichen Unterschieds der Völkercharaktere wohl bewußt. Bezeichnend hierfür sind jene berühmten Worte des Anchises in Vergils „Äneis"[1]) über Roms Zukunftsaufgaben:

„Andere werden aus Erz anmutiger treiben Gebilde,
Lebende sicher in Stein das Antlitz wahrer gestalten,
Führen beredter das Wort, nachziehn die Bahnen des Himmels
Rein mit Zirkel und Stab, Aufgang ansagen den Sternen:
Dein Beruf ist es, o Römer, als Herr zu gebieten den Völkern
(Diese Kunst pflege du) und dem Frieden die Sitten zu lehren,
Unterjochte zu schonen und niederzuringen die Stolzen!"

6. Ein Vergleich zwischen heutigen und antiken Staatstypen.

Hervorragende politische Begabung ruft Spitzenleistungen in allen Fragen der praktischen Verwaltung und der nüchternen, poesielosen Technik hervor. In Rom waren die Staatsverwaltung, das Beamtentum, die Heeresorganisation, die Rechtsprechung, der Straßenbau, das Post- und Leuchtturmwesen und vieles andere in einer Art und Weise musterhaft durchgebildet, wie es Europa bis in die neuere Zeit nie wieder erlebt hat. Von moderneren Herrschern erinnert vielleicht der energische, hausbacken-tüchtige, aber stocknüchterne und völlig amusische König Friedrich Wilhelm I. am meisten an die römische Kunst, den Staat zu verwalten und aufzubauen. Auf fast allen den geistigen Gebieten aber, auf denen Griechenland so Unsterbliches leistete, versagte Rom, oder es schuf nur unindividuelle, wenn auch geschickte Nachahmungen. Rom hat nicht einen Bildhauer oder Maler ersten Ranges, nicht einen Musiker, nicht einen großen Dramatiker hervorgebracht; seine Dichter standen bewußt auf griechischen Schultern, Vergil auf denen Homers, Horaz auf denen Anakreons und Sapphos; selbst die römischen Versmaße waren durchweg den griechischen entlehnt. Ebensowenig gab es wirklich große römische Philosophen, Ärzte, Astronomen, Geographen usw., während das kleine Griechenland führende Geister auf allen Gebieten von Kunst und Wissenschaft in fast unbegrenzter Fülle hervorbrachte. Rom machte sich politisch Hellas untertan, aber Hellas eroberte kulturell Rom.

1) Vergil, Äneis VI, 847—853.

Digitized by Google

Besteht nicht in dieser Hinsicht, auf geistigem Gebiet wie auf staatspolitischem, eine Parallele zwischen Deutschland und Griechenland einerseits, Rom und England andererseits? In Rom und in England bei freiheitlicher Behandlung aller Staatsbürger straffste Machtpolitik des Staates und stärkstes Nationalbewußtsein; in Griechenland und in Deutschland fast immer nationale Uneinigkeit und Zersplitterung unter Lähmung der gesamtnationalen Stoßkraft, aber Schwelgen in Kunst, Romantik, Wissenschaft und philosophischen Problemen. — Welche überraschende Parallelität besteht nicht zwischen des Aristoteles Ausspruch[1]):

„Die Hellenen, kräftig und regsam, in Freiheit lebend und gut verwaltet, könnten alle Barbaren beherrschen, wenn sie zu einem Staate vereinigt wären"

und einem schon im Jahre 1720 gesprochenen Wort[2]):

„Sonsten wird Teutschland insgemein das Brust- und Sternstück von Europa genennet und soll ihm nichts mangeln, sich unüberwindlich zu machen, als die Einigkeit"!

Es scheint unter den Völkern der Erde Gefühlsnationen und Verstandesnationen zu geben. Der Unterschied macht sich in allen Lebensäußerungen mehr oder weniger deutlich bemerkbar, bis in das nebensächlich-nüchterne Gebiet der Namengebung hinein. Was bietet uns die griechische Sprache für prachtvolle Namen, die überwiegend Tugenden und Weisheiten des Trägers andeuten sollen: Aristides, Themistokles, Sophokles, Timotheus usw.! Die Römer liebten demgegenüber das Nüchtern-Praktische: Quintus, Sextus, Claudius, Caecus, Naso usw. Es ist derselbe Unterschied wie in unseren Tagen zwischen der blumigen Sprache des nahen oder fernen Orients und der Namengebung der Angelsachsen, die in den Vereinigten Staaten selbst für ihre Straßennamen Nummern anwenden und nicht einmal für ihr Land einen Namen voller Phantasie zu erfinden vermochten. Und ebenso ist die Sprache ein Spiegel der Seele der Völker. Man vergleiche das musikalische Italienisch, das theatralisch-elegante Französisch mit dem nüchtern-knappen, unendlich praktischen, wenn auch wirklich nicht schönen Englischen und seiner einfach leichten Grammatik, die so lebhaft an die verstandesklare lateinische Sprache und ihren Aufbau erinnert. Sind diese Sprachen nicht die trefflichsten Charakterisierungen und Spiegel der Völker selbst? Der romanischen Völker mit ihrer auf den schönen Schein eingestellten Lebensweise, ihrer Geselligkeit, Liebenswürdigkeit, Eitelkeit, Redseligkeit, Unzuverlässigkeit und der angelsächsischen Rasse mit ihrer Nüchternheit, ihrer Arbeitsamkeit, ihrer Phantasielosigkeit, die so weit geht, daß die größten „englischen" Komponisten — Händel und Mendelssohn heißen? Britannia non cantat. Auch in dieser Hinsicht sehen wir die Ähnlichkeit zwischen dem heutigen England und dem alten Rom. Die arbeitsamsten und tüchtigsten Völker (oft auch Individuen) sind

1) Aristoteles, Polit. VII, 7.

2) Joh. Christoph Wagners „Compendiöse Cosmographia", S. 11. Augsburg 1720.

Digitized by Google

vielfach unliebenswürdig, verschlossen, kurz angebunden, „grantig" — man denke an die Engländer, Norweger, Preußen, Friesen usw. Unendliche Liebenswürdigkeit und mangelnde Verläßlichkeit gehen auf der anderen Seite gleichfalls gern Hand in Hand. Bei jenen heißt es: „Ein Mann ein Wort", bei diesen gehört selbst der Bruch des feierlichst verpfändeten Wortes zum machiavellistischen Rüstzeug der Politik.

In unseren Tagen ist England der weitaus am meisten dem alten Rom verwandte Staat. Es hat aber nicht immer diesen „römischen" Charakter gehabt und hatte etwa bis 1550 weit mehr „phönizischen" Einschlag. Zwar war es nie so unkriegerisch wie die Phönizier; im Gegenteil, seine zähen Kriege gegen die Schotten, seine Eroberungszüge nach Frankreich, das 200 Jahre lang englische Calais, die Namen Crécy, Poitiers, Azincourt beweisen, daß schon im Mittelalter die Angelsachsen neben dem Händler- auch den Heldengeist besaßen, wie die Karthager des Altertums, aber das lange Dulden der deutschen Hanse in den verschiedensten englischen Städten (London, Ipswich, Lynn, Yarmouth, Boston, Hull), die ihnen allerhand wertvolle Handelsgewinne wegnahm, die spätere Abhängigkeit von der holländischen Schiffahrt, und die eigene bis zur Navigationsakte (9. Oktober 1651) nur geringe Macht auf der See, sie zeigten an, daß der nationale Wille doch lange nur schwach entwickelt war. Am deutlichsten trat dies zutage in dem Hansekrieg gegen England, der den tapferen Danziger Seehelden Paul Beneke i. J. 1468 in die Themse eindringen, den Londoner Lordmayor gefangen nehmen und den vertriebenen englischen König Eduard IV. gegen Zusicherung weitgehender Privilegien unter Hanseschutz nach England zurückgelangen ließ. Noch in den Tagen der großen englischen Königin Elisabeth besaß die eine deutsche Seestadt Emden i. J. 1572 eine größere Handelsflotte als ganz England; in Spanien glaubte man damals, England werde eines Tages, wie Mailand, als Beute zwischen Spanien und Frankreich aufgeteilt werden[1]) und noch ein Baco von Vorulam († 1626) entschuldigte sich, daß er sich in seinen gelehrten Werken der so wenig bekannten englischen Sprache bediente! Um Anteil am einträglichen Indien-Handel zu erlangen, sah sich England genötigt, da der Seeweg dorthin durch Portugal allen anderen Nationen verboten war, zeitweilig (nach 1554) eine unendlich umständliche Landverbindung nach Indien von — — Archangelsk über Moskau, die Wolga und das Kaspische Meer einzurichten! Eben dieser grenzenlose Eigennutz der damaligen Herren aller wertvollen Überseegebiete, der Portugiesen und der Spanier, zwang aber England schließlich, sich auf die „römischen" Methoden umzustellen und auch auf der See, wie Rom im 1. Punischen Kriege, sich die für ein staatliches Gedeihen unentbehrliche Macht zu erkämpfen. Der erfolgreiche Krieg gegen die spanische „unbesiegliche Flotte" i. J. 1588 und die Bundesgenossenschaft mit den Naturgewalten der Stürme sowie die schon erwähnte Navigationsakte Cromwells ermöglichten dann

1) Leop. v. Ranke, Englische Geschichte, Bd. I, S. 230. Berlin 1877.

Digitized by Google

jenen beispiellosen Aufstieg zur ersten Seemacht der Erde und zur Königin der Meere. England, das in den Anfängen seiner Geschichte oft genug von anderen Nationen erobert worden war, von Römern, Pikten und Skoten, Dänen und Norwegern, das dann etwa seit 1150 selber erobernd gegen seine Nachbarn Schottland, Irland und Frankreich vorgegangen war, ist durch jene Navigationsakte befähigt worden, seine erst durch den Weltkrieg verlorene Stellung als politische und wirtschaftliche Vormacht der Welt zu erringen und erste Seenation, Zentrum der Weltbörsen und des Weltnachrichtenwesens, führendes Industrieland und eine Kolonialmacht, wie sie die Welt nie zuvor gesehen hat, zu werden.

Die wahrhaft bewundernswerte Großzügigkeit, mit der England die Politik der bewußten Erziehung zum Civis Britannicus betrieb, hat sich nie glänzender erwiesen als in der Tatsache, daß den i. J. 1902 nach grausamem, dreijährigen Kampf auf die Knie gezwungenen und annektierten Burenstaaten schon i. J. 1910 die Autonomie verliehen wurde. Wie sehr es gelang, selbst diese erbitterten Feinde durch diese „römische Methode" zur britischen Staatsgesinnung zu erziehen, hat sich im Weltkrieg dann wahrhaft überraschend gezeigt — mag auch zurzeit die allbritische Staatsgesinnung mehr und mehr durch eine neue, selbstbewußte südafrikanische Staatsgesinnung wieder verdrängt werden.

Keiner der anderen älteren Kolonialstaaten hatte ähnlich glänzende Erfolge aufzuweisen wie England. Spanien, Portugal, Frankreich verwalteten ihre überseeischen Besitzungen ausschließlich nach „karthagischen" Methoden: sie beuteten sie aus, aber entwickelten sie kaum. Nur Holland nahm eine höhere Stufe als Kolonisator ein, dazu von den jüngeren Kolonialmächten Deutschland und die Ver. Staaten. Die letzteren beiden könnten im Laufe der Zeit wohl Ähnliches leisten als Kolonialpioniere wie England, aber die koloniale Tätigkeit der Nordamerikaner ist noch zu jung, als daß schon ein abschließendes Urteil möglich wäre, und Deutschland, das auf dem besten Wege war, Schutzgebiete nach „römischen" Methoden zu entwickeln, ist seiner Kolonien wegen „kolonialer Unfähigkeit" beraubt worden! Im Zusammenhang mit dem kolonialen Problem wird unten über diese Dinge noch einiges Weitere zu sagen sein.

Wie wenig der größte Teil der Welt aus den staatspolitischen Methoden und Erfolgen der Römer und der Engländer gelernt hat, ist daraus zu ersehen, daß die Mehrzahl der Nationen, ganz besonders in der Nachkriegszeit, selbst gegen kulturell höchststehende, fremde Volkssplitter in den Grenzen des eigenen Staates so „unrömisch" wie möglich vorzugehen pflegt. Statt die nationalen Minderheiten zu freudiger Mitarbeit an dem Staat zu erziehen, in den sie das Schicksal hineingestellt hat, befolgen Frankreich, Italien, Polen, Litauen, die Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien u. a. ihnen gegenüber die Politik der fortgesetzten Nadelstiche, der systematischen Verärgerung und Herabwürdigung zu Staatsbürgern zweiten und dritten Grades. Noch niemals aber hat sich Staatsgesinnung gewaltsam aufzwingen lassen. Das hat auch England

Digitized by Google

in dem einzig schwarzen, sehr schwarzen Blatt seiner Kolonialgeschichte, in Irland, hinreichend deutlich verspürt! Man kann es allenfalls verstehen, wenn Nationen, die selber lange unterdrückt waren und sich einer staatlichen Selbständigkeit nicht erfreuen konnten, im aufwallenden Selbstgefühl nach erfolgter Befreiung des Guten zu viel tun. Aber nationale Proselytenmacherei hat noch nie in der gesamten Geschichte den gewünschten Erfolg gehabt, fremde Volkssplitter der jeweilig zufälligen Herrennation zu assimilieren. Im Gegenteil, sie haben den nationalen Abwehrwillen der Geknechteten jedesmal nur erstarken lassen, und die Erfahrung lehrt, daß dieser Abwehrwille auf die Dauer doch unüberwindlich ist. Entnationalisierung kann die „römische" Methode erreichen, wenn sie die Zeit für sich arbeiten läßt und nicht die Entwicklung beschleunigen will. Die „karthagische" Methode ist aber immer impotent gewesen, hat noch niemals Staatsgesinnung erzeugt und wird dies auch in Zukunft nicht tun.

Die Art und Weise, wie heute manche Staaten ihre nationalen Minderheiten zur Staatsbejahung bringen wollen, nicht minder auch die Methoden, mit denen in einigen neuentstandenen Republiken die Anhänger der derzeitigen Staatsform die ihr ablehnend Gegenüberstehenden zu bekehren suchen, sie erinnern bedenklich an die landesväterliche Erziehungspraxis des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I., der seine vor ihm flüchtenden Untertanen mit den Worten verprügelte: „Ihr sollt mich nicht fürchten, ihr sollt mich lieben." Auch im Leben der Staaten ist es eben nicht möglich, durch Zwang Liebe auszulösen, Liebe zur Nation, zum Muß-Vaterland oder zur Staatsform.

Eine rühmliche Ausnahme unter den neuen Staaten bildet Finnland. das die Minderheitenfrage gegenüber seinen schwedischen Bevölkerungselementen vorbildlich gelöst hat. Auch Estland hat 1925 als erster Staat grundsätzlich die kulturelle Autonomie der Minderheiten anerkannt und schickte sich 1927 an, die unbeschränkte Ausübung des Rechtes des freien Nationalitätenbekenntnisses unter gesetzlichen Schutz zu stellen. Doch ist noch nicht zu übersehen, ob es diesem Staat ernst ist mit seiner liberalen Politik. Manche Tatsachen berechtigen zum Zweifel, wie die am 19. Februar 1927 erfolgte Beschlagnahme des deutschen Doms in Reval und andere bedenkliche Übergriffe jüngster Zeit. — Finnland wird vermutlich rasch freudige Mitarbeit der Minderheiten am Staat erleben, auf die Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen und andere Länder lange werden warten können.

Wie war es doch mit dem Wettstreit zwischen Sturm und Sonne, wer von ihnen den Wanderer aus dem Pelz herausbringen könne? Der Wind mochte blasen, so viel er wollte, der Wanderer hüllte sich nur immer tiefer in seinen Pelz ein. Als aber die Sonne nur wenige Minuten lang so recht freundlich niedergestrahlt hatte, da zog er ihn aus und hängte ihn beiseite — —

Digitized by Google

II. Die geopolitischen Faktoren der Staatenbildung.

Einleitung.

Als wichtigste geopolitische Faktoren der Staatenbildung haben wir zu unterscheiden:

die geologische Beschaffenheit des Bodens,
die klimatischen Verhältnisse,
die Gestalt des Bodens,
die Fauna und Flora,
die Lage zu den Meeren und Flüssen,
die Lage zu den Hochstraßen des Verkehrs.

Die Wirkungen dieser Faktoren im einzelnen nachzuweisen, sei nunmehr unsere nächste Aufgabe.

1. Die Beschaffenheit des Bodens.

Schon die obigen Ausführungen über die Entstehung der ältesten Staaten der Erde ließen die Wichtigkeit der Bodenbeschaffenheit für die Staatenbildung deutlich in die Erscheinung treten, denn in den Wüstenstaaten bildete die wirtschaftliche Grundlage des Gedeihens der von den Flüssen in regelmäßigen Perioden abgelagerte, überaus fruchtbare Schlamm, bzw. ist der nicht minder fruchtbare Löß der Träger der Wirtschaftlichkeit gewesen. Als günstige Böden für die Entstehung kraftvoller Staatengebilde sind ferner die vulkanischen Verwitterungsböden anzusehen, wie das Beispiel des alten Rom, des alten Mexiko und Japans beweisen.

Demgegenüber sind die armen Böden, die nur eine bescheidene Vegetation und unsichere Gras- oder Getreideerträge hervorbringen, eine Gefahr für das Gedeihen der Staaten auf besseren Böden. Die Steppen selbst eignen sich selten und, wenn überhaupt, so erst spät zur Staatenbildung. Die in ihnen wohnenden Nomadenvölker sind zwar Hirten, aber keineswegs „fromme" und friedliche Hirten, die ihre Lämmer weiden und mit Blumen schmücken, die Flöte blasen und Reigen tanzen, sondern schlimme Eroberer und Krieger, die bedrohlichste Gefahr für die fruchtbareren Länder am Rande der Steppen. Mit Recht betont Ratzel den Doppelcharakter dieser Hirten- und Steppenvölker[1]):

„Der Nomade ist als Hirt ein wirtschaftlicher, als Krieger eine politischer Faktor."

1) Friedr. Ratzel, Völkerkunde, 2. Aufl., Bd. II, S. 390. Leipzig-Wien 1894.

Digitized by Google

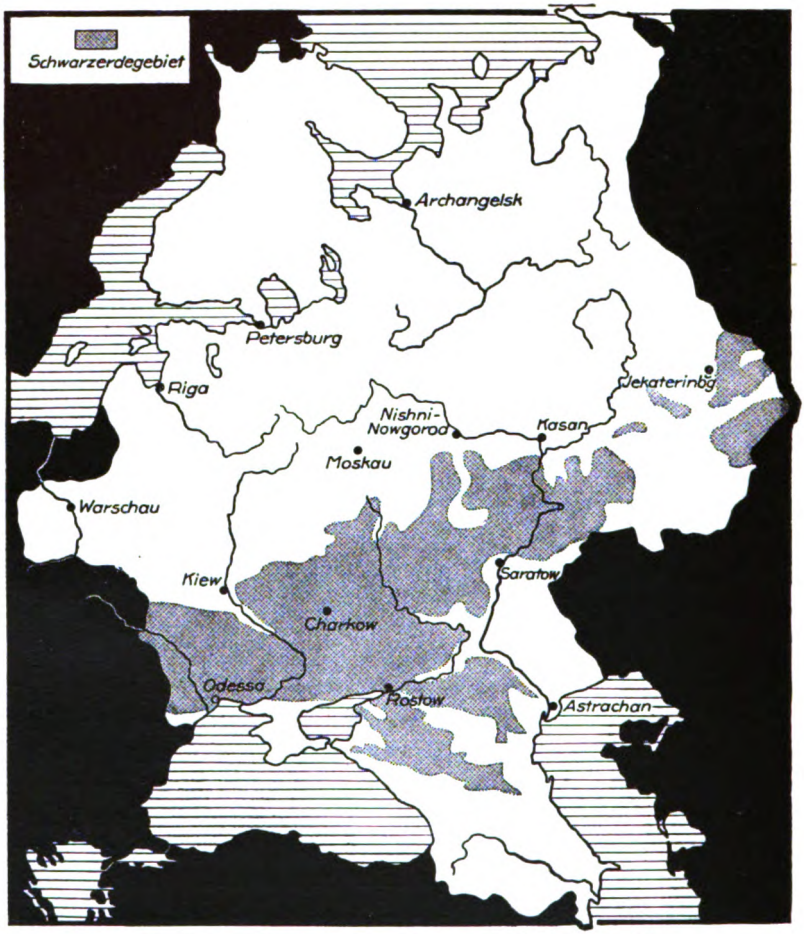

Fig. 8. Rußlands guter Ackerboden (Schwarzerde).
(Nach der Bodenkarte von K. Glinka, 1927.)

Immer wieder im Laufe der Geschichte haben sich die armen Böden der Steppen und gelegentlich selbst der Wüsten als die vaginae gentium erwiesen, als die Staubecken der großen Völkerwanderungen: von Zeit zu Zeit brach der Damm, und die angehäuften Menschenmassen wälzten sich verheerend, in unaufhaltbarem Lauf durch ungezählte wohlhabendere Länder, ja, durch ganze Erdteile dahin. Das Steppenvolk der Hunnen gab den wesentlichsten Anstoß zur größten Völkerwanderung der europäischen Geschichte 375—476 n. Chr. und zu den Schreckenszügen gegen Westen, denen erst auf den Katalaunischen Feldern (451) Einhalt geboten werden konnte. Aus den arabischen Steppen und Wüsten, in denen ein Mohammed nicht nur als Religionsstifter, sondern vielleicht in noch höherem Maße als Staatenbildner sich betätigte, brach jener Arabersturm los, der in kurzer Zeit alle Länder von Indien bis zur marok-

Digitized by Google

kanischen Küste durchbrauste, der noch nach Spanien und über die Pyrenäen hinüberwogte und erst durch Karl Martells Sieg bei Tours und Poitiers (Juli 732) gebändigt wurde. Aus der ungarischen Pußta flutete dann im 10. Jahrhundert eine andere Völkerwanderung hervor, und erst bei Riade (933) und auf dem Lechfeld (10. August 955) konnte „der Ungarn Wut" ein Damm entgegengestellt werden. Abermals drei Jahrhunderte später entsandten die Salzsteppen Innerasiens aufs neue jene unabsehbaren und durch nichts zu hemmenden Mongolen-Scharen, die in einem halben Jahrhundert alle Länder vom Gelben Meer bis nach Ungarn und Schlesien entsetzlich verheerten, bis die Schlacht bei Wahlstadt (9. April 1241) ihrem weiteren Vordringen nach Westen ein Ende machte.

Die staatenzerstörende Kraft, die so oft von den armen Böden ausgegangen ist, ist in ihrem ersten Ursachen durch Oppenheimer klar erkannt worden[1]):

„Der Hirtenstamm ist an Kopfzahl viel stärker als die Jägerhorde, nicht nur, weil die Erwachsenen viel mehr Nahrung von einem gegebenen Gebiet erzielen können, sondern vor allem auch, weil die Verfügung über tierische Milch die Säugeperiode der Mütter abkürzt und eine größere Zahl von Geburten und den Aufzug von mehr Geborenen erlaubt. Daher sind die Weidesteppen zu jenen unerschöpflichen Staubecken geworden, die periodisch in Überschwemmungen austraten."

Aus ähnlichem Anlaß ist der arme Felsboden Norwegens, der nur stellenweise Ackerbau gestattet und nur beschränkte Mengen von Menschen ernähren kann, im Mittelalter die Ausgangsstelle jener kühnen See-Nomaden geworden, die als Normannen von Nordafrika bis Spitzbergen und vom Kaspischen Meer bis nach Grönland und zur amerikanischen Küste im 9., 10. und 11. Jahrhundert der Schrecken der Länder und Meere waren, alte Staaten zertraten und neue gründeten.

In unseren Tagen ist der Zwang zum Imperialismus für kriegstüchtige Völker auf armen Böden im Grunde derselbe geblieben und hat nur andere Formen angenommen: trotz allen Idealen einer Selbstbestimmung der Nationen ist nicht zu erkennen, wie etwa die russische Staatsgewalt in Moskau sich jemals mit einem Verlust der Ukraine und der wertvollen Schwarzerdegebiete (Fig. 8) sollte abfinden können: in solchen Fällen wird Staatsraison immer über Selbstbestimmungsrecht gehen.

Andererseits darf nicht verkannt werden, daß arme Böden, auf denen Ackerbau betrieben wird, sittliche Energien im Menschen zu wecken und zu stählen geeignet sind, die in Reichtum und Wohlleben nur allzu leicht verkümmern würden. Wenn der Bewohner, der schwer um des Lebens Notdurft zu ringen hat, dem Heimatboden überhaupt treu bleiben will, so muß er sich einen steifen Nacken gegen Schicksalsschläge erwerben, der ihm dann oft auch im Kampfe gegen politische Feinde trefflich zugute kommt. Die Norweger, die Schweizer, die Friesen, die Dithmarschen, die Halligenbewohner, die Bauern der sandigen Mark, sie sind auf kargstem Boden die Träger staunenswerter sittlicher Energien

1) A. a. O., S. 25.

Digitized by Google

geworden. Die Abschüttelung der maurischen Herrschaft in Spanien ging von dem rauhen Asturien aus; der Heldenkampf der Niederlande gegen die spanische Tyrannei von der armen holländischen Geest, nicht der fetten Marsch; der schwedische Freiheitskampf gegen die dänische Blutherrschaft entsprang 1521 nicht den Städten, sondern dem armen Bauernlande von Dalarne; und die karge Mark Brandenburg erzeugte die Sieger von Fehrbellin, Roßbach und Leuthen und wurde die Wiege des neuen Deutschen Reiches. Auf fetten Böden, in Überflußgegenden gedeihen derartige sittliche Energien niemals; auf üppigen Fluren werden die Befreier eines Volkes aus der Knechtschaft nicht geboren. Diese Tatsache wurde gelegentlich bereits im Altertum klar erkannt. Wie Herodot erzählt[1]), hat schon Cyrus, der Gründer des Perserreiches, den geopolitisch überaus einsichtigen Ausspruch getan:

„ein und dasselbe Land bringe nicht zugleich herrliche Früchte und tapfere Krieger hervor".

Eroberervölker, die aus kargen Gegenden in fruchtbare Länder und höhere Kulturen eindringen, können sich dort im allgemeinen nicht sehr lange behaupten. Sie vermögen daselbst vorübergehend mächtige und glänzende Reiche ins Leben zu rufen — man denke an die Staatsschöpfungen eines Theoderich, Geiserich, Robert Guiscard, Dschingis Khan, Kublai Khan — aber ihre Nachkommen verweichlichen und degenerieren schnell, und meist schon in der nächsten oder übernächsten Generation brechen die neuen Reiche wieder zusammen. Nur in niedriger Kultur und im rauheren Klima pflegen solche Erobererreiche unter Umständen von längerer Dauer zu sein; die Mongolenherrschaft in Rußland währte z. B. 2—300 Jahre. In der Regel werden die Eindringlinge von den Trägern höherer Kultur entweder aufgesogen oder aber nach einiger Zeit wieder aus dem Lande gejagt bzw. vernichtet, wie es den Hyksos in Ägypten, den Goten und Vandalen in Italien und Tunis und auch den Mongolen in Rußland widerfuhr.

Unter den geologischen Faktoren, die auf das Werden und die Entwicklung der Staaten erheblichen Einfluß haben, stehen weiter die mineralischen Schätze an erster Stelle. In unserer Zeit sind Kohle und Eisen, dazu Erdöl, Baumwolle, Gummi und Zucker die geopolitisch am stärksten wirkenden Rohstoffe geworden; in älteren Zeiten waren es die Edelmetalle und tropischen Gewürze. Die ersten Industrieländer sind auch die entscheidenden Faktoren der großen Weltpolitik. Wer über die reichsten Mengen an jenen Gütern verfügt, beherrscht die Weltwirtschaft und damit das politische Geschehen. In anderem Sinne als früher besteht heute das Schillerwort zu Recht: „Wo das Eisen wächst in der Erde Schoß, da entspringen der Erde Gebieter." Aber ganz zutreffend ist dieses Wort heute doch nur, wenn das Eisen mit der Kohle im selben Lande vereint sich findet. Länder, die nur Eisenerze, aber keine Kohle be-

1) Herodot IX, 122.

Digitized by Google

sitzen, um jene zu verhütten, wie Schweden, Spanien und Brasilien, können sich keine Großindustrie samt der daran hängenden industriellen und politischen Macht verschaffen. Wo aber weder Eisen noch eine für Verkokung geeignete Kohle vorkommen, da darf auch eine erhebliche politische Machtstellung des Staates nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Kampf der politischen Kräfte diese Stellung leicht erschüttert werden kann, daß die Rüstung unerwünscht stark von ausländischer Zufuhr und ausländischem Wohlwollen abhängig und demgemäß die geopolitische Basis der staatlichen Macht schmal bleibt. Italien und Japan sind in dieser Hinsicht typische Beispiele für solche gehemmten Großmächte. Beide können ohne mächtige Freunde und Bundesgenossen dauernd keine bedeutende politische Rolle spielen. Das „Italia fara da sè" hat sich weder in der politischen Geschichte der letzten dreiviertel Jahrhunderte durchführen lassen, noch wird dies künftig möglich sein. Und Japans lebhafter Drang nach dem kohlenreichen Schantung, dem ölreichen Sachalin, dem eisenerzreichen Jangtse-Becken, hängt ebenfalls aufs engste mit jener gefährlichsten Schwäche der geopolitischen Stellung Japans zusammen.

Wenn im 16. Jahrhundert Spanien die erste Großmacht der Welt wurde, Spanien, das soeben (1492) selber erst aus 700jähriger Abhängigkeit von den Arabern ganz befreit worden war, so war diese politische Tatsache die unmittelbare Folge des Umstands, daß die überreichen Goldschätze, die plötzlich aus der Neuen Welt nach Spanien strömten, das Reich eines Karls V. zum zahlungsfähigsten der Erde machten. Daß ebenso ein enger Zusammenhang bestand zwischen dem bedeutenden Silberreichtum Sachsens und Böhmens mit der mächtigen politischen Stellung der sächsischen und böhmischen Herrscher im alten Deutschen Reich etwa in der Zeit zwischen 1350 und 1550, hat schon W. Vogel[1]) treffend hervorgehoben.

Nun, und nach Beispielen, wie in unseren Gegenwartstagen das Vorkommen von Mineralschätzen richtungweisend für die hohe Politik sein kann, braucht nicht lange gesucht zu werden. Man denke an die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Mexiko, dem seine reichen Erdölschätze wirtschaftlich ein Segen, politisch aber ein Fluch sind, wie es dereinst die neuaufgefundenen Gold- und Diamantenvorkommen den Burenrepubliken wurden. Der mächtige Nachbar mischt sich bei jeder Gelegenheit in die inneren Verhältnisse des Landes ein[2]), und es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß eines Tages, so oder so, die Erdöllager dieselbe Rolle, wie im 16. Jahrhundert die Goldschätze, für Mexikos Unabhängigkeit spielen werden. Auch für Venezuela, Kolumbien, Chile, Peru, Argentinien dürften die Erdöl-Vorkommen noch eine Quelle schwerer politischer Sorgen werden. — Anzeichen hierfür sind schon zu spüren. Je knapper die Petroleumvorräte der Erde in Zukunft werden, um so bedeutender wird die Rolle sein, die das Erdöl in der hohen Politik spielt. Der werdende Welt-Luftverkehr, in dem größte politische Energien zur Geltung

1) A. a. O., S. 49. 2) Vgl. Karl Hoffmann, Ölpolitik. Berlin 1927.

Digitized by Google

kommen werden, muß, des Benzins wegen, auf die geographische Verteilung der Erdölquellen im erheblichen Umfang Rücksicht nehmen:

„In der Tat sind die großen Bohrtürme der Petroleumfelder nichts anderes als politische Ferngeschütze größten Kalibers, welche besser geeignet sind als phantastische ‚Todesstrahlen', die Seele aller Luftfahrzeuge zu beherrschen und zu beeinflussen". [1])

Englands Politik gegenüber Persien wurde durch das Erdöl ausschlaggebend bestimmt, Englands Haltung im Gebiet des Jangtsekiang gegenüber China wie allen anderen Mächten, die man dort tunlich fernzuhalten wünschte, dagegen durch die dortigen Eisenerzlager und durch die Eignung des Landes zur Baumwollkultur. Und wollen wir nicht ferner daran denken, wie i. J. 1904 die schon fast eingeschlummerten „Revanche"-Gedanken in Frankreich mächtig belebt wurden, als die Deutschen im zurückgewonnenen Elsaß beim Bohren nach Erdöl in der Nähe von Colmar unerwartet reiche Kalilager gefunden hatten? Oder wie der Appetit der Südafrikanischen Republik auf das vorher für allzu wertlos angesehene und daher verschmähte deutsche Schutzgebiet Südwestafrika in demselben Augenblick mächtig angeregt wurde, da im Mai 1908 in öder Sandwüste des Südens unerwartet reiche Diamantlager angetroffen wurden, die in der Folge der wichtigste Konkurrent der Diamantminen von Kimberley wurden? Reiche Bodenschätze sind für schwache Staaten eher ein Verhängnis als ein Segen. [2]) Daß die letzten noch unabhängigen Länder in anderen Erdteilen, wie Abessinien, Afghanistan, Siam u. a. längst von England oder einer anderen Großmacht, koste es, was es wolle, annektiert worden wären, wenn in ihrem Boden sehr reiche Mineralschätze gefunden worden wären, kann ernstlich wohl nicht bezweifelt werden.

In wahrhaft erschütternder Weise gesteht der Engländer Horrabin[3]) ein, nach was für Gesichtspunkten heute die Staatszugehörigkeit ganzer Bevölkerungen bestimmt wird:

„Lord Rhondda (wurde) zu einem leidenschaftlichen Befürworter der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, da bei einer Vergrößerung der zu bearbeitenden Eisenmasse Frankreichs Kohlenknappheit noch zunehmen und so die günstige Lage des Geschäftes in Süd-Wales entsprechend sich steigern würde. Genau dieselbe Tatsache ließ ihn mit der gleichen Leidenschaft gegen die Auslieferung irgendwelcher Kohlenfelder an Frankreich sein — im Saargebiet oder irgendwo sonst. Würde Seine Lordschaft die französische Ruhrbesetzung gesehen haben, er wäre wahrscheinlich an gebrochenem Herzen gestorben."

---

1) Fischer von Poturzyn, Luft-Hansa, S. 64. Leipzig 1925.

2) Vgl. meinen Aufsatz, Die politische Bedeutung der Rohstoffverteilung auf der Erde in „Weltwirtschaft" 1928, S. 217.

3) J. F. Horrabin, Grundriß der Wirtschaftsgeographie. Übersetzt von Witfogel. Wien-Berlin 1926.

Digitized by Google

2. Der Einfluß der Fauna und Flora.

Ebenso wie die Mineralschätze, können die Tier- und Pflanzenbestände eines Landes entscheidenden Einfluß auf die Staatenbildung und auf die Politik moderner Mächte gewinnen. Warum ist es z. B. im vorkolumbischen Nordamerika nie zu einem Ansatz von Staatenbildungen der eingeborenen Völker gekommen? In der Hauptsache, weil man dort nur jagdbare, aber keine Haustiere kannte, die die Milchversorgung und somit die Ernährung reicherer Bevölkerungsmengen sicherstellen konnten. Die Frage, warum es nicht versucht oder nicht gelungen ist, den in unabsehbaren Mengen vorkommenden Bison zu zähmen und als Haustier zu verwenden, während doch das in den europäischen Wäldern vorkommende Wildrind frühzeitig ein wertvoller Hausgenosse des Menschen geworden ist, möge offen bleiben. Jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß das Fehlen aller Haustiere bei den nordamerikanischen Indianern und der durch die Unsicherheit der Jagderträge und den seltenen Ackerbau bedingte, knappe Nahrungsspielraum erheblich beigetragen haben zur Unmöglichkeit, Staaten zu gründen, und zu den grausamen Ausrottungskriegen der einzelnen Stämme gegeneinander, zur grundsätzlichen Abneigung, Gefangene am Leben zu erhalten und etwa als Sklaven nutzbar zu machen. Sklaven werden nur dort gehalten, wo ihrer Hände Arbeit mehr nutzbare Werte schafft, als ihre Verpflegung verschlingt. Wo ferner Sklaven leicht beschafft werden können, ist die Fürsorge für sie gering und die Behandlung schlecht. Wo sie aber nur schwer zu erhalten sind oder teuer bezahlt werden müssen, da werden sie ebenso sorgsam betreut wie ein wertvoller Viehbestand. Diesem Gesetz der historischen Entwicklung gemäß, verschmähten die nordamerikanischen Indianer im allgemeinen die Sklaverei, und sie töteten deshalb ihre Kriegsgefangenen. Es ist ungemein bezeichnend, daß der einzige Indianerstamm Nordamerikas, der Sklaven hielt, die Tlinkit-Indianer der nordwestlichen Küste waren, die an reichen Fischgründen saßen und daher Arbeitskräfte zum Fischfang in größerer Zahl verwenden konnten.[1])

Auch das übrige Amerika der vorkolumbischen Zeit ist, im Gegensatz zur Alten Welt, ausgesprochen arm an Haustieren gewesen. Mit Ausnahme des Hundes und des Lamas kannte Amerika keinen vierbeinigen Hausgenossen des Menschen und somit auch keine bequeme tierische Milchquelle und nur stellenweise ein brauchbares Tragtier. Es mutet fast erstaunlich an, daß trotz schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in den üppigeren und reicheren Ländern Mittel- und Südamerikas so große Staaten und reiche Kulturen entstehen konnten, wie sie uns bei den Mayas, den Tolteken und Azteken, den Inkas gar nicht genug Bewunderung erwecken können. Lediglich die Möglichkeit eines ergiebigen Ackerbaus bei fehlender Viehzucht hat dort die Grundlage der Staatenbildung

1) Fr. Oppenheimer, a. a. O., S. 28.

Digitized by Google

abgegeben. — Wie stark erschwerend die Unmöglichkeit, irgendwelches Großvieh zu halten, selbst in unseren Tagen noch auf die Staatsmaschine und die Verwaltung eines ausgedehnten Ländergebietes einwirkt, das kann man in den von der Tsetsefliege heimgesuchten Gebieten des tropischen Afrika noch Tag für Tag verspüren, das haben nicht zum wenigsten auch wir Deutschen in unserer Kolonie Ostafrika mit ihren primitiven Verkehrs- und Transportverhältnissen nur allzu schmerzlich empfunden.

Die Haustiere in ihren verschiedenen Formen haben gewaltig beigetragen zu den staatlichen Verhältnissen der Menschen. Die Nomadenvölker, die Pferde besaßen und als Reittiere benutzten, hatten eine starke Vorgabe vor ihren Nachbarn in bezug auf schnelle Beweglichkeit und demgemäß auch in bezug auf Kriegstüchtigkeit. Reiterstämme waren im Angriff wie in der Verteidigung unbesieglich und infolgedessen zur Eroberung und Beherrschung ausgedehnter Landflächen besonders gut befähigt.

Das Kamel hat ebenfalls stark verkehrsfördernd und, wenn auch nicht in gleicher Weise, wie das Pferd, politisch förderlich gewirkt. Die Verwendung des Kamels hat ausgedehnte Wüsten erst dem Verkehr erschlossen. Ähnlich ist eine Verkehrserschließung und Bewohnbarkeit der rauhen subarktischen Tundragebiete ohne das Renntier schlechterdings eine Unmöglichkeit. Kamel und Ren haben freilich in der Geschichte wohl stark kulturfördernd, aber doch nicht eigentlich politisch, nicht im Sinne der Konsolidierung staatlicher Verhältnisse gewirkt.

Wohl aber ist dies der Fall bei gewissen anderen milchgebenden Haustieren des Menschen, unter denen das Rind neben dem Pferd an erster Stelle genannt werden muß. Der jahreszeitliche Wechsel der Weidegründe der Rinder nötigte an manchen Stellen der Erde geradezu, die in Betracht kommenden Weidegebiete zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum, zu einem Staat, zusammenzufassen, wenn nicht fortgesetzte Reibungen und Streitigkeiten zwischen Hirten und Ackerbauern stattfinden sollten. An den Grenzen vieler Gebirge und Ebenen, z. B. in Kurdistan, sind die Hirten gezwungen, ihr Vieh im Sommer in den Bergen, im Winter in der Tigris-Ebene weiden zu lassen. Ohne eine Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen durch eine staatliche Gewalt mußte es dann leicht zu einer Verdrängung der Ackerbauern durch die Hirten, zu einer Einengung der Getreideerzeugung und zu schädlichen Störungen des Wohlbefindens für beide Teile kommen. Wo Ackerbau und Viehzucht in enger Nachbarschaft als Grundlage der Ernährung eines Volkes aufkommen, ist eine staatliche Regelung der Beziehungen zwischen Hirten und Bauern eine schlechthin unentbehrliche Notwendigkeit, ebenso eine genaue Regelung und Abgrenzung der privaten Eigentumsverhältnisse an Stelle des ursprünglichen primitiven Gemeinschaftsbesitzes.

Nicht unerwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die als Milchtier vornehmlich in Gebirgsgegenden seit ältester Zeit gern gehegte Ziege in zahllosen Fällen erheblich kulturzerstörend gewirkt hat. Die Waldlosig-

Digitized by Google

keit vieler, einst reich bewaldeter Gebirge der Mittelmeerländer und des Orients beruht nicht ausschließlich, aber doch im großen Umfang auf der Vernichtung der jungen Triebe durch die weidenden Ziegen, die vielleicht mehr als jeder andere Faktor zur Ausbreitung der Steppe in historischer Zeit und zur fortschreitenden Siedlungsarmut in ausgedehnten Gebieten, stellenweise sogar zur Verkarstung weiter Landflächen beigetragen haben.

Auch die Verbreitung der Seetiere vermag für die hohe Politik Bedeutung zu gewinnen. In der Geschichte der Hanse, in ihren mannigfachen Kriegen, ist die Beherrschung der besten Herings-Fanggebiete und Märkte das Hauptleitmotiv, und die jüngste japanische Politik ist durch das Einbrechen in die reichen russischen Salm-Gründe, zwecks Nahrungsbeschaffung, gekennzeichnet. Hierher gehört in neuester Zeit auch die durch die reichen antarktischen Walgründe bedingte Besitzergreifung der Bouvet-Insel und der Insel Peters I. durch Norwegen (1927 bzw. 1929).

Wenn wir uns weiter von der Fauna zur Flora als geopolitisch bestimmendem Faktor wenden, so ist zunächst unverkennbar, daß sehr ausgedehnte, lückenlose Waldgebiete in der tropischen wie der gemäßigten und subarktischen Zone in allen Zeiten eine Staatsbildung unmöglich gemacht oder doch aufs äußerste erschwert haben. Sehr große Wälder sind Verkehrs- und Siedlungshindernisse allerersten Ranges und daher ursprünglich besonders beliebte Landesgrenzen.[1])

In älteren Zeiten war natürlich die staaten- und menschentrennende Wirkung selbst schon kleinerer Waldungen ungleich schärfer ausgeprägt als im Zeitalter der geregelten Forstwirtschaft und der Eisenbahn. Ganz deutlich hat der ehemalige, heute verschwundene Wald Silva Carbonaria im Gebiet zwischen Maas, Schelde und Sambre den Verlauf der alten deutsch-französischen Sprachgrenze bestimmt. Für die politische Rolle des Waldes ist das trefflichste Beispiel die bezeichnende Tatsache, daß die mongolische Fremdherrschaft über Rußland (1238—1480) sich nur über die waldlosen und waldarmen Teile des Landes erstreckte. Der Rand der großen Wälder setzte der weiteren Ausbreitung der Herrschaft des Steppenvolkes von selbst ein Ziel. In Alt-Amerika war es ähnlich: „In der Kordillere vermeidet die Kultur durchaus den Wald... Im Osten schneidet die peruanische Kultur wie auch der Herrschaftsbereich der Inkas scharf mit der Waldgrenze ab".[2])

Wie sehr ferner die Vernichtung der Wälder auf die Staatswohlfahrt Einfluß gewinnen kann, dafür bietet die Geschichte Italiens ein warnendes Beispiel. Die unbekümmerte Vernichtung der einst reichen Waldungen in Italien und auf den Gebirgen um die Adria in der späteren Römerzeit sowie durch die christliche Kirche, die die Verehrung der heidnischen Waldgötter durch Zerstörung der Wälder selbst bekämpfte,

1) Genaueres bei Maull, a. a. O., S. 218—233.

2) Alfr. Hettner, Der Gang der Kultur über die Erde, S. 88. Leipzig-Berlin 1929.

Digitized by Google

hat die Sommerdürre, die ärmlichen Gebirgsgegenden, die nackten Karstlandschaften, die fieberschwangeren Campagnasümpfe erst geschaffen, an denen Italien bis zur Gegenwart leidet, die die Siedlungsmöglichkeiten stark eingeengt und die Volks- wie die Staatsgesundheit schwer geschädigt haben, die daher durch neue Aufforstung wieder zu beseitigen gegenwärtig eine der schönsten Aufgaben des energischen Mussolini ist.

Nur die riesigen Sümpfe kommen den großen Waldungen an völker- und staatentrennender Wirkung gleich. Selbst in unserer nivellierenden Gegenwart sind diese Wirkungen noch deutlich genug zu spüren, wenn etwa das große Bourtanger Moor auf weite Strecken Deutschland und Holland oder die Polessje-Sümpfe die Polen, Weißrussen und Ukrainer voneinander trennen. Von jeher sind eben gern „die politischen Grenzen an menschenarme Gebiete gebunden".[1])

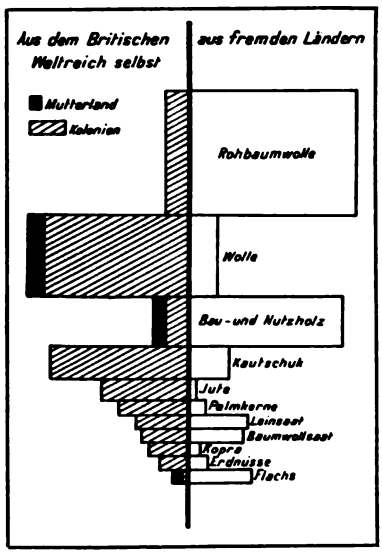

Fig. 9. Herkunft der Rohstoffe für Großbritannien.
(Nach Zeitschrift für Geopolitik, 1928.)

Wenn das Staatsleben in Kanada, Schweden, Finnland, Sibirien so gut wie ganz und gar — von einigen Seehäfen abgesehen — auf die südlichen Teile der Länder konzentriert ist, ist selbstverständlich die Tatsache daran schuld, daß allein in diesen Teilen Ackerbau und somit eine etwas stärkere Menschenkonzentration möglich ist.

Der Einfluß der floristischen Verhältnisse auf die politischen Zielstrebungen selbst der modernen Großstaaten geht am deutlichsten hervor in älterer Zeit aus dem erbitterten politischen Ringen des 16. und 17. Jahrhunderts um den Besitz der reichsten Gewürzländer, in neuerer Zeit vornehmlich aus dem Streben der Engländer, Fuß zu fassen in Gebieten, die für den Baumwollbau geeignet sind. Die Baumwolle bildet, neben dem Erdöl, den Schlüssel zum Verständnis von Englands Mesopotamien-Politik und ebenso für sein zähes Kämpfen um den vollständigen Besitz des Sudan gegenüber Ägyptens Ansprüchen auf dies Land (vgl. Fig. 9). Dagegen war der Wunsch, gutes Zuckerrohr-Land zu besitzen, einer der vornehmsten Beweggründe für der Ver. Staaten gewaltsame Erwerbung von Hawai, den Philippinen und Kuba. Wenn wir ferner in China und Japan trotz industriell nur mangelhafter Entwicklung eine so dichte Bevölkerung vorfinden, wie sie, außer in den führenden Industrieländern, nur in den überaus üppigen Gebieten Indiens und Javas vorkommt, so sind auch für diese politisch hochbedeut-

1) Maull, a. a. O., S. 461.

Digitized by Google

same Erscheinung, neben dem Klima (Monsunregen!), die Eigenheiten der Flora des Landes verantwortlich zu machen. Die Möglichkeit einer zweimaligen Reisernte im Jahr gewährt für die Ernährung, die ausgedehnte Bambuskultur für die Siedlung so großer Menschenmassen die alleinige wirtschaftliche Unterlage.

3. Der Einfluß des Klimas.

Daß die wirtschaftliche Bedeutung eines Landes mit dem Klima aufs innigste zusammenhängt, ist natürlich von jeher erkannt worden. Daß das politisch-staatliche Geschehen durch das Klima beeinflußt wird, hat man erst in jüngster Zeit bemerkt. Auch hier hat Haushofer wegweisend gewirkt, der u. a. einmal das Klima als „Vorbedingung industrieller Menschenverdichtung" anspricht.[1]) Maull erklärt sogar[2]) das Klima als „vielleicht überhaupt die wichtigste aller Staatsgrundlagen".

Vielleicht gibt es kein deutlicheres Beispiel für den Einfluß des Klimas auf die Staatenentwicklung als die von Fairgrieve[3]) nachgewiesene Tatsache, daß das römische Kaiserreich zur Zeit seiner höchsten Entwicklung im 2. Jahrhundert seine Grenze von der Nordsee bis zum Persischen Golf genau mit der 0°-Isotherme des Januar zusammenfallen ließ. Dieses eine Beispiel beweist mit geradezu klassischer Deutlichkeit, wie selbst die mächtigsten Völker in ihren politischen Handlungen ganz unbewußt dem Einfluß von klimatischen Naturgesetzen unterliegen können. Ebenfalls im römischen Weltreich gab es, wie Vogel hervorhebt[4]), eine Lücke in der staatlichen Fläche an derjenigen Stelle, wo sich zwischen Donau und Theiß die ungarische Pußta ausbreitet. Ihr Klima, ihre Bodenbeschaffenheit sagte den europäischen Völkern der damaligen Zeit nicht zu, und so gab es zwischen Dacien und Pannonien ein politisches Vakuum bis zu dem Tage, da die Hunnen auf ihrer Wanderung in dieses Gebiet vordrangen und in seinen Steppen einen ihren heimischen Verhältnissen ähnlichen und darum doppelt willkommenen Boden vorfanden. Da erst wurde die Pußta der Kern eines neuen Staatsgebildes.

Ebenfalls auf das römische Weltreich bezieht sich die treffende Bemerkung Vogels[5]), daß die Einheitlichkeit des ums Mittelmeer herumgewachsenen Staates im Sommer größer als im Winter gewesen sei, da von den nie besonders schiffahrtstüchtigen Römern das Mittelmeer nur in der sturmlosen, guten Jahreszeit befahren wurde. Wie sehr dieser Gesichtspunkt politisch bedeutsam werden konnte, zeigte sich vornehmlich im Winter 41/40 v. Chr., als Mark Anton seinem in Perugia belagerten Bruder nicht zu Hilfe zu kommen vermochte, da er in Ägypten weilte und in der schlechten Jahreszeit das Mittelmeer nicht zu befahren wagte.

1) Karl Haushofer, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung, S. 22. München-Leipzig 1923. 2) O. Maull, a. a. O., S. 348.

3) James Fairgrieve, Geographie und Weltmacht, übersetzt von Marta Haushofer, S. 237. Berlin-Grunewald 1925.

4) A. a. O., S. 33/34. 5) A. a. O., S. 34/35.

Digitized by Google

Daß im übrigen die Umgegend des Mittelmeers mit ihrem mindestens in der Sommerzeit fast immer heitren Himmel, ihrem reichlichen Sonnenschein, ihrer stets klaren Luft und den dadurch bedingten Vorzügen für Wirtschaft und Verkehr die besten, auf der ganzen Erde zu findenden Vorbedingungen für Entstehung von Staaten darbot, wurde schon oben hinreichend hervorgehoben. Auch sonst ist der enge Zusammenhang zwischen Meer, Meeresklima und Staatenbildung bzw. Staatenentwicklung unverkennbar. Ratzel hat „das Meer als Quelle der Völkergröße" gepriesen; es ist aber auch mit dem von ihm bedingten Klima in vielen Fällen der entscheidende Faktor, ob Staaten überhaupt entstehen können oder nicht. Die kalten und die warmen Meeresströmungen haben auf das staatliche Leben oft mehr Einfluß als der Wille des Menschen. An der vom Golfstrom bespülten europäischen Küste waren autochthone Staatenbildungen bis zum Polarkreis hinauf möglich, an der ostasiatischen und ostamerikanischen Küste mit ihren kalten Meeresströmungen haben nirgends nördlich vom 45. Breitengrad Staaten von selbst entstehen können.

Man stelle sich vor, was aus Englands staatlicher Weltgeltung würde, wenn seine Häfen durch 6 Monate im Jahr von Eis blockiert wären, wie es bei den unter gleicher geographischer Breite liegenden Häfen an der Amurmündung, in Kamtschatka, in Labrador der Fall ist. Die Beringstraße, die, südlicher gelegen, den Suez- und Panamakanal an Bedeutung vielleicht übertreffen würde, nun aber dem menschlichen Wirtschaftsleben nichts zu bieten hat, hält mit ihrer nur mäßigen Breite schon jetzt die Eismassen der Arktis dem Stillen Ozean so völlig fern, daß auch in der Frühjahrszeit die Dampfer auf wesentlich nördlicheren Breiten als im Atlantischen Ozean verkehren können. Freilich gewährt die Meerenge den kalten Meeresströmungen Durchlaß und verschlechtert dadurch das Klima Ostasiens empfindlich. Wäre sie gänzlich geschlossen, so würde das Klima Ostasiens durchgreifend zum Bessern gewandelt und damit eine Staatenbildung wesentlich nördlicher ermöglicht werden. Zumal die mit Bodenschätzen reich gesegnete Insel Sachalin könnte dann eines der bedeutungsvollsten Gebiete Ostasiens sein.

Die Geschichte lehrt uns an gar mannigfachen Beispielen, wie stark selbst ein einmaliges klimatisches Ereignis auf das Leben und Gedeihen eines Staates Einfluß zu gewinnen vermag. Holland dankt seine vortreffliche strategische Sicherung seinen zahlreichen Wasserstraßen. Aber als in dem besonders kalten Winter 1794/95 diese Wasserstraßen zufroren, wurde Holland ohne die Möglichkeit eines Widerstandes von den französischen Armeen besetzt und zur „Batavischen Republik" gemacht, und es konnte das weltgeschichtliche Kuriosum geschehen, daß am 25. Januar bei Texel die im Eise festsitzende Flotte von feindlicher Kavallerie fortgenommen wurde! Ähnlich wurde der dänisch-schwedische Krieg 1657/58 unerwartet dadurch entschieden, daß das schwedische Heer mit allem schweren Geschütz über den hartgefrorenen Öresund ins Herz des Feindes vorstoßen und ihn zum Frieden von Rœskilde (26. Februar 1658)

Digitized by Google

zwingen konnte. Wie sehr ferner der Staat des Deutschen Ordens im Sommer durch die Wälder und Seen im Osten besser als in der kalten Jahreszeit gegen feindliche Angriffe gesichert war, zeigte sich, als i. J. 1242 die Litauer über den gefrorenen Peipussee einen Angriff unternahmen und der Orden ihnen am 4. April in einem Kampf auf dem Eise des Sees unterlag, wodurch seiner weiteren staatlichen Ausdehnung gegen Osten ein Ziel gesetzt wurde.

Unter die klimatischen Einflüsse, die für das Leben eines Staates Bedeutung gewinnen können, muß man ferner die Fiebergegenden rechnen. Länder, in denen ständig Fieber, zumal die gefährlichen tropischen, herrschen, sind natürlich von vornherein der Staatenbildung, wie überhaupt der dauernden Besiedlung, abträglich. Aber für schon vorhandene Staaten können die lediglich jahreszeitlich auftretenden Fieber ein bemerkenswerter Schutz werden. Im Mittelalter ist Rom im Sommer durch alle seine Mauern nicht so gut gegen langwierige Belagerungen geschützt worden wie durch die Fieber der Campagna-Sümpfe, die ja schon dem Hannibal und seinem Heer arg zu schaffen machten. Ebenso wurde Walcheren i. J. 1809 durch die daselbst herrschenden Fieber vor der geplanten englischen Besetzung bewahrt, und in den Jahren nach 1830 wurde die französische Okkupation Algeriens empfindlichst dadurch erschwert, daß jährlich 7% der Truppen durch Fieber dahingerafft wurden. Die britische Expedition General Archibald Campbells im Birma-Kriege 1824 wurde ebenfalls dadurch teilweise zum Mißlingen gebracht, daß durch Fieber 72½% des weißen Heeres kampfunfähig gemacht wurden.

Ein ganz besonders charakteristisches Beispiel ähnlicher Art hat noch die jüngste Vergangenheit geliefert. I. J. 1919 hoffte England die damalige Schwäche Rußlands zu einem Vorstoß nach Afghanistan, dem noch unabhängigen Pufferstaat, ausnützen zu können. Die englischen Truppen wurden bei dieser Gelegenheit aber durch Seuchen derart dezimiert, daß sie schließlich unverrichteter Sache zurückgehen mußten. Im Frieden von Rawalpindi, im August 1919, behauptete Afghanistan nicht nur seine Unabhängigkeit, sondern hatte darüber hinaus seine politische Stellung derart gestärkt, daß man im afghanischen Staat vielfach die neue Vormacht des Islam erblicken wollte. Das Klima Afghanistans, das schon einmal im Winter 1841/42 Tausende von Engländern auf dem Rückzug durch den Khaiberpaß, wie der russische Winter 1812 die französische Armee, vernichtet hatte, erwies sich auch 1919 als ein den Staat schützender Faktor.

Wie sehr die koloniale Überseepolitik europäischer Staaten in den asiatischen Monsungebieten von den Jahreszeiten und somit dem Klima abhängig ist, belegt Haushofer in sehr wirkungsvoller Weise durch ein historisches Beispiel. Zwei der bedeutsamsten Ereignisse der Kolonialgeschichte, die Gründung von Manila durch Legaspi (1569) und die die britische Herrschaft in Indien endgültig festigende Schlacht von

Digitized by Google

Fig. 10—13.

Plassey (1757), fielen auf das gleiche Datum, den 23. Juni. Haushofer meint nun[1]):

„Diese Übereinstimmung ist nicht ganz zufällig, weil dieses Datum einen Höhepunkt der Ungunst des Monsun-Klimas für militärische Operationen von Truppen gemäßigter Zone bedeutet, die nur außergewöhnliche Willenskraft eines Führers überwindet."

Mag diese Bemerkung auch etwas übertrieben zugespitzt sein, der richtige Grundgedanke darin ist einleuchtend.

4. Die Bedeutung der Niveauunterschiede.

Mit der geopolitischen Bedeutung der jeweiligen Oberflächenform eines Gebietes für die Staatenbildung haben sich in neuerer Zeit vornehmlich Passarge und W. Vogel beschäftigt. Passarge hat die treffende Bemerkung gemacht, daß in der gemäßigten und subtropischen Zone die Ebenen, in den Tropen dagegen die Gebirge für Staatenbildungen als „Vorzugsländer" anzusehen seien.

Vogel[2]) unterscheidet folgende wichtigsten rein-geographischen Einheiten als staatenbildende Vorbedingungen (Fig. 10 bis 15):

a) Becken- oder Muldenstaaten, die, von Bergen umrahmt, eine gesicherte Lage aufweisen und von der Natur oft über die wirtschaftliche zur politischen Einheit gezwungen werden, wobei ein etwa hindurchströmender Fluß das wirtschaftliche Band noch wesentlich fester schlingt. Besonders charakteristische Beispiele dieser Art sind Böhmen, Ungarn, die Poebene, das Ebrobecken, Mesopotamien, Bengalen, Kalifornien. Auch die Oberrheinische Ebene könnte hier genannt werden, doch ist sie infolge ihrer

1) Karl Haushofer, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung, S. 43. München - Leipzig 1923. 2) A. a. O., S. 36 ff.

Digitized by Google

guten Erreichbarkeit von verschiedenen Seiten und ihrer Lage zum Rhein stets in so hohem Maße eines der wichtigsten Durchgangsländer des Verkehrs gewesen, daß bei ihr die staatliche Einheit hinter der Stellung im europäischen Verkehrsleben allzeit zurücktreten mußte. Als wichtigste Pforte des Handels und Verkehrs zwischen Süd- und Nordwesteuropa war die Oberrheinebene seit dem Altertum so nachdrücklich Ziel der Ausbreitungstendenzen angrenzender Staaten, daß sich die geopolitische Einheit nur in der Durchsetzung einer einheitlichen Sprache der Bewohner auswirken konnte, während sonst in den letzten Jahrhunderten zumeist, und auch gegenwärtig wieder, politische Grenzen mitten hindurchlaufen.

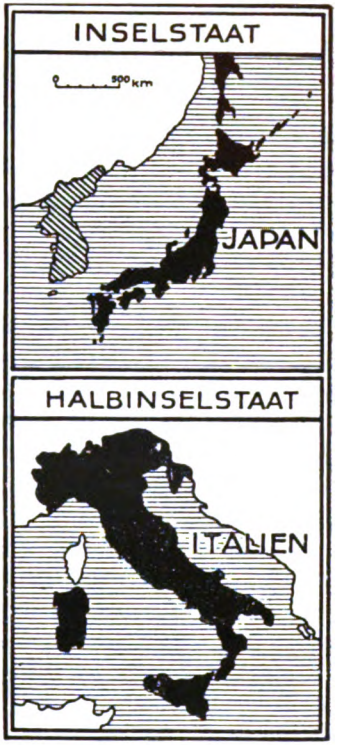

Fig. 14—15.

Fig. 10—15. Die Anpassung der Staatenbildung an das Erdniveau.

b) Horststaaten auf der Höhe von ausgedehnteren Tafelländern, gelegentlich umrahmt von noch höheren Gebirgsstöcken, als natürliche Festungen schwer angreifbar, aber infolgedessen auch von den Verkehrswegen gern gemieden und umgangen und oft rückständig in der Kultur. Gute Beispiele sind Siebenbürgen, Arkadien, Armenien, Iran, Tibet, das innere Kleinasien und Spanien (Asturien). Die in solchen schwer zugänglichen Gebieten wohnenden Völkerschaften pflegen, ebenso wie die Inselnationen, stark konservative Gesinnung zu zeigen, neuerungsfeindlich zu sein und altererbte Sonderkulturen außerordentlich zäh zu wahren, wie es z. B. das uralte, entstellte Christentum in Abessinien und der Lamaismus in Tibet beweisen.

c) Sattelstaaten, die sich über den Kamm eines Gebirges hinweg, meist im Anschluß an einen besonders wichtigen Verkehrsübergang, unter dem einenden Zwang der Verkehrsbedürfnisse ausbilden. Charakteristische Beispiele sind die Schweiz, Tirol, Bulgarien, Kolumbien, Peru, Bolivien, seit 1919 auch Rumänien. So ist für die Schweiz der Gotthardpaß das geopolitische Einigungsmittel geworden, das das italienisch sprechende Tessin freiwillig mit den deutschsprechenden Ländern zwischen den Alpen und dem Oberrhein zu einer unzerreißbaren staatlichen Einheit zusammenwachsen ließ. In Tirol hat der seit vorgeschichtlicher Zeit rege benutzte Brenner, der bequemste und wichtigste aller Alpenpässe, dieselbe Rolle des geopolitischen Einigers gespielt.[1]) Daß seit 1919 unter dem nichtigen Vorwand strategischer Bedürfnisse durch dieses zusammengehörige, kul-

1) Vgl. Albrecht Haushofer, Paßstaaten in den Alpen. Berlin-Grunewald 1927.

Digitized by Google

turell und sprachlich aufs innigste zusammengeschweißte Gebiet eine politische Kammgrenze gezogen und somit Tirol in zwei staatliche Gebiete auseinandergerissen worden ist, ist ein historischer Widersinn, eine Sünde wider die Natur, die unter keinen Umständen Bestand haben und ähnlich rasch berichtigt werden wird, wie die ähnlichen Zerreißungsversuche Tirols von 1703, 1805, 1809 und 1919.

Die Sattelstaatbildung und die einende Kraft der Pässe tritt uns bei Kettengebirgen, die ungefähr west-östlich verlaufen, ungleich häufiger entgegen als bei solchen, die sich vorwiegend in nord-südlicher Richtung erstrecken. Der Grund ist wirtschaftsgeographischer Natur. Es liegt auf der Hand, daß zwischen dem Ost- und dem Westhang eines Gebirges in den meisten Fällen geringere Unterschiede bezüglich der Bodenprodukte und des möglichen Warenaustausches bestehen werden als zwischen der Nord- und der Südseite. Nord-südlich streichende Gebirge pflegen daher eine viel stärkere Verkehrs- und Wirtschaftsscheide zu sein als ost-westliche, wobei die Höhe der Gebirge erst eine sekundäre Rolle spielt. Es gibt Gebirge, die durch viele Jahrhunderte hindurch und zum Teil selbst noch in unserem „Zeitalter des Verkehrs" ein fast völliges Hemmnis politischer und wirtschaftlicher Beziehungen sind. Das rauhe, langgestreckte Tydal-Gebirge, das Schweden von Norwegen scheidet, hat zu allen Zeiten beide Länder sicherer als ein Ozean voneinander getrennt und weist noch bis auf den heutigen Tag eine erstaunlich kleine Zahl von Verkehrsübergängen auf. Wenn die Geschichte beider Staaten seit dem 14. Jahrhundert allenthalben Berührungen aufweist, so fanden diese doch stets mehr auf dem See- als auf dem Landwege statt und waren nur im relativ ebenen äußersten Süden lebhafter. Der genau nord-südlich verlaufende Ural bildete bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, bis der kühne Räuber und Abenteurer Jermak ihn überschritt, um Iwan dem Schrecklichen ein neues Riesenreich zu Füßen zu legen (1578), eine so vollkommene, nur von Pelzhändlern überwundene Schranke zwischen Rußland und Sibirien, daß er bis heute mit Recht als Grenze zweier Erdteile gilt. Die südamerikanischen Anden richteten noch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts eine so vollständige Scheide zwischen den Staaten des Ostens (Argentinien, Brasilien, Venezuela usw.) und denen des Westens (Chile, Peru usw.) auf, daß kaum jemals irgendeine Berührung über das Gebirge hinweg stattfand. Der einzige, überhaupt in Betracht kommende Paß über die Berge, der von Uspallata, 3967 m hoch, war ausgesprochen verkehrsarm und ist zu größerer Bedeutung erst in den letzten zwei Jahrzehnten gelangt, seit 1910 der „Transandino", die einzige Überlandbahn Südamerikas, eröffnet worden ist, die den Reiseverkehr zwischen Buenos Aires und Valparaiso in dem 3188 m hoch gelegenen Uspallata-Tunnel das Gebirge überwinden läßt.

Arm ist ferner der Verkehr über die nord-südlich verlaufenden Vogesen hinweg, die zwar im Norden und Süden von einem regen Verkehr umgangen werden, die aber selber der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen so wenig bedürfen, daß bis 1928 an keiner Stelle eine Vollbahn das Gebirge

Digitized by Google

durchbrach und nur an einer einzigen, zwischen Colmar und Gérardmer, eine Kleinbahn hinüberführte. Der Schwarzwald weist demgegenüber einen wesentlich lebhafteren Verkehr in der Querrichtung auf, ist aber dennoch gegenüber manchem ähnlichen und viel gewaltigeren (Alpen!) Gebirge verhältnismäßig stark vom Verkehr zwischen den beiden Hangseiten vernachlässigt. Natürlich verschiebt hier, wie überall, heute ein lebhafter Touristenverkehr das Bild der ursprünglichen Wirtschaftsbeziehungen bedeutend. — Weiter wären als relative Verkehrswüsten folgende nordsüdlich verlaufenden Gebirge zu nennen: der Böhmerwald, der Pindos, der Taygetos, die Appalachen usw.

d) Abdachungsstaaten zwischen einem Kettengebirge und einer parallel laufenden Meeresküste, wobei gelegentlich an die Stelle des Meeres auch ein wichtiger Flußlauf treten kann. Gute Beispiele sind Schweden, Chile, das Rumänien der Zeit vor 1918, Buchara (zwischen Alai-Gebirge und Amu Darja), in beschränkterem Sinne Norwegen, und in großem räumlichen Maße Argentinien, Brasilien und auch Deutschland (zwischen Alpen und Meer). Dabei ist die politische „Schicksalsseite" der Staaten wechselnd. Manche von ihnen sind politisch nur nach der Seite des Meeres orientiert, wie Norwegen, Chile, Argentinien, andere wenden den Blick wieder, wie gebannt, nach dem Gebirge bzw. der Landseite, wie Rumänien vor 1918 und das Deutsche Reich des Mittelalters.

e) Inselstaaten, gleichviel, ob auf einer großen oder mehreren kleineren Inseln gelegen. Solche Staaten sind strategisch am besten von allen gesichert, solange sie die Meerzugänge sicher beherrschen oder in einer seeuntüchtigen Umwelt leben. Das trefflichste Beispiel der heutigen Zeit ist England, dessen Hauptstadt als einzige in Europa, neben denen Schwedens und Norwegens, im 19. und 20. Jahrhundert keinen Feind gesehen hat. Aber England ist nicht das charakteristischste Beispiel der Geschichte, denn es hat von 55. v Chr. bis 1066 n. Chr. eine ganze Reihe siegreicher feindlicher Einfälle vom Festland her erlebt (vgl. S. 41). Ungleich typischer tritt uns die Sicherheit der Insellage in der Geschichte Japans entgegen, des einzigen Landes der Welt, dessen Boden in einer rd. 3000jährigen Geschichte nie von einem Feinde betreten worden ist.[1]) Selbst den übermächtigen europäischen Seestaaten gegenüber hat Japan durch seine grundsätzliche Abschließungspolitik von rd. 1600—1850 seine völlige Unabhängigkeit zu behaupten gewußt, während China europäisches Ausbeutungsobjekt wurde und die einst mächtigen Sultanate der Sundainseln in Abhängigkeit von Portugal, Spanien, Holland und England kamen. Wenn Inselstaaten zu einer gewissen Seemacht aufsteigen, können sie ihrerseits erobernd auf dem Festland auftreten, wie im Altertum das Beispiel Kretas zeigt, in neuerer Zeit die Geschichte Englands, das seit 1180 der Reihe nach Frankreich, Holland, Belgien, Norwegen, Däne-

1) Lediglich im äußersten Süden fand i. J. 1281 eine ganz kurze chinesische Invasion statt (vgl. Marco Polo, Buch 3, Kap. 2).

Digitized by Google

mark, Portugal, seine militärische und maritime Überlegenheit spüren ließ. Ähnlich ist Japan in den letzten 40 Jahren erobernd vorgegangen gegen China, Rußland, Korea, die Mandschurei, Kiautschou und hängt als dunkle Wetterwolke über Indochina, Australien, Neuseeland, Niederld.-Indien, den Philippinen, Honolulu usw. Selbst der nur kleine Inselstaat Sansibar genoß ja zeitweilig eine erstaunlich weitgehende politische Macht auf dem afrikanischen Festland.

f) Halbinselstaaten, die den großen Vorteil haben, daß sie nach ihrem Gefallen ihre Lage zum Meer oder zum Lande ausnutzen und beide gegeneinander ausspielen können. Für friedliche Zeiten ist diese Doppellage wirtschaftlich ein bedeutender Vorteil. Strategisch aber ist sie schlecht, da solche Staaten in der Regel genötigt sind, sowohl dem Landheer wie der Kriegsflotte Fürsorge zuzuwenden, wenn sie gut verteidigt sein wollen. Beispiele sind im Altertum Achaja, in unserer Zeit vor allem Italien und Dänemark, während manche Halbinseln durch die Natur selbst, sei es durch Gebirge, Wüsten oder sonst dünnbesiedeltes Gebiet, nach der Landseite gut geschützt sind, wie Schweden, Spanien, Griechenland, Arabien, Indien.

5. Die Wirkung des Bodens auf den Volkscharakter.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß neben der Eigenart eines Staates auch der Charakter seiner Bewohner durch die geographische Beschaffenheit des Landes in entscheidender Weise gebildet und gefeilt wird. Der geopolitische Einfluß läßt sich nicht selten auch im innerpolitischen Geschehen, selbst in der Verfassung und Staatsform, verfolgen.

Aus naheliegenden Gründen ist das Gebirge ein verkehrserschwerendes, die Ebene im allgemeinen — von Sonderfällen abgesehen — ein verkehrsförderndes Element, und zwar gilt dies nicht nur für den friedlichen Verkehr, sondern auch für die Kriegszüge feindlicher Räuber und Eroberer, die in schwieriges, unübersichtliches Gebirgsland immer nur zögernd, ungern und oft gar nicht eindringen. Im Gebirge sind die Siedlungen spärlich, in der Ebene hausen die Massen. Raubzüge finden daher in der Ebene nicht nur die wenigsten natürlichen Hindernisse, sondern auch die reichsten Beutemöglichkeiten vor. Im Gebirge ist die Lebensführung erschwert, jedoch verhältnismäßig stabil und gesichert, in der Ebene ist sie leicht, aber auch labil, oft gefährdet. Das Gebirge züchtet deshalb trotzige, freiheitsliebende Herrenindividuen und stolze, eigenwillige, hartschädlige Völker von ungebändigtem Unabhängigkeitsdrang, wie die Schweizer, die Basken, die Korsen, die Albanier, die Walliser, die Norweger, die kaukasischen Stämme, die Tibetaner, Abessinier usw., die Ebene verhältnismäßig oft anpassungsfähige, unterwürfige, mehr auf Handelsvorteil als auf stolze Eigenart bedachte Naturen und Nationen, die sich gegen fremdes Joch nur wenig zur Wehr setzen und willig jedem Herren dienen, wenn man sie nur sonst in ihrem Erwerbsleben so wenig

Digitized by Google

wie möglich stört. Die unendlichen, schlecht zu verteidigenden Ebenen Rußlands haben die charakteristischsten Volkstypen dieser Art in neuerer Zeit hervorgebracht.

In vorzüglicher Weise, wenn auch unbewußt, hat Schiller den grundsätzlichen, durch geopolitische Einflüsse bedingten Gegensatz zwischen der Natur der Gebirgs- und der Ebenen-Bewohner im „Wilhelm Tell" in jenem Gespräch zwischen Tell und seinem Sohn Walter in der 3. Szene des 3. Aufzugs charakterisiert:

„Sie dürfen doch frei fischen in dem Strom?" —
„Der Strom, das Meer, das Salz gehört dem König." —
„Wer ist der König denn, den Alle fürchten?" —
„Es ist der Eine, der sie schützt und nährt." —
„Sie können sich nicht mutig selbst beschützen?" —
„Dort darf der Nachbar nicht dem Nachbarn trauen." —
„Vater, es wird mir eng im weiten Land;
Da wohn' ich lieber unter den Lawinen."

Die politische Folgewirkung solcher verschiedenartigen Charakterveranlagung kann nicht ausbleiben. Man stelle sich eine Schweiz vor, die einem fremden Eroberer keinen Widerstand leistet, oder ein indisches Volk, das aus eigener Kraft seine nationale Unabhängigkeit im Kampf auf Leben und Tod zu verteidigen bereit ist. Im Gebirge lebt das konservative Element, das zäh, oft eigensinnig die von den Vorfahren überkommene Eigenart wahrt, sogar gelegentlich an einer eigenen Sprache in einer mundartlich völlig andersartigen Umgebung durch Jahrhunderte hindurch festhält, wie wir es etwa an den Basken und Wallisern sehen, in der Ebene dagegen die liberale Gesinnung, die auf das Leben und Lebenlassen eingestellt ist, die bereit ist, jede Neuerung, jede Modeströmung unbesehen mitzumachen und sich suggestiven Einflüssen hinzugeben, gleichviel ob sie vernünftig oder töricht sind. Im Gebirge ist das Individuum, in der Ebene die Mehrheit der entscheidende Faktor. Im Gebirge bilden viele Persönlichkeiten von starkem Eigenwillen eine konservativ eingestellte Demokratie, wie sie etwa die alten Norweger und Isländer mit ihren Things darstellten und wie sie in der Gegenwart nirgends charakteristischer ausgeprägt ist als in der Schweiz; in der Ebene dagegen gedeiht die Herdennatur des Menschen, die sich meist willig leiten und die Masse einem starken Führer gehorchen läßt, deren politisch-staatliches Gepräge daher bis in eine junge Vergangenheit hinein der Absolutismus oder der konstitutionelle Behördenstaat war und heute der von parteipolitischen Führern geleitete Staat ist. Demgemäß werden aber auch fast alle Kulturfortschritte von der Ebene ausgehen und dort ihren besten Boden finden, während sie in den Gebirgsländern erst wesentlich später und nur schwer Fuß zu fassen pflegen.

Ähnlich wie in den Gebirgen ist auf Inseln die Charakterveranlagung der Bewohner, und zwar aus dem gleichen Grunde der relativen Absperrung gegen die Umgebung. Auch hier ist der konservative Zug, das Haften an der Tradition ein Grundzug des Wesens. Ratzel hat in einem eignen

Digitized by Google

Aufsatz „Inselvölker und Inselstaaten“[1]) auf die psychologische Sonderstellung der Inselbevölkerungen hingewiesen. Es ist kein Zufall, daß in keinem anderen modernen Kulturlande die Sitten und Gebräuche langvergangener Jahrhunderte sich so zahlreich und so zäh erhalten haben wie in England, kein Zufall, daß in keinem anderen Lande der Welt so zielbewußt und folgerichtig eine 2½ hundertjährige Absperrung gegen die Umwelt durchgesetzt wurde wie in Japan, kein Zufall, daß in den Stürmen der Völkerwanderung, als so viel altes Schrifttum für immer verloren ging, in den christlichen Klöstern Irlands zahlreiche Literaturschätze des Altertums gerettet wurden, kein Zufall, daß gerade auf dem weltenfernen Island die nordischen Heldenlieder und heidnischen Mythen uns so vollständig erhalten geblieben sind.

Eine Neigung, sich bewußt gegen fremde Einflüsse abzuschließen, kennzeichnet den Insel- wie den Gebirgsbewohner. Nicht umsonst und durchaus mit Recht spricht man von „insularen Vorurteilen“. Eine Neigung zum Versteinern, zum Verpassen des rechtzeitigen Anschlusses an die Anforderungen einer neuen Zeit kennzeichnet sowohl das Japan des 17. bis 19. wie das Venedig des 16. bis 18. Jahrhunderts und im Altertum den konservativsten der hellenischen Staaten, Sparta, die Vormacht auf der „Insel“ des Pelops. Ratzel wies mit seinem psychologischen Scharfblick hin[2]) auf die

„schwer verständliche Doppelnatur der Seevölker, in der der höchste nationale Egoismus mit dem weitesten Kosmopolitismus, die kleinlichste Gewinnsucht mit dem weitesten Verständnis der Interessen der Allgemeinheit gepaart ist.“

Der Umstand, daß diese Sondercharakter in Inselstaaten schärfer als in Festlandsstaaten ausgeprägt zu sein scheint, hat zweifellos auch beigetragen zu dem eigenartigen Umstand, auf den Haushofer aufmerksam macht[3]): „daß alle berühmten Verfasser von Staatsromanen der Weltliteratur sich Inselstaaten als ihre Idealstaaten ausgedacht haben.“

Die Abgeschlossenheit und verhältnismäßige Sicherheit der Inseln, hat in hervorragendem Maße auch dazu mitgewirkt, ihnen in dem Sinne eine politische Rolle zuzuweisen, daß sie so oft eine Freistatt für politische Flüchtlinge, aber auch ein Gewahrsam für gefährliche politische Gefangene wurden. Wie die Überlebenden der Familie der Bourbonen nach der französischen Revolution von 1792 zum größeren Teil in England eine Zuflucht fanden, so auch viele der Verfolgten der Metternich-Periode, ein Freiligrath, ein Engel, ein Karl Marx. Ähnlich gewährte ehedem die Inselrepublik Venedig politisch verfolgten fremden Staatsbürgern gern ein Asyl und in jüngster Zeit die holländische Insel Wieringen im Eingang der Zuyderzee dem deutschen Kronprinzen. Nun, und die Sicherheit von Inseln für Verwahrung politischer Gefangener ist bekanntlich nie deutlicher hervorgetreten als in der Geschichte Napoleons I., dem erst Elba

1) Fr. Ratzel: „Kleine Schriften“, Bd. II, S. 294.
2) Fr. Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergröße, S. 42.
3) Bausteine der Geopolitik, S. 46.

Digitized by Google

und, als dieses sich zu nahe am Festland liegend erwies, das weltenfern-einsame St. Helena von seinen grausamen Besiegern als Wohn- und Sterbeort bestimmt wurde. Ebenso ist noch in jüngster Zeit der marokkanische Patriot und Rif-Führer Abd-el-Krim auf die Insel Madagaskar verbannt worden, um unschädlich gemacht zu sein, ebenso der frühere König Hussein von Hedschas, dem England seine im Weltkrieg gemachten Versprechen brach und der, als er sich darüber beschwerte, als politischer Gefangener behandelt wurde, nach der Insel Zypern.[1]) Auch an die Stellung der berüchtigten französischen Teufelsinsel an der Küste von Guyana sei in diesem Zusammenhang kurz erinnert, ferner an die Verwendung der einsamen Osterinsel seit 1888 durch Chile als Strafkolonie oder des brasilianischen Fernando Noronha zu gleichem Zweck.

Aus demselben Grunde der erschwerten Erreichbarkeit und Angreifbarkeit werden Inseln besonders gern als Seefestungen ausgebaut oder zu bedeutungsvollen Stützpunkten der politischen Macht in fremden Gewässern umgestaltet, natürlich nur durch Mächte, die politisch auf dem Weltmeer eine Rolle spielen und die in der Lage sind, jene Inseln bequem zu verteidigen. Es genügt in diesem Zusammenhang zu erinnern an die Namen Malta, Perim-Inseln, Singapur, Honolulu, an den früheren deutschen Kriegshafen auf Helgoland, die englischen Kriegshäfen auf den Inseln Portsmouth, in Scapa Flow, die zur Verteidigung der Hauptstadt bestimmten Inselfestungen Kronborg, Kronstadt, Sveaborg u. a. In diesen Rahmen gehört ferner der hohe strategische Wert, den England auf die Insel Cypern wegen ihrer flankierenden Stellung zum Suezkanal, auf die Falkland-Inseln wegen ihrer Lage zur Magellansstraße legt und wegen dessen die Ver. Staaten so begierig sind auf den Erwerb der eine ähnliche Stellung zum Panamakanal einnehmenden Galapagos-Inseln, nachdem sie 1917 in der atlantischen Flanke des Kanals die dänischen Antilleninseln durch Kauf bereits an sich gebracht haben.

Inselstaaten, die wegen ihrer Stellung auf der See ohnehin genötigt sind, eine kriegstüchtige Flotte zu unterhalten, pflegen sich zur Verstärkung ihrer politischen Machtstellung am liebsten auf Inseln zu stützen. Im englischen Weltreich sehen wir dies in ausgeprägtester Form. Aber auch Japan bemüht sich, aller festländischen Ausbreitungstendenzen unerachtet, vor allem recht viele benachbarte Inseln sich anzugliedern: das festländische Tsingtau mit dem Einflußgebiet Schantung gab es an China zurück, dafür aber faßte es dauernd Fuß auf den Inseln Formosa und Sachalin, den Boninninseln, den ehemals deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators, und wirtschaftlich setzt es sich auch mehr und mehr fest auf den Hawai-Inseln, den Philippinen u. a.

Weiter darf erinnert werden an die Insel-Großmacht Venedig, die ihr politisches Staatsgebilde zwar nicht ausschließlich, aber doch mit besonderer Vorliebe auf Inseln stützte, so auf Korfu, die Dalmatischen,

1) Vgl. Hans Steffens Aufsatz in der „Zeitschr. f. Geopolitik", 1928, S. 1024.

Digitized by Google

Ionischen und Äginetischen Inseln, Kreta, Cerigo, Cypern, Inseln des Ägäischen Meeres usw. — Karthago, das geopolitisch, wie oben dargelegt, ebenfalls als Inselreich bewertet werden darf, suchte in den ersten Jahrhunderten seiner staatlichen Ausdehnung seine Stützpunkte mit einer geradezu auffälligen Vorliebe auf den Inseln des westlichen Mittelmeers, auf Malta, Gozzo, Pantellaria, Sizilien, Sardinien, den Balearen usw. Merkwürdigerweise gehörten freilich genau dieselben Inseln (mit einziger Ausnahme des unbedeutenden Pantellaria) nahezu zwei Jahrtausende später, um 1400, zu einem ausgeprägten Festlandsstaat, dem Königreich Aragonien.

Bis auf die Eigenart des religiösen Lebens erstreckt sich der psychische Einfluß von Boden und Klima. Es kann, wie schon erwähnt (S. 23), kein Zufall sein, daß die drei großen und zugleich die intolerantesten Religionen, die mosaische, die christliche und die mohammedanische, alle im gleichen Lebensraum der subtropischen Trockenzone ihren Ursprung gehabt haben. Und treffend weist Haushofer[1]) hin auf:

„die weltmüde Lehre des Buddhismus aus den überwucherten Landschaften am Fuße des Himalaya, während der niederschlagsärmere, auf Bewässerungsarbeit und somit auf fleißige, rührige Hände angewiesene Nordwesten, der Pandjab, immer wieder mehr diesseits bejahende Weltanschauung aufkommen ließ."

Die mit Vegetation allzu üppig gesegneten, undurchsichtigen Urwaldregionen der Tropen sind durchweg von mißtrauischen, hinterlistigen, selbst boshaften Volksstämmen bewohnt — was wieder unmöglich ein bloßer Zufall sein kann.

6. Der Einfluß der verkehrsgeographischen Bedingtheiten.

Außer der obigen Einteilung der Staaten nach rein verkehrsgeographischen Gesichtspunkten, im Verhältnis zur Außenwelt, versucht Vogel[2]) noch eine weitere Klassifizierung nach den mehr innerpolitischen Beziehungen einer Zwangsläufigkeit des Verkehrs. Ich halte auch diese Einteilung für glücklich und möchte wünschen, daß die von Vogel geprägten Ausdrücke dem dauernden Wortschatze der geopolitischen Forschung eingereiht würden. Die wichtigsten, durch Verkehrsbeziehungen entstandenen Staatsgebilde nennt Vogel:

1. Paßstaaten,
2. Flußfadenstaaten,
3. Straßenstaaten,
4. Binnenmeerstaaten.

1. Der Begriff Paßstaat deckt sich zum großen Teil, wenn auch nicht völlig, mit dem, was oben, vom Standpunkt der physikalischen Geographie, ein Sattelstaat genannt wurde. Der gut gangbare Paßübergang schweißt die beiden Hangseiten des Gebirges wirtschaftlich, politisch und auch kulturell sowie sprachlich eng zusammen. Wo der Paß fehlt, wird der Gebirgskamm in den meisten Fällen verschiedene Staaten von einander trennen. Ge-

1) A. a. O., S. 41 ff. 2) A. a. O., S. 41 ff.

Digitized by Google

legentlich kann es zwar trotzdem zu Sattelstaat-Bildungen kommen, aber der politische Zusammenhang der beiden Gebirgshänge bleibt dann äußerst lose. Das merkwürdigste Beispiel dieser Art bietet die peruanische Provinz Loreto, die auf der Ostseite der Anden im Amazonasgebiet liegt, jedoch mit dem übrigen Peru durch keinen einzigen brauchbaren Paß zusammenhängt. Beamte, die die Regierung in Lima nach Loreto schicken wollte, konnten ehedem nur auf dem ungeheuren Umweg über die Magellan-Straße, den Südatlantischen Ozean und die ganze Länge des Amazonas dorthin gelangen; auch ein Truppentransport, der zur Bekämpfung eines ausgebrochenen Indianeraufstandes dorthin entsandt werden mußte, konnte nur auf dem genannten Wege sein Ziel erreichen. Heute gewährt der Panamakanal eine willkommene Abkürzung, aber das Fehlen eines guten Paßüberganges ist natürlich nach wie vor eine arge Erschwerung des staatlichen Zusammenhalts.

Wo demgegenüber ein wichtiger und verkehrsstarker Paß ein ausgedehntes Kettengebirge überschreitet, da wirkt er nicht nur staatlich einheitsbildend, sondern auch im Sinne eines einheitlichen Sprach- und Kulturgebietes auf beiden Seiten des Gebirges. Durch den Brenner hat sich die deutsche Sprache, Sitte und Kultur weit auf den Südhang der Alpenkette verbreitet, und es ist damit der Anstoß zur Bildung des Sattelstaates Tirol und zu der kulturellen und völkischen Wesenseinheit von Nord- und Südtirol gegeben worden, den keine künstliche politische Zerreißung auf die Dauer tilgen kann. Ebenso hat sich über den alten und hochwichtigen Paß des Großen St. Bernhard, der im Mittelalter geradezu „der König der Alpenpässe" war, die französische Sprache tief nach Süden, ins Aostatal hinein, ausgedehnt. Wenn wir demgegenüber am dritten Hauptpaß der Mittelalpen, am St. Gotthard, eine scharfe Sprachgrenze zwischen dem Nord- und Südabhang vorfinden, so ist ohne jeden Zweifel allein der Umstand daran schuld, daß jene beiden Pässe schon seit dem Altertum, der Gotthard jedoch erst seit dem 13. Jahrhundert benutzt wurden, nachdem es gelungen war, das Hindernis der kurzen, aber unzugänglichen Schöllenenschlucht im Reußtal oberhalb Göschenen um 1220 bis 1230 durch die Galerieanlage der „stiebenden Brücke" und das Urner Loch auszuschalten. Offenbar sind aber 700 Jahre eine zu kurze Zeit, um zwei Seiten eines Gebirges, trotz reger Verkehrsbeziehungen, zu einer Kultureinheit zusammenzuschließen. Die Graubündener Pässe, die ehedem im Mittelalter ebenfalls hohe Wichtigkeit für den Verkehr hatten, zeigen umgekehrt eine gewisse Neigung, die italienische Sprache in Spuren auf die Nordseite des Gebirges zu verpflanzen.

Weiter hat sich die deutsche Sprache und Kultur über die Pässe der Sudeten, des Erzgebirges und Fichtelgebirges weit nach Böhmen hinein verbreitet, schon zur Zeit, da die Sueben durchs Elbtal aufwärts vordrangen. In den Pyrenäen greift die katalonische Sprache nordwärts über das Gebirge hinüber, und an den alten ungarischen Grenzen sind von allen Seiten fremde Sprachen über die Gebirge hinübergewandert. Ins-

Digitized by Google

besondere hat die rumänische Sprache über die Karpathenpässe hinweg sich einen beträchtlichen Teil von Siebenbürgen erobert. — Ob im einzelnen Fall solche kulturellen Verkehrsbeziehungen stark genug sind, einen staatlichen Zusammenschluß zu erzwingen, hängt natürlich noch von allerhand anderen politischen und geschichtlichen Momenten ab, so daß allgemeingültige Regeln sich nicht aufstellen lassen. Trotz der vortrefflichen Verkehrsbeziehungen, die sich seit ältesten Zeiten durch die bequeme Burgundische Pforte (zwischen Mülhausen und Belfort) abspielen, läuft dennoch mitten durch sie hindurch eine Sprachgrenze und in den meisten Perioden der Geschichte auch eine politische Grenze. Auch der ungewöhnlich vortreffliche Paß des Elbdurchbruchs durchs Elbsandsteingebirge hat nur zu einer sprachlichen, nie aber einer staatlichen Einheit zwischen Nord und Süd geführt, wenn gleich Jahrhunderte lang sowohl Böhmen wie Sachsen Glieder des Deutschen Reiches waren.

Ganz unverkennbar ist die Tendenz, daß die Ausbreitung der Sprache und Kultur zumeist von der Nord- nach der Südseite der Gebirge, von den kälteren nach den wärmeren Gebieten, erfolgt. In der Regel sind naturgemäß die sonnenreichen Südabhänge der Gebirge üppiger und fruchtbarer als die auf der Schattenseite liegenden Nordhänge. Die Sehnsucht, von Nord nach Süd zu gelangen, ist daher selbstverständlich ungleich stärker als die umgekehrte ausgeprägt. So werden wir den politischen Kern der Sattelstaaten wie der pässeüberwindenden Kulturtendenzen in der Regel auf der Nord (Nordwest, Nordost)-Seite der Gebirge der nördlichen Erdhalbkugel vorfinden. Sehr deutlich zeigte sich diese Entwicklung im Mittelalter an Graubünden, als es seine stärkste politische Macht erreichte.

Ganz anders ist demgegenüber das Verkehrsbild wieder bei den nord-südlich verlaufenden Gebirgen in etwa den gleichen Klimazonen. Wie lebhaft war zu allen Zeiten der Verkehr über den Großen St. Bernhard, den St. Gotthard, die verschiedenen Graubündener Pässe, den Brenner oder durch die Elbpforte bei Schandau, den Rotenturmpaß (Trajanspforte) in den Transsylvanischen Alpen, die Cilicische Pforte im Taurus, die Grusinische Heerstraße im Kaukasus, den Khaiberpaß im afghanisch-indischen Grenzgebirge, den Nankou-Paß im Chingan-Gebirge zwischen Peking und Kalgan. Und wie gering ist andererseits, auch noch in unseren Tagen, jeglicher Verkehr über nord-südlich verlaufende Gebirge, so weit nicht in einem verkehrsstarken Land eine andere Wahl als die Überwindung der Gebirgsschranke gar nicht übrig bleibt, wie es in Nordamerika beim Felsengebirge und bei den Appalachen der Fall ist, die aber in ihrer Art gegenüber der Umwelt auch verkehrsschwach sind!

2. Die Flußfadenstaaten sind solche Staatengebilde, die im Anschluß an die verbindende Verkehrsader eines wichtigen Stromes entstehen. Hierher gehören natürlich die oben besprochenen vier ältesten Staaten der Erde, Ägypten, Babylonien, Ur-Indien und Ur-China. Die Bedeutung gewisser Flüsse für das Staatengefüge ist schon früh erkannt worden. Sprach

Digitized by Google

doch Kapp bereits i. J. 1868 von den „Potamischen Staaten"[1])! So ist Nord-Brasilien das Land um den Amazonenstrom, Venezuela das Orinoko-, Britisch Guayana das Essequibo-Gebiet, Siam das Menambecken, das künstliche politische Gebilde des schon im Namen charakteristischen Kongostaates deckt sich ziemlich genau mit dem Niederschlagsgebiet des Kongo usw. Am Ende des 17. Jahrhunderts waren die französischen Kolonien in Nordamerika sehr charakteristische Flußfadenstaaten: Neufrankreich ein St. Lorenzstrom-, Louisiana ein Mississippi-Staat.

Das alte Deutschland des 9. bis 12. Jahrhunderts war im großen und ganzen ein durch den Rhein bestimmter Flußfadenstaat im etwas weiteren Sinne, jedenfalls waren in bezug auf den Schwerpunkt des politischen Geschehens Rheinland und Deutschland ziemlich identische Begriffe. In jüngster Zeit war die erst 1918 gegenstandslos gewordene politische Bezeichnung Donaumonarchie charakteristisch für die einigende Kraft, die ein bedeutender Fluß auf sonst in kulturellen Ansprüchen und politischen Zielstrebungen höchst diskordante Länder und Völker ausübt. Wenn die alte Ostmark des deutschen Reiches, die dann über 600 Jahre „das" Habsburgerreich par excellence war, trotz ihres bunten Gemisches von Sprachen und Volksstämmen dennoch rd. 1000 Jahre lang staatlich zusammenhielt[2]), so hatte ganz ausschließlich der Flußfaden der Donau das Verdienst hieran, der bekanntlich auch die politischen Sympathien der süddeutschen Staaten viel häufiger mit Österreich als mit dem deutschen Norden zusammenklingen ließ und als eine wesentliche Ursache für den in Bayern am stärksten ausgebildeten Partikularismus anzusehen ist. Ja, man darf beinahe behaupten, daß die Auseinandersetzung von 1866 geopolitisch durch die auseinanderstrebenden Ströme Nord- bzw. Westdeutschlands und der Donau notwendig gemacht wurde. Bayern wäre vielleicht nicht zum Deutschen Reich gekommen, wenn es nicht durch Franken und zumal durch die Pfalz auch ein Main- und Rheinstaat gewesen wäre. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die zentrifugalen Kräfte im alten Habsburgerreich und der schließliche Zerfall der zu übergroßer Ausdehnung gelangten Donaumonarchie geopolitisch nicht zumindest dadurch zu erklären ist, daß das deutsche Kernland zur Donau, Böhmen zur Elbe, Schlesien zur Oder, Galizien zur Weichsel und zum Dnjestr, Südtirol zur Etsch, Görz zum Isonzo gehörten, während Istrien, Dalmatien und die Herzegowina auf die Adria hinausschauten, ohne eine nennenswerte Flußverbindung dorthin zu besitzen. Auf sieben größere Flüsse blickte die Donaumonarchie — ist es ein bloßer Zufall, daß sie 1918 auch in sieben verschiedene staatliche Bestandteile zerfiel?

Die geopolitische Wirkung des Flußfadens tritt uns charakteristisch in der Art und Weise entgegen, wie die Oder preußisch wurde. Fried-

1) Ernestus Kapp, Vergleichende allgemeine Erdkunde in wissenschaftlicher Darstellung. Braunschweig 1868.

2) Vgl. Walter Vogel, Rhein und Donau als Staatenbildner in der „Zeitschrift f. Geopolitik", 1924, S. 63 und 135.

Digitized by Google

richs des Großen schlesische Kriege sind geopolitisch die logische Schlußfolgerung aus der geschichtlichen Tatsache gewesen, daß i. J. 1720 durch den Stockholmer Frieden die Odermündung an Preußen gefallen war. Ohne ein preußisches Pommern hätte auch ein preußisches Schlesien keinen rechten Sinn gehabt. Hätten Friedrichs Vorgänger, statt Stettin, Hamburg erworben, so hätten seine militärischen Unternehmungen sich vermutlich der Eroberung Sachsens, statt Schlesiens, zugewendet. Ebenso kann es wieder geopolitisch kein bloßer Zufall gewesen sein, daß gerade die Stromgebiete der in die Nord- und Ostsee fallenden deutschen Ströme 1871 staatlich geeinigt wurden, während das zur Wasserscheide des Schwarzen Meeres gehörige deutsche Sprachgebiet zum größten Teil von der staatlichen Einigung ausgeschlossen blieb. Die ungeheure Verkehrsbedeutung des Rheins zumal wirkte sich 1866 und 1871 darin aus, daß sich die staatenbildende Kraft des Stroms bis weit in seinen Oberlauf und auf alle seine Nebenflüsse erstreckte, so daß das nur bescheidene, nach der anderen Seite ziehende Gegengewicht der Donau überwunden wurde. Wenn das Deutsche Reich im Westen viel weiter nach Süden reicht als im Osten und in der Mitte, ist dies unverkennbar ein Werk des Rheinstroms, wie sich ja überhaupt die äußere Gestalt des Deutschen Reiches von 1871 bis 1914 ausgezeichnet den Stromgebieten der Flüsse zwischen Rhein und Oder sowie den deutschsprachigen Teilen des Weichsel- und Memel-Unterlaufs angepaßt hatte. Die einzige Durchbrechung dieser Anpassung bestand im oberen Elbegebiet, wo das Moldaubecken von der staatlichen Zusammenschweißung ausgeschlossen blieb, weil es zu einem erheblichen Teil von volksfremden Elementen bewohnt war und für die Binnenschiffahrt damals auch noch nicht viel zu bedeuten hatte.

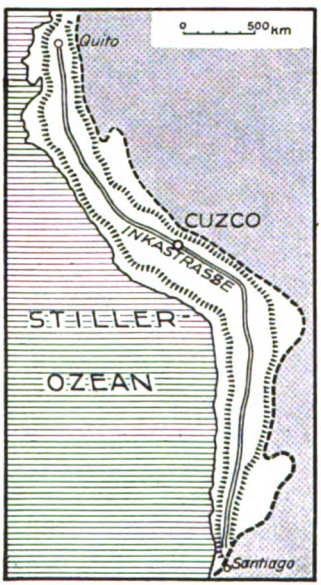

Fig. 16. Der Straßenstaat des Inkareiches.

In diesem Zusammenhang muß auch der politisch einigenden Kraft des uralten, 1100 km langen chinesischen Kaiserkanals gedacht werden, der die Hauptstadt mit der Jangtsekiangmündung verband. Bei der besonders hohen Wichtigkeit der Binnenwasserstraßen in China, die so weit geht, daß man dort die Landstraßen „trockne Wege" nennt (während wir Flüsse und Kanäle als „Wasserstraßen" bezeichnen), kann es keinem Zweifel unterliegen, daß jener längste Kanal der Erde etwa dieselbe Rolle als politische Klammer spielte wie die Donau für das ehemalige Habsburgerreich. Die Wirkung der Flüsse auf das politische Geschehen erläutern Fig. 17—20.

Digitized by Google

3. Die Straßenstaaten sind im wesentlichen erst moderne politische Gebilde geworden, die in kulturell rückständigen Gebieten durch den Kulturfaktor einer wichtigen Eisenbahn ins Leben gerufen werden. Immerhin gab es Vorläufer auch schon in älteren Zeiten. Das wundersame Inkareich, das Pizarro vorfand und zerstörte, war im wesentlichen ein Straßenstaat im Hochgebirge der Anden, gekennzeichnet und zusammengehalten durch die über 20 Breitengrade sich hinwegziehende, staunenswerte Inkastraße (Fig. 16). In unseren Tagen ist Sibirien, soweit es bisher in die Weltwirtschaft eingetreten ist, ein typischer Straßenstaat, denn das politische und wirtschaftliche Leben des Landes spielt sich ziemlich ganz und gar auf dem 9000 km langen Streifen ab, der die Große Sibirische Bahn zu beiden Seiten umgibt. Ähnlich war das französische Kanada ursprünglich ein regelrechter Flußfadenstaat, der sich in seinem wirtschaftlichen Gedeihen — von der Pelzjagd abgesehen — vollkommen an den St. Lorenzstrom anpaßte. Alle anderen großen Flüsse des Landes haben ja, wegen ihrer ungünstigen Mündungsgebiete, nur sehr wenig Wert für das Land. Kanada gehört zu den waldreichsten Ländern und dennoch auch zu denen, in den Holz und Holzprodukte am teuersten sind. Das hängt eben eng damit zusammen, daß die großen wirtschaftlichen und politischen Mittelpunkte des Landes und fast sämtliche großen Städte des Landes sich im Süden fadenartig am St. Lorenzstrom oder parallel zu ihm gebildet haben, der aber nicht aus den großen Waldgebieten kommt und auch für die Flößerei ungeeignet ist. Die anderen Flüsse jedoch, die die Riesenwaldungen durchfließen, können nicht benutzt werden, da sie das Holz nur ins Eismeer oder in die Hudsonbai zu flößen gestatten, wo man keine Verwendung dafür hat. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war Kanada in der Tat im wesentlichen ein St. Lorenzstrom - Staat. Das westliche

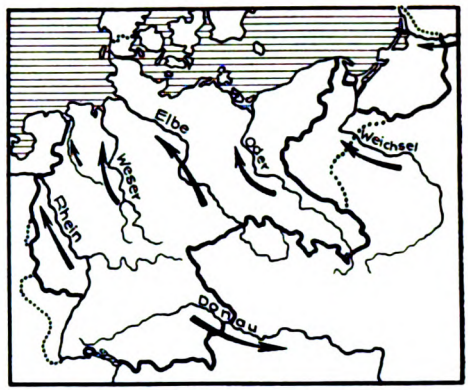

Fig. 17. Parallelschaltung der deutschen Ströme als Ursache politischer Uneinigkeit vor 1870. (Nach Obst, Zeitschrift für Geopolitik, Jahrg. 1928.)

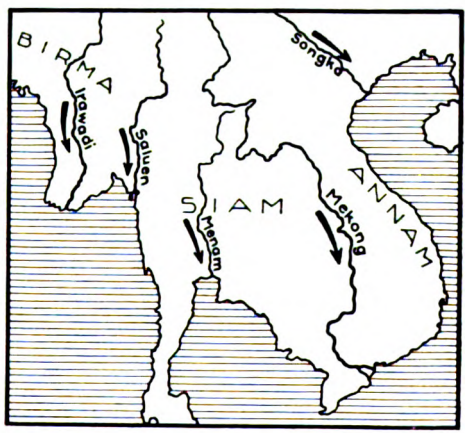

Fig. 18. Parallelschaltung der hinterindischen Stromgebiete in einem politisch nie geeigneten Land.

Digitized by Google

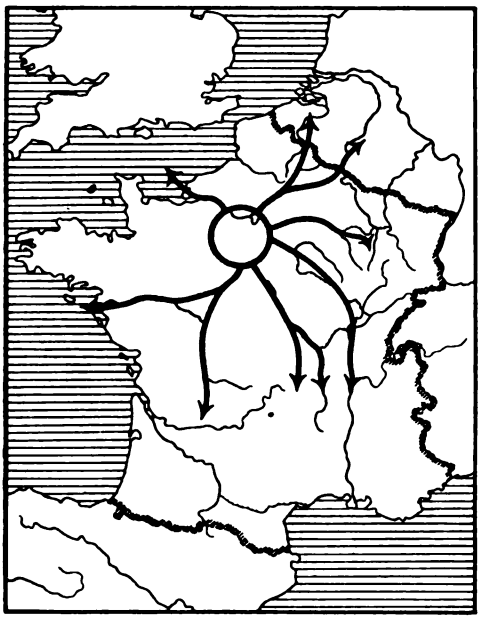

Fig. 19. Einfluß der Flußrichtungen auf den politischen Zentralismus in Frankreich.
(Nach Obst, Zeitschrift für Geopolitik, Jahrg. 1928.)

Kanada ist erst durch die beiden, 1886 und 1909 eröffneten kanadischen Überlandbahnen zum wirtschaftlichen Leben und zu Anfängen staatlichen Bewußtseins erwacht. Winnipeg, noch 1871 ein unbedeutender Flecken von nur 741, heute eine Stadt von rd. 70000 Einwohnern und wahrscheinliche, künftige Hauptstadt des Landes, ist gewissermaßen die Eingangspforte zu den wirtschaftlich wertvollsten Teilen des gesamten Kanada, die erst gegenwärtig zum gesunden Eigenleben entwickelt werden. In keinem anderen Teile der Welt zeigt sich dabei so charakteristisch, wie in diesen neuerwachenden Getreideparadiesen der Provinzen Saskatoon, Saskatchewan und Manitoba, das Wesen des Straßenstaates, denn die neu entstehenden Ortschaften, Siedlungen und Gehöfte reihen sich geradezu perlschnurartig um die Eisenbahnlinien herum, und in nicht großer Entfernung vom Schienenstrang bleibt der Boden unberührt und zunächst noch jungfräulich.

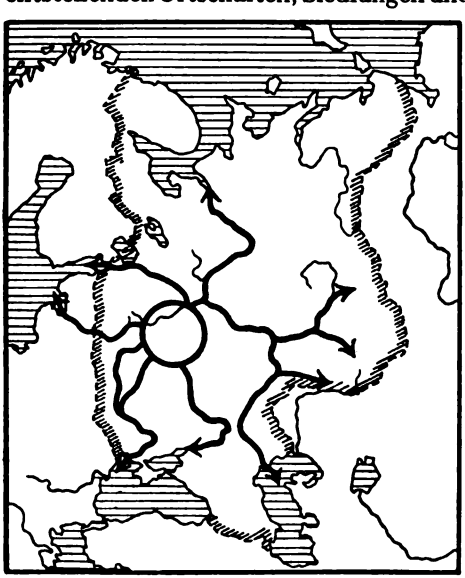

Fig. 20. Die Naturbegünstigung des russischen Zentralismus durch ein radial vom Moskauer Zentralraum ausstrahlendes Flußnetz.
(Nach Obst, Zeitschrift für Geopolitik, Jahrg. 1928.)

Etwas Ähnliches wies das Römerreich der Kaiserzeit am Rhein auf. Auch hier reihten sich perlschnurartig 20 Kastelle und etwa 50 Ortschaften am linken Ufer des Stromes aneinander, die von Koblenz bis zur Mündung gleichzeitig Grenzposten waren. Jahrhundertelang spielte sich damals aller Landverkehr auf dem römischen, also linken Ufer des Grenzstromes ab, wo es auch allein gute Fahrstraßen gab, und dieser Verkehr hat sich dermaßen eingespielt, daß selbst in unseren Tagen noch, wo längst beide Ufer

Digitized by Google

gleich gut fahrbar und mit Ortschaften versehen sind, der weitaus größte Teil des Automobilverkehrs am Mittel- und Niederrhein sich noch immer auf der linksufrigen Chaussee abspielt — eine verspätete Erinnerung an Straßenstaat des einst dort vorhanden gewesenen römischen Koloniallandes.

Die naturgemäße, weite Längserstreckung der reinen Straßenstaaten wie auch vieler ursprünglicher Flußfadenstaaten ist selbstverständlich militärisch außerordentlich unzweckmäßig und daher in dichtbesiedelten Ländern und alten Kulturgebieten niemals zu ertragen. Sie ist daher charakteristisch für werdende Länder und Landesteile, werdende Staaten, und dürfte im allgemeinen nur als Übergangsstadium anzusehen sein, als ein staatliches Rückgrat, das möglichst bald Rippen ansetzen muß, sobald es einmal der strategischen Sicherung bedarf.

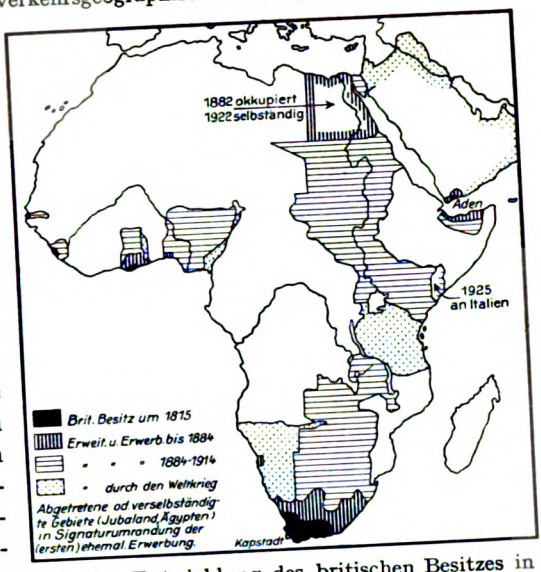

Fig. 21. Entwicklung des britischen Besitzes in Ostafrika als Folge des Suezkanals und des Kap-Kairo-Bahnplans.
(Nach Hettner, Englands Weltherrschaft.)

4. Die Binnenmeerstaaten entstehen um ein Meer oder eine größere Seefläche herum, teils durch freiwilligen Zusammenschluß, teils durch Eroberung. Nicht immer gelingt es, die ganze Wasserfläche mit einem einheitlichen Staatsgebilde zu umkreisen, oft ist nur die Tendenz in Ansätzen zu erkennen, oder die Entwicklung bleibt als halb oder dreiviertel vollendeter Torso stecken und verfällt dann in Rückbildung. Das Streben, wichtige Schiffahrtsgebiete in ihren Küstengebieten politisch-staatlich zusammenzuschließen, ist ein allgemeines geopolitisches Gesetz, das überall auf Verwirklichung drängt, wenn nicht allzu große Hindernisse im Wege stehen.

Auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung haben sich die vier Uferkantone, die den Vierwaldstätter See umgrenzen, zur staatlichen Einheit der Urschweiz zusammengeschlossen: Uri, Schwyz, Unterwalden und Luzern. Auch die Niederlande sind durch freiwillige Abmachungen der die Zuyderzee samt den Rheinmündungen umsäumenden Teile des alten Deutschen Reiches entstanden. Schon das alte Hellas, obwohl es selbst nie eine volle staatliche Einheit gefunden hat, solange es selbständig war, suchte das Ägäische Meer zu einem griechischen Binnenmeer, mindestens in kultureller Hinsicht, zu machen und hatte damit in der Hauptsache auch Erfolg. Fast 400 Jahre lang war dann das Mittelmeer im wesentlichen ein römisches Binnengewässer, und zwar in so hohem Maße, daß die gesamte

Digitized by Google

Gestalt des römischen Weltreiches zur Zeit seiner größten Macht sichtlich durch die äußere Form des Mittelländischen Meers beeinflußt wurde, insofern als die West-Ost-Ausdehnung ungefähr doppelt so groß als die Nord-Süd-Ausdehnung war. Ungemein lehrreich war dann im Mittelalter das Verhalten der dänischen Normannen, die im Anfang des 11. Jahrhunderts den größeren Teil der Küsten der Nordsee auf allen Seiten unter ihre Botmäßigkeit gebracht hatten, während sie 200 Jahre später, nachdem ihre Nordseepolitik gescheitert war, drauf und dran waren, die Ostsee zum dänischen Binnenmeer zu machen. Und abermals 400 Jahre später war dieselbe Ostsee in der Hauptsache ein schwedisches Binnenmeer, und von der Newa an, auf deren Nordufer, gegenüber dem späteren Petersburg, sich ein schwedisches Fort erhob, bis nach Wismar gab es auf beiden Seiten nur wenige Lücken, die nicht dem König Gustav Adolf und seinen Nachfolgern untertan waren.

In jüngster Zeit hat Japan es verstanden, den weitaus größten Teil des Japanischen und dazu einen nicht kleinen Teil des Chinesischen Meeres staatlich unter seine Botmäßigkeit zu bringen und diese Meere militärisch so völlig unter seine Kontrolle zu bekommen, wie es am 27. Mai 1905 die Seeschlacht von Tsushima bewiesen hat. Das niemals verhehlte Streben des neuen Italien, wieder ein Binnenmeerstaat mit Bezug auf die Adria zu werden, war ein Hauptgrund für Italiens Krieg gegen Österreich 1915 bis 1918, für das Fiume-Abenteuer d'Annunzios, für Mussolinis Korfu-Sprung im August 1923, für die Erwerbung des italienischen Protektorats über Albanien, für die albanische Kriegsgefahr im Jahre 1927. Solange Italien von einem so starken nationalen Willen regiert wird, wie ihn der Duce an den Tag legt, wird es unzweifelhaft auch immer weitere Schritte tun, um seinem stolzen Ziel, sämtliche Küsten der Adria politisch zu beherrschen, näher zu kommen.

Die Mare-nostro-Tendenz (vgl. S. 207ff.) ist ja überhaupt natürlich aufs innigste verflochten mit den Bestrebungen zur Schaffung eines Binnenmeerstaates.

Das weitaus großartigste Beispiel aller Zeiten, einen Binnenmeerstaat riesigsten Maßstabes zu schaffen, haben wir ebenfalls erst in unseren Tagen sich verwirklichen sehen. Das englische Streben, den gesamten Indischen Ozean zum britischen Gewässer zu machen, ist seit 1918 als verwirklicht anzusehen, denn was noch an nicht-britischem Küstenbesitz vorhanden ist, ist kaum der Rede wert: Mozambique gehört nur nominell noch zu Portugal und wird in Wahrheit von England maßgeblich beherrscht, die französische Obock-Kolonie, das französische Pondichéry, das portugiesische Goa, selbst die italienischen Kolonien Somaliland und Erythräa sind winzige Enklaven in einer allenglischen Festlandsküste ungeheuersten Ausmaßes, und lediglich über Persien sowie manchen Inseln des Indischen Ozeans, über Madagaskar, Réunion und vor allem Holländisch-Insulinde, weht bisher der Union Jack noch nicht (vgl. Fig. 59 auf S. 209). Wir haben hier das einzige Beispiel aller Zeiten vor uns, daß das geopolitische Streben

Digitized by Google

nach dem Binnenmeerstaat zur Verwirklichung eines Binnenozeanstaates geführt hat, wenn auch natürlich bei einem so riesenhaften Gebilde nur die politische, nicht die eigentlich staatliche Einheit möglich geworden ist.

Die hohe Wichtigkeit eines gut ausgebildeten Verkehrswesens für den politischen Zusammenhang eines großen Staates ist um so bedeutender, je ausgedehnter dieser ist. Es ist bezeichnend genug, daß die Riesenstaaten der Geschichte stets gezwungen waren, der Ausgestaltung aller Formen des Verkehrswesens die denkbar sorgfältigste Fürsorge angedeihen zu lassen. Nirgends gab es im Altertum so vorzügliche Straßen, so vorzügliche Schnellposteinrichtungen der jeweiligen Staatsgewalten, wie im Perser-Riesenreich des Darius und im römischen Weltreich. Nirgends in Europa kannte man so prachtvolle Landstraßen und einen so glänzend organisierten Botendienst, wie ihn Marco Polo im fernen chinesischen Reich des großen Kublai Khan im 13. Jahrhundert staunend wahrnahm. Im Römischen Reich gewährten die meisterhaften Straßenbauten, die rasche Bewegungen von Heereskörpern nach allen Richtungen erlaubten, die sicherste Garantie des staatlichen Bestandes. Rekord-Leistungen wie jene, die den späteren Kaiser Tiberius im Reisewagen binnen 4 Tagen von Pavia über die Alpen nach der Wetterau nördlich Frankfurt gelangen ließ, um seinen durch einen Sturz mit dem Pferde schwer verunglückten Bruder Drusus kurz vor seinem Tode (14. September 9 v. Chr.) noch einmal zu sehen, sind bis zum Zeitalter der Eisenbahnen niemals wieder erreicht worden.

Auch Karl der Große wandte der Pflege des Verkehrswesens in seinem gewaltigen Frankenreich eine Aufmerksamkeit zu, die in dem sonst ziemlich verkehrsfeindlichen Mittelalter durchaus einzig dasteht. Er war der einzige Herrscher in Europa, der vom 2. bis zum 14. Jahrhundert etwas für die Verbesserung der Schiffahrtsstraßen tat, der durch Arbeiten im gefährlichen Binger Loch das Rhein-Fahrwasser verbesserte, der sogar im Herbst 793 den (gescheiterten) in 1200 Jahren einzigen Versuch eines Kanalbaues, zwischen Main und Donau, machte, der 10mal über die Alpen zog und nebenbei vielleicht der reisefroheste aller Herrscher gewesen ist, da für die 45 Jahre seiner Regierungszeit etwa 70000 km Reisen durch seinen Biographen Einhart bezeugt sind.

Die bedeutendsten Herrscher Rußlands, Peter der Große und Katharina II., haben wieder durch systematische Schaffung neuer Verkehrswege nicht zum wenigsten zur Stärkung der politischen Macht und der militärischen Schlagfertigkeit ihres gewaltigen Reiches beigetragen. Napoleon I. wäre als Herr moderner Verkehrsmittel vermutlich vollkommen unüberwindlich gewesen, denn schon ohne sie hat er sein zu ungeheuerlicher Größe aufgequollenes Reich durch systematische Pflege jeglichen Verkehrs politisch mit Erfolg zu festigen getrachtet. Das Frankreich des Korsen verfügte über die besten Straßen des Erdteils, Napoleon schuf 1805 die erste moderne Fahrstraße über die Alpen, beschenkte das Rheinland mit Chausseen und Häfen, wie es sie vorher nicht gekannt hatte, er schuf seinem

Digitized by Google

Lande ein treffliches Netz von optischen Telegraphen, wie sie in auch nur annähernd gleicher Vollkommenheit nirgends auf der Erde zu finden waren, und sicherte sich dadurch einen sehr großen politischen und militärischen Vorsprung gegenüber seinen Feinden, wie sich in dem glänzenden Frühjahrsfeldzug des Jahres 1809, der sich dann in dem 5tägigen Gewitter um Regensburg (19. bis 23. April 1809) entlud, besonders überzeugend gezeigt hat.[1])

Wie sehr sich andererseits die Vernachlässigung der Verkehrsmittel für den staatlichen Bestand eines großen Landes rächen kann, dafür ist die Türkei der letzten Jahrhundertwende ein warnendes Beispiel. 23 Jahre lang hatte die Regierung Sultan Abdul Hamids der Anlage moderner Verkehrswege so gut wie gar kein Interesse und Verständnis entgegengebracht, und als sie schließlich den Anforderungen der Zeit Gehör zu schenken begann und am 23. Dezember 1899 das Bagdadbahnabkommen mit Georg v. Siemens traf, da war es zu spät. Die paar Bruchstücke von Bahnen, die 1904, 1911, 1914 zur Sicherung der entlegeneren Außenbezirke des Sultansreiches eröffnet wurden, konnten von dem türkischen Staat das selbstverschuldete Unheil nicht abwehren. Alle hohe Tapferkeit der türkischen Truppen vermochte nicht zu verhindern, daß das durch seine vernachlässigten Verkehrsverbindungen fast wehrlose Land eine Beute jedes Gegners wurde, der Lust auf irgendwelche Außenbezirke hatte. 1897 konnten sich die Griechen, 1905 die aufständischen Araber im Yemen, 1911 die Italiener, 1912 die Bulgaren, Serben und Griechen, 1914 die Russen, 1916, 1917 und 1919 die Engländer und Franzosen aus der zerbröckelnden Pastete die ihnen zu best behagenden Stücke nach Gefallen herausbrechen, ohne daß eine nachhaltige Abwehr möglich war. Die neue Türkei mit ihren bedeutenden Verkehrsplänen hat offensichtlich aus den Fehlern der alten die Erkenntnis entnommen, daß ein allzu verkehrsarmes Land wehrlos und daher als Staat schwer krank ist.

In schwachen Staaten, die sich dem Ausbeutungsdrang der großen Mächte nur schwer widersetzen können und die es sich gefallen lassen müssen, in „Interessensphären" aufgeteilt zu werden, hat erfahrungsgemäß wieder derjenige fremde Staat den meisten Vorsprung und stärksten Einfluß, der den Verkehr beherrscht — entsprechend dem auf S. 35 mitgeteilten Worte Friedr. Lists. Neben China, wo vor dem Kriege der fremde Wettlauf um die wertvollsten Eisenbahnkonzessionen die wunderlichsten Blüten und tollsten Intrigen zeitigte, ist in dieser Hinsicht Abessinien seit langem ein besonders charakteristisches Land. Die Eisenbahn, die die Franzosen 1897—1910 von ihrem Hafen Djibuti nach Addis Abeba gebaut haben, hat bewirkt, daß 80% des abessinischen Außenhandels sich über Djibuti abspielen. Infolgedessen ist der kluge italienisch-abessinische Vertrag vom 2. August 1928, der den Bau einer guten Automobilstraße vom italienischen Hafen Massaua ins Innere Abessiniens

1) Richard Hennig, Anfänge der Telegraphie und Telephonie, S. 32. Leipzig 1907.

Digitized by Google

vorsieht und Abessinien einen Freihafen in Massaua zugespielt hat, ein recht schwerer Schlag gegen Frankreichs Interessen und Djibutis Wohlfahrt gewesen.

7. Die geophysische Lage.

Auch die vortrefflichsten geopolitisch wirksamen Faktoren versagen in einer geistig stumpfen oder allzu undisziplinierten und ewig hadernden Bevölkerung, und umgekehrt kann ein zur Staatenbildung hervorragend befähigtes Volk in einer ungeeigneten Umgebung seine politische, staatenschaffende Kraft nicht entfalten. Wenn heute etwa die Fellachen, die Hindus oder irgendwelche primitiven Völkerschaften völlig sich selbst überlassen blieben, sie würden auch auf einem zur Staatenbildung hervorragend geeigneten Boden, etwa auf dem Ägyptens, aus eigener Kraft keinen Staat zu schaffen vermögen; sie bedürfen eben eines fremden Vormunds oder eines starken Selbstherrschers, der sie zum Staat zwingt. Ebenso sind die Staaten, welche die Mestizen- und Mulattenvölker Amerikas geschaffen haben, überwiegend schwächliche, von unaufhörlichen Krankheiten und Krampfanfällen heimgesuchte Gebilde, denen eine lange Lebensdauer keinesfalls verheißen werden kann und die eines Tages als wurmstichige Frucht ganz von selbst dem starken Yankee in den Schoß fallen werden, sobald es diesem beliebt, einmal am mittelamerikanischen Baum kräftig zu schütteln.

Umgekehrt zeigt uns die Geschichte, daß ein so hervorragend zur Staatenbildung befähigtes Volk, wie es die Normannen waren, die auf skandinavischem, russischem, französischem, englischem, holländischem, italienischem, sizilischem Boden neue Reiche geschaffen haben, in karger, geopolitisch ungeeigneter Umgebung nicht zur Staatenschöpfung gelangt sind. Auf Grönland ist, wie wir schon hörten (S. 15), ein Staat nicht zustande gekommen. Das harte Klima, die sehr dünne Bevölkerung, der schwere Kampf ums Dasein, der eines jeden Denken und Trachten völlig ausfüllte, sie machten eine staatliche Ordnung und Regelung um so mehr überflüssig, als dort jeder Bewohner im wesentlichen dasselbe besaß, so daß, wie auf einsamen Inseln, in entlegenen Gebirgstälern, Oasen usw., keine Veranlassung und kein Anreiz zu Eigentumsvergehen und keine Verwendung für Gestohlenes zu finden war. Schutz des Eigentums gegen äußere wie innere Feinde ist aber ein hauptsächlicher Anlaß zur Schaffung einer staatlichen Organisation.

Zu der allgemeinen geophysikalischen und klimatischen Naturbeschaffenheit eines Wirtschaftsraumes und zur Charakterveranlagung, sowohl seiner Bewohner wie seiner Nachbarn, gesellt sich nun noch ein dritter, außerordentlich wichtiger Faktor, der die Stellung eines Staates in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik maßgeblich zu bestimmen vermag: seine „geophysische" Lage, d.h. die Möglichkeit, sich an und auf den großen Hauptverkehrswegen eines bestimmten Zeitalters nutzbringend zu betätigen.

Digitized by Google

Die großen, gewinnbringenden Handels-Hauptstraßen der Welt machen von Zeit zu Zeit recht weitgehende Wandlungen und Verlagerungen durch, und es kann dann sehr wohl geschehen, daß eine Stadt, ein Land, ein Volk, die Jahrhunderte hindurch geophysisch einen Platz an der Sonne hatten, fast von heut auf morgen in den toten Winkel gerückt werden, ins „Altwasser des Verkehrs" (Supan) geraten, während anderswo eine Stadt, ein Land, ein Volk, die vorher wegen ungünstiger Lage wettbewerbsunfähig waren, plötzlich, oft ganz ohne eigenes Verdienst, geophysisch vom Glück beispiellos begünstigt werden und zu Macht und Reichtum aufzusteigen vermögen. Es gibt einen „unverdienten Wertzuwachs" nicht nur auf dem Grundstücksmarkt, sondern auch in der Geschichte der Völker und Staaten.

Das großartigste Beispiel dieser Art liefern uns die Rückwirkungen, welche die fast gleichzeitigen Entdeckungen Amerikas (1492) und des Seewegs nach Indien (1498) im Gefolge hatten. Mit einem Schlage stürzte damals die Herrin des Welthandels, Venedig, die gerade nach der Abtretung Cyperns durch Catharina Cornaro (1489) auf dem Gipfel ihrer Macht stand und hoffen durfte, das altrömische Weltreich durch ein neues venetianisches Weltreich zu ersetzen, von ihrem Throne herunter, denn plötzlich war das Mittelmeer nur noch ein Seiten- und Nebenmeer, das von den neuen ozeanischen Verkehrsstraßen umgangen und gemieden wurde. Und an Venedigs Stelle stiegen nun die Anlieger des Ozeans zu Königen des Welthandels, zu Herren der Weltschätze empor: Spanien und Portugal. Ebenso wurde damals im Norden Europas die Ostsee, vorher der Haupttummelplatz des dortigen Handels, zu einer von den Weltverkehrsstraßen abgesperrten Binnensee; Lübeck, die alte, stolze Vormacht der Hanse, sank, ebenso wie Venedig, zu nur noch bescheidener Bedeutung herab, und den besser gelegenen Hansestädten Hamburg und Bremen, noch mehr aber den kraftvollen atlantischen Staaten Holland und England wurde der ganze Segen der Ozeanlage als „unverdienter Wertzuwachs" zu teil. Zumal England wurde mit einem Schlage aus einer peripheren Lage zum Handelsverkehr in seinen Mittelpunkt gerückt, ebenso wie künftig, nach der vollen Erschließung der pazifischen Welt, die bisher in der Randlage gewesenen Ver. Staaten das neue „Reich der Mitte auf dem Planeten"[1]) sein werden. Der staatliche Niedergang der Großmacht Venedig setzt mit jener Wende des 15. zum 16. Jahrhundert ebenso unverkennbar ein wie der staatliche Aufstieg Portugals, Spaniens, Englands und Hollands.

Ähnlich brachte das Jahr 1869 mit der Eröffnung des Suezkanals eine empfindliche Wertverminderung für Kapstadt, einen Wertzuwachs für Ägypten und Italien mit sich. Die Eröffnung der Sibirischen Bahn i. J. 1901 bedeutete den Todesstoß für die reiche Handelsstadt Kjachta, die bis dahin regelmäßig hohe Zwischengewinne aus dem chinesischen Teehandel bezogen hatte, während andererseits Sibirien selbst durch jene Bahn zum

1) Kjellén, a. a. O., S. 113.

Digitized by Google

ersten Male Gelegenheit erhielt, sich am Welthandel lebhafter zu beteiligen. Daß die Eröffnung des Panamakanals i. J. 1914 mit ihrer weitgehenden Verlagerung alter Verkehrsstraßen ebenfalls starke Wandlungen in der wirtschaftlichen und politischen Geltung einzelner Städte und Länder nach sich gezogen hat, ist nicht zu verkennen, wenngleich diese Änderungen nicht annähernd so bedeutend waren wie die durch den Suezkanal bedingten.

Unter Umständen bringt ein „unverdienter Wertzuwachs" der angegebenen Art auch mancherlei Gefahren mit sich, denn wirtschaftliche Werte locken natürlich mächtige Staaten zur Besitzergreifung. Ägypten, das vor dem Bau des Suezkanals, ein leidlich kräftiger, wenn auch der Souveränität des türkischen Sultans unterstehender Staat und noch unter Mehemmed Ali (1806—1848) sogar eine beachtenswerte politische Macht gewesen war, erregte mit demselben Jahre 1869, das ihm den Segen des Suezkanals in den Schoß warf, die Besitzgelüste Englands, und nach der Schlacht von Tel el Kebir (13. September 1882) wurde es, wenn nicht de iure, so doch de facto, eine englische Kolonie und ist es bis zu einem gewissen Grade geblieben — trotz der britischen Anerkennung seiner „Unabhängigkeit" (15. November 1922). — Ebenso hat der südamerikanische Staat Kolumbien den unverdienten Wertzuwachs, den ihm der Bau des Panamakanals brachte, politisch teuer bezahlen müssen: mit der erzwungenen Losreißung der Republik Panama aus dem kolumbischen Staatskörper (3. November 1903).

Wo ferner wenig oder gar nicht kultivierte Länder dereinst aus irgendeinem Grunde plötzlich in die Nähe eines wichtigen Seeverkehrsweges gerückt wurden, ergab sich leicht eine andere erhebliche Gefahr für Kultur und Handel: solche Landgebiete wurden, wenn sie sonst mit guten Häfen versehen waren, oft für Jahrzehnte und Jahrhunderte Mittelpunkt der Seeräuberplage, wie es besonders deutlich die Geschichte der marokkanisch-algerischen und der südchinesischen Küste sowie des amerikanische Mittelmeers im 17. Jahrhundert erkennen läßt.[1])

Die in nicht gar so sehr ferner Zukunft sicher bevorstehende Ausgestaltung des interkontinentalen Luftverkehrs dürfte dazu beitragen, daß rasch manche herrenlosen Gegenden der Erde, die gegenwärtig noch völlig wertlos scheinen, in eine günstige geophysische Lage zu wichtigen Verkehrslinien kommen und somit als Kolonien begehrenswert werden. So mag, wenn künftig ein Verkehr London-Tokio oder Berlin-San Francisco sich auf dem kleinsten Kreisbogen als kürzestem Wege über arktische Länder hinweg abspielt, der staatliche Besitz manches bisher noch herrenlosen und als gänzlich wertlos erachteten Landes gar sehr begehrenswert erscheinen. Stark zu denken gibt die Tatsache, daß um die öde, erst 1881 entdeckte Wrangel- und Herold-Insel im sibirischen Eismeer ein Konflikt zwischen Rußland, England und den Vereinigten Staaten entstanden ist. Auf die

1) Vgl. Herm. Lautensach, Die Mittelmeere als geopolitische Kraftfelder im Werk „Bausteine zur Geopolitik", S. 171, zumal S. 175 ff.

Digitized by Google

vorher wert- und herrenlosen Insel warf England schon 1916, dann die Union ein Auge, die sogar am 15. Oktober 1924 ihr Sternenbanner auf der Herold-Insel aufzog, und — drei Tage später wurde ebendaselbst das russische Banner gehißt! Rußland hat im September 1916, am 20. August 1924 und 15. April 1926 die Besitzergreifung der Wrangel-Insel verkündet, 1927 auch eine Kolonie von 60 Köpfen daselbst angesetzt, aber — die Ver. Staaten haben die Anerkennung dieser Annektierung abgelehnt![1]) Und warum dies alles? Die Wrangel-Insel verspricht eine wichtige Zwischenstation im künftigen, kürzesten Schnellverkehr New York-Tokio zu werden!

Der Luftverkehr kann voraussichtlich in wenigen Jahrzehnten geopolitisch eine Umwälzung unserer Ansichten über Wert und Unwert von Verkehrslagen und damit von wirtschaftlich und politisch begehrenswerten Teilen der Erdoberfläche herbeiführen, die alles hinter sich läßt, was die Menschheitsgeschichte bisher auf diesem Gebiete erlebt hat. Wenn es dem Flugzeug oder Luftschiff eines Tages gelänge, Massengüter hinreichend billig über jede beliebige Entfernung und in beliebiger Menge zu transportieren, so würden in derselben Stunde alle Seehäfen entwertet und auch die Binnenschiffahrt und ein sehr großer Teil des Eisenbahnwesens zum Absterben verurteilt sein. Es wird ja wohl so gut wie sicher nicht dazu kommen, aber man muß sich doch einmal solche hypothetischen Folgewirkungen völlig klar vor Augen stellen, um zu erkennen, wie die geophysische Lage sich auswirken kann, wie ungezählte Milliardenwerte des Wirtschaftslebens, die „fest wie der Erde Grund", unerschütterlich sicher fundiert zu sein scheinen, durch ein geopolitisches Erdbeben auf dem Gebiete des Verkehrswesens in Trümmer gelegt zu werden vermögen. Wir haben solche geopolitischen Erschütterungen mehrfach in den letzten Jahrhunderten verspürt. Der Luftverkehr birgt Keime zu Umwälzungen in sich, die alle früheren Wirtschaftsbeben weit übertreffen können. Der Besitz eigener Luftschiffmasten, wie sie England in Ismailia, Kurratschi und Singapur bereits errichtet hat, und dazu eigner Flugzeuggeschwader stellt überdies einen politischen Machtfaktor dar, der dem Wert mehrerer Armeekorps und stärkster Festungen gleichkommt.

In günstiger geophysischer Lage dürften fortan gewisse, früher vom Verkehr wenig oder gar nicht aufgesuchte ozeanische Inseln liegen, so in erster Linie die Bermudas, Azoren, Kapverdischen Inseln, St. Paul, Fernando Noronha, später auch St. Helena, Ascension und das unendlich einsame Tristan d'Acunha, aber auch einige Länder, die von den Weltverkehrslinien bisher gemieden wurden, so Irland, Neufundland, Nordsibirien, Mesopotamien, Persien u. a.[2]) Nur durch solche luftpolitischen Erwägungen zu verstehen ist auch der geopolitisch ungemein in-

1) Manfr. Langhans-Ratzeburg: „Die strittigen Gebiete der Erde" in „Peterm. Mitt." 1929, S. 10 und 77.

2) Vgl. meinen Aufsatz: „Geopolitische Wirkungen des beginnenden Weltluftverkehrs" im Novemberheft 1928 der „Geograph. Zeitschrift".

Digitized by Google

teressante Konflikt, der 1929 zwischen England und den Ver. Staaten um die staatsrechtliche Zugehörigkeit des völlig vereisten Südpolar-Kontinents ausgebrochen ist und in den auch Norwegen und Argentinien hineingezogen werden dürften.[1])

8. Das Meer als geopolitischer Faktor.

Sahen wir bisher allgemein, von wie ausschlaggebender Wichtigkeit für die Staaten die Lage zu den großen Verkehrsstraßen sein kann, so ist in allen Stadien der staatlichen Entwicklung, die Anteil an der Weltwirtschaft fordern, die Lage zu günstigen Seeküsten der wichtigste, die Lage zu gut schiffbaren Flüssen der zweitwichtigste Faktor im geopolitischen Geschehen. Das russische Reich mochte in den Tagen der Iwane als ein Staat mit nur ganz unbedeutendem Außenhandel, dem es genügte, wenn die fremden Kaufleute der Hanse ihm die nötigsten Auslandswaren ins Land brachten, der eigenen Seeschiffahrt und somit auch des Besitzes an guten Seeküsten entbehren. Als Peter der Große dem Lande das „Fenster nach Westen" öffnete, wirkte ein elementarer Zwang dahin, die in erreichbarer Nähe liegenden Küstengebiete, die zudem während des Nordischen Krieges schlecht verteidigt waren, dem Staate einzuverleiben. 1702 wurde daher Ingermanland mit der Newamündung (Gründung St. Petersburgs am 16. Mai 1703) und 1710 das baltische Land als „russische Ostseeprovinzen" dem Zarenreiche untertan. Hat doch der größte der russischen Zaren charakteristischerweise seine umfangreichen Eroberungen mit den Worten gerechtfertigt: „Ich suche nicht Land, ich suche Wasser!"

Trotzdem ist bekanntlich in den gesamten letzten 100 Jahren vor dem Weltkrieg Rußland der größte politische Unruhestifter in Europa gewesen. Weshalb? Weil ihm die „warme Küste" fehlte! Jahrzehntelang stand die gesamte osteuropäische Politik und ein Teil der mittel- und nordeuropäischen sowie der asiatischen unter dem Zeichen der russischen Sehnsucht nach dem vollwertigen Meer, nach einem Meer, dessen Zugänge nicht von anderen, zuweilen kleinen und schwachen Staaten beliebig abgesperrt und verriegelt werden konnten. Ein geradezu tragisches geopolitisches Verhängnis hatte es gefügt, daß das größte zusammenhängende Reich, das die Erde je gesehen hat, zwar gleichzeitig über die gewaltigste Küstenlinie unter allen Ländern der Welt verfügte, daß aber die nicht weniger als 13000 km lange russische Küste an keiner einzigen Stelle den Anforderungen einer geopolitisch erträglichen Lage entsprach. An nicht weniger als sieben große Meere und Meeresbecken grenzte um die Jahrhundertwende das Zarenreich an: das Nördliche Eismeer und den Stillen Ozean, die Ostsee, das Kaspische Meer, das Schwarze, Weiße und Gelbe Meer. Und dennoch war das Streben Rußlands, immer weitere Landgebiete zu verschlucken, um neue Küsten in Besitz zu bekommen, geopolitisch so

1) Vgl. die ausführlichen Darlegungen bei R. Hennig, Weltluftpolitik. Berlin 1930.

Digitized by Google

berechtigt, wie selten ein imperialistischer Macht- und Eroberungstrieb. Starrte doch der weitaus größte Teil der vorhandenen Küste auf die endlose Eiswüste des Arktischen Meeres hinaus, die Kaspische See war ohne jede Verbindung mit den Hochstraßen der Seeschiffahrt, stand auch, ebenso wie der Aralsee und Baikalsee, nicht einmal durch brauchbare Binnenschiffahrtsstraßen mit der Außenwelt in Verbindung, die russischen Häfen am Schwarzen Meer waren durch den türkischen Bosporus und die Dardanellen vom Weltmeer abgeriegelt, und internationale Verträge (London 13. Juli 1841, Paris 30. März 1856, London 13. März 1871, Berlin 13. Juli 1878) wachten darüber, daß zumindest die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer eingesperrt blieben, wie ein wildes Tier in seinem Käfig. Ebenso war die Ostsee militärisch durch Dänemark, England und, wie der Weltkrieg gezeigt hat, auch durch Deutschland ungemein leicht zu verriegeln; dazu kam die langmonatige Eissperre aller russischen und finnischen Ostseehäfen. Nicht minder waren die Zugänge zu den russischen Häfen im fernen Osten, soweit sie überhaupt als Verkehrs-Stützpunkte in Betracht kamen, im Sommer durch überall vorgelagerten japanischen Landbesitz, im Winter durch Eis politisch entwertet — selbst der Haupthafen Wladiwostok kann ja nur in 6 Monaten des Jahres benutzt werden! — und die i. J. 1898 durch aufgezwungene „Pacht" von China hinzueroberten Küsten der Kwantung-Halbinsel lagen zwar wirklich an einem „wärmeren Meer", das aber wiederum mit nur allzu leichter Mühe von der umlagernden japanischen Inselkette her gesperrt werden konnte, wie die Seeschlacht von Tsushima in so tragischer Weise bewiesen hat. Im übrigen wurde dieser neue Besitz mit dem wertvollen Kriegshafen Port Arthur und dem neuangelegten, von Rußland mit großen Hoffnungen begrüßten, aber nie in Benutzung genommenen Handelshafen Dalni dem Zarenreiche schon nach weniger als 6 Jahren vom siegreichen Japaner wieder entrissen. Nun, und das letzte russische Meer, das Weiße, war zwar das einzige, bei dem auch der Zugang in unumschränktem russischen Besitz war, aber dieser schlauchartig enge Zugang öffnete sich wiederum in das öde Eismeer und war zudem 6 Monate in jedem Jahr vom Eise derart blockiert, daß auch der Haupthafen des Weißen Meeres, Archangelsk, nur immer in einer Hälfte des Jahres verwertbar war (Fig. 22).

Was Wunder, wenn unter solchen ausgesucht unglückseligen Umständen Rußland während des größeren Teiles des 19. Jahrhunderts und im Anfang des 20. ein politischer Erdbebenherd war, in dem die unterirdischen Feuer bald hier, bald dort einen Ausgang suchten und den Boden erschütterten! Die russische Sehnsucht nach der Hagia Sofia in Konstantinopel entsprang natürlich weniger religiösen Motiven, wenn diese auch gern als Aushängeschild benutzt wurden, als zwingendsten politischen Notwendigkeiten. Mag das sogenannte Testament Peters des Großen eine Legende sein, sicherlich ist die Sehnsucht nach Konstantinopel durch diesen geopolitisch ungemein scharfblickenden Herrscher zum beherrschen-

Digitized by Google

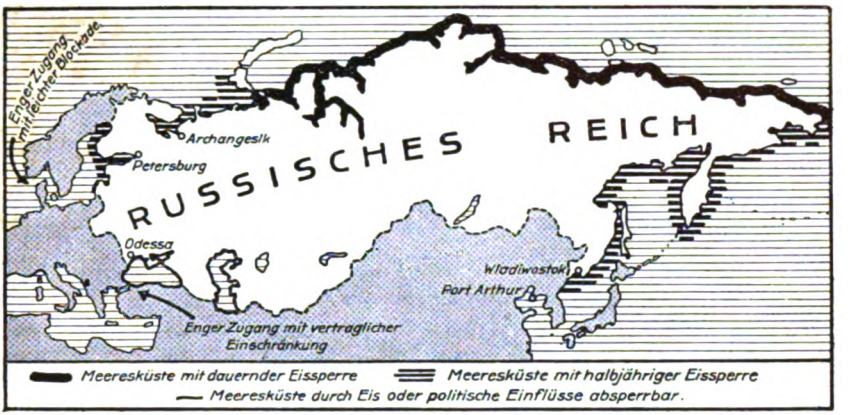

Fig. 22. Rußlands Meeresküsten vor 1914.

den Grundzug der russischen Außenpolitik gemacht worden, und in rund 200 Jahren haben nicht weniger als sieben russisch-türkische Kriege dieser Sehnsucht Ausdruck verliehen, darunter allein fünf im letzten Jahrhundert (Friedensschlüsse 1812, 1829, 1856, 1878, 1918). Aber Rußland konnte sein ersehntes Ziel, trotz meist großer militärischer Überlegenheit, nie erreichen, selbst wenn es unmittelbar vor dem letzten Enderfolg stand, wie an jenem 3. März 1878, als es hart vor den Toren Konstantinopels den Präliminarfrieden von Santo Stefano schloß und seine siegreichen Truppen am Marmarameer lagerten. Immer stieß es in solchen Fällen auf England als einen mächtigeren Gegner, dessen Kriegsdrohungen ihm den Siegespreis entrissen. England vereitelte auch den durch 30 Jahre stets aufs neue versuchten Durchbruch des russischen Kolosses an den Persischen Golf und den Indischen Ozean, dessen Erreichung alle die riesigen russischen Gebietseinverleibungen in Zentralasien während der 70er, 80er und 90er Jahre nur vorbereiten sollten. Weiterhin galt ein guter Teil der serbischen Politik Rußlands der Hoffnung, einmal einen russischen Hafen an der Adria gewinnen zu können, und im Weltkrieg schmeichelte sich die russische Politik und Kriegführung mit der Hoffnung, von der Kaukasusfront her ans Mittelmeer vorstoßen zu können, um im nordöstlichsten Hafen des Mittelmeers, in Alexandrette am gleichnamigen Golf, die russische Flagge entfalten zu können. Keine von allen diesen Absichten ließ sich verwirklichen.

Schon im Frühjahr 1905 schrieb „Nowoje Wremja":

„Will Rußland seine historischen Aufgaben lösen, so braucht es einen Zugang zum Weltmeer, der seiner Größe entspricht. Einem Volk von 130 Millionen darf man den Rock nicht zu eng zuschneiden und die Ärmel zunähen."

Rußlands jahrzehntelanger Drang nach dem warmen Meer rechtfertigt in der Tat den geistvollen Vergleich[1]) mit einem „Inlandeis, das in vier Zungen das Meer zu erreichen sucht".

1) Kjellén, a. a. O., S. 147.

Digitized by Google

Als aber Rußland im fernsten Osten sein heißes Verlangen nach dem eisfreien Meer durch den Erwerb der Kwantung-Halbinsel endlich befriedigt zu haben glaubte und die Hand schon nach Korea ausstreckte, stellte sich ihm, wieder in Englands Auftrag, Japan entgegen und schlug ihm seine Hoffnung in Scherben. Heute steht es fest, daß Japans Sieg von 1905 Deutschland zum Unheil ausgeschlagen ist, denn erst die Abdrängung vom warmen Meer in Ostasien ließ Rußlands Gelüst nach Konstantinopel mit verstärkter Heftigkeit aufflammen, und da „der Weg nach Konstantinopel nur über Berlin und Wien führte", so war Rußlands Kriegslust von 1914 in der Tat die mittelbare Folge der russischen Niederlage von 1905.

Seit dem Verlust des japanischen Krieges wurde in Rußland der Trieb nach dem warmen Hafen so heftig, daß sich das politische Va banque-Spiel des Weltkriegs daraus entwickelte.

Als dieser durch die russische Gesamtmobilmachung vom 29. Juli 1914 unvermeidlich geworden war, besaß Rußland noch immer keinen guten Hafen. Die Ostsee und das Schwarze Meer wurden ihm mit leichter Mühe sogleich vollkommen abgeriegelt, und als im Oktober auch seine einzigen bis dahin noch verwendbaren Häfen Archangelsk und Wladiwostok durch den beginnenden Winter gesperrt wurden, war Rußland in der Tat zur See restlos von der übrigen Welt abgeschnitten. Da zeigte sich das geopolitische Moment im Weltgeschehen in einer besonders charakteristischen Episode. Von tödlicher Verkehrserstickung bedroht, machte Rußland Miene, durch Nordschweden und Nordnorwegen hindurch längs der Ofotenbahn nach Narvik vorzustoßen, um hier, am offenen Atlantischen Ozean, einen das ganze Jahr hindurch benutzbaren, durch eine Bahn mit dem Hinterland verbundenen, guten Seehafen gewaltsam an sich zu reißen. Die Malmöer Zusammenkunft der drei skandinavischen Könige am 18. Dezember 1914 ließ dann freilich die Zarenregierung von ihrem gefährlichen Vorhaben, das leicht einen neuen Nordischen Krieg hätte heraufbeschwören können, abstehen. Und gerade in dieser schicksalsschweren Stunde erinnerte der Russe E m e l j a n o w daran, daß man ja schon seit über 100 Jahren einen das ganze Jahr benutzbaren, am offenen Ozean liegenden und daher nicht abzusperrenden Hafen hoch oben an der Murmanküste in der vortrefflichen Kola-Bucht besaß, die durch die Wirkung des Golfstroms auch im strengsten Winter stets so gut wie völlig eisfrei gehalten wurde, aber — dieser ersehnte Idealhafen war nicht zu gebrauchen, da die nächste Eisenbahnstation über 200 km von ihm entfernt war! Der mitten im Kriege durchgeführte Bau der „Murmanbahn" von Petersburg bis zur Kola-Bucht konnte die tragische Sachlage nicht mehr verbessern: am 30. Dezember 1916 wurde die Murmanbahn endlich dem Betrieb übergeben, und — 3 Monate später war sie wertlos, da die ausbrechende Revolution keine Verwendung mehr für sie hatte.

Der Ausgang des Krieges hat dann Rußland noch mehr vom Meer abgedrängt, als es vorher der Fall war, hat ihm fast seine ganze Ostseeküste gekostet und das Land im Westen auf den Territorialstand

Digitized by Google

von 1703 zurückgedrängt. Der geopolitische Gefahrenherd, der infolgedessen fortglimmt, kann um so weniger verkannt werden, als die Erfahrungen mit der Meeresverriegelung im verlorenen Kriege, wie Rohrbach es ausgedrückt hat[1]), „das ganze russische Denken beherrschen und die Macht einer politischen Zwangsvorstellung annehmen."

Diese kurze Übersicht zeigt, ein wie schwerer politischer Unruhestifter 100 Jahre hindurch die unglückselige geophysische Lage des küstenreichsten Landes der Welt zum offenen Meer gewesen ist. Und war nicht, im Grunde genommen, genau derselbe Anlaß auch entscheidend für den Haupt-Unruheherd auf dem Balkan in den Jahren bis 1914, für Serbien? vielleicht sogar für das gesamte politische Schüttergebiet Europas, das wir seit einem halben Jahrhundert unter dem Namen „Balkan" zusammenzufassen pflegen? Waren doch, mit einziger Ausnahme des in bezug auf seine Lage außergewöhnlich begünstigten Griechenland, alle ehemals türkisch gewesenen Balkanstaaten als Küstenbesitzer bis 1912 schlimm daran. Bulgarien und Rumänien waren, genau wie Rußland am Schwarzen Meer, durch die türkische Herrschaft am Bosporus und an den Dardanellen sowie durch die internationalen Verträge über diese Wasserstraßen vom offenen Meer empfindlich abgeschnitten, Serbien hatte überhaupt keinen Zugang zur See, Montenegro grenzte zwar an die Adria, war aber noch in so primitivem Zustande und mit so rückständigen Verkehrsverhältnissen ausgestattet, daß ihm der Besitz eines an sich schon schwer zugänglichen Küstenlandes keinen Nutzen brachte. Der Umstand, daß Montenegro zu Anfang dieses Jahrhunderts noch keine Eisenbahn und lediglich einen einzigen kleinen Seedampfer, dazu ein paar unbedeutende Segelschiffchen besaß, ist bezeichnend genug. Die Grenzverschiebungen von 1913 brachten dann wenigstens Bulgarien in eine erträglichere Lage, da es eine wertvolle Küste an der Ägäis erhielt, aber Serbien blieb reiner Binnenlandstaat, und der wichtigste europäische Nordägäis-Hafen, Saloniki, nach dem nicht nur Serbien und Bulgarien Begehr trugen, sondern auch Österreich-Ungarn, da seine gewaltige Landmasse auf einer allzu schmalen Küstenbasis ruhte, er fiel an Griechenland, das ihn am wenigsten nötig hatte. Die politische Weisheit der Friedensmacher von 1913 war nicht sehr viel größer als die der Väter des Versailler Diktats! Als eine recht unglückselige Neuschöpfung von 1913 erwies sich das staatliche Verlegenheitsprodukt Albanien, das bis auf die Gegenwart nicht aufgehört hat, eine neue gefährliche Zündfläche der Balkan-Leidenschaften zu sein. Der schwerste Fehler aber war die Beibehaltung des Binnenlandcharakters Serbiens. Wer weiß: hätte Österreich beim Bukarester Frieden von 1913 nicht die Torheit begangen, Einspruch zu erheben gegen den von Serbien heiß begehrten Adria-Zugang durch Nordalbanien hindurch, es wäre vielleicht einige Monate später, im Juni 1914, nicht zu der verhängnisvollen politischen Explosion von

1) Paul Rohrbach im „Größeren Deutschland", 16. Oktober 1915.

Digitized by Google

Serajewo gekommen! Freilich, der Weltkrieg, dessen Ausbruch Rußland und Frankreich schon im August 1911 auf die Jahre 1914 oder 1915 festgelegt hatten, wäre dennoch nicht vermieden worden, und Rußland, dessen Truppenbewegungen schon im Februar 1914 begonnen hatten, würde dann eben nur eine andere Zündschnur benutzt haben. —

Die Friedensschlüsse von 1919 haben Serbien unter Vereinigung mit Montenegro, nun endlich zum küstenbesitzenden Staate Südslawien gemacht, aber sie haben leider auch Bulgarien wieder von der Ägäis abgedrängt und die dortige, einst bulgarische Küste an Griechenland übergeben, das kaum eine Verwendung für sie hat. Ungarn und mit ihm Rest-Österreich sind dafür ihrerseits zu reinen Binnenlandstaaten degradiert worden, wenn man sich auch bemüht hat, das dadurch entstehende Unruhemoment durch ungarische Sonderrechte im Hafen Fiume zu bannen. Ebenso hat Südslawien die Mitbenutzung des griechischen Hafens Saloniki zugestanden erhalten. Aber die geopolitischen Brandherde auf dem Balkan sind schließlich nur umgelagert, nicht gelöscht worden. Der bedrohlichste Gefahrenpunkt liegt jetzt unzweifelhaft in der südslawisch-italienischen Grenzzone und in Albanien, wo schon mehrfach im Jahre 1927 die Glut nicht unbedenklich geknistert hat. Wie Südslawiens Lebensnotwendigkeit, einen Adriahafen zu besitzen, und Italiens zielbewußtes Streben nach dem Mare nostro auf die Dauer ohne neuen Krieg miteinander in Einklang gebracht werden sollen, ist überhaupt nicht abzusehen. Auch Ungarn, dem man seinen einzigen Hafen Fiume genommen hat, muß sich, je mehr es erstarkt, notwendig zu einem neuen Unruheherd des Balkans entwickeln, und sein zu Anfang April 1927 mit Italien abgeschlossener Vertrag von Rom zeigt immerhin, wie die gemeinsame Gegnerschaft gegen Südslawien selbst die im Weltkrieg einander feindlich gewesenen Staaten zusammenführt.

Was schließlich den heutigen Österreichischen Staat anbetrifft, dem man den Triester Zugang zur Adria genommen hat, so ist er zu schwach, um seiner Umgebung in absehbarer Zeit politisch gefährlich zu werden. Aber wenn Italien Triest und die Ost-Adria fest in der Hand behalten will, wird man in Rom dennoch gut daran tun, dem auf die Dauer unvermeidlichen Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich so wenig, wie möglich, Schwierigkeiten zu machen. Wir wollen nicht vergessen, daß die Möglichkeit, auch als Binnenlandstaat der Segnungen von zollfrei zu benutzenden, „eigenen" Seehäfen teilhaft zu werden, im beginnenden industriellen Zeitalter keines der geringsten Motive war, um 1870/71 Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und andere deutsche Binnenland-Bundesstaaten dem Plane des geeinten Deutschen Reiches geneigt zu machen. Bei Österreich liegen zur Zeit, nachdem es Triest verloren hat, die Dinge ganz ähnlich. Um so mehr sollte Italien bestrebt sein, die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich in jeder Weise zu begünstigen, nicht nur, weil es dann eine sehr willkommene, gemeinsame Grenze mit Deutschland erhielte, sondern auch weil damit dem österreichischen

Digitized by Google

Krankheits- und Infektionsherd sogleich das rechte geopolitische Heilmittel gefunden sein würde.

Der Drang nach dem Meer hat sogar den neuen, völlig in britischer Hand befindlichen Binnenlandsstaat Transjordanien erfaßt. Der frühere Herrscher des Hedschas, Abdallah, trat, kurz bevor er von den Engländern zum Emir Transjordaniens gemacht wurde, das Gebiet von Akaba und Maan, den Norden des Djof, im November 1925 an sein eigenes künftiges Reich Britisch-Transjordanien ab, weil die Engländer einen Zugang Transjordaniens zum Roten Meer brauchten. Der Wahabitenführer Ibn Saud, als neuer Herrscher im Hedschas, hat aber die Abtretung nicht anerkannt und auch in seinem mit England geschlossenen Freundschaftsvertrag vom 19. Mai 1927 seinen Anspruch auf den transjordanischen Korridor zum Roten Meer angemeldet. Der Konflikt ist noch in der Schwebe.

Schon in früheren Zeitaltern, als der Welthandel zur See nicht annähernd die gleiche Bedeutung, wie gegenwärtig, hatte, wurde die Politik der Staaten und auch der freien Reichsstädte durch die geophysische Lage zum gut schiffbaren Meer häufig genug ausschlaggebend bestimmt. Das römische Kaiserreich des 2. Jahrhunderts besaß je einen verbindenden „Korridor" zum Persischen Golf und zum Roten Meer. Die „Sundsperre", die Dänemark so oft mit geringer Mühe und aus geringem Anlaß im ausgehenden Mittelalter verhängte, hat die deutschen Hansestädte der Ostsee und vor allem ihre Vormacht Lübeck wiederholt in Konflikte und Kriege mit Dänemark verwickelt. Und der von Dänemark erhobene Sundzoll, der eine empfindliche wirtschaftliche Benachteiligung der Häfen an der Ostsee gegenüber denen an der Nordsee bedeutete, veranlaßte den Großen Kurfürsten von Brandenburg, obwohl sein Staat fast ein reiner Binnenlandsstaat (außer Ostpreußen und dem hafenlosen Hinterpommern) war, nach dem Scheitern seiner Herzenshoffnungen auf Erwerb vorpommerscher Häfen im Unglücksfrieden von St. Germain (29. Juni 1679) einen maritimen Stützpunkt an der Nordsee zu suchen, in dem noch nicht zu seinem Reich gehörenden Emden, wo das unbegreiflich modern anmutende Verständnis jenes großen Herrschers für Seehandel und Seegeltung dann i. J. 1681, zusammen mit einer brandenburgischen Kriegsflotte, auch einen brandenburgischen Kriegs- und Handelshafen ins Leben rief.

In ganz ähnlicher Lage, wie die alten Hansestädte gegenüber Dänemark, befinden sich ständig, wenn auch unter zeitgemäßeren Formen, Italien, Griechenland und alle anderen nur an das Mittelmeer und seine Randgewässer angrenzenden Staaten. Ihre Schiffahrt, soweit sie sich über das Mittelmeer selbst hinaus erstreckt, ist bedingungslos abhängig vom guten Willen Englands, das im Westen die Gibraltarstraße, im Osten den Suezkanal mit der Straße Bab el Mandeb jederzeit unschwer überwachen und für nicht genehme, fremde Schiffe ebenso sperren kann, wie es von 1914 bis 1920 die Nordsee und den Ärmelkanal für deutsche Fahrzeuge verriegelt hatte.

Digitized by Google

Selbst überwiegend landwirtschaftliche Binnenland-Staaten mit nur bescheidenen Außenhandelsinteressen drängen in der Neuzeit ans Meer. Wie das Brandenburg des 17. Jahrhunderts unter der Führung eines weitblickenden, genialen Herrschers See- und sogar schon Kolonialpolitik zu treiben begann, so riß auch das Rußland Peters des Großen gewaltsam das Fenster nach dem Westen auf, und selbst die ganz altväterlich eingestellten Burenrepubliken wünschten schon in den 60er und 70er Jahren einen Seehafen in Gestalt der Delagoabai, stießen aber hier, wie überall, auf den entschiedensten Widerstand Englands, und der Schiedsspruch des Präsidenten Mac Mahon sprach schließlich, am 24. Juli 1875, die umstrittene Delagoabai den Portugiesen zu und legte damit ein portugiesisches Schloß vor die von den Buren erhoffte „offene Tür". — Die Länderkarte von 1914 kannte nicht mehr viele reine Binnenlandstaaten. Außer der Schweiz, bei der besondere Verhältnisse vorlagen, und dem schon erwähnten Serbien gab es an größeren Binnenlandstaaten in der alten Welt damals nur die sich absichtlich gegen die europäische Kultur und den europäischen Appetit absperrenden Binnenlandstaaten Afghanistan, Tibet, Bhutan und Abessinien, Paraguay und Bolivien (das erst seit 1884 vom Meere abgedrängt ist) — das war alles!

Die Weisheit von Versailles hat nun die Zahl der europäischen Binnenlandstaaten wieder bedeutend anschwellen lassen. Zwar ist Serbien ausgeschieden, dem freilich nur schwer zugängliche Adriahäfen zugewiesen wurden und der einzig gut zugängliche, Fiume, vorenthalten geblieben ist, aber dafür sind neu hinzugekommen: Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, anfänglich auch Litauen, bis dessen gewaltsamer Griff nach dem deutschen Memelland am 13. Januar 1923, in einem Augenblick, da Deutschlands und der anderen Welt Aufmerksamkeit durch den französischen Einbruch an der Ruhr völlig absorbiert war, ihm einen Seehafen verschaffte. Wie sehr die Tschechoslowakei ein politischer Unruheherd ist, ist allbekannt. Immerhin ist bei ihm die nervöse Unrast durch Zuerkennung eines eigenen tschechoslowakischen Freihafens in Hamburg und Stettin sowie durch die Internationalisierung der Elbe erheblich gemildert. Dafür ist Polen, obwohl ihm allzu große Rechte und Vergünstigungen im Danziger Hafen eingeräumt und auch einige Küstenstriche im Norden des unsinnigen „polnischen" Korridors zugesprochen worden sind, der bedenklichste Unruhestifter in ganz Mitteleuropa geworden. Der einzige reinpolnisch gewordene Hafen im deutsch-sprechenden Gdingen ist und bleibt lediglich ein Notbehelf. Rein geopolitisch ist es natürlich unerträglich, daß die ganze sonstige Weichsel heute ein polnischer Strom ist und nur die äußerste Mündung mit dem Mündungshafen einem fremden, schwachen Stadtstaat gehört. Jedoch Danzig ist nun einmal eine deutsche Stadt, und da sich 1919 die Tätigkeit in Versailles vorgeblich unter dem Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker abspielte, sah man, trotz redlichsten Wollens, keine Möglichkeit, unter irgendeinem Vorwand das zu 98 Prozent deutsche Danzig als polnische und ebenso Memel als litauische

Digitized by Google

Stadt anzusprechen. Man begnügte sich daher damit, beide Seehäfen mit ihrem unmittelbaren Hinterland, ohne sie nach ihren Wünschen zu fragen, aus dem Rahmen des deutschen Reiches herauszuschneiden und sie zu „selbständigen" Staaten, wenn auch unter polnischer bzw. Entente-Vormundschaft, zu erklären — offenbar in der stillen Hoffnung, daß die unterbliebene Einverleibung in Polen und Litauen, die Wilsons Ideologie nicht zuließ, eines Tages ganz von selbst durch entschlossenes Zugreifen der interessierten Staaten korrigiert werden würde. Nur bei einem Hafen ist bisher diese Voraussetzung zugetroffen, aber die Eile, mit der der von der Entente geleitete Völkerbund der litauischen Wegnahme Memels zustimmte, war verdächtig genug. —

Bei kleinen, wenig mächtigen und wenig ehrgeizigen Staaten kann die Angrenzung an einen gut schiffbaren, großen Strom als Ersatz für die fehlende Seeküste betrachtet werden. So genügt der Schweiz der Besitz eines Stückes Rheinufer, Paraguay die Berührung mit dem prachtvollen Laplatastrom und dem Paraná in normalen Zeiten vollkommen, während Bolivien, das weder ans Meer noch an einen schiffbaren Fluß angrenzt, tatsächlich in schlimmer Lage ist. Sein jahrzehntelanger Streit mit Paraguay um das Chaco-Gebiet, der im Dezember 1928 bis an die Schwelle des Krieges führte, entspringt der Sehnsucht nach dem Schifffahrtsweg zum Meere. Schiffbare Flüsse sind eben freilich auch unter günstigsten Vorbedingungen als Ersatz für fehlende Küsten stets nur ein Notbehelf.

Die geophysische Lage eines Landes zu den großen Weltverkehrsstraßen ist noch günstiger, wenn es nicht nur an ein, sondern möglichst gleich an zwei tunlichst verschiedenartige Meere mit guten Schiffahrtsverhältnissen angrenzt. Am idealsten ist diese Vorbedingung bei den großen nordamerikanischen Staaten einschließlich Mexiko erfüllt, die zwischen den beiden gewaltigsten Ozeanen der Erde liegen und an beiden bedeutenden Küstenbesitz aufweisen. Dieselbe Vorbedingung trifft zu bei einigen mittelamerikanischen Staaten, bei Kolumbien und selbst für Chile, doch sind diese Länder zu unbedeutend oder zu seeuntüchtig, um bisher von der hohen Gunst ihrer Lage Gebrauch zu machen. Auch Südafrika ist ähnlich begünstigt, doch fängt dieses noch sehr junge Land erst gegenwärtig an, eigene Schiffahrt in übrigens noch sehr bescheidenem Umfang zu treiben.

In der alten Welt sind, außer den reinen Inselstaaten, die naturgemäß auf verschiedene Schiffahrtsgebiete hinausblicken, vor allen anderen Frankreich, Spanien und Ägypten in der begünstigten Lage, daß sie an zwei Meeren Anteil haben. Ägypten ist neben Rußland, das aus anderen Gründen hier nicht in Betracht kommt, und neben der bis 1918 bestehenden Türkei, die ihre günstige Lage nicht auszunutzen verstand, das einzige Land der alten Welt, das von zwei verschiedenen Ozeanen bzw. ihren Randmeeren bespült wurde. Auf dieser Lage an zwei Ozeanen beruht ein großer Teil von Ägyptens handelsgeschichtlicher Bedeutung etwa zwischen 330 v. Chr. und 1500 n. Chr. und dann wieder seit 1869, auf ihr die Tatsache,

Digitized by Google

daß Alexandrien jahrhundertelang der erste Hafen und wichtigste Handelsplatz der Welt war. Ägypten hat den denkbar typischsten Brückencharakter zwischen zwei völlig verschiedenen, riesigen Schiffahrtsgebieten. Diese Stellung ist ihm politisch zum Verhängnis geworden, denn sie hat ihm nach der Eröffnung des Suezkanals die englischen Herren ins Land gebracht, aber wirtschaftlich gereichte sie ihm oft genug in der Geschichte zum Segen, in allen den Zeiten, wo der größere Teil des Indien-Verkehrs seinen Weg durchs Mittelmeer und Rote Meer suchte. — Es ist ebenfalls interessant und geopolitisch lehrreich, wie in der Zeit, da dieser Weg nach Indien im ausgehenden Mittelalter der wichtigste war, die verschiedenen Küstenanlieger fast immerzu in Zwistigkeiten und Fehden miteinander verwickelt waren. Kaum war aber 1497/98 der Seeweg nach Indien ums Kap der Guten Hoffnung entdeckt, da stellten alle Anlieger der alten, entwerteten Verkehrsstraße ihre eigenen Streitigkeiten in die Ecke und fanden sich als Bundesgenossen zur gemeinsamen Wahrung ihrer schwer bedrohten Lebensinteressen gegenüber dem erfolgreichen ozeanischen Staat Portugal zusammen, der nun mit einem Schlage der alleinige Herr des wichtigsten Verkehrsweges nach Indien geworden war. Damals ereignete sich das rassenmäßige Wunder, daß die durch die Verlagerung des Indienweges am schwersten getroffenen Venetianer, die ägyptischen Sultane, die Araber und die indischen Fürsten sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die portugiesischen Nebenbuhler zusammenfanden. Aber den letzteren war auf ihrem Wege zur kurzlebigen Großmacht der Sieg beschieden: der erste portugiesische Vizekönig d'Almeida schlug am 3. Februar 1509 in der Seeschlacht im Hafen von Diu die Gegner aufs Haupt. —

Gleichzeitig an ein Haupt- und ein Nebenmeer des heutigen Weltverkehrs grenzen unter den heutigen europäischen Staaten Deutschland, Dänemark, Schweden und Finnland. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Preußen als deutsche Vormacht, nachdem es vorübergehend schon einmal, von 1744—1807, ein Zweimeeresstaat gewesen war, erst i. J. 1866 neuerdings an der Nordseeküste Fuß gefaßt hat. Durch die wenige Jahre später erfolgte Gründung des Deutschen Reiches war es dann allerdings weniger Preußen als ganz Deutschland, dem die Vorteile des Meerzuganges nach zwei Seiten zugute kamen, denn Preußen sah vor dem Kriege seine deutsche Mission darin, im allgemeinen Interesse des Reiches Hamburg und Bremen nach Möglichkeit zu fördern, oft genug unter bewußter Zurückstellung rein preußischer Belange.

Schweden hat, ähnlich wie Deutschland, sein Angrenzen an zwei Meere wirtschaftlich auszunutzen gewußt. Dagegen kann das scheinbar so günstig gelegene Dänemark mit seiner langgestreckten Nordseeküste nicht viel anfangen und hängt eigentlich lediglich durch seine Küste am Öresund und Kattegat mit der Nordsee zusammen, da die „eiserne Küste" Westjütlands mit ihrer gefährlichen Seichtheit und ihrem gänzlichen Mangel an leidlichen Häfen für die Schiffahrtspraxis nur im bescheidensten Maße in Betracht kommt. Finnland dagegen hat, nachdem es 1918 seine Unab-

Digitized by Google

hängigkeit erlangt hatte, besonderen Wert darauf gelegt, daß es nicht nur an der Ostsee Anteil bekam, obwohl sich an deren Küsten fast sein ganzes Wirtschaftsleben abspielt, sondern daß es auch zum Nördlichen Eismeer einen Ausgang erhielt, von dem es durch Rußland und Norwegen abgeschnitten werden zu wollen schien. Es gelang ihm, im Frieden von Dorpat (14. Oktober 1920) von Rußland den „finnischen Korridor" über russisches Sprachgebiet zur Petschenga-Bucht zugestanden zu erhalten (Fig. 23).

Fig. 23. Finnlands Meereslage und der finnische Korridor zur Petschenga-Bucht.

Ein schwer zu begreifender politischer Fehlgriff war es dagegen, daß 1919 im Frieden von Neuilly Bulgarien vom Ägäischen Meer wieder abgedrängt wurde, um Griechenland einen Zugang zum Schwarzen Meer zu verschaffen. Griechenland grenzt schon an zwei hervorragend gute Meere an und verfügt, im Verhältnis zu seinem nur mäßigen Flächeninhalt, über eine ungewöhnlich große Menge von Küsten, und zwar vortrefflichen Küsten. Ein Zugang zum SchwarzenMeer, das von der Ägäis aus ohnehin leicht zu erreichen ist, hatte für Griechenland auf dem Wege eines ungebührlich lang gestreckten „Korridors" keinen Wert, während das Land eben dieses Korri-

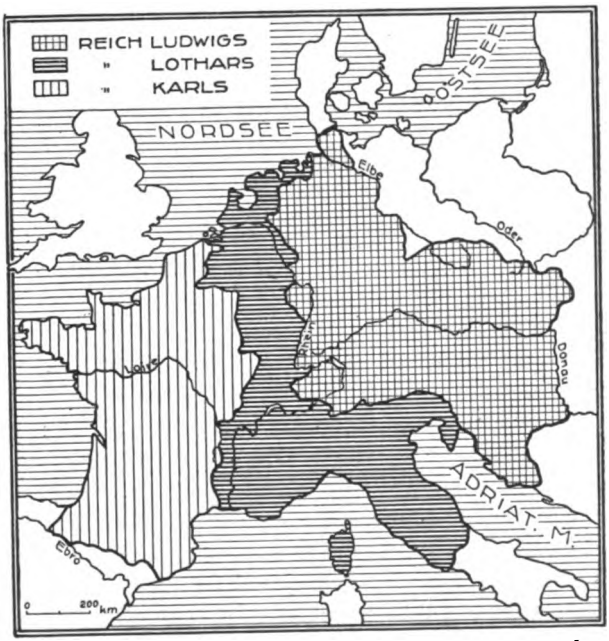

Fig. 24. Die Dreimeeres-Grenze aller drei Teilstaaten des Karolingerreiches nach der Teilung von 843.

Digitized by Google

dors für die Volkswirtschaft Bulgariens oder Südslawiens sehr segensreich durch die Nähe der Küste sein könnte. 1923 hat Griechenland freilich den Korridor zum Schwarzen Meer bereits wieder verloren.

Schon zu einer Zeit, als die Handelsschiffahrt noch in den ersten Kinderschuhen steckte, hatte man instinktiv ein Gefühl dafür, wie wichtig das Hinausschauen aufs Meer nach verschiedenen Seiten für einen Staat ist. Wenigstens ist eine eigentümliche historische Tatsache durchaus nicht anders als durch ein Gefühl für die Zweckmäßigkeit der mehrfachen Meeres-Lage zu verstehen: daß bei der Teilung des Karolingischen Reiches im Vertrag von Verdun (11. August 843) die neugebildeten Staaten Deutschland, Lotharingien und Frankreich sämtlich im Norden und im Süden ans Meer herangeführt wurden, sogar an je drei Meere: Deutschland grenzte an Nordsee, Ostsee und Adria, Lotharingien an Nordsee, Adria und Mittelmeer, Frankreich an Nordsee, Ozean und Mittelmeer (Fig. 24). Auch der Kirchenstaat in den Tagen Karls des Großen griff quer durch Italien von einem Meer zum anderen, von der Tibermündung zur Pomündung, hinüber. Später wurde das Reich der Hohenstaufen, obwohl im Mittelalter außer Karl dem Großen und Karl IV. kein deutscher Herrscher Verständnis für Seegeltung hatte, sowohl von der Nord- und Ostsee wie vom Mittelmeer bespült, genau wie Napoleons I. von Rom bis Lübeck reichendes Imperium 1810—1813. Lübecks Einverleibung ins französische Kaiserreich wurde ja ausschließlich durch den Wunsch bedingt, Frankreich auch zum Ostseestaat werden zu lassen. Und lag nicht, im großen gesehen, auch dem politischen Dreibund Bismarcks gefühlsmäßig wieder der richtige Gedanke zu grunde, eine politisch-militärische Einheit in Mitteleuropa zu schaffen, die von der Nord- und Ostsee bis Adria und Mittelmeer hinunter-

Fig. 25.
Die Viermeeres-Lage des Bismarckschen Dreibundes.

Digitized by Google

reichte (Fig. 25) und somit auf allen wichtigsten europäischen Randmeeren eine dominierende Stellung ausübte? Als aber Italien, aus politischen Gefühlen heraus, die eine erfolgreiche Siedlungspolitik des Landes auf weite Sicht eher gehemmt als gefördert haben, aus dem Dreibund herausbrach und die Bundesgenossen von gestern bekriegen half, bildete sich da nicht sogleich ein neuer territorialer Block der Mittelmächte, der, nach Sprengung des schmalen serbischen Riegels, von der Nord- und Ostsee bis zum Persischen Golf und Roten Meer reichte? Schließlich deutet auch die Zwangsläufigkeit, mit der sich Deutschlands und Italiens Politik von Jahr zu Jahr wieder mehr zusammenfinden — trotz der noch entfremdend wirkenden Südtiroler Frage, die ein schwer zu begreifender und verhängnisvoller geopolitischer Fehler Italiens war und noch ist — darauf hin, daß eine von Meer zu Meer reichende Interessengemeinschaft ein nicht zu verachtendes Energiemoment im politischen Diagramm der Kräfte ist.

Angesichts der hohen Wichtigkeit, welche die gleichzeitige, ungehemmte Erreichbarkeit verschiedener Schiffahrtsgebiete für einen kraftvollen Staat oftmals bedeutet, ist es verständlich, wie von der hohen Politik der Staaten und vor allem Englands in den letzten Jahrhunderten steigender Wert auf die Beherrschung oder zumindest die Mitbeeinflussung des Verkehrs an wichtigen Staustellen der Seefahrt gelegt worden ist. Der Wert enger und einziger Schiffahrtswege, sowohl natürlicher wie künstlicher, zwischen zwei Schiffahrtsbecken wächst ja proportional der Größe der miteinander verbundenen Meere wie der Größe der voneinander getrennten Landflächen. Deshalb sind und bleiben die Kanäle von Suez und Panama in ihrer Art, als verbindende Wasserstraßen zwischen ganzen Ozeanen und als trennende zwischen ganzen Kontinenten, so vollkommen einzigartig und unerreicht im geographischen Bild der heutigen Erde.

Seit den Tagen der Königin Elisabeth geht Englands Politik, in nicht genug zu bewundernder Großzügigkeit, systematisch darauf aus, die wichtigsten Meerengen und Staustellen des Schiffsverkehrs unter britische Kontrolle zu bringen oder mindestens der Beherrschung durch andere, politisch starke Staaten zu entwinden. Der Umstand, daß Gibraltar seit über 200 Jahren (4. August 1704) in englischem Besitz und, als einzige „Kolonie" auf europäischem Festlandsboden, ein schmerzender Pfahl im Fleische Spaniens ist, zeigt zur Genüge, mit welcher eisernen Energie und Rücksichtslosigkeit England an der Beherrschung wichtiger See-Verkehrswege selbst dann festhält, wenn dadurch ein moderner Kulturstaat, mit dem man sonst auf gutem Fuß zu leben wünscht, vor den Kopf gestoßen wird. Die britische Festsetzung in Malta, in Kapstadt, in Colombo, in Singapur, in Aden, in Suez und Port Said, auf den Bahrein-Inseln (auf die Persien am 23. November 1927 seine Ansprüche erneut geltend gemacht hat), von 1814—1890 in Helgoland, seine Flankierung der Magellanstraße durch die rechtlich seit 1820 zu Argentinien gehörigen, aber von England besetzten Falkland-Inseln, des Suezkanals durch die 1857 annektierten Perim-Inseln im Süden und das 1878 in „Pfand" genommene

Digitized by Google

Cypern, sie zeigen, wie genial England es allzeit verstanden hat, die Schiffahrt der wichtigsten Verkehrsbrennpunkte in Abhängigkeit von sich zu bringen. Und wo es selber nicht Fuß fassen konnte, ohne schwere Konflikte mit anderen Großmächten heraufzubeschwören, da sorgte es wenigstens dafür, daß nur schwache, zu größerem Widerstand unfähige Staaten oder gar „internationale" Gemeinschaften an wichtigen Wasserstraßen Territorialbesitz erhielten. So wurde dem „kranken Mann" der Besitz des Bosporus belassen, der in Friedenszeiten ungehindert benutzt werden konnte und dennoch militärisch für die drohende Gewitterwolke Rußland gesperrt war. Und am Öresund hätte England eine Großmacht wie Deutschland oder Rußland nie geduldet, aber Dänemark mochte dort getrost die Herrschaft ausüben — so lange es der britischen Politik gefügig war. Wollte es freilich wider den britischen Stachel löcken, so wurde es nach dem Muster des 2. bis 5. September 1807 „gekopenhagent". Gegenüber von Gibraltar dagegen, am afrikanischen Ufer der Meerenge, gönnte England keiner anderen Macht eine Festsetzung: der wichtigste Hafen Tanger mußte „internationalisiert" werden (vgl. S. 215 u. 306)! Andrerseits sehen wir im britischen Verhalten gegenüber den türkischen Nachfolgerstaaten in Asien wieder den Grundsatz der Zweimeereslage gewahrt: von Alexandrien bis Basra reicht heute ein „britischer Korridor" von Meer zu Meer.

So treffen wir den englischen Grundsatz, wichtige Knotenpunkte des Seeverkehrs in Abhängigkeit von London zu bringen, in wechselnden Formen auf dem ganzen Erdball immer aufs neue bestätigt. Erst in den letzten Jahrzehnten sind zweimal bedeutsame Durchbrechungen des britischen Verkehrsstraßen-Monopols erfolgt. Die erste Durchbrechung, die der deutsche Kaiser Wilhelmkanal zwischen Nord- und Ostsee brachte, war für England noch nicht empfindlich, da der nicht viel größere Umweg ums Kap Skagen daneben verfügbar blieb: der Wert der neuen Wasserstraße, so bedeutend er für Deutschland selbst war, ist für die übrige Welt deshalb nur mäßig geblieben, weil der Nordteil der zerschnittenen Landmasse an Umfang nicht erheblich war. Ganz anders war es dagegen mit dem amerikanischen Panamakanal, einer Verkehrsstraße ersten, allerersten Ranges, aus deren Kontrolle England sich gänzlich ausgeschaltet sah, trotz seiner frühen, rechtzeitigen Vorsorge, durch den Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850 auch in diesem Zukunftskanal seine altgewohnten Grundsätze zur Geltung zu bringen. Die Ver. Staaten aber waren klug und rücksichtslos genug, in einem Augenblick, da den Engländern durch die Verlegenheit des Burenkrieges die Hände gebunden waren, Englands Einfluß in dem von ihnen geplanten Kanal völlig auszuschalten und im neuen Hay-Pauncefote-Vertrag vom 18. November 1901 sich zu alleinigen und unbeschränkten Besitzern des neuen Weltverkehrsweges zu machen.

Die Seetüchtigkeit der einzelnen Völker ist natürlich sehr verschieden. Man sollte zunächst glauben, daß es sich hier um eine rein psychische Veranlagung handelt, die mit der geographischen Lage nichts oder doch nur

Digitized by Google

wenig zu tun hat. Aber dennoch ist auch hier der Einfluß der Beschaffenheit der Erdoberfläche von einer entscheidenden Bedeutung.

Die Küste, an der ein Volk sitzt, muß nämlich selbst gewissermaßen zur Seefahrt herausfordern, wenn Seetüchtigkeit und unter Umständen politische Seegeltung sich entwickeln sollen. Daß hierbei gute Buchten und Flußmündungen ein sehr wichtiges Element sind, liegt ohne weiteres auf der Hand. Aber selbst die guten Buchten und eine noch so reiche Küstengliederung genügen nicht allein zur Ausbildung seemännischer Eigenschaften, wenn nicht eine weitere, noch wichtigere Vorbedingung hinzukommt: das Vorhandensein einer nicht zu fernen und begehrenswerten Gegenküste oder, noch besser, einer Reihe von vorgelagerten Inseln. Wo diese fehlen, da genügt keine noch so günstige und ausgedehnte Meeresküste, um einer Bevölkerung seemännische Tugenden anzuerziehen. Die Länder ohne erstrebenswerte Gegenküsten in erreichbarer Nähe sind bis auf die Gegenwart allzeit rückständig in der Seefahrt geblieben. Blicken wir auf Afrika, mit Ausnahme des Nordens und Nordwestens, auf Australien, auf ganz Südamerika: ihre Eigenleistungen zur See sind stets mehr als bescheiden gewesen, und auch heute noch bringen sie es über eigene Handelsflotten vierten Ranges nicht hinaus. Chile z. B. hat eine ungemein langgestreckte, hafenreiche, treffliche Küste, die zumal im Süden prachtvolle, fjordartige Einschnitte in reichster Fülle aufweist, aber ein Seevolk hat sich dort so wenig entwickelt, daß noch jetzt die chilenische Handelsflotte nur eine Gesamt-Tonnage von 120000 T aufweist, d. h. noch nicht die halbe deutsche Neubaumenge eines einzigen Jahres! Auch Nordamerika, mit Ausnahme der Golfküste, entbehrt des Anreizes wertvoller Inseln, die der Küste vorgelagert sind, merklich. Dem Erdteil fehlt daher empfindlich das, was Fairgrieve treffend die „Kinderstube der Kultur" genannt hat.[1]) Ähnlich sehen wir in Europa an der Westküste Irlands eine mit herrlichen, geschützten Buchten verschwenderisch ausgestattete Küste in einem für Seeschiffahrt vorzüglich geeigneten Klima. Aber es gibt keine Gegenküste weit und breit in diesen Meeren, und eine Seeschiffahrt, die über örtliche Bedürfnisse hinausgeht, hat sich hier nicht entwickelt. Was die Iren zur See geleistet haben, die zumal zu Beginn des Mittelalters tüchtige Seefahrer waren, ist an der Ost- und vor allem Südostküste zur Entwicklung gekommen, wo gute Gegenufer und andere Inseln in mäßiger Entfernung winkten.

Dagegen blicken wir — wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! — auf die inselreichen Meere Norwegens, Frieslands, Griechenlands, Hinterindiens, Japans, der Südsee u. a.! In solcher Umgebung werden selbst kulturell rückständige Volksstämme zu vortrefflichen Seefahrern, wie uns am charakteristischsten vielleicht die eingeborenen Mincopies auf den Andamanen beweisen, die auf einer der untersten Stufen menschlicher

1) A. a. O., S. 332.

Digitized by Google

Entwicklung stehen, die aber dennoch allererste Meister des Ruders sind. Das inselreichste Meer der nördlichen Halbkugel, vor der norwegischen Westküste, hat im Zusammenhang mit den wundervollen, tief ins Land einschneidenden Fjorden die größten und kühnsten Seefahrer der Geschichte erzeugt, jene Normannen des 9., 10. und 11. Jahrhunderts, die selbst ihren Namen Wikinger von ihrem geographischen Wohnsitz an den Wiken (Fjorden) ableiteten. Und auf der südlichen Halbkugel hat ebenfalls das inselreichste Meer die glänzendste Seefahrerbevölkerung sich entwickeln lassen: die polynesische Inselwelt, die einen den Normannen ungemein ähnlichen Seefahrerstamm mit weit mehr heldischen als händlerischen Eigenschaften hat entstehen lassen, jene See-Nomaden, die sich selbst orang malaju = „schweifende Menschen" nannten und die wir deshalb Malaien nennen. Sie haben von Madagaskar bis zur Osterinsel, von Neuseeland bis Hawai die Ozeane durchschweift, über mehr als 200 Längengrade und 65 Breitengrade, ihre Sprache hat sich von Ceylon bis Neuguinea zur Hauptverkehrssprache der Einheimischen, zur lingua franca, entwickelt. Die von ihnen begründeten und zur Blüte gebrachten Malaienstaaten sind zwar durch die höhere Kultur und die Waffenüberlegenheit der europäischen Völker unterdrückt oder in Abhängigkeit gebracht worden, aber die politische und kulturelle Leistung des malaischen Volkes bleibt doch bewundernswert genug.

Je unfruchtbarer die einzelnen Küsten waren, desto stärker war der Zwang, den Lebensunterhalt auf der See zu suchen und sich mit ihr vertraut zu machen. Auf den dürftigen Sanddünen und niedrigen Halligen der Nordsee wuchs der seetüchtigste der deutschen Stämme heran, der friesische, in den norwegischen Fjorden, deren Hinterland von Granitfelsen, Fjeld und Gletschern gebildet wurde, das Normannenvolk, an den spärlichen Südwestküsten des vereisten Grönlands das Seefahrervolk der Eskimos. Auch bei den Basken und Bretagnern zwang der magere Küstensaum zu vermehrter Beschäftigung mit dem Meer. Demgegenüber haben die üppigen Inselschwärme Westindiens bezeichnenderweise keine bedeutenden Seefahrerstämme hervorgebracht; das Land war zu verlockend, zu fruchtbar, um Sehnsucht nach anderen Gestaden hervorzurufen oder gar zu einer systematischen Meeresbewirtschaftung zu zwingen. Infolgedessen sahen die Bewohner gern davon ab, sich der Mühsal und Gefahr des amphibischen Lebens zu unterziehen, das an kargeren Küsten eine Unvermeidlichkeit ist. Gewiß bewohnten auch die Hellenen in der Ägäis wohlhabende und fruchtbare Inseln, und sie haben sich dennoch zu ansehnlichen Seefahrern entwickelt, ja, sie waren unter den europäischen Mittelmeervölkern unzweifelhaft die seetüchtigsten, in so hohem Maße, daß ihnen gelegentlich in höchster Not die Berührung mit dem *θάλαττα*, *θάλαττα* Lebensrettung bedeutete. Aber schließlich waren sie doch lange nur Seefahrer zweiten Ranges, haben auch nur in Nachahmung der Phönizier ihre besten seemännischen Eigenschaften entwickelt, noch dazu auf einem Meere, das, wie oben dargelegt, in der guten Jahreszeit

Digitized by Google

kaum irgendwelche Gefahren und beständige, ideale Witterung darbot. Wie klein erscheinen doch die Leistungen der Griechen und selbst der Phönizier, wenn wir sie mit denen der Bewohner nordischer Küsten oder gar mit den unbegreiflich wunderbaren Taten der Normannen und Malaien zur See vergleichen! Auch die Nachfahren der Normannen, die heutigen Norweger, haben relativ mehr als alle anderen Völker der alten Welt, selbst die Engländer nicht ausgenommen, ihre Volkswirtschaft auf das Meer eingestellt. Bestand doch sogar zwischen ihren beiden größten Städten, Oslo und Bergen, bis zum Jahre 1909 keine Verbindung zu Lande, sondern nur zur See. Man hat Norwegen treffend das „klassische Land des Wasserverkehrs" genannt; man könnte es mit demselben Recht, trotz aller neu entstehenden Bahnlinien im Innern, als das Venedig unter den Ländern Europas bezeichnen.

Wie sehr eine wirtschaftliche oder politische Ablenkung eines Volkes aufs Land und auf kontinentale Politik seine seemännischen Eigenschaften verkümmern lassen kann, dafür sind die alten Römer ein bezeichnendes Beispiel. Gewiß haben sie in gefährlichen Perioden ihrer Geschichte mit bewundernswerter Zähigkeit auch auf dem Meere militärisch Großes geleistet: ihre Seeschlachten im 1., ihre Expeditionen nach Karthago im 2. und 3. Punischen Krieg, des Pompejus Krieg gegen die Seeräuber, die Schlacht bei Aktium, des Tiberius und Agricola Flottenvorstoß bis Südskandinavien und nach den Orkney-Inseln sind dafür glänzende Zeugnisse. Aber ein inneres Verhältnis zum Meer oder gar die große Leidenschaft für die Seeschiffahrt, die wir bei germanischen, malaiischen und anderen Völkern finden, fehlte den Römern durchaus. Als sie die Karthager aus Spanien verdrängt hatten, verödete die Ozeanschiffahrt, von einzelnen Ausnahmen (z. B. Juba II. von Mauretanien, die Veneter) abgesehen, auf viele Jahrhunderte in empfindlicher Weise. Die Scholien zum Juvenal z. B. betonen einmal ausdrücklich[1]), der Ozean außerhalb der Säulen des Herkules sei verödet. Und im Rheinmündungsgebiet bauten sie, nur um die Seefahrten nach England und ins Emsgebiet so viel wie möglich abzukürzen, den Corbulokanal vom Oude Ryn zur Maas-Vaal-Mündung, den Drususkanal vom Rhein zur Yssel und Zuyderzee. Dem echten Römer wohnte eben doch vor dem wirklich kühnen Seefahrer immer jener hohe Respekt inne, dem Horaz Ausdruck verlieh mit seinem[2]):

> Ihm hat Mut und ein dreifach Erz
> Stark umpanzert die Brust, der sein gebrechlich Boot
> Hat als Erster vertraut einstens dem wilden Meer ...

Daß natürlich nicht die geographische Lage und die wirtschaftliche Anregung allein darüber entscheidet, ob ein Land mit vielen und guten Küsten eine seetüchtige Bevölkerung hervorbringt oder nicht, bedarf wohl kaum erst des Beweises. Die Türkei der Vorkriegszeit grenzte, wie Rußland, an fünf verschiedene, für Schiffahrt gut geeignete Randmeere

1) Schol. Juvenal. XIV, 280. 2) Od. I, 3, 9—12.

Digitized by Google

und an einen offenen Ozean und hat dennoch im Seehandel nie eine irgendwie beachtenswerte Rolle gespielt, obwohl sie jahrhundertelang eine bedeutende Kriegsflotte besaß, wie die geschichtlichen Namen Lepanto, Navarin, Sinope beweisen. Und wenn das mit trefflichsten Häfen gesegnete Irland auch in unseren Tagen höchstgesteigerter Weltwirtschaft, von der Küstenschiffahrt abgesehen, im Seeverkehr der Erde geradezu ausfällt, so ist daran nicht das Land und seine Bevölkerung selbst schuld, sondern die Eifersucht Englands, das seine politische Übermacht rücksichtslos ausnutzt, um jeglichen einträglichen Seeverkehr seinen eigenen Häfen zuzuführen und eine irische Betätigung zur See im Keime abzuwürgen.

Immerhin ist nicht zu verkennen, daß gerade das Meer, und zwar besonders das wilde, nordische Meer, auf den Volkscharakter der Küstenbewohner einen so starken Einfluß ausübt, wie kaum irgendein andrer erdbedingter Faktor. An rauhen Küsten erstehen, wie in den Hochgebirgen, trotzige Herrenvölker, die stolz auf ihre Freiheit sind und in denen jeder einzelne ein staatliches Mitbestimmungsrecht beansprucht, echte und edle Demokraten nach Art der alten Normannen, Dithmarschen, Hanseaten usw. Die Umwelt ist es, die einen solchen Charakterzug ausprägt. Obst hat dies scharf betont[1]):

„Das Meer zwingt den Menschen unausgesetzt zum Kampf, stählt seine Willenskraft in fortgesetztem Ringen mit den Naturgewalten und erzieht ihn zu denkbarster Entwicklung und Entfaltung seiner einzelpersönlichen Leistungsfähigkeit. In den weiten Flachlandsräumen des eurasiatischen Kontinents verliert der Individualismus gewissermaßen seinen Sinn."

Der Küstenbewohner kämpft eben ständig mit den Naturgewalten und sucht sie unter seinen Willen zu zwingen; der Landmann der weiten Ebenen nimmt wehrlos hin, was die Elemente über ihn bestimmen: „hoffnungslos weicht der Mensch der Götterstärke". Was Wunder, wenn sich der letztere so oft auch unter jeden starken menschlichen Tyrannenwillen zu beugen gewohnt wird, wenn er sich der trägen Weltanschauung des Kismet und des Nitschewo ergibt, während die Anwohner sturmgepeitschter Meere, ebenso wie die Gebirgsbewohner, jederzeit bereit sind, ihr Leben in die Schanze zu schlagen für das „Lewwer duad üs Slaav", wie es die Stedinger, die Flamen, die Dithmarschen, die Basken und andere Seevölker von knorriger Natur so oft getan haben.

Das Bewußtsein von dem hohen nationalen und kulturellen Werte des Wortes Navigare necesse est, vom Wesen der „Maritimität", ist keineswegs erst in unseren Tagen allgemeiner Besitz eines jeden geworden, dessen Blick hinausschweift über die Betrachtung der unmittelbarsten eigenen Wirtschaftsinteressen. Welches tiefe Verständnis schon früher manche Völker dem „Seefahrt ist not" entgegenbrachten, äußert sich vielleicht am ergreifendsten in jener altarabischen Sunna:

„Wer zur See nur den Kopf umdreht, hat so viel Verdienst, als wer sich zu Lande in seinem Blute wälzt."

1) „Bausteine", S. 209/10.

Digitized by Google

Es ist daher bedauerlich, daß die Geschichte des Deutschen Reiches seit 1000 Jahren eine ständige „Raumentblätterung" in bezug auf Küstenbesitz zeigt. Nach einer Berechnung Haushofers[1]) besaß das Deutsche Reich folgende Küstenlängen:

ums Jahr 1240	5100 km,	ums Jahr 1900	1355 km (ohne Kolonien),
„ „ 1370	3700 „	„ „ 1925	1120 „
„ „ 1850	2400 „		

In den Tagen der modernen Weltwirtschaft ist der Seeverkehr ungleich bedeutungsvoller geworden als der Landverkehr. Das Volk und Land, das eine Rolle in der Welt spielen will, muß heute „das Denken in Kontinenten" lernen, das leider dem größten Teil unseres deutschen Volkes noch durchaus fremd ist. Das beste Mittel hierzu aber ist Vertrautheit mit der Bedeutung der See. Der frische Atem des Meeres ist nicht nur für die Körper, sondern auch für die Geister ein Jungbrunnen ersten Ranges, der geeignet ist, gründlich aufzuräumen mit kleinlicher Kirchturmpolitik, mit Spießertum und Parteiseligkeit. Es gilt daher für uns Deutsche, eingedenk zu sein des Friedrich Listschen Wortes, daß, wer vom Meere ausgeschlossen ist, „des lieben Herrgotts Stiefkind" sei, und wiedergutzumachen jene Versäumnis der Vorkriegszeit, die ein Tirpitz beim Abschluß seines Lebenswerkes in die ergreifende Formel kleidete: „Das deutsche Volk hat die See nicht verstanden"!

1) Karl Haushofer, Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. 255/56. Berlin-Grunewald 1927.

Digitized by Google

III. Die Wachstumstendenzen der Staaten und die Staatsgrenzen.

1. Die Größenordnungen der Staaten.

„Alle Staatenentwicklung steht unter dem Gesetz des Fortschreitens von engen zu weiten Räumen." Mit diesen wenigen Worten hat Ratzel[1]) eines der wichtigsten Gesetze im Leben der Staaten formuliert: den Wachstums- und Ausbreitungszwang.

Die in erster Linie durch geographische Bedingtheiten vorgezeichnete Vorliebe eines Volkes für friedliche oder militärische Betätigung zu Lande oder zur See tritt uns auf den ersten Blick unverkennbar entgegen, wenn wir die Art der Ausbreitungstendenz in der politischen Geschichte eines starken Staates verfolgen. Es gibt Staaten, die unter allen Umständen auf einen territorialen Zusammenhang ihres gesamten Landbesitzes bedacht bleiben, die den Begriff der „überseeischen Stützpunkte" überhaupt nicht kennen, und andere, die gar keine Neigung, oft auch nicht einmal die Möglichkeit haben, sich anders als punktförmig und ohne territoriale Berührung der einzelnen Teile untereinander auszubreiten.

Die kontinentale, ölfleckartige Ausbreitung ohne jeden Versuch einer Koloniengründung zeigen uns z. B. die Riesenreiche des alten Persien, Alexanders, Roms, der mittelalterlichen Araber, Dschingis Khans, dann der Türkei, Napoleons, Rußlands, wobei freilich immer wieder zu erkennen ist, daß schmale Meerengen, wie der Bosporus, die Gibraltar- und Beringstraße der Ausdehnung des Ölflecks keinen Einhalt tun. Andere Staaten hingegen, und zwar durchweg nur solche, die seetüchtige Völker beherbergen, pflegen die punktförmige territoriale Festsetzung in Übersee in so hohem Maße, daß die mit Farben arbeitende politische Landkarte zuweilen gefleckt wie ein Leopardenfell aussieht. Man denke an die althellenischen Kolonien, die Normannenreiche des 11., das venetianische Reich des 15. Jahrhunderts und vor allen anderen an das heutige britische Imperium. Artur Dix hat vollauf recht, wenn er einmal in einem Vergleich der ländergewaltigsten Staaten unserer Tage den Koloß des russischen Reiches mit einem Mammutbaum, das unendlich fein verästelte und doch die ganze Welt umklammernde britische Imperium dagegen mit einer Efeuranke vergleicht.

Jeder gesunde, junge Organismus hat die Tendenz zu wachsen, zu erstarken, an Bedeutung und Einfluß innerhalb seiner Umgebung zu

1) Fr. Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergröße, S. 5.

Digitized by Google

gewinnen. Jedes Individuum im Menschen-, Tier- und Pflanzenreiche zeigt diese Eigenschaft, und wir treffen sie wieder im unpersönlichen Streben jeder geschäftlichen Unternehmung, der Aktiengesellschaften und Trusts, des Kapitals im weitesten Sinne des Wortes, dazu aller modernen Großstädte und natürlich auch der Staaten — überall herrscht der Drang nach Vergrößerung, nach Mehrung des Einflusses, das Bewußtsein, daß Stillstand Rückschritt bedeutet im allgemeinen Kampfe ums Dasein.

Wohl gibt es, wie im menschlichen Leben und in geschäftlichen Betrieben, auch unter den Städten und Staaten Individuen, die sich in bescheidenen Grenzen wohl fühlen, die mit einem engen Wirkungskreis, mit kleinen, sicheren Einnahmen und Gewinnen, mit dem einmal vorhandenen Grenzumfang vollauf zufrieden sind. Aber wie jugendlich frische, lebensfrohe Menschen durch ein unwiderstehliches und unbewußt sich auswirkendes Naturgesetz zum Wachstum, ohne ihren Willen, gezwungen sind, so geht es auch im Leben der staatlichen Gemeinschaften. Wer in einem gewissen Alter nicht wächst, bleibt ein Zwerg, ein Krüppel, meist ein vorzeitig zum Absterben reifes, krankes und in der Regel unnützes Menschenkind. Erst in einem gewissen Alter hören die Wachstumstendenzen auf, und in fortgeschrittenem Alter kann wohl selbst ein gewisser Schrumpfungsprozeß in Kauf genommen werden, ohne daß die Lebensfähigkeit des Einzelwesens darunter leidet.[1])

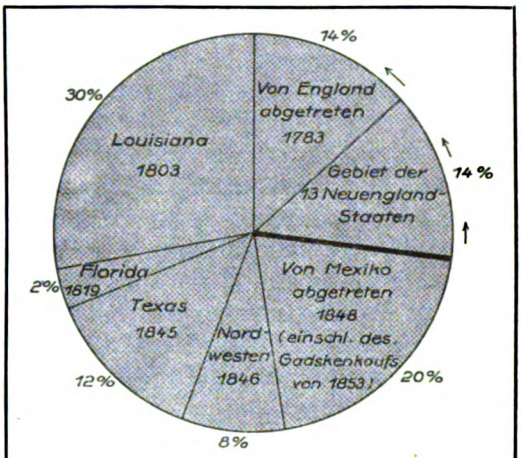

Fig. 26. Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten 70 Jahren.

Im Leben der Staaten treffen wir auf dieselben Daseinsfunktionen. Es ist geradezu das Kennzeichen des jugendlichen Staates, unaufhörlich an Wachstumsmöglichkeiten zu denken: die Neu-Englandstaaten vermehrten sich z. B. von 1783 bis 1853 täglich um 260 qkm (vgl. Fig. 26)! Wo diese Wachstumstendenzen nicht zu befriedigen sind, da entstehen die „Duodezstaaten", die in der großen Politik, im staatlichen Nebeneinander der Nationen, nichts oder doch nur selten etwas zu bedeuten haben: die Republiken Andorra und Monaco, San Marino, die Greiz-Schleiz-Lobenstein und wie sie alle heißen mögen. Andererseits haben aber auch die alten, gereiften Staaten, die sich eine gesicherte Stellung im Rate der

[1]) Über das Altern der Staaten vgl. Ratzels Politische Geographie, S. 398, dazu Maull, a. a. O., S. 103—109 über die „Raumentblätterung" der Staaten und die „Verselbständigung der Peripherie".

Digitized by Google

Völker und ein behagliches Auskommen errungen haben, wenn es sich nicht gerade um Großstaaten handelt, die sich stets vermehren müssen, in der Regel keinerlei Bedürfnis nach Gebietserweiterung, mögen sie diese in ihren jungen Jahren auch noch so eifrig angestrebt haben. Staaten wie Schweden, Holland, die Schweiz, Spanien sind über die Zeit jugendlichen Abenteurerdranges hinaus und fühlen sich in ihren nunmehrigen Grenzen wohl, mag auch vereinzelt noch einmal ein geringer Johannistrieb sich regen, wie etwa bei Schweden in der Frage der Alandsinseln oder bei Spanien bezüglich Marokkos.

Solange der Staat noch nicht vorhanden ist oder sich im embryonalen Zustand befindet, schweigt auch das Streben einer Bevölkerung nach Macht und Einfluß. Ein primitiver Volksstamm, der behaglich dahinlebt, wie viele Jahrhunderte hindurch etwa die Guanchen auf den Kanarischen Inseln, oder ein Stamm, dessen ganzes Sinnen und Trachten vom Ringen um des Leibes Notdurft und Nahrung erfüllt ist, wie die Eskimos in allen ihren Spielarten, sie können mit der staatlichen Organisation auch jedes Verlangen nach Erweiterung ihres Einflußbereiches entbehren. Wenn sie inmitten fremder Stämme leben, so unternehmen sie wohl einmal Beute-, Raub- und Kriegszüge in die Umgebung oder fallen ihnen zum Opfer, jedoch ist dabei das Verlangen nach beweglichem Besitz maßgebend, nicht nach fremdem Grund und Boden. Wird freilich bei derartigen Stämmen der Nahrungsspielraum zu knapp, so ziehen Teile der Bevölkerung davon und suchen sich friedlich oder gewaltsam neues Land, aber dann bilden sie eben völlig neue Gemeinschaften und verlieren den Zusammenhang mit der Heimat, so daß wohl von einem volkstummäßigen, aber nicht von einem staatlichen Wachstum die Rede sein kann.

Sobald es sich jedoch darum handelt, besiegte Völker so weit am Leben zu erhalten, daß sie neue Werte schaffen und frohnden, d. h. regelmäßige Tribute („Reparationen") an die Sieger zahlen können, wird auch eine Neuerung nötig, die man Verwaltung nennen kann, eine Art von Aufsicht über die Unterworfenen, eine kaufmännische Regelung ihrer Tributzahlungen, und damit ist in den Anfängen der Entwicklung ein entscheidender Schritt zur Staatwerdung getan, denn das Hauptkennzeichen des Staates sind die Beamten, die im Namen und Auftrag des jeweiligen Oberhauptes irgendwelche Funktionen erfüllen. Wie weit sich dann aus solchen Ansätzen ein regelrechter Staat entwickelt, wie weit er den mit der Staatwerdung unvermeidlichen Macht- und Wachstumstendenzen nachzugeben in der Lage ist, das ist natürlich von Fall zu Fall sehr verschieden und hängt außer von den geographischen und wirtschaftlichen Faktoren auch von der Menge und Tüchtigkeit des Herrenstammes, vom Kriegsglück und zahllosen anderen Zufällen, nicht zum wenigsten auch vom Charakter und der Fähigkeit großer Führer, Feldherren und Herrschernaturen, oft genug sogar von ihrem Ehrgeiz ab. Wie weit daher ein Staat auf der Stufenleiter des Wachstums emporzusteigen, welche Machtfülle er in sich zu

Digitized by Google

vereinigen, welches Alter er zu erreichen vermag, das ist niemals vorherzusagen. Wie unter den scheinbar gleichen Bäumen einer Schonung viele schon in den ersten Jahren zugrundegehen, eine bestimmte Zahl die normale Größe und das normale Alter erreicht und nur einige wenige zu überragendem Wuchs, zu königlicher Herrlichkeit und Pracht emporsteigen, so spielen sich die Dinge auch im Leben der Staaten ab.

Eine Einteilung der Staaten nach ihrer Größe und Bedeutung ist natürlich schwierig. Die räumliche Größe steht in keiner unmittelbaren Proportion zur weltpolitischen Bedeutung des Staates. Es gibt Riesenstaaten wie China, Brasilien, die alte Türkei, die dennoch politisch Mächte dritten und vierten Ranges sind, und es gab andererseits ausgesprochen kleine Staaten, die trotzdem Großmächte ihres Zeitalters waren, wie das Athen des Perikles, das Venedig des ausgehenden Mittelalters, das Holland des 17. Jahrhunderts, das Preußen Friedrichs des Großen, vielleicht selbst das heutige Japan. Jeder Versuch einer Einteilung nach räumlicher Ausdehnung und damit parallel laufender politischer Bedeutung ist also nur unter Vorbehalt möglich. Lediglich als ungefähre Norm, als Durchschnitt ist daher die an sich recht glückliche Einteilung nach „Raumgrößentypen" zu bewerten, die Vogel vorschlägt.[1]) Vogel unterscheidet 4 Haupttypen:

1. den Pagus oder Gau,
2. das Territorium oder Land,
3. das Regnum oder Königreich,
4. das Imperium oder Weltreich.

1. Der Pagus stellt im wesentlichen erst ein Rudiment eines Staates dar, mit einer patriarchalischen Verwaltung oder einer solchen durch die Volksversammlung, die Landesgemeinde, den Thing, die von Zeit zu Zeit, meist an einem bestimmten Tage des Jahres, zur Erörterung gemeinsamer Angelegenheiten zusammentritt, während sonst das einzelne Mitglied der Gemeinde in seinem Tun und Lassen unkontrolliert bleibt. Die Größe eines Pagus bewegt sich in der Regel zwischen etwa 3000 und 11000 qkm, doch kommen oft genug, zumal auf Inseln, noch wesentlich kleinere Zwergstaaten dieser Art vor. Die Unterkönige und Unterfürsten des Altertums sind Herren solcher Pagi, die ägyptischen Gaufürsten, die meisten „Könige" der Ilias und Odyssee, die nach Th. Birt[2]) nichts anderes als „Sprecher oder Wortführer" ihrer Landesgemeinden waren. Ferner begegnen wir „Pagi"-Staaten bei den germanischen Stämmen der Zeit vor Chlodwig und bei den kleinen mittelalterlichen Feudalherren, die gar nicht selten mit prunkenden Herrschertiteln über die Kleinheit ihres Herrschaftsbereiches hinwegzutäuschen suchten. Es sei etwa erinnert an die schwäbischen Feudalherren, die wir aus Uhlands Gedichten als die „Könige" zu Heimsen kennen, oder an die Städte der Esthen (Pruzzen) am Frischen Haff, von denen im 9. Jahrhundert angeblich jede unter einem „König"

1) A. a. O., S. 58ff.

2) Theodor Birt, Kulturgeschichte der Griechen und Römer, S. 24. Leipzig, 1928.

Digitized by Google

stand. Wenn wir hören[1]), daß es vor 1000 Jahren auf Irland 185 „Könige" (ri) mit einem „Hoch"- und Oberkönig (Ardri) in Tara gab oder wenn wir in der Bibel Königstitel für Leute angewandt finden, die wir heute als Dorfschulzen bezeichnen würden[2]), so erkennen wir, daß wir uns durch den stolzen Titel so wenig blenden lassen dürfen wie beim „King" Bell und anderen Negerhäuptlingen.

2. Das Territorium setzt sich zusammen aus mehreren Pagi, die sich entweder in freiwilliger Vereinigung oder unter dem Zwang eines mächtigen und tatkräftigen Pagus-Herrschers zusammenfinden. Die durchschnittliche Größe eines Territoriums beträgt etwa 40—100000 qkm. Ein besonders typisches Beispiel ist der Bundesstaat der Schweiz, zu dem sich 22 Pagi-Kantone freiwillig zusammengeschlossen haben. Weitere gute Beispiele für Territorien sind im mittelalterlichen Deutschland die Herzogtümer Schwaben, Franken, Bayern, Lothringen, Brabant, Sachsen, Böhmen, in Frankreich die Herzogtümer Burgund, Normandie, Bretagne, Aquitanien, auf der Pyrenäenhalbinsel die Königreiche Leon, Kastilien, Aragonien, Portugal usw. — Ob die Volksstämme, die solche Territorien bewohnen, sich zu Nationen entwickeln oder ob sie in einer größeren Einheit aufgehen, ist von Fall zu Fall verschieden. In der Schweiz, in Holland, Dänemark, Irland usw. sind auf Territorien Nationen von scharf ausgeprägter Eigenart zur Ausbildung gelangt. Dagegen haben die genannten deutschen Herzogtümer, trotz langdauernder staatlicher Zerrissenheit und starker partikularistischer Tendenzen, sich dennoch immer wieder als Glieder der großen deutschen Nation gefühlt, wozu natürlich die Gleichheit der Sprache entscheidend beitrug.

3. Das Regnum wird durch eine Vielheit von Territorien gebildet und bedarf zu seiner staatlichen Verwaltung schon eines recht stattlichen Beamtenapparates. Seine Durchschnittsgröße ist auf etwa 500000 qkm anzusetzen, doch kommen auch erheblich kleinere Staaten von Regnum-Charakter vor. Die meisten Regna der Geschichte sind durch kriegerische Unterwerfung, im Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit oft sogar durch Heirat (tu, felix Austria, nube) und Erbschaft, entstanden. Daß aber auch freiwillige Zusammenschlüsse zum Regnum möglich sind, lehrt uns die deutsche und italienische Geschichte der 60er und 70er Jahre. Das alte Babylonien hatte etwa seit 2700 v. Chr., das römische Reich seit dem Ende des 1. Punischen Krieges durch Angliederung immer weiterer Nachbargebiete Regnum-Größe erlangt, Spanien, dessen nationale Einigung von Kastilien ausging, nach der Eroberung Granadas (2. Januar 1492), Preußen etwa seit der Erwerbung Schlesiens und Ostfrieslands. Besonders charakteristisch ist die rasche Zusammenschweißung eines Regnums durch Chlodwig, der, ursprünglich nur ein kleiner Gauherrscher, durch glückliche Kriege, staatsmännisches Genie und rücksichtslose Treulosigkeit in einem Vierteljahrhundert den Grundstock zum mächtigen Frankenreiche legte. —

1) Walter Vogel, Das neue Europa, Bd. II, S. 303. 2) I. Mos., Kap. 14, Vers 2.

Digitized by Google

In unseren Tagen ist es Serbien und Rumänien gelungen, vom Territorium zum Regnum emporzuwachsen. Wenn freilich die Aneinanderreihung von Territorien so wahllos und unsystematisch erfolgt, wie etwa in dem heutigen völlig unorganischen Freistaat Polen und in der Tschechoslowakei, dann zeigen sich von Anfang an schwere Krankheitssymptome, die dem neuen Staat kein günstiges Horoskop auf lange Lebensdauer stellen lassen.

Fig. 27. Das Wachstum des römischen Reiches.

Regnum und Imperium werden zweckmäßigerweise staatlich in der Weise verwaltet, daß die Territorien in beschränktem Umfang Selbstverwaltung genießen, wie es bei den Bundesstaaten Deutschlands und der nordamerikanischen Union, bei den preußischen Provinzen, den Ländern im alten Österreich usw. von jeher der Fall war. Eine allzu straffe Zentralisierung der staatlichen Verwaltung in großen Reichen, wie sie z. B. im zaristischen Rußland bestand, das in Gouvernements, oder seit 1792 in Frankreich, das in Departements von Pagus-Größe eingeteilt war, tut auf die Dauer nicht gut und führt zur Verkümmerung des politischen und kulturellen Lebens außerhalb des Sitzes der Zentralbehörden. Darum ist auch der in Deutschland immer neu aufflammende Kampf der „Provinz" gegen den „Wasserkopf" Berlin durchaus berechtigt.

4. Das Imperium (vgl. Fig. 27) ist die höchste Größenordnung der Staaten, die in der bisherigen Geschichte der Erde erreicht worden ist. Hier handelt es sich um Staatengebilde, die die Größe ganzer und halber Erdteile aufweisen, ja, in denen gelegentlich ein ganzer Kontinent (Australien)

Digitized by Google

als ein einzelnes Regnum unter vielen anderen enthalten ist. An Imperien ist die Weltgeschichte nicht reich. Das römische Reich war etwa seit den Tagen Cäsars zur Imperiumgröße gediehen. Darius', Alexanders, Karls des Großen, Dschingis Khans, Solimans II., Karls V., Napoleons Reich wären zu nennen und von den heutigen Großmächten nur England, Frankreich und Rußland. England und Rußland sind die trefflichsten Beweise für Dix' Behauptung[1]), daß gerade der ganz große Raum sich „gleich dem Großkapital selbst zu vermehren" sucht. Das heutige britische Weltreich ist das gewaltigste Beispiel eines Imperium, das die Menschheit bisher gesehen hat.

Ob noch über das Imperium hinaus eine räumliche Größenordnung von Staaten möglich sein wird, ist nicht sicher zu sagen. Unzweifelhaft gleicht schon das jetzige britische Imperium nicht unbedenklich dem babylonischen Turm, und je riesenhafter es zum Himmel wächst, um so größer wird die Einsturzgefahr. Pläne, welche die ganze oder halbe Welt staatlich zusammenfügen wollten, sind schon mehrfach erwogen worden, aber über die theoretische Konstruktion, über den papierenen Versuch ist man bisher nie hinausgekommen. Es sei erinnert an jene spanisch-portugiesische, vom Papst gebilligte Aufteilung der gesamten außereuropäischen Welt in den Verträgen von Tordesillas (7. Juni 1494) und Saragossa (22. April 1529), die freilich niemals wirklich praktische Bedeutung erlangt haben (vgl. S. 124), oder an jenen vielleicht noch imposanteren Gedanken, dem der ungekrönte König von Südafrika, Cecil Rhodes, als junger Mann in seinem Testament von 1877 in einer fast naiv anmutenden britischen Selbstüberhebung mit den Worten Ausdruck verlieh, als er sein schon damals bedeutendes Vermögen nach seinem Tode weihte:

„der Errichtung, Förderung und Entwicklung einer geheimen Gesellschaft, deren Ziel und Aufgabe die Ausbreitung der britischen Herrschaft über die Erde sein soll, die Durchführung eines Systems der Auswanderung aus dem Vereinigten Königreich und der Siedlung britischer Untertanen in allen Ländern, in denen der Lebensunterhalt durch Energie, Arbeit und Unternehmungsgeist erworben werden kann, und insbesondere die durch britische Siedler herbeizuführende Inbesitznahme des ganzen afrikanischen Kontinents, des Heiligen Landes, des Euphrattales, der Inseln Cypern und Kreta, ganz Südamerikas, der Inseln im Stillen Ozean, die bisher noch nicht im Besitz von Großbritannien sind, des ganzen malaischen Archipels, der Küsten von China und Japan, die endgültige Zurückgewinnung der Ver. Staaten von Amerika als integrierenden Betandteiles Großbritanniens, die Einführung eines Systems kolonialer Vertretung in einem Reichsparlament, das die zerstreuten Glieder des Reiches zusammenführen soll, und endlich die Begründung einer Macht groß genug, um häufige Kriege unmöglich zu machen und die besten Belange der Menschheit zu fördern."

Also die „besten Belange der Menschheit" hatte dies Testament im Auge, aber nur, wenn sie willig das Wort anerkannte: „The world is rapidly becoming english." Erst kamen die britischen Interessen in einem Ausmaß, daß ganz Afrika, ganz Australien, ganz Amerika und die

1) A. a. O., S. 83.

Digitized by Google

besten Teile von Asien britische Kolonien werden sollten! Wenn dies zugestanden wurde, wollte man bereit sein, der Welt die pax britannica zuzusichern. Und am packendsten ist vielleicht die Feststellung, ein wie bedeutender Teil des Rhodesschen Programms in dem seit der Niederschrift des Testaments vergangenen halben Jahrhundert in der Tat bereits verwirklicht worden ist! — Aber dennoch sind bedeutende Zweifel am Platze, ob das von Rhodes angestrebte Über-Imperium, gleichviel ob unter dem Union Jack oder dem Sternenbanner, jemals Tatsache werden kann und wird — die Abblätterungstendenzen in Irland, Kanada, Südafrika, Indien geben doch zu denken!

Noch ein wenig anspruchsvoller als Rhodes war übrigens der englische Oberst Repington, der 1915 verkündete: „Die Grenzen des Reiches sollen dem Erdumfang gleichen." Eine derartige Forderung ist vorher nur ein einziges Mal aufgestellt worden, und zwar von keinem Geringeren als Alexander dem Großen, der i. J. 326 v. Chr. in einer Ansprache an seine am Indus stehenden Truppen äußerte: „Grenzen meines Reiches sind nur die Grenzen, die die Gottheit der Erde gesteckt hat".

Die normale Entwicklung vom Pagus zum Imperium können wir in unserer neueren deutschen Geschichte gut verfolgen am Kernstück des heutigen Deutschen Reiches, der Mark Brandenburg. 1134 unter Albrechts des Bären Herrschaft ins Leben gerufen, bleibt sie fast ein halbes Jahrtausend lag auf Pagus-Größe stehen, wächst 1613 mit der Jülich-Cleveschen Erbschaft zum Territorium, 1742 mit der Angliederung Schlesiens zum Regnum empor, und von 1884 an, dem Jahre der Erwerbung der ersten Kolonien, befindet sich Deutschland auf dem Wege zum Imperium, ist aber seit 1918 wieder auf Regnum-Größe zurückverwiesen, oder, um einen guten Ausdruck Wütschkes[1]) zu gebrauchen, ebenso wie das heutige Rußland, eine „gehemmte Großmacht". Denn auch Rückentwicklungen, zuweilen durch die gesamte Stufenfolge der verschiedenen Größenordnungen, kommen in der Geschichte vor. Man denke an die Gestaltung der Zustände im alten Deutschen Reich: Karls des Großen machtvolles Imperium wird i. J. 843 in drei Regna zerschlagen. Schon von 900—919 sind die Territorien, die Herzogtümer, mit ihren widerstreitenden Interessen wieder der politisch maßgebende Faktor im Deutschen Reich, und wenn auch die kraftvollen Gestalten eines Heinrich I. und Otto I. den Zerfall noch für geraume Zeit aufhalten, so ist doch schließlich durch immer neue Erbteilungen und fortschreitende Schwächung der Zentralgewalt das einstige Reich seit 1648 in eine kleine Zahl von Territorien und eine Unzahl von Pagi nahezu hoffnungslos aufgelöst. Ein politisch einigendes Band blieb zwar dem Namen nach erhalten, aber die unausgesetzten Kriege zwischen einzelnen Teilen des Reiches zeigten zur Genüge, was von dem nur scheinbaren staatlichen Zusammenschluß zu halten war, der dann i. J. 1806 auch äußerlich zerschnitten wurde, im

1) Joh. Wütschke, Der Kampf um den Erdball, S. 72. München-Berlin 1922.

Digitized by Google

selben Augenblick, wo verschiedenen Staatshäuptern der Territorien, um sie über ihre fortschreitende Macht- und Wesenlosigkeit hinwegzutäuschen, vom fremden Imperator der Königstitel angehängt wurde.

Weitere Beispiele eines Zerfalles liefert uns die Geschichte Frankreichs etwa zwischen 1697 und 1797. Um 1685, zur Zeit der höchsten Macht Ludwigs XIV., fast als ein Imperium zu bewerten, zumal wenn man seinen bedeutenden Übersee-Besitz in Rechnung stellt, wird es durch die Friedensschlüsse von Ryswyk (1697), Utrecht (1713), Versailles (1763) fortschreitend in seiner Macht eingeengt, verliert ziemlich seinen ganzen Überseebesitz und ist nach 1792 nahe daran, sich in eine Reihe von sich

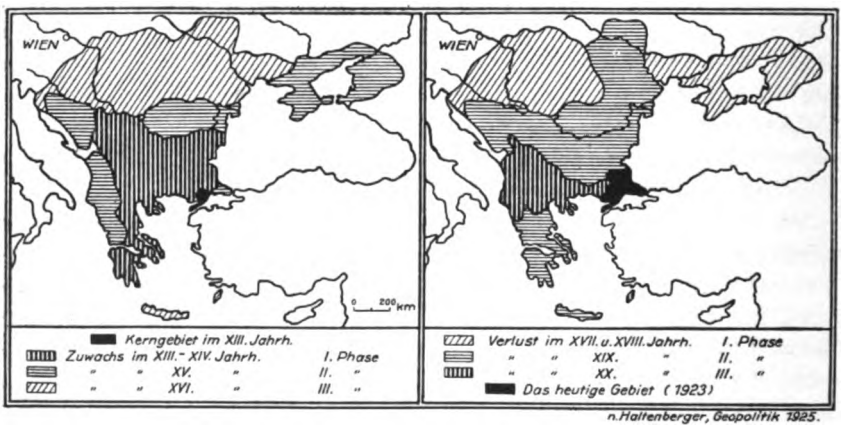

Fig. 28. Werden und Vergehen des türkischen Staates in Europa.

gegenseitig wütend befehdenden Territorien aufzulösen. Da reißt es das Genie des großen Korsen in wenigen Jahren wieder zur Stellung eines europäischen Imperium empor, und es behält diese Stellung, trotz des schweren Rückschlags von 1814/15, da es ihm seit 1830 gelingt, sich ein neues Kolonialreich, als Ersatz für das verlorene alte, aufzubauen, das heute nur vom britischen an Größe übertroffen wird. Und in unseren Tagen haben wir die Auflösung des großen österreichisch-ungarischen Regnums in sieben Territorien erlebt, sowie den letzten Zerfall der Türkei, deren Zerbröckelung seit dem Karlowitzer Frieden (26. Januar 1699) unaufhaltsam fortgeschritten ist, in 20 Staaten oder Staatenteile seit 100 Jahren (Fig. 28).

Wie das Leben des Individuums von Zeit zu Zeit durch Krankheiten, Schwächezustände, Unglücksfälle gehemmt und zurückgeworfen wird, so daß die Entwicklung in der Regel in einer Wellenlinie verläuft, so schreitet auch die Entwicklung der Staaten durch die Reihenfolge der Raumgrößentypen vom Pagus zum Imperium niemals ohne gelegentliche Rückschläge vorwärts. Im Lichte dieser Erkenntnis brauchen wir den Niedergang unseres Vaterlandes von 1918/19 noch nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Rückschläge von 1648 und 1806 waren schwerer, und dennoch ist auf den

Digitized by Google

Westfälischen Frieden ein Großer Kurfürst und Großer König und auf Jena ein Moltke, auf Tilsit ein Bismarck als neue Kraftkonzentration des deutschen Geistes gefolgt.

Im allgemeinen pflegt die sittliche Tüchtigkeit der Völker, ihre Arbeitsenergie, ihr Wirken für den gesamtmenschlichen Fortschritt durch vorübergehende Zeiten des Niedergangs stärker gefördert zu werden als durch Zeiten hohen Glückes und Wohlstandes. Die noch jungen und blühenden, durch den Weltkrieg aber allzu reich gewordenen Ver. Staaten weisen bereits ernste Degenerations-Merkmale auf, die es doch zweifelhaft scheinen lassen, ob dies Land sich lange der i. J. 1918 errungenen Welthegemonie erfreuen wird. Wenn nicht bald ein schwerer Rückschlag der amerikanischen politischen Hochkonjunktur, nach Art des im Oktober 1929 bereits erfolgten Zusammenbruchs der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, eintritt, so dürfte die rasch fortschreitende Entgeistigung und Entidealisierung des Yankee-Volkes derartige Fortschritte machen, daß eine schließliche Katastrophe infolge übertriebenen Sybaritentums unvermeidlich erscheint. Noch ist diese Gefahr nicht groß, aber sie taucht am Horizont auf. „Drum willst du dich vor Leid bewahren, so flehe zu den Unsichtbaren, daß sie zum Glück dir Schmerz verleihn." — Auch das allzu glückliche Deutschland von 1913 wies gewisse Dekadenz-Anzeichen auf, und im Gange der Jahrhunderte war dem, was wir „deutsche Seele" nennen, mit der Niederlage im Weltkrieg vielleicht mehr gedient als mit einem Siege.

Wer weiß, was das Schicksal noch vorhat mit dem deutschen Volk, als es ihm die Prüfungszeit der letzten 12 Jahre auferlegte?

2. Flächenhafte Grenzen.

Die Frage der Grenzen ist bei den ursprünglichsten Staaten von durchaus nebensächlicher Bedeutung. Je weiter aber die Kultur fortschreitet und je größer die Zahl der Staaten ist, die auf engem Lebensraum zusammengedrängt wird, um so gewichtiger wird die Aufgabe, die Grenzen so genau wie nur irgend möglich festzulegen, so daß die zuverlässige Festlegung neuer Grenzen heute eine Wissenschaft für sich geworden ist, an der besonders ernannte Kommissionen oft jahrelang arbeiten. Dabei sind die weitaus meisten Landesgrenzen, abgesehen natürlich von denen ausgeprägter Inselstaaten, in verhältnismäßig recht häufiger Wandlung begriffen. Wenn wir von den Britischen Inseln absehen, deren Grenzen seit Jahrhunderten durch das Meer selbst festgelegt sind, so gibt es wohl keinen Staat in der ganzen Welt, jedenfalls aber keinen in Europa, dessen Grenzen seit 1800 unverändert geblieben sind.

Man kann heute geradezu von einer neuen Wissenschaft von den Grenzen sprechen.[1]) Im großen und ganzen dürfen wir dabei zwei Haupt-

1) Vgl. hierzu das schöne Werk von Karl Haushofer, Die Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung (Berlin-Grunewald 1927) sowie die sehr sorgsame Studie über das Wesen der Grenzen bei Maull, a. a. O.

Digitized by Google

gruppen unterscheiden, die natürlichen und die künstlichen Grenzen, die in den weitaus meisten Fällen einander ergänzen müssen, um die Gesamtgrenze eines Staates festzulegen. Da bei den ersteren durchweg geographische Faktoren, Meere, Flüsse, Gebirge, Wasserscheiden, Seen, Sümpfe usw. die entscheidende Rolle spielen, tritt hier das geopolitische Moment, die Einwirkung von erdkundlichen Gegebenheiten auf die politischen Gebilde der Staaten, besonders typisch in die Erscheinung.

Staatsmänner haben sich oft eingebildet, sie könnten die Grenzen ziehen, wo es ihnen behage. Auch vor Versailles wußten Politiker, die sich dem „boundary making" (Sir Thomas Holdich), dem Grenzenmachen, ergaben, gar oftmals nicht, daß Staatsgrenzen im allgemeinen nur dann Aussicht auf Dauer haben, wenn sie organisch gewachsen oder gebildet sind. Es gibt eine „Kunst des Grenzenziehens", wie Karl Haushofer durchaus zutreffend hervorhebt, und wer sie nicht beherrscht, der sollte die Finger davon lassen, denn der Stümper, der sich an dieser Kunst versucht, wird nur neue Brandherde schaffen, statt alte zu löschen.

Soweit man in den Anfängen der Staatenbildung auf die Grenzen überhaupt achtete, geschah es lediglich in dem Sinne, daß man sich bemühte, ein Eindringen benachbarter Völker unmöglich oder doch mindestens so schwer wie möglich zu machen. Das geschah zunächst am besten dadurch, daß man zwischen die Gebiete zweier Stämme künstlich erhaltene Einöden legte, die etwa die Rolle unserer heutigen Pufferstaaten vertraten. Daß dies bei den germanischen Stämmen gang und gäbe war, geht aus zwei Stellen im Caesar deutlich hervor.[1]) Auch die Römer am Niederrhein achteten darauf, daß nicht nur der breite Rhein sie vor den germanischen Angriffen schützte, sondern daß darüber hinaus ein breiter Streifen auf dem rechten Ufer als schützendes Glacis diente, in dem keinerlei Ansiedlungen geduldet wurden und auf dem nur allenfalls das Vieh der römischen Garnisonen geweidet wurde.

In anderen Teilen der Erde kennt man ähnliche künstliche Grenzöden häufig. Die Sandeh-Neger in Afrika pflegten darauf zu achten, daß zwischen ihrem eigenen Gebiet und dem ihrer Nachbarn, der Bungo- und Bundja-Stämme, unbewohntes Land in der sehr bedeutenden Breite von 100—150 km überall erhalten blieb. Zwischen den Eingeborenenstaaten Hinterindiens wurden ganze Provinzen als Grenzgebiet absichtlich unbewohnt gehalten. Auch China schuf sich früher gegen Korea eine solche Grenzöde, einen Streifen von 50—90 km Breite, aus dem alle Bewohner vertrieben wurden und in dem nur dreimal im Jahr an einer ganz bestimmten Stelle Handelsverkehr erlaubt war.

In den wald- und sumpfreichen Gebieten Mitteleuropas bediente man sich ehedem sehr gern solcher natürlichen, schwer durchdringlichen Grenzöden, um feindlichen Einfällen zu wehren. Vom Staat des Deutschen Ordens wurden dichte Wälder von 40—200 km Breite als Grenzscheide

1) Caesar, Bellum Gallicum, IV, 3; VI, 23.

Digitized by Google

benutzt, in denen nur auf drei schmalen, von beiden Seiten scharf überwachten Wegen der notwendigste Verkehr gestattet war.[1]) Ebenso diente in Holstein der „Eiserne" Wald zwischen Trave und Eider als Grenzöde zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark. Die beiden Sumpfgebiete im Unterlauf der Weichsel waren ferner im Mittelalter die willkommenen, unüberschreitbaren Grenzflächen zwischen den Pruzzen und den Slawen. Im mittelalterlichen Ungarn waren die gyepu, undurchdringliche Waldverhaue, ein allgemein üblicher Grenzschutz.[2])

Noch i. J. 1808 wurde eine 10 Stunden breite, künstlich unbewohnt gehaltene Grenzöde auf Haiti zwischen den beiden neu entstandenen Staaten, dem Neger- und dem Mulattenreich, als Grenze gewählt.

Je knapper allmählich der verfügbare Raum und je größer die Volksmenge wurde, um so seltener konnte man sich ein so verschwenderisches Umgehen mit dem Boden gestatten, und dem wachsenden Verkehrs- und Handelsbedürfnis waren derartig ausgedehnte Grenzöden natürlich auch sehr unsympathisch. Zwischen einigermaßen kultivierten Völkern pflegten daher solche primitiven Methoden eines künstlichen Grenzschutzes kaum jemals üblich zu sein. Wo der Versuch gemacht wurde, in Kulturländern Grenzöden durchzusetzen, waren weltgeschichtliche Barbareien die Folge, die einen Schandfleck ihrer Zeit bedeuten, wie jener frivole Befehl Ludwigs XIV.: „Brûlez le Palatinat", der zur Niederbrennung und Verwüstung der gesegneten Pfalz i. J. 1689 führte. Der Ärger, die schon besetzte Pfalz militärisch nicht halten zu können, mag diese beispiellose Maßnahme der Neuzeit ebenso veranlaßt haben, wie der Wunsch, die unvermeidliche „Sicherung gegen deutsche Angriffe" zu schaffen.

Wo Grenzöden vorhanden sind, kann natürlich von genauen Staatsgrenzen noch keine Rede sein. Ein Bedürfnis, diese von Meter zu Meter zu bestimmen, konnte erst dann aufkommen, als der Boden so knapp geworden war, daß man sich den Luxus breiter Ödlandstriche nicht mehr leisten konnte. Schließlich ging es im Leben der Staaten nicht anders zu als im Leben der Einzelgemeinden oder gar des Einzel-Grundbesitzes. Treten doch auch feste Gemarkungen erst recht spät in der Geschichte auf, etwa in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters und zuweilen noch viel später. In der Eifel sind nach einer mündlichen Mitteilung Prof. Steinbachs-Bonn viele Gemarkungen erst etwa um 1800 festgelegt worden! Und was sehen wir im Leben der Individuen und ihres Grundbesitzes? Solange Wiese und Ackerland, Wald und Jagdgetier, Gewässer und Fische so reichlich vorhanden sind, daß eine nur erst kleine Zahl von siedelnden Menschen keine Besorgnis wegen Knappheit des Lebensraumes zu haben braucht, kann man den privaten Grundbesitz entbehren, kann der Kommunismus herr-

1) Vgl. jedoch die gewichtigen Gründe gegen die Annahme, daß der Orden absichtlich diese Grenzöde erst geschaffen habe, bei Hans Mortensen, Die litauische Wanderung in „Nachr. der Ges. d. Wissensch. zu Göttingen", Phil.-Hist. Kl. 1927, S. 190.

2) W. Vogel, Polit. Geogr., S. 114.

Digitized by Google

schen, der überall nur am Anfang, nicht am Ende der menschlichen Entwicklung steht, kann jener Agrarzustand in Geltung sein, den Tacitus bei den alten Germanen mit den Worten schildert: prata non separant.[1]) Es tritt dann aber bei fortschreitender Bevölkerungszahl und wachsender Kultur die Notwendigkeit auf, das Privateigentum mit weitgehenden Rechtsansprüchen des Besitzers einzuführen, falls man nicht unablässige Streitigkeiten herbeiführen und Mord und Totschlag zwischen Stammesgenossen heraufbeschwören will. Es wird dann jedem erwachsenen Stammesangehörigen bzw. jeder Familie ein Stück Ackerland und Wiese dauernd oder vorübergehend als alleiniges Eigentum überwiesen, weil sonst die Gefahr heraufbeschworen wird, daß die körperlich stärksten, rücksichts- und skrupellosesten Individuen sich auf Kosten der schwächeren oder zarterfühlenden ungebührlich bereichern, wie in einer Tierschau, in der bei wahlloser Fütterung die kräftigsten und rauflustigsten Exemplare gegenüber den zarteren und friedlicheren ungebührlich begünstigt sind. Die Grenzen des Privatbesitzes pflegen zunächst nur ungefähr bestimmt zu werden, und erst mit der steigenden Bewertung und Verknappung des Bodens ergibt sich die Notwendigkeit, haarscharfe Abgrenzungen zu ziehen und diese in rechtlich bindender Form in den Kataster-Registern niederzulegen.

Die Ähnlichkeit zwischen den Bedürfnissen der Individuen und der Staaten tritt wieder einmal darin zutage, daß auch der Territorialbesitz der Staaten zunächst ohne feste Grenzen bestimmt wird, daß dann im Laufe der Zeit zunächst unscharfe und schließlich möglichst auf den Zentimeter genaue Grenzen konstruiert werden müssen, wie beim Privateigentum. Auch hier waltet ein Naturgesetz mit unerbittlichem Zwang, das sich von gegenteiligen Wünschen theoretisierender Ideologen und Menschheitsbeglücker nicht im geringsten beeinflussen läßt.

3. Grenzwälle und -mauern.

Dort, wo man von den flächenförmigen Grenzen zu den linienförmigen überging, legte man an gefährlichen Stellen, die nicht durch eine gute Naturgrenze gegen Einfälle feindlicher Nachbarn gesichert waren, gelegentlich Mauern oder Wälle an, also dieselbe Form der linienförmigen Sicherung, die vom Altertum bis tief in die Neuzeit hinein die Städte als Schutz und Kennzeichen ihrer Gemarkungsgrenzen zu benutzen pflegten. Ein Mittelglied zwischen den befestigten Städten und den „befestigten Staaten" (wenn dieser Ausdruck erlaubt ist) stellen die ummauerten Stadtkomplexe dar, die das Altertum z. B. in Babylonien und auch das mittelalterliche China kannte. Das alte Babylon war ein solcher Stadtkomplex von 88 km Umfang und 485 qkm Fläche, Ninive ein solcher von 3 Tagereisen, Theben (Äg.) von 26 km Umfang. Ähnlich ist noch heute in

1) Tacitus, Germania, cap. 26.

Digitized by Google

Westafrika Abeokuta eine aus 100, Ibadan eine aus 160 Ortschaften innerhalb eines gemeinsamen Walles gebildete „Stadt".

Nur ein einziges Beispiel freilich kennt die Geschichte dafür, daß in der Tat ein ganzes Land, und noch dazu eines der größten, sich nach einer Seite hin in der gesamten Ausdehnung seiner Grenze mit einer fortlaufenden, gewaltigen Mauer umgab. Das ist die berühmte Chinesische Mauer, die den Norden des Landes seit dem 3. vorchristlichen Jahrhundert in einer Gesamtlänge von 2450 km, vom Sungari bis in die Gegend von Sutschou, begrenzte (Fig. 29), unbehindert von Gebirgen, Abgründen und Flüssen, in einer Höhe bis zu 11 m und stellenweise in doppelter und selbst dreifacher Linie.

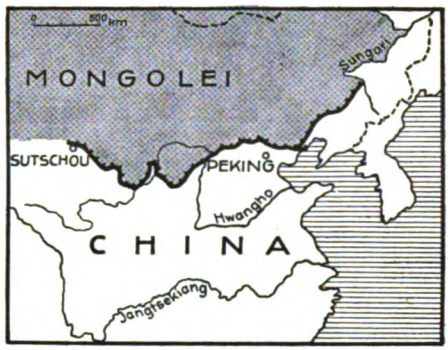

Fig. 29. Der Verlauf der Chinesischen Mauer.

Sonst kennt man nur Mauern, die einen kleineren Teil der gesamten Grenzen, meist zwischen gut schützenden Naturstützpunkten, vor gefährlichen Nachbarn zu sichern berufen waren. Das großartigste Beispiel auf europäischem Boden ist jener römische Limes, der den angriffsfrohen Germanen das Betreten des von den Römern beanspruchten Bodens unmöglich machen sollte. Während von der Nordsee bis zum Mittelrhein der Strom selbst die Grenze zwischen dem römischen Weltreich und Germanien bildete, griff inmitten des Rheinischen Schiefergebirges der Gebietsanspruch der Römer auf das rechte Rheinufer über, und in riesenhafter Ausdehnung legte nun der große Grenzwall des „Limes" die Linie fest, die die Römer willkürlich als ihre Grenze gegen die germanischen Stämme ausgesucht hatten. Anscheinend von der Gegend um Neuwied am Rhein bis oberhalb Kelheim an der Donau erstreckte sich lückenlos der mit Wachttürmen und optischen Signaleinrichtungen ausgestattete und durch prachtvolle Grenzkastelle nach Art der Saalburg weiterhin gesicherte Wall, der rd. zwei Jahrhunderte lang vortreffliche Dienste tat, bis es den Germanen i. J. 235 gelang, diese Grenze einzudrücken und sogar die starke Saalburg zu erobern.

Ebenso hatten die Römer die Grenze ihres Reiches in der Dobrudscha durch den Trajanswall und in Britannien das von ihnen beanspruchte Gebiet im Süden gegen Angriffe der nicht unterworfenen Pikten seit 122 n. Chr. durch den sogenannten Piktenwall (Hadrianswall) gesichert, der sich zwischen dem östlichen und westlichen Meer von Newcastle (Northumb.) bis Carlisle erstreckte, mit 80 Kastellen und 320 Wachttürmen ausgestattet war und aus drei parallelen Erdwällen bestand. 300 Jahre lang wehrte er mit Erfolg alle feindlichen Anschläge ab, bis es schließlich auch hier gelang, den Wall zu erobern und die Römer aus Britannien zu treiben. Wir erfahren aber auch von einem Angrivarier-

Digitized by Google

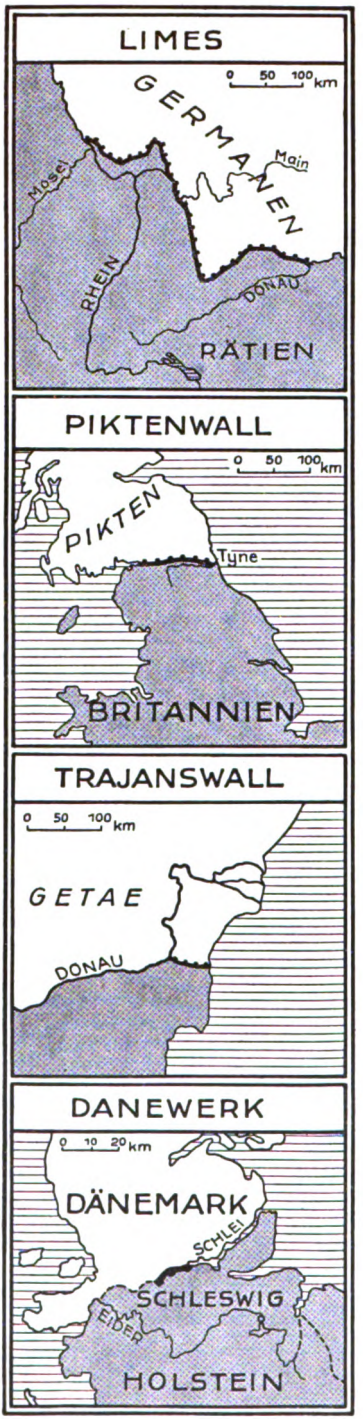

Fig. 30—33.

wall, der in der Gegend des heutigen Holzminden das Gebiet der Cherusker von dem der Angrivarier trennte und der durch die Schlacht des Jahres 16 n. Chr. geschichtliche Berühmtheit erlangt hat. Das Vorhandensein dieses Walles beweist, daß nicht die Römer es waren, die die genannte Form der Grenzsicherung (Fig. 30—33) erfunden haben, sondern daß auch in Germanien, voraussichtlich des öfteren, solche Grenzwälle in Gebrauch waren.

Weiter hören wir, daß im Jahre 808 als Scheide zwischen deutschem und dänischem Gebiet das wiederum von Meer zu Meer, von der Eider (bei Hollingstedt) bis zur Schlei (bei Hedaby) sich erstreckende Danewerk unter dem dänischen König Götrik erbaut wurde. Über 1000 Jahre bestehend, hat es freilich keinen völlig sicheren Grenzschutz bieten können. Sowohl 934 wie 974 wurde es im Kriege von deutschen Heeren überschritten. Nachdem sich in neuerer Zeit der militärische Wert des Danewerks als nur noch gering erwiesen hatte, da es in der Schlacht bei Schleswig (23. April 1848) und beim Schleiübergang der Preußen (5. Februar 1864) sich kaum noch als Hindernis erwies, ist es geschleift worden.

Neuerdings pflegt man wohl hier und da Liniensysteme von Festungen und Sperrforts oder Schützengräben zum Schutz der Grenzen anzulegen, aber bezeichnenderweise nicht unmittelbar an der politischen Grenze, sondern in einer nicht ganz kleinen Entfernung, etwa parallel zu ihr. Hier muß in erster Linie das im Weltkrieg so wichtig gewordene französische System der Maas-Befestigungen erwähnt werden, das jetzt nach beiden Seiten bedeutend erweitert wird, aber auch die zum Schutz Konstantinopels von den Türken angelegte Tschataldscha-

Digitized by Google

Linie, die in 40 km Entfernung westlich Konstantinopel vom Marmarameer bis zum Schwarzen Meer lief und die ihrem Zweck vollauf gerecht wurde, als sie im November 1912 die sonst unvermeidliche Eroberung der türkischen Hauptstadt durch die Bulgaren vereitelte. Daß das neue Sperrsystem der französischen Grenzsicherung gegen Deutschland erhebliche Ähnlichkeit mit der chinesischen Mauer hat, ist nicht zu verkennen.

4. Linienhafte Naturgrenzen.

a) Gebirgsgrenzen.

Ungleich besser als solche durch Menschenhand sichtbar gemachten Grenzen eines Staates sind alle Grenzen, die irgendwie von der Natur selbst vorgezeichnet sind. Freilich hat Spethmann[1]) richtig betont:

„Die meisten Erdräume, die wir geographischen Länderkunden zugrunde legen, sind Produkte der Politik und nicht der Natur, beide decken sich nur in seltenen Fällen restlos."

Naturgrenzen können entweder flächenförmig sein, wie die oben erwähnten Urwald- und See- oder Sumpfgebiete, oder aber, wenigstens in der Hauptrichtung, linienförmig, wie Kettengebirge und Flüsse. Streng genommen, stellen auch die beiden letzteren ursprünglich Flächen von einseitig linienhafter Erstreckung dar. Aber gerade an ihnen können wir besonders deutlich erkennen, wie stark in unseren Tagen das Streben der Staaten nach einer mathematisch genau zu bestimmenden Linie als Grenze ist. Bei den Kettengebirgen pflegt die meist sehr scharf festzustellende Wasserscheide, bei den Flüssen der ebenfalls recht sicher zu bestimmende „Talweg" des Strombettes, d. h. seine jeweilig tiefste Rinne, die Linie der Staatengrenze darzustellen. Ihre genaue Festlegung nach streng wissenschaftlichen Methoden lassen sich die jeweilig beteiligten Staaten oft jahrelange, sorgsame Arbeit und viel Geld kosten. Daß in einigen besonderen Fällen die sonst jetzt ziemlich allgemein eingebürgerte Sitte, die Grenze auf die Wasserscheide und in die Talrinne zu verlegen, verlassen worden ist, tut dem ziemlich allgemein eingebürgerten Brauch keinen grundsätzlichen Abbruch.

Sieger hat eine genauere Einteilung für die Naturgrenzen zu geben versucht.[2]) Er unterscheidet:

1. Naturentlehnte Grenzen: Bäche, Flüsse, Seen, Wasserscheiden.
2. Hindernisgrenzen: Kettengebirge als Verkehrshemmnis.
3. Naturgemäße Grenzen: Grenzen von Natureinheiten.
4. Organische Grenzen: dem Staatsorganismus angepaßte Grenzen.

1) Hans Spethmann, Dynamische Länderkunde, S. 90. Breslau 1928.

2) Robert Sieger, Natürliche und politische Grenze in der Zeitschr. der Berliner Ges. f. Erdkunde, 1917, und Die Grenze in der politischen Geographie in der Zeitschr. f. Geopolitik, 1925, S. 661.

Digitized by Google

Die letztere Grenzform ist unstreitig ein sehr unbestimmter Begriff, und die Vorstellungen zweier feindlicher Staaten, welche Grenzen ihrem jeweiligen „Organismus" angepaßt sind, werden leider selten in Einklang zu bringen sein. Noch weniger hilft uns Pencks Definition[1]) der organischen Grenzen vorwärts, wonach unter der organischen Grenze zu verstehen sein soll eine „Grenze, die aus dem Bedürfnisse eines Staates hervorgeht". Nach italienischer Auffassung wird dann die „organische" Grenze gegen Norden immer über den Brenner, wenn nicht gar bei Kufstein verlaufen müssen, nach österreichisch-deutscher dagegen bei Salurn, wo sich die Sprachscheide findet. Und Frankreichs „Bedürfnis" wird, wenn das Land nur militärisch stark genug ist, niemals zugeben, daß die „organische" Grenze gegen Deutschland westlicher als am Rhein liegen könne, wenn nicht gar, wie in Napoleons Tagen, an der Elbe und der Ostsee. Vogel hat recht[2]), wenn er solche Definitionen als praktisch unbrauchbar ablehnt und die Siegersche Einteilung deshalb nicht gelten lassen will. Wesentlich zweckmäßiger ist Maulls Unterscheidung von „verkehrszersplitternden" und „verkehrsvermittelnden" Grenzen.[3])

Die wesentlichsten Naturgrenzen sind Gebirge, Flüsse, Seen und Meere. An ihnen ist die Scheidung der Interessengebiete und der Hoheitsrechte am mühelosesten festzustellen. Immerhin ist zu beachten, daß in den letzten 100 Jahren, im Zeichen eines hochentwickelten Weltverkehrs, alle Wasserflächen weit mehr menschenverbindende als menschentrennende Elemente geworden sind. Zwischen Hamburg und der nordamerikanischen Ostküste findet über 6000 km hinweg ein ungleich stärkerer Güter- und Menschenverkehr statt als im deutschen Binnenverkehr zwischen West- und Ostdeutschland, und in den Kulturländern stehen heute allenthalben die Ufer auch der größten Flüsse in stärksten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wechselbeziehungen zueinander, zumal dort, wo Brücken vorhanden sind. In kulturell rückständigen Gebieten mögen Flußgrenzen nach wie vor ihre Berechtigung haben; in den Haupt-Wirtschafts- und Industriegebieten der Erde zerreißen sie künstlich naturgegebene Zusammenhänge und richten zwischen Menschengruppen, die aufeinander angewiesen sind, höchst störende Scheidewände auf.

Unbedingt sind in unserer Gegenwart Gebirge, vor allem hohe Kettengebirge, eine außerordentlich viel bessere und wirksamere Naturgrenze als Flüsse, oft auch als schmale Meeresarme. Der Bosporus trennt zwei Erdteile voneinander, aber kulturell bilden seine beiden Ufer eine Einheit. Demgegenüber sind etwa die Pyrenäen eine geradezu ideale Naturgrenze zwischen zwei Sprach- und Kulturgebieten, also auch zwischen zwei Staaten. Recht deutlich bilden ferner die Karawanken die Grenze zwischen Deutschen und Slowenen. Die Vogesen könnten ähnlich wirken

1) Albrecht Penck, Über politische Grenzen, Rektoratsrede in der Berliner Universität, 15. Oktober 1917.

2) A. a. O., S. 117. 3) A. a. O., S. 488.

Digitized by Google

und stellen in der Tat eine scharfe Kultur- und Sprachscheide vor. Wenn sie als Staatsgrenze seit 1648 immer wieder versagt haben, so ist die magnetische Anziehungskraft des östlich von ihnen daherflutenden Rheines daran schuld.

Eine bisher gut bewährte Staatengrenze, die freilich mit der Sprachgrenze nirgends zusammenfällt, sind die Wasserscheiden auf den böhmischen Randgebirgen, dem Böhmerwald, dem Erzgebirge, Riesen- und Isergebirge usw. Ganz vortrefflich bewährt als politische Grenze hat sich auch das rauhe Grenzgebirge Tydal zwischen Schweden und Norwegen, das feindliche Berührungen zwischen den beiden Ländern fast vollkommen vereitelte. Während Schweden mit seinem südlichen Nachbarland Dänemark, von dem es durch Meeresteile getrennt war, in eine große Reihe von gefährlichen Kriegen verwickelt wurde, wurde Norwegen bloß in seinen südlichsten gebirgsfreien Teilen vorübergehend und unbedeutend in die dänisch-schwedischen Wirren hineingezogen, so 1645 und 1657/58. Nur eine einzige größere kriegerische Berührung zwischen beiden Nachbarreichen hat stattgefunden, als der abenteuernde König Karl XII. 1717/18 Norwegen zu erobern trachtete, um freilich schon an der Grenze, vor der Festung Friedrichshall, anscheinend durch Mörderhand, den Tod zu finden (11. Dezember 1718). Gerade in diesem einzigen größeren schwedisch-norwegischen Kriege aber hat das Gebirge Tydal gezeigt, eine wie undurchdringliche militärische Grenzscheide es sein kann, denn beim Versuch, das Gebirge auf dem Rückmarsch in der Winterszeit zu überschreiten, ging in den Tagen vom 12. bis 14. Januar 1719 ein schwedisches Heer von 10000 Mann unter General Armfeldt im Schneesturm fast völlig zugrunde, und nur 500 Mann erreichten mit erfrorenen Gliedmaßen die Heimat wieder. Die Erinnerung an jenes „Totenvolk" gibt die Gewähr, daß die genannte Gebirgs-Naturgrenze wohl niemals mehr mit Gewalt

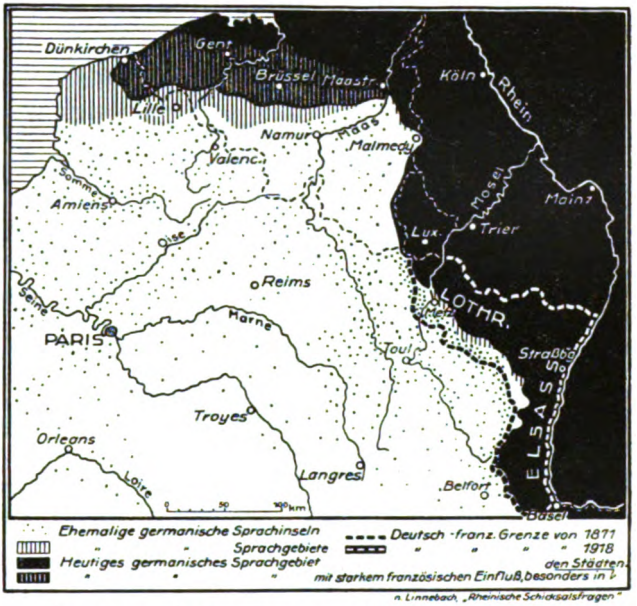

Fig. 34. Das Fehlen einer guten Naturgrenze zwischen deutschem und französischem Volkstum.

8*

Digitized by Google

verletzt werden wird. Maull nennt[1]) dies Gebirge geradezu die „primäre Ursache" der schon dreimal (1380, 1523, 1905) erfolgten staatlichen Zerreißung der skandinavischen Halbinsel in zwei Teile.

Selbstverständlich ist auch die Riesenkette der Anden eine hervorragend gute Naturgrenze, so vor allem zwischen Argentinien und Chile, die, trotz ihres gelegentlichen, scharf zugespitzten Grenzstreites vom Jahre 1878, nicht leicht jemals in einen kriegerischen Konflikt miteinander verwickelt werden dürften, trotz ihrer ausnehmend langen, gemeinsamen Landgrenze. — Die Alpen hingegen, als ein meist west-östlich verlaufendes Gebirge mit sehr verschiedenen Wirtschaftsgebieten im Süden und Norden, dazu mit einer großen Reihe von Paßübergängen ausgestattet, sind niemals eine wirksame militärische und politische Grenzscheide gewesen. Vom Galliereinbruch und von Hannibals Alpenübergang zieht sich über Cäsars Zeit, die Tage des Goteneinfalls und der zahllosen Römerzüge deutscher Kaiser bis zu Napoleons und Suworows Alpenübergängen und den Kriegen des 19. Jahrhunderts in der oberitalienischen Ebene eine unablässige Kette von militärischen Überwindungen dieses Kettengebirges hin. Deswegen haben die Alpen auch nie im ganzen Umfang eine Staatsgrenze dargestellt, sondern immer nur stellenweise und meist vorübergehend. Das italienische Verlangen nach der Brennergrenze aus „strategischen" Gründen kann daher, im Lichte der Geschichte betrachtet, nur als ein objektiv durch nichts berechtigter Vorwand zur imperialistischen Vergewaltigung fremden Sprach- und Kulturgebietes angesehen werden. Leidlich bewährt als Staatengrenze haben sich die Alpen nur in ihrem vorwiegend nord-südlich verlaufenden Westteil zwischen dem italienischen und französischen Sprachgebiet. Im großen und ganzen fallen Staats- und Sprachgrenze hier mit der Wasserscheide zusammen, wenn auch am südlichen Küstenrande die italienische Sprache aufs französische und im Norden umgekehrt die französische Sprache, schon vom schweizerischen Boden her, über den Großen St. Bernhard ins italienische Staatsgebiet übergreift.

Selbst bei gleicher Sprache auf beiden Seiten des Gebirges erweist sich für die politische Einteilung die Gebirgsgrenze zuweilen als vorteilhaft. Als nach dem Zerfall der dynastischen Beziehungen 1918/19 die staatlichen Verhältnisse in den thüringischen Fürstentümern neu geregelt wurden, schloß sich das Koburger Land, das durch den Thüringer Wald vom übrigen Thüringen großenteils getrennt war, freiwillig an Bayern an, um damit den natürlichen geographischen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Daß im übrigen eine Wasserscheide, auch auf einem hohen Gebirge, nicht unbedingt eine „gerechte" Grenze sein muß, die Licht und Schatten unter beide Nachbarn gleich verteilt, zeigt gerade die französisch-italienische Alpengrenze recht deutlich. Strategisch ist Frankreich hier bedeutend

1) A. a. O., S. 170.

Digitized by Google

im Vorteil, da von der Wasserscheide her ein militärischer Einfall in die nahe Po-Ebene außerordentlich viel leichter ist als ein Eindringen in das noch recht entfernte Rhonetal. — Ähnlich war die von 1871—1918 bestehende politische Grenze auf dem Kamm der Vogesen für Frankreich sehr viel günstiger als für Deutschland, da der elsässische Gebirgsabfall recht schroff, der französische sehr sanft ist, was in jeder Hinsicht für Frankreich ein Vorteil, sowohl in der Verteidigung wie im Angriff, war.

b) Fluß- und Seegrenzen.

Flußgrenzen zwischen Staaten waren von jeher besonders beliebt, da sie sich am mühelosesten und einwandfreiesten ermitteln und jederzeit kontrollieren ließen. Es kam dabei durchaus nicht auf die Größe des Flusses an. Im Altertum wurde gern und häufig ein größerer Fluß als Staatengrenze bestimmt, wie es der Halys in Kleinasien ums Jahr 600 v. Chr. zwischen Lydien und Medien oder der Niederrhein zwischen dem Römischen Reich und Germanien vom Jahre 16 bis ums Jahr 400 n. Chr. war. Aber ebenso gut konnte ein kleines Flüßchen Grenze sein, wie der Halikus auf Sizilien oder der berühmte Rubicon, der heutige Fiumicino, der das eigentliche Italien vom Zisalpinischen Gallien schied und dessen Überschreitung durch Caesar i. J. 49 v. Chr. den Würfel zum Bürgerkriege fallen ließ. Die Grenze zwischen Attika und Böotien wurde sogar nur durch ein Bächlein, den Asopos, bezeichnet, ebenso die Grenze des Moabiter Landes der Bibel gegen die Ammoniter durch den Arnonbach, gegen die Edomiter durch den Weidenbach.[1])

Selbst als Erdteil-Scheide wurden dereinst Flüsse am liebsten angesprochen. Noch heute bildet der Ural-Fluß die Grenze zwischen Europa und Asien, und im Altertum wurde der Don (Tanais) als Grenze Europas gegen Asien, der Nil als diejenige Libyens (Afrikas) gegen Asien betrachtet.

Gerade weil aber schiffbare Flüsse, wie oben gezeigt, wirtschaftlich die beiden Ufer weit mehr vereinen als trennen, gilt für die Gegenwart durchaus Ratzels Wort[2]), daß „Flußgrenzen nur auf unteren Stufen der Staatsentwicklung oder als Überbleibsel alter Zeit und auf empfindlichen Stellen des Staatensystems" gerechtfertigt seien. Der militärische Schutz, den ein etwas größerer Fluß gewährt, ist zwar auch heute noch nicht zu verachten, aber von entscheidender Bedeutung ist er keinesfalls mehr, mögen auch Flußübergänge, wie derjenige Napoleons über den Tagliamento (18. März 1797), Blüchers über den Rhein bei Caub (Neujahrsnacht 1814) und der Düna-Übergang bei Üxküll im Weltkrieg (1. September 1917) noch immer bedeutsame Etappen im kriegerischen Geschehen darstellen. Selbst im friedlichen Leben der Gegenwart werden gern Flüsse als politische Grenzen gewählt: die „Mainlinie" bildet die Scheide zwischen Nord- und Süddeutschland, die Elbe zwischen dem mehr industriellen Westen und dem mehr agrarischen „Ostelbien" usw.

1) Jesaj., 15, 7. 2) A. a. O., S. 68.

Digitized by Google

Noch bis ins 16. Jahrhundert hinein wurden an den Grenzflüssen lediglich die Ufer als Hoheitsgebiet der Staaten in Anspruch genommen; die flüssigen Grenzen selbst galten als herrenlos, als nullius regio. Auf die Dauer ließ sich aber diese Auffassung nicht behaupten, denn die Flüsse selbst bieten mit ihren Fischbeständen, ihren Wasserkräften, ihren Verkehrsmöglichkeiten viel zu große wirtschaftliche Werte dar, als daß nicht auch auf ihnen schließlich eine Besitzteilung stattfinden mußte. Seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts kamen daher ganz neue Auffassungen über die staatsrechtliche Stellung der Grenzflüsse auf. Im allgemeinen ist es jetzt üblich, die Staatsgrenze in die jeweilig tiefste Stromrinne, den sogenannten „Talweg", zu verlegen, der zum ersten Mal in dem zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich abgeschlossenen Oktroi-Vertrag vom 15. August 1804 für den Rhein als Grenze festgelegt worden ist. Sogar in die Diplomatensprache ist seither „le thalweg" als allgemeine übliche Grenzbezeichnung übergegangen. — Unzweifelhaft ist bei Flußgrenzen der Talweg die schärfste und gerechteste Grenze, die es gibt. Immerhin darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich der Talweg hier und da in bescheidenem Umfang verschiebt, so daß schon in dem Bregenzer Grenzvertrag vom 6. Mai 1892 einmal die „bisherige Mitte des Rheinlaufs" als Grenze festgelegt worden ist.

Einige sehr charakteristische Flußgrenzen der Gegenwart finden wir am Oberrhein sowohl für Deutschlands neue Grenze gegen Frankreich wie für die alte gegen die Schweiz, wenngleich bekanntlich das schweizerische Gebiet an verschiedenen Stellen auf kleine Strecken des nördlichen Rheinufers übergreift, ferner an der Drau zwischen Ungarn und Serbien, am Torne-Fluß zwischen Schweden und Finnland, am Amu Darja zwischen Rußland und Afghanistan, am Amur zwischen Rußland und China, am Mekong zwischen Annam und Siam, am Ubangi zwischen Französisch- und Belgisch-Kongo, am Rio Grande del Norte zwischen den Ver. Staaten und Mexiko, am La Plata zwischen Argentinien und Uruguay und an vielen anderen Stellen der Erde.

Auch kleinere Flüsse werden noch immer gern auf einem kürzeren oder längeren Teil ihres Laufes als politische Grenzen gewählt, ja, können gerade in dieser Eigenschaft Berühmtheit in der Geographie erlangen. Es sei an die kleine Leitha erinnert, die vor dem Weltkrieg, weil sie an zwei Stellen die Scheide zwischen Österreich und Ungarn bildete, Veranlassung gab zu den Bezeichnungen Cisleithanien und Transleithanien, oder an die Drina, die bis 1914 im größten Teil ihres Laufes die Grenze zwischen Bosnien und Serbien darstellte. Hierher gehört auch die ehedem so viel diskutierte Eidergrenze. Eine recht kleine politische Flußscheide ist ferner die Lauter als Grenze zwischen der Pfalz und dem Elsaß und somit gegenwärtig wieder zwischen Deutschland und Frankreich oder der Versoix-Bach zwischen den Kantonen Waadt und Genf. Selbst bei den im Kriege und nachher üblich gewesenen Gebietsbesetzungen wurden mit Vorliebe Flüsse als die bequemsten Grenzen gewählt. Nach dem

Digitized by Google

Sommerfeldzug 1915 reichte das Gebiet von „Ob. Ost" 2 Jahre lang bis zur Düna, und nach dem Frieden von Brest-Litowsk (3. März 1918) bildete die Narowa mit dem Peipus-See die Grenze des von deutschen Truppen besetzten Gebietes gegen Rußland. Von 1926 bis 1929 wurde wieder die Grenze zwischen der geräumten nördlichen und der noch besetzten „zweiten" Rheinlandzone ganz scharf durch die beiden Flüsse Ahr und Roer dargestellt usw.

Sehr zahlreich sind die Flußscheiden noch auf der spanisch-portugiesischen Grenze sowie innerhalb Nordamerikas zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu finden.[1]) Die 1209 km lange Grenze zwischen Spanien und Portugal wird zu zwei Dritteln durch Flüsse, überwiegend unschiffbare Flüsse, gebildet. Gerade bei ihnen ist übrigens die Besitzteilung der vorhandenen Wasserkräfte durch den Staatsvertrag vom 11. August 1927 vorbildlich geregelt.

In allen diesen und zahllosen anderen Fällen wird die staatliche Grenzlinie durch die Naturgrenze des Fluß-Talwegs gekennzeichnet. Immerhin kommen Ausnahmen vor, die entweder durch eine sehr alte historische Ursache oder aber durch schlaue Übervorteilung seitens eines selbstsüchtigen und nicht ganz ehrlichen Partners zu erklären sind. So gehört der spanisch-französische Grenzfluß, die Bidassoa, seit mehreren Jahrhunderten im gesamten Umfang zu Spanien; bei ihr ist also nicht der Talweg die Grenze, sondern das rechte Ufer. Daß infolgedessen mit dem Wasserstand des Flusses auch die Grenze in mäßigem Umfang hin und her pendelt, ist ein Anachronismus, der sich in unserer an Genauigkeit gewöhnten Gegenwart seltsam genug ausnimmt. Ähnlich lagen die Dinge bei einigen afrikanischen Grenzflüssen der Vorkriegszeit, da sich die in derartigen Dingen zu wenig erfahrenen deutschen Unterhändler von den englischen hatten bei der Festlegung der Grenzen übervorteilen lassen. So gehörte der Oranjefluß als Grenze zwischen Deutsch-Südwest und der Kapkolonie im gesamten Umfang den Briten, ebenso der Volta auf den Strecken seines Mittellaufs, wo er die Grenze zwischen Togo und der Goldküste bildete (am Unterlauf hatten die Briten ihr Gebiet im weiten Umfang sogar weit auf das östliche Ufer vorzuschieben verstanden).

Bei neuen Grenzregelungen zwischen Kulturstaaten innerhalb Europas hatte man es seit Jahrzehnten für undenkbar gehalten, daß eine andere Grenze im Fluß als der Talweg festgelegt werden könne. Und dennoch haben wir seit 1919 an der Weichsel erlebt, daß längst für überwunden gehaltene, kulturelle Rückständigkeiten mit Zustimmung des Völkerbundes aufs neue schwer begreifliche Wirklichkeit geworden sind. Die Weichselgrenze zwischen dem heutigen Ostpreußen und Polen verläuft nämlich weder im Talweg noch überhaupt am Gewässer des Stromes, sondern auf und neben dem östlichen Hochwasser-Schutzdeich, der oben-

1) Albrecht Haushofer, Zur politischen Geographie der Grenzen in Nordamerika in der „Zeitschr. f. Geopolitik", 1928, S. 769; Karl Haushofer, Die Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, S. 162.

Digitized by Google

drein von der Grenze siebenmal gekreuzt und geschnitten wird. Mit dieser Grenzfestlegung ist das Versailler Diktat übrigens gröblich verletzt worden, da dieses im Artikel 28 „die Hauptfahrrinne der Weichsel" als Grenze vorgeschrieben hat. Weil nun aber im Artikel 97 des Versailler Diktats ausdrücklich „der ostpreußischen Bevölkerung der Zugang zur Weichsel und die Benutzung des Stromes" garantiert war, mußte die wunderliche Grenzziehung wenigstens an einer Stelle zugunsten des deutschen „Zuganges" zur Weichsel durchbrochen werden. Dies ist in der Weise geschehen, daß man eine einzige Fahrstraße, die von Kurzebrack ins Hinterland führt, zum ostpreußischen „Ufergebiet" an der Weichsel erklärt hat, so daß Deutschland zurzeit mit einem Uferstreifen von insgesamt — 4 Metern Breite an die Weichsel angrenzt! An diesem „deutschen Weichselufer" dürfen Dampfer zwar anlegen, aber — Personen und Güter dürfen nicht das Schiff verlassen oder aufs Schiff gebracht werden, und zum Betreten ist ein polnisches Paßvisum erforderlich, das erst im 40 km entfernten Dirschau geholt werden muß! Die gegenwärtige Weichselgrenze ist das Non plus ultra einer närrischen Grenzziehung.

In wenig erforschten Ländern bieten sich den modernen imperialistischen und Kolonial-Staaten ganz von selbst die Flüsse als die am leichtesten feststellbaren Grenzen dar. Bei ihrer Festlegung ist man freilich unter Umständen vor empfindlichen geographischen Irrtümern nicht geschützt. Ein eigenartiges Beispiel dieser Art bietet der am 12. August 1873 zwischen Rußland und dem Fürstentum Chiwa abgeschlossene Friedensvertrag. Er verlegte die neue Grenze zwischen beiden Ländern z. T. in ein hypothetisches altes Flußbett des Amu Darja. Man war der Meinung, dieser Fluß, der Oxus der Alten Welt, sei früher dem Kaspischen Meer zugeflossen, und der Lauf des jetzigen trockenen Flußbettes des Usboi stelle die alte Mündung des Oxus in den Kaspi-See dar. Als jedoch die geographischen Verhältnisse genauer untersucht wurden, stellte sich heraus, daß der Amu Darja selbst wohl nie einen Arm ins Kaspische Meer gesandt hat. Es war also die Grenzziehung im Frieden von 1873 auf einer erdkundlichen Seifenblase aufgebaut gewesen.

Noch seltsamer war eine im Utrechter Frieden (11. April 1713) zwischen Frankreich und Portugal vereinbarte Flußgrenze für das nördliche Brasilien. Frankreich verzichtete zugunsten Portugals auf die „Länder des Nordkaps zwischen den Flüssen Amazonas und Japoc bzw. Vincent Pinçon". 13 Jahre später aber wurde festgestellt, daß es einen Fluß Vincent Pinçon, der der neue Grenzfluß sein sollte, überhaupt nicht gab! Daraus ist ein Konflikt entstanden, der erst 216 Jahre später beigelegt wurde. — Ebenso wurde im Versailler Frieden vom 3. September 1783 im Art. 2 zwischen den Ver. Staaten und England als Grenze Kanadas im Osten der Ste. Croix-Fluß vereinbart. 11 Jahre später mußte man aber klarstellen, welcher Fluß eigentlich mit dem Ste. Croix gemeint gewesen sei!

Digitized by Google

Als wirklich gut in jeder Hinsicht kann eine Flußgrenze nur in den ausnehmend seltenen Fällen bezeichnet werden, wo der Fluß auf weite Erstreckung in einem unzugänglichen, verkehrslosen Tale dahinfließt, wie es bis 1912 bei dem Tara-Fluß der Fall war, der die Grenze zwischen der Türkei und Montenegro auf 75 km Länge bildete und der sich auf dieser ganzen Strecke durch eine unzugängliche Schlucht ergoß.[1]) Aber wie oft kommen derartig ideale Flußgrenzen in der politischen Geographie vor? Eine gleich gute Flußgrenze fand sich wohl nur noch an einer Stelle der Erde, nördlich vom Tanganjika, wo auf weite Erstreckung der erst 1898 vom Grafen Götzen entdeckte, in schwer zugänglichem Gelände fließende, durch Stromschnellen völlig unschiffbare Russisi eine hervorragend gute Grenze zwischen Deutsch-Ostafrika und dem Kongostaat bildete, eine geradezu ideal gute Naturgrenze (vgl. Fig. 35). Ähnlich mustergültig könnte der riesige Colorado-Cañon als Grenze wirken; er hat eine solche bemerkenswerterweise aber nie dargestellt. Vielmehr schnürt er den Nordwesten von Arizona gänzlich vom übrigen Staatskörper ab.

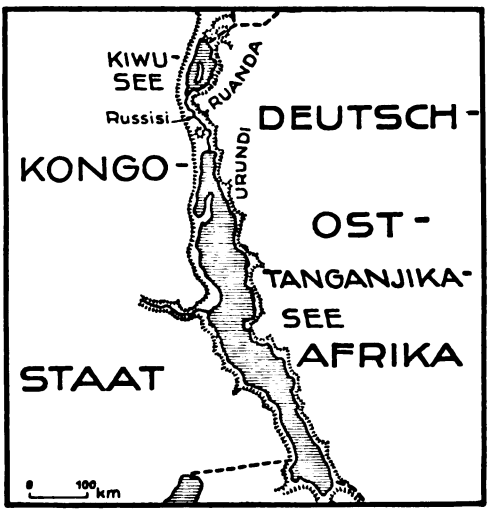

Fig. 35. Beispiel einer ungewöhnlich guten, binnenländischen Naturgrenze.

Im allgemeinen läßt sich wohl die zunächst paradox anmutende Behauptung aufstellen, daß größere Flüsse, wenn sie vollkommen unschiffbar sind, sich besser als Landesgrenze eigneten als große, gut schiffbare Ströme. Schiffbarkeit bedeutet eben stets etwas Verbindendes, menschliche Kultur- und Sprachgemeinschaften Schaffendes. Neuerdings sind selbst unschiffbare, große Flüsse oft nicht mehr gute Grenzen, da die Ausnutzung ihrer Wasserkraft darunter leidet.

Ganz falsch ist es natürlich, künstliche Kanäle, die nur dem Verkehr dienen sollen, zur Landesgrenze zu machen. Doch kommt auch Derartiges vor: der Augustowski-Kanal bildet dort, wo er von der Memel abzweigt, heute die Grenze zwischen Polen und Litauen.

Größere Binnenseen sind infolge ihrer erheblicheren Breite, zumal bei entsprechender Längserstreckung, in jedem Falle ungleich besser als Landesgrenzen zu gebrauchen. „Im Laufe der Geschichte sind fast alle

1) Kurt Hassert, Die natürlichen und politischen Grenzen von Montenegro, in der „Zeitschr. der Berliner Ges. f. Erdkunde", 1895, S. 375.

Digitized by Google

bedeutenderen Seen einmal Grenzräume gewesen" (Maull, a. a. O., S. 211). Der Bodensee, an den nicht weniger als 5 Staaten angrenzen, ist ein besonders vortreffliches Beispiel für die Eignung von Seen als Grenze. Recht gut hat sich als Grenze auch der langgezogene Peipussee bewährt, früher als Scheide zwischen Litauen und dem Deutschordensland, gegenwärtig zwischen Rußland und Esthland. Eine außergewöhnlich gute Grenze ist ferner der Tanganjika-See zwischen Deutsch-Ostafrika und dem Kongostaat und weiter im Norden ebenso der Kiwu-See. Es zeugt daher von der Unvernunft der Versailler Mentalität, gegen die sich auch der Genfer Völkerbund nicht ausreichend zu wappnen vermochte, daß man diese geradezu vorbildliche Naturgrenze jetzt künstlich beseitigt und die östlich von ihr gelegenen Sultanate Ruanda und Urundi als „Mandatsgebiete" zum Kongostaat geschlagen hat (vgl. S. 262), was verkehrs- und verwaltungstechnisch geradezu eine Versündigung wider die Natur der geopolitischen Grundgesetze ist und worauf die grauenhafte 1929er Hungerepidemie in Ruanda und Urundi die Antwort dieser vergewaltigten Natur war. Ein vortreffliches Beispiel einer guten Seegrenze sind ferner vier der großen Seen Nordamerikas, durch die die Grenze zwischen den Ver. Staaten und Kanada verläuft.

Kurz erwähnt als Staaten- und Kulturscheide seien schließlich ansehnliche Stromschnellen. Wie sehr diese der Ausdehnung von Staaten in der Bergrichtung einen Riegel vorschieben können, beweist uns die Tatsache, daß die Südgrenze des alten Ägypten am ersten Nilkatarakt zu liegen pflegte. Ebenso fiel lange Zeit die Westgrenze der Neu-England-Staaten in Amerika mit der „Fall-Linie" der aus den Appalachen kommenden Flüsse zusammen. Weiter hat sich vor dem Kriege, trotz seiner erheblichen Verkehrsbedeutung, das Eiserne Tor von Orsova als Grenze zwischen Ungarn, Rumänien und Serbien gut bewährt, und die Jangtsekiang-Stomschnellen oberhalb Itschang scheiden noch gegenwärtig die wichtige Provinz Szetschuan wirtschaftlich und kulturell empfindlich vom übrigen China.

5. Mathematisch-geographische Grenzen.

In jungfräulichen oder noch wenig bekannten Gebieten hat man sich die mühselige Absteckung einer genauen Grenze ganz erheblich erleichtert durch die Festlegung der Grenzen auf Breitengrade und Meridiane.

Es liegt in der Natur der Sache, daß in Europa und Asien mit ihren niemals zu verleugnenden historischen und privatwirtschaftlichen Ansprüchen auf Grund und Boden, Meridiane und Breitengrade als Grenzen kaum jemals verwendet werden konnten, während in der historisch jungen Welt, in Amerika und Australien, aber auch in dem erst seit 100 Jahren bekannt gewordenen Innerafrika, diese überaus bequeme Form der Grenzziehung ungemein häufig angewandt worden ist. Wir finden daher in Europa und Asien durchweg ziemlich komplizierte, vielfach gewundene

Digitized by Google

und mannigfach, oft sogar sehr unzweckmäßig ausgebuchtete Grenzen, dagegen in Amerika, Afrika, Australien und auch in den Inselmeeren Polynesiens, letzthin auch in der Antarktis, häufig gerade Linien als Grenzen, zum Teil sogar über erstaunlich weite Räume hinweg.

Die erste auf die mathematische Geographie sich stützende Grenzlinie der Geschichte war jene eigenartige „Demarkationslinie"[1]), durch die Papst Alexander VI. am 4. Mai 1493 mit der Bulle Inter cetera die außereuropäische Welt, soweit sie nicht schon aus dem Altertum bekannt war, unter die beiden Weltmächte der damaligen Zeit, Spanien und Portugal, aufteilte. Mit Recht bezeichnet Alexander Supan[2]) die „von Pol zu Pol" laufende Demarkationslinie Papst Alexanders, die 100 Leguas westlich der Azoren liegen sollte, als die „Mutter aller mathematischen Grenzen". Schade nur, daß es beim wohlgemeinten Versuch sein Bewenden hatte und daß jene Grenzziehung in der Praxis ganz unbrauchbar war! Die Linie sollte nämlich „westlich und südlich (!)" eines Meridians verlaufen, der 100 Leguas westlich von einer (!) der Inseln der Azoren oder (!) der Kapverdischen Inseln zu ziehen war. Da die Kapverdischen Inseln rund 10 Längengrade östlicher als die Azoren liegen, was man auch damals schon wußte, zeugt eine solche Definition von einer noch reichlich primitiven Denkweise, ganz abgesehen davon, daß bei der Vielheit und weiten Verstreuung der in Betracht kommenden Inselgruppen willkürlichen Auslegungen und Streitigkeiten Tür und Tor geöffnet war. Boavista, die östlichste der Kapverden, erstreckt sich bis 22°30′ w. L., Flores, die westlichste der Azoren, bis 33°27′ westl. L. Wie sollte sich da die vom Papst gemeinte Grenzlinie finden lassen?

Und dennoch war der Grundgedanke kerngesund, und er ist denn auch in verbesserter Form von Spanien und Portugal gern aufgenommen worden. Portugal forderte einen weiter nach Westen hinausgeschobenen Grenzmeridian, und da Spanien Herr der Kanaren zu bleiben wünschte, die nach der päpstlichen Teilung in die portugiesische Sphäre gefallen wären, kam es den Wünschen seines Nebenbuhlers entgegen. Am 7. Juni 1494 schlossen Spanien und Portugal den Vertrag von Tordesillas, den Papst Julius II. am 24. Januar 1506 bestätigte. Hiernach sollte die Demarkationslinie zwischen der portugiesischen und der spanischen überseeischen Welt — abgesehen von den Kanaren — 370 Leguas westlich der Kapverdischen Inseln verlaufen. Diese Grenzziehung war bedeutend genauer als die der päpstlichen Bulle, aber auch sie war noch zu unbestimmt, und Streitigkeiten blieben nicht aus. Es war nämlich im Vertrag von Tor-

1) Vorausgegangen war die spanisch-portugiesische Vereinbarung von Alcaçovas, wonach die Länder südlich vom 12. Grad nördl. Br. Monopolgebiet des portugiesischen Handels sein sollten (vgl. Walter Vogel, Die Entstehung des modernen Weltstaatensystems, Bd. 11 der „Weltpolitischen Bücherei", S. 11. Berlin 1929).

2) Alexander Supan, Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien, S. 18, Gotha 1906.

Digitized by Google

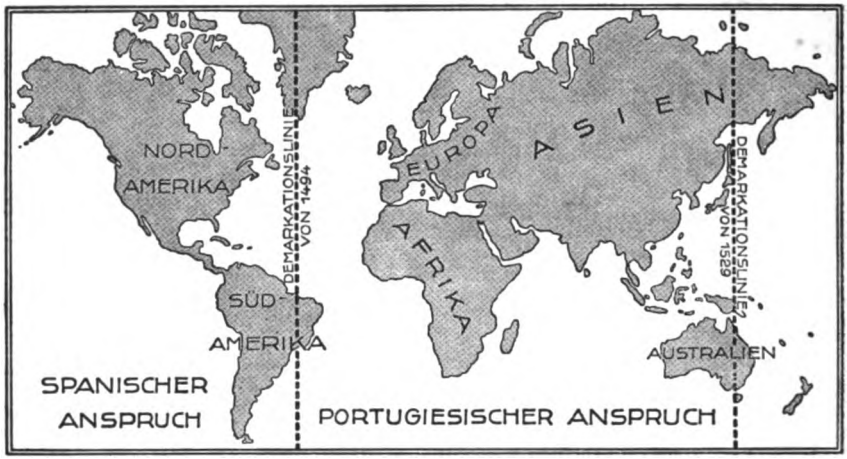

Fig. 36. Die Demarkationslinie des Vertrages von Saragossa (1529).

desillas nicht angegeben, welche der Kapverden der Ausgangspunkt sein sollte. Bei den Verhandlungen in Badajoz 1524, als man auf der anderen Seite der Erde die Demarkationslinie ergänzen wollte, um festzustellen, wem die wertvollen Molukken-Gewürzinseln gehörten, trat Spanien für die westlichste der Kapverden, S. Antão, Portugal für die östlichste, Sal, als Ausgangspunkt ein, was in der Praxis einen Unterschied von $2^0 40'$ Längsgraden bedeutete. Und als ein Jahrhundert später ergründet werden sollte, wem die wertvollen Länder am La Plata gehörten, wünschte umgekehrt Spanien Sal und Portugal San Antão als Ausgangspunkt angesehen zu wissen. Die Demarkationslinie von Tordesillas hat immerhin dazu geführt, daß das erst i. J. 1500 aufgefundene Brasilien den Portugiesen zugesprochen werden mußte, und die Folgewirkungen bestehen bekanntlich bis auf den heutigen Tag darin, daß in Brasilien die portugiesische Sprache heimisch ist, während sonst in fast ganz Süd- und Mittelamerika spanisch gesprochen wird. Im Vertrage von Saragossa wurde am 22. April 1529 die Grenze auf der andern Seite der Erde ergänzt und „von Pol zu Pol" auf den $297\frac{1}{2}$ Leguas östlich von den Molukken gelegenen Meridian verlegt, der etwa unserem $113{,}3^0$ östl. L. entspricht (vgl. Fig. 36). Die strittigen Molukken wurden also den Portugiesen zuerkannt und Spanien für den Verlust mit einer Geldzahlung entschädigt.

Daß diese kecke Verteilung der neuen Welt unter zwei europäische Staaten wenig praktische Bedeutung erlangt hat, da die anderen Seestaaten in Europa sie einfach ignorierten, braucht uns in diesem Zusammenhang nicht weiter zu beschäftigen. Der von der englischen Königin i. J. 1580 gegenüber dem spanisch-portugiesischen Hochmut aufgestellte Völkerrechts-Grundsatz, daß nur wirkliche Besitzergreifung Besitzrechte schaffen könne, hat sich in seiner praktischen Nüchternheit gegen die auf dem Papier konstruierten Luftschlösser siegreich durchgesetzt, und Hol-

Digitized by Google

land, Frankreich, England u. a. ergriffen ebenfalls von den nun in unabsehbar reicher Fülle neuaufgefundenen Teilen der Welt Besitz, wo es ihnen paßte. Die weltgeschichtliche Antwort auf den Größenwahn der Verträge von Tordesillas und Saragossa bildete die Errichtung einer englischen Kolonie auf dem Boden des spanischen Mutterlandes, in Gibraltar (4. August 1704), und die Umwandlung Portugals in einen Hörigen der britischen Politik, der fast über weniger Selbstbestimmung verfügt als die britischen Dominions.

Aber der Grundsatz der Demarkationslinie, die Festlegung mathematischer Grenzen, ist ein dauernder Besitz der politischen Geographie geblieben und in der Folge sehr gern und oft in wenig erforschten Gebieten angewendet worden, weil, wie Supan bissig bemerkt[1]):

„sie ja so außerordentlich bequem sind für die Herren am grünen Tisch, die über unbekannte Erdräume verfügen; sie zeigen in der Regel an, daß man das Fell schon verteilt hat, ehe noch der Bär erlegt war".

Lange erwies sich eine scharfe Abgrenzung der Besitzrechte in Übersee nur ausnahmsweise erforderlich. Dort konnte man sich den Luxus unscharfer Grenzen durchaus noch leisten. Es bedurfte ja überhaupt erst der Schaffung eines festen Meridian-Begriffs, wie er unter Ludwig XIII. von Frankreich (1610—1643) in Gestalt des Ferro-Meridians erfolgte, um die Möglichkeit einer allgemeineren Benutzung klarer mathematischer Grenzlinien zu eröffnen.

Die Fälle, in denen Grenzziehungen an Hand von Längen- und Breitengraden erfolgten, sind im 19. Jahrhundert ebenso zahlreich wie untereinander ähnlich gewesen. Sogar innerhalb Europas ist kürzlich erstmalig im Frieden von Dorpat (14. Oktober 1920) auf der Kola-Halbinsel südlich der Vaida-Bai eine kurze Meridiangrenze zwischen Rußland und Finnland angewandt worden. In Übersee wurden gelegentlich selbst Inseln durch solche Grenzziehungen auf der Landkarte in zwei, vereinzelt (vgl. Fig. 37) in drei Gebiete verschiedener staatlicher Zugehörigkeit zerrissen. Auch in der deutschen Kolonialgeschichte hat die Abgrenzung gegenüber den Nachbarländern nach derartigen mathematischen Linien eine sehr große Rolle gespielt. Sogar die Einteilung in Interessensphären erfolgte nach denselben Gesichtspunkten. Als Lüderitz 1884 z. B. das nach ihm benannte Land in Südwest-Afrika zwischen dem Oranjefluß und dem 26. Grad südl. Br. erwarb, ertönten in England aufgeregte Stimmen, die eine britische Monroedoktrin für Südafrika bis zum 18. Grad hinauf forderten. Bismarck dehnte darauf den schon am 24. April 1884 für das Lüderitz-

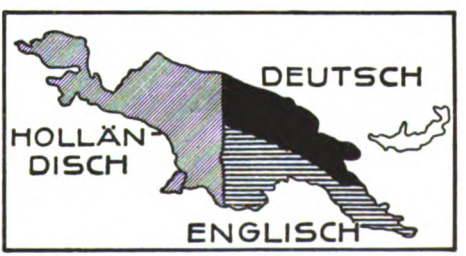

Fig. 37. Neuguineas Aufteilung unter 3 europäische Staaten.

1) A. a. O., S. 18.

Digitized by Google

Fig. 38. Die 49°-Grenze zwischen den Ver. Staaten und Kanada.

land erklärten Schutz des Deutschen Reiches am 12. August 1884 auf das ganze Küstenland bis zum 18. Grad aus — mit Ausnahme der Walfischbai, die England schon früher einverleibt hatte, und als Grenze des neuen deutschen Schutzgebietes gegen Britisch-Südafrika wurde in Verhandlungen mit England der 20. Grad östl. Länge bestimmt.

Ähnliche Grenzziehungen waren im 19. Jahrhundert gang und gäbe. Das hinderte nicht, daß man später, wenn solche schematisch festgelegten Grenzen unter Kultur genommen wurden, gelegentlich bald hier, bald dort Abweichungen vereinbarte, um nicht einem Schema zuliebe zusammengehörige Natur- und Wirtschaftsgebiete zu zerreißen. Im allgemeinen aber sind noch im heutigen Afrika schnurgerade Grenzlinien, meist solche von genau nord-südlicher oder west-östlicher Richtung, häufig zu finden. — Erst kürzlich ist bei der Schaffung der neuen Bundesstaaten Nord- und Mittelaustralien als Grenze zwischen ihnen im kulturlosen Innern wieder der 20. Grad Südbreite vereinbart worden, und in jüngster Zeit hat England in der Antarktis alle südlich vom 60. südlichen Breitengrad gelegenen Gebiete zwischen dem 150. und 200. Grad westl. Länge, dazu alles Land südlich vom 50. Breitengrad zwischen dem 20. und 50. Grad westl. Länge und südlich dem 58. Grad zwischen dem 50. und 20. Grad westl. Länge als britisches Gebiet erklärt (vgl. S. 242).

Die großartigste mathematische Grenze der Welt, die sich selbst in dichter besiedelten und hoch kultivierten Landesteilen seit über 100 Jahren gut bewährt hat, trennt Kanada und die Ver. Staaten im Westen der Großen Seen. Seit dem Londoner Abkommen vom 20. Oktober 1818 bildet hier der 49. Breitengrad über volle 58 Längengrade hinweg die Grenze zwischen

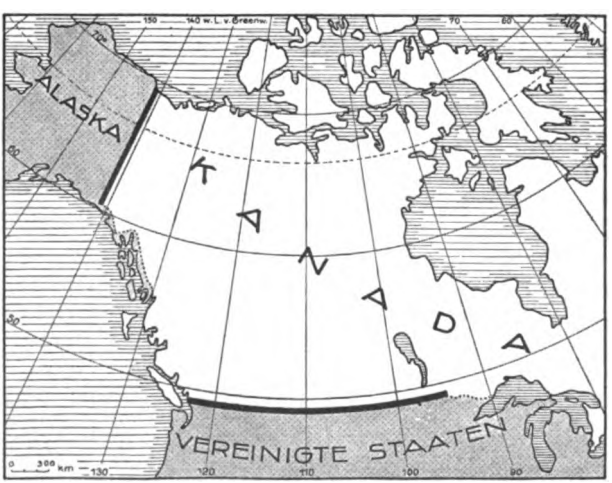

Fig. 39. Die bisher dauerhaftesten mathematischen Grenzen.

Digitized by Google

beiden Staaten (vgl. Fig. 38/9). Ursprünglich wurde die 49°-Grenze nur bis zum Felsengebirge vereinbart, da man in den westlicher gelegenen Strichen weder Landeskenntnisse noch Interessen besaß. Diese Unvollständigkeit der Grenzziehung führte später zum Streit, zum sog. Oregonkonflikt. Im Vertrag vom 15. Januar 1846 einigten sich aber England und die Ver. Staaten dahin, daß der 49. Grad bis zum Stillen Ozean als Grenze fortgeführt werden solle, oder genauer „bis zur Mitte des Kanals, der die Insel Vancouver vom Festlande trennt, und dann die Mittellinie dieses Kanals und der Fucastraße bis zum Stillen Ozean". Auf diese Weise verblieb die Insel Vancouver, obwohl ihr Südende noch etwas über den 49. Grad hinausgreift, in ganzem Umfang bei Kanada.

Die eigentümliche, für Kanada unzweckmäßige Grenzziehung gegen das den Ver. Staaten gehörige Alaska dagegen stammt noch aus der Zeit von 1799, da Zar Paul I. den gesamten pazifischen Küstenstrich Amerikas nördlich vom 52. Grad Nordbreite der Russisch-Amerikanischen Kompagnie als Monopolgebiet verlieh. Der Ukas Alexanders I. vom 4. September 1821 wollte sogar bis zum 51. Grad hinab das Befahren der nordamerikanischen Gewässer allen nicht-russischen Schiffen, außer in Zeiten der Not, verbieten, doch schränkte Rußland seine Besitzansprüche in den Verträgen mit den Ver. Staaten vom 17. April 1824 und mit England vom 28. Februar 1825 dann auf den Küstenstrich bis 54°40′ n. Br. ein. Als die Ver. Staaten den Russen ihre amerikanischen Besitzungen im Vertrag vom 30. März 1867 für 7,2 Mill. Doll. abkauften, entstand jene noch heute vorhandene, seltsame Grenze im Nordwesten Kanadas mit dem weit gegen Süden ausgreifenden Küstenzipfel. Die genau auf dem 141. Grad westl. L. verlaufende Grenze zwischen Kanada und Alaska, die vom Küstengebiet bis zum Eismeer reicht, dankt dagegen schon jenem russisch-englischen Grenzvertrag von 1825 ihre Entstehung.

In Nordamerika konnten jene Liniengrenzen durch so viele Jahrzehnte stabil bleiben, weil seit 1815 zwischen England und den Ver. Staaten kein Kriegszustand mehr geherrscht hat. Bedroht war der Frieden wiederholt im letzten Jahrhundert, aber er hat sich immer wieder erhalten. Sollten freilich einmal kriegerische Verwicklungen zwischen dem Imperium und der machtvoll zur ersten Vormacht der Welt aufgestiegenen amerikanischen Union eintreten, so wird Kanada unvermeidlich gezwungen sein, zwischen beiden zu optieren, und die 49°-Grenze dürfte dann in jedem Fall zerschlagen werden.

Daß der 49. Breitengrad noch einmal 100 Jahre lang seine Dienste als Staatengrenze tun wird, ist sehr wenig wahrscheinlich. Schon vor Jahrzehnten, im Oregon-Konflikt mit Kanada, erklang in den Ver. Staaten der Ruf „fifty five or fight!", d. h. „Vorschiebung der Grenze bis zum 55. Breitengrad oder Krieg!" — Wenn dereinst die zentripetale Anziehungskraft nach Süden für Kanada so groß geworden sein wird, daß die alten politischen Bindungen, die schon jetzt nur noch als ein Zweckverband, als eine Art von Vernunftehe, zu bewerten sind, von selbst

Digitized by Google

auseinanderfallen, wird man vielleicht endgültig erkennen, daß Amerika der einzige Sieger im großen Weltkrieg gewesen ist und daß ganz Europa ihn verloren hat.

6. Ethnologische Grenzen.

Während man die mathematisch-geographischen Grenzen zur Not noch als ein Zwischenglied zwischen solchen Grenzen, die die Natur, und solchen, die menschliche Willkür vorgezeichnet hat, ansehen kann, sind andere Grenzziehungen rein auf anthropogeographische Momente, auf menschliche Gegebenheiten, zurückzuführen, wenngleich auch sie gern natürliche Zustände der Erdoberfläche als Stütze für oft sehr weitgehende nationale Ansprüche heranzieht und geschickt als Vorwand benutzt.

Ethnologische Grenzen werden naturgemäß in der Regel mit Sprachgrenzen zusammenfallen. Es muß dies nicht notwendig der Fall sein, wird aber doch nur ausnahmsweise den Tatsachen nicht entsprechen. Daß früher, in Zeiten, wo durch ungleich größere Bodenständigkeit der Menschen die Sprachscheiden wesentlich schärfer als heute ausgeprägt waren, die Sprachgrenzen mit vortrefflichem Erfolg als politische Staatsgrenzen benutzt werden konnten, zeigt die in dieser Hinsicht vorbildliche Reichsteilung im Mersener Vertrag vom 9. August 870. Heute aber, im Zeitalter des Verkehrs und der Freizügigkeit, wird es kaum an irgendeiner Stelle der Kulturwelt noch möglich sein, scharfe Sprachgrenzen zu konstruieren, es sei denn, daß Meeresteile oder sehr rauhe Gebirge die Bildung einer sprachlichen Mischzone unmöglich machen. Flüsse, die als deutliche Sprachscheide angesprochen werden können, gibt es bezeichnenderweise in leidlich kultivierten Gegenden fast überhaupt nicht mehr. Allenfalls könnte das Donaustück, das die Serben und die Ungarn trennt, und die Save als Scheide zwischen Serben und Kroaten als Beispiel genannt werden.

Die unvermeidlichen ethnologischen und sprachlichen Mischzonen an den Übergängen sind im Laufe der neueren Geschichte immer ausgeprägter eine nationale Reibungsfläche erster Ordnung geworden. Eine unverhältnismäßig große Zahl von politischen Konflikten und kriegerischen Zusammenstößen ist durch derartige Mischzonen und unvernünftige Entnationalisierungsmaßnahmen des jeweiligen Staatsvolkes heraufbeschworen worden. Es gilt auch in dieser Hinsicht das Wort: „Amerika, du hast es besser als unser Kontinent der alte", denn auf dem amerikanischen Festland werden von den Herrenvölkern bekanntlich nur drei Sprachen, Englisch, Spanisch und Portugiesisch, gesprochen; die sprachlichen Übergangszonen sind schmal und spielen politisch keine Rolle, da die Neue Welt verfehmte Sprachen so wenig, wie das Altertum, kennt. Haben sich doch die Ver. Staaten nicht einmal veranlaßt gesehen, die in Texas und Kalifornien noch massenhaft vorhandenen spanischen Namen der Orte, oder ebenso die französischen des 18. Jahrhunderts, umzuwandeln. Man

Digitized by Google

spricht sie in einer der englischen Zunge mundgerechten Weise aus — fertig! Was kann es der Festigkeit und Sicherheit der staatlichen Macht der Union ausmachen, ob zu den vielen anderen Idiomen, die im Staate gesprochen werden, irgendwo auch die spanische Sprache, die im Nachbarstaat Mexiko zu Hause ist, gepflegt wird? Der Angelsachse ist viel zu großzügig veranlagt, als daß er derartigen Nebensächlichkeiten auch nur seine Aufmerksamkeit schenkt. Umtaufungen bestehender Ortsnamen nimmt der Brite in der Regel nur vor, wenn daraus außenpolitisch Kapital zu schlagen ist: nach Abschluß der Entente mit Frankreich z. B. wurde 1904 der den französischen Ohren peinliche Name Faschoda klug in Kodok geändert! So haben sich die Engländer auch nie veranlaßt gesehen, in Kanada gegen die weit verbreitete französische Sprache zu Felde zu ziehen. Sie haben die ansässigen Franzosen mit ihrem Lose zufrieden gemacht und haben sie reden lassen, in welcher Sprache sie wollten. Auf diese Weise haben sie aus ihnen mustergültig loyale Kanadier gemacht.

Es ist das Kennzeichen kleinlicher Gesinnung, wenn die Staatsgewalt den Bürgern vorzuschreiben beginnt, welcher Sprache sie sich zu bedienen haben. Große und mit Recht stolze Völker verschmähen es, einem Teil der Staatsbürger die Muttersprache zu verbieten. So lange Frankreich innerlich stark war, unternahm es nichts gegen die deutsche Sprache im Elsaß. Einen Ludwig XIV., einen Napoleon I., der Sprachverbote erläßt, kann man sich schlecht vorstellen. Wurde doch im Straßburger protestantischen Gymnasium erst i. J. 1738, volle 57 Jahre nach dem Raube der Stadt, die französische Sprache als Lehrgegenstand mit — 2 Wochenstunden eingeführt![1]) Auch die Zarenregierungen waren sich $1^3/_4$ Jahrhunderte lang zu gut, den Balten den Gebrauch ihrer Muttersprache zu untersagen und zu erschweren. Aber kleinen Nationen oder Staaten, die einen Koloß auf tönernen Füßen darstellen, erscheint das Problem, daß nur die „vorschriftsmäßige" Sprache geredet werde, oft von ausschlaggebender Bedeutung.

Von jeher ist der Balkan ein Schulbeispiel für unerquickliche nationale Gegensätze eines sprachlich besonders stark gemischten Gebietes (vgl. Fig. 40). Gerade wegen der vollkommenen Unmöglichkeit, hier klare ethnologische und sprachliche Grenzen zu konstruieren, ist er seit Jahrzehnten ein so wildbrodelnder politischer Hexenkessel. Solange dort die Serben und Magyaren, die Slowenen und Kroaten, die Bulgaren und Rumänen, die Griechen und Albaner und wie sie alle heißen mögen, gemeinsam vom Türken unterjocht waren, hielten sie untereinander leidlich Ruhe, mochten auch hier und da kleinere nationale Reibungen nicht zu vermeiden sein. Jedenfalls gönnte ein Sklave dem anderen seine Sprache. Aber alle diese Völkerschaften gaben sich, sobald es ihnen im letzten Jahrhundert möglich war, einen eigenen Staat zu bilden, nationaler Un-

1) Walter Vogel, Das neue Europa, Bd. II, S. 363, Bonn-Leipzig 1921.

Digitized by Google

duldsamkeit und Proselytenmacherei hin. Keiner erlaubte dem anderen seine Eigenart, und die Folge war bis auf den heutigen Tag ein Krieg Aller gegen Alle, nur gelegentlich unterbrochen durch gemeinsame Bündnisse gegen einen noch unbeliebteren Dritten. Auch nach dem Weltkrieg haben selbst die Staaten, die auf der Siegerseite standen, ihre Unterdrückungstendenzen noch nicht abgelegt: die Rumänen vergewaltigen die Bulgaren, die Deutschen, die Magyaren, die Serben, die Juden und

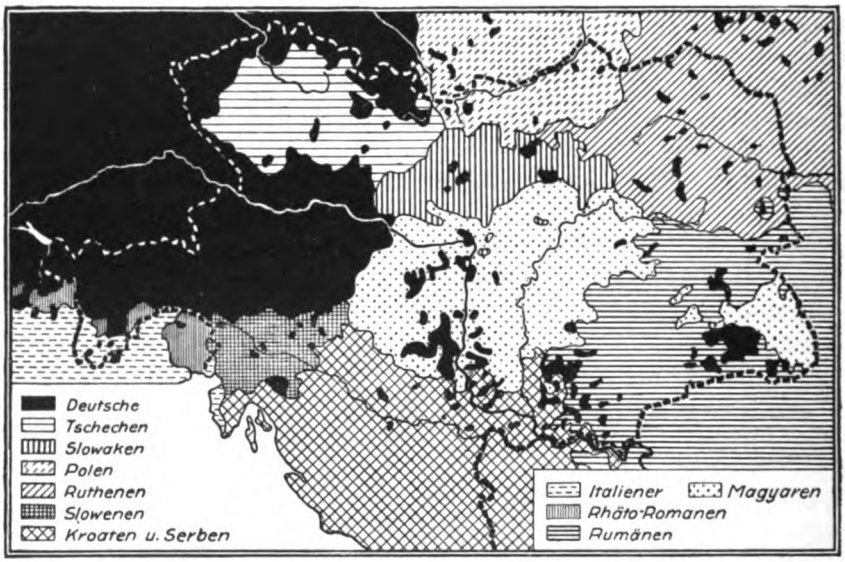

Fig. 40. Das Völkergemisch im alten Habsburger Reich und auf dem Balkan.

werden dafür ihrerseits in Südslawien in der stark mit Rumänen durchsetzten Timok-Gegend nicht minder unterjocht und schlecht behandelt, wie die Bulgaren in Mazedonien, die Albaner in Kussowo, die Kroaten und Slowenen in den Nordwestgebieten, die Italiener in den südslawischen Küstenstädten usw. Der auf Grund der Korfuer Deklaration vom 20. Juli 1917 Ende 1918 geschaffene Staat Südslawien war schon im Jahre 1928, nach dem Attentat in der Belgrader Skuptschina auf die Kroatenführer (20. Juni 1928), nahe am Auseinanderfallen in einen von Agram regierten kroatischen und einen von Belgrad beherrschten serbischen Staat. Nur wenn die kulturell entwickelteren kroatischen und slowenischen Minderheiten von den Serben pfleglich, auf dem Fuße bedingungsloser Gleichberechtigung, behandelt werden, kann der jugoslawische Staat in seiner bisherigen Form bestehen bleiben. Die seit dem 6. Januar 1929 durch Staatsstreich bestehende Diktatur beweist, wie weit die Zerfalltendenzen im jugoslawischen Staat schon fortgeschritten waren.

Auch Italien, das eigentlich selber wissen sollte, was für eine Sperrmauer der Freundschaft eine geschlossene Irredenta bedeutet, hat leider

Digitized by Google

in Südtirol, Istrien usw. gezeigt, daß ihm zur Großzügigkeit des Amerikaners, des Engländers, des Deutschen in der Behandlung nationaler Minderheiten noch vieles fehlt. Daß junge Staaten, wie die Tschechoslowakei, Polen und die anderen sogenannten Randstaaten (jedoch mit Ausnahme von Finnland) die erwähnte Kinderkrankheit der nationalen Entwicklung zurzeit mit voller Schwere durchmachen, ist allbekannt. Bei den Polen, Litauern, Letten, Esten, die 100—200 Jahre lang von Rußland rücksichtslos unterdrückt worden waren, kann man ein anfängliches Hinüberpendeln ins gegenteilige nationale Extrem zur Not verstehen, nicht aber bei den Tschechen, die unter dem milden Regiment Österreichs nie gehindert worden sind, ihre nationale Eigenart zu pflegen.

Gewiß ist Böhmen, das von der Natur mit so besonders gut durchgebildeten natürlichen und Wirtschaftsgrenzen ausgestattet worden ist, ein ausnehmend deutliches Beispiel dafür, wie wenig diese Grenzen mit den aus anderen Gründen so erwünschten ethnographischen und sprachlichen Grenzen zusammenfallen. Ist doch das Volk der Tschechen fast allseitig von deutschen Stämmen so umschlossen, daß es, um einen Ausdruck Kjellens[1]) anzuwenden, von ihnen umrahmt ist, „wie das Gelbe vom Weißen bei einem Spiegelei" (Fig. 41). Wenn die Tschechen, die zahlenmäßig nicht so stark sind wie die im selben Staat vereinigten Deutschen, Slowaken und Magyaren zusammen, staatspolitischen Weitblick besäßen, so würden sie längst eingesehen haben, daß man einem Staat nicht durch Stärkung der zentrifugalen Kräfte Dauerhaftigkeit verleihen kann. Der Trentschiner Beschluß der Slowaken vom 4. November 1928, die Bildung eines eigenen, unabhängigen Staates anzustreben, war gleichsam ein Fanal. Mag auch das tschechische Volk sich bedeutend stärker vermehren als die Deutschen und wohl auch als die Slowaken und Magyaren, mag selbst Prag, wo noch vor etwa 150 Jahren 20mal so viel Deutsche als Tschechen gelebt haben sollen, heute fast ganz tschechisiert sein, ein Volk von nur 6 Mill. kann niemals darauf rechnen, 7½ Mill. andere um ihr Volkstum ringende Glieder desselben Staates zu verdrängen oder sich gar durch schlechte Behandlung zu assimilieren. Wenn man daher in Prag die bisherigen Methoden nicht bald und durchgreifend ändert, kann das Horoskop für den

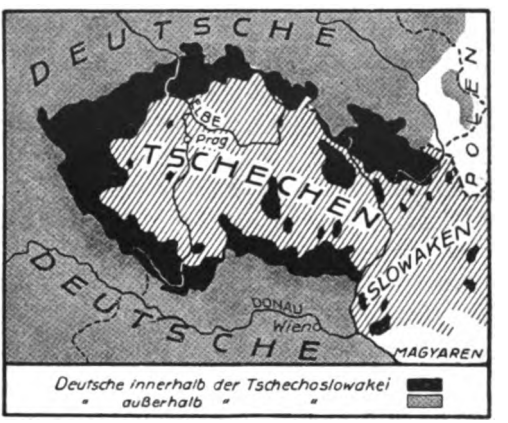

Fig. 41. Die Umrahmung des tschechischen Volkstums durch das deutsche.

1) Rud. Kjellén, Die Großmächte und die Weltkrise, S. 12. Leipzig-Berlin 1921.

Digitized by Google

neuen tschechoslowakischen Staat, den Maull[1]) ein „groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares Gebilde" nennt und von dem Haushofer sagt[2]): „Die Vereinigung erwuchs aus einer Kriegskonjunktur", gar nicht ungünstig genug lauten. Dasselbe gilt für Groß-Rumänien, das i. J. 1927 mit einer Karikatur von Volkszählung die Welt darüber hinwegtäuschen wollte, daß innerhalb seiner viel zu weit gezogenen Grenzen Millionen von Russen, Bulgaren, Deutschen, Magyaren, Juden und anderen fremden Volkssplittern ansässig sind.

Aus dem gleichen Grunde (und aus manchem anderen) muß der Zukunft des neuen, wahllos zusammengefügten Staates Polen eine schlechte Prognose gestellt werden. Hier sind 17 Mill. Polen, 5 Mill. Juden, 1,2 Mill. Weißrussen, 1½ Mill. Deutsche, 4 Mill. Ukrainer, 200000 Kassuben und etwa 150000 Litauer in denselben polnischen Tiegel getan und wollen sich durchaus nicht zu einer Nation verschmelzen lassen. Aber das Staatsvolk sieht nicht ein, daß 17 Mill. Polen eben nur 17 Mill. bleiben, selbst wenn man noch weitere 4—5 Mill. Deutsche in Ostpreußen und Schlesien hinzuverschlucken würde. Ohne freiwillige Mitwirkung der fremden Volkssplitter, die man jetzt durch brutale Drangsalierung dem polnischen Staat weitgehend entfremdet hat, ist nun einmal der holde polnische Traum, eine neue Großmacht werden zu können, niemals zu verwirklichen. Uferlose imperialistische Pläne, Litauen und Weißrußland, Danzig und Ostpreußen, Schlesien und Brandenburg mindestens bis zur Oder und den größten Teil von Pommern einzuverleiben, Stettin zum polnischen Hafen und die Oder zu „Polens Strom, nicht Polens Grenze" zu machen (alle diese Ideen sind, und zwar im vollen Ernst, erörtert worden!) schaffen auch nicht mehr Polen, als nun einmal vorhanden sind. Die Basis für eine Großmacht ist und bleibt zu schmal, und wahllose Einverleibung von unbegrenzten Millionen volksfremder und staatsfeindlicher Elemente würde die ohnehin beängstigend schwache Struktur des Staates bis zum Zerbrechen belasten, zumal da auch die Verwaltung nicht eben mustergültig genannt werden kann. Mit vollem Recht sagt Walter Vogel[3]):

„Die Natur hat Polen wichtige Vorbedingungen zur Bildung einer Großmacht vorenthalten, es gleichsam vorherbestimmt zur Abhängigkeit von größeren Nachbarmächten. Als Mittelstaat auf seine engeren nationalen Grenzen beschränkt, mag es eine gewisse Selbständigkeit bewahren, aber das Maß derselben wird wohl mehr von der allgemeinen Verfassung Europas und von dem Stande der praktisch anerkannten Völkerethik als von seiner eigenen Kraft bestimmt werden."

Lebensfähig werden alle neuen Randstaaten nur sein, wenn sie sich aller Großmachtspläne enthalten, wenn sie sich auf ihr kleines Staatsvolk unter tunlichst weitgehender Ausscheidung aller volksfremden Elemente beschränken und, ähnlich wie die Türkei der Nachkriegszeit, an innerer Kraftkonzentration zu gewinnen suchen, was ihnen an territorialer Größe

1) a. a. O., S. 399.

2) Kjellén-Haushofer, Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege, S. 204. Leipzig 1930.

3) Walter Vogel, Das neue Europa, Bd. II, S. 544.

Digitized by Google

abgehen muß, falls sie gesund bleiben (oder werden) wollen. Eine Großmacht muß von selbst entstehen, kann nicht „gemacht" werden, auch durch keine noch so rührige Flickschusterarbeit mit Landkomplexen. Gegen natürliche Voraussetzungen vermag nun einmal kein menschlicher Wille dauernd etwas auszurichten.

Gewiß, es hat unter den Staaten der Geschichte Großmächte von recht kleinem Umfang gegeben, Großmächte, die sich auf eine Bevölkerung von nur wenigen Millionen oder noch weniger Menschen stützten, wie schon oben (S. 36) dargelegt wurde. Aber man möge nicht vergessen, daß diese Großmachtstellungen nicht nur durch die glanzvollen Taten einzelner überragender Persönlichkeiten, eines Perikles, eines Robert Guiscard, eines Gustav Adolf, eines Tromp und de Ruyter, eines Großen Friedrich, geschaffen worden sind, sondern auch durch die hingebungsvolle und opferfreudige Gesinnung aller Bürger des Staates. Die innere Kraft allein schafft die Stärke der politischen Stellung eines Staates. Daß äußere Größe und überquellender Volksreichtum für die politische Bewertung eines Staates nicht das Geringste zu bedeuten haben, dafür sollte doch das 425-Mill.-Reich China und das 8½ Mill. qkm große Brasilien all den kleinen Gernegroßen zwischen 5 und 17 Mill. Köpfen ein warnendes Beispiel sein. Mögen sprachliche Grenzen in idealer Weise kaum jemals herzustellen sein, ein allzu groteskes Mißverhältnis zwischen ethnographischen Tatsachen und politischen Ansprüchen eines Staatsvolkes läßt die Geschichte niemals lange zu. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß auch die unbegreiflich groben Verstöße der Pseudo-„Staatsmänner" von Versailles gegen die ethnographische Wahrheit in nicht sehr ferner Zukunft einer ausgiebigen Revision wird unterzogen werden müssen. Manche der künstlich neu geschaffenen „Pseudo-Nationalstaaten"[1]) tragen von Anfang an hektische Züge an sich. Die charakteristischsten und in ihrer Zusammensetzung bedenklichsten sind, auf Grund einer vom Grafen Apponyi im Völkerbund mitgeteilten (berichtigten) Zahlenübersicht, in Europa zurzeit die nachfolgenden Staaten:

Land	Gesamtbevölkerung in Millionen	Kopfzahl der nationalen Minderheiten in Millionen	Prozentsatz fremden Volkstums
Südslawien[2]) . .	12	7,7	64
Tschechoslowakei	13½	7½	55
Rumänien . . .	16	6½	40
Polen	27½	10½	38
Litauen	2½	0,9	28
Lettland	1,85	0,45	24

1) Alex. Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie, 2. Aufl., S. 117. Berlin-Leipzig 1922.

2) Die gegenüber der 1. Auflage geänderten Zahlen erklären sich daraus, daß jetzt Kroaten und Slowenen als fremdes Volkstum angesehen werden müssen.

Digitized by Google

In einer Zeit, wo das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" gilt, ist natürlich auch die Forderung nach „ethnographischen Grenzen" sehr populär. Man hat sie schon lange vor dem Weltkrieg gelegentlich auf den Schild erhoben. Bereits in den 60er und 80er Jahren waren sie ein Faktor der hohen Politik. Als 1864 Preußen und Österreich Schleswig-Holstein von der dänischen Herrschaft befreit hatten, sollte ein Plebiszit über die staatsrechtliche Stellung des Herzogtums entscheiden — es ist zu dieser „Selbstbestimmung" nie gekommen: das Land wurde 1866 preußische Provinz. Als Peru von Chile in einem seit 1879 währenden Kriege besiegt worden war, mußte es im Frieden von Ancon am 20. Oktober 1883 neben der Provinz Tarapaca, die es gänzlich verlor, die wertvollen beiden Provinzen Tacna und Arica auf 10 Jahre an Chile abtreten. Nach Ablauf dieser 10 Jahre sollten die beiden Provinzen durch eine Volksabstimmung selbst entscheiden, welchem Staate sie zugehören wollten. In diesem Falle handelte es sich zwar nicht eigentlich um ethnographische Grenzen, denn sowohl in Chile wie in Peru war die spanische Sprache und waren spanische Abkömmlinge zu Hause. Aber es ist aus diesem Beispiel von 1883 doch zu ersehen, daß gewisse Bestimmungen des Versailler Diktats schon ein fast genau gleichlautendes Vorbild gehabt haben. Im übrigen ist jene im Frieden von 1883 vorgesehene Volksabstimmung weder 1893 noch je nachher vor sich gegangen: sie ist „vergessen" worden! Der Konflikt hat sich bis 1929 hingezogen. Durch freundschaftlichen Vertrag wurde dann Tacna an Peru, Arica an Chile gegeben, und letzteres zahlte noch 6 Mill. Dollar an Peru aus.

An sich könnte man in umstrittenen Gebieten den Gedanken einer Abstimmung der Bevölkerung über ihre staatliche Zugehörigkeit durchaus begrüßen. Solche Abstimmungen, unparteiisch durchgeführt und — — beachtet, würden das Ideal der ethnographischen Grenzen noch am ehesten zu verwirklichen gestatten. Nur haben die Tatsachen nach 1919 bewiesen, daß auch mit solchen Abstimmungen ein erhebliches „corriger la fortune" betrieben werden kann. Die Farce der von den Belgiern durchgeführten „Volksabstimmung" in Eupen-Malmedy, bei der von 60 000 Einwohnern nur ganze 271 zur Abstimmung gehen konnten, weil jedem, der für Deutschland optierte, die Ausweisung drohte, die Art und Weise, wie die urdeutsche Tondern-Ecke Schleswigs, trotz einer überwältigenden deutschen Stimmenmehrheit den Dänen in die Hände gespielt wurde, die, unter Verletzung des Versailler Artikels 88, im Oktober 1921 bei einem Stimmverhältnis von 62% deutschen zu 38% polnischen Stimmen durchgeführte Zerreißung des einheitlichen oberschlesischen Wirtschaftsgebietes zugunsten Polens, sie waren ebenso viele Musterbeispiele dafür, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden dürfte — ganz abgesehen davon, daß in vielen Ländern, wo eine Volksabstimmung ganz besonders dringend notwendig wäre, wie in Elsaß-Lothringen, in Südtirol, in den ehemals preußischen Teilen Polens und Litauens, in Wilna, Fiume,

Digitized by Google

Siebenbürgen, in den früheren deutschen Kolonien usw. kein Wort davon jemals verlautete.

Nur in Deutsch-Ostafrika haben die Engländer 1921, um „das Gesicht zu wahren", in einigen Distrikten die Eingeborenen abstimmen lassen, unter welcher Herrschaft sie zu stehen wünschten. Als aber die ersten Ergebnisse bekannt wurden, die bis zu 95% Stimmen für Wiederkehr der deutschen Herrschaft ergaben, wurde sofort die Abstimmung abgebrochen und der ganze Akt als nicht geschehen behandelt.

Sicherlich sind in umstrittenen Gebieten ethnographische Grenzen, die auf Grund ehrlich durchgeführter Abstimmungen ehrlich konstruiert werden, die gerechteste und des 20. Jahrhunderts würdigste Grenzgestaltung, die sich finden läßt. Aber es scheint so, als ob unsere Zeit doch noch nicht reif für derartige Gedanken ist. Bisher liegen die Dinge so, wie Haushofer sie formuliert hat[1]):

„Niemals ist in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des Weltkrieges in der alten Monarchie (Österreich-Ungarn) gegen die Völker soviel Unrecht verübt worden wie in den im Namen der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechtes und des Schutzes der kleinen Völker gegründeten „Nationalstaaten" und in Italien. Überall gilt das Selbstbestimmungsrecht nur für das herrschende Volk, nicht für die Minderheiten."

Sind doch selbst in Gebieten, in denen man angeblich den Grundsatz der ethnologischen Grenzen beachtet und zum Teil auf Grund einer Volksabstimmung ermittelt haben will, in den polnisch gewordenen Teilen des deutschen Reiches, Zustände eingerissen, die der bekannte polnische Chauvinist Korfanty, sicher ein unverdächtiger Zeuge, mit den Worten geißelte:

„Oberschlesien ist für Polen heute nichts weiter als eine Kolonie, die ausgebeutet wird. Der polnische Staat wird nur durch die produktive Arbeit der westlichen Wojwodschaften Oberschlesien, Posen, Pommerellen aufrecht erhalten, während alle anderen Wojwodschaften Zuschüsse erfordern."

Gerade die polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens, die eine Kommission des Völkerbundes, unter Vorsitz eines Chinesen, auf Grund der Abstimmung vom 20. März 1921, unter Berichtigung einiger „Schönheitsfehler" des Abstimmungs-Ergebnisses, an Polen gab, müssen zurzeit, obwohl sie nur 4,2% der Bevölkerung des polnischen Staates stellen, 20% des gesamten Steueraufkommens aufbringen und 53 Zloty je Kopf und Jahr zahlen, gegenüber einem Durchschnitt von nur 12 Zloty im ganzen Lande und von nur 2,6 Zloty in den östlichen Provinzen. Niemand, der an der Volksabstimmung teilnahm, hat je an eine staatliche Zerreißung Oberschlesiens gedacht, die auch im Friedensdiktat nicht vorgesehen war. Selbst die polnisch gesinnten Kreise im heutigen Polnisch-Schlesien fragen jetzt, wo hundert wertvolle Wirtschaftsfäden zerrissen sind und sie als milchende Kuh für die kulturell rückständigen Provinzen des Staates zu dienen haben, wie Björnsorns Pfarrer Sang: „Aber das war

1) Kjellén-Haushofer, a. a. O., S. 206/207.

Digitized by Google

doch nicht die Meinung?" — Man sieht daraus, daß selbst mit einer Abstimmung (deren Unparteilichkeit im übrigen nicht eben mustergültig war), die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und den ethnographischen Zuständen Rechnung tragen soll, noch keineswegs ein Zustand erreicht zu werden braucht, der auch nur einen größeren Teil der Abstimmenden glücklicher und zufriedener macht, als er es vorher war. Welche Grenzziehung ist also in unseren Tagen die wirklich beste? Wo ist Wahrheit? —

Regierungs-Ansichten, -Statistiken und -Denkschriften können und sollen darüber niemals entscheiden, denn daß zwei Staaten, die sich um eine ethnographische und sprachliche Grenze miteinander streiten, auch recht verschieden lautende Belege aus der Welt der „dritten Lüge", der Statistik, zur Hand haben, hat die Welt nach 1914 noch häufiger als vorher erfahren. Wenn man soweit geht, wie gewisse polnische Kreise, die u. a. Breslau und Berlin als „polnische Städte" ansprechen und Rheinland-Westfalen als polnische Provinz reklamieren, weil auch dort ein paar tausend polnisch redende Menschen zu Hause sind, dann ist schließlich überhaupt kein Teil der bewohnten Erde vor überspannten Annektionsgelüsten mehr sicher. In Paris und London wohnen ja schließlich auch recht zahlreiche Polen und in New York sogar mehr als in Warschau!

Ethnographische Grenzen sind ein durchaus zu begrüßender, neuer Begriff, der aber leicht zu üblem Mißbrauch Anlaß geben kann. In Regierungs-Kundgebungen und -Noten sollte die Berufung auf ethnographische Grenzen auf ein Minimum eingeschränkt werden, da der betroffene Nachbarstaat die ethnographische Grenze meist an anderer Stelle suchen wird. Sollen aber in irgendeinem strittigen Gebiet ethnographische Grenzen ermittelt werden, so darf dies nur auf dem Wege einer unbeeinflußten Abstimmung der Bevölkerung vor sich gehen, die von einer vollkommen unparteiischen und ehrlich nach Wahrheit suchenden, neutralen Persönlichkeit geleitet wird. Der Wahn, daß man ganz nach seinem jeweiligen Gefallen das „boundary making", das „Grenzenmachen", ausüben könne, wie Sir Thomas Holdich mit berechtigter Ironie es ausdrückt, sollte doch nach den Erfahrungen mit unzählig willkürlich gezogenen Grenzen aufgegeben werden. Demgegenüber fordert Karl Haushofer[1]) treffend eine „Erziehung zum Grenzgefühl".

7. Strategische Grenzen.

Wenn schon das Jonglieren mit ethnographischen Grenzen willkürlichen, oft maßlosen Forderungen Tür und Tor zu öffnen vermag, so wird der friedenstörende Unfug noch größer, sobald die Forderung nach strategischen Grenzsicherungen ertönt. Jeder, auch der uferloseste Chauvinismus findet eine „Begründung" für territoriale Annektionspläne, wenn

1) Karl Haushofer, Grenzen, S. 107.

Digitized by Google

er sich auf „Sicherung" gegen wirkliche, vermeintliche oder eigens ad hoc erfundene, feindliche Angriffsabsichten beruft. Bei manchen Völkern, deren Geschichte von einem besonders regen Annektionshunger zeugt, ist überhaupt kein territorialer Zustand vorstellbar, bei dem sie sich vollkommen gegen alle feindlichen Anschläge gesichert fühlen würden. Jede strategische Grenze ruft den Wunsch nach einem Glacis außerhalb der Grenze und jedes Glacis wieder den Wunsch nach einer anderen strategischen Grenze wach. Von neueren politischen Träumen dieser Art sei hier gar nicht gesprochen, aber als die Römer Gallien erobert hatten, da strebten sie den Rhein als strategische Grenze an, und als sie am Rhein standen, brauchten sie Brückenköpfe und ein von feindlichen Bewohnern und Streitkräften freies Glacis, eine neutrale Zone auf dem rechten Ufer, und zur Sicherung dieses Vorgeländes sollte Drusus die Grenze bis zur Elbe vorschieben, und wer weiß, wo diese „Sicherungs"-Politik wirklich ihr Ende gefunden hätte, wenn nicht die Schlacht im Teutoburger Walde dazwischen gekommen wäre!

Die Einseitigkeit der Glacisbildung vor der „strategischen Grenze" hat natürlich immer nur der besiegte Teil zu tragen. Es sei hier an rheinische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht gedacht, aber als die Franzosen Siam durch militärische Drohungen besiegt hatten, mußte dieses ihnen im Vertrag vom 3. Oktober 1893 nicht nur das gesamte linke Ufer des beanspruchten strategischen Grenzflusses, des Mekong, abtreten, sondern sich darüber hinaus auch verpflichten, in einer 25 km breiten Zone auf dem rechten Ufer kein Militär zu halten und auf dem Fluß keine bewaffneten Fahrzeuge verkehren zu lassen. Das Diktat von Versailles würde also einen Ben Akiba ganz gewiß nicht in Verlegenheit setzen.

Am anspruchsvollsten in bezug auf strategische Grenzen ist von jeher England gewesen, sobald es sich um die Sicherung des kostbaren indischen Besitzes handelte. Als in den 70er Jahren Afghanistan besiegt worden war — der eigentliche Gegner hieß Rußland, und Afghanistan war im wahren Sinne des Wortes nur der Prügeljunge — forderte der britische Premier Lord Beaconsfield im Frieden von Gandamak (28. Mai 1879) eine „Berichtigung" der indischen Grenze. Es wurde das Verlangen nach einer „wissenschaftlichen Grenze" laut. An schönen Worten und Berufungen auf den Willen der Natur hat es den Vertretern des strammsten Imperialismus ja niemals gefehlt!: die Wasserscheide zwischen Indien und Afghanistan sollte als Naturgrenze gewählt und damit Indien strategisch gesichert werden. Als dann die Russen ihre Grenzen in Innerasien 1884—87 bis unmittelbar an die Nordgrenze Afghanistans und Persiens vorgetrieben hatten, genügte den Briten auch jene „Sicherung" noch nicht: der Khan von Belat wurde zum Verzicht auf seine Selbständigkeit genötigt und am 1. Oktober 1887 Belutschistan zum britischen Glacis für Indien gemacht. 1901 folgte die Schaffung eines neuen Glacis, der Nordwest-Provinz, aus Landschaften südlich des Hindukusch und indischen Grenzbezirken. Die Anerkennung der englischen Vormachtstellung in Tibet im Vertrag von

Digitized by Google

Simla (27. April 1914) diente auch nur der „Sicherung" Indiens; allerdings hat China den Vertrag dann nicht ratifiziert.

Auch sonst sind die Ansprüche an strategische Vorgelände, Glacis, neuerdings immer ausgiebiger geworden. England hatte 1882 Ägypten des Suezkanals wegen an sich gebracht, der seit 1869 die wichtigste Zugangsstraße nach Indien geworden war. Das Glacis für Indien war demnach bis zum Nil vorgeschoben worden. Und als neues Glacis für Ägypten wurde dann 1898 der Sudan in britische Abhängigkeit gebracht. Auch die Festsetzung in Mesopotamien ist geopolitisch unter dem Gesichtswinkel der Sicherung Indiens — dazu der Ausbeutung der Ölfelder — zu verstehen, weil die zwar sonderbare, aber tatsächlich vorhanden gewesene Besorgnis aufkam (vielleicht auch nur als Vorwand diente), die nach Mesopotamien vordringende Bagdadbahn könne einem Angriff auf die Sicherheit Indiens Vorschub leisten.

In Europa zeigt sich ähnliches. Italien, das bis 1914 nie an etwas anderes gedacht hatte als an eine Erwerbung des Trentino, der italienisch sprechenden Teile Tirols, die von den deutschsprachigen Teilen an der Salurner Klause auffällig scharf getrennt sind, nutzte 1918 den Zerfall Österreichs und seine gänzliche Unfähigkeit zur Abwehr dahin aus, daß es ganz Südtirol als Glacis einverleibte, den Brenner als strategische Grenze forderte und infolge der grauenhaften Unwissenheit Wilsons in der europäischen Ethnologie auch erhielt. — Rücksicht auf irgendwelche ethnologischen Fragen, auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" pflegt der Anhänger strategischer Grenzen nicht zu kennen. Dem militärischen Verlangen nach Sicherheit haben sich eben alle anderen Gesichtspunkte bedingungslos unterzuordnen. Dabei ist gerade der Brenner, der am Rechen Scheidegg-Pass unschwer umgangen werden kann, gar keine strategische Grenze. Diese fällt vielmehr in Tirol zufällig mit der ethnographischen zusammen und liegt, wie auch Lord Bryce am 16. Juli 1920 im englischen Oberhaus hervorhob, bei Salurn. „Der Brenner ist keine Grenze, sondern eine strategische Gefahr"[1]) sagt Rohrbach mit Recht.

Zu den Formen der strategischen Grenzen muß man ferner jene seltsamste Grenzziehung in ganz Europa zählen, die unmittelbar vor einen der ersten Häfen Europas, vor das belgische Antwerpen, quer über die Scheldemündung einen holländischen Riegel, in Gestalt von Holländisch-Seeland, gelegt hat.

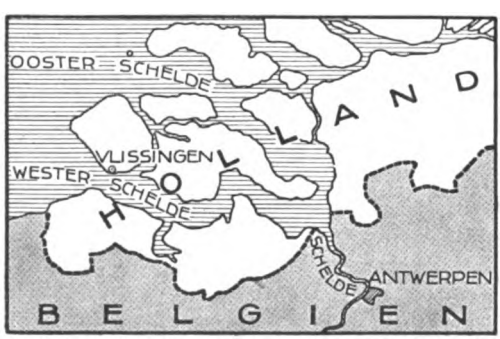

Fig. 42. Der holländische Schelde-Riegel.

Nirgends sonst auf der ganzen Erde findet sich ein Beispiel, daß ein höchst be-

1) Paul Rohrbach, Deutschtum in Not, S. 220. Berlin-Schmargendorf u. Leipzig 1928.

Digitized by Google

deutsamer Seeplatz eines Landes nur über fremde Territorialgewässer hinweg von Seeschiffen angelaufen werden kann. Antwerpen ist für Belgien von so gewaltiger Bedeutung, daß man das ganze Land nicht unzutreffend als „Antwerpen mit Hinterland" bezeichnet hat. Und dennoch kann der zuweilen verkehrsstärkste Seehafen des ganzen festländischen Europa nur über Wasserstraßen eines konkurrierenden Nachbarstaates erreicht werden! England hat im Londoner Frieden 1839 bewußt diese ganz unnatürliche Grenze durchgesetzt, um jede Möglichkeit, Antwerpen, „die aufs Herz Englands gerichtete Pistole" (Napoleon I.), für irgendwelche militärischen Aktionen nutzbar zu machen, so nachhaltig wie möglich zu vereiteln. Die Belgier fordern nun aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen von Holland die Abtretung der Provinz Seeland, obwohl hieran zurzeit natürlich nicht zu denken ist. Belgien ist das einzige Land der Welt, in dem eine völkische Mehrheit (Flamen) von einer Minderheit (Wallonen) schon jetzt vergewaltigt wird. Die Erwerbung von Seeland würde die nicht-wallonische Mehrheit neuerdings stark anwachsen lassen, und dennoch behandelt man in Brüssel die Scheldefrage wie ein nationales Problem, als gälte es, in Seeland eine Irredenta zu erlösen!

Pufferstaaten sind ein moderner Ersatz für Glacis. Solche Schöpfungen neuester Zeit sind Albanien sowie das arabische Land Assir, das zwischen dem Herrschaftsbereich des Wahabitenherrschers Ibn Saud und dem des Imam Yahia von Yemen die unmittelbare Grenzberührung hindern sollte, jedoch schon durch Vertrag vom 18. August 1926 mit dem neuen Nedschd-Staate Ibn Sauds vereinigt wurde.

Eine andere Art des Ersatzes, die dem Wesen des militärischen Glacisschutzes noch näher kommt, sind die vorgeschobenen Brückenköpfe, die in feindnachbarliches Gebiet hinübergreifen und gelegentlich fast die Rolle von Festungen auf feindlichem Boden spielen — ein besonders deutlicher Beweis, wie sehr für einen als strategische Grenze erkorenen Fluß noch wieder besondere und erhöhte „Sicherungen" angestrebt werden. Zuweilen sind solche Brückenköpfe nur als Ausgangspforte für neue Eroberungen im Nachbargebiet gedacht, zuweilen sind sie auch letzte Rudimente eines aufgegebenen Herrschaftsanspruches auf fremdem Boden.

Calais war den Engländern, als sie es unter Eduard III. am 14. August 1347 erobert hatten, ein festländischer Brückenkopf, der nicht etwa England gegen Einfälle schützen, sondern umgekehrt ein starker Stützpunkt für englische Eroberungen in Frankreich sein sollte. Vom 12. bis 15. Jahrhundert waren mehrfach die Engländer Herren des größten Teiles von Frankreich. Sie mußten allmählich ihre Eroberungen aufgeben, aber Calais blieb ihr Brückenkopf und wurde ihnen erst am 8. Januar 1558, nach mehr als 200jähriger Herrschaft, entrissen. Und als die Schweden ihren von Gustav Adolf erworbenen norddeutschen Besitz im Stockholmer Frieden (31. Januar 1720) aufgeben mußten, behielten sie dennoch einen letzten Brückenkopf in Wismar, auf dessen formellen Besitz sie endgültig erst i. J. 1903 verzichtet haben.

Digitized by Google

Besonders eifrig sind vor allem stets die Franzosen gewesen, sich Brückenköpfe auf dem rechten Ufer des Rheins zu verschaffen.[1]) Als der mit ihnen verbündete, arglose Herzog Bernhard von Weimar das für uneinnehmbar gehaltene Breisach erobert hatte (7. Dezember 1638) und bald darauf, am 18. Juli 1639, daselbst gestorben war, nisteten sie sich zum ersten Male dort ein und wußten die wertvolle Exklave auf deutschem Gebiet im Westfälischen Frieden zu behalten (vgl. Fig. 47 auf S. 151). Wie sie diese Festsetzung auf dem rechten Ufer des Rheins im innersten Gemüt bewerteten, beweist jene offenherzige lateinische Inschrift, die sie auf dem Rheintor von Breisach anbringen ließen und die sich bis heute erhalten hat:

Limes eram Gallis, nunc pons et janua fio;
Si pergunt Galli, nullibi limes erit.

zu deutsch:

„Schranke war einst ich den Galliern, nun wurde ich Brücke und Pforte,
Fahrt ihr, Gallier, so fort, nirgendwo Grenzen mehr gibt's!"

Der grundverschiedenen Auffassung vom defensiven und vom offensiven Charakter der Brückenköpfe, wie sie der germanischen und der gallischen Nation zu eigen ist, hat schon i. J. 1697, als in den Ryswyker Friedensverhandlungen vergeblich versucht wurde, das 16 Jahre zuvor geraubte Straßburg wieder dem deutschen Reiche zu vereinen, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden treffend Ausdruck verliehen:

„Für Deutschland dient diese Stadt zu nichts anderem als einer ständigen Versicherung des Friedens, für Frankreich aber ist sie eine immerfort aufstehende Kriegspforte, woraus es, so oft es nur will, in das platte Land vorbrechen kann."

Zur „Sicherung" von Straßburg hat in der Tat Frankreich, so oft es die Macht dazu hatte, den Kehler Brückenkopf beansprucht, den es von 1801 bis 1813 und wieder von 1918 bis 1930 besetzt hielt — immer getreu dem Rate Marillacs, des Beraters Heinrichs II., „die Angelegenheiten Deutschlands in möglichster Verwirrung zu halten".

Brückenköpfe sind stets vorspringende Grenzausstülpungen und teilen mit allen übrigen Grenzausstülpungen die Eigenschaft, daß sie den einen Nachbar leicht zum Angriff reizen, den anderen dagegen militärisch unverhältnismäßig stark benachteiligen. Ob es sich dabei um einen nur kleinen einspringenden Zipfel handelt, wie den von Givet, der von Frankreich tief nach Belgien hineingreift, und den von Maine, mit dem die Ver. Staaten gegen das östliche Kanada vorstoßen, oder um eine Grenzausbuchtung ganz großen Stils, wie es von 1815—1914 diejenige Russisch-Polens im Verlauf der deutschen Ostgrenze war, ist dabei verhältnismäßig gleichgültig.

Europa leidet, infolge seiner langen und komplizierten historischen Entwicklung, viel mehr als die anderen Erdteile an unzweckmäßig ver-

1) Vgl. die trefflichen historischen Darlegungen in Paul Wentzckes Rheinkampf, Berlin-Grunewald 1925, sowie in Aloys Schultes Frankreich und das linke Rheinufer, Stuttgart-Berlin 1918.

Digitized by Google

laufenden Grenzführungen und Deutschland, sowohl vor 1914 wie nach 1918, vielleicht mehr als jedes andere Land, da sowohl Polen wie Böhmen und das Elsaß sehr starke Ausstülpungen in den Grenzverlauf hineintragen. Unverhältnismäßig hohe Geldsummen sind von allen Kontinentalstaaten Europas für die fortifikatorische Sicherung ihrer komplizierten Grenzen aufgewandt worden. Welche Riesenkapitalien investiert gegenwärtig z. B. Frankreich wieder, um sich von der schweizerischen bis zur belgischen Grenze eine „Chinesische Mauer" zu bauen! „Amerika, du hast es besser"; welche Geldmengen sind von ihm seit 1818 gespart worden durch den beiderseitigen freiwilligen Verzicht auf Befestigungen an der geradlinigen kanadisch-vereinsstaatlichen Grenze! Auch sonst kennt Nordamerika keine Festungen, und durch Art. 119 des Pacific-Abkommens vom 13. Dezember 1921 sind zudem grundsätzlich alle neuen Befestigungen östlich vom 110. Meridian verboten worden.

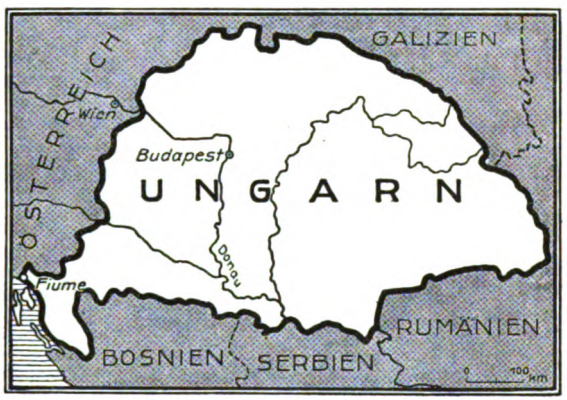

Fig. 43. Die kreisähnliche Gestalt des Vorkriegs-Ungarn.

In Europa sind die Staaten im allgemeinen — von der Schweiz abgesehen — nicht in der glücklichen Lage, ihren staatlichen Schutz für so gesichert anzusehen, daß sie auf kostspielige Festungen verzichten könnten. Wohl gibt es dort entwaffnete Staaten, die keine Festungen an den Grenzen anlegen dürfen, und daneben schwerbewaffnete Nachbarn, die bei erster Gelegenheit diese für sie günstige Situation zu einem neuen Eroberungskrieg auszunützen geneigt sind. Lediglich im Süden der gemeinsamen schwedisch-norwegischen Grenze, zwischen dem Meer und dem Gebirge, besteht seit 1905 derselbe vernünftige Zustand, wie an der vereinsstaatlich-kanadischen Grenze, daß beide Teile auf Befestigungen vertraglich verzichtet haben.

Das Ideal einer strategischen Grenze ist immer die ungefähr kreisrunde Form des Staates, die aber aus naheliegenden Gründen nur vereinzelt einmal ungefähr erreicht wird. Der Kreis gewährt eben die kürzeste Linie zur Verteidigung. Am besten näherte sich der Kreisgestalt das Ungarn der Vorkriegszeit (Fig. 43); recht nahe kommen ihr auch Frankreich, Spanien und Finnland. Die strategische Grenze des Deutschen Reiches war im Mittelalter bedeutend besser als im Bismarckschen Reich von 1871, doch hat immerhin die Staatskunst des Eisernen Kanzlers es verstanden, durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn einen starken Ausgleich für den unvorteilhaften Verlauf der deutschen Grenze zu schaffen. Versailles hat dann

Digitized by Google

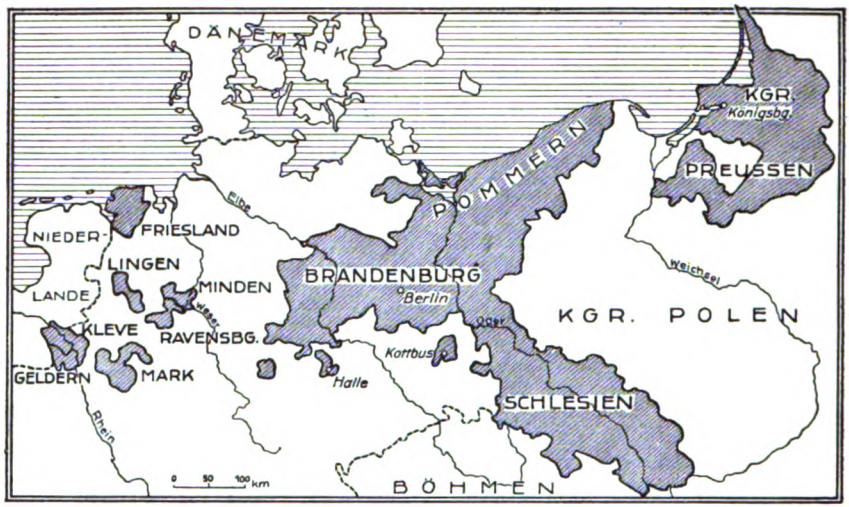

Fig. 44. Der preußische Staat um 1750 als Musterbeispiel einer unzweckmäßigen Gestalt.

freilich die Schäden und schwachen Stellen des deutschen Grenzverlaufes nur noch verschärft in die Erscheinung treten lassen. Die jetzige Grenze ist um so unerfreulicher, als durch die Verteilung der Gaben der Natur im Erdboden die gesamten deutschen Industriegebiete stark exzentrisch, zum Teil unmittelbar an der Grenze liegen. In dieser Hinsicht ist übrigens auch Frankreich ungünstig gestellt, da seine Hauptindustrie und seine Hauptstadt nicht fern der Nordostgrenze liegen. Die Unvorteilhaftigkeit dieser Lage ist bekanntlich 1914—18 in einer für das Land verhängnisvollen Weise in die Erscheinung getreten.

Eine gleichzeitig langgestreckte und schmale Form des Staates ist strategisch in der Regel natürlich ganz besonders unzweckmäßig, es sei denn, daß die beiden Längsseiten von der Natur selbst so hervorragend gut geschützt sind, wie es in Chile der Fall ist. Geradezu das Muster eines ungünstig geformten Staates war das Preußen Friedrichs des Großen etwa zur Zeit des 7jährigen Krieges (Fig. 44). Das Hauptstück reichte von Magdeburg bis Memel hinauf über 800 km

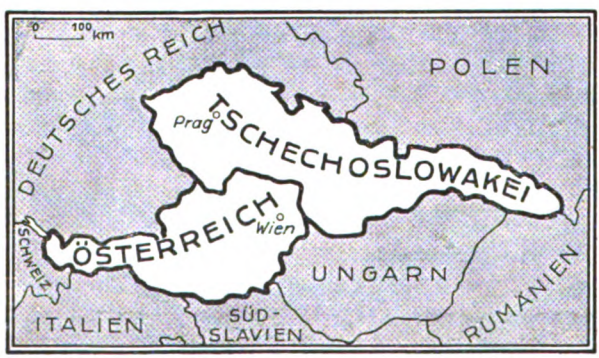

Fig. 45. Das neue Österreich und die Tschechoslowakei als Beispiele eines strategisch schlechten Grenzverlaufs.

Digitized by Google

Entfernung, war aber im Höchstfall nur 150 km breit und in der Mitte in zwei Teile auseinandergesprengt. An diesem Hauptstück saß der schlesische Zipfel von 350 km Länge, aber zum Teil nur 60 km breit. Und dazu gesellte sich dann, durch weite Landstriche getrennt, der Besitz am Niederrhein und Ostfriesland. Die Lücke zwischen seinen Stammlanden und Ostpreußen gelang es dem großen König selber noch i. J. 1772 anläßlich der 1. polnischen Teilung auszufüllen, aber der breite Riß zwischen der Elbe und dem Rhein wurde erst von Bismarck 1866 völlig zugestopft. Die sehr unzweckmäßige Längserstreckung hat Preußen auch nachher noch beibehalten, doch hat die Schaffung des Deutschen Reiches diesen Mangel mehr als ausgeglichen. Von den neuen Nachkriegsstaaten sind mit einem recht ungesunden Verhältnis zwischen Länge und Breite vor allem behaftet Österreich und die Tschechoslowakei (Fig. 45), die zurzeit in Europa die typischsten „Longitudinalstaaten"[1]) sind.

8. Wirtschaftliche Grenzen.

Wo scharfe Naturgrenzen vorhanden sind, fallen sie in der Regel mit den Grenzen wirtschaftlicher Einheitsgebiete zusammen. Wo sie aber fehlen, wie in den Ebenen, schafft der wirtschaftende Mensch selber oft Wirtschaftskomplexe, die aufs innigste politisch zusammengehören und die man so wenig zerreißen kann, wie eine komplizierte Maschine gut zu arbeiten vermag, wenn man lebenswichtige Teile aus ihr herausgenommen und zu gesondertem Dasein verurteilt hat. Die Zerschneidung Oberschlesiens in ein deutsches und ein polnisches Stück wird künftigen Zeiten nur ein abschreckendes Beispiel sein, bis zu welchem Paroxysmus der Unvernunft nationaler Haß und staatsmännischer Dilettantismus nach dem Weltkrieg sich austoben konnten. Eine Grenzziehung, die Städte von ihrem Gas- oder Elektrizitätswerk staatlich trennte, die bei Deutschland verbleibende Bergwerke dadurch entwertete, daß die zugehörigen Schachtanlagen auf polnisches Gebiet zu liegen kamen, darf den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den Weltrekord der Unsinnigkeit zu halten. Als höchst unzweckmäßig muß man auch die neue politische Regelung in Irland bezeichnen, die den irischen Freistaat von der noch zu Großbritannien gehörigen Provinz Ulster trennte und somit eine Zollgrenze mitten durch das deutliche Wirtschafts-Einheitsgebiet der Insel Irland hindurchlegte. Der Präsident von Irland, Cosgrave, hat nicht Unrecht, wenn er diese absonderliche staatliche Zerreißung der Insel als „nationales Unglück" bezeichnete.[2])

Wenn alle Teile eines großen, wirtschaftlich einheitlichen Gebietes gleichmäßig entwickelt sind und selbständig arbeiten können, läßt sich eine mitten durch dieses Gebiet hindurchlaufende politische Grenze ohne

1) Hans Simmer, Grundzüge der Geopolitik in Anwendung auf Deutschland, S. 4. München-Berlin 1928.

2) Zeitschr. f. Politik, 1929, S. 1.

Digitized by Google

Schwierigkeit ertragen. Die deutsch-französische Grenzziehung von 1871 hatte ahnungslos die unendlich reichen Minette-Erzlager, von deren Vorhandensein man damals noch nichts wußte, in einen deutschen, einen französischen und einen luxemburgischen Teil zerschnitten; aber diese Teile konnten jeder für sich ausgebeutet werden, keiner war auf den anderen angewiesen, und die hindurchlaufende Ländergrenze war daher ohne weiteres ertragbar. Schließlich ist auch das ganze rheinisch-westfälische, das südholländische und das belgische Industriegebiet eine wirtschaftlich einheitliche Charakterlandschaft, und trotzdem stören die vorhandenen politischen Grenzschnitte wenig oder gar nicht, denn jedes von den drei Ländern verfügt im Industriegebiet über eigene Kohlenlager und vermag daher eine Industrie unabhängig von den Nachbarn zu entwickeln. So wenig organisch daher diese Staatsgrenzen konstruiert sein mögen, sie sind dennoch von keiner Seite und zu keiner Zeit als so unerträglich empfunden worden, wie es bei der oberschlesischen Grenzziehung der Fall war und noch ist.

Einige Beispiele für ausgesprochen wunderliche wirtschaftliche Grenzziehungen gewährte die Landkarte des Afrika der Vorkriegszeit. Die nächst dem afghanischen Nordostzipfel von 1895 (vgl. S. 211) wohl sonderbarste Grenzziehung der Erde bot der sogenannte Caprivizipfel dar, der sehr lange und sehr schmale Landstreifen, mit dem der Norden des Schutzgebietes Deutsch-Südwest hinübergriff bis zum Sambesi. Dieser Caprivizipfel war die denkbar typischste Konstruktion vom grünen Tisch. Nicht nur betraf er ein noch so gut wie gänzlich unbekanntes Ländergebiet — erst i. J. 1905/6 fand die erste Forschungsexpedition dorthin statt — sondern darüber hinaus war die Anlage selbst von Grund auf verfehlt. Die Absicht, Deutschland mit jenem im Vertrag vom 1. Juli 1890 erworbenen Zipfel einen „Zugang zum Sambesi" zu schaffen, war an sich gut gemeint, aber ganz unsinnig verwirklicht, denn wenn überhaupt je eine brauchbare Verkehrsverbindung vom eigentlichen Südwest zum Sambesi geschaffen worden wäre, was auch im günstigsten Fall noch viele Jahrzehnte dauern mußte, so wäre praktisch damit nichts erreicht worden, da der Caprivizipfel den Sambesi oberhalb des großen Viktoriafalls erreichte, so daß von einer Verkehrsausnutzung des Stromes niemals hätte die Rede sein können — ein abschreckend lehrreiches Beispiel, was herauskommt, wenn nur juristisch vorgebildete Verwaltungsbeamte über wirtschaftliche und geographische Dinge selbständig entscheiden.

Nicht ganz so sonderbar, aber immerhin eigentümlich genug waren die Ostzipfel, die der deutschen Kamerun-Kolonie angehängt worden waren. Der im Grenzvertrag mit Frankreich vom 15. März 1894 durchgesetzte „Entenschnabel" Kameruns, der im Nordosten die Verbindung mit dem Schari und dem Tsad-See gewährleistete, hatte im Hinblick auf die Zukunft unzweifelhaft Berechtigung, wenngleich es bis 1914 noch nicht möglich gewesen war, ihn für Deutschland praktisch nutzbar zu machen. Dagegen waren die als Abschluß der Marokkokrise im Austausch gegen deutsche

Digitized by Google

Ansprüche im Scherifenreich heimgebrachten, neuen, beiden „Kiderlen-Zipfel" Kameruns recht merk- und fragwürdige Gebilde. Der Vertrag vom 4. November 1911, der sie ins Leben rief, sollte Deutschlands Kolonie einen Zugang zum Kongo und Sanga eröffnen, an denen Frankreich zuerst auf dem Plan erschienen war, so daß der 1894er Grenzvertrag Kamerun vom wichtigsten Stromgebiet Zentralafrikas abgeriegelt hatte. Aber nur ein Angrenzen in breiter Front hätte wirklichen Wert gehabt; eine Nachahmung des südwestafrikanischen Caprivizipfels in kleinerer Auflage hätte auch bei viel längerem deutschen Besitz dieses Territoriums schwerlich jemals wirtschaftliche Erfolge zeitigen können, am allerwenigsten am Sanga. Hier war nämlich Deutschland mit seinem neuen Landerwerb in eines der schlimmsten afrikanischen Schlafkrankheits-Gebiete hineingeraten, so daß das boshafte Witzwort geprägt werden konnte: ganz sicher habe das Sprichwort recht, daß eigener Herd Goldes wert sei, aber es sei doch etwas fraglich, ob dies auch für den Herd der Schlafkrankheit zutreffe.

Aus rein wirtschaftlichen Gründen möchte ferner z. Zt. Frankreich seine Grenze gegen Deutschland über das Saargebiet ausdehnen und läßt bekanntlich alle Minen springen, um dies urdeutsche Land zu annektieren. Hier besteht zwischen der erstrebten wirtschaftlichen und der ethnographischen Grenze ein offensichtlicher und nicht zu beseitigender Widerspruch. Um ihn zu verwischen, hat ja in Versailles der alte Clémenceau dem auf ethnographische Grenzen eingeschworenen, im übrigen in europäischer Geographie völlig unwissenden Wilson eine Eingabe aus dem Saargebiet — eine „bestellte Arbeit" — in die Hand gespielt, worin gesagt war, 150 000 Saarbewohner stammten von ehedem (nämlich in den Erobererzeiten Napoleons I.!) einmal französisch gewesenen Untertanen ab, und hat sie ihm in der Weise mundgerecht gemacht, daß er ihm die Meinung beibrachte, im Saargebiet, wo kaum 100 Franzosen lebten, gäbe es deren 150 000, und sie wünschten dringend die Vereinigung mit Frankreich. Dieses „corriger la fortune" bewirkte, daß der zuweilen wirklich nicht sehr intelligente Wilson die Zustimmung zu den berüchtigten Saar-Artikeln 45—50 des Versailler Diktats gab. Erst i. J. 1935 soll nun die Volksabstimmung im Saargebiet darüber entscheiden, ob hier die ethnologische oder die wirtschaftliche Grenze obsiegt (vgl. Fig. 46).

Ein weiterer Kampf zwischen wirtschaftlicher und ethnologischer Grenze hat sich im Weltkrieg um Triest abgespielt. Triest, obwohl vorwiegend von Italienern bewohnt, war einem gesunden geopolitischen Instinkt gefolgt, als es sich, schwer bedrängt von Venedigs überragender Macht, i. J. 1382 freiwillig dem Habsburger Reiche anschloß. Nach 1866 der einzige österreichische Handelshafen, hat es in dieser Eigenschaft, auf ein großes und leistungsfähiges Hinterland gestützt, einen riesigen wirtschaftlichen Aufschwung genommen: die Entscheidung für die „wirtschaftliche Grenze" unter Verzicht auf die ethnologische gereichte der Stadt zum Segen. Nicht aus sich heraus, sondern von außen, von

Digitized by Google

Rom gezwungen, mußte die Stadt dann 1918 die ethnologische Grenze für die wirtschaftliche eintauschen; das Hinterland ging ihr fast restlos verloren, und die heute nur allzu deutlich zutage liegende Folge war ein rasches Herabsinken zu weitgehender Bedeutungslosigkeit. Was war Triest 1913, und was ist es heute, da die Irredenta erlöst worden ist?

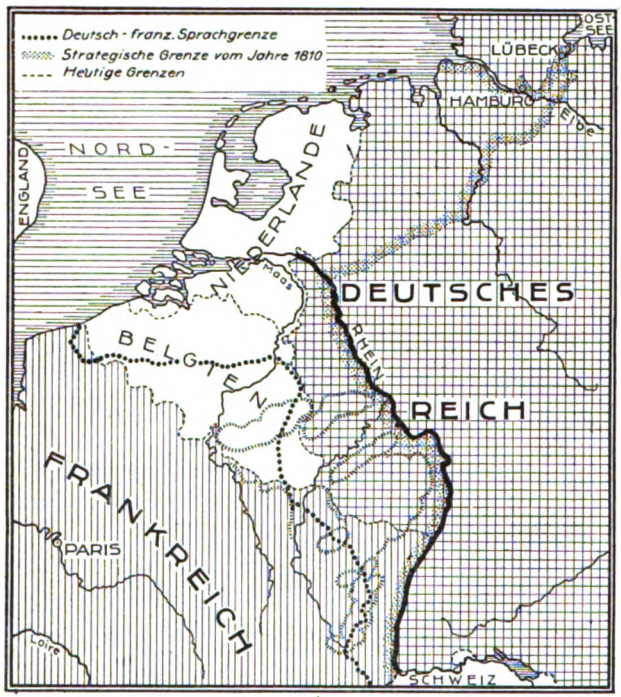

Fig. 46. Das Ringen zwischen ethnologischer, wirtschaftlicher und strategischer Grenze.

Wo mit der Erreichung der ethnologischen Grenze ein allzu schwerer wirtschaftlicher Nachteil verbunden ist, wird das „Selbstbestimmungsrecht" der Völker und der Gemeinden leicht der wirtschaftlichen Grenze den Vorzug vor der ethnologischen geben. Trotz ihres stark griechischen Charakters hätten sich Saloniki und Smyrna wohl, ähnlich wie Triest, erheblich besonnen, ob sie in einer Abstimmung ihre Wirtschaftsfäden zum Hinterland zugunsten einer Vereinigung mit den Stammesgenossen freiwillig zerschneiden sollten. Käme der Vorteil einer etwaigen wirtschaftlichen Vereinigung des Saargebietes mit Frankreich merklich auch dem ersteren und nicht einseitig nur dem letzteren zu gute, so könnte niemand prophezeien, ob die Abstimmung von 1935 dasselbe Ergebnis haben würde, das man ihr nunmehr mit Sicherheit voraussagen kann. Im allgemeinen freilich haben die letzten Jahre gezeigt, daß auch bedeutende materielle Augenblicksvorteile nicht leicht zu einer Verleugnung des Volkstums führen, daß also heute meist die ethnologische Grenze vor der wirtschaftlich vorteilhaften bevorzugt wird. Die Volksabstimmungen in der zweiten schleswigschen Zone (14. März 1920), in Masuren (11. Juli 1920), in Oberschlesien (20. März 1921), im Burgenland und in Kärnten (10. Oktober 1920) haben dies deutlich bestätigt. Den grundsätzlichen Anhängern der wirtschaftlichen Grenzen sollten diese Erfahrungen immerhin sehr zu denken geben.

Digitized by Google

Am schärfsten prallen die Gegensätze zwischen den Anforderungen der wirtschaftlichen und der ethnologischen Grenzführung gegenwärtig unzweifelhaft an der Weichselmündung aufeinander. Wirtschaftlich gehört der Mündungshafen Danzig selbstverständlich aufs allerengste mit dem gesamten Weichselgebiet und mit Polen zusammen, und die hohe Blüte des Danziger Hafens im ausgehenden Mittelalter beruhte vollkommen auf dieser engen Verbindung, auf der Ausfuhr des Getreides aus Polen, der damaligen Kornkammer Europas, kurzum auf der Vereinigung im selben Staat. Aber nachdem 1772 Danzig an Preußen gekommen und sich seit 1871 als Hafen des Deutschen Reiches, trotz der mangelnden Verbindung mit dem polnisch-russischen Hinterlande, zu noch höherer Blüte als im 15. Jahrhundert emporgeschwungen hatte, ist dort, im Gegensatz zu Triest und Smyrna, das nationale Fühlen innerhalb der zu 98% deutschen Bevölkerung stärker geworden als der wirtschaftliche Anreiz einer neuen Vereinigung mit dem kulturell rückständigen Polen. Blut ist dicker als Wasser, so fühlt sich auch Danzig mehr zur Blutverbindung nach Westen als auf die Wasserverbindung nach Südosten hingezogen. —

Am Rande sei bemerkt, daß wehrlosen Staaten gegenüber durch die Möglichkeit, bald mit wirtschaftlichen, bald mit ethnologischen, bald mit strategischen und „natürlichen" Grenzen als den einzig berechtigten zu jonglieren, die Handhabe zu Schädigungen um jeden Preis gegeben ist. In Oberschlesien mußten die innigsten wirtschaftlichen Zusammenhänge zugunsten der ethnologischen Grenze zerrissen werden, im Elsaß aber, in Böhmen und Tirol wurden umgekehrt die ethnologischen, sprachlichen und kulturellen Zusammenhänge als belanglos beiseite geschoben und den strategischen und wirtschaftlichen Anforderungen oder gar historischen Vorwänden geopfert. Selbstsucht und Macht werden immer wieder die Grenzen ziehen; es gibt keine „gerechten Ansprüche" auf Grenzen, denen der Gegner nicht ähnlich gut begründete Gegenansprüche, wenigstens zum Schein, entgegenstellen kann. Es ist leider richtig, was Simmer sagt[1]):

„Kein Volk hat ein Anrecht auf eine ganz bestimmte Natur- oder „natürliche" Grenze, also auch nicht auf völkische und physische, weil kein Kulturstaat in allen Einzelheiten durch seine „natürlichen" Grenzen vom Nachbarlande abzugrenzen ist."

Leidlich jeden Zweifel in dieser Hinsicht ausschließend sind nur die Meeresgrenzen. Der Inselstaat England ist bezeichnenderweise der einzige in Europa, der im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts keine Änderung seiner staatlichen Grenzen erlebt hat und der auch im 18. und 17. Jahrhundert schon immer derselbe geblieben ist.

Selbst die Meeresgrenze aber verliert ihre mustergültige Klarheit, wenn zwischen den vom Meer begrenzten Staaten noch Inseln liegen, auf die beide Nachbarn Anspruch erheben. So ist Korsika, trotz einer fast ganz italienischen Bevölkerung, seit 1769 eine französische Insel. Umgekehrt

1) Hans Simmer, a. a. O., S. 14.

Digitized by Google

ist auf den zum französischen bzw. normannischen Sprachgebiet gehörigen Kanalinseln Jersey, Guernsey usw. die britische Herrschaft seit den Tagen der englischen Erobererkriege auf französischem Boden erhalten geblieben. Selbst das unmittelbar vor der deutschen Küste liegende Helgoland war, nachdem die Engländer es 1807 den Dänen mitten im Frieden fortgenommen und später im Kieler Frieden (14. Januar 1814) behalten hatten, bis zum deutsch-englischen Kolonialvertrag vom 1. Juli 1890 in britischer Hand gewesen. Und noch jüngst erlebten wir den schwedisch-finnischen Konflikt wegen der Ålandsinseln, auf die Finnland mit Erfolg Anspruch erhob, obwohl sie ethnographisch unweigerlich zu Schweden gehörten.

Die nicht ganz seltenen Fälle, in denen die Mündung eines wichtigen Flusses einem anderen Staate als der Hauptlauf gehört, werden in der Regel gleichfalls Reibungsflächen aus wirtschaftlichen Gründen abgeben. Schon oben wurde in ähnlichem Zusammenhang auf die Schelde- und die Weichselmündung hingewiesen. Daß Deutschland die Rheinmündung nicht besitzt, ist geopolitisch nur deshalb tragbar, weil Deutschland über eine Reihe von anderen wertvollen Seehäfen verfügt. Wäre Deutschland auf den Rhein allein oder hauptsächlich als Binnenschiffahrtsweg zum Meere angewiesen, so würde unzweifelhaft die territoriale Abschneidung von der Mündung ähnlich unliebsam empfunden werden, wie es in Belgien bezüglich der Scheldemündung geschieht.

Während am Rhein Deutschland Herr des Hauptflusses, aber nicht seiner Mündung war, hatte es im Osten vor 1914 umgekehrt nur die Mündungen von Weichsel und Memel im Besitz, nicht den größeren Teil der Flüsse selbst, die vielmehr zu Rußland gehörten. Die Russen haben dies sehr ungern gesehen und sie bemühten sich nach Kräften, den Außenhandel Polens und Litauens von seinen natürlichen Flußmündungshäfen fort- und ihren baltischen Häfen zuzuführen. Ihr Bestreben hatte nur bescheidenen Erfolg, aber gerade das vergebliche Ankämpfen gegen naturgegebene Wirtschaftstatsachen hat damals ihren Wunsch angestachelt, sich zu Herren von Danzig und Memel zu machen. In der Nachkriegszeit hat dann Litauen durch die gewaltsame Fortnahme der deutschen Stadt Memel am 13. Januar 1923 die wirtschaftliche Einheit zwischen Memelstrom und Mündungsgebiet (mit Ausnahme von Tilsit) vorläufig erreicht, wenn auch wieder auf Kosten der „ethnographischen Grenze". Polen dagegen hat Danzig bisher nur umspinnen, aber noch nicht verspeisen können. Jedenfalls verspürt der kleine Danziger Staat schmerzlich die Wahrheit des Artur Dixschen Wortes[1]):

„Für einen kleinen Staat ist es eine gefährliche Sache, ein Stuhlbein auf dem Fuß einer Großmacht zu haben."

Ähnlich liegen die Verhältnisse bezüglich einiger spanischer Flüsse, deren Mündung den Portugiesen gehört. Wenn sich hier trotzdem Reibungen nie ergeben haben, so liegt dies daran, daß der Duero und der

1) A. a. O., S. 87.

Digitized by Google

Tajo als Schiffahrtsstraßen keine nennenswerte Bedeutung haben. Auch Siam empfindet es übel, daß die Mündung seines wichtigsten Stromes, des Mekong, vollständig im französischen Kolonialgebiet liegt; aber es ist vorläufig natürlich machtlos gegen alles, was die Westmächte bestimmen. Die Vereinigten Staaten jedoch haben sich von der politischen Geographie unabhängig gemacht, indem sie den Großen Seen, die ihren natürlichen, wenn auch z. T. schlecht schiffbaren Abfluß über kanadisches Gebiet aufweisen, eine ausgezeichnete Wasserstraßen-Seitenverbindung mit New York durch den schon 1816—26 gebauten, 1905—15 großartig modernisierten Eriekanal verschafft haben. Dagegen macht es den Vereinigten Staaten nicht viel aus, daß die Mündung des nur mangelhaft schiffbaren Coloradoflusses auf mexikanischem Boden liegt, ähnlich wie sie im 18. Jahrhundert noch keinen Anstoß daran nahmen, daß sich von 1783 bis 1800 quer über die Mississippimündung ein Riegel spanischen Gebietes legte. Umgekehrt war es für das Brandenburg des Großen Kurfürsten kaum tragbar, daß ihm nur ein hafen- und daher wertloses Stück der hinterpommerschen Seeküste gehörte, während die wertvolle Odermündung mit Stettin in schwedischer Hand war. — Weiterhin hatte in Afrika England, wie schon erwähnt (S. 119), die Mündung des Grenzflusses der Goldküste gegen Togo, des Volta, beidufrig an sich gebracht, andrerseits floß im Osten der Rovuma, der Grenzfluß zwischen Deutsch-Ostafrika und Mozambique, in seiner Mündungsstrecke durch rein deutsches Gebiet; da 1894 Deutschland das rechtsufrige Kionga-Dreieck zwischen dem Rovuma und dem Kap Delgado, als zum früheren Besitz des Sultans von Sansibar gehörig, mit dem Verwaltungsbezirk Lindi vereinigt hatte. Erst nachdem England Herr in diesem Gebiet geworden war, ist der Kionga-Zipfel, als Teil des „zu treuen Händen anvertrauten" Mandatslandes, den Portugiesen zum Geschenk gemacht und der Rovuma bis zur Mündung zum Grenzfluß gemacht worden.

Ein letztes Wort in diesem Kapitel über die Staatengrenzen gebührt jenen absonderlichen Fällen, wo Grenzerweiterungswünsche nicht von ganzen Staaten und Völkern, sondern von gewissen Volkssplittern in Gestalt politischer Parteien oder religiöser Gemeinschaften befürwortet oder auch befehdet werden.

Das wunderlichste Beispiel hierfür bot Rumänien vor 1914 dar. Die konservativen Kreise wünschten die Einverleibung Bessarabiens, weil der dort vorherrschende Großgrundbesitz ihren politischen Einfluß vermehren sollte; die liberalen Elemente dagegen richteten ihre Wünsche nach einem Groß-Rumänien gegen Westen, nach dem östlichen Ungarn, weil sie sich von den dort überwiegenden bäuerlichen Kleinsiedelungen einen lebhaften Aufschwung des ihnen am Herzen liegenden Getreidehandels versprachen. Der Ausgang des Weltkriegs hat dann das schon besiegte Rumänien als einen Haupt-Kriegsgewinnler unter den Staaten beide Wünsche verwirklicht sehen lassen.

Wenn andererseits bei den holländisch sprechenden Flamen Belgiens, trotz ihrer Autonomiewünsche und scharfen Gegensätze zu den Wallonen

Digitized by Google

sowie weitgehender Kultur- und Sprachgemeinschaft mit den Niederländern, keine nennenswerte Neigung zur politischen Vereinigung mit Holland besteht, so ist ausschließlich der Umstand daran schuld, daß die Flamen dem katholischen, die Holländer dem reformierten Bekenntnis huldigen. Während sonst in unseren Tagen die Staatengrenzen vorwiegend durch ethnographische, sprachliche, wirtschaftliche oder strategische Erwägungen bestimmt werden, wirken also hier auch die religiösen Gegensätze noch einmal mit, die sonst in den Kulturländern unserer Tage, soweit außenpolitische Fragen zur Erörterung stehen, glücklicherweise zumeist überwunden sind, nachdem sie in den Tagen des Schmalkaldischen und Dreißigjährigen Krieges an Bedeutung fast alle anderen Beziehungen in der Politik deutscher Fürsten gegenüber dem Ausland übertönt und überwuchert hatten. Der jahrhundertelange, schwere Gegensatz zwischen Irland und England, der erst in unseren Tagen leidlich ausgeglichen worden ist, hat bekanntlich durch die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses gleichfalls eine bedeutende Zuspitzung erfahren, und die Abneigung der deutschen und litauischen Memelländer gegen die vom Völkerbund unter Vergewaltigung des Volkswillens erzwungene Eingliederung in den litauischen Staat wird durch die Verschiedenartigkeit des religiösen Bekenntnisses kaum weniger verschärft als durch das Bewußtsein der kulturellen Überlegenheit. Auch die scharfe Abneigung vieler Kroaten gegen den jugoslawischen Muß-Staat wird verstärkt durch die Tatsache, daß die Kroaten römisch-katholisch, die Serben orthodox sind.

9. Wachstumsspitzen.

Haushofer hat in die Geopolitik den durchaus glücklichen Begriff der „Wachstumsspitzen" eingeführt. Er versteht darunter jenes Vorstadium der territorialen Ausdehnung eines Staates, das sich in der Erwerbung von nicht allzu fern gelegenen Machtstützpunkten, Exklaven, auswirkt. Doch kann auch die Erwerbung überseeischer Besitzpunkte unter die „Wachstumsspitzen" gezählt werden[1]), wenn diese Erwerbungen als Kern eines größeren kolonialen Landerwerbs gedacht sind oder doch mindestens zu einem solchen Anlaß geben können.

Wachstumsspitzen waren für das Frankreich Ludwigs XIV. die im Westfälischen Frieden durchgesetzten Zuerteilungen von Exklaven auf reichsdeutschem Boden (Breisach, Sundgau, Landgrafschaft Ober- und Unter-Elsaß), die den unmittelbaren Anlaß dazu gaben, einige Jahrzehnte später durch die Wegnahme des ganzen Elsaß und Lothringens den territorialen Zusammenhang zwischen den 1648 gewonnenen Gebieten und dem Mutterland herzustellen (Fig. 47). Eine Wachstumsspitze der schweizerischen Eidgenossenschaft war früher Genf, das bis 1798 durch

1) Vgl. J. März, Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen. München-Leipzig 1923.

Digitized by Google

einen französischen „Korridor" von der übrigen Schweiz getrennt war. Eine außerordentlich charakteristische Wachstumsspitze war dann in neuerer Zeit die russische Zwangs-„Pachtung" der chinesischen Liautung-Halbinsel mit Port Arthur i. J. 1898. Von der Zarenregierung war diese Erwerbung nie anders gedacht gewesen denn als ein starker Hebel, die

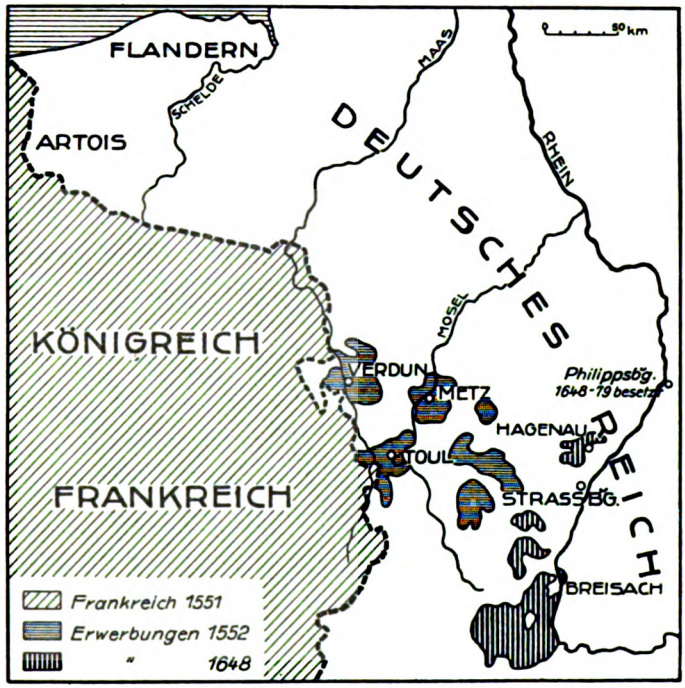

Fig. 47. Französische Wachstumsspitzen auf deutschem Boden im 16. und 17. Jahrhundert.

Mandschurei aus dem chinesischen Staatskörper herauszubrechen und als neurussisches Verbindungsstück zwischen Port Arthur und Sibirien einzufügen. Es kann ferner kaum einem Zweifel unterliegen, daß der i. J. 1867 erfolgte Kauf Alaskas durch die Vereinigten Staaten lediglich den Sinn einer Wachstumsspitzen-Schaffung hatte, wenn diese Politik auch auf lange Sicht eingestellt war. „Alaska in der Hand der Union wartet auf Kanada", sagt Kjellén[1]) mit vollem Recht. Ebenso sollte der i. J. 1903 erfolgte vereinsstaatliche Ankauf der mittelamerikanischen Kanalzone von der mit sanftem Zwang ins Leben gerufenen Republik Panama nicht nur der unbehinderten Herstellung des Kanals selbst dienen, sondern war ebensosehr als Aufsteckung einer Zielmarke zu bewerten, bis zu der in einer Reihe von Jahrzehnten die Südgrenze der Union erweitert werden sollte. Daß man in Washington dieses Ziel zäh weiter verfolgt,

1) Die Großmächte und die Weltkrise, S. 125/6.

Digitized by Google

ist aus der neuerdings wachsenden Einnistung der Vereinigten Staaten in Mexiko und vor allem in Nikaragua, Panama und anderswo sehr deutlich zu ersehen.

Die Wachstumsspitzen gleichen in der Dynamik der Staatenbildung der vorläufigen Errichtung eines Gerüstes für ein geplantes Bauwerk. Bei der Herstellung schwieriger Hängebrücken wird ja wohl auch zunächst ein freischwebendes Ende in die Luft hinaus vorgestreckt, bis schließlich der Baumeister durch organische Verbindung die freien Enden in das Gesamtwerk einfügt.

In geradezu typischer Weise tritt uns die Bedeutung der Wachstumsspitzen für das Zurechtzimmern einer neuen Großmacht in der Geschichte Brandenburg-Preußens im 17., 18. und 19. Jahrhundert vor Augen. In der wunderlichen Länderkarte des Deutschen Reiches vor und nach dem Westfälischen Frieden war infolge der verwickelten dynastischen Erbfolgen die Zahl der Exklaven und Wachstumsspitzen der Staaten wohl kaum minder groß als die der Staaten selbst, die i. J. 1378 bereits 366 und nach den 1648er Friedensschlüssen immerhin noch die stattliche Zahl von 355 erreichte. In dieser Atomisierung Deutschlands bildete sich als neuer, fester Kristallisationskern bekanntlich der brandenburgische, später der preußische Staat heraus. 1613 fiel dem Stammland der Hohenzollern zunächst Jülich-Cleve-Berg im fernen Westen als Wachstumsspitze zu, 1618 Preußen im ebenso fernen Osten, 1744 Ostfriesland, alle vollkommen getrennt vom Zentralgebiet des Staates und unter sich (vgl. S. 142/3). Der Hubertusburger Frieden erhob das friderizianische Preußen zum Range einer Großmacht, aber niemals sonst sah die Geschichte einen Staat vom Range einer Großmacht, der eine so unzweckmäßige Gestalt aufwies wie das Preußen der Jahre 1744—1772. Mit Recht ist einmal gesagt worden[1]):

„Wollte Preußen sich als Großmacht nicht bloß behaupten, sondern überhaupt nur zur Geltung bringen, so mußte es, dem ehernen geopolitischen Notzwang zufolge, danach trachten, die zerstreuten Trümmer seines Staates zu einem kompakten Staatsgefüge zu verbinden und Anteil an dem offenen Weltmeere, d. h. an der Nordsee, zu erlangen."

Die erste polnische Teilung schlug 1772 die Landbrücke nach Ostpreußen hinüber, die wenig kluge zweite und dritte Teilung, die ein Staatsmann wie der Große Friedrich wohl schwerlich vorgenommen hätte, belastete dann Preußen aber nur mit einem slawischen Bleigewicht, wie jetzt Polen an seinem deutschen Bleigewicht trägt: es gab von 1795 bis 1807 fast ebensoviele Polen wie Deutsche in Preußens Grenzen! Der Tilsiter Frieden (9. Juli 1807) befreite den Staat von diesem Ballast, der zweite Pariser Frieden (20. November 1815) schlug dafür den größten Teil des deutschen Rheinlands zu Preußen und legte, um mit Dietrich Schäfer zu sprechen, „Deutschlands Zukunft auf Preußens Schultern". Dennoch

1) Georg Widenbauer in den „Alldeutschen Blättern" 25. Dezember 1926, S. 2/3.

Digitized by Google

bestand das von Joseph von Görres über Preußen gesprochene Wort zu Recht: „Diese Großmacht streckt ihre schwächlichen Arme aus von Memel bis Luxemburg".

Erst 1866 schuf ein territorial einheitliches preußisches Staatsgebilde. Aber die für die Verteidigung außerordentlich ungünstige Form mit ihrer ungebührlich starken West-Ost-Erstreckung, ihren gewaltigen Grenzeinstülpungen, ihrer geringen Nord-Süd-Ausdehnung mit der bedrohlich engen „Wespentaille" zwischen der sächsischen und der mecklenburgischen Grenze, also gerade in der Mitte, dort, wo Berlin liegt, diese ungünstige Staatenform der Zeit vor 1871, die sich noch heute, wie in einem Negativ, in der Anlage und Form des norddeutschen Eisenbahnnetzes widerspiegelt, sie war geopolitisch keiner der geringsten Anreize zur Schaffung zunächst des Norddeutschen Bundes und dann des Deutschen Reiches, wodurch die Schäden und Gefahren der schlechten Grenzen mit einem Schlage ausgeglichen wurden. Die Wachstumsspitzen von 1613, 1618, 1744, 1815 hatten 1871 ihren Zweck in denkbar vollkommenster Form erfüllt: die 148 deutschen Staaten, die es noch zu Neujahr 1803 gab, waren (mit Liechtenstein und Luxemburg) in der Außenpolitik auf 4 zusammengeschmolzen!

Auch im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart finden wir „Wachstumsspitzen". Große Konzerne, Trusts, Banken usw., schaffen sich durch Erwerb von Aktienpaketen, Fabriken usw. ebenfalls Wachstumsspitzen und sind auf Steigerung ihrer Macht durch Zellenbildung in fremden Interessensphären bedacht. Im kleinen zeigt uns die Ausdehnungspolitik moderner großer Städte dasselbe Bild wie die Expansionspolitik der Staaten im großen. Es ist durchaus angebracht, auch von einem Imperialismus städtischer Gemeinwesen zu sprechen: sie folgen eben, genau wie die jugendkräftigen Staaten, dem Gesetz des Wachstumszwanges.

Haushofer unterscheidet fünf verschiedene Typen von Wachstumsspitzen. Bei weitem nicht alle von ihnen kommen schließlich zur vollen Entwicklung, zur Entfaltung der politischen Zwecke, wegen deren sie ursprünglich begründet waren. Kriegerische Ereignisse, gewandelte politische Konstellationen, Verkehrsverschiebungen können sie überflüssig oder rudimentär machen, aber auch plötzlich zu ungeahnter Bedeutung emporwachsen lassen, wie es z. Zt. bei einigen bislang unbeachteten, weltenfernen Inselchen für die neuen Zwecke des transozeanischen Luftverkehrs der Fall ist. Deshalb hat Haushofer recht, wenn er folgendes Schema der Wachstumsspitzen[1]) aufstellt:

1. Erloschene Wachstumsspitzen. Beisp.: Port Arthur, Tsingtau, Alaska (f. Rußland).
2. Im Rückgang befindliche Wachstumsspitzen. Beisp.: Macao, Weihaiwei, Miquelon.
3. Latent gewordene Wachstumsspitzen. Beisp.: Gibraltar, Guyana.
4. Langsam wachsende Wachstumsspitzen. Beisp.: Alaska (f. d. Ver. St.), Panama.
5. Schnell wachsende Wachstumsspitzen. Beisp.: Singapur.

1) Vgl. hierzu Joh. März, Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen. München-Leipzig 1923.

Digitized by Google

Jugendliche Staaten, falls sie nicht von vornherein allzu zart und schwächlich sind, wie Panama, Albanien usw., werden besonders gern jede Gelegenheit wahrnehmen, sich Wachstumsspitzen als Wechsel auf die Zukunft zu verschaffen. An Beispielen ist seit 1919 kein Mangel. Aber selbst ein Land wie die Vereinigten Staaten, das noch innere Kolonisation größten Umfangs pflegen kann, ein Land, das zu den räumlich ausgedehntesten und dazu reichsten der Welt gehört, hat dennoch selber jede Gelegenheit, sich zu erweitern, benutzt, zumal, nachdem es sich 1898 bewußt der imperialistischen Politik verschrieben hatte. Seit 60 Jahren haben sich die Vereinigten Staaten folgende Wachstumsspitzen gesichert:

	Größe in qkm	Bewohnerzahl
Alaska	1 530 328	60 000
Hawai	16 701	333 000
Philippinen	297 905	10 500 000
Guam	544	17 000
Samoa (Tutuila, Manua, Rosa, Swains-Land)	200	10 000
Panamakanal-Zone	1 432	35 600
Porto Rico	8 896	1 417 000
Jungfern-Inseln (25. Jan. 1917 den Dänen abgekauft)	138	26 050

Manche Staaten, die ehemals einen sehr starken Wachstumsdrang besaßen und eine ganze Anzahl von Wachstumsspitzen aufzuweisen hatten, sind heute in das Alters- und Schrumpfungsstadium eingetreten, haben kein Verlangen mehr nach Ausdehnung, weisen womöglich sogar, um einen Ausdruck Hermann Lautensachs zu gebrauchen[1]), „Verkümmerungsspitzen", z. T. sogar eine „Raumentblätterung" (Maull[2]) auf und sind zufrieden, wenn ihnen ihr gegenwärtiger Rest eines einst sehr viel ausgedehnteren Landbesitzes gelassen wird. Hierher gehören Schweden, Norwegen (das sich allerdings letzthin um Spitzbergen, Jan Mayen und zwei antarktische Inseln erweitern konnte), Spanien, Portugal, die Türkei. Bei diesen Staaten ist der einst rege Wachstumstrieb erloschen, was ihrer Lebensfähigkeit jedoch keinen Eintrag zu tun braucht.

10. Innere Kolonisation.

Der Grund für die eintretende Altersresignation der Staaten liegt fast immer in schweren Erfahrungen, die sie zwingen, mehr auf innere Konzentration als auf äußere Expansion bedacht zu sein. Als Schweden 1809 Finnland verloren hatte, empfahl kein Geringerer als Esajas Tegnér, der Dichter der Frithjof-Sage, seinen Landsleuten, sich einen Ersatz für das verlorene Land in der Kolonisation im eigenen Lande zu suchen. Und

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1924, S. 44.

2) A. a. O., S. 104.

Digitized by Google

als es in derselben Zeit den Anschein hatte, daß die deutschen Staaten auf nicht absehbare Zeit in Hörigkeit von Frankreich bleiben müßten, raffte sich Preußen zu jener bekannten seelischen Wiedergeburt auf politischem, sozialem, künstlerischem und kulturellem Gebiet auf, die nicht genug bewundert werden kann und die in der inneren Kräftesammlung Ungarns und der Türkei nach der Flügelstutzung von 1919/20 ein Gegenstück findet.

Auch andere Staaten, die noch keineswegs Alterserscheinungen aufweisen, noch keineswegs zu dem Standpunkt resignierten Verzichts auf weltpolitische Betätigung gelangt, die aber zur Zeit dennoch behindert sind, so zu wachsen, wie es ihrem dichten Bevölkerungsstande angemessen ist, geben sich gern mit großen Problemen innerer Kolonisation ab. Holland legt seine Zuydersee trocken und wird damit den Flächenraum des Landes friedlich um ein Siebentel vergrößern; mit diesen großartigen Trockenlegungen, die schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts am Haarlemer Meer begannen, schafft es sich gewissermaßen Ersatz für das 1830—39 verlorene Belgien. Japan bemüht sich auf dem noch verhältnismäßig schwach besiedelten Hokkaido, trotz des für den Reisbau schon ungeeigneten Klimas seine wachsenden Volksmengen anzusiedeln; Italien hofft in den Fiebergegenden der Campagna und der Pontinischen Sümpfe durch energische hygienische Maßnahmen neues Ackerland in der Heimat gewinnen zu können. Zu allen derartigen Arbeiten gehört ein hohes Maß von sittlicher Energie und von finanziellem Opfermut. Es ist ganz unvorstellbar, daß ein mit Landüberfluß gesegnetes Land, wie Rußland oder Argentinien, Kanada und Australien sich entschließen könnte, in ähnlicher Weise eine zunächst immerhin kostspielige innere Kolonisation zu treiben.

Eine Art von innerer Kolonisation, ein Ersatz für fehlende Wachstumsmöglichkeit ist ferner die Industrialisierung. Eine in großem Stil durchgeführte Entwicklung der Industrie gestattet gewaltige Menschenmengen in einem früher nie für möglich gehaltenem Umfang auf engem Raum unterzubringen und zu ernähren. Aber manchen übervölkerten Ländern, die solche Industrialisierung bitter notwendig hätten, fehlen die dafür unbedingt nötigen Rohprodukte Kohle und Eisen, so vor allem Italien und Japan. Deutschland hat es durch den seit den 70er und 80er Jahren in vollem Umfang einsetzenden Aufschwung der Industrie möglich gemacht, seine ehedem recht starke Auswanderung zum größten Teil einzudämmen und sich ohne Erweiterung seiner Grenzen in den 44 Jahren seines höchsten Glanzes von 1871 bis 1914 von 40 auf fast 70 Millionen, bei gleichzeitigem starken Steigen des Lebensniveaus, zu vermehren. Daß dieser gewaltige, an amerikanische Verhältnisse gemahnende Aufschwung lediglich durch die Industrialisierung möglich geworden ist, geht aus der Statistik der Verteilung der Menschenzunahme auf Stadt und Land mit zwingender Deutlichkeit hervor. Folgendermaßen nämlich vollzog sich der Menschenzuwachs in Deutschland nach den vom Statistischen Reichs-

Digitized by Google

amt berechneten Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1925. Es wohnten in:

Jahr	Großstädten (über 100000 Bew.)	Mittelstädten (20—100000)	Kleinstädten (10—20000)	Orten unter 10000 Bew.
1871	1,97 Mill.	3,15 Mill.	2,03 Mill.	33,91 Mill.
1925	16,38 „	8,34 „	4,12 „	33,70 „

Unter 10000 Deutschen waren ansässig in:

Jahr	Großstädten	Mittelstädten	Kleinstädten	Orten unter 10000 Bew.
1871	479	766	496	8259
1900	1618	1262	593	6527
1925	2619	1333	659	5389

Die „Verstädterung" Deutschlands tritt hier fast erschreckend stark zutage (Fig. 48). Ungleich verhängnisvoller noch ist sie in Australien[1]).

Allerdings hat eine hochentwickelte Industrialisierung, die vielen Millionen Menschen Nahrungsmöglichkeit auf engstem Raum gewährt, auch den empfindlichen Nachteil, daß starke Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts, wie wir sie seit 1918 in nur allzu reicher Fülle fast in der ganzen Welt erlebt haben, verhängnisvollste Rückschläge in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Hunger hervorrufen. Das furchtbar schwere Erwerbslosenproblem, an dem nahezu alle Industrieländer in der Nachkriegszeit kranken, ist die ernste Kehrseite der sonst so willkommenen Möglichkeit, durch industrielle Entwicklung die Bevölkerungsdichte fast unbegrenzt zu vermehren. Wenn nun außerdem, wie es in Deutschland der Fall ist, durch Kriegsentschädigungen in phantastischer Höhe der Industrie die Atemmöglichkeit mehr und mehr eingeengt und die soziale Fürsorge erschwert wird, so entsteht jener Zustand einer fast unerträglichen Dauerkrise, in dem sich Deutschland seit Jahren befindet und von dem es ohne Aufhören oder sehr starke Verminderung der Reparationsleistungen in absehbarer Zeit auch schwerlich jemals

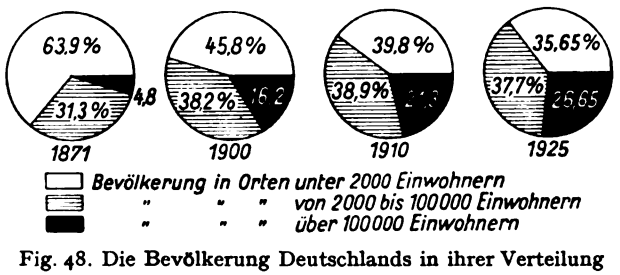

Fig. 48. Die Bevölkerung Deutschlands in ihrer Verteilung auf Stadt und Land.

1) H. Gattineau, Die Verstädterung in Australien; in „Zeitschr. f. Geopolitik", 1928; L. Clerget, L'urbanisme; im „Bull. d. l. soc. de géographie de Neuchâtel", 1920, S. 214.

Digitized by Google

erlöst werden kann. 1914 wohnten in Deutschland 122 Menschen auf dem Quadratkilometer. Nachdem man dem Lande über 10% seiner Fläche und dazu sämtliche Kolonien genommen, höchstwertiges Industrie- und ergiebigstes Ackerland geraubt, die Auswanderungsmöglichkeit empfindlich eingeengt, die Grundlagen wirtschaftlichen Wohlstandes durch sinnlos hohe Tributzahlungen unterhöhlt und durch die erzwungene Abrüstung weiteren Hunderttausenden die Ernährungs- und Ertüchtigungsmöglichkeit genommen hat, wohnen jetzt 135 Menschen auf dem Quadratkilometer! Die Folge ist ein Millionenheer von hungernden Erwerbslosen, ein geopolitischer Schütterungsherd ersten Ranges, der sich bisher nur innerpolitisch als bolschewistischer Krebsschaden bemerkbar gemacht hat, der aber ebensogut eines Tages zu einem außenpolitischen Lavaerguß gefährlichster Art Anlaß geben kann, entsprechend jener vollkommen richtigen Mussolinischen Alternative vom Februar 1927: „Ausdehnung oder Explosion!" Die Entente-Staatsmänner verstehen von der geopolitischen Dampfkesseltechnik herzlich wenig; sonst würden sie nicht so gelassen die bedrohlichen Bewegungen des Manometerzeigers in verschiedenen stark übervölkerten Ländern mitansehen!

Die deutsche Auswanderung nimmt trotz der sehr starken Hemmnisse, die vor ihr aufgetürmt werden, unter Schwankungen wieder zu. Folgende Menschenzahlen verließen in der Nachkriegszeit die deutsche Heimat für immer:

1919: 3144	1921: 23451	1923: 115416 (Inflationsjahr)	1925: 62828
1920: 8458	1922: 36527	1924: 58328	1926: 65280
			1927: 60789

Innere Kolonisation müßte das übervölkerte, der Ausdehnungs- und der äußeren Kolonisationsmöglichkeit beraubte Deutschland natürlich zwangsläufig intensiver denn je pflegen. Aber die industrielle Entwicklung bleibt, infolge des erzwungenen Kapitalmangels, vorläufig stark eingeengt. In dieser schwierigen Lage sollten wir in erster Linie darauf bedacht sein, landwirtschaftliche Siedlung zu treiben, wozu die zahlreichen Moorflächen und der verhältnismäßig dünner besiedelte, dazu von slawischer Invasion bedrohte Osten noch vielerlei Möglichkeit gewähren. Wohnen doch z. B. in Ostpreußen erst 57, in beiden Mecklenburg nur 38 Menschen auf dem Quadratkilometer. Aber wird es gelingen, der magnetischen Anziehungskraft der großen Städte und der Landflucht zu wehren, zumal in einer Zeit, da die Landwirtschaft selbst zu erliegen droht? Hier eine wahrhaft moderne „innere Kolonisation" zu treiben, wäre eine der schönsten Aufgaben für eine auf das Wohl des ganzen Volkes bedachte Regierung! Wir könnten bei rationeller Pflege der Landwirtschaft auf eigenem Grund und Boden noch Großes leisten, könnten bei einem jährlichen Mehraufwand von 200 Mill. ℛℳ für künstliche Düngung die Ackerbauproduktion um rund 500 Mill. ℛℳ steigern und dadurch unsere Zahlungsbilanz wesentlich verbessern.

Digitized by Google

IV. Gesetzmäßigkeiten in der Lage der Hauptstädte im Verhältnis zu den Staatsgrenzen und den großen Seeplätzen.

Im lebenden Organismus des menschlichen Körpers regelt das Herz die inneren Funktionen des Körpers, das Gehirn seine Beziehungen zur Außenwelt. Ersteres ist einigermaßen zentral, letzteres ausgesprochen peripher gelegen. Genau ebenso kann man an der Lage der Hauptstädte der einzelnen Staaten in der Regel erkennen, ob bei ihnen in der Gegenwart bzw. Vergangenheit das innenstaatliche Eigenleben und die in der Hauptsache autarke Wirtschaftsform überwiegen oder die außenpolitischen und Außenhandels-Beziehungen. Im ersteren Falle liegt die Hauptstadt zumeist im Zentrum oder doch nicht allzu weit von ihm entfernt, im letzteren an der Peripherie des Staates.

1. Die Hauptstadtlage im überwiegenden Landstaat.[1])

In unseren Tagen der Weltwirtschaftsverflechtungen, die die ganze Erde umspannen, beginnen die scharfen Unterschiede der Staaten mit zentraler und mit peripherer Lage der Hauptstadt sich langsam ein wenig zu verwischen. Ehedem waren sie stärker als heute ausgeprägt. Vorwiegend landwirtschaftlich eingestellte Staaten mit geringem und gelegentlich selbst fast gar keinem Außenhandel zeigen mit merkwürdiger Regelmäßigkeit eine dem geographischen Mittelpunkt naheliegende Haupt- und Residenzstadt. Als europäische Beispiele seien genannt die Lage Stuttgarts in Württemberg, Prags in Böhmen, Warschaus in Polen, Moskaus im alten vorpetrinischen Rußland, Mailands innerhalb der Lombardei, Berns in der Schweiz, Wiens im alten Österreich-Ungarn und Madrids in Spanien. Im letzteren Fall haben wir es sogar mit einer ganz genauen Lage im geometrischen Mittelpunkt des Landes zu tun, der freilich nicht durch die natürliche Entwicklung, sondern durch die persönliche Laune eines Herrschers zu seiner überragenden Bedeutung gelangt ist. Philipp II. beschloß nämlich 1560, die vorher schon nicht ohne Bedeutung gewesene, zeitweise (um 1400) auch schon als Regierungssitz benutzte Stadt Madrid nur deshalb zu seiner Residenz zu erheben, weil sie ihm als Mittelpunkt seines Reiches bezeichnet wurde. Es war eine königliche Schrulle, aber sie hatte Erfolg, weil sie, geopolitisch betrachtet,

1) Vgl. hierzu V. Cornish, The great capitals.

Digitized by Google

einem richtigen Instinkt folgte. Hätte der Einfall nicht mit den geographischen Gesetzen im Einklang gestanden, würde kein Herrscherwille Madrid dauernd zur Hauptstadt eines Landes haben erhöhen können. — Außerhalb Europas seien als besonders gute Beispiele für die ziemlich zentrale Lage eines ehedem sich selbst genügenden Staates noch angeführt Irkutsk für Sibirien, Lhassa für Tibet, Mexiko, Bogotá in Kolumbien, auch Söul in Korea und Sucre (Chuquisaca) als älteste Hauptstadt Boliviens. Genau zentral in den einfachen Neger-Häuptlingsstaaten Afrikas, die kreisrunde oder ovale Gestalt aufweisen, liegen ferner die Sitze der Oberhäuptlinge.[1]) Sobald jedoch irgendein Strom oder Gebirgspaß von überragender Bedeutung den Schwerpunkt eines Landes einseitig nach einer bestimmten Richtung ablenkt, verschiebt sich selbst in rein binnenländischen Staaten die Hauptstadt mehr oder weniger stark in derselben Richtung, gleich als ob sie von einer Strömung dorthin mitgerissen wird. So ist in Baden die Hauptstadt bis dicht an den Rhein herangespült worden, in Serbien an die Donau, in Bayern in der Richtung auf den Brenner, in Paraguay an den gleichnamigen Hauptstrom.

Eine gut zentrale Lage als Hauptstadt hatte auch Berlin, solange es lediglich die Residenz der brandenburgischen Kurfürsten und der preußischen Könige war. Zur Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches ist es dagegen lediglich aus historischen Gründen heraus, wegen seiner hohen Verdienste um die deutsche Einheit und als unbestrittener Sitz der politischen Vormacht unter den deutschen Bundesstaaten, erkoren worden. Im Verhältnis zum gesamten Deutschland, auch zum Brennpunkt des industriellen und wirtschaftlichen Lebens, liegt es unverhältnismäßig stark exzentrisch, und diese Exzentrizität ist durch die gewaltsame Grenzziehung von 1919 noch ungleich fühlbarer geworden, denn die nunmehrige polnische Grenze nähert sich bei Friedeberg der Hauptstadt des Deutschen Reiches auf rund 150 km, so daß diese auch strategisch ungebührlich stark gefährdet ist. Wäre Deutschland 1871, unbeschwert von historischer Dankbarkeit, als politisches Staatsgebilde neu erschaffen worden, so wäre die Hauptstadt wohl sicher mehr in der geographischen Mitte angelegt worden, etwa im Thüringer Gebiet, vielleicht in Erfurt. In der Tatsache, daß die beiden deutschen Nationalversammlungen, die Frankfurter von 1848 und die Weimarer von 1919, nahe dem geographischen Mittelpunkt des Reiches abgehalten wurden, liegt ein Beweis für die Sicherheit, mit der der geopolitische Instinkt eines Volkes bei der Auswahl der beherrschenden politischen Schwerpunkte arbeitet.

Auch Paris hat im Verhältnis zu Frankreich eine unverhältnismäßig stark exzentrische Lage, deren militärische Unzweckmäßigkeit 1814, 1870 und 1914 hinreichend deutlich in die Erscheinung getreten ist. Es liegt jedoch deutlich im natürlichen Verkehrs-Brennpunkt des Landes. Noch viel unglücklicher war, rein strategisch betrachtet, die Lage der früheren

1) K. Müller, Die Staatenbildung des oberen Uëlle- und Zwischenseengebietes; in Mitteilg. d. Vereins f. Erdkunde zu Leipzig 1896.

Digitized by Google

serbischen und heutigen südslawischen Hauptstadt Belgrad unmittelbar neben der ungarischen Grenze. 1914 und 1915 ist ja diese schlechte Lage dem Lande, das den Weltkrieg entfesselt hatte, zum Verhängnis geworden. Aber die magnetische Anziehungskraft des mächtigen Stromes auf die Wahl des Sitzes der politischen Zentralgewalt ist so stark, daß man sich auch in dem Groß-Serbien der Nachkriegszeit zu keiner Änderung veranlaßt gesehen hat, was freilich jetzt auch weniger nötig als früher war, da Ungarn zur Zeit militärisch ohnmächtig und die neue Grenze über die Donau vorgerückt ist. Ebenso ist im neuen, verstümmelten Ungarn die Lage der Hauptstadt recht ungünstig, da Budapests Entfernung von der tschechoslowakischen Grenze nur 60 km beträgt.

Daß die Lage einer Hauptstadt für die innere politische und kulturelle Entwicklung eines Landes von entscheidender Wichtigkeit ist, hat als Erster, soviel ich sehe, wieder einmal Goethe erkannt und ausgesprochen. In seinem schon einmal (S. 6) erwähnten Eckermann-Gespräch vom 23. Oktober 1828 hat er u. a. auch folgende geopolitisch vollkommen richtigen und (im Hinblick auf gewisse deutsche „Einheitsstaats"-Bestrebungen) geradezu erstaunlich modern anmutenden Äußerungen getan:

„Man hat einen Staat wohl einem lebendigen Körper mit vielen Gliedern verglichen und so ließe sich wohl die Residenz eines Staates dem Herzen vergleichen, von welchem aus Leben und Wohlseyn in die einzelnen nahen und fernen Glieder strömt. Sind aber die Glieder sehr ferne vom Herzen, so wird das zuströmende Leben schwach und immer schwächer empfunden werden. Ein geistreicher Franzose, ich glaube Dupin, hat eine Charte über den Culturzustand Frankreichs entworfen und die größere oder geringere Aufklärung der verschiedenen Departements mit helleren oder dunkleren Farben zur Anschauung gebracht. Da finden sich nun, besonders in südlichen, weit von der Residenz entlegenen Provinzen, einzelne Departements, die in ganz schwarzer Farbe daliegen, als Zeichen einer dort herrschenden großen Finsterniß. Würde das aber wohl seyn, wenn das schöne Frankreich, statt des einen großen Mittelpunktes, zehn Mittelpunkte hätte, von denen Licht und Leben ausginge?

Wodurch ist Deutschland groß, als durch eine bewunderungswürdige Volks-Cultur, die alle Theile des Reichs gleichmäßig durchdrungen hat? Sind es aber nicht die einzelnen Fürstensitze, von denen sie ausgeht und welche ihre Träger und Pfleger sind? — Gesetzt, wir hätten in Deutschland seit Jahrhunderten nur die beiden Residenzstädte Wien und Berlin, oder gar nur eine, da möchte ich doch sehen, wie es um die deutsche Cultur stände? ja auch um einen überall verbreiteten Wohlstand, der mit der Cultur Hand in Hand geht!

... Denken Sie an Städte wie Dresden, München, Stuttgart, Cassel, Braunschweig, Hannover und ähnliche; denken Sie an die großen Lebenselemente, die diese Städte in sich selber tragen; denken Sie an die Wirkungen, die von ihnen auf die benachbarten Provinzen ausgehen, und fragen Sie sich, ob das alles seyn würde, wenn sie nicht seit langen Zeiten die Sitze von Fürsten gewesen? —

Frankfurt, Bremen, Hamburg, Lübeck, sind groß und glänzend, ihre Wirkungen auf den Wohlstand von Deutschland gar nicht zu berechnen. Würden sie aber bleiben was sie sind, wenn sie ihre eigne Souveränität verlieren und irgend einem großen Deutschen Reich als Provinzialstädte einverleibt werden sollten? — Ich habe Ursache daran zu zweifeln."

So bewundernswert der sich in diesen Ausführungen äußernde kulturpolitische Weitblick Goethes ist, im letzten Punkt hat er dennoch ein wenig geirrt. Unter den von ihm genannten Städten sind seit 1866 Cassel,

Digitized by Google

Hannover und Frankfurt keine Regierungssitze mehr; sie haben ihre Souveränität mit 45 anderen von den 51 freien Reichsstädten, die der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 noch bestehen ließ, verloren und sind dennoch „geblieben, was sie sind". Aber insofern hatte Goethe sicher recht, als im allgemeinen nur solche deutsche Städte, die Hauptstädte eines deutschen Bundesstaates (oder auch Erzbischofs, z. B. Köln) waren oder früher einmal gewesen waren, als ein wirklichen Samen ausstreuendes Kulturzentrum angesprochen werden konnten. Die langdauernde politische Zerrissenheit Deutschlands, die politisch und militärisch ebensovieles Unheil über unser Vaterland gebracht hat, wie einst die Zwistigkeiten der altgriechischen Städte über Hellas, sie ist in kultureller Hinsicht unzweifelhaft segensreich gewesen. Paris ist Frankreich, Kopenhagen ist Dänemark, das ganze übrige Land verschwindet gegenüber der Hauptstadt. Ähnlich ist Wien seit 1919 Österreich, und selbst Belgien hat man, wenn auch mit weniger Berechtigung, „Antwerpen mit Hinterland" genannt. Im Deutschen Reich ist derartiges in keinem Zeitpunkt seiner Geschichte auch nur theoretisch vorstellbar gewesen. Es war daher eine unendlich weise Maßnahme Bismarcks, daß er bei seiner Großtat der neuen Gründung des Deutschen Reiches die einzelnen Bundesstaaten, mit Ausnahme von dreien, deren Verschwinden ihm im Interesse der preußischen Vormachtstellung unentbehrlich schien, samt und sonders in ihrer Eigenart bestehen ließ, und man möge sich hüten, die heute weit verbreiteten Vereinheitlichungs-Tendenzen allzu weit zu treiben. In Fortspinnung der obigen Goetheschen Gedanken über Frankreich machte Kurt Hassert i. J. 1907 die jetzt wieder nur allzu aktuelle Feststellung[1]):

„Die einst blühenden Städte des Elsaß, Straßburg, Kolmar, Schlettstadt usw. gingen rasch zurück, als ihr Gebiet an Frankreich fiel, weil sie bei der zugunsten von Paris herrschenden Zentralisierung zu einfachen Provinzstädten an der äußersten Peripherie des Staates herabgedrückt wurden."

Auch Deutschlands politische Stellung würde durch den „Einheitsstaat" ganz gewiß nicht gestärkt, vielleicht sogar nur die Reichsverdrossenheit (Bayern!) gefördert werden, aber das Kultur-Porzellan, das dabei zerschlagen würde, wäre in seinem Werte schwerlich jemals abzuschätzen. Hat doch schon jetzt die Schaffung Groß-Thüringens verschiedene frühere Residenz- und Hauptstädte ihrer besten Kulturgüter beraubt! Auch der allseitig ersehnte Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich würde durch den Einheitsstaat empfindlichst erschwert! Wenn man sich die französische Zentralisierung der Verwaltung ansieht, so erkennt man erst, wie überrecht Goethe mit seiner Kritik vom Jahre 1828 hatte. Vestigia terrent! Das Deutsche Reich kann seiner ganzen historischen Entwicklung nach nur bestehen bei freiwilligem und freudigem Bekenntnis zum Reich, wie es sich selbst in den schwersten Zeiten 1918—1920 und 1923 so wundervoll bewährte. Der von gewissen Seiten angestrebte Einheits-

1) Kurt Hassert, Die Städte (Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 163), S. 19, Leipzig 1907.

Digitized by Google

staat würde zurzeit das Gefüge des Reiches nicht festigen, sondern bedrohlich lockern, weil er sich nur unter Vergewaltigung berechtigter Sonderbelange (Bayern! Hamburg! usw.) durchführen ließe und demgemäß dem freudigen Bekenntnis zum Reich schweren Abbruch tun müßte. Vergessen wir nicht das weise Wort, das der alte Bismarck in Friedrichsruh zu einer aus Süddeutschland gekommenen Abordnung äußerte und das beweist, wie sehr die Goetheschen geopolitischen Gedankengänge auch in ihm lebendig waren:

„Die Rivalität der deutschen Staaten und der deutschen Stämme hat eine Erhöhung des deutschen Nationalgefühls zur Folge und führt dazu, daß wir in Deutschland ebensoviele starke Stützpunkte des Reiches haben, wie es verschiedene Bundesstaaten, Residenzen und Höfe gibt. Das ist ein Vorteil, den wir vor allen anderen Völkern und Staaten von unitarischer Beschaffenheit voraushaben, und den sie uns nicht nehmen können."

Diese Auffassung Bismarcks von den Vorzügen der bundesstaatlichen Verfassung deckt sich in interessanter Weise mit einer Äußerung Gottfried Kellers, der im „Fähnlein der 7 Aufrechten" den jungen Hediger in seiner hübschen Festrede sagen läßt:

„Wie kurzweilig ist es, daß es nicht einen eintönigen Schlag Schweizer, sondern daß es Züricher und Berner, Unterwaldner und Neuenburger, Graubünder und Basler gibt, und zwar zweierlei Basler. Daß es eine Appenzeller Geschichte gibt und eine Genfer Geschichte; diese Mannigfaltigkeit in der Einheit, welche Gott uns erhalten möge, ist die rechte Schule der Freundschaft."

Große und volkreiche Räume sind nur zäsaristisch oder als eine Vielheit von gleichberechtigten Bundesstaaten zu regieren, nicht aber konstitutionell. Das zaristische Rußland hat Jahrhunderte hindurch starke Lebenskraft bewiesen, der konstitutionelle Einheitsstaat brach nach zwölf Jahren zusammen wie das konstitutionell regierte Riesenreich Brasilien 1889. Das Sowjetreich Rußland besteht dagegen aus autonomen Einzelstaaten. Es ist kein Zufall, daß Rom, als es zur Weltmacht aufstieg, die Republik mit der absoluten Monarchie vertauschte, kein Zufall auch, daß die demokratisch regierten größten Staaten der Gegenwart, Vereinigte Staaten, Brasilien, Australien, Südafrika, sämtlich, wie das Deutsche Reich, den Charakter von Bundesstaaten aufweisen. Als zentralistisch verwalteter Einheitsstaat mit parlamentarischer Verfassung würden sie schwerlich Bestand haben und bald an gefährlichen zentrifugalen Tendenzen leiden.

Wie stark die geographischen Bedingtheiten der Beschaffenheit der Erdoberfläche selbst in derartige Probleme der inneren Organisation der Staaten hineinspielen, hat in vortrefflicher Weise Erich Obst dargelegt[1]): bei den am straffsten zentralistisch regierten großen Staaten Frankreich und Rußland liegt die Hauptstadt deutlich im geographischen Kern des Staates, von wo Fühlung nach allen größeren Flüssen des Landes besteht. Deutschland hingegen mit seiner „Parallelschaltung"

1) Zeitschr. f. Geopolitik 1928, S. 33.

Digitized by Google

der deutschen Flüsse ist geographisch nicht geschaffen zum Einheitsstaat und hat sich daher „mit der Tatsache abzufinden, daß dem deutschen Staate ein Zentralraum nach Art des Pariser oder Moskauer oder auch nur Londoner Konvergenzgebietes von der Natur versagt ist" (vgl. Abb. 17–20 auf S. 69/70). Da Berlins Lage schon innerhalb des Deutschen Bundesstaates für eine Hauptstadt ungünstig war, würde ein zentralistisch regierter deutscher Einheitsstaat mit Berlin als Hauptstadt meinem Gefühl nach aus geopolitischen Gründen zum Auseinanderbrechen verurteilt sein.

2. Die Hauptstadtlage im überwiegenden Seestaat.

Staaten, bei denen das wirtschaftliche Schwergewicht in den überseeischen Verkehrsbeziehungen beruht, oder die sich bewußt auf seewirtschaftlichen Handel umstellen wollen, legen folgerichtig auch ihren Regierungssitz in oder neben einen wichtigen Seehafen. Sobald die Hauptstadt eines Landes in unmittelbarer Nähe der Küste gelegen ist, läßt sich ohne weiteres behaupten, daß es sich um einen wichtigeren Seestaat oder aber um ein durch überseeische Beziehungen entwickeltes Kolonialland handelt. Karthago, Athen, Lissabon, London, Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Helsingfors, Reykjavik, Rio de Janeiro, Montevideo, Buenos Aires, Tokio sind ein paar typische Beispiele.

Sehr charakteristisch sind die gelegentlichen Wanderungen der Residenzstadt des Herrschers aus dem Binnenland an die Küste im selben Augenblick, da die Seeinteressen das Übergewicht erlangen. Als Peter der Große sein russisches Volk mit der westlichen Kultur in Berührung bringen und seinem Staat das „Fenster nach dem Westen" öffnen wollte, verlegte er den Regierungssitz i. J. 1703 aus dem tiefen Binnenlande an die Newamündung, an jenen Platz, wo er mit geradezu genialem geopolitischen Instinkt an der trefflichst geeigneten Stelle des ganzen riesigen Reiches einen neuen Seehafen aus dem Sumpfboden emporwachsen ließ. Wäre es freilich Rußland jemals gelungen, den von Peter dem Großen bis auf Nikolaus II. nie aufgegebenen Traum der Eroberung Konstantinopels zu verwirklichen, so kann es kaum zweifelhaft sein, daß die Hauptstadt eine nochmalige Wanderung an die Ufer des Bosporus durchgemacht hätte. — Ähnlich gab Japan nach seiner jahrhundertelangen Abschließung gegen die Außenwelt der grundsätzlichen, plötzlichen Wandlung seiner Stellung zur Kultur der Westvölker auch äußerlich dadurch Ausdruck, daß es die alte, zentral gelegene Hauptstadt Kioto aufgab und das aufs Meer hinausblickende Tokio 1868 zur Hauptstadt machte. — In Norwegen wurde Oslo an Stelle des früheren Drontheim Hauptstadt, als die Seeinteressen das Land mehr und mehr auf die Ostsee verwiesen und die drei skandinavischen Reiche sich in der Kalmarer Union (20. Juli 1397) zusammengeschlossen hatten. — In Schweden lag die alte Hauptstadt Sigtuna tiefer als die heutige im Binnenland, an einem Arm des Mälarsees. Das Aufkommen Stockholms als neue Hauptstadt besiegelte den

Digitized by Google

Entschluß des Landes, ein Ostseestaat zu werden. Heute, wo nicht mehr die Ostsee, sondern das Weltmeer den Schwerpunkt des Seeverkehrs aufweist, würde eigentlich Göteborg besser als Stockholm zur schwedischen Hauptstadt geeignet sein. Immerhin sind geschichtliche Erinnerungen bei der Wahl von Hauptstädten nicht gering zu werten, wie man ja auch am Beispiel des wenig günstig gelegenen Berlin sieht. — Daß Helsingfors aus seiner ursprünglichen Lage 7 km weit nach der Küste zu gewandert ist, sei nur nebenbei am Rande vermerkt.

Die periphere Lage der Hauptstadt an der Küste kann natürlich gefährlich werden, wenn der Staat von einem zur See mächtigen Gegner bedroht wird. Kopenhagen hat es am 2. April 1801 und in den Tagen des 2.—5. September 1807 verspürt. Unbedenklich ist die Küstenlage der Hauptstadt jedoch dann, wenn der Staat im politischen Leben als neutral angesehen werden kann, wie es etwa bei Island und seiner Hauptstadt Reykjavik der Fall ist. Andernfalls bedarf es besonderer militärischer Schutzmaßnahmen. Im Altertum schaffte man diese vermehrte Sicherheit dadurch, daß man die eigentliche Hauptstadt einige Kilometer von der Küste abrückte und ihr für Handelszwecke u. U. einen Zwillingsort zur Seite setzte, wie es etwa bei Athen und dem Piräus der Fall war und noch heute ist. Die etwas von der Küste entfernte Lage weisen im Altertum u. a. auch Troja, Antiochia, Ephesus, Tartessos u. v. a. auf. Heute zeigt sich ähnliches, wenn auch aus ganz anderen Gründen, in der Lage vom Haag und von Tokio mit den zugehörigen Küstenplätzen Scheveningen und Yokohama. Im übrigen pflegt von Seestaaten zweiten und dritten Grades eine Hauptstadt an der Küste oft durch eigene Seefestungen geschützt zu werden, wie wir es im Verhältnis von Petersburg zu Kronstadt, von Helsingfors zu Sveaborg, von Konstantinopel zu den Dardanellenbefestigungen, von Tokio zu Yokosuka sehen. Wenn freilich der Staat selbst eine starke Kriegsflotte besitzt, kann er dieser den Schutz der Hauptstadt anvertrauen. Wo aber ein hinreichender militärischer Schutz ausgeschlossen ist, muß auf die Küstenlage der Hauptstadt selbst dann verzichtet werden, wenn das ganze wirtschaftliche Schwergewicht des Landes auf das Meer verweist. Als 1927 die staatliche Zangengeburt des Jahres 1913, Albanien, endlich daran ging, sich eine Hauptstadt zu wählen, kam Skutari wegen seiner allzu exzentrischen Lage im Norden, Durazzo aber wegen seiner völligen Wehrlosigkeit gegenüber einem die See beherrschenden Feinde nicht in Betracht. Man hat sich schließlich für Tirana entschieden, das für eine politisch bevorzugte Stellung sonst wirklich keinerlei Vorbedingungen aufwies.

3. Unzweckmäßige Lage von Hauptstädten.

Beispiele unzweckmäßiger peripherer Lage der Hauptstadt boten die Türkei der Vorkriegszeit sowie China. Nicht nur war die Verwaltung und Beherrschung der entlegeneren Teile des türkischen Reiches durch die falsche Lage der Residenz empfindlich gehemmt, sondern bei der mili-

Digitized by Google

tärischen Schwäche der Türkei erwies sich auch die Lage von Konstantinopel, die dem starken, kriegerischen Staat des 15., 16. und 17. Jahrhunderts gut angepaßt war, im 19. und 20. Jahrhundert als politisch und strategisch gefährlich, und zwar sowohl gegen die Land- wie gegen die Seeseite. In den Kriegen von 1829, 1878, 1912, 1915 ist dies hinreichend in die Erscheinung getreten, nicht minder im Sinaikonflikt mit England 1906, in dem die Türkei durch die bloße Drohung einer englischen Flottendemonstration vor Konstantinopel gezwungen wurde, das seit dem 8. April 1892 einwandfrei türkische Akaba als eine Stadt Britisch-Ägyptens anzuerkennen (13. Mai 1906).

Unzweckmäßig war neuerdings, nach der teilweisen Abspaltung der nördlichen Außenprovinzen Chinas, auch die Lage von Peking als Hauptstadt. Peking wurde i. J. 1279 vom großen Kublai Khan, an Stelle des älteren, binnenländischen Singanfu und des noch älteren Nanking zur Residenz erkoren, in einer Zeit, als China einen blühenden Seehandel hatte und auch militärisch so stark auf dem Meer war, daß selbst ein Kriegszug gegen Japan zeitweilig erwogen wurde. In dem bisher schwachen China des 19. und 20. Jahrhunderts aber kann sich Peking, obwohl es ja nicht unmittelbar am Meere liegt, einen Konflikt mit einer Westmacht, die die See beherrscht, nicht leicht gestatten. Im Boxerfeldzug des Sommers 1900 hat es sich gezeigt, wie verhältnismäßig schnell die Hauptstadt von der Küste her erreicht werden konnte, nachdem der schwache Küstenschutz der Takuforts niedergekämpft war (17. Juni 1900). Hassert hat mitgeteilt[1]), wie scharf der Brite Gordon die geopolitische Lage überblickte, als er bei seinem Verlassen Chinas zu Lihungtschang äußerte:

„Solange Peking der Sitz der Regierung ist, kann sich China niemals in einen Krieg mit einer Großmacht einlassen. Peking liegt zu nahe an der Küste"

Tatsächlich war ja eine der ersten Handlungen der nationalistischen Regierung nach der Eroberung Pekings (4. Juni 1928) die Verlegung der Hauptstadt von Peking nach Nanking, das übrigens ebenfalls keine geopolitisch gute Lage aufweist. Haushofer meinte schon 1927[2]):

„Peking ist bis auf weiteres seines geopolitischen Sinnes entkleidet; es hat seine geographische Idee der Steppen und Lößebene verbindenden Randlage mit der Beherrschung des Steppenhochlandes durch China verloren."

Nur als Groteske zu werten ist die in der Verfassung festgelegte Wahl Wilnas als Hauptstadt Litauens. Da Wilna gar nicht zu Litauen gehört, sondern vom Völkerbund Polen zugesprochen worden ist, bedeutet jene Wahl als Hauptstadt nur eine Geste ohne jede praktische Bedeutung. Ob übrigens Litauens ohnehin zweifelhafte Lebensfähigkeit durch den Erwerb Wilnas gesteigert würde, ist fraglich, da von den 980 000 Einwohnern des Bezirks Wilna nur 50 000 = 5 % Litauer sind, während die Polen 57 % ausmachen[3]).

1) A. a. O., S. 45. 2) Zeitschrift für Geopolitik, 1927, S. 207.
3) Hamilkar Baron Fölckersam, Der polnisch-litauische Konflikt im „Neuen Weg", 15. Juni 1928, S. 140.

Digitized by Google

4. Die Hauptstädte der Kolonialstaaten.

In Kolonialländern pflegt ganz naturgemäß der erste Regierungssitz, von dem alle Kultur ausstrahlt, an der Küste angelegt zu werden, und er bleibt auch dort liegen, solange das innerstaatliche Eigenleben des Landes schwach entwickelt ist oder die überseeischen Beziehungen an Bedeutung überwiegen. Jede innere Konsolidierung des neuen Staatsgebildes prägt sich aber, zumal beim Fehlen einer schützenden Flotte, durch eine Wanderung der Hauptstadt ins Innere aus. Die Burenstaaten Südafrikas hatten ihre Hauptstadt ursprünglich in Kapstadt, verlegten sie dann jedoch nach Prätoria und Bloemfontein, wobei freilich kriegerischer Druck von England her stark mitwirkte. Doch auch ohne solchen Druck vollzieht sich derselbe Prozeß: die Siedlungs- und Farmerkolonie Deutsch-Südwestafrika ist außerordentlich frühzeitig dazu übergegangen, die Hauptstadt von Swakopmund fast 400 km tief landeinwärts nach Windhuk zu verlegen. In den Pflanzungskolonien der Tropen geht die Entwicklung aus leicht verständlichen Gründen langsamer vor sich, aber dem Wesen nach ist sie die gleiche. In Deutsch-Ostafrika hätte es nach der Erreichung des Tanganjika-Sees durch die Zentralbahn (25. Februar 1914) vermutlich nicht mehr sehr lange gedauert, bis die Hauptstadt von Daressalam nach Tabora, in die ungefähre Mitte, gewandert wäre. Der Krieg hat diese Entwicklung unterbrochen. Gegenwärtig ist Frankreich drauf und daran, die Hauptstadt Kameruns von Duala tiefer ins Landesinnere zu verlegen. England wird natürlich in allen seinen Tochterstaaten bemüht sein, den Regierungssitz möglichst lange in der Küstenlage zu erhalten, denn jede Landeinwärtsverlagerung in den mit Selbstverwaltung ausgestatteten Dominions bedeutet eine gewisse Lockerung des englischen Einflusses.

In den alten Kolonialstaaten Süd- und Mittelamerikas ist der Prozeß des Wanderns der Hauptstadt noch im Gange. Dort geht die Entwicklung nur sehr langsam vorwärts, da naturgemäß die überseeischen Beziehungen besonders lebhaft sind und vielfach erst gegenwärtig die binnenländische Besiedelung an Bedeutung zu überwiegen beginnt. In Chile ist die Hauptstadt von Valparaiso bereits ins Binnenland, nach Santiago, verlegt worden. Hier und da können solche Wanderungen freilich auch aus mehr äußerlichen Gründen stattfinden. So soll gegenwärtig, französischen Meldungen zufolge[1]), in Madagaskar der Verwaltungssitz und Haupthafen von Tamatave nach Diego Suarez verlegt werden, weil Tamatave in 100 Jahren 139mal von Wirbelstürmen mehr oder weniger schwer heimgesucht worden ist.

In Argentinien und Uruguay machen sich auch in unseren Tagen noch keine Tendenzen bemerkbar, den Regierungssitz aus der zu überragender Wichtigkeit aufgeblühten Hafenstadt zu verlegen. Wohl aber sind in Brasilien schon ziemlich weitgediehene Pläne vorhanden, eine neue Bundeshauptstadt im Landesinnern zu schaffen. Dasselbe ist in

1) Dépêche coloniale, 7. April 1927.

Digitized by Google

Australien der Fall, wo im Frühjahr 1927 als neue Hauptstadt des erst seit 1905 bestehenden Staatenbundes, das 1924 eigens zu diesem Zweck begründete Canberra im inneren Neusüdwales, eingeweiht wurde, dessen Lage man so gewählt hat, daß nach dem erhofften, wenn auch wohl noch in weitem Felde stehenden Anschluß von Neuseeland an den Australischen Bund die gemeinsame Hauptstadt der Zukunft leidlich zentral liegt. In Indien wanderte der Regierungssitz 1911 von Kalkutta nach Delhi.[1])

Ein weiteres Landeinwärtswandern der Hauptstadt, das ganz bestimmt noch nicht zum Abschluß gekommen ist, weist Kanada auf. Als nach dem Aufstand von 1837 i. J. 1841 der Kolonie die Selbstverwaltung bewilligt werden mußte (vgl. S. 233), wurde die Hauptstadt, gleichsam symptomatisch, vom besterreichbaren Seehafen Quebec weiter landeinwärts nach Montreal verlegt. Nach der Revolte vom 25. April 1849, bei der sogar das Parlamentsgebäude zerstört wurde, erfolgte zwar auf kurze Zeit nochmals ein Zurückwandern nach Quebec. Doch schon 1858 wurde das noch weiter landeinwärts gelegene und auch nicht einmal am Fluß gelegene, erst einige 30 Jahre zuvor gegründete Ottawa als neue Hauptstadt erkoren, die kleinste Hauptstadt aller großen Kulturländer, die noch heute nicht einmal Großstadt-Größe aufweist.[2]) Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß dieser ziemlich unbedeutende Ort nicht dauernd Bundeshauptstadt bleiben kann. Je mehr Kanada sich zu einem eigenen Staat von starkem Selbstbewußtsein entwickelt, je mehr das wirtschaftliche Schwergewicht der westlichen Getreideparadiese allmählich in die Wagschale fallen wird, um so stärker wird das Verlangen werden, die Hauptstadt in die Mitte des Kontinents vorzurücken. Geopolitisch kann es wohl kaum zweifelhaft sein, daß künftig einmal das machtvoll aufgeblühte Winnipeg zur kanadischen Bundeshauptstadt bestimmt ist.

In den englischen Dominions bedeutet jede Entfernung der Hauptstadt von der Küste einen Schritt weiter auf dem Wege der Abschüttelung des Londoner Einflusses, gleichzeitig aber auch auf dem Wege zur politischen Sicherung gegen feindliche Nachbarn. In diesem Sinne ist nicht nur die Einweihung der neuen australischen Bundeshauptstadt Canberra symbolisch zu bewerten, sondern auch die Verlegung des indischen Regierungssitzes von Kalkutta nach Neu-Delhi, wo der Vizekönig am 18. Januar 1927 das großartige, neue Parlamentsgebäude feierlich seiner Bestimmung übergab. Mit Recht nennt Haushofer[3]) dieses Ereignis ein „Siegel auf Selbstbestimmungsbewegungen" und eine als „Rückschlag farbiger gegen weiße Rassen" zu bewertende „festlandwärtige Machtverlagerung".

1) Vgl. zum Thema Friedr. Metz, „Die Hauptstädte", Weltpolit. Bücherei, Bd. 18. Berlin 1930.

2) In Nordamerika liebt man überhaupt kleine Hauptstädte. Wie die Bundeshauptstadt Washington ein Zwerg ist gegenüber den Millionenstädten, so weisen auch der Staat New York in Albany, Illinois in Springfield, Pennsylvanien in Harrisburg ausgesprochen kleine Regierungssitze auf.

3) Zeitschrift für Geopolitik, 1927, S. 207.

Digitized by Google

5. Die Lage der Hauptplätze in den modernen Staaten mit Doppelcharakter.

Schließlich bleiben uns diejenigen heute zahlreichen Fälle zu betrachten, in denen sich ein ursprünglich hauptsächlich binnenländisch orientierter Staat allmählich mehr und mehr auf die See hinausbegibt, so daß sich schließlich seine Auslandsbeziehungen auf dem Land- und auf dem Seewege ungefähr die Wage halten. Es zeigt sich dann, daß die Hauptstadt zwar meist in ihrer inländischen Lage verharrt, wobei sich freilich oft auch das Beharrungsvermögen geschichtlicher Tradition auswirkt, daß aber am bestgeeigneten Punkt der Küste die nächstgrößere Stadt des Landes sich entwickelt. Hier und da wird sogar die Hauptstadt von dem Seeplatz an Bevölkerungszahl überflügelt.

Deutschland bietet uns ein typisches Beispiel: der erste Hafen des Landes, Hamburg, ist die einzige Stadt, die nächst der Hauptstadt eine Bevölkerungsziffer von 1 Million Köpfen überschritten hat. Ebenso ist in Frankreich Marseille die zweitgrößte Stadt des Landes, in Belgien Antwerpen, in Spanien Barcelona, in Ägypten Alexandrien. In Italien übertrifft die führende Hafenstadt Neapel sogar die Hauptstadt Rom an Einwohnerzahl um etwa 100000 Köpfe. Ebenso weist in Holland die Residenz im Haag nur rund 300000, Amsterdam dagegen rund 700000 und Rotterdam 500000 Bewohner auf. In Marokko ist Fez von geringer Bedeutung gegenüber dem internationalen Hafen Tanger, und in den Vereinigten Staaten ist das stille Washington mit seinen nur 280000 Einwohnern von dem 8-Millionen-Hafen New York ganz in den Schatten gestellt worden. Daß ebenso in Kanada die stille Hauptstadt Ottawa (60000 Einwohner) weitgehend zurücktritt hinter dem ersten Seehafen Montreal (300000 Einwohner), wurde schon angedeutet. — Selbst in reinen Binnenlandstaaten kann ein peripher gelegener, wichtiger Flußhafen die zentrale Hauptstadt stark überflügeln, wie uns das Verhältnis von Basel zu Bern beweist.

Gelegentlich stoßen wir auch auf ein Wiederzurückweichen einer an die Seeküste gewanderten Hauptstadt ins Binnenland nach großen nationalen und politischen Erschütterungen. Der Ausgang des Weltkriegs hat uns zwei charakteristische Beispiele dieser Art gebracht. Die stark verkleinerte und militärisch geschwächte Türkei konnte mit einer Hauptstadt Konstantinopel, die ihr fast als einziger Rest ihrer Herrschaft in Europa verblieben war, während sie sich selbst in einen kleinasiatischen Staat verwandelt hatte, nichts mehr anfangen und hat sich daher im binnenländischen Angora eine neue Hauptstadt geschaffen, so daß auch hier jetzt die periphere Seestadt viel volkreicher als die zentrale Hauptstadt ist. Die letztere ist natürlich strategisch wesentlich besser gesichert. „Die alte Hauptstadt ist angreifbar vom Lande und vom Wasser her. Angora soll mal einer anzugreifen versuchen! ... Wüste ringsum, gelb-

Digitized by Google

rote, vulkanische, steile Bergabhänge, kein Baum, kein Strauch, kein Wasser", lautet eine Beschreibung aus jüngster Zeit.[1])

Und das zweite Beispiel dieser Art ist die Rückwanderung der russischen Hauptstadt von Petersburg nach Moskau. Nach dem Verlust Finnlands und der baltischen Provinzen war die Hauptstadt Petersburg unmittelbar neben der finnischen Grenze nicht mehr sicher genug. Ein Peter der Große konnte es sich leisten, seine Hauptstadt auf einen so stark exponierten Posten vorzuschieben, denn sie war für ihn gleichzeitig eine militärische Ausfallpforte zur Eroberung der östlichen Ostseeländer. Heute dagegen konnte ein seiner alten Westgrenze beraubtes Rußland eine solche Lage der Hauptstadt nicht mehr verantworten. So ist Moskau aufs neue zu seiner alten Ehre gelangt, und ob Petersburg noch einmal mehr werden kann als der erste Seehafen des Landes, muß als sehr zweifelhaft bezeichnet werden.— Seltsam bei diesen sonst so ähnlichen Verlagerungen zweier Hauptstädte von Kultur-Europa fort ist nur die Tatsache, daß sich die Türkei mit der Verschiebung der Hauptstadt nach Angora europäisierte, Rußland dagegen mit der Rückverlegung nach Moskau asiatisierte.

Derartige freiwillige Verlegungen der Hauptstadt bedeuten in unseren Tagen fast immer einen betonten Bruch mit der Vergangenheit, sei es aus politischen, sei es aus kulturellen Gründen. Politische Motive waren im letzten Jahrzwölft maßgebend für die Wahl bzw. Anlage neuer Hauptstädte in Rußland, in der Türkei, in China und im australischen Bundesstaat, kulturelle für die Schaffung neuer Residenzen in Afghanistan und Indien. Des früheren Afghanenkönigs Aman Ullah Bau der neuen Hauptstadt Dar ul Aman in 12 km Entfernung von Kabul ist, in gewollter Hinneigung zu europäischen Sitten, vornehmlich aus hygienischen Gründen beschlossen worden. Bei der neuen indischen Hauptstadt Neu-Delhi liegen die Dinge nicht viel anders.

Für die Bedeutung des Wasserverkehrs im allgemeinen und des Seeverkehrs im besonderen ist es übrigens charakteristisch, daß die größten Städte eines politischen oder wirtschaftlichen Einheitsgebietes — abgesehen von den reinen Hochgebirgsorten wie Quito, La Paz, Addis Abeba usw. — stets an schiffbaren Wasserwegen liegen und überdies bestrebt sind, ihre schiffbaren Wasseranschlüsse zu verbessern und zu modernisieren, wie es etwa das Beispiel so typischer Binnenlandstädte, wie Leipzig, Stuttgart, Nürnberg, Mailand und Irkutsk zeigt.

1) Reisebrief aus der Türkei im Deutschenspiegel, 1927, S. 857.

Digitized by Google

V. Das Übervölkerungsproblem der Staaten und der Erde.

1. Malthusianismus und Völkerwanderungen.

In geradezu stürmischer Weise pflegt sich bei allen organischen Wesen in einem gewissen Lebensalter die Wachstumstendenz zu äußern. Genau dieselbe Tendenz zeigt sich bei jugendlichen Staaten, nicht minder bei den Städten unserer Tage in industrie- und verkehrsreichen Gegenden. Nachdem im 19. Jahrhundert die Stadtmauern gefallen sind, die wie ein spanischer Stiefel das Wachstum lange hemmten, brauchen unsere großen Städte mit ihren rasch steigenden Bevölkerungszahlen stets neues Siedlungsland, nehmen immer weitere Eingemeindungen von umliegenden Dörfern und Städten vor. Ähnlich folgt die Entwicklung junger Staaten einem Zwang zum Wachstum. Daß dabei oft übers Ziel hinausgeschossen wird, daß nicht selten der Appetit größer als die Aufnahmefähigkeit ist, muß als eine Sache für sich bezeichnet werden. Im großen und ganzen wird aus militärischen Gründen heraus unbewußt der durchaus gesunde Grundsatz befolgt werden, die Landgrenzen, wo es möglich ist, gegen die Nachbarn möglichst kurz und die Meeresgrenzen möglichst lang zu gestalten. Am folgerichtigsten ist dieser Grundsatz von Japan befolgt worden, das 41500 km Küsten und nur 800 km Landgrenzen (in Korea, Kwantung und Sachalin) aufweist (vgl. Fig. 49).

Die Gründe der erstrebten Grenzerweiterung der Staaten können sehr mannigfacher Art sein. Früher kam es kriegerischen Völkern auf Raub und Beute, kriegerischen Herrschern auf Tribute und Machtfülle an. Neuerdings tritt der Anteil an wertvollen Bodenschätzen und wichtigen Verkehrsstraßen bei dem Streben, die Grenzen in volksfremde Gebiete hinein vorzuschieben, in den Vordergrund, in selteneren Fällen der Wunsch nach neuem Siedlungsland für überschüssige Volksmengen.

Solange ein Staat dünn besiedelt ist, pflegt er mit seinem Grund und Boden sowohl wie mit seinen Bodenschätzen sehr verschwenderisch umzugehen. Wir sehen es in unseren Tagen etwa an der großzügigen Art und Weise, mit der die kanadische Regierung unter gewissen Voraussetzungen Land an neue Ansiedler verschenkt. Jede straffere Regulierung des Bodenbesitzes, ja, des Besitzes überhaupt zeigt an, daß die Bevölkerungsdichte sich dem erträglichen Maximum nähert. Treffend sagt Max

Digitized by Google

Weber einmal[1]), die streng gleiche Verteilung des Landes in alter Germanenzeit sei ein Zeichen gewesen, „daß das Land knapp geworden war."

Die Gesetzmäßigkeiten im Ausdehnungsstreben der Völker hat Supan vortrefflich in folgenden Worten zusammengefaßt[2]):

„Der Kampf ums Dasein, der alles Lebende beherrscht, ist ja im Grunde genommen nichts anderes als Kampf um den Raum. Das Ausbreitungsbedürfnis ist allen Völkern gemeinsam, aber bei Naturvölkern wirkt es stoßweise, bei außergewöhnlichen Veranlassungen, bei den Kulturvölkern aber mit nachhaltiger Kraft. Dieser Unterschied ist schon in der Tatsache begründet, daß sie dichter wohnen als die Naturvölker. Von der Bevölkerung der Alten Welt gehören ihnen gegenwärtig mindestens 84% an, von der Fläche aber nur 25%... Der Jäger bedarf einer größeren Bodenfläche als der nomadische Viehzüchter, dieser einer größeren als der Ackerbauer, und noch mehr schränken Handel und Industrie das Raumminimum ein. Die größere Dichte der Kulturvölker im Vergleich zu den Naturvölkern beruht nicht darauf, daß bei jenen der Fortpflanzungstrieb stärker entwickelt oder die Geburtenhäufigkeit größer ist, sondern auf der geringen Sterblichkeit, besonders im Kindesalter, und darauf, daß die höhere Kultur vielerlei Existenzmittel schafft und dadurch Zuwanderung veranlaßt."

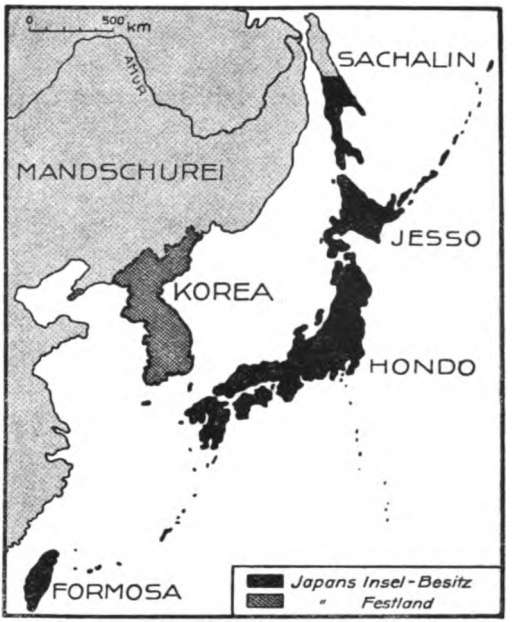

Fig. 49. Beispiel zweckmäßiger Grenzen, (wenig Land- und viel Meeres-Grenze).

Ein gesundes Volk wird in Zeiten, wo nicht durch kriegerische Verheerungen, Naturgewalten oder Seuchen starke Bruchteile vernichtet werden, ganz naturgemäß zu einer leidlich gleichmäßigen Vermehrung der Bevölkerungsziffer neigen. Die Zahl der lebenden Deutschen wird fürs Jahr 1400 auf 11 Millionen, gegenwärtig auf über 90 Millionen veranschlagt. Es hat sich ihre Menge demnach in 5 Jahrhunderten fast verneunfacht. Wenn dann ein gewisses Dichtemaximum erreicht oder durch Mißernte und ähnliche unberechenbare und unbeeinflußbare Naturvorgänge der Nahrungsspielraum zu knapp wird, so schafft ent-

1) Max Weber, Gesammelte Aufsätze für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 548, Tübingen 1924.

2) Alexander Supan, Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien (Gotha 1906), S. 1—2.

Digitized by Google

weder eine Hungersnot den notwendigen Ausgleich zwischen Volksmenge und verfügbarem Raum, oder es erfolgt ein Hinüberströmen über die bis dahin eingenommenen Grenzen und eine friedliche oder gewaltsame Ausbreitung, wobei die Richtung des erfolgenden Vorstoßes durch eine Komponente zwischen dem geringsten Widerstand und dem verlockendsten Boden bestimmt wird. Es ist nicht verwunderlich, daß solche Völkerwellen im Mittelalter besonders oft und schwer von Norwegen ausgingen. Weist doch dieses Land noch heute bei 322 000 qkm Flächeninhalt nur 2400 qkm Ackerboden auf! Starke, kriegerische Völker werden bestrebt sein, das beste und fruchtbarste Land mit Gewalt zu erobern. Mißlingt die Eroberung, so schafft die Dezimierung der Volksmenge durch den Krieg die Möglichkeit, in der alten Heimat die Überlebenden zu ernähren; hat sie Erfolg, so kann sich die Bevölkerung stark vermehren, nötigenfalls auf Kosten der Besiegten, und die Macht des Staates erfährt eine willkommene Stärkung und ein weiteres Übergewicht über die Nachbarn. Schwachen Völkern, die nicht daran denken können, mächtigeren Nachbarn Land abzunehmen, oder solchen Völkern, denen durch feste Naturgrenzen die Möglichkeit der Grenzerweiterung genommen ist, bleibt nichts anderes übrig, als entweder durch Kindesmord und Malthusianismus die überschüssige Fruchtbarkeit zu regulieren oder aber Teile des Volkes zur Auswanderung zu zwingen, damit sie versuchen, irgendwo in der Ferne sich eine neue Heimat zu schaffen, oder unterzugehen, falls dies nicht gelingt. Andernfalls schaffen Hungerepidemieen von Zeit zu Zeit den nötigen Ausgleich, wie sie in Indien und China in regelmäßigen Zeiträumen wiederkehren, oder wie sie nach der großen Dürre und Mißernte 1921 Sowjet-Rußland heimgesucht und die Volkszahl um 3 Mill. vermindert haben, nachdem vorher schon der Bolschewismus 1,8 Mill. politischen Gegnern das Leben geraubt hatte.

Ein grausames, aber für gewisse Völker niedrigerer Kulturstufen notwendiges Mittel, die zu große Bevölkerungsziffer herabzudrücken, ist die radikale Beseitigung aller schwächlichen, nicht oder nicht mehr voll lebensfähigen Elemente. Sowohl kränkliche und schwache oder sonst unerwünschte Neugeborene werden der Zuchtwahl zuliebe getötet wie auch die Greise und nicht mehr gebärfähigen Frauen. Es ist das Drohnenschlacht-Prinzip der Bienen, auf menschliche Zustände übertragen, und die „Altersgrenze" wird dabei oft gar nicht hoch angesetzt. Nicht zum wenigsten aus diesem soziologischen Grunde ist die hohe Wertung des „Speertodes" und die Verächtlichkeit des „Strohtodes" zu verstehen, wie sie uns in den Anschauungen der alten Germanen und noch mehr der von periodischer Übervölkerung heimgesuchten normannischen Wikinger begegnen. Der nordische Held gibt sich, wenn er nicht mehr waffenfähig ist, oft selbst den Tod, wie der König Ring in der Frithjofssage[1]):

„Nun will ich schneiden Geirsodd so blutig:
Speertod ist nordischer Könige Pflicht."

1) Esajas Tegnérs Frithjofssage, 20ster Gesang.

Digitized by Google

Ganz systematisch und im großen Stil ist die Tötung von Neugeborenen in dem alten Kulturlande China geübt worden, wo das Menschenleben, ebenso wie in Rußland, wenig gilt, weil ein gewaltiger Überfluß an Individuen vorhanden ist. Das Hohenzollern-Wort „Menschen erachte ich für den größten Reichtum" trifft nur für schwach besiedelte Länder zu, die innere Kolonisation treiben wollen; in überdicht besiedelten hat man für eine derartige Wertung von Menschenleben gar kein Verständnis. Da kommt es vielmehr mit stillschweigender Duldung der Regierung zu einer Art numerus clausus der Kinderzahl, zu einer Pflege des praktischen Malthusianismus, wie sie Nissen für China geschildert hat[1]):

„Ein Reich von mehr als 360 Mill.[2]), der größten Menschenmasse, die je ein Staatswesen umschlossen hat, mit einer Dichtigkeit der Bevölkerung, die nur von unseren Industriebezirken erreicht wird, vermag es seine Bewohner nicht genügend zu ernähren ... Viele Gegenden treiben den Kindesmord, und die Obrigkeit drückt ein Auge zu."

Ebenso ist auf den Südseeinseln mit ihren von der Natur beschränkten Raum- und Ernährungsmöglichkeiten die Beseitigung der menschlichen „Drohnen" viele Jahrhunderte hindurch als eine ganz selbstverständliche Sitte geübt worden. Die alten Leute wurden erschlagen, wohl gar verzehrt, oder man ließ sie in Nachen oder Flößen, blumenbekränzt und ohne Nahrung, aufs offene Meer hinaustreiben, oft stürzten sie sich auch freiwillig, wie Syphax in Dahns „Kampf um Rom", in den Krater eines Vulkans, um das Volk von den „unnützen Essern" zu befreien. Bei Kulturvölkern können gerade die Alten durch geistige Kräfte und Erfahrung besonders nützlich für die Allgemeinheit wirken, wie der 90jährige Nestor vor Troja, aber bei primitiven Stämmen, wo nur Körperkraft und Kampftüchtigkeit Geltung haben, ist der alte Mensch nicht mehr zu gebrauchen und muß daher jungem Leben Platz machen. — In engem Zusammenhang hiermit steht die berüchtigte indische Witwenverbrennung, die erst 1877 verschwunden zu sein scheint und die bei vielen anderen Völkern im Töten aller Weiber und Sklaven eines gestorbenen Herrn eine Parallele findet. Wenn der für den Stamm allein nützliche Krieger dahingegangen ist, hat auch sein Anhang keinen Anspruch mehr auf Raum und Nahrung, mit Ausnahme seiner Kinder, die künftige Krieger oder Mütter von Kriegern zu werden versprechen.

Ebenso ist der Kindesmord, die Vernichtung und Aussetzung schwächlicher oder sonst unerwünschter Nachkommen, die ja bekanntlich sogar noch im alten Sparta unter amtlicher Aufsicht geübt wurde, in dichtbesiedelten Ländern auf niedriger Kulturstufe geradezu eine Unentbehrlichkeit und nicht nur bei den ärmeren Klassen in China und Indien, sondern auch bei vielen Naturvölkern von alters her bis heute üblich. Zumal auf

1) H. Nissen, Der Verkehr zwischen China und dem Römischen Reiche; in den Bonner Jahrbüchern, 1894 (Bd. 95), S. 2/3.

2) Bei der ersten Volkszählung von 1925 ergab sich sogar eine Bevölkerung von 425 Millionen; 1929 wird sie auf über 440 Millionen geschätzt.

Digitized by Google

einsamen Inseln, wo jede Möglichkeit einer Raumerweiterung fehlt, bleibt den Bewohnern oft gar nichts anderes übrig als eine Art von numerus clausus für die aufzuziehende Nachkommenschaft. Daß der Vernichtung vornehmlich die neugeborenen Mädchen zum Opfer fallen, ist verständlich. Erwähnt doch James Cook in seinem Reise-Tagebuch,[1]) daß von den 6—700 Einwohnern der Osterinsel etwa zwei Drittel Männer waren. Anderswo ist das Zahlenverhältnis zwischen lebenden Personen männlichen und weiblichen Geschlechts noch ungünstiger.

Auf den zahlreichen Inseln des Stillen Ozeans mit ihren fest gegebenen Raumgrößen ist die Frage der künstlichen Beschränkung der Volkszahl stets besonders brennend gewesen. Neben dem Kindesmord muß diesem Ziel die künstliche Verhinderung der Befruchtung und das Umbringen der Greise dienen. Die Südsee kennt von jeher gelegentlich den Malthusianismus in seiner schärfsten Form: die Geschlechter werden radikal auf verschiedene Inseln getrennt und dürfen nur in einem Monat des Jahres miteinander Verkehr haben. Die Männer suchen dann die Frauen auf und nehmen, wenn sie auf ihre Insel zurückkehren, die dem mannbaren Alter nahenden Knaben mit sich. Die gleiche Sitte fand sich vor alter Zeit auch in den vielen europäischen Gebieten und hat u. a. Anlaß gegeben zu der oftmals erörterten Fabel von dortigen „Inseln der Amazonen". Julius Wolf hat daher nicht ohne Grund den Satz aufgestellt:[2])

„Seit urvordenklichen Zeiten ist nicht der Trieb, die natürliche Fruchtbarkeit, sondern der Wille Regulator der Geburtenziffer."

Japan, das sich bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts ganz auf seinem Inselreich eingesponnen und gegen die Umwelt abgeschlossen hatte, war angesichts seiner dichten Bevölkerung jahrhundertelang gezwungen, auf Behinderung der Volksvermehrung mit allen Mitteln bedacht zu sein. Von 1600 bis 1850 ist in der Tat seine Bevölkerungszunahme erstaunlich gering gewesen, wobei zu bemerken ist, daß in dieser ganzen Zeit kein Krieg eine dezimierende Wirkung ausübte, wohl allerdings die häufigen Erdbeben, Vulkanausbrüche und Springfluten. Weiter ist dabei zu beachten, daß Japan i. J. 1636 jegliche Auswanderung bei Todesstrafe verboten hatte! So weit es sich feststellen läßt, betrug dennoch die Bevölkerungsmenge Japans um 1600 rund 27 Mill. und 1852 erst 33 Mill. Menschen. Daß keine physische Degeneration, sondern nur der Malthusianismus an dieser sehr langsamen Vermehrung schuld war, hat die Welt hinreichend erfahren, als dann nach dem Fallen aller Schranken die Bevölkerungszahl Japans 1885 auf 38, 1895 auf 42, 1905 auf 48, 1920 auf 56 Mill. wuchs.[3]) Gegenwärtig vermehrt sich das japanische Volk in zwei Jahren stärker als früher in einem Jahrhundert! Von 1920 bis 1925 stieg die Zahl aller Japaner in der Heimat und im Ausland von 76988379 auf 83454371, d. h. im Jahre um 1293000 oder 8,4%, und zwar fast

1) Eintragung vom 15. Februar 1774. 2) Schmollers Jahrbücher, 1927, S. 93.
3) K. Haushofer, Das japanische Reich, S. 63, Wien 1921.

Digitized by Google

restlos infolge von Geburtenüberschuß, denn die Vermehrung durch Zuwanderung betrug im Jahre nur 36000. Die Folge davon ist freilich ein „Volk ohne Raum", das bei der Unmöglichkeit, eine große, moderne Industrie im Lande zu entwickeln, noch ungleich schwerer als Deutschland unter Übervölkerungsproblemen leidet (vgl. S. 277ff.).

Eine künstliche Beschränkung der Volkszahl kann sich ein Inselvolk beliebig lange Zeit erlauben, wenn ihm keine feindlichen Angriffe drohen. Ein Volk, das sich gegen Feinde wehren muß, begeht Selbstmord, wenn es dem Malthusianismus oder dem Zweikindersystem verfällt, das Kjellén mit Recht in undicht besiedelten Ländern als „nationale Paralyse" bezeichnet.[1]) In solches Land pressen stärker bevölkerte Nachbargebiete ihren Überschuß hinein, wie wir es zurzeit in Südfrankreich beobachten können, wohin das zu dicht besiedelte Italien alljährlich große Menschenströme entsendet (vgl. S. 274f.), während im Norden des Landes das polnische Element sich mehr und mehr festsetzt. Selbst bei den Indianern, die als Jägervölker keiner dichten Bevölkerung Raum geben konnten, war es den Müttern erst nach der Geburt des dritten Kindes vorgeschrieben, weitere Nachkommen durch Lebendigbegraben zu töten; aber bei unseren Kulturnationen, die durch Verhinderung der Befruchtung und künstlichen Abortus viel mehr die Volksvermehrung sabotieren als die „wilden" Völker mit ihrem Kindesmord, greift die Pest des Zweikindersystems in immer höherem Maße um sich, am meisten in Frankreich, wo die Bevölkerung seit 1870 fast stagniert (vgl. Fig. 50). Überall in der Kulturwelt nimmt die Geburtenziffer schnell ab. In Frankreich entfielen 1927 nur 18,8 Geburten auf 1000 Einwohner, in England 18,3, in Schweden 16,8. In Deutschland ist die Geburtenziffer von 43 auf 1000 Einwohner im Jahre 1876 auf 19,5 im Jahre 1927 gesunken, in Berlin sogar schon auf 11, und es wird angenommen, daß allein in Deutschland jährlich etwa 800000 Geburten künstlich verhindert werden! Nach einem Bericht der Berliner Ortskrankenkasse von 1929 ist dort die Zahl der Fehlgeburten größer als die der normalen Entbindungen! Der Kindermord ist in der Kulturwelt abgeschafft, aber durch den gleich wirksamen Fötusmord ersetzt worden! Aber kann es denn anders sein? In den überwiegend bäuerlichen Bevölkerungen der europäischen Länder vor 1870 war der Kinderreichtum eine vorteilhafte Kapitalanlage, und heute ist er ein Luxus geworden! Wenn auch bei der heutigen, sehr stark verminderten Kindersterblichkeit die Familien nicht mehr so viele „Ersatzkinder"[2]) nötig haben wie früher, so ist doch nicht zu verkennen, daß heute die starke Zunahme der Bevölkerung der Erde den geringwertigen Rassen

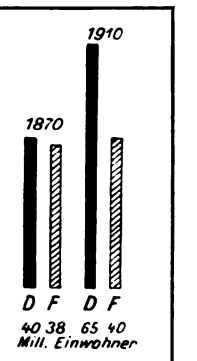

Fig. 50. Bevölkerungszunahme Deutschlands und Frankreichs 1870—1929.

1) Der Staat als Lebensform, S. 188.

2) Julius Wolf in Schmollers Jahrbüchern, 1927, S. 99.

Digitized by Google

und Völkern mehr als den Kulturnationen zugute kommt. Schon Kjellén hat unter Bezugnahme auf den Untergang des alten Rom nachgewiesen, daß sich ein Weltreich das Zweikindersystem nicht dauernd leisten kann, wenn es nicht zugrunde gehen will[1]):

„Das Zweikindersystem versetzte das Weltreich mit barbarischen Bestandteilen, bis es reif wurde für den Untergang."

Dem römischen Reich ist nicht so sehr von fremden Völkern als durch die eigene Entartung der Untergang bereitet worden. Um 200 v. Chr. wohnten schätzungsweise 22 Mill. Menschen in Italien, um 350 n. Chr. nur 5 Mill. Was Wunder, wenn das Naturgesetz, das leere Räume nicht leiden mag, sich auch in diesem Falle auswirkte, wenn der Stoß der Völkerwanderung alsbald die Rolle des horror vacui der Physik spielte! Ein wanderndes Volk drückt gern ein seßhaftes aus seinen Wohnsitzen heraus, wie es sich in dem Jahrhundert der größten Völkerwanderung von 375 bis 476 n. Chr. so oft ereignet hat, und es kann sich ein vollständiges „Völkergefäll"[2]) entwickeln, das in Afrika vom Nil zum Kongo, also nach S und SW wies, in Nordamerika nach W, in Asien abwechselnd nach O und W und in der großen europäischen Völkerwanderung vornehmlich nach SW.

In ziemlich regelmäßigen Zwischenräumen gingen aus kargen Ländern, wie den zentralasiatischen Steppen oder den norwegischen Fjorden, solche Völkerströme aus. Innerasien hat man, wegen der Häufigkeit und Unwiderstehlichkeit der von dort ausbrechenden Völker-Lavamassen, geradezu die vagina gentium genannt. Wer auswandern mußte, wurde oft durchs Los entschieden. Gelegentlich wurde in Notzeiten ein ganzer Jahrgang schon vor der Geburt zur Auswanderung nach erreichter Mannbarkeit bestimmt. Besonders war dies im alten Italien, auch bei den Römern der ersten Jahrhunderte, üblich: die Sitte des Ver sacrum, die alle Feldfrüchte und tierischen Nachkommen des nächsten Frühlings den Göttern als Opfer gelobte und die im „Heiligen Frühling" geborenen Kinder zur späteren wehrhaften Auswanderung dem Mars weihte, ist zuletzt von den Römern noch i. J. 217 v. Chr., in den Nöten des beginnenden zweiten Punischen Krieges, geübt worden. Es war stets, als wenn ein übervölkerter Bienenstaat seinen Überschuß an Individuen zum Ausschwärmen zwingt, damit er sich draußen in der Welt „ein anderes Königreich" suchen möge.

Die stärksten Wellenbewegungen dieser Art brandeten durch ganze Erdteile dahin, und es bedurfte äußerster Kraftanstrengungen, oder unüberwindlicher Naturhindernisse, um sie zum Stehen zu bringen. In der Regel gelang es zwar der überlegenen Kriegskunst der süd-, west- und mitteleuropäischen Völker, die drohenden Völker-Sturmfluten schließlich mit Aufwendung aller Kraft zum Stehen zu bringen. Die Schlachten von Vercellae und Aquae Sextiae (102 und 101 v. Chr.), auf den Katalaunischen

1) A. a. O., S. 40. 2) A. Dix, a. a. O., S. 39.

Digitized by Google

Feldern (451 n. Chr.), bei Tours und Poitiers (22. Juli 732), auf dem Lechfeld (10. August 955), bei Wahlstatt (9. April 1241), schließlich noch die Türkenschlacht am Kahlen Berge vor den Toren von Wien (12. September 1683) sind ebenso viele geschichtliche Marksteine, durch welche die entfesselten Gewalten wieder rückläufig oder unschädlich gemacht wurden. Aber die Völkerwelle des 4. und 5. Jahrhunderts brauste z. B., nachdem der einzige ernste Widerstand der Südvölker bei Adrianopel

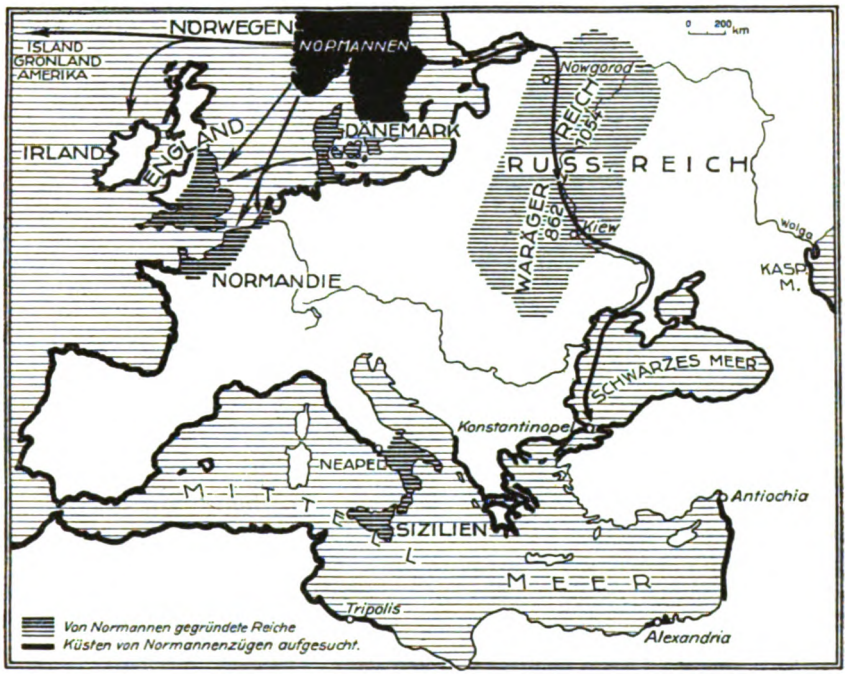

Fig. 51. Die normannische Völkerwoge des 9. bis 12. Jahrhunderts.

(9. August 378) gebrochen war, hemmungslos über Europa dahin, überschwemmte Italien, Spanien, Nordafrika und ebbte erst dort ab, wo die Wüste ein Weiterfluten unmöglich machte. Ähnlich fand dereinst in Afrika die Völkerwanderung der kriegerischen Fulla genau dort ein Ende, wo das Vorkommen der Tsetsefliege den pferdezüchtenden Eroberern den Eintritt wehrte — ein interessantes Beispiel, wie einem sonst unwiderstehlichen Siegervolk durch ein unscheinbares Insekt das Gesetz des Handelns vorgeschrieben werden kann. Selbst geistige Bewegungen unterliegen einem solchen Naturzwang: „das weströmische Christentum kapitulierte vor den Rokitnosümpfen" (Obst[1]).

Auf dem Meere vermögen solche Völkerwanderungsstürme sich ebenfalls auszutoben (Fig. 51). Die Normannenflut des 9.—11. Jahrhunderts ergoß sich über ein unerhört großes Gebiet: im Süden fand sie erst am

1) Bausteine zur Geopolitik, S. 219.

Digitized by Google

Rande der Wüste, im Norden, an der Grenze des ewigen Eises eine Schranke, im Westen brandete sie noch gegen die Küste Nordamerikas, und im Osten breitete sie sich über Land bis ans Kaspische Meer aus, an dessen Westufer i. J. 944 ein Kriegs- und Beutezug stattfand, wie ein zeitgenössischer Schriftsteller[1]) zu melden weiß. — Und ihr einzig würdiges Gegenstück, die Malaien, haben, anscheinend von der nach ihnen genannten Halbinsel ausgehend, auf der südlichen Halbkugel eine ähnliche Völkerwanderung durchgeführt, die sich über die Breite zweier Ozeane hinweg und über fast alle Inseln zwischen Ostafrika und dem westlichen Südamerika erstreckte. In kleinerem Maße haben die auf Celebes beheimateten Bugi ebenfalls Seewanderungen erheblichen Ausmaßes betrieben und sich von Singapur bis Neuguinea ausgebreitet. Neuerdings ist es wahrscheinlich gemacht worden[2]), daß sogar die indianische Urbevölkerung Amerikas über See von den Südseeinseln her eingewandert ist.

2. Aus- und Einwanderung.

Unsere Gegenwart kennt Völkerwanderungen im alten Stil nicht mehr. Aber was sie an ihre Stelle gesetzt hat, ist an sich viel gewaltiger als die großartigsten Wanderungen älterer Jahrhunderte. Damals sind Hunderttausende oder, wenns hoch kam, wenige Millionen im Zeitraum eines Jahrhunderts in neue Wohnstätten gewandert. Im 19. Jahrhundert aber haben 30 Millionen Europäer der Heimat den Rücken gekehrt und sind für immer übers Meer gezogen, daneben haben zahllose andere Millionen vorübergehend als „Ozean-Sachsengänger" in Übersee geweilt.

Es sind in dieser Hinsicht ganz merkwürdige Charakterunterschiede der Nationen festzustellen. „Ozean-Sachsengängerei" wird vor allem von den Italienern, den Polen und Chinesen, z. T. auch den Japanern, betrieben. Sie gehen für eine Reihe von Jahren, gelegentlich selbst Jahrzehnten, in fremde Länder jenseits des Ozeans, kehren jedoch, wenn sie sich einen gewissen Wohlstand erworben haben, ziemlich regelmäßig in die Heimat zurück. Für Italien sind diese leidlich begüterten Rückwanderer eine so typische Erscheinung, daß sogar die dortige Volkswirtschaft mit den alljährlich ins Land strömenden Auslands-Ersparnissen wie mit einer zuverlässigen und gar nicht unbedeutenden Einnahmequelle zu rechnen vermag. In den meisten Fällen lassen die italienischen, aber auch die sonstigen romanischen Sachsengänger ihre Familien in der Heimat zurück, um nach Jahren zu ihnen zurückzukehren. Diese Sitte ist vorteilhaft für die Erhaltung der Nation wie des Nationalvermögens, aber schädlich für die Reinhaltung der weißen Rasse, dazu eine ungenügende Abhilfe für die etwaige Übervölkerung des Heimatstaates.

---

1) Masudi, ed. Aloys Sprenger, Meadows of gold and mines of gems, London 1841, Bd. I, S. 417—420.

2) Petermanns Mitteilungen, 1928, S. 90.

Digitized by Google

Die germanischen Völker dagegen pflegen, wenn sie der Heimat den Rücken kehren, gern mit Kind und Kegel auszuwandern und sich auf eine lebenslängliche Ansiedlung in Übersee einzurichten — natürlich mit Ausnahme derjenigen zahlreichen Briten und Holländer, die sich in den Kolonien des Mutterlandes eine Reihe von Jahren hindurch „den Wind um die Nase wehen lassen" wollen und die schließlich ebenfalls zumeist nach der Heimat zurückkehren, aus deren Diensten sie nie ganz geschieden sind. Die germanische Sitte, die Familie in die neue Heimat mitzunehmen, die sich vornehmlich beim deutschen Volk und bei den vier skandinavischen Nationen findet, ist sehr förderlich für die Reinhaltung der Rasse, aber ein schwerer Aderlaß an nationaler Volkskraft und Wirtschaftsenergie, denn bei der fast überstarken Assimilationsfähigkeit, zumal der Deutschen, an fremde Umgebungen, die einen diametralen Gegensatz darstellt zu der englischen, der chinesischen und japanischen Abneigung gegen ein Aufgehen in fremden Völkern, pflegt bekanntlich in der Regel schon die nachfolgende Generation im Ausland das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Mutterlande zu verlieren und oft auch die Muttersprache abzulegen.

Genau ebenso sind erhebliche Charakterunterschiede festzustellen in der Art und Weise, wie die einzelnen Nationen auf erobertem Lande, in dem sie sich zu Herren gemacht haben, mit der eingeborenen, fremdrassigen Bevölkerung verfahren. Der Romane hat wenig Rassenstolz und scheut vor sehr weitgehender Rassenmischung durchaus nicht zurück, zumal da er es eben oft verschmäht, seine Familie nach Übersee mitzunehmen. Nur so ist das Aufkommen ganzer Mulatten- und Mestizennationen zu erklären, wie wir sie im ehemals spanisch, portugiesisch und französisch gewesenen Mittel- und Südamerika finden und die, vom Rassenstandpunkt, einen tiefbedauerlichen Rückschritt in der Menschheitsentwicklung darstellen, da solche Mischlinge fast immer nur die schlechten, nicht die guten Eigenschaften der Erzeuger erben. Bestehen doch in Mexiko 48% der Bevölkerung aus Mischlingen, und auf manchen westindischen Inseln ist das Verhältnis noch schlimmer. Die unaufhörlichen politischen Unruhen, Revolutionen, Bürgerkriege in gewissen amerikanischen Ländern hängen mit der Minderwertigkeit des Mestizentums aufs engste zusammen.

Demgegenüber ist bei den germanischen Völkern der Rassenstolz von jeher sehr stark ausgeprägt gewesen. In eroberten Gebieten lagern sie sich als Herrenschicht über die Unterworfenen, aber eine Vermischung findet nur sehr langsam oder überhaupt nicht statt. Wir begegnen dieser Schichtenbildung der Rassen, die an die Sedimentbildungen der Geologie erinnert, schon bei den aus nordischem Blute stammenden Herrenklassen des Altertums, besonders deutlich etwa bei den Goten in Italien; wir finden im Baltenlande, das ja zum früheren Gebiete des Deutschen Ordens gehörte, eine durch 700 Jahre festgehaltene, überaus scharfe Scheide zwischen der deutschen Herrenschicht und den unterworfenen eingeborenen Esten, Liven, Letten oder Litauern. Besonders typisch treten

Digitized by Google

uns die Engländer als eine zahlenmäßig sehr kleine Herrenschicht in dem volkreichen Indien, in Ägypten und anderswo entgegen. Daß u. a. die Japaner ebenfalls stark dazu neigen, beweist ihre strenge Absonderung von der eingesessenen Bevölkerung im unterjochten Korea und von den fast ausgerotteten Ainos in Nordjapan.

Beim angelsächsischen Zweig der Germanen hat in den letzten Jahrhunderten die bewußte Scheidung von den im kolonisierten Lande eingeborenen Rassen noch viel schärfere Formen angenommen. In geeigneten Siedlungsländern ist der Brite und neuerdings auch der Yankee vor einer fast systematischen Ausrottung der ursprünglichen Besitzer des Landes nie zurückgescheut. Es mußte nicht immer eine blutige Ausrottung sein, obwohl auch auf diesem Gebiete, z. B. in Australien, Tasmanien, Neuseeland, Nordamerika, erschreckend viel geleistet worden ist, sondern Branntwein, Hunger, Syphilis, Pocken, Cholera usw. wirkten als willkommene Bundesgenossen der Weißen, noch radikaler. Die Urbewohner Tasmaniens sind schon i. J. 1876 ausgestorben oder, wie Haushofer[1]) richtiger sagt, „ausgestorben worden"; wann die letzten 15000 Australneger, die letzten Maoris, die letzten Indianer in die ewigen Jagdgefilde eingehen, ist nur noch eine Frage der Zeit. Australien und seine umliegenden Inseln sowie Nordamerika sind „Weißen Mannes Land" geworden, und zwar vornehmlich Germanenland, Land der nordischen Rasse. Vom Rassenstandpunkt aus ist diese Entwicklung zu begrüßen; die Moral freilich kommt dabei erheblich zu kurz. Noch mehr nämlich, als in der britischen Politik das Prinzip vom right or wrong Geltung hat, muß sich im Kampf der Rassen der geopolitisch gesunde Grundsatz durchsetzen: „Right or wrong, my race"! Das mag grausam sein, aber es ist die Nietzschesche Grausamkeit des Herrenmenschen, die im Interesse der fortschreitenden Hinaufentwicklung der Menschheit schlechterdings kaum entbehrlich ist. Widerwärtig ist freilich die schönrednerische Heuchelei, mit der solche Grausamkeiten begründet werden. Früher hatten in dieser Hinsicht die Spanier die Führung. Schon vor mehr als 100 Jahren äußerte Adalbert v. Chamisso[2]):

„Der fromme Missionar Don Diego Louis de San Vitores landete auf Guaham (Marianeninsel Guam) i. J. 1667. Er wünschte den Völkern das Heil zu bringen, aber es folgten ihm Soldaten und Geschütze. Noch vor dem Schlusse des Jahrhunderts war das Werk vollbracht, und diese Nation war nicht mehr. Pacificar nennen's die Spanier."

Wie konsequent auch heute noch England diesen Rassenkampf-Standpunkt uneingestanden verfolgt, zeigt sich besonders deutlich in Indien, wo allerdings, infolge der überdichten Bevölkerung, Menschenleben, wie in Ostasien, nicht hoch im Werte stehen. Indien wird bekanntlich in regelmäßigen Zwischenräumen von mehreren Jahren bald hier, bald dort von schweren

1) Geopolitik des Pazifischen Ozeans, S. 111, Berlin-Grunewald 1924.

2) Otto v. Kotzebue's Entdeckungsreise in die Südsee und nach der Behringstraße, Bd. III, S. 105. Wien 1825.

Digitized by Google

Hungersnöten heimgesucht, die jedesmal große Mengen von Menschen dahinraffen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß im heutigen Zeitalter einer geregelten Weltwirtschaft die englisch-indische Regierung unschwer in der Lage sein würde, diese Hungersnöte durch eine geregelte Vorratswirtschaft unmöglich zu machen. Aber sie tut in dieser Hinsicht so wenig etwas, daß sie schon zu wiederholten Malen große Mengen des in Indien erzeugten Getreides während des Wütens solcher Hungersnöte ins Ausland geschafft und dort in den Welthandel gebracht hat! Ebenso hätten die immer noch oft furchtbaren Wirkungen der Cholera, Beulenpest und anderer tropischer Seuchen in Indien von einem modernen Kulturvolk bei gutem Willen längst eingeschränkt, vielleicht ausgerottet sein können. Wenn die Deutschen oder die Amerikaner Herren von Indien wären, wäre dies bereits geschehen. England aber legt offenbar durchaus keinen Wert darauf, daß die braune Rasse in Indien sich vermehrt — ganz abgesehen davon, daß die 95 % indischer Analphabeten in einer deutschen Kolonie ebenfalls unvorstellbar sein würden.

Das „Ausgestorbenwerden" vieler Naturvölker vollzieht sich selbst ganz ohne unmoralische Mittel der weißen Rasse in vielen Gebieten, die für die Europäer und Nordamerikaner Wert haben, in einer für die wissenschaftliche Ethnologie geradezu erschreckend schnellen Weise. Als James Cook i. J. 1778 die Sandwichinseln entdeckte, betrug die Kopfzahl der Ureinwohner auf dieser Inselgruppe schätzungsweise 3—400000. Schon 1832 war sie auf 130000 gesunken, 1895 auf 31000. Dafür waren Weiße und Japaner in Mengen neu ins Land gekommen; heute sollen dort etwa 123000 Japaner leben, nachdem i. J. 1880 erst 86 gezählt wurden! Als die einsame Osterinsel vor 200 Jahren (1722) von Roggeveen aufgefunden wurde, soll sie „volkreich" gewesen sein. 1870 belief sich die Zahl der Eingeborenen nur noch auf 3000, 1905 auf nur 200 Köpfe. Die Zahl der Chamorros auf den Marianen wurde 1668 zu 40—60000 angegeben, 1856 war sie auf 9000, i. J. 1900 auf 1950 gesunken. Andere Beispiele dieser Art sind massenhaft zu erbringen und bei Haushofer nachzulesen.[1]) Das harte Naturgesetz des Darwinschen struggle for life herrscht eben auch im Kampf der Rassen: „Fressen oder Gefressenwerden" lautet die Parole.

Die von der weißen Invasion bedrohten Naturvölker erkennen zuweilen instinktiv die ihnen drohende Gefahr und wissen sich gelegentlich in ungemein wirksamer Weise dagegen zu schützen. Japan ist heute als Staat eine Großmacht, aber wo wären Japan und die Japaner, wenn man sich nicht 2½ Jahrhunderte lang gegen den europäischen Imperialismus mit einer unsichtbaren Mauer, die ungleich wirksamer als die Chinesische war, umgeben hätte? Und auch in der Zeit der Berührung mit den Weißen hat sich sowohl in Japan wie auf den Tonga-Inseln die kluge Maßnahme, den Fremden Land nur zu verpachten, nicht zu verkaufen, für die Erhaltung der

1) Geopolitik des Pazifischen Ozeans, S. 91.

Digitized by Google

Art ausgezeichnet bewährt. Während auf fast allen sonstigen Inseln des Stillen Ozeans die Urbevölkerungen entweder schon verschwunden sind oder auf der Aussterbeliste stehen, ist Japan durch seine weisen Maßnahmen so erstarkt, daß es heute seinerseits Menschenströme großen Umfangs über den Pazific ergießt und als einziger vollwertiger Mitbewerber der weißen Völker unter den farbigen Nationen angesprochen werden muß.

Starke Staaten mit weitem Lebensraum, die die nötige Macht dazu haben, regulieren den Zustrom von Fremden ihren Wünschen gemäß. An sich ist ihnen Einwanderung willkommen, da sie zur wirtschaftlichen Erschließung und Stärkung der staatlichen Macht beiträgt, aber der Ausländer, der sich dauernd ansiedeln will, muß die Staatsangehörigkeit erwerben und von freudiger Hingabe an das neue Wahlvolk beseelt sein — sonst kann man ihn nicht gebrauchen und setzt ihm bei erster Gelegenheit den Stuhl vor die Türe oder läßt ihn besser gar nicht ins Land hinein. Die englischen Dominions und vor allen selbstverständlich die Vereinigten Staaten, die sich anfänglich um Nam' und Art der Einwanderer nicht kümmerten und jedem Arbeitswilligen Zutritt gewährten, sind in neuerer Zeit immer wählerischer und anspruchsvoller geworden, nicht nur bezüglich der Wohlhabenheit der zugelassenen Menschen, sondern vor allem auch hinsichtlich der Rassen- und Volkszugehörigkeit. Japans gewaltige Schwierigkeiten, seinen Menschenüberschuß unterzubringen, werden durch die ausgesprochene Feindschaft gegen die gelbe Rasse, wie sie sich in den bestgeeigneten Siedlungsgebieten Japans, in Kalifornien, Australien, Neuseeland, Holländisch-Indien, den Philippinen usw. bemerkbar macht, aufs äußerste erschwert. Für die weiße Rasse ist die in den heutigen und früheren europäischen Kolonialgebieten betriebene Einwanderungspolitik natürlich sehr wertvoll gewesen. Die ursprünglich fast ganz auf Europa beschränkte weiße Rasse hat sich heute so stark über die Erde verbreitet, daß ein rundes Viertel von ihr in anderen Erdteilen zu finden ist und zwei neue Kontinente, Amerika und Australien, politisch ziemlich ganz für sie erobert worden sind. Nach einer neuen Statistik umfaßte die weiße Rasse 1921 nicht weniger als 650 Mill. Köpfe[1]), d. h. ein starkes Drittel der Menschheit. Diese Menge verteilte sich folgendermaßen auf die einzelnen Erdteile:

Europa	453 Mill.	Afrika	3,1 Mill.
Amerika	139 „	Asien	0,8 „
Australien und Südsee . .	6,7 „		

Das eigentliche Auswanderer-Eldorado der Europäer sind von jeher die Vereinigten Staaten gewesen. Wie sich die moderne Form der Völker-

1) Maull gibt sogar (a. a. O., S. 359) an: 885 Mill. Weiße, 500 Mill. Gelbe, 125 Mill. Schwarze und spricht auf S. 455 von 900—925 Mill. Weißen = 53 % der Menschheit gegenüber 30 % Gelben, 7 % Schwarzen, 3½ % Malaien und 2½ % Indianern. — Ich halte diese Zahlen der weißen Menschheit für zu hoch, auch wenn die Mestizen und Mulatten ihnen zugezählt sein sollten.

Digitized by Google

wanderung in dieses Land gestaltet hat und wie ganz verschieden die Yankees sich gegenüber den einwanderungsbereiten Fremden je nach deren Heimat eingestellt haben, wird vielleicht am überzeugendsten aus nachfolgenden Zahlentabellen zu ersehen sein:

Einwanderung in den Vereinigten Staaten:

1821—30	143439	1871—80	2812191
1831—40	599125	1881—90	5246613
1841—50	1713251	1891—1900	3844420 (Beschränk. Gesetze!)
1851—60	2598214	1900—10	8796386
1861—70	2313824 (Sezessionskrieg!)	1920—27	3239829 (wachs. Drosselung[1])!)

Es waren, nach Reinhard, unter allen Bewohnern der Vereinigten Staaten[2]):

von deutscher Abkunft	27%	von italienischer Abkunft	8%
„ angelsächsischer „	20%	„ skandinavischer „	6%
„ irischer „	18%	„ französischer „	2%
„ negroider „	10%	„ anderer „	1,3%.
„ slawischer „	10%		

Wenn nun auch den gewaltigen Einwanderungs-Zahlen, die im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 880000 Köpfen ergaben, eine ganz ansehnliche Rückwanderung gegenüberstand, die z. B. 1908 300000, 1909 226000, 1910 202000 Menschen ausmachte, so ist es doch begreiflich, daß die Vereinigten Staaten eine bisher immer schärfer werdende Rationierung und Siebung der Einwanderermassen vornahmen.[3]) Unerwünschte Nationen und Elemente, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege leicht zum Opfer fallen konnten, wurden rücksichtslos ferngehalten, und bekanntlich geht die Kontrolle auf der Einwandererstation und die Abstoßung von allen Personen, die unwillkommen erscheinen, mit äußerster Strenge vor sich. Nachdem am 19. Mai 1921 die Dillingham-Bill nur noch 3% der festgestellten Volksmenge des Jahres 1910 zulassen wollte, hat die National Origin-Klausel von 1924 die Stärke, in der die Nationen i. J. 1920 (nach Abwanderung sehr vieler Deutschstämmigen im Kriege!) zur Rassenstruktur der Bewohner der Vereinigten Staaten beigetragen haben, als neue Quote der Berechnung zugrunde gelegt. Vom 1. Juli 1929 an sind im Höchstfall jährlich nur noch 65724 Briten und 25957 Deutsche usw. zugelassen.

Die Natur der meisten Einwanderer ist dabei den Vereinigten Staaten wenig willkommen. Parker erklärt[4]):

„Die heutigen Einwanderer sind für die amerikanische Landwirtschaft vollkommen hoffnungslos. Ihre Fähigkeiten reichen nur zu ungelernten Industriearbeitern — und zu weiter nichts!"

1) Im Jahre 1927 nur noch 175955, künftig höchstens 150000 Köpfe im Jahr!

2) R. Reinhard, Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde, S. 127. Breslau 1919.

3) Vgl. Manul, Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten; in der „Zeitschr. f. Politik", 1929, S. 707/708.

4) Carleton H. Parker, Die Einwanderungs- und Siedlungspolitik in Amerika; in „Nordamerikanische Fragen", S. 31.

Digitized by Google

Von dem Umfang des nationalen Mischkessels erhält man einen Begriff, wenn man hört, daß allein in New York mehr Polen wohnen als in Warschau, mehr Iren als in Dublin, mehr Sizilianer als in Palermo, mehr Juden als in ganz Palästina![1])

Gleichzeitig sperren sich aber auch andere ausgesprochen noch menschenarme Gebiete aus mancherlei Motiven grundsätzlich gegen neue Einwanderung, ganz besonders jedoch gegen den Zustrom farbiger Rassen. Australien, das schon gegenwärtig ohne weiteres 60 Millionen statt der im Lande vorhandenen 6,1 Millionen Menschen beherbergen könnte, sträubt sich aus sehr selbstsüchtigen Motiven der dort herrschenden Labour Party gegen jede Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung und hat noch 1927 ein Gesetz gefordert, wonach in den nächsten zehn Jahren nicht mehr als zusammen 450000 Einwanderer zugelassen werden sollen! Ein genauer Kenner der dortigen Zustände, Rev. J. Jones, äußerte sich hierüber in einem am 9. Februar 1927 in Manchester gehaltenen Vortrag folgendermaßen[2]):

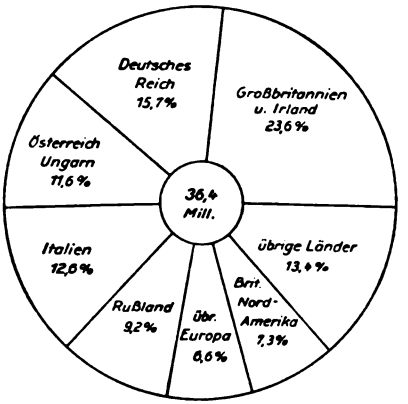

Fig. 52. Herkunftsländer der Einwanderer in die Ver. Staaten von Nordamerika 1819—1925.

„Australien, das jetzt eine Bevölkerung von nur 6 Millionen hat, schütter und lose an den Küsten verteilt, kann mit Leichtigkeit und ganz bequem 60 Mill. ernähren. Wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir Australien nur halten können, wenn wir es wirklich und wirksam bevölkern können ... Ich will der Labour-Partei in Australien kein Unrecht tun, aber ich muß jedenfalls sagen, daß sie zumindest nichts an Begeisterung für Einwanderung übrig hat. Sie fürchtet, Einwanderung bringe störenden Wettbewerb, geringere Löhne (Australien hat die höchsten der Welt) und womöglich Arbeitslosigkeit. Aber sie begreift nicht, daß jede Vermehrung an Bevölkerung die Arbeitsnachfrage steigern muß ... Dazu kommt ein scharfer Schutzzoll, der britische Waren fernhält und andere mit nochmals 20% mehr belastet."

Um den bequemen Zustand zu erhalten, daß in Australien die höchsten Löhne der Welt gezahlt werden, treibt also die herrschende Sozialdemokratie die maßlos kurzsichtige, unter Umständen selbstmörderische Politik, daß sie einen Erdteil fast ganz gegen weitere Einwanderung abschließt. Das auch für die Geopolitik geltende Gesetz des horror vacui, das niemals auf die Dauer leeren Siedlungsraum dicht neben übervölkerten Gebieten dulden kann und soll, wird unvermeidlich einst strenge Rechenschaft für eine solche, auf materialistisches Augenblicksbehagen gerich-

1) Robert Michels, Über den amerikanischen Nationalitätsbegriff; im „Weltwirtschaftl. Archiv", 1928, S. 283.

2) Manchester Guardian, 10. Februar 1927.

Digitized by Google

tete Politik fordern. Um so mehr gibt es zu denken, daß sogar das volkarme Australien i. J. 1930 volle 200000 Arbeitslose hatte.

Die gelbe Sturmflut des viel zu eng zusammengepferchten Japaner- und Chinesentums brandet empor und fordert neues Siedlungsland um jeden Preis. Wie lange soll das unnatürliche Verhältnis bestehen, daß im nördlichen pazifischen Ozean, im Stammland der japanischen Inseln, 63 Mill. Menschen auf nur 385500 qkm zusammengedrängt, im südlichen, in Australien, aber nur 6,1 Mill. auf 7,7 Mill. qkm Land (wenn auch viel Wüstenland darunter) verteilt sind? Dort eine Bevölkerungsdichte von rund 157 auf den Quadratkilometer, hier eine solche von nicht 0,8! Dort eine Bevölkerungsvermehrung von gegenwärtig fast 1 Mill. im Jahre (1925: 875384, 1926: 943671 Köpfe!)[1], hier eine mit allen Mitteln durchgesetzte Aufrechterhaltung des menschenleeren Raumes!

Im Jahre 1926 ist in London ein Buch von Fleetwood Chidell erschienen, das das brennende Problem des fünften Erdteils in die knappe Formel zusammenfaßt: „Australien — weiß oder gelb?" Die Zukunftsaussichten sind dort recht düster gemalt. Die englischen Auswanderer, die man in Australien am liebsten allein zulassen möchte, gehen zahlenmäßig ohnehin sehr stark zurück: 1913 wanderten aus den britischen Inseln 389394 Personen aus, 1927 nur 153500 — und das britische Weltreich ist so groß! Eine Rede des australischen Premierministers Stanley Bruce, am 25. August 1926 zu Brisbane im Constitutional Club gehalten, stellte klipp und klar fest, daß andere Rassen Australiens Entwicklungsmöglichkeiten ausnutzen würden, wenn die weißen Australier sich dazu unfähig erwiesen. Australien müsse Fortschritte machen „in einem nie erlebten Tempo", oder man stehe vor einer Lage, „die alle guten Australier schaudern mache". — Und unter solchen Umständen beging überdies der Völkerbund den Schildbürgerstreich, die ohnehin viel zu schwachen Kräfte Australiens durch Zuerteilung von völlig überflüssigem Mandatsland noch weiter unverantwortlich zu zersplittern. Der tertius gaudens bei solcher Kurzsichtigkeit wäre ziemlich sicher die raumdürstende gelbe Rasse und vor allem Japan gewesen. Wenn die Dinge so weiter liefen, war jedenfalls Australien für die weiße Rasse keinesfalls zu halten. Hoffentlich werden kommende Regierungen Australiens eine vernünftigere Einwanderungspolitik treiben als die vorherige, die für jedes weltpolitische Geschehen blind war und alle Dinge nur durch die Lohnbrille des Arbeiters aus ansah.

3. Das Anwachsen der Bevölkerungszahl der Erde.

Die Folgen der Auswanderung bestehen vor allem darin, daß mehr und mehr dünn besiedelte Länder bevölkert werden. Aber es muß festgestellt werden, daß unter den Ländern mit sehr großer Bevölkerungsdichte

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1927, S. 1027.

Digitized by Google

bisher kein einziges ist, das durch Zuzug von außen her zu seinen hohen Bevölkerungsziffern gelangt ist. Die Vereinigten Staaten, an die man hier denken könnte, gehören, als Gesamtstaat betrachtet, durchaus noch zu den schwach bevölkerten Gebieten der Erde (vgl. S. 190/1). Lediglich ihre Ostbezirke sind infolge der starken Industrialisierung zu einer Bevölkerungsdichte gelangt, die der Industrie-Europas ähnelt. Sonst zeigt uns die Erde überall, daß die sehr dicht beieinander wohnenden Bevölkerungen im wesentlichen bodenständig sind, wenn auch selbstverständlich überall stark gemischt mit fremden Zuwanderern. Die so oft prophezeite und so viel gefürchtete Übervölkerung der Erde ist noch auf lange ein Phantom, das Niemandem die Seelenruhe zu rauben braucht. Allein der eine Erdteil Südamerika, zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt, wäre in der Lage, die gesamte heutige Menschheit ausgiebig zu ernähren!

Es kann trotzdem nicht verkannt werden, daß sich die Menschheit bemerkenswert rasch vermehrt.[1]) Man hat Grund zu der Annahme, daß die Menschenzahl des ganzen Erdballs sich im Laufe des 19. Jahrhunderts fast verdoppelt hat. Selbst die ungeheure Erschütterung des großen Weltkriegs, die alles in allem etwa 35 Millionen Menschenleben vernichtet hat, vermochte die Vermehrung der Menschheit nur wenig zu hemmen (vgl. S. 192).

Der Bevölkerungszuwachs dürfte in Zukunft vermutlich noch schneller als in der Vergangenheit erfolgen. Die großen hygienischen Fortschritte, die Verminderung der Säuglingssterblichkeit haben die durchschnittliche Lebensdauer nicht unbedeutend hinaufgesetzt: einer Genueser Statistik zufolge betrug um 1600 die durchschnittliche Lebensdauer nur 21 Jahre, heute dagegen in der Kulturwelt 48 Jahre, und sie wächst noch weiter. Die Zunahme betrifft also vor allem die erwerbsfähigen Lebensalter. Doch auch die Langlebigkeit nimmt zu: die Zahl der über 65, über 80, über 100 Jahre alten wird größer. Nach Max Rubner[2]) sieht gegenwärtig die „hypothetische Lebenstafel" folgendermaßen aus. Von 100 Kulturmenschen erreichen:

ein Alter von	20	Jahren	92,3 %		ein Alter von	70	Jahren	56,2 %
„ „ „	40	„	86,3 „		„ „ „	80	„	22,8 „
„ „ „	50	„	81,5 „		„ „ „	90	„	3,1 „
„ „ „	60	„	73,9 „		„ „ „	100	„	0,07 „

Da die Zahl der Geburten, aufs Tausend berechnet, in allen führenden Kulturländern im raschen Sinken begriffen ist, dürfte sich die Gesamtzahl der Geburten noch am wenigsten verändert haben; also werden vor allem die mittleren und höheren Lebensalter von der Vermehrung betroffen. Infolgedessen wächst die Zahl der Erwerbsuchenden fortgesetzt, wäh-

1) Vgl. K. Sappers Karte der mittleren jährlichen Bevölkerungszunahme der Erde.

2) Vorlesung „Der Kampf des Menschen um das Leben" in der Preußischen Akademie der Wissenschaften am 5. Juli 1928. Abdruck in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift", Oktober 1928. Obige Tabelle auf S. 1661.

Digitized by Google

rend gleichzeitig die starke Rationalisierung der Arbeitsmethoden immer mehr Menschenhände entbehrlich macht. Die schwersten Konflikte, die sich hieraus ergeben, sollen in ihrer Bedeutung nicht verkannt werden, aber in wirtschaftlich gesunden Zeiten können dennoch, wie die Vorkriegsjahre gezeigt haben, stark wachsende Menschenzahlen, geringer werdende Auswanderung und hinreichende Beschäftigung bei allgemein steigendem Wohlstand miteinander weitgehend in Einklang gebracht werden. Jede Erschütterung des wirtschaftlichen Gleichgewichts wird dann freilich zur schwersten Katastrophe, und das gefährlich große Erwerbslosenproblem der Nachkriegsjahre, das sich in allen Kulturländern, als Folge der allgemeinen Zerrüttung der Weltwirtschaft, auswirkt, zeigt zur Genüge, welche unabsehbaren Gefahren für unsere ganze Kultur dadurch heraufbeschworen werden, zumal da das ehemals in solchen Fällen funktionierende Ventil der Massenauswanderung in unseren Tagen nur noch beschränkt in Tätigkeit treten kann, weil sich eben die überseeischen Länder gegen unbegrenzte Einwanderung mehr und mehr sperren und die Verteilung des kolonialen Siedlungslandes unter die Nationen bemerkenswert unzweckmäßig ist.

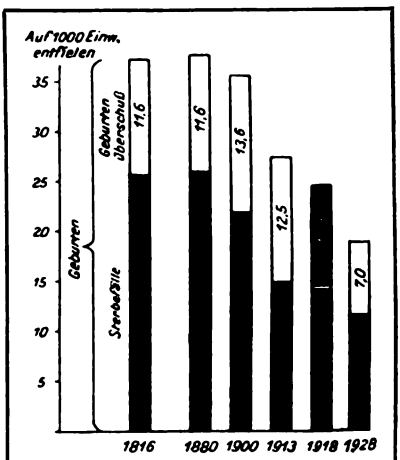

Fig. 53.
Die abnehmende Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland.

Wenn sich die außerordentlichen hygienischen Fortschritte, die die Geistesarbeit der weißen Rasse geschaffen hat und noch immer weiter erfindet, erst einmal in vollem Umfange auswirken, ist zu befürchten, daß die farbigen Rassen, die ohnehin eine viel stärkere Bevölkerungsvermehrung als die weiße aufweisen, dadurch am meisten gefördert werden. Das Zwei- und Einkindersystem hat nur die weiße Rasse bedrohlich verseucht; andre Rassen wissen kaum etwas von künstlicher Verhinderung der Befruchtung. Bedrohliche Symptome, wie sie Mexiko 1910 und Frankreich 1911, auch Berlin in den letzten Jahren erlebt haben, häufen sich, daß nämlich auch in Jahren ohne Krieg und Seuchen die Zahl der Geburten geringer als die der Todesfälle ist! Wer weiß, ob nicht gerade die weiße Rasse eines Tages die Kosten dafür zahlen muß, daß ihre hygienischen Großtaten den Weg freimachen für eine rasche und fast unbegrenzte Vermehrung des Menschengeschlechts! Vorläufig freuen wir uns der in Wahrheit außerordentlichen Erfolge, die der Kampf gegen die Seuchen seit einer Reihe von Jahrzehnten aufzuweisen hat, aber es darf nicht verkannt werden, daß damit ein wichtiges Ventil verstopft wird, das bisher die Übervölkerung verhinderte (vgl. Fig. 53).

Digitized by Google

Einige Beispiele mögen zeigen, wie sehr der Mensch bereits Herr einiger gefährlicher Krankheiten geworden ist. Die Zahl der Todesfälle an gelbem Fieber ging, infolge von guten sanitären Maßnahmen, in Rio de Janeiro von 1078 i. J. 1898 auf nur 4 i. J. 1908 zurück, in Havana von 754 i. J. 1900 auf nur 1 i. J. 1907. In Panama war die Malaria i. J. 1906 in 82,1%, elf Jahre später nur noch in 1,3 % die Ursache der vorkommenden Sterbefälle. In Italien war die Zahl der Todesfälle infolge von Malaria schon i. J. 1907 auf ein Fünftel gegenüber der Zeit 20 Jahre zuvor zurückgegangen (4160 gegen 21033) und hat sich seither weiter vermindert. Algerien, das noch vor 100 Jahren die französischen Truppen durch Fieber alljährlich furchtbar dezimierte, ist längst als fieberfreies Land zu betrachten usw.

Die Schutzpockenimpfung, die erfolgreiche Bekämpfung von Pest und Cholera, das in Deutschland erfundene Mittel Germanin zur Überwindung der entsetzlichen Schlafkrankheit, sie können binnen wenigen Jahrzehnten die ungesundesten Tropengegenden so weitgehend sanieren, daß eine riesige Vermehrung der schwarzen und braunen Rasse sowie der Mestizennationen Amerikas denkbar ist. Die dann neu auftauchenden Rassen- und Bevölkerungsprobleme können heute nur geahnt werden. —

Von den 149 Mill. qkm festen Bodens auf der Erde (mit Polargebieten) müssen ungeheure Landflächen dauernd jeder Besiedlungsmöglichkeit entzogen bleiben (Hochgebirge, Gletscher, Wüsten, Tundren, Sumpf usw.). Von dem gesamten nutzbaren oder nutzbar zu machenden festen Boden der Erde entfallen zurzeit:

37% auf Acker-, Wohn- und Industrieland,
37% „ Weiden und Steppen,
26% „ Wald und Busch.

Die heutige Bevölkerungsmenge und Bevölkerungsdichte der Erdteile beträgt:

	Größe des Erdteils in qkm	Bevölkerungsmenge i. J. 1928[1])	Dichte je qkm
Asien	44 Mill.	1045 Mill.	24
Europa	9 „	503 „	56
Nord- u. Mittelamerika	21 „	159 „	7½
Afrika	29 „	140 „	5
Südamerika	21 „	75 „	3½
Ozeanien	7 „	8 „	1
	131 Mill.	1930 Mill.	14½

Lautensach hat, unter Benutzung und Verbesserung einiger Vorarbeiten, für das Jahr 1925 Dichtezonen der Besiedlung für die einzelnen Erdteile errechnet.[2]) Danach sind folgende Siedlungsdichten in Prozenten der Gesamtfläche der Erdteile vorhanden:

1) Diese neuesten Zahlen zumeist nach Alois Fischers sorgsamen Berechnungen im Aprilheft 1928 der „Zeitschr. f. Geopolitik", S. 344—345.

2) Hermann Lautensach, Allgemeine Geographie. Gotha 1926.

Digitized by Google

	<1	1—10	10—60	60—150	>150 Bewohner/qkm
Europa	11,8	13,7	58,1	11,0	5,4
Asien	51,0	23,5	10,7	9,3	5,5
Nordamerika	58,0	22,5	18,1	0,7	0,6
Afrika	30,0	64,0	5,6	0,1	0,1
Südamerika	70,0	26,0	3,2	0,2	—
Australien u. Polynesien	73,5	26,0	0,2	—	—
Gesamte Erde	48	32	14	4	2

Sehr dicht besiedelt ist also nur ein Fünfzigstel, dünn oder gar nicht besiedelt fast die Hälfte des Erdballs. Der Gesamtdurchschnitt beträgt i. J. 1928 14,6 Köpfe auf dem qkm.

Wenn dereinst alle zurzeit bekannten Möglichkeiten, die Siedlungsdichte zu steigern, ausgenutzt sein werden, so läßt sich die Bevölkerungszahl schätzungsweise steigern in:

Afrika	auf 2320 Mill.	Nord-Amerika	auf 1120 Mill.
Süd-Amerika	„ 2000 „	Europa	„ 600 „
Asien	„ 1700 „	Australien	„ 400 „

Selbstverständlich weichen die Schätzungen über die gesamten Menschenmassen, die auf der Erde Platz und Nahrungsspielraum haben, erheblich voneinander ab. Die mögliche Höchstzahl wurde von Herm. Wagner auf kaum 4, von Ballod auf 5—6, von Ravenstein auf 6, von Aloys Fischer auf 6,2[1]), von Saenger auf 7—8, von v. Fircks auf 9, von Penck auf 8—16 Milliarden veranschlagt. Wenn man absichtlich außer acht läßt, daß der Neid um die Futterkrippe, den die einzelnen Staaten, Rassen, Nationen, Sprachgemeinschaften entfalten und immer entfalten werden, voraussichtlich niemals die erreichbare Höchstausnutzung des Bodens gestatten wird, so sollte man rein theoretisch erwarten, daß den höheren Schätzungen die größere Wahrscheinlichkeit zukommt und daß selbst sie noch Mindestzahlen geben. Die Intensivierung der Landwirtschaft, die Möglichkeit, aus noch unerschlossenen, riesigen Energiequellen Kraft- und Nahrungsmöglichkeiten zu bereiten, die bei der Steigerung der Ausnutzung der Naturkräfte und der Verkehrsverbesserungen durchaus nicht grundsätzlich von der Hand zu weisende Aussicht, daß einst auch die riesigen vereisten Landflächen des höchsten Nordens und Südens für die menschliche Siedlung nutzbar gemacht und neue Wohnstätten großen Stils auf künstlichen Ozeaninseln oder unter der Erde, vielleicht selbst in der Luft geschaffen werden können, läßt alle obigen Schätzungen für die höchstmögliche, auf Erden unterzubringende Menschenmenge, von Penck[2]) „potentielle Bevölkerung" genannt, als durchaus willkürlich erscheinen. Immerhin dürfen die Penckschen Berechnungen wohl noch

1) Fischers Schätzung von 6,2 Milliarden als Höchstzahl ist der beigefügten Karte Fig. 54 zugrunde gelegt, die der „Zeitschr. f. Geopolitik", 1925, S. 853, entstammt.

2) Zeitschrift für Geopolitik, 1925, S. 343.

Digitized by Google

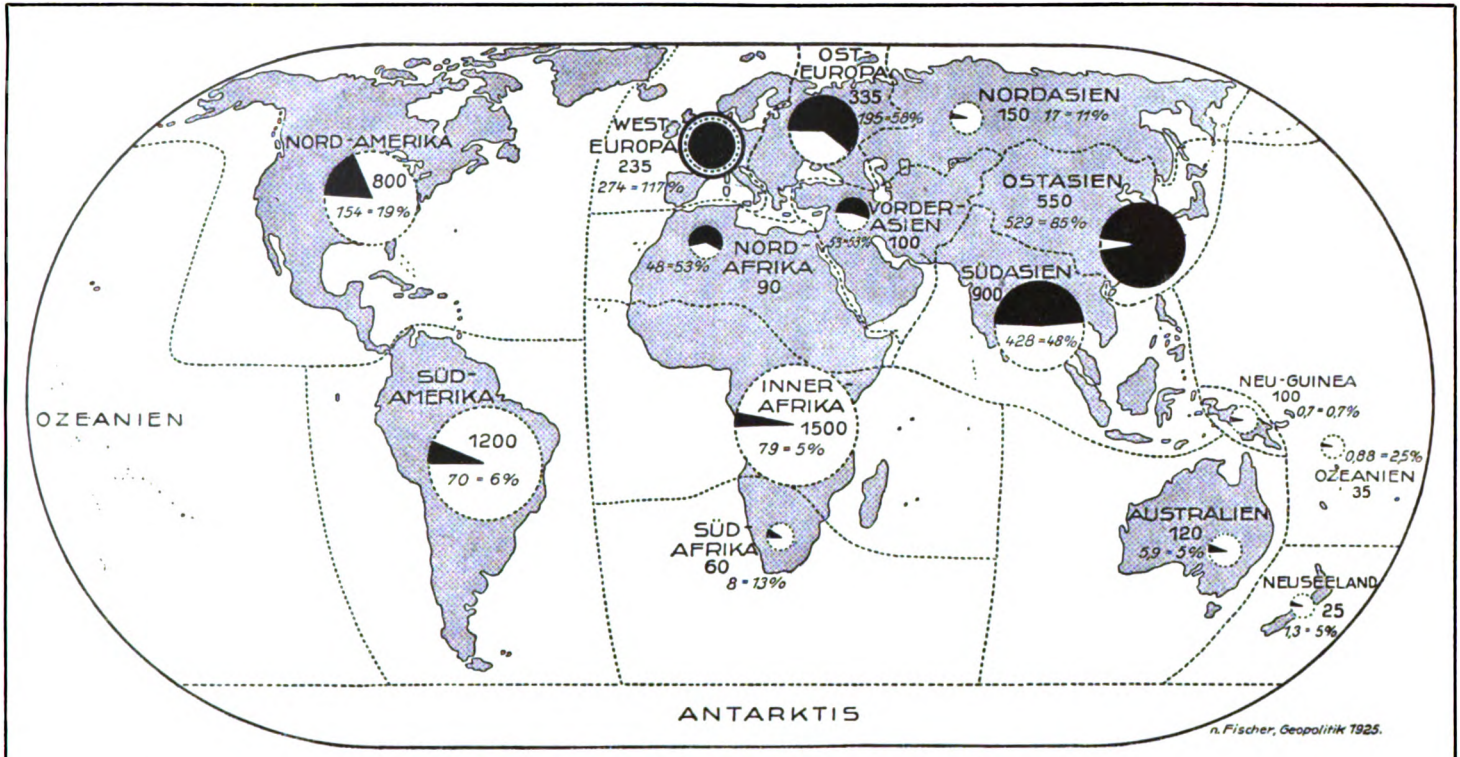

Fig. 54. Die Tragfähigkeit des Lebensraums der Erde.
(Alle Zahlen bedeuten Millionen Menschen; die schwarzen Segmente stellen die heutige Ausfüllung des verfügbaren Bodens dar.)

Digitized by Google

als die relativ verläßlichsten betrachtet werden, die nach dem Stand von 1920 folgende „Tragfähigkeit des Lebensraums" (vgl. S. 190) ergeben:

Gesamtzahl	Eurasien	Afrika	Australien	Nord-Amerika	Süd-Amerika
1,8 Milliarden	80%	7%	0,5%	9%	3,5%
Zukunft: 8 Milliard.	26%	29%	6 %	14%	25 %

Noch immer spuken in den bevölkerungspolitischen Ideen der Gegenwart die Vorstellungen des englischen Nationalökonomen Malthus, obwohl sie längst veraltet und überholt sind. Was wußte Malthus von den durch die Industrie geschaffenen Möglichkeiten der Menschenmassierung, was von intensiver Landwirtschaft, von den Erfolgen der künstlichen Zuchtwahl, von all den Taten der chemischen Technik mit ihren noch unabsehbaren Zukunftsaussichten! Sombart hat schon recht, wenn er erklärt, Malthus habe 100 Jahre lang jede vernünftige Erörterung des Bevölkerungsproblems vereitelt. Erst nach Malthus ist uns ein Justus von Liebig erstanden, den man den größten „inneren Kolonisator" genannt hat, der aber darüber hinaus wohl am ehesten darauf Anspruch hat, als der größte Wohltäter der Menschheit bezeichnet zu werden, den die Erde bis heute hervorgebracht hat. Wenn heute auf gleicher Bodenfläche und bei gleicher Bodenbeschaffenheit ein Stück gut bewirtschafteten deutschen Ackers doppelt so viel Ertrag als der gleich große russische und dreimal so viel als der argentinische Acker abwirft, so ist dies in erster Linie Liebigs Werk. Von der künstlichen Düngung nach wissenschaftlichen Grundsätzen, der rationell betriebenen Landwirtschaft, können wir in bezug auf die Steigerung der Nahrungsdecke der Menschheit unzweifelhaft noch wahre Wunder erwarten. Deutschland hat bereits solche Wunder vollbracht. Um 1 kg Rohzucker zu gewinnen, benötigte man um 1875 noch 11,7 kg Zuckerrüben, 35 Jahre später nur noch 6,1 und heute nur ca. 4 kg, weil es gelungen ist, den Zuckergehalt der besten Rüben von 8½ bis auf 25% zu steigern.[1]) Aus der gleichen Rübenmenge ist heute also die dreifache Menge Zucker zu gewinnen wie vor einem halben Jahrhundert. Beim Getreide ist ebenfalls der 2—3-fache Ertrag zu erzielen wie ehedem. Durch wohlabgewogene künstliche Düngung lieferte der Hektar Weizenacker 1912 in Deutschland 22,6 gegen 10,7 Doppelzentner in den Vereinigten Staaten. In Deutschland düngte man eben, im Durchschnitt auf den Quadratkilometer Ackerland berechnet, mit 1322, in den Vereinigten Staaten nur mit 129 kg Kali. Und wenn heute im Rheinland nur halb so viele Milchkühe vorhanden sind wie vor 100 Jahren, die gesamte Milcherzeugung des Rheinlands aber dennoch die gleiche geblieben ist, wenn das dichtbevölkerte Holland i. J. 1904 noch 2600 t Eier einführte,

1) v. Lochow, Landwirtschaftliche Produktionssteigerung durch Züchtung in „Weltwirtschaft", 1928, S. 25.

Digitized by Google

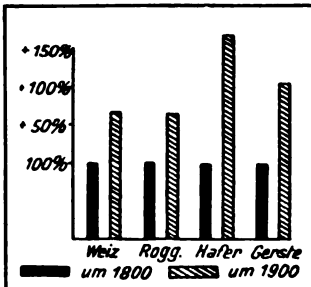

Fig. 55. Intensivierung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. Steigerung des Ertrages pro Hektar beim Getreidebau.

heute aber 30000 t im Jahre ausführt[1]), wenn es schon jetzt möglich wäre, für 8 Milliarden Menschen Nahrung in der Welt zu erzeugen, so lehren diese Tatsachen, daß die Grundlagen der Malthusschen Lehre völlig brüchig sind.

Rußland war bis zum Kriege das lehrreichste Beispiel, daß eine ohne wissenschaftliche Methoden vorgenommene, den Boden rasch erschöpfende „extensive" Landwirtschaft auch eine „extensive", imperialistisch-aggressive Politik notwendig machte. Der Siegeszug der intensiven Landwirtschaft wird bewirken, daß die Staaten sich vielmehr als bisher in ihren alten Grenzen wohlfühlen und damit zum friedlicheren Nebeneinanderleben der Nationen beisteuern.

Aber ist es nicht denkbar, daß die Vermehrung der Menschheit doch noch schneller erfolgt als alle Fortschritte zur Nutzbarmachung des Bodens für Nahrungs- und Siedlungszwecke? Soweit es sich schätzen läßt, hat sich etwa seit 1800, also in 130 Jahren, die Bevölkerungsmenge der Erde stark verdoppelt, denn damals belief sie sich auf etwa 900, heut dürfte sie 1930 Mill. Köpfe betragen. In Europa selbst, dessen Bevölkerungsdichte der zurzeit zulässigen oberen Grenze schon ziemlich nahe gekommen ist (vgl. S. 188/9) dürften, trotz allen Naturkatastrophen, Epidemien, Kriegen und Massenschlächtereien, die über die Bewohner des Erdteils dahingegangen sind, trotz den Auswandererströmen, die Jahr für Jahr dem Erdteil den Rücken kehren, heute schätzungsweise stark zwölfmal soviel Menschen wohnen als zur Zeit um Christi Geburt (500 gegen 40 Millionen). In den letzten 100 Jahren ist gestiegen die Volksmenge[2])

in Europa	von	250	auf 500	Mill.
„ Indien	„	49	„ 285	„
„ Nordamerika	„	6	„ 130	„

Jetzt hat sich in den letzten 15 Jahren 1913—28, in denen der Weltkrieg tobte, die Menschheit um 112 Millionen Köpfe vermehrt (vgl. S. 186). Wenn die Vermehrung im selben Tempo fortschreitet, könnte eines Tages die Erde doch nicht mehr Raum für alle haben! — Der eigentliche Kampf der Rassen steht dann wohl erst noch bevor, und was uns die vergangene Zeit auf diesem Gebiete gebracht hat, waren nur bescheidene Vorhutplänkeleien vor der Entscheidungsschlacht. Zahlenmäßig überwiegt gegenwärtig die weiße Rasse, aber, da sie sich langsamer vermehrt als die farbigen, ist es noch sehr zweifelhaft, ob ihr der schließliche Sieg im Kampf gegen die schwarze, gelbe, braune und rote (letztere ist freilich fast aus-

1) Darstellung im Düsseldorfer Reichsmuseum für Wirtschaftskunde.
2) Zeitschr. f. Geopolitik, 1927, S. 377 (ergänzt) und 1928, S. 344/345.

Digitized by Google

gerottet) beschieden sein wird. Von 1913—25 hat Europa eine Vermehrung um 1,2% seiner Kopfzahl erfahren, Asien um 4,6, Mittelamerika um 6,5, Afrika um 6,8, Ozeanien um 15,6, Nordamerika um 19,4, Südamerika um 22,0%. Europas Entthronung schreitet offenbar unaufhaltsam fort (vgl. Fig. 56).

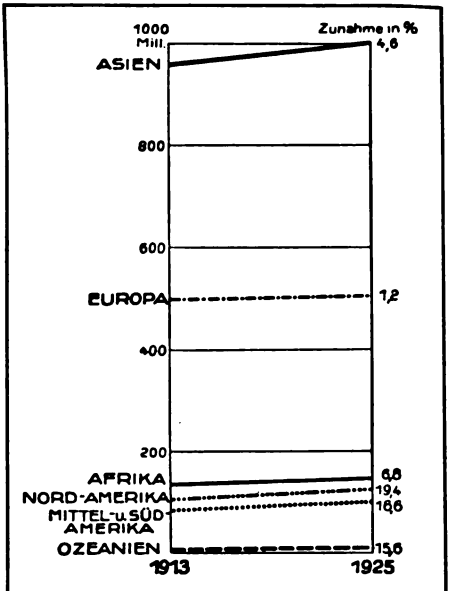

Fig. 56. Die Bevölkerungszunahme der Erdteile 1913—1925.

Mit schönen philanthropischen Phrasen und dem beliebten Geschwätz, daß alles, was Menschenantlitz trägt, gleiche Rechte habe, ist das Bevölkerungsproblem niemals zu lösen. Einst wird die weiße Menschheit zu wählen haben zwischen der Robustheit des Nietzscheschen Herrenmenschentums, wie es der Brite schon immer praktisch verwirklicht hat, und dem Schillerschen „Diesen Kuß der ganzen Welt!" Aller philosophische und soziale Idealismus wird nichts daran ändern, daß die Natur grausam, daß nicht die Freude, sondern der „struggle for life", die „Feder in der großen Weltenuhr" ist. Mit Recht ruft Haushofer den Völkern zu[1]):

„Sie müssen Ambos oder Hammer sein; denn pazifistisch denkend auf zu kleinem Lebensraum in proletarischer Enge ad libitum Kinder machen, das kann auch Industrialisierung auf die Dauer nicht ermöglichen."

Das mögen sich besonders die sonderbaren Menschheitsbeglücker gesagt sein lassen, die aus lauter Humanität die Todesstrafe abschaffen wollen und „Nie wieder Krieg!" predigen.

Für Drohnen und Schädlinge wird freilich künftig kein Platz mehr auf der Erde sein, und auch die gegenwärtige Tendenz zur Abschaffung der Todesstrafe muß unweigerlich eines Tages sehr stark rückläufig werden, denn anscheinend wird die Vermehrung der Bevölkerung der Erde in Zukunft weit eher eine starke Beschleunigung als eine Verlangsamung erfahren. Irgendein Ausgleich muß gefunden werden, wenn es nicht zu einem Krieg Aller gegen Alle kommen soll, gegen den alle Massenvernichtung der Vergangenheit verblaßt. Noch gibt es in den anderen Erdteilen leeren Raum in Mengen, der uns Atemfreiheit gewährt, noch haben wir 100 oder 200 Jahre Frist, aber — — was dann?

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die farbigen Rassen insofern eine Art Vorgabe vor der weißen zu sein scheinen, als sie anpassungsfähiger an

1) Karl Haushofer, „Geopolitik des Pazifischen Ozeans", S. 101.

Digitized by Google

das Klima sind. Der weiße Mensch, zumal der Mensch der germanischen Rasse, kann bekanntlich in den Tropen, mit Ausnahme der Hochländer, nur zeitlich beschränkt seinen Wohnsitz nehmen. Die anderen Rassen sind in dieser Hinsicht widerstandsfähiger. Die Millionen von Chinesen in Hinterindien und Singapur, die Japaner in den weiten Gebieten der Südsee ertragen die stetige Hitze ohne Nachteil: sie sind ohne weiteres „tropenfähig" (Maull). Umgekehrt akklimatisiert sich die braune oder schwarze Rasse, von gewissen Ausnahmen abgesehen, in den kalten nördlichen Zonen verhältnismäßig leicht. Die ungemein strengen kanadischen Winter bekommen den ständig im Lande lebenden 17000 Negern offenbar ausgezeichnet.[1]) Überhaupt erfolgt eine Gewöhnung an das kältere Klima leichter als an das wärmere, zweifellos weil der Mensch sich gegen Frost leichter als gegen Hitze schützen kann. Europäer haben sich in den kältesten Teilen Sibiriens, Kanadas, in Spitzbergen usw. unschwer akklimatisieren können, ohne Beschwerden zu empfinden, während sie bei erzwungenem Daueraufenthalt in tropischen Niederungen zugrunde gehen wie die Verbrecher in Cayenne und auf der Teufelsinsel oder Napoleon in St. Helena.

So ist auch in dieser Hinsicht die Aussicht der weißen Rasse im Kampf ums Dasein auf einer übervölkerten Zukunftserde ungünstiger als die der farbigen Menschheit.

Josiah Quincy hat in seinen politischen Arbeiten von der heutigen Menschheit in manchen ihrer Betätigungsformen das reichlich unliebenswürdige Bild gebraucht von „der Ferkelherde, die sich mit gräulichem Lärm um einen zu engen Futtertrog drängt". Dieser unfreundliche Vergleich könnte dereinst unerquicklich zutreffen. Tagtäglich nimmt die Menschheit zur Zeit um nahezu 50000 Köpfe zu, in 20 Tagen um 1 Million, in jedem Jahr um etwa 18 Millionen. Die großartigen Leistungen der modernen Hygiene, die diese Entwicklung beschleunigen, haben also eine ernste Kehrseite. Treffend äußert sich Rubner hierzu[2]):

„Sehr bald wird aus diesen vorläufig gepriesenen Verhältnissen die Arbeitslosigkeit steigen, und zwar bald."

Nur wenn erhebliche Volksteile zur Landwirtschaft, in Heimat oder Übersee, zurückfinden, mögen diese berechtigten Besorgnisse verstummen — aber wird dies noch gelingen?

Wenn die Vermehrung so weiter geht, muß die Volksmenge ums Jahr 2060 auf 4 und schon ums Jahr 2300 auf 16 Milliarden gestiegen sein, die von den optimistischsten Schätzungen vermutete höchstmögliche Zahl, für die Nahrung und Raum beschafft werden kann. Die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts haben zwar Malthus gründlich widerlegt. Sollten seine deprimierenden Ideen in einigen Jahrhunderten doch noch zu Ehren kommen? Sollte der Futtertrog Quincys wirklich zu eng

1) Willy Hellpach, Geopsychische Erscheinungen, Leipzig 1911, S. 147.
2) A. a. O., S. 1662.

Digitized by Google

werden? Oder welche Hilfsmittel wird die Natur wieder einmal finden, um, nach der Methode der Selbstreinigung der Binnengewässer, aus sich selbst heraus den rettenden Ausweg zu schaffen? Die Verdoppelung der Menschenzahl in 100—120 Jahren kann jedenfalls kein Naturgesetz sein; denn selbst wenn die Vermehrung nur halb so schnell erfolgte, hätten sonst aus nur 100000 Menschen i. J. 5000 v. Chr. heute bereits 20000 Milliarden = 20 Billionen werden müssen!

Gerade bevölkerungspolitische Theorien und Prophezeiungen haben freilich noch niemals mit der schließlichen Wirklichkeit im Einklang gestanden. Das Buch von Malthus hätte ungeschrieben bleiben können, wenn der Verfasser schon etwas von den künftigen Fortschritten der chemischen Wissenschaft, von künstlicher Düngung und rationeller Landwirtschaft gewußt hätte. Hettners Wort[1]) besteht zu Recht:

„Die Bevölkerungskapazität der Erde wird mit jedem Tage größer."

Selbst im jetzigen verkleinerten Deutschland, das jährlich für 4 Milliarden ℛℳ Nahrungsmittel aus dem Auslande einführt, wäre eine Ernährung ganz aus eigener Scholle theoretisch möglich. Nach einer Mitteilung des Grafen Kalckreuth, des Präsidenten des Reichs-Landbundes, können von den 4 Mill. Hektar Ödland, die es in Deutschland gibt, mit einem durch 25 Jahre lang fortgesetzten Aufwand von jährlich 300 Mill. ℛℳ (noch nicht dem 6. Teil der jährlichen Younglasten!) 3 Mill. Hektar nutzbar gemacht und 1½ Mill. Menschen darauf angesiedelt und gut ernährt werden. Ja, es wäre sogar schon möglich, aus den vorhandenen landwirtschaftlichen Unternehmungen die Gesamternährung unseres 64-Millionen-Volkes sicherzustellen. Selbst das landwirtschaftlich so hochentwickelte Deutschland holt nämlich aus seinem Ackerboden und Viehbestand noch keineswegs heraus, was möglich ist. Nach dem Jahresbericht des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom ergaben sich für 1925, ein Jahr guter Ernte, folgende durchschnittliche Hektarerträge (in Doppelzentnern):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
Argentinien . .	6,7	5,9	10,2	9,0	—	—
Rußland . . .	8,3	7,6	10,0	8,7	—	—
Ver. Staaten . .	8,6	7,5	14,2	12,0	—	—
Kanada	12,6	10,1	14,9	13,3	—	—
Deutschland . .	20,7	17,1	17,5	16,2	148,5	256,2
Belgien	26,7	23,8	28,4	23,8	193,8	300,4
Holland	28,4	20,8	26,1	19,9	167,5	336,8

Bei allen sechs Fruchtarten steht also Deutschland nicht an erster Stelle. Auch der Verbrauch an künstlichem Dünger je Hektar ist in Deutschlang noch geringer als in einigen anderen Ländern:

1) Alfred Hettner, Der Gang der Kultur über die Erde, S. 150. Leipzig-Berlin 1929.

Digitized by Google

	Stickstoff	Phosphorsäure	Kali
Deutschland	11,28	13,1	21,4
Belgien und Luxemburg	22,6	69,2	22,7
Holland	17,0	39,6	32,3

Ein Zeichen für die schon weit stärkere Intensität der Landwirtschaft in den Vergleichsländern!

Die relative Rückständigkeit Deutschlands erstreckt sich auch auf Viehprodukte. Die Durchschnittserzeugung an Milch beträgt in Deutschland pro Kuh und Jahr erst 1800, in den Niederlanden dagegen 2800 Liter. Herr von Lochow-Petkus hat in seiner Zieckauer Milchviehherde den durchschnittlichen Milchertrag pro Kuh gar auf 6200 Liter steigern können, während die Rekordmengen einer einzelnen Kuh in Deutschland i. J. 1927 schon auf 11372, 1928 auf 13114, in den Vereinigten Staaten auf 16000 Liter gesteigert worden sind.[1])

Was dergleichen Möglichkeiten allein für ein Land wie Deutschland zu bedeuten haben, das heute im Jahr rd. 3 Milliarden ℛ.ℳ für Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgibt, lehrt v. Lochows Wort:[1])

„Ich könnte von jedem einzelnen der Einfuhrüberschußposten an Nahrungsmitteln, im Gesamtwerte von 3 Milliarden ℛ.ℳ nachweisen, daß sie durch Züchtung in Verbindung mit Kultur, Düngungs- und Fütterungsmaßnahmen beseitigt, einige sogar in ein Plus für Deutschland verwandelt werden könnten."

Voraussetzung freilich ist hinreichende Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe, die uns in Deutschland heute fast verloren gegangen ist!

Das ist ja überhaupt das Seltsame, daß die starke Vermehrung der Menschenmassen, sowohl der einzelnen Kulturländer wie der ganzen Erde, nicht, wie man es erwarten müßte, zu einer durchschnittlichen Verarmung eines jeden Individuums, sondern im Gegenteil zu einer unverkennbaren und bedeutenden Vermehrung des durchschnittlichen Wohlstands geführt hat. Heute würde kein einigermaßen besserer Arbeiter, kein städtischer Dienstbote mehr in Räumen schlafen und wohnen wollen, wie sie im Anfang des 19. Jahrhunderts selbst von Königen und Fürsten nicht selten benutzt wurden. Schon in nur kleineren Wohnungen deutscher Städte fängt das Badezimmer an eine Selbstverständlichkeit zu werden, und noch vor einem halben Jahrhundert pflegte sich der alte Kaiser Wilhelm I., wenn er baden wollte, die Wanne vom benachbarten Hotel de Rome auszuleihen. In gar manchen Negerwohnungen Afrikas, in den Städten des besonders kulturfernen Afghanistan, in der langen Polarnacht Spitzbergens brennt elektrisches Licht; in den tiefsten Urwald, in die ödesten Wüsten dringt die moderne Kultur mit ihren zahllosen Behaglichkeiten des Lebens ein, und willig werden von den Nutznießern gewisse finanzielle Opfer gebracht, um der Kulturfreuden teilhaftig zu werden. Ehemaliger Luxus wird allmählich zur Selbstverständlichkeit für

1) v. Lochow, a. a. O., S. 26/27; „Deutschenspiegel", 8. Febr. 1929, S. 202.

Digitized by Google

jedermann. Wie ist dergleichen möglich? Die Menschheit setzt eben immer neue Energien in Bewegung und münzt sie wirtschaftlich um. Sie hat das Geheimnis erkannt, durch Massenerzeugung und Massenverbrauch die Waren zu verbilligen und dadurch nicht nur immer neuen Menschenmengen Arbeit und Brot, sondern auch die Möglichkeit zu geben, hier und da ebenfalls einen Blick in den Luxushimmel zu tun. Mag das wirtschaftliche Elend in gewissen Bevölkerungskreisen aller Länder noch furchtbar sein, mögen sozial noch unendlich große Aufgaben überall auf der Erde zu erfüllen bleiben — gerechterweise werden wir doch anerkennen müssen, daß einem Menschen früherer Jahrhunderte die heutigen Zustände wie ein Paradies erscheinen würden, da auch der Ärmste der Armen Anteil hat an wundervoll gepflasterten und beleuchteten Straßen, an Chausseen, an öffentlichen Parks, Lesehallen, Theatern, Bildungsstätten aller Art, zahllosen Wohlfahrtseinrichtungen, Unterhaltungsmöglichkeiten, leichter Erreichbarkeit von Naturschönheiten, öffentlichen Verkehrsmitteln, Nachrichtendienst und Hunderten von Kulturerrungenschaften, um die ihn ein Krösus und Karl V. und Ludwig XIV. beneiden würde! Ob freilich die Zufriedenheit größer geworden ist, steht auf einem anderen Blatt. —

Aber das schadet nichts! Der Mensch soll unzufrieden sein mit sich und seinem Geschick, denn Unzufriedenheit ist der stärkste Hebel des kulturellen Fortschritts. Zufriedene Völker, wenn es sie überhaupt gäbe, würden in kulturelle Erstarrung verfallen. Wieviele stolze Großtaten der Technik, der Wissenschaft, Kunst und Literatur wären ungeschehen geblieben, wenn nicht wirtschaftliche Unzufriedenheit, ja, Not der Geburtshelfer gewesen wäre! Wie sagt doch Ferdinand Lassalle im „Arbeiter-Lesebuch" über die „verdammte Bedürfnislosigkeit":

„Welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Möglichst viele Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit!"

Gerade die wachsenden Bedürfnisse lassen die Unzufriedenheit steigen. Und die Unzufriedenheit ist gut, ist ein Himmelsgeschenk für die Menschheit. Nur soll sie sich nicht in Undankbarkeit und Nörgelsucht verwandeln, nicht Selbstzweck werden! Vielmehr muß willig anerkannt werden, daß die Menschheit und jeder einzelne Kulturmensch ständig reicher geworden ist nicht nur an geistigen, sondern auch an wirtschaftlichen Gütern.

Die Vermehrung der Kulturgüter ist nicht nur durch die Verbilligung infolge des Massenverbrauchs und Massenbedarfs zu erklären, sondern ebenso durch die steigende, wenngleich nur in Wellenbewegungen steigende Kaufkraft. Die Länder mit gesundem Wirtschaftsleben haben in den Jahrzehnten vor dem Kriege sämtlich ihr Nationalvermögen und damit ihre Kaufkraft bedeutend stärken können, ohne daß andere Länder notwendig entsprechend verarmen mußten. Die ganze Welt ist eben wohlhabender geworden und hat die Kunst des Midas gelernt, aus jedem Ding durch Berührung Gold zu machen. Was wußte das Altertum vom

Digitized by Google

Wert der Kohle? Erst i. J. 1195 n. Chr. hören wir von ihrer ersten Verwendung zu Feuerungszwecken. Und heute reichen alle Goldmengen der Welt nicht aus, die Kohlenschätze der Welt zu kaufen! Was ahnte man noch vor einem halben Jahrhundert von den in den fließenden Wassern verborgenen wirtschaftlichen Werten, die sich nach dem Verbrauch überdies ständig erneuern? Das Wasser war gut, hier und da eine Mühle zu treiben, Fische zu liefern, allenfalls Schiffen die Fahrt zu ermöglichen. Daß es auch billige Betriebskraft für Maschinen, für Eisenbahnen, Licht und Wärme in jeder gewünschten Menge, aus der wertlosen Luft das kostbare Düngemittel des Luftstickstoffs, aus fast wertlosem Ton das so beliebt gewordene Aluminium in jeder gewünschten Menge zu erzeugen gestatten werde, ja, wer ahnte das noch in der Zeit um 1880? Die deutschen Salzlager galten stets als wertvoller nationaler Besitz; aber daß gerade die verachtetsten Teil davon, die Abraumsalze, die man bis 1860 als völlig unbrauchbar ansah, durch ihren Kaligehalt das Nationalvermögen um ungezählte Milliarden bereichern würden, wer hat das vorausgesehen? Wer konnte wissen, daß die nicht nur als wertlos, sondern als schädlich und gefährlich angesehenen Hochofengase eines Tages, nach erfolgter Reinigung, von der Dortmunder Union mit bestem Erfolg zur gewaltigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ausgenützt werden würden? Schon bereiten wir Nahrung aus Luft (Luftstickstoff) und aus Elektrizität (elektrische Düngung). Und wie lange wird es dauern, bis der Mensch es lernt, aus dem wehenden Wind, aus den brandenden Meereswogen, aus Ebbe und Flut, aus der Sonnenstrahlung, aus der Wärme des Erdinnern, aus der Kälte des Auftriebwassers in gewissen Meeresgebieten neue, unbegrenzte und nie zu erschöpfende Energien herauszulocken, die seinen Reichtum an Wirtschaftswerten, seine Lebensbehaglichkeit, seinen Kulturstandard abermals mächtig steigern werden?

Die Erzeugung von Wirtschaftswerten erfolgt eben in noch schnellerem Tempo als die Vermehrung der Menschenzahlen der Erde. In den Vereinigten Staaten hat sich die Bewohnerzahl seit 1860 von 31½ auf 118 Millionen Köpfe vermehrt, also vervierfacht, das Nationalvermögen aber von 16 auf 350 Milliarden Dollar gesteigert, also verzweiundzwanzigfacht. Die vielerörterten „Rationalisierungs-Methoden" ermöglichen eine ständige Beschleunigung dieses Tempos. In den Vereinigten Staaten hat sich von 1914 bis 1927 die Zahl der Arbeiter um 15, die Gütererzeugung aber um 70% vermehrt. In der Landwirtschaft hat sich die Zahl der Arbeiter seit 1914 um 5, in der Tabakindustrie um 13, in der Petroleumindustrie um 19% vermindert, die Erzeugung aber hat sich um 11 bezw. 53 und 84% erhöht; in den Stahlwerken ist die Arbeiterzahl die gleiche geblieben, aber die Produktion hat sich verdreifacht.[1]) Und überall weiß der Mensch neue Riesenwerte, gewissermaßen aus dem Nichts, zu mobilisieren. Wie lange galt das Hochgebirge — von seinen paar Almwiesen abgesehen — als wirtschaftlich unbrauchbar;

1) „Deutschenspiegel", 30. März 1928, S. 540.

Digitized by Google

und heute bietet es vielfach der Industrie die leistungsfähigsten Wasserkräfte und dazu dem Fremdengewerbe gute Erwerbsmöglichkeiten dar. Wer weiß, wann die noch heute als überflüssige und unerwünschte Zugabe der Natur betrachteten Wüsten als wichtigste Sonnen-Kraftzentralen das Wirtschaftsleben halber Erdteile befruchten werden! Das in trostlosester Wüstenhitze langsam verschmachtende Tote Meer, das keinen Fisch in, keinen Kahn auf seinen Fluten kennt, galt Jahrtausende hindurch den Menschen als völlig wert- und zwecklos, und heute — errechnet man die Mineralschätze verschiedenster Art, die in diesem den Bodensee um das Doppelte an Größe übertreffenden Salzsee noch unangetastet ruhen, auf einen Wert von 5 Billionen (5000 Milliarden) Goldmark! Dazu dringt der Mensch in immer größere Tiefen der Erdrinde vor und zwingt sie zur Hergabe ihrer wertvollen Mineralien. Erdöl-Bohrungen sind bis auf 2365 m Tiefe erfolgt, und aus Schächten, in deren Abgrund kein Bergarbeiter jemals hineingelangen dürfte, pumpt das Frasch-Verfahren den verflüssigten Schwefel ans Tageslicht. Dazu hat man in Kanada, durch Züchtung einer Sommer-Weizenart mit besonders kurzer Vegetationsperiode, des „100 Tage-Weizens", einen viele hundert Kilometer breiten Streifen bisher für die Landwirtschaft wertlosen Gebietes neu für den Anbau erobert und damit die Möglichkeit eröffnet, die an sich schon gewaltige Weizenernte Kanadas künftig zu verdoppeln. Auch in Schweden hat man neuerdings die Nordgrenze des Weizenanbaus durch Auswahl geeigneter Sorten um mehrere hundert Kilometer vorgeschoben.[1]) Ebenso ist es in Südaustralien möglich gewesen, die „Goyders-Linie", d. h. die Grenze des als anbaufähig erachteten Landes, durch die Methode des sogenannten „Trockenfarmens" erheblich zu überschreiten und dadurch den Weizenanbau tief in die regenlose Zone vorzutreiben. Wo ist das Ende all dieser Wunder, die die Menschheit mit immer neuen Wirtschaftswerten beschenkt und dadurch auch immer weiteren Menschenmengen einen Anteil am großen Futtertroge der Natur ermöglicht? — Die Welt wird reicher mit jedem Tag! Reicher an materiellen wie an Gemütswerten, und doch nicht glücklicher und zufriedener! —

Jedenfalls aber gestattet das stetige und starke Reicherwerden der Erde an materiellen Gütern und die zunächst fast unbegrenzt große Möglichkeit einer Vermehrung der Nahrungsmittelerzeugung unbedenklich ein einstweilen noch sehr erhebliches Anwachsen der Bevölkerungsmenge der Erde. Unentbehrlich freilich bleibt dann die 1926 von Ernst Schultze[2]) geforderte „weltwirtschaftliche Angleichung der Siedlungsdichte als Problem des Völkerrechts" und ein weitgehender Ausgleich der nationalen Gegensätze, denn das Bevölkerungsproblem ist dauernd nur zu lösen, wenn es gelingt, einen vernünftigen Ausgleich zwischen übervölkerten und untervölkerten Räumen zu erzielen.

Den bisherigen Luxus der Planlosigkeit dürfen wir uns jedenfalls nicht lange mehr leisten: Siedlungspolitik ist nicht mehr nur eine Auf-

1) v. Lochow, a. a. O., S. 25.

2) Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, 1926, S. 414.

Digitized by Google

gabe der Großstädte, sondern aller Staaten der Erde. Dem 3. Jahrtausend n. Chr. wird das Problem keinesfalls erspart bleiben, sorgsamste Planwirtschaft mit dem verfügbaren Erdraum zu treiben.

Bedenken wir dabei noch Eines! Sollte in der Tat einmal der Raum auf Erden knapp werden oder gar die Nahrung nicht mehr ausreichen, so müssen unweigerlich die großen Städte und die Industriegebiete, die in ihrem engen Umkreis den Ackerbau erdrosselt haben, am meisten darunter leiden. Schon die zur Zeit in vielen Ländern herrschende Neigung, alle großen Ackergüter zu zerschlagen und tunlich überall nur Kleinbauern anzusetzen, ist ausgesprochen stadt- und industriefeindlich, denn die Nahrungsversorgung der Gebiete mit großer Siedlungsdichte kann dadurch, zumindest örtlich, schwer gefährdet werden, wie Sowjet-Rußland in den letzten Jahren des öfteren schmerzlich erfahren hat. Wieviel mehr der Großgrundbesitz und das Großbauerntum zur Ernährung der nicht-agrarischen Bevölkerungskreise sowie zur Belebung des Exports beiträgt als das Kleinbauerntum, zeigt die russische Statistik der Jahre vor 1914 hinreichend deutlich:

	Gesamt-Getreideerzeugung		Getreideablieferung	
	in Mill. Pud	in %	in Mill. Pud	in %
Großgrundbesitz . . .	600	12	282	22
Großbauern	1900	38	650	50
Kleinbauern	2500	50	368	28
	5000		1300	

Heute ist der Großbetrieb in Rußland vernichtet, die Landwirtschaft fast völlig aufs Kleinbauerntum abgestellt. Die Getreideablieferung, die vor dem Kriege durchschnittlich 1300 Mill. Pud betragen hat, ist dadurch um mehr als die Hälfte verringert worden, denn sie betrug, trotz Anwendung rücksichtslosester Zwangsmaßnahmen der Regierung, letzthin nur (in Mill. Pud):

	für den inneren Markt	für den Außenhandel	Summe
1925/26	320	123	443
1926/27	443	153	596
1927/28	549	27	576

Ende Dezember 1928 stellte der bekannte Sowjetführer Kalinin resigniert fest, daß die 25 Mill. russischer Kleinbauern aus dem Boden nur ein Zehntel der möglichen Nahrungsmittel herausholten!

Im Jahre 1928 mußte die Regierung im Agrarland Rußland gewaltige Mengen ausländischen Getreides aufkaufen, um einer neuen, großen Hungersnot vorzubeugen. Der Kleinbauer, der für seine Erzeugnisse nur denselben Preis, wie vor dem Kriege, erhält, während sonst alle Preise um 140% emporgeschnellt sind, produziert im allgemeinen eben nur so viel, wie er selbst gebraucht und fragt nicht nach der Allgemeinheit und nach Außenhandelsbilanzen. Überaus bezeichnend, aber nicht verwunderlich, sind daher neuere Meldungen[1]), wonach die Sowjet-Regierung jetzt dazu über-

1) Weltwirtschaft, 1928, S. 229.

Digitized by Google

geht, in SO-Rußland wieder landwirtschaftliche Großbetriebe, in staatlichem Besitz, zu schaffen mit einem Viehbestand von 258000 Tieren, die man wohlhabenderen Bauern fortnahm!

Sollte etwa dereinst alle Landwirtschaft der Welt nur von Kleinbauern betrieben werden, wohin eine gewisse Entwicklung treibt, so sorge man dafür, diesen Bauern vorher die „verdammte Bedürfnislosigkeit" abzugewöhnen — denn sonst könnten die Städter verhungern!

Sonst freilich braucht die Sorge um die Beschaffung der nötigen Nahrungsmengen für 8 und mehr Milliarden Menschen nicht sehr groß zu sein. Trotz des weitgehenden Ausfalls der Agrarproduktion Rußlands und Sibiriens hat sich von 1913 bis 1925 die Nahrungsmittelproduktion der Erde und die Erzeugung von Rohstoffen um 16—18%, also etwa doppelt so stark vermehrt wie die Kopfzahl der Menschheit. (Daß der Welthandel gleichzeitig nur um 5% zugenommen hat, läßt freilich den Krankheitszustand der heutigen Weltwirtschaft klar genug erkennen.) Der Amerikaner Carey hat, im Gegensatz zu Malthus, dessen pessimistische Prophezeiungen als vollkommen widerlegt zu betrachten sind, die sehr viel richtigere und modernere Erkenntnis geäußert, daß sich die Nahrungsmittel stets stärker als die Menschen vermehren lassen. Voraussetzung hierfür freilich ist, was man gerade in Deutschlands gegenwärtiger, schwerer Agrarkrise beachten muß, daß ausreichendes landwirtschaftliches Kapital erhalten bleibt und dem Landmann ausreichende Preise für seine Erzeugnisse gewährt werden. Wo man sich über diese Voraussetzung rücksichtslos hinwegsetzt, da geht, wie wir an Sowjet-Rußland sehen, die Agrarproduktion katastrophal zurück, und es kann selbst auf umfangreichstem und fruchtbarstem Ackerboden der Hunger zur Dauererscheinung werden. Hans Grimms kluges Wort[1]) hat Ewigkeitswert, so wenig es den Führern und Nutznießern der industriellen Arbeiterbewegung gefallen mag:

„In der Welt und in einem Lande können unter keinen Umständen mehr Menschen bestehen, als die Bauern des Landes und der Welt füttern wollen.... Das Industrieproletariat erfährt in Hunger und Blöße, daß es überflüssig ist, sobald ihm die feste Bauerngrundlage unter den Füßen fehlt."

Und ebenso besteht Mussolinis Aussprache vom 3. Nov. 1928 zu Recht:

„Die Völker, die den Ackerbau im Stich lassen, sind zum Abstieg verurteilt."

In Zukunft ist die Landwirtschaft zweifellos in noch höherem Maße als in der Vergangenheit ein geopolitischer Faktor, von dem Wohl und Wehe der Staaten abhängt. Sobald nur hinreichende, zur Produktion anreizende Preise dem Landwirt gewährt werden, ist bei der abnorm schnellen Überindustrialisierung der Welt sogar zu erwarten, daß in Zukunft die Hervorbringung von agrarischen Werten wieder einträglicher als die von industriellen werden wird. Die alte Fabel vom Riesen Antäus erhält im Leben der Staaten einen neuen und tiefen Sinn. —

1) Hans Grimm, Volk ohne Raum, Bd. II, S. 281 und 317.

Digitized by Google

VI. Politische Reibungsflächen infolge Hungers nach Raum.

1. Die Auseinandersetzungen mit den Landnachbarn und der „Druckquotient".

So tröstlich an sich die Aussicht anmutet, daß die Erde theoretisch 8 oder 16 und mehr Milliarden Menschen ernähren kann, so ist doch praktisch vorläufig damit nicht allzuviel anzufangen, solange zwischen den Nationen und Staaten der seit Anbeginn der Geschichte nie erloschene Kampf um die Futterkrippe andauert. Großer räumlicher Besitz bedeutet nun einmal politische und zumeist auch wirtschaftliche Macht, und die Wachstumstendenzen starker, kriegstüchtiger Staaten kommen daher nicht immer, wie bei einem menschlichen Individuum, auf einer gewissen Entwicklungsstufe zum Stillstand, sondern es gilt von der Raumpolitik vieler Staaten, genau wie von den großen Kapitalien, das Claudius-Wort: „Je mehr er hat, je mehr er will." Englands und Rußlands Imperialismus sind hierfür die charakteristischsten Beispiele aus neuester Zeit. Wie Hunde am Futternapf oder Hühner selbst dann, wenn überreiche Nahrung für alle geboten wird, sich voll Neid und Eifersucht gegenseitig wegbeißen oder wegpicken, so gönnen auch die Staaten einander nur schwer die territoriale Erweiterung oder die koloniale Ausdehnung, die immer häufiger an die Stelle der unmittelbaren Grenzvorschiebung tritt. Gar manche von ihnen haben bei der bisherigen „Teilung der Erde" ein viel zu großes Stück erhalten, das sie nie und nimmer völlig verzehren, d. h. dem eignen staatlichen Organismus einverleiben können — man denke etwa an Frankreich, Belgien, Portugal, das Spanien des 17. und 18. Jahrhunderts — aber lieber lassen sie den erhaschten Bissen verkommen und verderben, ehe sie erlauben, daß ein anderer, der wirklich Hunger leidet, sich daran sättigt. An dieser psychischen Einstellung der Staaten, an der sich bislang auch durch die Gründung des Genfer Völkerbundes nicht das Geringste geändert hat und wohl auch in Jahrhunderten nichts Erhebliches ändern wird, scheitern bis auf weiteres alle theoretischen Berechnungen, wieviel Menschen sich im Höchstfall, bei völlig friedlichem Zusammenleben aller menschlichen Wesen, in der uns zur Verfügung stehenden Erdkiste verpacken lassen.

Bevor nicht jener ideale Zustand eingetreten ist, da „den Bau der Welt Philosophie zusammenhält", wird der Kampf ums Dasein in den Beziehungen der Staaten nicht auszuschalten sein, und wenn es gewissen

Digitized by Google

politischen Kreisen gelingen sollte, Parteien und Klassen internationaler Tendenz an die Stelle der Staaten zu setzen, wird die Menschheit nur völlig vom Regen in die Traufe kommen. Dazu bestehen freilich wenig Aussichten, und somit werden unsere Generation und die nachfolgenden noch mit dem Konkurrenzkampf der Staaten zu rechnen haben, der viel rücksichtsloser und moralfreier geführt zu werden pflegt als der Konkurrenzkampf der Individuen, da keine regelnde und rächende Macht in Gestalt eines Strafgesetzes die Übeltäter mit Strafe bedroht.

Genau wie beim menschlichen Einzelwesen können sich die Wachstumstendenzen der Staaten in zwiefacher Form abspielen: durch Ausdehnung und Abspaltung. Die gewöhnliche Grenzerweiterung gleicht dem körperlichen Wachstum des jungen Menschen, die Begründung von Kolonien dem Zeugungsprozeß. Die Parallele kann sogar noch weiter gehen, denn wie die erzeugten Kinder zu selbständigen Wesen heranwachsen, so können sich auch die Kolonien zu neuen Staaten von starkem Eigenleben entwickeln. Gar manche Staaten wachen eifersüchtig darüber, daß ihr Kolonialbesitz nur ihnen selbst zur Ausbeutung offen steht, aber sie verkennen, daß sie sich damit nur ihre Kolonien entfremden und ihren schließlichen Abfall unvermeidlich machen.

Die im Augenblick bequemste, jedoch selten zu dauerndem Erfolg führende Form der staatlichen Ausdehnung ist die Inbesitznahme von fremdem oder umstrittenem Grenzgebiet unter Ausrottung, Vertreibung oder Vergewaltigung der daselbst ansässigen Fremdstämmigen. Diese Methode der Wachstumsbetätigung ist nicht nur barbarisch, sondern auch kurzsichtig, denn in der Regel führt sie zu einer schweren Schädigung des tyrannisierenden Staates selbst, der sich oft genug damit selber wertvollster Bevölkerungselemente beraubt. Polen hat seit 1918 rund 1 Mill. Deutscher von Haus und Hof und über die Grenzen gejagt, ebenso Frankreich Hunderttausende im Elsaß und 1923 im Rheinland, sowie in den deutschen Kolonien. Selbst England hat, im schroffen Gegensatz zu seiner sonstigen traditionellen, klügeren Politik, aus seinen Mandatsgebieten Ostafrika und Togo die deutschen Pflanzer, Ärzte, Ingenieure usw. vertrieben; Australien und Neuseeland sind dem schlechten Beispiel gefolgt. Sie haben damit sämtlich ihren Mandatsländern schwerste Wunden geschlagen. Mit dem Schwinden der Kriegspsychose hat England seinen Fehler auch eingesehen, und seit Jahr und Tag läßt es mit Vergnügen die verjagten deutschen Ansiedler wieder zu.

Früher waren die Völker oft klüger als die heutigen. Sie vertrieben die Besiegten nicht, sondern machten sie abgabepflichtig und zufrieden mit ihrem Los. Gerade die Engländer haben ehedem in ähnlichen Fällen ungleich großzügiger und weiser als in unseren Tagen gehandelt. Die nach vielen Mühen unterworfenen Buren söhnte man in kluger Befolgung des Vergilschen „parcere subiectis" so schnell und gründlich mit ihrem geänderten Los aus, daß sie schon zwölf Jahre nach dem Verlust ihrer Unabhängigkeit freiwillig für das britische Weltreich zu Felde zogen. Und als 1763

Digitized by Google

die Engländer den Franzosen Kanada abgenommen hatten, wußten sie ihren zahlreichen französischen Untertanen so viel Staatsgesinnung beizubringen, daß sie bis auf den heutigen Tag trefflichste Bürger im englischen Dominion und überzeugte Kanadier und Groß-Briten geblieben sind.

Im allgemeinen ist, wie oben gezeigt (S. 46), wahrzunehmen, daß die Herrschaft von kulturell niedriger entwickelten über höher stehende Völker nur von kurzer oder mäßiger Dauer ist. Rückschlüsse auf die gegenwärtige politische Lage an vielen Stellen Mitteleuropas liegen nahe. Dagegen pflegt eine Bezwingung niedriger kultivierter Völker durch höherstehende oft zu einer vielhundertjährigen Stabilisierung der neuen politischen Verhältnisse zu führen. Die langdauernde Herrschaft der Römer über Hunderte von unterworfenen Volksstämmen, der Balten in Kurland, Livland und Estland, der Russen in Sibirien und Zentralasien, der Japaner über die Ainos und die Koreaner, der Engländer über die Inder, Maoris, Malaien usw. sind treffliche Beispiele.

In der Regel ergeben sich nachbarliche Reibungsflächen naturgemäß zwischen zwei Landmächten. Zusammenstöße zwischen ausgesprochenen See- und Landmächten kennt die Geschichte in nur kleinerer Zahl. Wo sie aber erfolgt sind, da ist der Sieg bemerkenswerterweise fast immer dem zur See tüchtigeren Staat zugefallen. Salamis, Lepanto, Trafalgar, Navarino, Tsushima drückten jedesmal das Siegel auf ein entscheidendes Unterliegen einer starken Landmacht gegenüber einer Seemacht, die wiederholt als allgemein-staatliches Machtgebilde erheblich schwächer war. Lediglich die Römer verstanden es mit ihrer unerhört großen Energie, im ersten Punischen Krieg als Landmacht die überragende Seemacht niederzuzwingen. Zum lehrreichsten dieser Zusammenstöße, zum Kampf des Walfischs (England) mit dem Mammut (Rußland), obwohl er im 19. Jahrhundert oftmals drohte, ist es bisher nicht gekommen — denn der Krimkrieg war schließlich nur ein kleineres, mehr lokales Ereignis.

Die neuere Geschichte kennt aber einige bezeichnende Beispiele, wie mit dem Augenblick, wo die Seeüberlegenheit eines Gegners gebrochen wird, das ganze Kriegsglück sich wendet. Im amerikanischen Sezessionskrieg fochten die Nordstaaten gegen die zur See überlegenen Südstaaten anfänglich durchaus unglücklich. Als aber am 9. März 1862 bei Hampton Roads der berühmte Kampf des Ericssonschen „Monitor" mit dem gefürchteten „Merrimac" des letzteren Niederlage gebracht und damit die Seeüberlegenheit des Südens gebrochen hatte, da neigte sich der Sieg den Nordstaaten zu. Ähnlich erlitt im Chilenisch-Peruanischen Kriege 1879 bis 1883 das zur See schwache Chile zunächst Fehlschläge, bis die erfolgreiche Niederringung des gefährlichen peruanischen Monitors „Huascar" am 8. Oktober 1879 die Peruaner derart in Nachteil brachte, daß schließlich sogar ihre Hauptstadt Lima am 17. Januar 1881 vom Feinde erobert wurde.

Je mehr einzelne Nachbarn und je volkreichere Nachbarländer ein Staat hat, um so schwerer hat er naturgemäß unter politischen Reibungsflächen an den Landgrenzen zu leiden. Wenn auch im einzelnen Ausnahmen

Digitized by Google

hiervon vorkommen (Schweiz!), so scheint doch der meines Wissens von Reinhard[1]) in die Geopolitik eingeführte Begriff des „Druckquotienten" einen ausgezeichneten Maßstab für die Stärke der Reibungsmöglichkeiten abzugeben. Der Druckquotient ist $= \frac{\text{Einwohnerzahl aller Landnachbarstaaten}}{\text{Einwohnerzahl des eigenen Staates}}$.

Dieser Quotient beträgt bei:

Rumänien	30,8	Ver. Staaten	0,2
Belgien	14,8	Großbritannien	0,0.
Deutschland	4,4		

Wo der Druckquotient gar zu groß und die Grenzwandung schwach ist, da bricht das staatliche Gebäude dauernd oder vorübergehend zusammen, wie es Polen 1772—1795, Belgien 1914, Serbien 1915 erlebten.

2. Bündnisse mit Nachbarn des Nachbarn.

Wo zwei ungefähr gleich starke Staaten als Nachbarn in unausgesetzten, immer wieder und wieder sich erneuernden Kämpfen miteinander ringen, wie es zwischen Deutschland und Frankreich seit der Schlacht von Andernach (8. Oktober 876), also seit über 1000 Jahren, oder zwischen England und Frankreich zunächst von 1159 bis 1815 der Fall gewesen ist, da sucht ein jeder seine politische und militärische Stellung zu kräftigen, indem er dem Gegner möglichst viele Grenznachbarn auf den Hals ladet. Die von Frankreich seit 1891 durch seinen Zweibund mit Rußland und nach 1918 durch seine engen Freundschaftsbeziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei geübte diplomatische Kunst gegenüber Deutschland war auch schon den alten Völkern nicht fremd. Die Geschichtschreiber berichten uns zwar nichts von politischen Abreden, die zwischen den Persern zur Zeit des Darius und den Karthagern gegenüber ihren gemeinsamen Nachbarn und Feinden, den Griechen, bestanden haben. Aber sollte es wirklich ein bloßer Zufall gewesen sein, daß in denselben Tagen, da die Griechen des Mutterlandes bei Salamis auf Tod und Leben mit den Persern rangen, die Griechen Siziliens sich der karthagischen Invasion durch den zerschmetternden Sieg bei Himera erwehren mußten?

Als Ludwig XIV. durch seine Reunionskammern dem Deutschen Reiche möglichst viel Gebiet links des Rheins abzunehmen wünschte, als er sich Straßburgs ohne Krieg bemächtigte und die Hand nach der Pfalz ausstreckte, da lag ihm naturgemäß daran, Deutschland zur Abwehr so unfähig wie möglich zu machen, und der allerchristlichste König verschmähte es nicht, sich mit dem Erbfeind der damaligen Christenheit, dem Türken, zu verständigen, da er eben ein Nachbar des Nachbarn war. Zwischen dem Raub Straßburgs (30. September 1681) und der Türkenschlacht am Kahlen Berge vor den Mauern Wiens (12. September 1683) besteht ein enger politischer Zusammenhang.

1) A. a. O., S. 122.

Digitized by Google

Später sehen wir, wie der genialisch-bizarre König Karl XII. von Schweden und ebenso Friedrich der Große während des Siebenjährigen Krieges mit den Türken als den Nachbarn ihres feindlichen Nachbarn Rußland Freundschaftsbeziehungen anknüpfen, um dadurch die Kriegsmacht des Gegners zu teilen und zu schwächen. In besonders meisterhafter Weise verstand es die Kaiserin Maria Theresia, sämtliche anderen Nachbarn ihres größten Feindes Preußen gegen dieses Land ins Feld zu führen, mit alleiniger Ausnahme von Holland, Hannover (das den mit Friedrich gegen Frankreich verbündeten Engländern gehörte) und Polen. England unterstützte in seinem schwersten, 22jährigen Krieg gegen Frankreich 1793—1815 der Reihe nach die verschiedensten Nachbarn des Nachbarn, erst Holland, dann Spanien, dann Preußen. Im 1866er Kriege hatte Österreich einen Zweifrontenkampf zu führen, im Norden gegen Preußen, im Süden gegen Italien: wieder war mit dem Nachbar des zu bekriegenden Nachbarn eine Verständigung erfolgt, wenn sie sich auch nicht zu einem militärischen Bündnis verdichtet hatte. Als Bismarck 1883 das Bündnis mit Österreich durch Einbeziehung Italiens erweiterte und somit den Dreibund schuf, schwebte auch ihm, in Erwartung des französischen Revanchekrieges, die Freundschaft zum Nachbarn des Nachbarn vor: Italien sollte als Bundesgenosse erhebliche Teile des französischen Heeres im Alpengebiet fesseln. Hätte sich Italien diesen Bundesverpflichtungen nicht entzogen, der Weltkrieg hätte schwerlich das Jahr 1914 überdauert.

Das merkwürdige englisch-japanische Bündnis vom 30. Januar 1902, das dann am 13. Juli 1911 nochmals erneuert wurde, war in ungemein charakteristischer Weise ein weiteres Beispiel für das Bündnis zweier entfernter Staaten gegen einen gemeinsamen Nachbarn, Rußland.

In diplomatisch meisterhafter Weise hat zuletzt die Regierung Eduards VII. von England, als sie die „Einkreisungspolitik" betrieb und den Weltkrieg vorbereitete, die Kunst verstanden, die Nachbarn des Nachbarn zu gewinnen. Die jahrhundertelange Gegnerschaft gegen Frankreich, die noch wenige Jahre vorher infolge der „Schmach von Faschoda" (10. Dezember 1898) nahe an den Rand eines Krieges geführt hatte, wurde durch das englisch-französische Afrikaabkommen vom 8. April 1904 bis auf weiteres in die Ecke gestellt und durch die Entente ersetzt. Die traditionelle Feindschaft mit Rußland in Asien wurde durch das Persienabkommen (31. August 1907) bis auf weiteres gleichfalls zu den Akten geschrieben, und wenn auch Eduards VII. Bemühen, in Ischl Österreich-Ungarn ebenfalls in den Einkreisungsring hereinzuziehen, an des alten Kaisers Franz Joseph Bundestreue scheiterte, so hat doch Englands geschickte Einspannung der Nachbarn des Nachbarn 1914—18 ihre Früchte getragen.

Die deutsche Staatskunst hatte in der Vorkriegszeit die von Bismarck und Eduard VII. richtig erkannte Wichtigkeit des Zusammengehens mit dem Nachbar des Nachbarn sich leider nicht zu eigen gemacht. Sonst

Digitized by Google

hätte sie 1895 in Shimonoseki nicht gegen Japan und 1906 in Algeciras gegen Spanien Partei ergriffen und beide Male aufs falsche Pferd gesetzt.

Mögen diese wenigen Andeutungen genügen. In einem Hinweis auf die politischen Reibungsflächen der Staaten durften die Bündnisse mit den Nachbarsnachbarn nicht ganz fehlen, wenn dieses Thema auch schon über den Rahmen der Geopolitik hinausgreift in das der reinen Politik.

3. Die Mare-nostro-Tendenz und der Drang nach dem Gegenufer.

Dem staatlichen Wachstumsdrang pflegen mäßig große Randmeere keine Grenze zu setzen. Das Hinübergreifen aufs „Gegenufer" ist ein Leitmotiv der Politik aller kraftvollen Staaten, die rege Schiffahrt treiben. Instinktiv hat sich das Streben nach dem Besitz des Gegenufers und weiter nach der „Mare-nostro"-Bildung schon in Zeiten ausgewirkt, wo man nicht einmal die geographische Gestalt der von der Politik beanspruchten Meere hinreichend kannte. Schon in den Anfängen ihrer Geschichte haben die Griechen sich auf dem kleinasiatischen Gegenufer festgesetzt, und bis auf den heutigen Tag haben sie ihren Anspruch, die gesamte Ägäis mindestens kulturell und wirtschaftlich, wenn möglich aber auch politisch, zum Mare nostro oder, wie sie schon im Altertum sagten, zum *καθ' ἡμᾶς θάλαττα* zu machen, nicht aufgegeben. Daß diesem Wunsche bis heute keine Erfüllung beschieden, daß im Gegenteil die Ägäis sogar recht lange politisch ein türkisches Mare nostro war, ist für die Herausschälung der geopolitischen Grundtendenz durchaus belanglos. Bevor sich die Türken in Konstantinopel festsetzten, etwa in den Tagen der Kreuzzüge, war die Ägäis freilich ein Mare nostro des griechischen (byzantinischen) Kaiserstaates, der das Ägäische Meer im Süden (Kreta), Westen (Griechenland), Norden (Byzanz) und Osten (Kleinasien) in fast genau kreisförmiger Gestalt, mit einem auf Sinope zuspringenden Nordostzipfel, umrahmte (Fig. 57).

Den Römern gelang sogar die stolze Leistung, die ein Mussolini, wenn er könnte, brennend gern nachahmen würde[1]), das gesamte Mittelmeer mit römischem Territorium

Fig. 57. Die Ägäis als Mare nostro im byzantinischen Reich des 12. Jahrhunderts.

1) Vgl. Mussolinis Rede in Perugia vom 5. Okt. 1926 über die Seemacht des alten Rom.

Digitized by Google

Fig. 58. Die Ostsee als schwedisches Mare nostro im 17. Jahrhundert.

zu umrunden und somit zum Mare nostro zu machen. Es war z. T. Notwehr, die sie zwang, die Gegenufer zu unterwerfen. Als die Verkehrsleistungen zur See so bedeutend geworden waren, daß frische Feigen in nur drei Tagen von Karthago nach Rom gebracht werden konnten, da wies ein Cato diese Feigen im Senat vor und sprach sein Ceterum censeo.[1]) Und Rom ging hinüber nach Afrika, vernichtete Karthago, seinen gefährlichsten Nebenbuhler, und ein Jahrhundert später gehorchte das gesamte Mittelmeerbecken den Befehlen von der Tiber. Andererseits haben die Karthager durch die um 530 v. Chr. von ihnen verhängte und im karthagisch-römischen Vertrag von 509 v. Chr.[2]) auch staatsrechtlich festgelegte Sperrung der Straße von Gibraltar für jede nichtkarthagische Schiffahrt den Atlantischen Ozean zum karthagischen Mare nostro für rund 300 Jahre gemacht, ebenso wie später nach der Schlacht von Xerez de la Frontera (711) die siegreichen Araber rund 400 Jahre lang die Gibraltar-Straße für alle Schiffe, außer ihre eigenen, verschlossen, wenn ihnen diese Absicht auch nicht so vollkommen gelang wie den Karthagern.

Im Mittelalter haben dann die Dänen mannigfach nach Gegenufern hinübergegriffen und bald in Schweden und Norwegen, bald in England, bald im Wendenland und bald in Estland Fuß zu fassen gesucht. Im Anfang des 11. Jahrhunderts waren sie auf dem besten Wege, die Nordsee zum dänischen Binnenmeer zu machen, und einige Jahrhunderte später hätten sie beinahe der Ostsee dasselbe Schicksal bereitet. Im 17. Jahrhundert dagegen, zu Gustav Adolfs Zeiten, fehlte nicht viel, daß die Ostsee zum schwedischen Binnenmeer gestempelt wurde, denn nicht nur Finnland und der größere Teil des Baltikum, sondern auch ein sehr großer Teil der heutigen deutschen Ostseeküste waren damals der schwedischen Krone untertan, und der „Löwe aus dem Norden" fiel auf dem Nebelfelde von Lützen im letzten Augenblick, da er eine schwedische Ostsee-Großmacht fast fertig gezimmert hatte (Fig. 58).

1) Plinius, nat. hist. XV, 20. 2) Polybius III, 22.

Digitized by Google

Schon vorher hatte das Hinübergreifen Englands nach der französischen Gegenküste unter Eduard III. i. J. 1338 jenen 200jährigen englisch-französischen Krieg entfesselt, der zu wiederholten Malen halb Frankreich in eine englische Provinz verwandelte und der schließlich doch, nach dem Verlust von Calais (8. Januar 1558), England zwang, sich wieder ganz auf seine Inseln zurückzuziehen.

Das Begehren nach dem „Mare nostro" im alten Sinne des Wortes, d. h. nach territorialen Hoheitsrechten über bestimmte Teile des Weltmeers, ist heute überlebt und kann bei den überaus engen Weltwirtschaftsverflechtungen aller an der Seeschiffahrt beteiligten Völker schwerlich auch jemals in friedlichen Zeiten wieder aufleben, während in Kriegszeiten allerdings, wie wir 1914—18 hinreichend erlebt haben, das Blockaderecht, die Erklärung von „Sperrgebieten", Minenverlegungen usw. noch immer vorübergehend Verfügungsansprüche einzelner Staaten über gewisse Teile des freien Weltmeeres zeitigen. Wohl aber besteht auch in unseren Tagen der Mare-nostro-Gedanke noch im Sinne des Territorialanspruchs auf alle Ufer eines bestimmten Meeres. Italiens Verlangen nach Hoheitsrechten über alle Ufer der Adria, der seit 1918 weitgehend, aber noch nicht ganz verwirklicht worden ist, ist das zur Zeit typischste Beispiel dieser Art. Die niemals zu vereinigenden Gegensätze zwischen den Ansprüchen Italiens an eine allitalienische Adria und den berechtigten südslawischen Forderungen nach einem guten Ausgang zum Meere stellen eine der gefährlichsten geopolitischen Reibungsflächen im Europa der Nachkriegszeit dar.

Italien hat kein Hehl daraus gemacht, daß es die Adria in diesem Sinne als Mare nostro anzusehen wünscht. In anderen Fällen pflegen Staaten ihre Karten nicht so offen aufzudecken, aber praktisch dennoch ähnliche Tendenzen zu verfolgen. Hierher gehört die Art und Weise, wie England den Indischen Ozean im modernen Sinne zum Mare nostro gemacht hat (Fig. 59), und ganz offensichtlich strebt auch die Politik der Vereinigten Staaten auf weite Sicht dem Endziel zu, das große amerikanische Mittelmeer so geräuschlos wie möglich schließlich in ein Mare nostro zu verwandeln. Ein

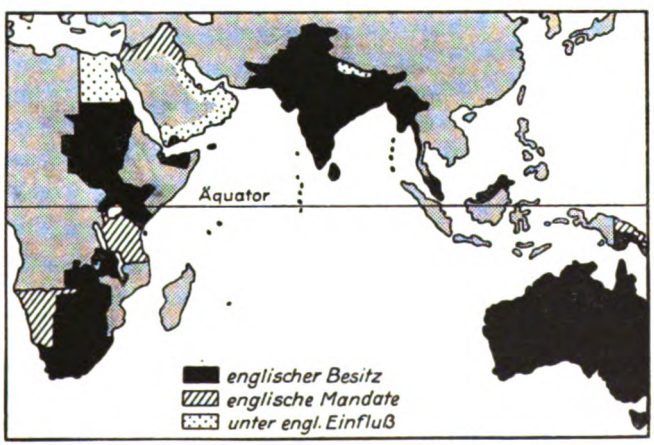

Fig. 59. Der Indische Ozean als britisches Mare nostro. (Nach Hettner.)

Digitized by Google

allseitig von spanischem Besitz umrandetes Meer, ein spanisches Mare nostro, war übrigens nach dem Versailler Frieden vom 3. September 1783 der Golf von Mexiko für 17 Jahre bereits einmal.

4. Pufferstaaten.

Auch die ausgiebigste Schaffung von Glacisgelände kann für die Sicherung von Staaten unerwünscht sein, wenn sie dazu führt, daß zwei etwa gleich starke, feindlich gesinnte Nebenbuhler dadurch eine lange, gemeinsame Grenze erhalten.

In solchen Fällen dienen die Pufferstaaten als Aushilfe. England und Rußland, die sich in Asien seit Jahrzehnten als Todfeinde gegenüberstehen, obwohl sie den Kampf miteinander, der bis aufs Messer gehen müßte, bisher noch sorgfältig vermieden, sind stets darauf bedacht gewesen, sich jeder gemeinsamen Grenze zu enthalten, obwohl sonst schwer zu sagen ist, wer von ihnen die unbekümmertere Annektions- und Glacispolitik betrieben hat. Wenn ausgesprochen schwache, kulturell rückständige und militärisch fast wehrlose Staaten, wie Afghanistan und Persien, sich der kolonialen Aufsaugung überhaupt entziehen und als leidlich selbständige Staaten behaupten konnten, so dankten sie dies ganz allein der Eifersucht der beiden Rivalen England und Rußland, von denen keiner die Annektion des „Glacis" zu vollziehen wagte, weil er genau wußte, daß dann der Kampf auf Tod und Leben unvermeidlich war. Afghanistan und Persien waren die typischsten Pufferstaaten der Erde. Nicht einmal Eisenbahnen durften in diesen beiden Ländern vor 1914 gebaut werden (von einer ganz unbedeutenden, kurzen Lokalbahn bei Teheran abgesehen), weil sie dem Gegner den militärischen Aufmarsch hätten erleichtern können. Eifersüchtig lagen England und Rußland auf der Lauer und mißgönnten einander die bescheidensten Vorteile in den beiden Zwischenstaaten. Als Rußland 1896—98 einen Seitenzweig seiner transkaspischen Bahn als rein militärische Strecke bis Kuschk in unmittelbarer Nachbarschaft der afghanischen Grenze vortrieb, um auf diese Weise die wichtige Hauptstadt unter sicherer Kontrolle zu haben, durchbrachen sofort die Briten auf der Südseite Afghanistans das Chodscha-Amrun-Gebirge an der indisch-afghanischen Grenze mit einem großen Tunnel, um nötigenfalls in der Lage zu sein, auf schnellstem Wege eine strategische Gegenbahn nach der südafghanischen Hauptstadt Kandahar zu bauen.[1])

Mit Recht meint Dix, im Hinblick besonders auf diese Zustände in Asien, die Pufferstaatenpolitik sei eine „Lebensversicherung für kleine Staaten".[2]) Gelegentlich werden neue staatliche Gebilde sogar eigens als Puffer ins Leben gerufen, um die politischen Reibungsflächen zwischen großen Staaten zu verringern. Deshalb ist Luxemburg vom Wiener Kon-

1) Richard Hennig, Bahnen des Weltverkehrs, Leipzig 1909, S. 96.
2) A. a. O., S. 89.

Digitized by Google

greß 1815 und Belgien 1830 zum selbständigen Staat gemacht worden. Auch Uruguay dankt seine staatliche Selbständigkeit lediglich der Eifersucht zwischen Argentinien und Brasilien, die 1828 um den Besitz jener Grenzzone in Krieg verwickelt waren, weshalb Englands Eingreifen im Frieden von Rio de Janeiro (27. August 1828) dem Pufferstaat Uruguay zum Leben verhalf. Siam wäre ebenfalls längst als selbständiger Staat von der Bildfläche verschwunden, wenn nicht England und Frankreich sich gegenseitig den Bissen mißgönnten und eine gemeinsame Grenze, nach Aufteilung des Pufferstaates, für bedenklich hielten.

Es ist interessant, in der Geschichte zu verfolgen, wie solche Puffer zwischen militärisch starken Großmächten allmählich schmäler und schmäler zu werden pflegen. Sie werden bald von dieser, bald von jener Seite territorial „angeknabbert", aber vor dem völligen Verschlingen hütet man sich dennoch sorgsam. Ein geradezu klassisches Beispiel hierfür ist ja die äußere Form des Staates Afghanistan, wie sie seit dem englisch-russischen Vertrage vom 11. März 1895 besteht. Rußland erhielt damals u. a. das Pamirgebiet, aber zwischen dem Zarenreich und dem Hindukusch, auf dessen Wasserscheide die „wissenschaftliche Grenze" Indiens verlief, blieb ein ganz schmaler, schlauchartiger, wirtschaftlich wertloser Nordostzipfel Afghanistans von mehreren hundert Kilometern Länge und stellenweise kaum 20 km Breite im Hochgebirge als Puffer zwischen den beiden Weltmächten und Todfeinden bestehen (Fig. 60)!

Fig. 60. Der Nordostzipfel Afghanistans als Typus des Staaten-Puffers.

Sobald einer der beiden sprungbereiten Gegner vorübergehend ausfällt, ist es natürlich um den jeweiligen Pufferstaat leicht geschehen, wenn ihm nicht andere mächtige Beschützer erstehen. Korea war um die Jahrhundertwende nur ein Pufferstaat zwischen Japan und Rußland. Kaum war Rußland durch Krieg und Revolution 1905 hinreichend geschwächt, da hatte sich Japan schon Koreas bemächtigt und läßt bis auf den heutigen Tag seine Faust schwer auf dem unglücklichen Lande lasten. Was wäre auch in Europa nach 1918 wohl aus der Selbständigkeit der Pufferstaaten Belgien und Luxemburg geworden, wenn nicht London eifersüchtig dar-

Digitized by Google

über wachte, daß sie von Paris respektiert wurde! Wie die Dinge liegen, mußte sich Frankreich, wie auch beim Saargebiet, mit einer engeren wirtschaftlichen Durchdringung und Umklammerung sowie einem Militärbündnis (mit Belgien) begnügen. Andererseits ist die sonderbare Zipfelgestalt von Holländisch-Limburg anscheinend von England auf dem Londoner Kongreß von 1839 deshalb durchgesetzt worden, damit diese niederländische Provinz ein Pufferstaat zwischen Preußen und Belgien sei oder, richtiger gesagt, damit der Weg nach Antwerpen, auf das es England allein ankam, für Preußen versperrt werde. Ebenso ist Englands Hand vor allem am Werke gewesen, als zwischen der immer mehr zusammenschrumpfenden Türkei und Rußland nach dem Krimkrieg und auf dem Berliner Kongreß die Pufferstaaten Rumänien und Bulgarien entstanden, deren Aufgabe nach englischer Auffassung nie eine andere sein sollte, als den Russen den Weg nach Konstantinopel zu verrammeln.

Diese letztgenannten Pufferstaaten stellen Grenzsicherungen dar, die bemerkenswerterweise weder im Interesse der beiden eigentlichen militärischen Gegner noch des Pufferstaates selbst, sondern eines quartus gaudens in der Downing Street zu London geschaffen worden sind.

Ein ganz deutlicher Pufferstaat ist ferner eine der jüngsten europäischen Staatenbildungen Europas geworden, Albanien. Am 28. Dezember 1912 als typisches Verlegenheitsprodukt erdacht, weil jede andere Regelung Kriegsgefahr bedeutete, ist Albanien heute ein echter Pufferstaat zwischen den italienischen und den südslawischen Ansprüchen. Der Pufferstaatcharakter prägt sich hier sogar, wie bei Afghanistan und Persien, in der Verkehrsrückständigkeit aus: Albanien ist der einzige europäische Staat, der noch heute keine Eisenbahnen besitzt! Dennoch strebt das Mussolinische Italien, wie die Ereignisse des Jahres 1927 (Vertrag von Tirana) gezeigt haben, offensichtlich auf ein Protektoratsverhältnis über Albanien hin, das in der Regel den ersten Auftakt zur Verspeisung darstellt.

Die Existenz von Pufferstaaten ist stets labiler Natur; nicht die eigene Macht, der eigene Lebenswille des Staates sichert sie, sondern lediglich die Politik der großen Nachbarn. Bereits Plinius hat auf die Unsicherheit des pufferstaatlichen Daseins richtig hingewiesen, wenn er einmal vom Staat Palmyra sagte[1]):

„Durch ein besonderes Schicksal zwischen zwei großen Reichen, dem römischen und parthischen, liegend, ist er bei etwaigen Streitigkeiten immer der erste Gegenstand beiderseitiger Eifersucht."

Manche ursprünglichen Pufferstaaten kräftigen sich freilich und werden schließlich majorenne Staatsindividuen mit eigenen imperialistischen Bestrebungen. Das Beispiel Rumäniens und Bulgariens beweist es zur Genüge. Gegenwärtig könnte sich unter Umständen ein ähnlicher Prozeß bei Afghanistan und Persien, den Pufferstaaten von Englands und Rußlands Gnaden, abspielen, die zusehends die fremde Bevormundung immer

1) Plinius, nat. hist., V, 25.

Digitized by Google

mehr abschütteln und in den Teheraner Protokollen vom 15. bis 17. Juni 1928 sogar eine afghanisch-persisch-türkische gemeinsame Abwehrfront gegen ausländische Vergewaltigung zustande gebracht haben. Insbesondere Persien ist unter Schah Riza Khan letzthin zu erstaunlichem Selbstbewußtsein gelangt und weiß seine staatlichen Rechte sogar gegen das allmächtige England sehr energisch zu wahren.

5. Kondominium.

Des alten Homer Grundsatz „Einer soll Herr sein"[1]) gilt im geopolitischen Leben der Staaten noch entschiedener als im innerpolitischen der Völker und im privatrechtlichen. Im bürgerlichen Leben ist ein gemeinsamer Besitz mehrerer Individuen gang und gäbe, und mögen auch häufig Streitigkeiten darob entbrennen, so müssen diese doch nicht die Regel sein. Aber schon beim Besitz großer Bauernhöfe, Güter usw. ist es unbedingt notwendig, daß nur ein Einziger die Leitung in der Hand hält — wieviel mehr beim staatlichen Besitz von Ländern oder anderen wertvollen Teilen der Erdoberfläche!

Das Kondominium, die Teilung der staatlichen Hoheitsrechte unter zwei oder noch mehr Herren, ist stets vom Übel, stets ein Verlegenheitskompromiß zur Vermeidung von Streitigkeiten, womöglich Kriegen, zwischen zwei nach einem Besitz lüsternen, etwa gleich starken Gegnern und fast stets eine Regelung, die keine lange Dauer hat. Erst die neuere Zeit hat das gemeinsame Besitzrecht verschiedener Staaten in einigen Fällen geschaffen, und sie hat zumeist wenig Anlaß, auf diese staatspolitische Regelung besonders stolz zu sein. Bewährt hat sie sich lediglich in den Fällen, wo das Kondominat überhaupt keine praktischen Folgen hatte. Das (heute nicht mehr geltende) Kondominat der fünf Uferstaaten über den Bodensee z. B., das seit dem Bregenzer Abkommen vom 22. September 1867 bestand, unterschied sich in der Praxis kaum vom Zustande des nullius regio, wie er auf den Weltmeeren zu Hause ist. Bei Wasserflächen ist dergleichen tragbar, nicht dagegen bei wirklich wertvollem Landbesitz.

Soviel ich sehe, findet sich zum ersten Male ein Kondominium angewandt bei dem heut hamburgischen Städtchen Bergedorf, das i. J. 1420 von Hamburg und Lübeck gemeinsam den Sachsen-Lauenburgern abgenommen und in der Folgezeit gemeinsam verwaltet wurde, bis es i. J. 1868 ganz dem hamburgischen Staate zugeschlagen wurde. In diesem Fall war das Kondominium von langer Dauer, aber offenbar nur, weil das Objekt von zu geringer Wichtigkeit war, so daß sich an ihm Zwistigkeiten von Bedeutung nicht leicht entzünden konnten. Ein anderes gelegentlich angeführtes Beispiel eines langdauernden Kondominiums gehört nur sehr bedingt hierher, nämlich die Zwergrepublik Andorra in den östlichen

1) Ilias II, 204.

Digitized by Google

Pyrenäen. Hier haben wir es nicht mit einem Kondominium zweier Staaten zu tun, sondern mit einem politisch, infolge seiner schweren Zugänglichkeit, im allgemeinen selbständig gebliebenen und bereits von Karl dem Großen als neutral erklärten, kleinen Staatswesen, auf dessen Verwaltung sowohl die französische Regierung wie der spanische Bischof von Urgel einen gewissen Einfluß haben, das auch an beide Protektoren alljährlich einen geringen Tribut zahlt. Es ist dies jedoch kein Kondominium im strengen Sinne des Wortes, sondern äußerstenfalls nur eine ganz seltsame und einzigartige Spielart eines solchen.

Das erste moderne Kondominium über ein wirkliches Wertobjekt wurde über den Rheinstrom verhängt, nachdem er durch den Lunéviller Frieden (9. Februar 1801) in seinem ganzen schiffbaren Lauf oberhalb der holländischen Strecke Grenzfluß zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich geworden war. Damals wurde, am 15. August 1804, zwischen diesen beiden Ufermächten der sogenannte Oktroivertrag geschlossen, in dessen Art. II sich die sonderbare, sonst niemals in der Binnenschiffahrtspolitik wiederkehrende Bestimmung fand:

„Der Rhein wird unter dem Gesichtspunkt der Schiffahrt und des Handels ganz wie ein beiden Staaten gemeinsamer Fluß behandelt."

Immerhin ist hier auf das „Wie" Nachdruck zu legen, und da als Grenze ausdrücklich der Talweg festgelegt wird („Le Thalweg du Rhin forme, quant à la souverainité, la limite entre la France et l'Allemagne"), konnte auch hier nur von einem Kondominium der Verwaltung, nicht von einem Kondominium des Besitzes die Rede sein.

Fast alle Fälle von Kondominium, die das 19. Jahrhundert hervorbrachte, waren von kurzer Dauer, auch der „gemeinsame" Rheinfluß bestand nur zwei Jahre lang. Eine Ausnahme bildete der für eine politische Reibungsfläche zu kleine und unbedeutende Ort Neutral-Moresnet, den Preußen und Holland (später Belgien) von 1816 bis 1914 gemeinsam verwalteten und betreuten, bis er durch das Versailler Friedensdiktat ganz an Belgien gegeben wurde.

Fälle von sonstigen Kondominaten boten Schleswig-Holstein als gemeinsamer preußisch-österreichischer Besitz 1864—66, ferner, unter ganz absonderlichen Begleiterscheinungen, Bosnien und die Herzegowina 1878—1909, wo der Türkei die Souveränität zustand, die Verwaltung aber vollkommen von Österreich und Ungarn gemeinsam übernommen wurde, dann Samoa als englisch-deutsch-amerikanisches Kondominium 1889—1899, der Sudan als ein (wenigstens nominelles) englisch-ägyptisches Kondominium seit dem 19. Januar 1899 bis zur Kündigung durch Ägypten 1924, und die Neuen Hebriden als gemeinsamer Besitz Englands und Frankreichs seit dem Vertrag vom 16. November 1887 bis zum heutigen Tage. Gerade das letztere koloniale Beispiel ist aber beweiskräftig, wie unbefriedigend das Kondominium empfunden wird, denn schon mehrfach ist empfohlen worden, es lieber durch eine ehrliche Teilung der Inselgruppe zwischen England und Frankreich zu ersetzen. Noch in jüngster Zeit haben

Digitized by Google

1300 britische Siedler auf den Neuen Hebriden bittere Klage geführt über die üblen Folgen des Kondominiums.[1]) Und die Eingeborenen kommen dabei am meisten zu kurz, denn von den verfügbaren 3½ Mill. acres Land gehören 2½ Mill. einigen wenigen Weißen, während sich 58000 Eingeborene in 1 Mill. acres teilen müssen.[2]) Infolge des Kondominiums ist der Beamtenstab unverhältnismäßig groß, von 1200 Weißen im Lande sind 18% Beamte, außerdem 20% Missionare, so daß gelegentlich[3]) mit Recht von einer „Farce der politischen Konstruktion" gesprochen werden konnte, „deren großzügiger Verwaltungsapparat die Karikaturwirkung nur verstärkt." — Ein Kondominium besteht weiter in dem ziemlich wertlosen „neutralen Gebiet" zwischen dem Irak, Nedschd und Koweit: seit dem Vertrag von Mohammerah vom 5. Mai 1922 haben hier England als Herr von Mesopotamien und Ibn Saud als Herrscher des Nedschd gemeinsam die Verwaltung inne. — Geplant war ferner ein Kondominium wegen der durchaus undurchsichtigen ethnographischen Verhältnisse auch in der Dobrudscha zwischen Bulgarien und Rumänien, als letzteres zum Bukarester Frieden (7. Mai 1918) genötigt wurde, doch hat der bald danach erfolgende Zusammenbruch der Mittelmächte diese Regelung gegenstandslos gemacht und die ganze Dobrudscha wieder an Rumänien gebracht.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Vorschlag eines Kondominiums, obwohl dieser staatsrechtlichen Regelung das Odium des Wortes „Vestigia terrent" in denkbar deutlichster Weise anhaftet, immer aufs neue auftaucht, wo gefährliche politische Reibungsflächen scheinbar nicht anders ausgeschaltet werden können. So ist sogar der wunderliche Vorschlag gemacht worden[4]), die gemeinsamen Ansprüche Deutschlands und Polens auf den „Polnischen" Korridor durch ein Kondominium beider Staaten daselbst aus der Welt zu schaffen. Der Vorschlag ist praktisch einfach unmöglich, zeigt aber, wie man auch im sogenannten Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker noch gern nach dem Aushilfsmittel des Kondominiums greift, um unerwünschten nationalen Entscheidungen so lange wie möglich aus dem Wege zu gehen.

Unbedingt das eigenartigste und charakteristischste Kondominium unsrer Tage liefert aber die „neutralisierte" Tanger-Zone: in diesem durch spanisch-französischen Vertrag vom 27. November 1912 gebildeten „Staats"-Wesen üben seit der Vereinbarung vom 18. Dezember 1913 vier Mächte ein Kondominium aus, England, Frankreich, Spanien und der Sultan von Marokko; ihnen hat sich seit dem 25. Juli 1928 noch Italien als fünfte regierende Macht hinzugesellt. Die gemeinsame Verwaltung bedeutet aber hier wie anderswo einen unverhältnismäßig starken Leerlauf an Energie und hat recht üble Folgen gezeitigt (vgl. S. 306).

Bisher hat sich das Kondominium noch niemals auf die Dauer bewährt. Selbst in der gemeinsamen Verwaltung untergeordneter Unternehmungen, als Staaten es sind, führt die Zusammenarbeit mehrerer Regierungen nur

1) „Times", 18. Mai 1927. 2) „Zeitschr. f. Geopolitik", 1928, S. 316.
3) Ebendort, 1928, S. 412. 4) „Zeitschrift für Politik", 1928, S. 713.

Digitized by Google

allzu leicht zu Reibungen. Die Geschichte der „Ostmandschurischen Bahn" ist ein warnendes Beispiel, die auf Grund eines Vertrages vom 31. Mai 1924 gemeinsam von China und Rußland betreut werden sollte und die dann, eben infolge dieses Kondominiums, im Sommer 1929 Anlaß zu einem kurzen Kriege wurde.

In dieses Kapitel gehört auch die (freilich anders gelagerte) Frage der staatlichen Eingliederung der Falklands-Inseln, auf denen zwar ein Kondominium nicht besteht und nie bestanden hat, die aber seit rund 100 Jahren von zwei Staaten, England und Argentinien, als alleiniges Eigentum beansprucht werden. Die Inselgruppe war 1765—1771 von England in Besitz genommen, wurde dann aber wieder aufgegeben und blieb herrenlos, bis 1820 Argentinien die Annektion aussprach und eine Verwaltung auf den Inseln einrichtete. Unter völliger Ignorierung dieses staatsrechtlichen Aktes setzten sich aber 1835 die Engländer erneut daselbst fest und haben bis heute alle argentinischen Proteste unbeachtet gelassen. Argentinien gedenkt gerade gegenwärtig, aus Anlaß der bevorstehenden Auseinandersetzung über die Antarktis (vgl. S. 243) seinen Anspruch auf die Falkland-Gruppe erneut zur Eröterung zu stellen und hat damit in den Tagen der gesteigerten Ansprüche der Monroedoktion wohl nicht geringe Aussichten, zumal da der strategische Wert der die Magelhaensstraße flankierenden Inseln für England, nachdem er sich in den Tagen der Seeschlacht vom 8. Dezember 1914 glänzend bewährt hatte, durch die Eröffnung des Panamakanals sehr bedeutend vermindert worden ist.

Eine ganz absonderliche und praktisch unmögliche Spielart des Kondominiums bildet ferner zur Zeit Palästina, das gleichzeitig ein „Zionistenstaat" und ein von Arabern bewohntes britisches Mandatsland sein soll. Die praktischen Folgen sind wiederum höchst bedenklich.

In anderen Fällen hat man das Kondominium ersetzt durch Handels-Freizonen, deren staatliche Zugehörigkeit aber unbestritten blieb. So ist im zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 die Freizone von Gex, im Interesse des schweizerischen Kantons Genf, auf französischem Boden geschaffen worden. Ebenso wurde im schweizerisch-sardinischen Vertrag von Turin (16. März 1816) Savoyen zur Handels-Freizone gemacht. Selbst derartige Regelungen, obwohl viel harmloser ein Kondominium, das schon mehrfach zu kriegerischen Auseinandersetzungen den Anstoß gab, müssen als politisch fragwürdige Gewinne bezeichnet werden: Die Freizone von Gex ist z. B. seit dem 10. November 1923, als die französische Regierung einseitig die Aufhebung verfügte, bis heute ein Streitgegenstand zwischen Frankreich und der Schweiz geblieben. Die Verfügung des Haager Schiedsgerichts vom 19. August 1929, man möge sich, um einen Schiedsspruch zu vermeiden, bis 1930 gütlich einigen, ist ergebnislos geblieben. Was werden wird, muß abgewartet werden.

Auch in Fragen des wirtschaftlichen und politischen Territorial-Besitzes gilt eben Homers Wort „Einer soll Herr sein".

Digitized by Google

VII. Der staatliche Fortpflanzungstrieb (Kolonialpolitik).

1. Die Kolonien des Altertums und Mittelalters.

Kolonien pflegt man gern als Tochterstaaten eines Mutterlandes zu bezeichnen. Hierin äußert sich mit richtigem Instinkt unbewußt die geopolitische Erkenntnis, daß der Staat als Lebewesen auch dem Gesetz des Fortpflanzungstriebes unterliegt. Allerdings ist dabei zu beachten, daß gegenwärtig ausschließlich solche Staaten, die eine starke Seegeltung und bedeutende überseeische Handelsinteressen besitzen oder aber in früheren Jahrhunderten einmal besessen haben, über Kolonialbesitz verfügen. Reine oder überwiegende Landstaaten eignen sich in unseren Tagen nicht mehr zur organischen Fortpflanzung. Vielmehr bedarf es zu deren Zustandekommen der Vermählung von Staat und See.

Der Begriff der Kolonien, wie wir ihn heute verstehen, ist erst seit dem Zeitalter der großen Entdeckungen geläufig geworden. Die Kolonien, die das Altertum und das Mittelalter hervorbrachte, waren ihrem Wesen nach doch etwas anderes als die gegenwärtigen. Die Kolonien der Phönizier, der Karthager, der Griechen waren in erster Linie Handelsstützpunkte, z. T. befestigte Warenlager (Faktoreien), z. T. aber auch blühende Siedlungen mit starkem staatlichem Eigenleben. Die Zahl dieser Gründungen von Kolonialstädten war sehr groß (vgl. Fig. 61): allein Milet hat im Umkreis des Schwarzen Meeres 80 Kolonien ins Leben gerufen. Nur vereinzelt freilich sind neue Gebilde von politisch größerer Bedeutung aus

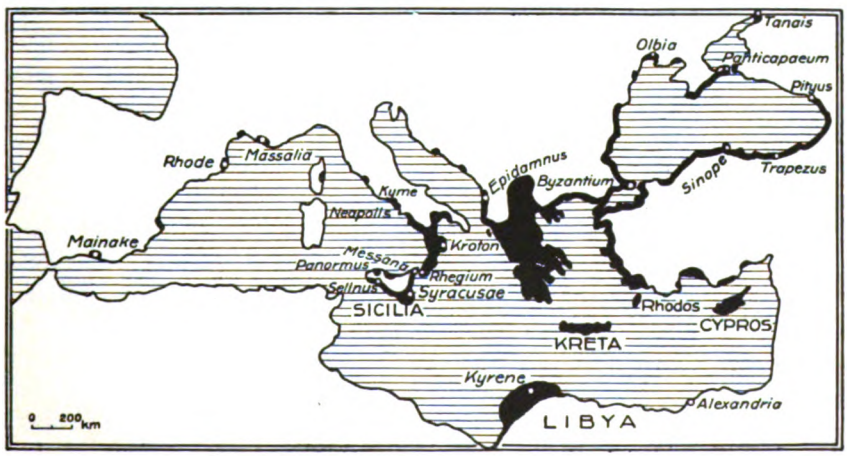

Fig. 61. Der Umfang der alt-griechischen Kolonisation.

Digitized by Google

solchen antiken Kolonien hervorgegangen, als mächtigstes Karthago aus einer phönizischen Ansiedlung in Nordafrika. Aber auch die griechische Kolonie Syrakus war zweimal nahe daran, eine politische Großmacht zu werden, 480 v. Chr. unter Gelon und 310 v. Chr. unter Agathokles. Jedesmal war die Blüte nur kurz, und es ist damals, obwohl Syrakus selber wieder Kolonien gründete, zur Schaffung eines sizilischen Staates nicht gekommen. Erst im 12. Jahrhundert n. Chr., unter den Normannen, war Sizilien vorübergehend eine wirkliche politische Großmacht.

Die Römer, die eigentlichen Schöpfer des Begriffes Kolonie, haben dennoch Kolonien in unserem Sinne nicht gekannt. Sie pflegten lediglich das, was wir innere Kolonisation nennen, und siedelten coloni = Feldbauer an; Militärpersonen, Veteranen, wohl auch Bürger, die anderswo kein Land besaßen oder erwerben konnten, wurden irgendwo in geeigneten Teilen des riesigen Reiches mit Grundbesitz ausgestattet. Die auf solche Weise begründeten Ortschaften waren die eigentlichen und ursprünglichen Kolonien. Aus einer dieser rheinischen Kolonien mit dem Beinamen Agrippina hat sich bekanntlich „das große, heilige Köln" entwickelt.

Sobald irgendwo im fremden Land eine Vielheit von Landsleuten sich zur Bewirtschaftung des Bodens oder zur ständigen Pflege des Handelsgewerbes zusammenfand, sprach man ebenfalls und spricht noch heute von Kolonien, in einem Sinne, dem jeder politische Beigeschmack fehlen kann. In der Bibel ist bereits die Rede[1]) von fremden Kaufmannskolonien auf dem Boden Palästinas. Ebenso gab es im Mittelalter an vielen Stellen Judenkolonien, in China Araberkolonien usw. Auch die Kontore der Hansa in London, Bergen, Wisby und Nowgorod waren als derartige Kaufmanns- und Handelskolonien zu bewerten. Die letzteren waren wiederholt nahe daran, zumal auf Gotland, sich zu neuen politischen Staatsgebilden zu entwickeln, doch gelang es den Handelskolonien der Hanse nicht, über den embryonalen Zustand hinaus zu staatlichem Leben zu erwachen. Wohl aber sind z. B. auf Borneo aus Siedlungen chinesischer Kaufleute neue staatliche Gebilde dereinst hervorgegangen.[2]) — Landwirtschaftlichen Zwecken dienende Kolonien gibt es bis auf den heutigen Tag zahlreich. So spricht man bekanntlich von deutschen Kolonien im Wolgagebiet, in der Krim, in Siebenbürgen, Ungarn, Kanada, Argentinien usw. Ein Teil dieser Kolonien ist durch freiwilliges Zusammenhalten von Auswanderern entstanden, z. T. sind sie aber auch geradezu durch Einladung von Herrschern des jeweiligen Landes begründet, die sich erfahrene und fleißige Bauern oder andere wertvolle Kräfte fremder Gebiete zu sichern wünschten. Z. B. gilt dies für die besonders eigenartige Kolonie der Wolgadeutschen, die 25000 qkm groß ist und geradezu als eine autonome Kolonie im Rahmen des russischen Reiches gelten kann, wenn sie auch gegenwärtig durch die überaus schroffe Haltung der Bolschewisten gegenüber allen fleißigen Bauern

1) 1. Buch Kön., 20, 34. 2) Friedrich Ratzel, Völkerkunde, Bd. I, S. 363.

Digitized by Google

mit dem Untergang bedroht ist und durch Auswanderung ihre besten Kräfte verloren hat. Sie erstreckt sich an der mittleren Wolga vom 50. bis 52. Grad nördl. Breite und vom 45. bis 48. Grad östl. Länge. Sie beherbergte kürzlich 571000 Menschen, von denen zwei Drittel Deutsche waren. Ähnlich besteht eine „französische Kolonie" seit fast 2½ Jahrhunderten in Berlin und der Mark Brandenburg, hervorgegangen aus jenen durch Ludwig XIV. i. J. 1685 vertriebenen Hugenotten, die dann der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm in sein Land einlud. Die noch jetzt in der Mark sich findende Ortschaft Französisch-Buchholz, der in Berlin stehende „Französische Dom", in dem französische Predigten gehalten werden, und das Französische Gymnasium daselbst, sie erinnern an jene große Kolonisationstat des Siegers von Fehrbellin, durch die eine Fülle wertvollster Intelligenzen mit französischen Namen und preußischer Gesinnung dem deutschen Volke gewonnen wurde. Ebenso schuf dann König Friedrich Wilhelm I. von Preußen unter Aufwand von 5 Mill. Talern aus Protestanten, die in anderen Ländern verjagt wurden, wertvolle Siedlungskolonien: 18000 Salzburger, die 1731 vertrieben worden waren, wurden im Jahre darauf im Litauischen angesiedelt, ebenso 2000 Böhmen in der Mark Brandenburg. Volkswirtschaftlich haben sich derartige Kulturtaten in der Regel trefflich gelohnt. Mitten im niederrheinischen katholischen Gebiet gibt es noch heute eine überwiegend evangelische pfälzische Kolonie, das 1741 begründete Dorf Pfalzdorf bei Cleve. Daß in der Kolonisationsgeschichte Amerikas die Kolonien religiöser Sekten und Orden eine große Rolle gespielt haben, ist allbekannt. Es genügt in diesem Zusammenhang an die Quäkerkolonie in Pennsylvanien oder die Mormonenstädte Nauvor und Saltlake City zu erinnern.

Alle derartigen „Kolonien" sind jedoch ausgesprochen unpolitisch. Die Kulturträger oder Asylsucher, die ihnen zum Dasein verhalfen, sind fast immer treue Bürger ihres neuen Heimatstaates geworden, mögen sie auch bewußt den Zusammenhang mit ihrer Väter Sprache, Glauben und Sitte liebevoll pflegen.

Ganz anders die eigentlich politischen Kolonien, die den Handelsinteressen, dem Wohlstand und oft auch der politischen und militärischen Stellung der Gründer zu dienen berufen waren. Dabei ist es höchst beachtenswert, daß bis ins 15. Jahrhundert hinein niemals größere Staaten als Schöpfer der Kolonien erscheinen, sondern entweder Handelsstädte, wie Tyrus, Sidon, Athen, Korinth, Milet, Karthago, Venedig, Genua usw. oder aber religiöse, oft sogar internationale Gemeinschaften, wie die Kreuzfahrer und die von ihnen begründeten Ritterorden, usw., ja hier und da selbst einzelne Kaufleute (die Kolonie der Welser in Venezuela!). Eine internationale christliche Kolonie auf mohammedanischem Boden war jenes merkwürdige Gebilde des Königreichs Jerusalem, das nach der Eroberung der Stadt Jerusalem durch die Kreuzfahrer (15. Juli 1099) begründet wurde und das fast 100 Jahre, bis zur Wiedereroberung der Stadt durch Saladin (3. Oktober 1187), und dann nochmals, kurzlebig genug, von 1229 bis

Digitized by Google

1244 bestand. Auch die Johanniterkolonien in Rhodos, später in Malta, trugen internationalen Charakter und stellten sozusagen Kolonialstaaten einer religiösen Gemeinschaft dar. Noch ausgeprägter war dies der Fall bei dem national allerdings einheitlichen Staate des Deutschen Ordens, der 300 Jahre hindurch eine unvergleichliche kulturelle und völkische Mission inmitten feindlicher slawischer Flut vollbrachte, und zwar ganz aus eigener Kraft heraus und ohne jeden Rückhalt an einem politischen Staatengebilde der damaligen Zeit. Wie die spanischen Conquistadoren, doch von edleren Motiven als dem Golddurst geleitet, verbreiteten jene mutigen Ordensritter Kultur und Christentum, bald mit dem Schwert und bald mit dem Pflug, und schweißten dabei einen Staat von wahrhaft imposanter Macht und Eigenart zusammen, dessen Gebiet von der Weichsel bis zur Narowa reichte. Aber als dieser ganz auf die Spitze des eigenen Schwertes gestellte und schließlich morsch gewordene Staat am 15. Juli 1410 der polnischen Übermacht bei Tannenberg erlag, da kümmerte sich im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation kein Mensch um die Tragödie dieses ersten deutschen Kolonialstaates, und statt dem gefährdeten östlichen Vorposten zu Hilfe zu eilen, waren die deutschen Kurfürsten eben damals damit beschäftigt, dem deutschen König Ruprecht von der Pfalz einen Nachfolger zu geben.

Eine ähnliche Stellung wie der Deutsche Ordensstaat im Rahmen des deutschen Reiches nahmen später einige Missionsschöpfungen der Jesuiten im spanischen Amerika ein. Insbesondere in Paraguay entwickelte sich seit 1609, von den Jesuiten geschaffen, „ein merkwürdiger Priesterstaat auf theokratisch-sozialistischer Grundlage, aus der, mit Ausnahme der Jesuiten, alle Weißen verbannt waren“[1]) ein Staat, der sich eine eigne indianische Fremdenlegion schuf und mit ihr Kriege gegen die portugiesischen „Paulisten“ in Brasilien führte.[2]) — Auch gegenwärtig übrigens ist in Paraguay wieder eine Kolonie einer religiösen Sekte in Aussicht genommen: um Puerto Casado im Chaco-Gebiet soll auf einem 1.6 Mill. ha großen Gelände ein Mennonitenstaat mit etwa 225 000 Bewohnern entstehen, in dem es kein Amt, keinen Eid, keinen Kriegsdienst gibt und der ein vollkommener Staat im Staat sein soll.

Kolonien haben während des Mittelalters ferner die dänischen, schwedischen und norwegischen Normannen in großer Zahl ins Leben gerufen. Aber wiederum waren in jedem Einzelfall nicht die Könige des Landes, nicht die Träger der Staatsgewalt die Begründer, sondern kühne Abenteurer, die auf eigene Faust und auf eigene Rechnung vorgingen, um dem übervölkerten Heimatland Erleichterung zu schaffen und sich selber „ein Königreich zu suchen“. Infolgedessen bestand auch zwischen den im 9., 10. und 11. Jahrhundert entstehenden Normannenstaaten und den Mutterländern nur wenig, oft gar kein staatlicher Zusammenhang, sondern im günstigsten Falle lediglich eine vereinzelte Beziehung

1) Supan, Entwicklung der europäischen Kolonien, S. 61.

2) J. Pfotenhauer, Die Missionen der Jesuiten in Paraguay. Gütersloh 1891.

Digitized by Google

zu alten Verwandten und Freunden und etwas Handelsverkehr. In einigen Fällen wurden die normannischen Recken von Herrschern anderer Länder eingeladen, sich in ihrem Gebiet anzusiedeln, so in Rußland (vgl. Fig. 51), wo sich für Jahrhunderte sogar eine normannische Herren- und Oberschicht bildete (der Name Rûs bedeutet ursprünglich: Skandinavier!), ferner an der Odermündung, wo sich im Reiche des Slawenfürsten Burisleifr im 10. Jahrhundert für rund 100 Jahre die sagenberühmte normannische Jomsburg, vom „nordischen Tell" Palnatoki begründet, erhob. Die meisten Normannenreiche in Übersee entstanden aber als Siegesbeute kühner Feldzüge, so in der Normandie, in England, im Rheinmündungsgebiet, in Sizilien und Italien, welche letzteren Wunschländer geraume Zeit hindurch besonders stark anlockend wirkten und in den rauhen Nordmännern die „figiacasta", die „Sehnsucht nach Feigen", entstehen ließen: von 1027 an entwickelte sich die normannische Grafschaft Aversa allmählich durch kriegerische Eroberungen zum mächtigen Reich, und von 1130 bis 1194 bestand auf Sizilien ein normannisches Königreich, das eine Großmacht des Jahrhunderts war. Auch standen die Orkney- und Shetlandsinseln über ein halbes Jahrtausend lang in einem allerdings nur losen Lehens- und Abhängigkeitsverhältnis zu Norwegen.

Im ausgehenden Mittelalter begegnen wir abermals, wie im Altertum, Städten als Trägern des kolonialen Gedankens. Die deutschen Hansestädte haben zwar eigentliche Kolonialstaaten im Ausland nicht begründet. Ihre kleinen Stadtstaaten kannten nur Handelsinteressen, so nachdrücklich sie auch, oft genug, mit politischen und militärischen Mitteln ihre wirtschaftlichen Belange selbst gegen sehr mächtige Herrscher des Auslandes durchzusetzen wußten. Sie hätten vielfach ohne weiteres die Gelegenheit und auch die Fähigkeit gehabt, Hansekolonien im Ausland auf eine staatliche Grundlage zu stellen, aber ihr Ehrgeiz ging nicht nach dieser Richtung: was sie schufen, waren daher bestenfalls Embryonen von Kolonien, kaufmännische Genossenschaften von weitreichendem, oft ausschlaggebendem Einfluß im Ausland, Genossenschaften, die gelegentlich sogar pseudostaatliche Verträge mit fremden Herrschern abschlossen, wie jenen der gotländischen Genossenschaft in Wisby mit den Fürsten von Smolensk, Witebsk und Polozk vom Jahre 1229, oder die im norwegischen Bergen lange Zeit die erste Machtstellung einnahmen. Immer aber hatten solche politischen Betätigungen und Vereinbarungen lediglich Förderung der Handelsprivilegien der Heimatstädte zum Ziel, und ein wirklicher Staat im Staat sind jene Genossenschaften, Kaufhäuser und Kontore der Hanse im Ausland in keinem einzigen Fall geworden, obwohl verschiedentlich die Möglichkeit dazu bestanden hätte, zumal nach dem siegreichen Kriege gegen Dänemark, der im Diktatfrieden von Stralsund (24. Mai 1370) den Städtebund der Hanse zur ersten Ostseegroßmacht emporsteigen ließ (vgl. S. 33).

Demgegenüber haben sich in demselben Zeitalter die italienischen Seehandelsstädte, unter denen bekanntlich Venedig und Genua die erste

Digitized by Google

Rolle spielten, zu wirklichen Kolonialmächten entwickeln können. Anfänglich verfolgten auch sie, wie die deutsche Hanse, nur das Ziel der steten Förderung ihrer Handelsbeziehungen. Im Jahre 1082 wurden den Venezianern von Byzanz wertvolle Privilegien und in Konstantinopel selbst ein eigenes Stadtviertel als venezianische „Kolonie" eingeräumt, aber schon ein Jahrzehnt später trat Byzanz dem venezianischen Staat Dalmatien und Istrien als territoriales Eigentum ab. Wie einst Karthago, verstand es in der Folgezeit auch Venedig, sich vom Seehandelsplatz zur politischen Großmacht und zum Herrscher eines großen überseeischen Kolonialreiches emporzuschwingen. Die mit Hilfe der Kreuzfahrer durchgeführte Eroberung Konstantinopels (12. April 1204) machte die Venezianer für 57 Jahre sogar zur beherrschenden Macht des byzantinischen Reiches. Kreta und zahlreiche Inseln im Ionischen und Ägäischen Meer wurden venezianische Kolonien, später Korfu, Treviso, Südwest-Morea, Cypern u. v. a., während gleichzeitig innerhalb Italiens das venezianische Staatsgebiet sich mehr und mehr vergrößerte.

Ähnlich war es mit den anderen italienischen Seestädten bestellt. Korsika und Sardinien waren zeitweilig Kolonien Pisas, dann Genuas. Genua schuf sich weitere Kolonien auf Chios, Samos, in Cypern (vor den Venezianern), in Nordafrika, im Golf von Smyrna und vor allem in der Krim, wo Kaffa und Tana (Feodosia und Asow) die wichtigsten genuesischen Kolonien waren. Wer weiß, ob sich Venedig oder Genua nicht schließlich zu beherrschenden Mittelmeermächten oder gar zu Weltreichen nach dem Muster Roms entwickelt hätten, aber die portugiesische Auffindung des Seewegs nach Ostindien und die spanische Entdeckung Amerikas untergruben die Wurzeln der venezianischen und genuesischen Handelsmacht, denn sie ließen das bis dahin erste Seeverkehrsgebiet der Welt, das Mittelmeer, zum Range eines Nebengewässers herabsinken. Niemals sonst in der Geschichte hat eine plötzliche Verlagerung der großen Verkehrswege so durchgreifende politische Folgewirkungen gezeitigt: Venedigs und Genuas Sterne sanken, und Portugal und Spanien wurden die neuen Herren der Welt.

2. Die Anfänge der modernen Kolonisation.

Portugal und Spanien waren die ersten großen Länder, in denen die Staatsgewalt als solche, die Regierung, bewußt und konsequent Kolonialpolitik im modernen Sinne pflegte. Noch ihre im 14. Jahrhundert einsetzenden Entdeckungsfahrten zur See waren ursprünglich sozusagen Privatunternehmungen einzelner Abenteurer. Ein Abenteurer von normannischer Abkunft, Jean de Béthencourt, setzte sich seit 1402 auf den Kanaren fest, ließ sich jedoch seinen Besitz, der sich auf Lanzarote, Fuerteventura, Gomara und Ferro erstreckte, schon vom König von Kastilien bestätigen, da er sich nur als Lehensmann der kastilischen Krone dort behaupten konnte, womit gewissermaßen die kastilische Oberhoheit

Digitized by Google

über die „Kolonie" anerkannt war. Einem seiner Nachfolger kaufte Ferdinand der Katholische i. J. 1496 die Besitzrechte ab und schuf somit, nachdem Teneriffa, Palma und Gran Canaria in hartem Kampf mit den tapferen Guanchen erobert worden waren, die Kanaren zur staatlichen Kolonie Spaniens um, die sie bis heute geblieben sind. Supan sagt über diese Episode[1]):

„1402 ist das Geburtsjahr der modernen Kolonisationsgeschichte, aber die Besetzung der Canaren war doch nur die vereinzelte Tat eines verwegenen Abenteurers, und Spaniens Verdienst beschränkt sich darauf, daß es ein Geschenk annahm, das ihm in den Schoß gefallen war. Erst Portugal hat Entdeckung und Kolonisation systematisch in die Wege geleitet, dieser Ruhm darf ihm und seinem großen Sohne, Heinrich dem Seefahrer, nicht geraubt werden."

Portugal war in der Tat Spanien in der Eigenschaft als Kolonialgründer zuvorgekommen. Schon 1418/19 hatte der tatkräftige Prinz Heinrich der Seefahrer, eine der edelsten und sympathischsten Erscheinungen des Entdecker-Zeitalters, Porto Santo und Madeira neu entdeckt und sich später von seinem Bruder, dem König Eduard, schenken lassen, womit das Besitzrecht der Krone an allen neuen Entdeckungen grundsätzlich anerkannt war. Seit 1431 wurden die Azoren aufgefunden und besiedelt, seit 1455 die Kapverdischen Inseln. 1471 wurde Marokko erobert und unter dem Namen des Überseeischen Algarve zur portugiesischen Kolonie erklärt. Schon 1455 hatte sich die portugiesische Krone vom Papst Nikolaus V. alle jenseits des Kap Bojador gelegenen Länder usque ad Indos als alleiniges Eigentum zusprechen lassen. Die „Teilung der Erde" hatte damit ihren Anfang genommen — zunächst nur zur Stärkung des Handels und der Macht, denn Siedlungszwecke verbanden sich erst seit dem 17. Jahrhundert mit dem Kolonialgedanken.

Wenn es nach dem Willen Portugals und Spaniens gegangen wäre, mußte die Teilung der Erde mit den Verträgen von Tordesillas (7. Juni 1494) und Saragossa (22. April 1529) auch schon beendet sein, da in ihnen die gesamte neuentdeckte und noch unbekannte Welt „von Pol zu Pol" zwischen Portugal und Spanien aufgeteilt wurde (vgl. S. 124).

Portugals Energie als Großmacht und als Kolonialstaat war bereits mit der unglücklichen Schlacht von Alcassar in Marokko (4. August 1578) erschöpft. Die portugiesische Kolonialmacht zerfiel so schnell, wie sie aufgebaut worden war — bis auf die Reste, die, gleich Petrefakten, noch bis in die Gegenwart hineinragen. Auch das spanische Kolonialreich, in dem „die Sonne nicht unterging", geriet, vorwiegend durch eigene Schuld, unter die Räder der Weltgeschichte, denn nicht in den ausgedehnten spanischen Überseebesitzungen, die ein kurzsichtiges Mutterland ängstlich vor jeder Berührung mit anderen Völkern und vor jedem Luftzug geistiger Bildung zu schützen suchte, spielten sich die wichtigsten kolonialen Ereignisse der nächsten Jahrhunderte ab, sondern in den kolonialen Gebieten derjenigen westeuropäischen Nationen, welche die hochmütigen

1) A. a. O. (Europäische Kolonien), S. 13.

Digitized by Google

Teilungsverträge von 1494 und 1529 als nicht vorhanden angesehen hatten. Nach den schweren Rückschlägen, welche die spanische Weltherrschaft durch den Abfall der Niederlande und die Vernichtung der „unüberwindlichen Flotte" (1588) erlitten hatte, ging die Führung in der Kolonialpolitik von der Pyrenäenhalbinsel auf Holland, England und Frankreich über.

Die von der spanischen Herrschaft freigewordenen Niederlande erlebten seit 1585 einen ähnlich raschen und glänzenden Aufstieg zur ersten See- und Kolonialmacht, wie 100 Jahre vorher Portugal und Spanien. Sie mußten in dem rund 80-jährigen Aufstand gegen Spaniens Herrschaftswillen den Weg nach Übersee selber suchen, wenn ihr Handel nicht zugrunde gehen sollte, dem der Weg nach den spanischen wie den portugiesischen Kolonien natürlich verschlossen war, nachdem sie von Spanien abgefallen waren. Aber die staatliche Basis für eine erste See- und Kolonialmacht war auf die Dauer zu klein: die Niederlande verfielen etwa seit 1674 einer weitgehenden Energieerschöpfung. I. J. 1669 waren von den 25000 Schiffen, welche die gesamte Welthandelsflotte zählte, nicht weniger als 16000 in holländischem Besitz.[1]) Dementsprechend ausgedehnt war auch der niederländische Kolonialbesitz, dessen Höhepunkt, nach Supan, das Jahr 1642 bildete: die besten Teile der nordamerikanischen Ostküste mit dem heutigen New York und Boston, ein Teil der Kleinen Antillen, Curaçao mit den Nachbarinseln, Guyana mit Paramaribo, ein Stück der brasilianischen Küste mit Pernambuco, Ceara und San Luiz, St. Helena, St. Thomé und Annobon, Gorée und Arguin im Senegalgebiet, die Goldküste, Loanda, das Kapland (dieses etwas später), Ceylon, der wertvollste Teil der Malabar- und Coromandelküste mit Madras, ein großer Teil der Sundainseln, Malakka sowie Formosa und eine Faktorei in Japan (seit 1609 auf Hirado, seit 1641 in Deshima) — das war das holländische Kolonialreich, wie es gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges bestand!

Um ein so riesiges Kolonialreich zu erhalten und zu entwickeln, war Hollands Menschenreichtum zu klein, die geopolitische Basis des Staates zu schmal. England unterwühlte systematisch Hollands Machtstellung:

„Ganz ähnlich wie im Zeitalter der Einkreisungspolitik begann das Geplänkel mit Bündnisangeboten Englands an Holland. Oliver Cromwell ging sogar so weit, in aller Bescheidenheit eine britisch-holländische Union vorzuschlagen. Als Holland dieses Ansinnen mit Entrüstung zurückwies, scheute sich das protestantische England nicht, sich klug vorbauend zunächst die Neutralität des an sich als papistisch verhaßten Frankreichs zu sichern. Nachdem so eine gewisse Rückendeckung erreicht war, schlug man Holland gegenüber schärfere Töne an".[2])

Die „schärferen Töne" bestanden in Cromwells berühmter Navigationsakte vom 9. Oktober 1651, die ein Hauptgrund für den Abstieg der holländischen Großmachtstellung und zugleich die Quelle der aufblühenden englischen Seemacht wurde. Die Navigationsakte, diese magna charta des

1) Mitteilung in einem Brief Colberts an den Marquis de Pomponne.

2) Erich Obst, England, Europa und die Welt, Berlin-Grunewald 1927, S. 27.

Digitized by Google

englischen Seewesens, war, nach Friedrich Lists Ausspruch, „der Fehdehandschuh, den die werdende Suprematie von England der herrschenden Suprematie von Holland ins Gesicht warf". Unbesiegt im Kriege, mußte Holland etwa seit dem Frieden von Westminster (19. Februar 1674) dennoch die Stellung als koloniale Vormacht an seine größeren Rivalen England und Frankreich abgeben, mag es auch bis auf den heutigen Tag das in kolonialen Dingen zumeist begünstigte und überdies des Kolonialbesitzes würdigste unter den kleineren Ländern geblieben sein.

In jenen schweren Kriegen gegen Holland begann England zuerst sein bis auf den heutigen Tag mit Meisterschaft festgehaltenes System anzuwenden, europäische Todfeinde vor allem in den meist wehrlosen Kolonien anzugreifen und schwer zu treffen. Mitten im Frieden nahmen damals die Engländer i. J. 1664 den Holländern ihren nordamerikanischen Besitz mit dem zukunftsreichen, 1626 gegründeten Neu-Amsterdam, dem heutigen New York, fort und provozierten durch diesen Gewaltakt den zweiten und schwersten Krieg gegen die Niederlande. Obwohl dieser für England durchaus nicht glücklich verlief — Admiral de Ruyter erschien zum Schluß mit der holländischen Flotte in der Themse unmittelbar vor London — gelang es den gerissenen britischen Diplomaten dennoch, im Frieden von Breda (31. Juli 1667) die Abtretung des holländischen Kolonialbesitzes in Nordamerika an England gegen Zugeständnisse auf den Molukken durchzusetzen.

Wie groß das Verständnis für Kolonialpolitik damals im 17. Jahrhundert schon geworden war, ging aus einer Reihe von Symptomen hervor, die uns heute ganz eigenartig, z. T. fast unbegreiflich anmuten. So schuf sich Schweden in der Zeit seiner höchsten Blüte unter Gustav Adolf an der Delaware-Bai eine Kolonie Neuschweden, in der schwedische und finnische Bauern angesetzt wurden und zu deren Schutz daselbst das Fort Christiania erstand. Aber schon 1655 ging Neuschweden durch Eroberung an die Niederländer verloren, und Schweden hat sich in der Folgezeit kolonialpolitisch nicht mehr betätigt, abgesehen von einem unbedeutenden, nochmaligen Versuch nach 1784 (vgl. S. 230). — Noch eigenartiger war das zeitweilige Vorhandensein kurländischer Kolonien. Herzog Friedrich von Kurland erhielt die Antilleninsel Tobago vom König Jakob I. von England als Patengeschenk überwiesen und rief auch an der Elfenbeinküste im Guinea-Golf am St. Andreas-Fluß (Sassandra) eine kurländische Kolonie ins Leben, die ihm als Stützpunkt für den einträglichen Negersklavenhandel diente und die durch das Fort St. Andreas geschützt wurde. Unter seinem hochbedeutenden und von regem Verständnis für Überseefragen erfüllten Nachfolger Herzog Jakob, dem Schwager des Großen Kurfüsten von Brandenburg, ging Tobago 1659 an die Niederländer verloren. Durch englische Vermittlung erhielt zwar Kurland Tobago 1664 noch einmal zurück, jedoch nur als englisches Lehen und obendrein gegen Abtretung der zweiten Kolonie an der Elfenbeinküste an England. Da Tobago auch in die nachfolgenden Kriegswirren mehrfach hineingezogen und ab-

Digitized by Google

wechselnd von Holländern, Franzosen und Engländern besetzt wurde, gab Kurland bald nach des großen Herzog Jakobs Tode (31. Dezember 1682) seine Kolonie im Jahre 1699 auf.

Am wunderlichsten und durchaus beispiellos in der ganzen Kolonialgeschichte war aber die Tatsache, daß auch rein binnenländische Staaten, die nirgends Zugang zum Meer hatten, Kolonialpolitik zu treiben begannen. In Bayern kam es nur zu einem Plan dieser Art, nicht zur praktischen Ausführung: ums Jahr 1664 unterbreitete ein gewisser Dr. Joh. Joachim Becher der Regierung ein Projekt zur Begründung bayrischer Kolonien in Südamerika.[1]) Ungleich großzügiger war in derselben Zeit das Vorgehen Brandenburgs, wo damals der geniale Große Kurfürst in Seeverkehrs- und Kolonialfragen einen Weitblick bekundete, der seiner Zeit weit vorauseilte und ausgesprochen modern anmutet. Vielleicht ist im Leben dieses wahrhaft großen Herrschers nichts bewundernswerter als sein zähes Ringen um brandenburgische Seegeltung unter widrigsten Umständen. Nachdem im Unglücksfrieden von St. Germain (29. Juni 1679) alle seine Hoffnungen, einen der eroberten schwedischen Ostseehäfen an der pommerschen Küste behalten zu können, gescheitert waren, schuf er in seinen letzten neun Lebensjahren nicht nur eine kurbrandenburgische Kriegs- und Handelsflotte, für die er sich durch Vertrag in Emden einen Stützpunkt verschaffte, sondern begann mit dem Neujahrstage 1683, einer Anregung seines Marine-Generaldirektors Raule vom Jahre 1679 folgend, auch praktische Kolonialtätigkeit zu betreiben. Schon i. J. 1650 hatte er die dänische Besitzung Fort Tranquebar an der Coromandelküste erwerben wollen, doch kam es nicht dazu. Nun wurden an der Guineaküste vier brandenburgische Forts zum Schutze des Kolonialbesitzes und des Handels mit Gold, Elfenbein, Straußenfedern, Gummi und Sklaven erbaut, Groß-Friedrichsburg als wichtigstes, Fort Sophie Luise, Dorotheenschanze und Takorady.[2]) Dazu wurde vom Kurfürsten 1685 an der Senegalmündung das ehemals holländische Fort Arguin in Besitz genommen, und auch auf der westindischen Insel San Thomas faßte er Fuß. Mit dem Tode Friedrich Wilhelms (9. Mai 1688) erlosch freilich die treibende Kraft dieser großartigen Kolonisationsfreudigkeit. Des Großen Kurfürsten Nachfolger König Friedrich I. wahrte zwar noch das koloniale Erbe seines Vaters, ohne ihm jedoch Interesse zuzuwenden. In der Erkenntnis, daß die überseeischen Besitzungen dauernd nur mit einer großen Flotte zu behaupten waren, die sich das arme Preußen neben einem starken Landheer nicht zu leisten vermochte, beschloß der Enkel des Großen Kurfürsten, der Soldatenkönig und gute Hausvater Friedrich Wilhelm I., dessen Blick freilich über die Grenzen seines Staates kaum hinausreichte, den kostspieligen Besitz zu verkaufen. Die Eifersucht der Engländer und der

1) Simonsfeld, Bayrische Kolonialpläne im 17. Jahrhundert; in der „Allgemeinen Zeitung", 1883, Nr. 172—176.

2) Brandenburg-Preußen auf der Westküste von Afrika, 1683—1721, herausgegeben vom Großen Generalstab, Berlin 1885.

Digitized by Google

Holländer, die wiederholt brandenburgische Handelsschiffe einfach fortnahmen[1]), ohne daß eine Möglichkeit bestand, sich gegen solche Übergriffe nachdrücklich zur Wehr zu setzen, ließ es dem König geraten erscheinen, auf allen Ehrgeiz zur See und in Übersee zu verzichten und sich ganz der Schlagfertigkeit des Heeres zu widmen. Am 22. November 1717 wurde das stolze Kolonialwerk des Großen Kurfürsten durch Verkauf der brandenburgischen Kolonien an Holland für 72 000 Dukaten sang- und klanglos zu Grabe getragen.[2]) Ein fast tragisches Verhängnis fügte es, daß sehr bald hinterher der Lieblingstraum des Großen Kurfürsten, dessen Verwirklichung ihm versagt blieb, fast von selbst in Erfüllung ging: im Stockholmer Frieden erwarb Preußen gegen Zahlung von 2 Mill. Talern Vorpommern und erhielt somit endlich eigene Seehäfen, darunter als wichtigsten Stettin, so daß es nunmehr in der Lage gewesen wäre, Kolonialpolitik unter Anlehnung an preußische Häfen zu treiben. Nun aber war es zu spät! — Lehrreich für die schon damals den Schwarzen beigebrachte „preußische Staatsgesinnung" war es immerhin, daß die Holländer erst i. J. 1725 in der Lage waren, sich in den Besitz des acht Jahre zuvor gekauften Groß-Friedrichsburg zu setzen, da der Negerhäuptling Jean Cuney das Fort für Preußen hartnäckig und erfolgreich verteidigte, obwohl er von Berlin gar keinen Auftrag dazu hatte.

Es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß schon vor dem Großen Kurfürsten, dessen großes koloniales Verständnis gar nicht genug bewundert werden kann, ein anderer deutscher Fürst den Plan deutscher Kolonien erörtert hatte. Graf Friedrich Kasimir von Hanau plante i. J. 1669, unter Anlehnung an die Niederländisch-Westindische Kompagnie, eine deutsche Siedlungskolonie in Guyana ins Leben zu rufen, doch gelang die Verwirklichung nicht. Bemerkenswert war aber der fast pathetische Aufruf des Grafen an die deutschen Stämme, bei der Aufteilung der überseeischen Welt nicht im Hintergrunde stehen zu bleiben. Von Frankfurt aus veröffentlichte er ein Manifest, in dem es u. a. hieß:[3])

„Wolauf denn, dapfere Teutsche, machet, daß man in der Mapp neben Neu-Spanien, Neu-Frankreich, Neu-Engelland auch ins Künftige Neu-Teutschland finde."

Die Geschichte gab dem Aufruf erst über 200 Jahre später Folge. — —

3. Die politischen Reibungsflächen in den Kolonien.

Vom Ende des 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts spielten sich die wichtigsten kolonialen Ereignisse im wesentlichen unter englischer und französischer Flagge ab. Man kann sagen, daß sich rund 300 Jahre lang England und Frankreich in ihren Kolonien in einem nahezu unausgesetzten, nur durch kurze Pausen unterbrochenen Kriegszustand gegenüberstanden. Vom Jahre 1614 an, in dem die englischen Kolonisten in

1) Vgl. R. Hennig, Die brandenburgische Kolonialpolitik im 17. Jahrhundert; in der Deutschen Kolonial-Zeitung, 1918, S. 71.

2) Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk, S. 247.

3) Handelmann, Geschichte von Brasilien, S. 620. Berlin 1860.

Digitized by Google

Virginien die zehn Jahre zuvor begründete französische Kolonie Port Royal (Annapolis) an der Fundybai ohne Kriegserklärung überfielen und zerstörten, bis zur Erzwingung des französischen Rückzugs aus Faschoda durch Lord Kitchener (10. Dezember 1898) und zum französisch-englischen Afrika-Abkommen vom 8. April 1904 ist dieser Kolonialkrieg zwischen beiden Nationen bald offen, bald versteckt, bald erbittert, bald lau fast ohne Pause geführt worden. Ihn in seinen wechselnden Phasen zu verfolgen, ist hier nicht der Ort, da es im vorliegenden Zusammenhang nur darauf ankommen kann, die wachsende Bedeutung der kolonialen Betätigung im staatlichen Leben in kurzen Stichproben zu schildern. Keine Nation hat früher und gründlicher den kolonialen Gedanken in seinem ganzen Ausmaß erfaßt als England, das seine Kriege mit europäischen Nationen immer häufiger in den Kolonien und auf der See auszufechten strebte und das europäische Festland — abgesehen von Höchstädt und Waterloo — immer nur als Nebenkriegsschauplatz ansah. Am deutlichsten war dies während des Siebenjährigen Krieges der Fall, dessen eigentliche weltgeschichtliche Entscheidungen nicht auf den preußischen, sächsischen und böhmischen, sondern auf den kanadischen Schlachtfeldern fielen. Die glanzvollen Taten des Großen Friedrich lassen leicht den irrigen Eindruck entstehen, als habe es sich hier in erster Linie um einen preußischen Krieg wegen des endgültigen Besitzes Schlesiens gehandelt. In Wahrheit lag der Schlüssel zum Siebenjährigen Krieg, wie schon Ranke richtig erkannte, in den Urwäldern Nordamerikas, und Supan nennt ihn nicht minder treffend einen „Weltbrand, anscheinend wegen des oberen Ohiotales".[1]) In Amerika war der Krieg schon 1755 ausgebrochen, wenngleich Englands offizielle Kriegserklärung an Frankreich erst am 17. Mai 1756, ein Vierteljahr vor dem Ausbruch des preußischen Krieges gegen Sachsen und Österreich (29. August 1756), erfolgte. Mochten auch die amerikanischen Waffentaten an Glanz und Weltberühmtheit den Taten von Roßbach, Leuthen und Zorndorf nicht annähernd gleichkommen, so hatte doch keine der Schlachten Friedrichs des Großen so entscheidende weltgeschichtliche Bedeutung wie der englische Sieg bei Quebec (13. September 1759) über die Franzosen, der den Briten Kanada in die Hände spielte, oder der schon vorher, fast auf den Tag genau gleichzeitig mit den Schlachten bei Kollin und Hastenbeck errungene Sieg Lord Clives bei Plassey (23. Juni 1757), der endgültig Englands Herrschaft über Indien besiegelte. Am europäischen Kriege beteiligte sich England nur durch Subsidienzahlungen und einige Hilfskorps, die bei Hastenbeck, Krefeld und Minden mitwirkten, die eigentlichen kriegerischen Entscheidungen aber suchte es durchaus in den Kolonien. Hier allein holte es sich auch seine Siegespreise, und es vermochte dabei seine Ziele um so höher zu stecken, als, wie Supan sagt[2]), „die Siege Friedrichs des Großen den Engländern die Möglichkeit gewährten,

1) A. a. O. (Europ. Kolonien), S. 129. 2) A. a. O., S. 133.

Digitized by Google

ihre Siege in den Kolonien voll auszunutzen und Frankreich und Spanien den Frieden zu diktieren."

Der Pariser Frieden, der, fünf Tage vor dem Hubertusburger, am 10. Februar 1763 geschlossen wurde, ließ Kanada und Akadien mit Kap Bréton, Grenada mit den Grenadinen sowie das französische Senegalgebiet mit Ausnahme der Insel Gorée aus französischem in englischen Besitz übergehen. Dazu mußte Spanien sein französisches Bündnis mit dem Verluste Floridas und seiner sonstigen festländischen Besitzungen östlich des Mississippi bezahlen. Da Frankreich den ihm verbliebenen Besitz auf dem nordamerikanischen Festland, West-Louisana und die Mississippi-Mündung mit New-Orleans, in einem Geheimvertrag schon am 3. November 1762 an Spanien abgetreten hatte (was sich freilich erst 1769 praktisch auswirkte), war Frankreich, das noch 1754 unter allen Nationen die räumlich ausgedehntesten Kolonien in Nordamerika besessen hatte, jetzt so gut wie völlig aus diesem Erdteil verdrängt. Lediglich die beiden Inselchen St. Pierre und Miquelon bei Neufundland behielt es als Fischereistationen aus dem großen Zusammenbruch und hat sie bis zum heutigen Tag (neuerdings auch als Kabelstützpunkt) im Besitz, darf aber keine Befestigungen daselbst errichten und kein Militär (außer einer kleinen Polizeiwache) unterhalten. Auch diese kleine territoriale Vergünstigung sollen die Franzosen übrigens nur durch Bestechung des englischen Premiers Lord Bute erreicht haben. Mit Recht äußert sich Supan über dieses Ergebnis französischen Ehrgeizes:

„So lange Frankreich zwei Ziele verfolgte: Herrschaft in Europa und Herrschaft über See, mußte es in dem einen oder anderen Schiffbruch leiden, denn für die Doppelrolle ist kein Volk stark genug. Großbritannien war durch seine Insularität vor kontinentalem Ehrgeiz bewahrt."

Frankreich hatte durch den 1763er Frieden alle seine eigentlichen Siedlungskolonien verloren. England war die erste Kolonialmacht der Welt geworden und ist es bis heute geblieben. Es hatte durch den Siebenjährigen Krieg gelernt, daß die Kriegführung gegen europäische Gegner in den Kolonien nicht nur ungefährlicher und sicherer, sondern auch einträglicher als in Europa selbst ist, und es zog aus dieser Erkenntnis die entsprechenden Folgerungen vor allem in seiner vorläufig letzten und schwersten kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich in dem 22jährigen, wütenden Ringen von 1793 bis 1815, das nur ein Jahr lang (vom 27. März 1802 bis zum 12. Mai 1803) von einer kurzen Friedenspause unterbrochen wurde. Schon vorher, während des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges, hatten die Briten Hollands Beitritt zum nordischen Bunde der bewaffneten Neutralität als willkommenen Anlaß benutzt, dem mit Kolonien reich gesegneten Holland im Dezember 1780 den Krieg zu erklären und nun unter den niederländischen Kolonien gründlich aufräumen. Während es bezeichnenderweise in Europa zu irgendwelchen Kriegshandlungen von Belang zwischen England und Holland überhaupt nicht kam, nahmen die Engländer ihren Feinden das westliche Sumatra und Ceylon, Negapatam

Digitized by Google

in Vorderindien, St. Eustatius in Westindien, Demerara, Essequibo und Berbico in Guyana ab. Den größeren Teil dieser Eroberungen mußte zwar England im Pariser Frieden am 20. Mai 1784 — vorläufig! — noch einmal herausgeben, aber es behielt Negapatam, den letzten holländischen Stützpunkt in Vorderindien, auf den es ihm besonders angekommen war.

Sozusagen „reinen Tisch" mit dem Kolonialbesitz seiner Mitbewerber machte England jedoch erst in dem schon genannten Zeitraum von 1793 bis 1815. Und zwar sammelte es gewissermaßen Kolonien, wo es sie finden konnte, denn nicht nur seinem Todfeind Frankreich nahm es nach und nach ziemlich alle seine Kolonien fort, sondern auch überseeische Besitzungen seiner eigenen militärischen Bundesgenossen und dazu einiger neutral gebliebener Mächte verleibte es sich ein. Wohl wurde in diesem wirklichen Kampf auf Tod und Leben England genötigt, sich auch in und um Europa mit ganzer Kraft für die Niederringung Frankreichs einzusetzen, mehrfach Entscheidungen zur See zu suchen, und schließlich sogar auf dem Lande mehrere Jahre lang am Kampf gegen Napoleon in Portugal und Spanien, Südfrankreich und Belgien mit großer Energie teilzunehmen. Aber der Schwerpunkt der englischen Kriegführung lag doch ausgesprochen wieder in den Kolonien. Die französischen Besitzungen in Ost- und Westindien, Madagaskar, Réunion, Ile de France wurden fortgenommen, dazu das von Napoleon auf seinem Ägyptenzuge durch Handstreich eroberte Malta. Als das mit England anfänglich verbündete Holland 1795 von den Franzosen völlig erobert worden war, wurde es von England unter dem Vorgeben, es sei nun feindlicher Boden geworden, als Kriegsgegner behandelt, ebenso Spanien, weil es ohne Englands Erlaubnis vorzeitig 1795 mit Frankreich den Baseler Frieden geschlossen hatte. Die holländischen Kolonien in West-Sumatra, Java, Malakka, Ceylon, Kapland, Guyana sowie das spanische Trinidad wurden, vielfach ohne Schwertstreich, von den Engländern besetzt, 1806 sogar das spanische Buenos Aires. Als Rußland, Preußen und die skandinavischen Staaten 1800 einen Bund bewaffneter Neutralität schlossen, erklärte England dies als feindlichen Akt, für den es einseitig Dänemark, als einzigen größeren Kolonialstaat darunter, büßen ließ: Kopenhagen wurde zweimal (2. April 1801 und 2.—5. September 1807) bombardiert, die dänischen Besitzungen in Ost- und Westindien fortgenommen, dazu auch Helgoland, während Island für ein selbständiges und mit England „befreundetes" Land erklärt wurde. Schweden, das dem englischen Zugriff mehr entzogen war, wurde von England durch Besetzung seiner einzigen Kolonie bestraft, der Antilleninsel St. Barthélémy, die es 1784 den Franzosen abgekauft hatte. Als die Napoleonische Episode sich ihrem Ende zuneigte, gab es außer Grönland, den Färöern und Jungfer-Inseln, die den Dänen verblieben waren, sowie dem russischen Küstenbesitz in Nordwestamerika und nur noch englische, spanische und portugiesische Kolonien auf der Erde!

Digitized by Google

Die Friedensschlüsse von 1814 und 1815 haben zwar diesen Zustand in weitgehendem Maße revidiert. Den größeren Teil seiner kolonialen Eroberungen gab England wieder heraus, aber die wertvollsten Teile davon behielt es endgültig, darunter so hohe Werte wie Helgoland, Malta, Ceylon, Cochin in Vorderindien, Bernagore bei Kalkutta, das Kapland, Mauritius, Sta. Lucia, Tobago, die Seychellen, die wichtigsten holländischen Besitzungen in West-Guyana. Um jede Möglichkeit zur Befreiung des auf der steilen und schwer zugänglichen Atlantischen Insel gefangen gehaltenen Napoleon I. zu vereiteln, nahm England ferner nicht nur St. Helena selber in Besitz, das seit 1651 der Englisch-Ostindischen Kompagnie gehört hatte, nachdem es vorher holländisch gewesen war, sondern auch die vorher herrenlosen, im Süd-Atlantik einsam gelegenen Inseln Ascension und Tristan d'Acunha. — England war, seit Trafalgar, nicht nur die weitaus erste Seemacht der Welt, sondern auch die einzige Kolonialmacht von überragender Bedeutung geworden.

4. Staatliches Eigenleben und Großjährigkeit der Kolonien.

Inzwischen freilich war auch schon der erste schwere Rückschlag in dieser glanzvollen Entwicklung eingetreten, mit dem eine völlig neue, noch heute in den Anfängen steckende Epoche der Kolonialpolitik begann. Die ersten Kolonien hatten sich in hartem Kampfe mit dem Mutterland die staatliche Selbständigkeit errungen. Turgot hatte schon i. J. 1750 prophezeit:

„Kolonien sind wie Früchte, die nur so lange an den Bäumen festhalten, bis sie reif sind."

England hatte i. J. 1763 den geopolitisch schweren Fehler begangen, durch Aneignung der französischen Festlandsbesitzungen in Nordamerika die Neuengland-Staaten von einem gefährlichen, äußeren Feind zu befreien und — dadurch ihren Wunsch nach noch weiterer Freiheit selber großgezogen! Die Vereinigten Staaten wurden großjährig und völlig unabhängig, England verlor seine wertvollste amerikanische Kolonie! Weiterhin legte der zu Frankreich gehörige Teil von Haiti, wo etwa 27000 Weiße 405000 Negersklaven gegenüberstanden, die von Paris gepredigten Menschenrechte in seinem Sinne aus und schüttelte in langdauernden Kämpfen von 1791 bis 1804 die Fremdherrschaft ab.

Und dann brauste durch die gesamten spanischen Festlandskolonien (14,7 Mill. qkm Umfang[1]) in Amerika ein revolutionärer Sturm, der dem ganzen kontinentalen Latein-Amerika spanischer Zunge von 1810—1824 zur staatlichen Selbständigkeit verhalf. Im Gegensatz zu den unabhängig gewordenen Ländern der angelsächsischen Nation fanden sich jedoch in Mittel- und Südamerika die befreiten Gebiete nicht zu einem Vereinigten Staaten-Bund zusammen, sondern zerfielen in eine große Zahl von einzelnen, oft miteinander in Fehde liegenden Staaten, und zumal in Zen-

1) Supan, a. a. O., S. 151.

Digitized by Google

tralamerika bildeten sich geradezu Duodezstaaten aus, deren politische Aktionsfähigkeit obendrein durch fast unablässige revolutionäre Zukkungen bis auf den heutigen Tag mehr als bescheiden geblieben ist.

Die inneren Erschütterungen, an denen die befreiten amerikanischen Länder während des ganzen vorigen Jahrhunderts zu leiden hatten, waren in erheblichem Umfang durch die allmähliche Abschaffung der Sklaverei mitbedingt worden, die in keinem anderen Erdteil so viele und schwere staatliche Gefahren heraufbeschwor wie in Amerika. Selbst die starken und innerstaatlich gefestigten Vereinigten Staaten sind ja durch dieses Problem zeitweise an den Rand des Verderbens geführt und in die nächste Nähe des staatlichen Zerfalls gebracht worden. Das Verdienst, gegen die Kulturschmach der Sklaverei zuerst und am energischsten und zähesten Front gemacht zu haben, gebührt unstreitig den Engländern, und es wäre ungerecht, wenn man bestreiten wollte, daß sie in hohem Maße durch ethische, ideale Motive zu ihrer Haltung veranlaßt wurden. Andrerseits ist nicht zu verkennen, daß für sie der grundsätzliche Kampf gegen die Sklaverei damals auch politisch ein gutes Geschäft war. In den britischen Kolonien war die Sklaverei von wesentlich geringerer Bedeutung als in den französischen, spanischen, portugiesischen usw. England war auch am ehesten in der Lage, für den einträglichen Sklavenhandel andere Handelsbeziehungen als Ersatz eintreten zu lassen, ohne daß sein Wohlstand geschädigt wurde. Dagegen mußten die kolonialen Wettbewerber Englands durch eine Erschwerung und moralische Unterbindung der Sklavenhaltung sowohl in ihren merkantilen Interessen wie in der Zuverlässigkeit ihrer kolonialen Besitzungen empfindlichst geschädigt werden, und diese praktische Wirkung hat wohl kaum weniger lebhaft auf Englands Bekehrung zur Antisklaverei Einfluß gehabt als die rein ethischen Motive einer moderneren Auffassung von Menschenrechten und Menschenwürde. Die Abschaffung der Sklaverei, ging nur sehr langsam vor sich — im letzten amerikanischen Land, Brasilien, erfolgte sie erst 1888, im britischen Sierra Leone erst 1927, und auch heute noch gibt es fast 4½ Mill. Sklaven in der Welt, darunter die Mehrzahl seltsamerweise in britischen Kolonien! Daß sie Englands politischer und wirtschaftlicher Stellung in der Welt recht sehr dienlich war, ist jedenfalls kaum in Abrede zu stellen. Im übrigen war die Abschaffung der Sklaverei nicht allen Ländern ausnahmslos ein Segen. Haiti und San Domingo z. B. sind durch die Sklavenbefreiung und die damit verbundene Vertreibung und Ermordung der meisten Weißen in ihrem Wohlstand und ihrer Kultur in fürchterlicher Weise zurückgeschleudert worden und weisen noch heute alle Anzeichen staatlicher Minderwertigkeit auf.

Der Hauptgrund, warum im Laufe von nur einem halben Jahrhundert (1776—1824) den europäischen Staaten über die Hälfte ihres damaligen Koloniallandes verloren ging, war darin zu suchen, daß die Mutterländer die Töchter allzu lange gegängelt und bevormundet hatten. Der Kolonist, der nach Übersee auswandert, wünscht im allgemeinen, nach einem tref-

Digitized by Google

fenden Wort von Artur Dix[1]), möglichst viel Land und möglichst wenig Staat. Sein Volkstum nimmt der Kolonist fast immer mit, wacht eifrig darüber und hat in fremder Umgebung oft ungleich mehr Verständnis für dessen Wert als in der Heimat, doch an seiner Nationalität, am Verbundensein mit dem Mutterstaat geht ihm bei langer Abwesenheit das Interesse in der Regel verloren. Er bewahrt dem Heimatsstaat vielleicht ein freundliches Gedenken, wünscht aber auch in den Kolonien nicht, daß ihm heimische Behörden in seine Sachen hineinreden und hineinregieren. Ernstere Mißgriffe der Regierung des Mutterlandes können sich in überseeischen Gebieten leichter als in der Heimat unheilvoll auswirken.

England, der eigentliche und hauptsächliche Sieger in all den schweren Kämpfen um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, hatte aus dem Unabhängigkeitskrieg seiner Neuengland-Staaten die geopolitische Erkenntnis gewonnen, daß man auch mündig gewordenen Tochterstaaten die Großjährigkeit nicht allzu lange vorenthalten darf. Es zog aus dieser Erkenntnis die einzig mögliche Folge mit einem wahren Meisterstück von großzügiger Staatskunst, indem es den großjährig gewordenen Kolonien freiwillig die Autonomie gewährte, und hat es diesem klugen Verhalten zu danken, daß aus seinem riesigen und immer noch wachsenden kolonialen Imperium bis heute kein anderer Pfeiler mehr herausgebrochen ist.

Viel hätte ja gegen Ende der 30er Jahre nicht gefehlt, daß auch Kanada den Weg der Neuenglandstaaten gegangen wäre. Es kam 1837 zum Aufstand gegen die britische Herrschaft (vgl. S. 167). In Montreal gab es bis 1841 wiederholt schwere Unruhen, eine Reihe von Gefechten fand zwischen Insurgenten und englischen Truppen statt, 1838 war es nahe daran, daß die Vereinigten Staaten zugunsten Kanadas in den Krieg eingriffen. Aber es gelang den Engländern, wenn auch mit Mühe, ihre Stellung am St. Lorenzstrom zu behaupten, und durch die Verleihung der Selbstverwaltung an die Provinzen Quebec und Ontario 1841, an Neubraunschweig und Neuschottland 1847, an die Prince Edwards-Insel 1851, an Neufundland 1855 haben sie das nördliche Nordamerika zum freiwilligen Verharren im Rahmen des britischen Weltreichs veranlaßt, in so hohem Maße, daß Kanada aus eigenem Entschluß dem Mutterland im Burenkrieg 1899—1902 und im Deutschen Krieg 1914—1918 Hilfe leistete, obwohl es von diesen kriegerischen Auseinandersetzungen überhaupt nicht berührt wurde. Die mit der Autonomie bedachten, einzelnen kanadischen Staaten haben sich bekanntlich in der Folge, nach dem Muster des südlichen Nachbarstaates, zumeist zu einem Staatenbund Kanada zusammengeschlossen, zunächst 1867 Neuschottland und Neubraunschweig einerseits, Columbia und Vancouver andererseits, dann 1871 die gesamten Festlandstaaten, denen die Prince Edwards-Insel 1873 ebenfalls beitrat. Außerhalb des Staatenbundes ist, bis zur Gegenwart, lediglich Neufundland geblieben, das ein mit Selbstverwaltung ausgestattetes Dominium für sich bildet.

1) A. a. O., S. 131.

Digitized by Google

Auch die anderen Kolonien Englands, soweit sie eine zahlenmäßig oder einflußmäßig überwiegende weiße Bevölkerung hatten, wurden nach und nach mit dem Recht der Selbstverwaltung ausgestattet, so Neusüdwales und Victoria 1855, Südaustralien, Tasmanien und Neuseeland 1856, Queensland 1859, die Kapkolonie 1872, Westaustralien 1890, Natal 1893 und die soeben erst eroberten Burenstaaten, unter Vereinigung mit dem übrigen Südafrika, 1906 bzw. 1910. Auf diese kluge Weise vermied England eine Wiederholung der Ereignisse von 1776—1783 und machte die koloniale Prophezeiung Napoleons I.[1]) zunichte:

„Wenn die Kinder groß werden, so gründen sie ihren gesonderten Haushalt."

Alle neuen Staaten blieben freiwillig im großen Hause der Mutter wohnen, konnten nach Gefallen ihren eigenen Haushalt führen und dennoch, gegen eine nur geringe Einengung der eigenen Bewegungsfreiheit, sehr große Vorteile in Kauf nehmen. Um im Bilde zu bleiben, kann man sagen, daß sie „keine Miete" zu zahlen brauchten, denn sie sparten fast gänzlich die gewaltigen Kosten der Landesverteidigung, die Ausgaben für ein großes stehendes Heer und eine starke Kriegsflotte, weil das Mutterland ihnen seinen kraftvollen Schutz gewährte, zu dessen militärischen „Haushaltungskosten" sie einen nur verschwindend kleinen Beitrag beizusteuern brauchten.

Die australischen Staaten schlossen sich 1901 zum Staatenbund (Commonwealth) zusammen, der anfangs aus fünf Staaten bestand, gegenwärtig aus sieben. Die südafrikanischen Länder Englands folgten dem Beispiel und bilden seit 1910 die „Südafrikanische Union". Dominions sind daher zurzeit nur Kanada, Neufundland, Südafrika, Australien (mit Tasmanien) und Neuseeland. Zu ihnen gesellt sich als sechster mit Selbstverwaltung ausgestatteter Staat Irland, das nach jahrhundertelangen, erbitterten Kämpfen und grausamster Unterdrückung durch England endlich am 6. Dezember 1921 das heiß ersehnte Home rule bewilligt erhalten hat. Die britisch gesinnte und stark von Briten bewohnte, auch religiös vom übrigen Irland getrennte Provinz Ulster bildet allerdings noch einen schmerzenden Pfahl im Fleische des irischen Freistaates und ist staatlich von ihm geschieden.

Bis 1926 wurden wenigstens die außenpolitischen Beziehungen der Dominions noch einheitlich von London geleitet, während sie innerpolitisch freie Hand hatten zu tun und zu lassen, was sie wollten. Auch diese Beschränkung wollten sich dann jedoch einzelne Staaten, so vor allem Kanada, Südafrika und Irland, nicht mehr gefallen lassen: sie forderten für sich das Recht, auch ihre Außenpolitik, ja, sogar ihr Verhalten im Falle neuer kriegerischer Verwicklungen des Mutterlandes ausschließlich nach ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen einzurichten, auch eigene Gesandtschaften bei fremden Staaten und fremde Gesandtschaften bei sich zu unterhalten. Und selbst diese letzte und äußerste Konsequenz

1) Conte de Las Cases, Mémorial de Sainte-Hélène, Bd. III, S. 63. Brüssel 1822.

Digitized by Google

der staatlichen Selbstbestimmung hat ihnen England schließlich, wenn auch nicht leichten Herzens, zugestanden und damit allerdings so viel getan, daß nun zu tun nichts mehr übrig bleibt. Die Londoner Reichskonferenz im Spätherbst 1926 hat die letzten, geringen Schranken staatlichen Eigenlebens der Dominions aus dem Wege geräumt: seit dem 19. November 1926 sind die Dominions samt Irland nur noch durch Personalunion mit Großbritannien verbunden, ähnlich wie Norwegen und Schweden von 1814 bis 1905 oder Dänemark und Island seit 1918. Bis zum genannten Tage war der englische König Georg V. das staatliche Oberhaupt des „Vereinigten Königreichs von Großbritannien, Irland und den Dominions". Dieses United Kingdom gibt es seit dem 19. November 1926 nicht mehr; heute ist der König das Oberhaupt jedes einzelnen Staates. Irland hat sogar einen Staatspräsidenten und einen König, ist also gleichzeitig Republik und Monarchie, wie es vor dem Kriege ja auch Hamburg, Bremen und Lübeck im Rahmen des Deutschen Kaiserreiches waren. England ist nur noch primus inter pares; der siebenfache König Georg, der überdies noch Kaiser von Indien ist, wird von sieben verschiedenen Ministerien beraten, die teils konservativ, teils liberal, teils sozialistisch gesinnt sind. Wie lange diese letzte und größte Neuerung sich bewährt, muß abgewartet werden. Daß sie zunächst die Monarchie in England auf nicht absehbare Zeit fest verankert hat, ist nicht zu verkennen, denn sie ist das letzte Band, das England und seine Dominions noch zusammenhält. Bezeichnend ist, daß die Nationalistische Partei in Südafrika neuerdings den Art. 4 ihres Programms, der die volle Selbständigkeit Südafrikas forderte, gestrichen hat, da dieses Ziel seit dem 19. November 1926 schon erreicht sei!

Daß auch jetzt ein starker Anreiz für die britischen Tochterstaaten besteht, den losen Zusammenhang mit dem Mutterland beizubehalten, ist nach dem oben Gesagten nicht zu bestreiten. Wie lange freilich dieser Anreiz wirksam genug ist, um dem schwachen Bund Festigkeit zu verleihen, ist nicht vorherzusagen. In Südafrika, wo schon jetzt der Kampf um die eigene Flagge ging, die keinerlei Anklang mehr an den Union Jack aufweisen sollte, und wo der Premier General Hertzog 1928 bekannt gegeben hat, das Land werde nur noch britische Generalgouverneure südafrikanischer Herkunft dulden, außer wenn es sich um Mitglieder der königlichen Familie handle, sowie in Irland, wo die Stimmung durch die jahrhundertelange Knechtung recht englandfeindlich ist, kann der kleinste Anstoß genügen, um den mündig gewordenen, selbstbewußten Staat in einer politisch schwierigen Lage einmal völlig aus der Reihe tanzen und dem Mutterland den Absagebrief schreiben zu lassen. Seinen überseeischen Dominions gegenüber würde England in einem solchen Fall durchaus macht- und wehrlos sein. Wenn nicht alles täuscht, wird die Welt in den nächsten Jahrzehnten, vielleicht sogar mehr als einmal, das Schauspiel erleben, daß sich derselbe Prozeß, der vor 1½ Jahrhunderten einen siebenjährigen schweren Krieg erforderlich machte, sich genau ebenso in Gestalt der Absendung einer einzigen diplomatischen Note abspielt. Wer dergleichen für

Digitized by Google

unwahrscheinlich hält, mag bedenken, daß in Australien schon Ende 1884 dem englischen Mutterlande mit dem Abfall gedroht wurde, als Deutschland zu Anfang November seine Flagge im Bismarckarchipel gehißt hatte, wo sich die Plantagenbesitzer Queenslands bis dahin, mit mehr oder minder starkem Zwang, billige Arbeitskräfte zu beschaffen gewohnt waren. Ebenso setzte die Kenya-Kolonie vor einigen Jahren, als England die Gleichberechtigung der farbigen mit den weißen Farmern verkünden wollte, durch offene Drohung mit dem bewaffneten Abfall beim Mutterland die Zurückziehung der Vorlage vorläufig durch. Weiter haben im Herbst 1922 die Dominions ihre Mitwirkung verweigert, als England gegenüber den ungeberdigen Angora-Türken eine Flottendemonstration zum „Schutze der Neutralität" der Meerengen plante. — Seit dem 19. November 1926 besteht das „britische Weltreich" nur noch bedingt, und man wird Kjellén recht geben müssen, wenn er sagt,[1]) über dem britischen Imperium liege „der Schatten des babylonischen Turms".

Ein weiteres Beispiel des Großjährigwerdens bietet uns die bis 1918 dänische Kolonie Island. Diese Insel, die ja freilich im Mittelalter schon einmal ein selbständiger Staat gewesen war (bis 1265), ist seit dem Bundesgesetz vom 30. November 1918 als ein eigner Staat nach Art der britischen Dominions von 1926 zu betrachten: noch wird seine Außenpolitik von Kopenhagen geleitet, noch ist der dänische König zugleich König von Island; sonst aber genießt die Insel Selbstverwaltung. Innerhalb der nur 100000 Köpfe starken Bevölkerung ist zudem eine sehr starke Bewegung im Gange, bei der zu erwartenden Neuregelung des staatlichen Verhältnisses zu Dänemark i. J. 1940 die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit als Republik Island zu fordern.

5. Verknappung des verfügbaren Kolonialraumes.

Im 19. Jahrhundert konnte noch neue Kolonisationstätigkeit in fast unbegrenzt großem Umfange stattfinden. England selbst vergrößerte sein britisches Weltreich mehr denn in irgend einem vergangenen Jahrhundert, so daß schon Ende der 60er Jahre das Wort geprägt werden konnte: „The world is rapidly becoming english". Frankreich, das beim Sturze des ersten Napoleon eigene Kolonien so gut wie überhaupt nicht mehr besaß, konnte sich dennoch aus noch unverteiltem Überseegebiet seit 1830 ein neues Kolonialreich zimmern, das zurzeit an Größe alle anderen, außer dem britischen, ganz bedeutend übertrifft. Als freilich die Vereinigten Staaten 1867 bzw. 1898 und Deutschland 1884 in die Reihe der Kolonialmächte eintraten, waren die besten Bissen schon verteilt und „die Welt weggegeben", wie in Schillers Gedicht von der „Teilung der Erde". Trotzdem war die Auswahl bei dem großen Inventurausverkauf noch reichlich genug, und als Deutschlands größter Staatsmann, der lange

1) Die Großmächte und die Weltkrise, S. 108.

Digitized by Google

von Kolonien gar nichts hatte wissen wollen[1]), sich — leider etwas spät! — 1884 zu deutscher Kolonial- und Schiffahrtspolitik bekehrte, konnten er und seine Mitarbeiter in wenigen Monaten doch noch in recht verschiedenen, herrenlosen Teilen der Erde die deutsche Flagge entfalten. Vom 24. April 1884, dem Geburtstage der deutschen Kolonien, bis zum 6. April 1886 wurden deutsche Besitzungen in Südwestafrika, Togo, Kamerun, Ostafrika, in Neuguinea, Kaiser Wilhelmland, im Bismarckarchipel, auf den Marshall-Inseln und Karolinen, in der Salomo-Inselgruppe und auf Nauru ins Leben gerufen, denen bekanntlich 1897—1899 noch weitere deutsche Kolonien in Schantung, auf den Marianen-, Karolinen-, Palau-Inseln sowie in der Samoa-Gruppe folgten.

Deutschlands Eintritt unter die Kolonialmächte bewirkte freilich, daß England und Frankreich sich nach Möglichkeit beeilten, die noch herrenlosen und unabhängigen Gebiete in Afrika, Südostasien und der Südsee weitgehend unter sich aufzuteilen, und schon etwa um die Jahrhundertwende konnte man bereits von einer ausgesprochenen Knappheit an noch verfügbarem, neuen Kolonialland sprechen.

Im großen und ganzen kann man heute 6 Formen von Kolonien unterscheiden:

1. Handelskolonien, anfänglich oft im Besitz großer Handelsgesellschaften (die Ostindischen Kompagnien, die Hudsonbai- und Russisch-Amerikanische Kompagnie usw.), später durchweg von den Regierungen übernommen;
2. Ausbeutungskolonien ohne Fürsorge für das Land und seine Bewohner, wie es anfänglich die Gewürzinseln, die spanischen Kolonien in Amerika und fast alle (nur für den Sklavenhandel errichteten) europäischen Niederlassungen in Afrika etwa bis zum Jahre 1800 waren;
3. Siedlungskolonien, um auswandernden Landeskindern in Übersee die Möglichkeit des Verbleibens im Staatsverband zu geben;
4. Pflanzungskolonien zur Ermöglichung einer zollfreien Gewinnung von Kolonialwaren auf eigenem Grund und Boden;
5. Strafkolonien zur Isolierung von Verbrechern, wie es Cayenne für Frankreich ist und früher Australien für England, Sibirien und Sachalin für Rußland, die Osterinsel für Chile, die Galapagos für Ecuador waren usw.;
6. Relaiskolonien als Stützpunkte der Flotte (Gibraltar und Malta, Periminseln usw.), der nationalen Seekabelstränge (Guam für Amerika), der Fischereiinteressen (Miquelon und St. Pierre für Frankreich, Bouvet-Insel für Norwegen).

Wenn verhältnismäßig schnell ein Überfluß an verfügbarem Kolonialland sich in das Gegenteil umwandelte und ungefähr seit den 80er Jahren

1) Als in den 60er Jahren die Rheinische Mission im Damara- und Namaland dort die preußische Flagge hißte und als 1874 der Sultan von Sansibar sich unter deutschen Schutz stellen wollte, ging Bismarck nicht darauf ein.

Digitized by Google

sozusagen die Nachfrage nach Kolonien die Vorräte überstieg, so waren verschiedene Umstände daran schuld. Verhältnismäßig rasch hintereinander wurden ganze Erdteile der Möglichkeit, neue Kolonien zu begründen, entzogen. Noch gibt es ja zwar aus älteren Zeiten ein paar Kolonien sogar innerhalb Europas: Gibraltar und Malta, allenfalls auch noch die Färöer. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß neue koloniale Stützpunkte auf europäischem Boden geschaffen werden können, wie es noch vor etwa mehr als hundert Jahren der Fall war, als die Engländer 1713—1782 auch Herren von Menorca, 1807—1890 von Helgoland und 1815—1863 Protektoren des auf dem Wiener Kongreß neugeschaffenen „Königreichs der Ionischen Inseln" waren. Allenfalls könnte Zara als „italienisches Gibraltar" im jugoslawischen Gebiet angesprochen werden.

Als die spanischen Kolonien Amerikas sich ihre Freiheit schon fast erkämpft hatten und einige europäische Regierungen, aus legitimistischen Tendenzen heraus, Miene machten, den Spaniern bei der Unterdrückung des Aufstandes zu helfen, proklamierte der Präsident der Vereinigten Staaten Monroe am 2. Dezember 1823 jene nach ihm benannte, berühmte Doktrin, die, ursprünglich ganz anders und viel harmloser gemeint, seither stets in dem Sinne ausgelegt und angewandt worden ist, daß jede Neueinmischung europäischer Staaten in amerikanische Verhältnisse grundsätzlich untersagt sein sollte. Zwar war die Monroedoktrin eine ganz einseitige Auslassung, an die die andren Mächte staatsrechtlich so wenig gebunden waren, daß England in einer Denkschrift vom 2. Mai 1854 ausdrücklich feststellte, es könne „diese Doktrin nicht als ein internationales Axiom zulassen, das das Verhalten europäischer Staaten regeln soll". Die Vereinigten Staaten, die um 1850 zeitweilig entschlossen waren, es wegen der Anwendung der Monroedoktrin auf Nikaragua zum Kriege mit England kommen zu lassen (vgl. S. 252), setzten trotzdem ihren Willen durch, auch gegen Frankreich, als Napoleon III. die Wirren des nordamerikanischen Bürgerkrieges 1861—65 benutzte, um französische Truppen nach Mexiko zu senden und diesem Lande einen Herrscher aufzuzwingen, den es nicht haben wollte. Kaum war der Bürgerkrieg beendet, als die Vereinigten Staaten mit der Waffe der Monroedoktrin die schleunige Räumung Mexikos erzwangen, und der unglückliche, von Napoleon den Mexikanern aufgedrängte Kaiser Maximilian fiel unter den Kugeln seiner sogenannten Untertanen (19. Juni 1867), ein Opfer der Monroedoktrin! — Heute zweifelt kein Mensch mehr, daß Amerika als Gebiet für neue europäische Kolonien niemals wieder in Betracht kommen wird, wenn auch die Rückbildung des alten Kolonialbesitzes nur sehr langsam vor sich geht, denn bisher haben die Vereinigten Staaten nur Alaska 1867 durch Kauf, Kuba 1898 durch kriegerische Eroberung und die dänischen Antillen 1917 wieder durch Kauf aus den alten europäischen Kolonialbesitzungen in Amerika herausgebrochen. Dafür war die am 28. Februar 1928 von Argentinien im Völkerbund abgegebene Erklärung, die Monroe-

Digitized by Google

Doktrin sei lediglich eine „politische These der Ver. Staaten", durch die sich die andren amerikanischen Länder nicht gebunden fühlten, ein politischer Vorgang von größter Tragweite, dessen Folgen noch nicht zu übersehen sind. Dieses Löcken gegen den Stachel im eigenen Hause der U. S. A. wurde noch verschärft durch die (von Argentinien angeregte?) offizielle Anfrage Costaricas beim Völkerbund, was eigentlich unter der im Art. 21 der Völkerbundsatzungen erwähnten Monroedoktrin zu verstehen sei — eine Frage, so einfach und selbstverständlich, wie nur möglich, und dennoch sicher die heikelste, die der Genfer Versammlung bisher überhaupt vorgelegt worden ist. Aber antworten muß man darauf, da Costarica seine Rückkehr in den Völkerbund vom Ausfall der Erwiderung abhängig gemacht hat.

Noch ein dritter oder, wenn wir Nord- und Südamerika als zwei Erdteile auffassen, ein vierter Erdteil ist seit rund 100 Jahren jeder neuen europäischen Kolonialpolitik entzogen, nämlich Australien. Obwohl in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Briten auf diesem von Cook neuentdeckten (18. April 1770) Kontinent erst an wenigen Stellen, vornehmlich in Neusüdwales, „punktförmig" Fuß gefaßt hatten, genügte ein i. J. 1826 aufkommendes Gerücht, daß die Franzosen Niederlassungen in Australien gründen würden, um die britische Regierung zu veranlassen, durch den Kapitän Fremantle am 2. Mai 1829 den ganzen Erdteil für die englische Krone annektieren zu lassen. Auch haben sie bekanntlich ihren Willen bis heute in vollem Umfang durchgesetzt: Australien ist jeder anderen europäischen Kolonisation entzogen! Der weitergehende, auf dem Sydneyer Kolonialkonvent 1883 gemachte Versuch, im Interesse der billigen Arbeiterbeschaffung für Australien eine Monroedoktrin für die ganze Südsee zu verkünden, ist freilich gescheitert. Bismarck hat ihn einfach ignoriert, und England wagte ihm gegenüber nicht, dem Wunsch des Tochterstaates Geltung zu verschaffen, willigte vielmehr im April 1885 in die Teilung Neuguineas ein.

Es sind somit in den letzten 100 Jahren nur Asien, Afrika und Polynesien als Kolonisationsgebiete übrig geblieben. Jetzt aber dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann eine asiatische Monroedoktrin durch Japan und eine afrikanische Monroedoktrin durch Südafrika verkündet werden wird. Asien und Afrika haben bis zur letzten Jahrhundertwende den kolonialen Bedarf ungefähr gedeckt. Aber bei sinkenden Vorräten nahm die Nachfrage schnell zu; Deutschland, Belgien, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan traten neu in die Reihe der Kolonialmächte ein, während lediglich Spanien und Dänemark, und auch nicht einmal vollständig, ausschieden. Fast alle schwachen Staaten und staatenlosen Landgebiete sind von den Großmächten und ihren Freunden verspeist worden. Wo sie sich erhalten haben, danken sie ihre Unabhängigkeit lediglich der Gunst ihrer unzugänglichen Lage, wie Nepal, Bhutan, Tibet, oder der Eifersucht der großen Mächte aufeinander, wie Abessinien, Persien, Afghanistan, Siam. Diese Behauptung gilt auch für Liberia, die

Digitized by Google

Negerrepublik am Guinea-Golf, neben Abessinien das einzige noch nicht kolonisierte Land Afrikas. Seit 1822 bildete sie sich, zunächst als Niederlassung freigewordener amerikanischer Negersklaven und erweiterte sich 1848 zum eignen Staat. Mit Recht stellt jedoch Supan hinsichtlich dieser sonderbaren Kolonie fest[1]):

„Die in sie gesetzten Hoffnungen hat sie nicht erfüllt, denn staatenbildende Kraft haben die Neger nur dort bewiesen, wo sie unter einem starken Despoten standen."

Liberia ist ein in jeder Hinsicht rückständiges Land. Obwohl es zur Zeit etwa 2 Mill. Einwohner hat, darunter ungefähr 15 000 aus Amerika nach Liberia gekommene, intelligente Neger, eine Art von Herrenschicht — eine Volkszählung hat bezeichnenderweise noch nie stattgefunden —, ist sein Anteil am Welthandel lächerlich gering. Die gesamte Ausfuhr Liberias belief sich 1923 auf nicht ganz 11 Millionen, während es das benachbarte englische Gambia bei nur einem Zehntel der Bevölkerung Liberias auf einen über dreimal höheren Ausfuhrwert brachte. Genau wie im Negerstaat Haiti erschöpft sich in Liberia die ganze „Kultur" in belanglosen Äußerlichkeiten, vor allem in prunkenden, goldüberladenen Uniformen der Minister, der Offiziere, des „Militärs", im „Orden der afrikanischen Befreiung", und im übrigen geht alles drunter und drüber, soweit nicht der Weiße für Kulturzustände sorgt. Es war die Bankerotterklärung der staatenbildenden Kraft der Negerrasse, als Liberia im Juni 1900 durch eine geheime Abordnung in Washington um die amerikanische Schutzherrschaft nachsuchte. Die Amerikaner, die schon seit 1886 versucht hatten, sich in Liberia festzusetzen, mußten zwar nach manchem Hin und Her auf die offizielle Besitzergreifung verzichten, haben sich jedoch politisch und wirtschaftlich derart in Liberia eingenistet, daß das Land heute als eine verschleierte amerikanische Kolonie angesprochen werden kann. Die Gewährung einer Anleihe von 5 Mill. Dollar an die Negerrepublik, die seit 1916 ihre Zahlungen eingestellt hatte, hat am 28. Oktober 1921 einen Vertrag gezeitigt, der den Yankees die Verwaltung der Zölle und aller anderen Staatseinkünfte, der öffentlichen Arbeiten, des Sanitätswesens und der Landwirtschaft in Liberia überließ, ihnen auch führende Stellen im liberianischen „Heer" einräumte usw. Damit ist Liberia unter amerikanisches Protektorat gestellt, wenn auch dieser Ausdruck vermieden worden ist. Bezeichnenderweise forderte daraufhin die führende französische Kolonialzeitschrift[2]) eine „umgekehrte Monroedoktrin", die den Amerikanern jeden Kolonialerwerb in der alten Welt verbieten sollte. — Als unabhängigen Staat kann man jedenfalls Liberia seit 1921 nicht wohl mehr bezeichnen.

Das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts räumte gewaltig auf unter den noch nicht kolonisierten Gebieten der Erde. Folgende Tabelle Schnees[3]), in der nur die europäischen Kolonien (es gibt ja auch ver-

1) A. a. O., S. 174/5. 2) „Dèpêche Coloniale", 13. März 1922.
3) Heinrich Schnee, Nationalismus und Imperialismus, S. 52. Berlin 1928.

Digitized by Google

einsstaatliche und japanische) berücksichtigt sind, läßt dies deutlich erkennen. Von 100% der Fläche waren europäische Kolonie:

	1876	1900		1876	1900
in Afrika	10,8%	90,4%	in Australien . . .	100 %	100 %
in Polynesien . . .	56,8 „	98,9 „	in Amerika	27,5 „	27,2 „
in Asien	51,1 „	56,6 „			

Herrenlos sind zur Zeit in der bewohnten Welt lediglich die Neuen Hebriden, über deren Besitz sich die beiden darum streitenden Mächte England und Frankreich nicht einigen konnten und in denen sie daher gemeinsam die Herrschaft ausüben, wie früher, bis 1899, in Samoa Deutschland, England und die Vereinigten Staaten.

Sogar im bisherigen „Niemandsland" der Arktis sind im letzten Jahrzehnt, von der Öffentlichkeit wenig beachtet, durchgreifende politische Änderungen eingetreten. Auf Spitzbergens Kohlen bezeigten mehrere Nationen Gelüste. Bei Kriegsende, als der russische Nebenbuhler lahmgelegt war, versuchte sich England die Inselgruppe anzueignen, sah sich dann aber doch veranlaßt, sie 1919 samt der Bäreninsel an Norwegen zu überlassen, das heute daselbst staatliche Hoheitsrechte ausübt. Norwegen hat am 8. Mai 1929 weiter die Insel Jan Mayen annektiert und möchte sich ebenfalls gern Teile von Nordost-Grönland angliedern, an dessen Erforschung es hervorragenden Anteil gehabt hat. Es ist hierdurch in einen gewissen Konflikt mit Dänemark geraten, das von je die ganze Insel, auch in ihren unerforschten Teilen, als sein Eigentum ansah. Als seinerzeit die Vereinigten Staaten Ansprüche auf die von Peary neuentdeckten Gebiete Grönlands erhoben, hat Dänemark die Anerkennung seines Anspruchs durchgesetzt. Wie die neue Differenz mit Norwegen ausgehen wird, ist noch nicht zu übersehen. Bemerkt muß werden, daß neuerdings in Kanada eine Bewegung im Gange ist, den Dänen ganz Grönland abzukaufen.

Als weiter Amundsen im Mai 1925 seinen bekannten Luftschiffflug über den Pol bis Alaska ausführte, war er beauftragt, alle neu zu entdeckenden arktischen Inseln in jenem Gebiet für Norwegen in Besitz zu nehmen. Der Auftrag blieb gegenstandslos, weil auf der Flugstrecke unbekannte Inseln nicht gesichtet wurden. Das Vorkommnis gab aber Anlaß, daß Kanada sämtliches Land zwischen Nordkanada und dem Pol, auch das unentdeckte, für annektiert erklärte. In derselben Bahn bewegte sich Rußland, das am 15. April 1926 alle bekannten und noch unentdeckten Inseln zwischen Sibirien und dem Pol der russischen Herrschaft unterstellte. Es ist also auf beiden Hemisphären in der Arktis das Prinzip der „vorgelagerten Sektoren"[1]) durchgeführt worden. Rußland hat im September 1928 auch über das 1873 von den Österreichern entdeckte, bisher wert- und herrenlose Franz Josef Land (von ihm in Frithjof Nansen-Land kürzlich umgetauft) die Annektion ausgesprochen.

1) Georg Hasenkamp in der Zeitschr. f. Geopolitik, 1925, S. 759.

Digitized by Google

Am Südpol liegen die Dinge ähnlich. Die Antarktis, die unter ihren ewigen Gletschern riesige Kohlenlager[1]), wahrscheinlich auch große andere Mineralschätze, Öl, Mangan, Gold usw. zu bergen scheint und die ihr vorgelagerten kleinen Inseln bis zum 50. Grad hinauf, sind seit zwei Jahren mehrfach territoriales Streitobjekt zwischen rivalisierenden Mächten gewesen. Dies zeigte sich erstmalig, als am 1. Dezember 1927 Norwegen auf der herrenlosen, unbewohnten und völlig vergletscherten Bouvet-Insel unter 54°26′ Südbreite die norwegische Flagge hißte, weil es in den antarktischen Gewässern einen eignen Stützpunkt für den Walfang zu besitzen wünschte. Seitdem i. J. 1904 der Norweger Larsen mit dem antarktischen Walfang begann, ist dieser nämlich erheblich wichtiger als der erschöpfte arktische geworden. Norwegens Vorgehen rief beträchtliche Aufregung in England hervor. Die britische Regierung sprach schließlich im Vertrag vom 20. November 1928 ihre Genehmigung aus, aber gerade darin war unausgesprochen die Ansicht ausgeprägt, daß England allein über die Besitzrechte in der Antarktis zu bestimmen habe. Diese kann nicht nur ihrer mineralischen Bodenschätze wegen begehrenswert sein, sondern sie ist auch als Stützpunkt für einen etwaigen künftigen Luftverkehr Amerika—Australien usw. von Bedeutung. Als daher anläßlich des Südpolarfluges des Amerikaners Byrd (28. November 1929) England nach Washington wissen ließ, es sei zu jeder Unterstützung des Forschungsfluges „auf englischem Gebiet" bereit, entbrannte ein Konflikt zwischen beiden Staaten, in den auch Norwegen und Argentinien hineingezogen wurden. 1930 ist der Streit um die politische Zugehörigkeit der Antarktis im vollen Gange, zumal Norwegen am 2. Februar 1929 auch die 100 km große „Insel Peters I." unter 68°57′ s. Br. und 90°46′ w. L. hatte annektieren lassen. England beansprucht zwei bedeutende Sektoren bis zum Pol (Fig. 62), die Vereinigten Staaten haben 20000 qu-miles Land, die Byrd auf seinem Fluge neu entdeckt hat, annektieren lassen. Norwegen hat seinen An-

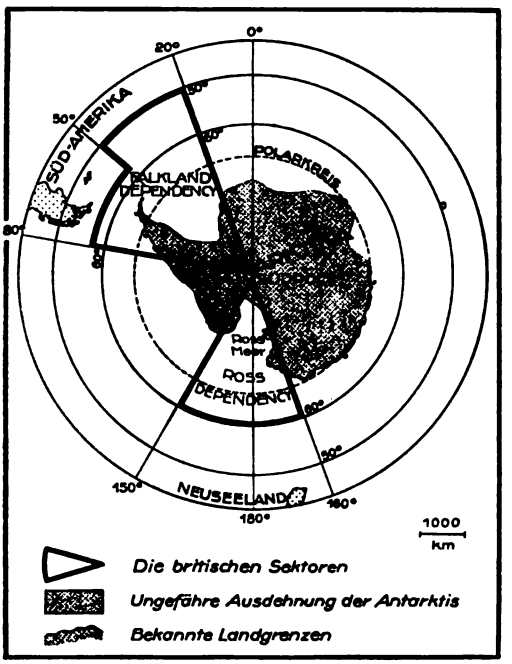

Fig. 62. Das Südpolargebiet.
Nach der Zeitschrift „Der Heimatdienst".

1) Manchester Guardian, 12. Februar 1920.

Digitized by Google

spruch auf alle von Norwegen aufgefundenen Gebiete, auch den Südpol selbst, angemeldet, Argentinien fordert für sich nicht nur die Falklands-Inseln (vgl. S. 216), sondern auch Süd-Georgien und die Süd-Orkney-Gruppe, die England stillschweigend, wie alle herrenlosen Länder, als sein Eigentum betrachtete, und ist dadurch 1928/29 zu einem recht gereizten Notenaustausch mit London veranlaßt worden.[1])

Alle diese politischen Kämpfe um Arktis und Antarktis zeigen klar, daß es wertvolleres Land eben nicht mehr zu annektieren gibt. Die „Teilung der Erde" ist beendet. —

6. Das Protektoratswesen.

Die koloniale Eifersucht der Mächte aufeinander hat seit Jahrzehnten die einfache Besitzergreifung von Kolonien mehr und mehr erschwert. Hatte doch schon in den 80er Jahren, als die Dinge noch viel einfacher als gegenwärtig lagen, selbst ein Bismarck erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, als er seit dem 24. April 1884 bewußt und großzügig die Bahnen deutscher Kolonialpolitik beschritt: auf verschiedene ursprünglich als Schutzgebiet in Aussicht genommene, noch herrenlose Länder, wie die Sta. Lucia-Bai im Sululand und am Dembiafluß im Gebiet der Rivières du Sud, verzichtete er freiwillig, um keine politischen Verwicklungen herbeizuführen, obwohl die angeblich älteren Anrechte anderer Kolonialmächte darauf auf außerordentlich schwachen Füßen standen. Mit Recht konnte daher Supan sagen[2]):

„Keine Kolonialpolitik war jemals so sehr von dem Geiste der Friedfertigkeit und der Achtung vor fremdem Rechte durchdrungen wie die deutsche."

Deutschland ist jedenfalls die einzige Kolonialmacht gewesen, die ihre Schutzgebiete nur auf dem Wege friedlicher Verträge und ganz ohne kriegerische Eroberungen erworben hat. Im letzten halben Jahrhundert hat es nicht mehr viele koloniale Besitzergreifungen und -erweiterungen gegeben, die ganz ohne politische Reibungen, Konflikte und selbst Kriege vor sich gegangen sind. Wo mehrere Anwärter auf ein verfügbares koloniales Gebiet vorhanden waren, haben daher oftmals sehr mannigfache Formen von Kompromissen gesucht werden müssen, um die Gefahr schwerer diplomatischer Verwicklungen zu vermeiden. In dem Faschoda-Konflikt 1898, in den Marokko-Reibungen 1905 und 1911 hat sich gezeigt, wie leicht sich fast ein Kriegsbrand zwischen europäischen Mächten an kolonialen Fragen entfacht hätte, und verschiedentlich ist in der Tat ein Krieg aus derartigen überseeischen Ansprüchen hervorgegangen, so Frankreichs Tongking-Krieg 1885 und Siam-Krieg 1893, der spanisch-amerikanische Krieg 1898, der Burenkrieg 1881 und 1899—1902, der russisch-japanische Krieg 1904/05, der Tripolis-

1) Vgl. R. Hennig in „Weltwirtschaft", Maiheft 1929, S. 117.
2) A. a. O., S. 272.

Digitized by Google

krieg 1911, die englisch-afghanischen Kriege 1878—81 und 1919, der griechisch-türkische Krieg 1921 usw.

Die großen Mächte haben daher immer häufiger koloniale Streitfragen durch Kompromisse der mannigfachsten Art gelöst, sei es durch gemeinsame Verwaltung strittiger Gebiete, sei es durch eine regelrechte Internationalisierung, wie sie uns heute am charakteristischsten in der Tanger-Zone entgegentritt, sei es durch eine Teilung in politische bzw. mindestens wirtschaftliche „Interessensphären", oder gar durch Überantwortung des begehrenswerten Gebietes an einen kleinen schwachen Staat, weil die großen Mächte sich gegenseitig den Besitz mißgönnten. Das eigentümlichste Beispiel der letzteren Art zeigt uns der so ausnehmend wertvolle Kongostaat, den man zunächst dem königlichen Kaufmann Leopold II. von Belgien zur persönlichen Verwaltung und Ausbeutung übertrug und später zum belgischen Besitz — nicht zum Vorteil der Kolonie selbst — werden ließ, weil eine Festsetzung einer Großmacht in diesem Lande nie geduldet worden wäre und eine Aufteilung in mehrere politische Interessensphären wegen der ausnehmend schmalen Küstengrenze, die verfügbar war, unmöglich erschien. Für die Schaffung des Kongostaates war genau dasselbe Motiv maßgebend, das i. J. 1878 Montenegro und 1913 Albanien als neue „selbständige" Staaten entstehen ließ.

Vielfach ist es daher in den letzten Jahrzehnten üblich gewesen, daß Länder, welche als Kolonien in Aussicht genommen wurden, nicht einfach annektiert, sondern unter einer weniger anstößigen Bezeichnung in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht wurden. C'est le ton qui fait la musique. So sagt man „Offene Tür", wenn man mehr einen Handel auf Kosten als mit einem schwachen Überseestaat im Auge hat, und ähnlich schlägt man gern den Sack „Protektorat" und meint den Esel Kolonie. Somit wurden manche Länder nicht als Kolonien in Anspruch genommen, sondern sie wurden in ein „Schutzverhältnis" zu dem koloniallüsternen Staate gebracht. Das klang gut und kam doch praktisch ungefähr auf dasselbe heraus. „Doch will der Held nicht Herrscher sein genannt; ihr sollt ihn heißen: Schützer von Brabant." In der Kolonialpolitik war freilich in der Regel der einzige Gegner, gegen den ein schwacher Überseestaat geschützt werden mußte, der Schützer selbst, und das Wort vom kleinen Finger, dem die ganze Hand folgt, hat sich bei der Übernahme von Protektoraten noch immer bestätigt.

England war es, das diese besondere und harmlos klingende Form der Kolonisation neu erfunden hatte. Freilich kannten auch schon ältere Zeiten ein langsam-listiges Hineinschleichen ohne Krieg in ein System der Unterjochung fremder Völker. Sehr bezeichnend berichtet die Dido-Sage, wie die Phönizier sich für billiges Geld im heutigen Tunis so viel Ansiedlungsland, als eine Ochsenhaut bedeckte, erwarben, wie sie dann mit einer an moderne Völkerbundsmethoden erinnernden Rabulistik dieses Stück Land so groß werden ließen, daß sie die Stadt Karthago darauf erbauen konnten, und wie sie schließlich die eingeborenen Stämme, denen

Digitized by Google

sie anfänglich Tribut gezahlt hatten, ihrerseits tributpflichtig machten. Ähnlich gingen die Araber gegenüber den Somali-Negern vor: zunächst erkauften sie von ihnen die Erlaubnis, ihr Gebiet zu durchziehen, dann errichteten sie ständige Warenlager in diesem Gebiet, forderten Streitigkeiten heraus, begünstigten irgendeinen Häuptlingsanwärter gegen Bewilligung immer neuer Privilegien und rissen schließlich die ganze staatliche Macht an sich. Neuerdings hat England die gelungensten Meisterstücke dieser Art der Koloniegründung geliefert. Meist waren die einzelnen Etappen der Straße zum Protektorat zunächst harmlose Handelsabkommen, dann einzelne Landabtretungen und Sonderrechte im Lande selbst, dann formelle „Bündnisse", die der Protektoratsmacht nach und nach eine weitgehende Durchdringung der inneren Verwaltung mit eigenen Elementen und eine völlige außenpolitische Entmündigung ermöglichten.

Schon die Ostindische Kompagnie hatte in den Jahrzehnten von 1757 bis 1791 und von 1800 bis 1833 ein Protektorat über verschiedene indische Fürstentümer verkündet, und der britische Staat, der später ihre Erbschaft übernahm, änderte nichts an diesem System: er ließ den einzelnen Maharadschas den Schein der Macht und der Selbständigkeit und nahm ihnen nur alle politischen Sorgen freundlichst vollständig ab. England hat diese Methode zu wahrhaft erstaunlicher Fertigkeit zu entwickeln gewußt und hat sie im 19. und 20. Jahrhundert in vielen Fällen mit denkbar bestem Erfolge angewandt. Als z. B. am 5. November 1815 zu Paris das Königreich der Ionischen Inseln erfunden wurde, ließ sich England zu seinem „Protektor" ernennen. Ebenso übernahm es 1888 das Protektorat über drei malayische Staaten in Borneo, 1890 über Sansibar, 1900 über die Tongainseln, 1914 über Ägypten, nachdem dieses türkische Land schon seit 1882, also 32 Jahre lang, „vorübergehend" von England militärisch besetzt gehalten war, dazu in etwas lockererem Verhältnis 1881 über Afghanistan, 1922 und 1928 über die neuen Staaten Mesopotamien und Transjordanien. Im Teheraner Vertrag vom 9. August 1919 wurde sogar schon Persien britisches Protektorat, doch verweigerte Persien in letzter Stunde die Ratifizierung und hat seither gegen niemand größeren Argwohn als gegen den Beschützer von damals. Nur „Protektorate" übernahm ferner Frankreich 1874 über Tahiti, 1881/83 in Tunis, 1883 in Annam, 1884 in Kambodscha, 1885 in Tongking, 1904/12 über Marokko usw. Auch Deutschland nannte seine im 19. Jahrhundert erworbenen Kolonien „Schutzgebiete", hat freilich den eigentlichen Sinn dieses Wortes gewissenhafter und uneigennütziger als andere Kolonialmächte beachtet, während sonst Ausbeutungskolonien und Protektorate sich oft ähnelten, wie ein Ei dem anderen.

Selbst gegen alte, selbständige, einst mächtig gewesene Staaten wurde das System einer weitgehenden Einengung ihrer Hoheitsrechte gern und in wechselndem Umfang angewendet, sobald sie dauernd oder vorübergehend in einen Schwächezustand gerieten und ihre Souverä-

Digitized by Google

nität nicht verteidigen konnten. Die Türkei, China, Portugal sind lehrreiche Beispiele für dieses System, das man als Portugalisierung bezeichnen kann, entsprechend dem Verfahren, wie es England dem einst so mächtigen Portugal gegenüber seit dem Methuen-Vertrag vom 27. Dezember 1703 stets angewendet hat. Letzteres Land befindet sich England gegenüber in einem derartig fortgeschrittenen Stadium der Hörigkeit, daß man von einer britischen Suzeränität de facto, wenn auch nicht de iure, sprechen kann. England benutzte im Weltkrieg das portugiesische Madeira, lange bevor Portugal in den Krieg gegen Deutschland hineingezwungen wurde (9. März 1916), als britischen Flottenstützpunkt, wie Gibraltar und Malta, und in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique besteht die portugiesische Herrschaft seit langem nur noch dem Namen nach. England und sein Dominium, die afrikanische Union, bauen in Mozambique ganz nach ihrem Gefallen Straßen, Eisenbahnen, Schiffahrtswege und betätigen sich auch sonst daselbst, als ob es ihr eigenes Territorium sei. Im äußersten Fall darf der portugiesische Gouverneur formell seine Erlaubnis zu Unternehmungen geben, an denen er doch nichts ändern kann. Vor dem Weltkrieg hatte England mindestens zweimal noch eine Aufteilung der afrikanischen Kolonien Portugals zwischen sich und Deutschland erwogen. Am 14. Juli 1914 war sogar ein derartiger Teilungsvertrag unterzeichnet worden, der dann freilich drei Wochen später im Sturmbrausen des Weltkriegs verweht wurde. Gegenwärtig denkt England natürlich nicht mehr daran, „sein" Mozambique mit irgend jemand anders zu teilen. Ganz von selbst wird der Süden schließlich in der Südafrikanischen Republik aufgehen, der Norden dagegen im neugeplanten britischen Dominium Ostafrika, falls dieses zustande kommen sollte. Und Angolas Geschick dürfte ähnlich sein, zumal daselbst die entstehenden Bahnlinien vollkommen in englischer Hand sind. Es wird schließlich aus irgendeinem Anlaß nur noch eines staatsrechtlichen Aktes bedürfen, um einen längst vorhandenen Tatbestand zu sanktionieren.

Wirtschaftliche Durchdringung, Konzessionen aller Art, politische Sonderrechte, Kapitulationen, Übernahme von Teilen fremder Hoheitsrechte usw. — das sind seit langem moderne Surrogatformen für direkte Kolonisierung fremder Länder geworden. Ähnlich waren die Methoden des Kolonial-Erzatzes im „British Germany" der Nachkriegszeit: Tributzahlungen, Abtretung von Eisenbahn- und anderen Hoheitsrechten, Internationalisierung der Hauptströme, Losreißung von Landesteilen an allen Grenzen, Stellung anderer Landesteile unter eine internationale Verwaltung oder Kontrolle von äußerst fragwürdiger Unparteilichkeit (Saargebiet, Danzig), langjährige militärische Besetzung wichtigster Landesstriche, vielfache Eingriffe in die Verwaltungs-, Justiz-, Zoll-, Finanzhoheit usw. Die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten im Bereich des größten Teiles von Mittel- und Südamerika sich in wachsendem Maße einnisten, bietet weiter ein lehrreiches Beispiel, daß auch in der Neuen Welt die „Portugalisierung" mit Meisterschaft gehandhabt wird. Mexikos

Digitized by Google

Nationalvermögen, das auf 2½ Milliarden Dollar veranschlagt wird, ist zu einem Drittel in amerikanischer Hand; 73% der Ölfelder des Landes im Werte von 2 Milliarden und rund 80% der Bergwerke im Werte von 13 Milliarden gehören den Yankees[1]), dazu 54874554 acres Land. Bis 1918 waren in Mexiko etwa 56000 Ölkonzessionen vergeben worden, aber nur 5—6000 wurden ernstlich ausgebeutet.[2]) Sobald die mexikanische Regierung nicht nach der Pfeife von Washington tanzte, beschwor sie Interventionen, bezahlte Aufstände und ähnliche Eingriffe herauf. Der um Mexiko hochverdiente, langjährige Präsident Porfirio Diaz (1877—1911) wurde, achtzigjährig, am 26. Mai 1911 verjagt, als er den nordamerikanischen Petroleumkönigen gegenüber die nationalen Interessen seines Staates vertrat. Mexiko wehrt sich immerhin noch mit anerkennenswerter Energie gegen die fortschreitende Umklammerung durch den Polypen im Norden. Panama und Nikaragua sind ihr schon in erheblich größerem Maßstab verfallen. Panama, das ohnehin 1903 nur als ein Staat von Yankees Gnaden zum Leben erwachte (S. 251), hat von vornherein zugunsten der Nordamerikaner „für 100 Jahre" auf jede eigene Außenpolitik, Zoll- und Polizeihoheit verzichten und den wichtigsten Teil des Landes, das in der Mitte gelegene Kanalgebiet von einem Ozean bis zum anderen, mit einem 16 km breiten Uferstreifen den Nordamerikanern vollkommen als Eigentum überlassen müssen. Derlei moderne Eroberungskriege werden heut mit silbernen Kugeln viel erfolgreicher als früher mit bleiernen geführt. Nikaragua begann sich auf die schiefe Ebene des fortschreitenden Verzichts auf seine Souveränität zu begeben, als die Regierung zu Anfang 1913 den Vereinigten Staaten gegen Zahlung von 3 Mill. Dollar das alleinige Recht zum Bau eines Nikaraguakanals zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean verkaufte. Man hatte den kleinen Finger geboten, und schon war alsbald die ganze Hand umklammert, denn die „Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen" trieb die Vereinigten Staaten zu immer weitergehenden Einmischungen in die innerpolitischen Zustände Nikaraguas. 1917 begannen die Verhandlungen über die Bauausführung des Nikaraguakanals, den die Nordamerikaner jetzt unter allen Umständen schaffen wollen, um im Kriegsschiffbau von den zu engen Schleusen des Panamakanals unabhängig zu werden und im übrigen einen Reservekanal zu besitzen, falls der Panama-Weg einmal unbenutzbar sein sollte. Sobald der neue Nikaraguakanal wirklich geschaffen wird, dürfte es um Nikaraguas Unabhängigkeit endgültig geschehen sein. Einen Vorgeschmack empfing dieser mittelamerikanische Staat schon im März 1927, als nordamerikanische Kriegsschiffe in Nikaragua kurzerhand Truppen landeten, um einem Aufstande gegen den rechtmäßigen, den Yankees unwillkommenen, weil nicht hinreichend gefügigen Präsidenten zum Siege zu verhelfen. Die Nordamerikaner richteten durch Bombenabwürfe das Blutbad von

1) Sozialistische Monatshefte, Juni 1927, S. 479.
2) Karl Hoffmann, Die Ölpolitik, S. 238.

Digitized by Google

Ocotal an, bei dem 2—300 Nikaraguaner ihr Leben verloren und proklamierten selbstherrlich eine „neutralisierte Zone" im fremden Staatsgebiet. Im Juli 1927 lieferten amerikanische Marinetruppen in Nikaragua der Armee der ihnen unbequemen liberalen Partei des Landes sogar ein regelrechtes Gefecht, dem mehrere andre folgten. Nikaragua geht, ebenso wie Panama, einer wohl unaufhaltsamen, weiteren Unterwerfung entgegen, und es müßten geradezu politische Wunder geschehen, wenn nicht in einer Reihe von Jahrzehnten ganz Mittelamerika von den Vereinigten Staaten territorial einverleibt sein sollte. Zunächst übernehmen die Yankees in einem mittelamerikanischen Staat nach dem anderen das Zoll- und Polizeiwesen sowie die außenpolitische Vertretung „auf 100 Jahre". Dabei werden sie aber schwerlich stehen bleiben. Hat doch Präsident Roosevelt, offenherzig genug, den Panamakanal schon als die künftige Südgrenze der Vereinigten Staaten bezeichnet! Guatemala, San Salvador, Honduras, Kostarika, Haïti, Dominika stehen gleichfalls bereits unter finanzieller Vormundschaft der Vereinigten Staaten. Auch in der hohen Politik der Staaten machen eben die großen Warenhäuser den kleinen Einzelunternehmern den Garaus — —

Die Bedeutsamkeit der am 25. April 1927 erlassenen „Coolidge-Doktrin" kann in dieser Hinsicht kaum hoch genug eingeschätzt werden. Die Verkündung, daß die U. S. A.

„gegenüber den von uns anerkannten Regierungen in den Ländern diesseits des Panamakanals eine moralische Verantwortung fühlen, die wir gegenüber den anderen Nationen nicht haben. Wir haben es unternommen, die Revolutionen in diesen Gebieten zu entmutigen."

stellt geradezu eine Entmündigung der sechs mittelamerikanischen Staaten dar. Die U. S. A. erklärten, wenn auch in offensichtlicher Verleugnung ihrer eigenen Vergangenheit, keine Regierung anerkennen zu wollen, die durch eine Revolution zur Macht gelangt sei, unterstützten dann aber in Nikaragua selber eine solche revolutionäre Bewegung, von der die Mehrheit der Bevölkerung nichts zu wissen wünschte.

Das Vorgehen der nordamerikanischen Union gegenüber den gesamten Staaten Mittelamerikas[1]) erinnert stark an die Art und Weise, wie die Spinne ihre Opfer einwickelt, bevor sie sie verspeist. Eine Tabelle Lautensachs[2]) zeigt überdeutlich, wie unentrinnbar diese Verstrickung der Opfer bereits geworden ist. (Siehe die Tabelle auf S. 249.)

Die latein-amerikanischen Staaten lehnen sich jetzt gegen die nordamerikanischen Methoden auf; es dürfte aber schon zu spät sein. Argentiniens kürzliche Ablehnung der Monroedoktrin (vgl. S. 238/9) hängt damit zusammen.

Der Respekt vor fremder Staatshoheit ist überhaupt seit dem Welt-

1) Vgl. Drascher, Das Vordringen der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet. Hamburg 1918.

2) Bausteine zur Geopolitik, S. 192. — Zahlen z. T. durch neuere ergänzt.

Digitized by Google

Lautensachs „Quasiprotektoratsstaaten" in Mittelamerika.

Staat	Jahr der Angaben	Größe in 1000 qkm	Bevölk.-Zahl i. 1000 E.	Bevölk.-Dichte	Rassische Zusammensetzung[1])				Verhältnis zur Union
					Weiße %	Mischlinge[2]) %	Indianer %	Neger %	
Guatemala	1923	110	2005	18	35		65	—	Finanz. Vormundsch.
Salvador	1924	34	1610	47	35	50	15	—	Finanz. Vormundsch.
Rep. Honduras . .	1922	100	674	6,6	5	70	20	5	Finanz. Vormundsch.
Nikaragua	1923	127	638	5	17	69	4,6	9	Finanz. u. polit. Aufsicht
Kostarika	1923	49	498	10	90	6		4	Finanz. Vormundsch.
Panama	1920	75	446	6	14	56	14	16	Militär. Interventionsrecht
Panamakanal-Zone	1927	1,4	36	26	44	56			Souveränität
Kuba	1923	115	3147	27	71	26	—	[3])	Militär. Interventionsrecht
Jamaika	1923	11	895	81	2	19	—	77	Wirtsch. Bindungen
Bahama-Inseln . .	1923	11	57	5	16	84	—	[3])	Wirtsch. Bindungen
Haïti	1921	29	1631	57	—	10	—	90	Finanz. u. militär. Aufsicht
Dominik. Freistaat	1923	49	897	18	4	92	—	4	Finanz. u. militär. Aufsicht
Portoriko	1926	9	1417	159	73	23	—	4	Souveränität
Jungfern-Inseln . .	1922	0,1	26	73	7	18	—	75	Souveränität

krieg in beunruhigendem Maße geschwunden und hat einer bedenklichen Verwilderung der politischen Moral Platz gemacht. Eine Mißachtung fremder Gebietshoheit ohne Kriegszustand war vor 1914 beinahe beispiellos, wenn auch ein übles Beispiel schon 1882 gegeben wurde, als England am 11. Juli im Frieden Alexandrien bombardierte und wenige Wochen später das der Türkei gehörige Ägypten vollkommen militärisch besetzte, um es nie wieder zu räumen. In der Nachkriegszeit gehören aber solche territorialen Übergriffe im „Frieden" gegenüber wehrlosen Staaten beinahe schon zum gewöhnlichen politischen Handwerkszeug. Es zeugt von einer erschreckend weit fortgeschrittenen Bolschewisierung des völkerrechtlichen Empfindens und der internationalen Moral, wenn seit 1920 sich ungestraft Ereignisse im „Frieden" häufen konnten, wie Polens Wegnahme Wilnas, Litauens Handstreich auf Memel, der französische Ruhreinbruch, Italiens zeitweilige Besetzung von Korfu, militärische Aktionen von Franzosen in Frankfurt a. M., Amerikanern in Nikaragua, Engländern in Schanghai, Japanern in Schantung usw. Wie in Nikaragua die Nordamerikaner, so führten 1928 in Schantung die Japaner regelrecht Krieg

1) Wo die Summe der Prozente unter 100 bleibt, kommt der Rest auf das Konto der Asiaten (Inder, Chinesen).

2) Auf dem Festland vorwiegend Mestizen, auf den Inseln Mulatten.

3) In den Mischlingen einbegriffen.

Digitized by Google

mit den einheimischen Heeren: Anfang Mai stand ein ganzes japanisches Armeekorps um Tsinanfu im Kampfe mit den südchinesischen Truppen Tschangkaischeks — alles ohne Kriegszustand und alles nur „zum Schutze der eigenen Staatsangehörigen"! Der Krieg wird im Zeitalter des Völkerbundes „verboten": also nennt man kriegerische Expeditionen „Polizei-Aktionen" oder, wie beim Ruhreinbruch, „Entsendung von Ingenieuren unter militärischem Schutz" — und das Gesicht ist gewahrt! Wohin sollen wir kommen, wenn derartige Methoden der jeweilig mächtigeren Staaten, sich in Konfliktfällen „Recht" zu verschaffen, allgemein üblich werden, ohne daß der Völkerbund, der sich als berufenen Hüter der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen feiern läßt, einen Finger zur Abwehr rührt? Man bedenke, daß z. B. Nikaragua und China Mitglied des Völkerbundes sind! Dieser hat sich aber gegenüber den geradezu beispiellosen Eingriffen der Vereinigten Staaten in Nikaragua bezeichnenderweise nicht anders zu helfen gewußt, als daß er die Vorkommnisse gänzlich ignorierte! Er wird und kann auch in Zukunft niemals anders handeln, wenn es gilt, einen schwachen Staat gegen einen starken zu schützen. Im umgekehrten Fall wird er vielleicht eher zum Eingreifen bereit sein. Wenn gelegentlich von einem objektiv urteilenden Gelehrten offen ausgesprochen worden ist[1]), der Völkerbund habe die Grundsätze von Treu und Glauben im Völkerrecht tatenlos aufs schwerste erschüttern lassen und selber erheblich zu dieser Erschütterung beigetragen, und dadurch sei der Glaube von Millionen an die Gemeinschaft der Völker für immer untergraben worden, so richtet sich diese ebenso harte wie berechtigte Anschuldigung in allererster Linie gegen die wahrhaft verbrecherische Gleichgültigkeit, mit der der Völkerbund jederzeit der Vergewaltigung des Schwachen durch den Starken zusieht und ihr womöglich nachträglich noch sein Plazet erteilte. Wir waren in den letzten 100 Jahren in der Entwicklung und Ausgestaltung des internationalen Rechts schon erfreulich weit gediehen, nähern uns aber jetzt, im Zeitalter des Völkerbunds, der nur vom Schein der Unparteilichkeit lebt und in seinen politischen Handlungen oft einen großen Aufwand von Energie und Zeit verschwendet, lediglich ut aliquid fieri videatur (Abrüstung! Minderheitenproblem!), bedenklich wieder dem Zustand, den Spinoza einstmals in die Worte kleidete: Quisquis tantum iuris habet, quantum valoris habet. Wenn die Dinge sich in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Völker auch nur ein wenig noch ebenso weiter entwickeln, wie in der Zeit von 1914 bis 1930, so erleben wir in den staatlichen Beziehungen einen Kulturrückfall ins Zeitalter des Faustrechts!

Politisch hat der Bolschewismus, seitdem er im November 1917 Rußland unterjocht hat, keine merklichen Fortschritte mehr machen können, aber mit seiner Verachtung aller ethischen Forderungen, seinem schrankenlosen Materialismus, seiner Untergrabung aller rechtlichen Traditionen, seiner Ignorierung von Treu und Glauben, hat er schwer infizierend auf

1) Vortrag Prof. Pohls „Das neue Völkerrecht" auf der Goslarer Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände am 7. Juli 1927.

Digitized by Google

viele heutige Staatsmänner in anderen Ländern, auch auf solche mit ältesten und ritterlichsten Traditionen, gewirkt, und diese ethischen Schädigungen werden wir in Jahrzehnten nicht überwinden. —

7. Strohmann-Staaten.

Eine weitere Methode, verkappte Eroberungs- oder Kolonialpolitik zu treiben, besteht in der willkürlichen Konstruktion neuer staatlicher Gebilde, sei es in Wirklichkeit, sei es auf dem Papier, um dann deren vorgebliche „Rechte", die sich stets mit eigenen Wünschen decken, gegenüber einem unbequemen Mitbewerber „verteidigen" zu können. Nur einmal in der Geschichte hat, soviel ich sehe, die unvermittelte Vorschiebung eines solchen „Strohmann-Staates" wirklich zur Schaffung eines neuen, allgemein anerkannten Staates geführt. Als nämlich die Vereinigten Staaten i. J. 1902 die Zone des Panamakanals mit allen territorialen Rechten zu erwerben wünschten, boten sie der zuständigen Regierung von Kolumbien für die Abtretung des verlangten Landstreifens die Summe von 10 Mill. Dollar, und auf dieser Basis wurde am 22. Januar 1903 zwischen den Bevollmächtigten beider Staaten, Hay und Herran, ein Staatsvertrag abgeschlossen. Das kolumbische Parlament verweigerte aber die Ratifizierung des Vertrages, teils aus nationalem Stolz heraus, dem Staatsgebiet nicht verkäuflich war, teils weil man eine höhere Kaufsumme herausschlagen zu können hoffte. Da machte Präsident Roosevelt kurzen Prozeß, wie er selber ganz offen in einer am 23. März 1911 vor den Studenten der Kalifornia-Universität gehaltenen Rede geäußert hat, die in die Worte ausklang:

„Ich nahm den Isthmus und ließ den Kongreß debattieren, und während die Debatte ihren Fortgang nahm, schritt auch der Kanal fort."

Mit amerikanischer Hilfe wurde ein Aufstand in den nördlichen Bezirken von Kolumbien vorbereitet, und als er am 3. November 1903 ausbrach, wurden die kolumbischen Regierungstruppen durch amerikanische Marinesoldaten am Einschreiten verhindert; schon 24 Stunden nach dem Ausbruch des Aufstandes war das aufrührerische Land Panama als neuer souveräner Staat von Washington anerkannt, und am 18. November hatte Roosevelt den gewünschten Abtretungsvertrag mit diesem Staatenneuling in der Tasche. Panama ist von Kolumbien getrennt, ist ein Staatensurrogat unter vereinsstaatlicher Suzeränität geblieben!

In anderen Fällen sind die für bestimmte Sonderzwecke konstruierten Strohmann-Staaten nicht zum eigenen Leben erwacht; vielmehr sind die Konstruktionen, wenn sie ihren Dienst getan hatten, unter gewandelten politischen Verhältnissen stillschweigend wieder verschwunden. Als in den 40er Jahren die Wahrscheinlichkeit bestand, daß der künftige mittelamerikanische Kanal in Nikaragua, im Bereiche des großen Nikaragua-Sees und seines zum Atlantik strömenden Ausflusses, des San Juan, geschaffen werden würde, wünschte sich England, wie üblich, eine beherrschende

Digitized by Google

Stellung an dieser neuen Hauptstraße des Weltverkehrs zu sichern und wollte demgemäß die Mündung des San Juan-Flusses in seinen Besitz bringen. Die Monroe-Doktrin verwehrte jedoch allen europäischen Nationen den Erwerb neuen Koloniallandes in Amerika. Zwar hatte England die Doktrin nie als verbindlich anerkannt; in Wirklichkeit scheute es aber dennoch vor ihrer Verletzung zurück. In diesem Dilemma griff man zur Konstruktion eines „Strohmann-Staates" als Aushilfe. England forderte von der schwachen nikaraguanischen Regierung, sie habe einen „Staat der Moskito-Indianer" an der San Juan-Mündung als ein von Nikaragua unabhängiges und mit England schon seit den Flibustierzeiten „befreundetes" Staatsgebilde anzuerkennen. Als Nikaragua sich sträubte, erschien am 19. August 1841 ein britisches Kriegsschiff vor der Mündungsstadt San Juan (dem heutigen Greytown), verlangte vom Kommandanten des Hafenzollamts, Leutnant Quijano, die Überlassung der Stadt an die Moskito-Indianer, zu deren „Gebiet" sie gehöre, und führte ihn, als er sich weigerte, gefangen mit sich fort. Sechs Jahre später ging man mit noch stärkeren Gewaltmitteln vor. England setzte die Grenzen des „Moskito-Königreichs" nach Gutdünken fest und teilte am 15. Oktober 1847 der Regierung von Nikaragua kurzerhand mit, der neue „König" werde demnächst den zu seinem Staate gehörenden Hafen San Juan in Besitz nehmen und England werde ihm dabei behilflich sein. Als Nikaragua forderte, der Streitfall möge einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden, besetzten englische Marinetruppen San Juan, vertrieben die nikaraguanischen Behörden und übergaben den Platz den Moskito-Indianern. Nach dem Abzug der drei englischen Kriegsschiffe bemächtigten sich zwar die Nikaraguaner San Juans ohne Mühe aufs neue. Doch abermals erschienen zwei britische Schiffe, nahmen San Juan am 28. Februar 1848 neuerdings ein, schlugen die zu seinem Schutz bereitstehenden nikaraguanischen Truppen in die Flucht und erzwangen von Nikaragua am 7. März die Aufgabe der San Juan-Mündung und des Hafens. Als jedoch eine nordamerikanische Gesellschaft, „Companhia de Transito de Nicaragua", die ein Jahr später von Nikaragua eine Kanalbau-Konzession erlangt hatte, an der Aufnahme ihrer Arbeiten an der San Juan-Mündung durch die Briten gehindert wurde, schlug man in Washington Alarm und war bereit, für die Monroedoktrin einen neuen, dritten Krieg gegen England zu führen. Nur durch den Tod des sehr energischen amerikanischen Präsidenten Polk (15. Juni 1849) wurde der Ausbruch des Krieges verhindert und der Konflikt

Fig. 63. Ein Strohmannstaat des Zeitraums 1841—1860.

Digitized by Google

zwischen beiden Staaten durch den Kompromiß des Clayton-Bulwer-Vertrages (19. April 1850) bis auf weiteres geschlichtet Als sich dann einige Jahre später zeigte, daß vom Bau eines Nikaraguakanals auf weit absehbare Zeit doch noch keine Rede sein könne, verlor England jedes Interesse am „befreundeten" Moskitoreich, gab am 2. August 1860 sein Protektorat darüber auf und hatte gegen einen Rückfall des Moskito-Gebiets samt der Stadt Greytown = San Juan an Nikaragua nicht das geringste einzuwenden. Seither ist vom „Moskito-Königreich" nie wieder die Rede gewesen![1])

Noch einmal hat England politische Vorteile zu erreichen gesucht, indem es eines Tages einen neuen Staat erfand, von dem niemand vorher etwas gehört hatte. Als Deutschland seine Bagdadbahnpläne verfolgte, war zunächst in Aussicht genommen, die neue Hauptstraße des Weltverkehrs bis zum Persischen Golf heranzuführen. Der beste natürliche Hafen am Golf, Kadhima im Gebiet von Kueit, sollte der Endpunkt werden, da der Hafen des Schatt-el-Arab, Basra, infolge einer Strombarre, die der Mündung vorgelagert ist, sich nur für kleine Seeschiffe mit nicht bedeutendem Tiefgang als zugänglich erwies. Der türkische Sultan, der Oberherr von Kueit, war gern bereit, die Fortführung der Bahn bis zum Hafen Kadhima zu gestatten. Aber England, das entschlossen war, die Heranführung der deutschen Bahn an „seinen" Persischen Golf unter allen Umständen zu verhindern, fand ein Mittel, die Konzession zu hintertreiben. Es erklärte 1910 Kueit für ein „unabhängiges" Sultanat[2]), in dem die Türkei nichts zu sagen habe, trat mit dem kleinen arabischen Sultan von Kueit in Verbindung, huldigte ihm als einem befreundeten, „souveränen" Herrscher, ließ ihm durch zwei britische Kriegsschiffe eine mächtige Ordensauszeichnung überbringen und machte ihn künstlich größenwahnsinnig, bis er sich zu einem Vertrag bereit finden ließ, worin er sich verpflichtete, ohne englische Genehmigung keiner „fremden Macht" (also auch der Türkei nicht) irgendwelche Befugnisse in „seinem" Lande einzuräumen. Neuerdings spricht natürlich niemand mehr vom „unabhängigen" Kueit, und das Land ist nur Streitobjekt zwischen dem britisch gewordenen Mesopotamien und dem Wahabitenstaat Ibn Sauds.[3]) — Ein von England unternommener Versuch, einen kurdischen Strohmann-Staat zu schaffen, der schon im Frieden von Sèvres (10. August 1920) vorgesehen war, um auf diese Weise in den möglichst alleinigen Besitz des Erdöls von Mossul zu kommen, scheiterte nur daran, daß die Kurden selbst nicht wollten.

---

1) Diese historische Darstellung nach Lindley M. Keasbey, Der Nikaraguakanal, Straßburg i. E. 1892.

2) Über Englands ältere Kueit-Politik vgl. Petermanns Mitteilungen, 1901, Anhang, S. 148.

3) Über diese wie alle anderen geopolitischen Streitobjekte jüngster Zeit unterrichten vortrefflich die Aufsätze von Manfred Langhans-Ratzeburg, Die strittigen Gebiete der Erde seit 1900, in „Petermanns Mitteilg.", 1929.

Digitized by Google

Als Strohmann-Staat war ferner zeitweise die Mongolei zu bewerten, deren „Unabhängigkeit" China 1912 auf starken Druck Rußlands hin, weil dieses das Land selber zu besitzen wünschte, hatte zugestehen müssen. Unter geänderten Verhältnissen hat Sowjet-Rußland im chinesischen Freundschafts- und Handelsvertrag vom 31. Mai 1924 Chinas Souveränität über die Mongolei zwar aufs neue anerkannt, was dann freilich nicht hinderte, daß die „äußere" Mongolei sich nachträglich mit russischer Hilfe doch noch als „unabhängige" Räterepublik erklärte.

Typische Strohmann-Staaten waren ferner manche der von Napoleon I. geschaffenen Staaten, so die 1802 konstruierte und 1810 annektierte „unabhängige Republik Wallis", das Königreich Westfalen, Königreich Holland, Großherzogtum Berg, Großherzogtum Warschau usw. Über letzteres z. B. hat Theodor Schiemann geäußert:

„Die dem Herzogtum durch Statut vom 22. Juli 1807 verliehene Verfassung gab ihm nicht die wirkliche Freiheit, sondern ein Trugbild, das es Napoleon ermöglichte, ganz wie in seinen übrigen Vasallenstaaten hier nach Belieben zu schalten."

In jüngster Zeit kann man die aus der türkischen Erbmasse herausgeschnittenen A-Mandate wie auch das „Königreich" Hedschas als „Strohmann-Staaten" bezeichnen, über die sich England alsbald, mit silbernen Kugeln für den König Ibn Saud, Protektoratsrechte sicherte, wenn sich die von Ibn Saud beherrschten Reiche auch gegen ihre Strohmannrolle schließlich aufgelehnt und gegen England eingestellt haben. Strohmann-Staaten neuerer Zeit sind ferner der „Saarstaat" und der Danziger Staat, ersterer auf die französische, letzterer auf die polnische Durchdringung und schließliche Verspeisung berechnet, die vom Völkerbund allzeit unverhüllt begünstigt worden ist.

Solche Strohmann-Staatengebilde werden wohl auch in Zukunft noch manchmal erfunden werden, da ihre Konstruktion bisher zumeist ein ganz vorteilhaftes politisches Geschäft war. An irgendwelchen geheimnisvollen historischen und juristischen Begründungen ihrer Anerkennung als selbständiger Staaten wird künftig so wenig, wie bisher, ein Mangel sein. Je undurchsichtiger und unverständlicher die Begründung ist, um so schwerer ist es auch, sie zu widerlegen. Die Strohmann-Staaten werden aus der praktischen Politik schwerlich wieder verschwinden; sie ähneln dem „großen Unbekannten" der Gerichtssäle und werden wohl nicht früher, als dieser, das Zeitliche segnen. —

8. „Freundschaftsverträge."

Eine andere Form des verhüllten Protektorats, der verschleierten Annektion, sind die erst in neuerer Zeit in die Erscheinung getretenen „Freundschaftsverträge" mit schwachen Staaten oder staatsähnlichen Ländern, die zuweilen eine Anlehnung an einen mächtigen Beschützer suchen, denen dann aber nicht selten von dem Beschützer selbst ein

Digitized by Google

Strick für ihre Unabhängigkeit gedreht wird. Es gibt eine Menge von Spielarten zwischen dem offen erklärten Protektorat über ein anderes Land und der aus der Luft gegriffenen Konstruktion eines Strohmann-Staates, der geschützt und mit „Freundschaft" überschüttet werden muß. Wenn eine Großmacht mit einem schwachen Staat einen „Freundschaftsvertrag" abschließt, pflegt dies in unseren Tagen oft die Freundschaft des Wolfes mit dem Lamme zu sein. Typisch ist etwa das Verhalten der Engländer den Sulus gegenüber: man hat mit ihnen stets — vom Jahre 1879 abgesehen — gute „Freundschaft" gehalten. Das Ergebnis liegt heute klar zutage: das Land ist seit dem „Natives Land Act" (1913) eine britische Kolonie, und von 300 Mill. acres fruchtbaren Bodens gehören den 5½ Mill. Zulus nur noch 40 Mill., die übrigen 260 Mill. dagegen 1½ Mill. Weißen!

Es brauchen keineswegs immer nur überseeische Länder zu sein, mit denen Freundschaftsverträge geschlossen werden. Auch innerhalb Europas kommt dergleichen hier und da noch vor. So hat Sowjet-Rußland am 7. Mai 1920 einen Freundschaftsvertrag mit der Republik Georgien geschlossen, der einen erwünschten Vorwand zur fortdauernden Einmischung in die georgischen Verhältnisse gewährte und sozusagen die Vorfrucht der kalten Annektion bildete, während in einem anderen Staate, in Armenien, Rußland kurzerhand am 2. Dezember 1920 die Oberherrschaft gewaltsam an sich riß. Auch der Freundschaftsvertrag von Tirana, den Italien 1927 mit Albanien abgeschlossen hat und der die Gefahr eines italienisch-südslawischen Krieges heraufbeschwor, mutet ganz so an, als ob er der Anfang vom Ende der erst 1½ Dezennien alten albanischen Selbständigkeit gewesen sei.

Mussolini erweist sich überhaupt als ein ebenso gelehriger wie geschickter Schüler der britischen diplomatischen Methoden gegenüber schutzbedürftigen Staaten. So hat Italien 1928 mit dem vom Hedschas-König Ibn Saud arg bedrängten Imam Yahia von Yemen einen Freundschaftsvertrag geschlossen, dem jeder Sinn abgehen würde, wenn nicht Italien die Absicht haben sollte, zu seiner Kolonie Erythräa auf der anderen Seite des Roten Meeres ein Gegenstück zu schaffen, was natürlich nur möglich ist mit der schweigenden Duldung Englands, das sich Italien aus manchen Gründen verpflichten und zugleich seinem ungebärdigen einstigen Schützling Ibn Saud das Wasser abgraben möchte, damit er sein Ziel, König von g a n z Arabien zu werden, nicht erreiche.

„Freundschaftsvertrag" klingt überaus sympathisch; auch der kleinste und schwächste Staat braucht sich nicht zu schämen, fühlt sich sogar vielleicht geehrt, wenn er der „Freundschaft" irgendeiner großen Macht gewürdigt wird. Dem gebenden Teil wird die Illusion aufgezwungen, er sei ein gleichberechtigter Partner. Früher pflegte die Annektion ohne Umschweife von heut auf morgen vollzogen zu werden, heute erfolgt sie gewissermaßen in Raten — freilich mehr mit Rücksicht auf die eifersüchtigen anderen großen Mächte als aus Zartgefühl gegen das zu ver-

Digitized by Google

speisende Land. Um gewisse in der Gegenwart übliche Freundschaftsverträge recht zu charakterisieren, genügt die Bemerkung, daß der Rahmen des Begriffes keinesfalls gesprengt worden wäre, wenn man das Friedensdiktat von 1919 den „Versailler Freundschaftsvertrag" genannt hätte.

9. Kapitulationen als Kolonialersatz.

Es wird neuerdings, infolge der Eifersucht der Kolonialmächte aufeinander, immer schwieriger, wertvollen Kolonialbesitz zu erwerben oder sogenannte Protektorate über schwache Staaten sich anzueignen. Infolgedessen findet in wichtigen Wirtschaftsgebieten ein Wettrennen der mit Macht ausgestatteten Länder um allerhand Vergünstigungen wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und sozialer Art statt, vor allem um die sogenannten „Kapitulationen", die Sonderrechte der Fremden, die zumeist erst ein Produkt der letzten Jahrzehnte, des Zeitalters der Kolonial-Rationierung, sind, wenn auch die älteste derartige Abmachung bereits i. J. 1535 zwischen Frankreich und der Türkei getroffen wurde. Zwischen den Protektoraten und den zur Bewilligung von Kapitulationen gezwungenen Ländern gibt es noch allerhand Übergänge; der Unterschied zwischen ihnen ist aber nicht mehr groß, denn die „souveränen" Staaten, die viele Kapitulationen haben einräumen und wertvolle Hoheitsrechte, etwa auf dem Gebiete des Zoll- und Polizeiwesens, haben aus der Hand geben müssen, sind in ihrer Außenpolitik kaum weniger abhängig vom Willen fremder Staaten als die Protektorate, wovon die Türkei der Jahrzehnte vor 1914 und Chinas Geschichte seit 1842 hinreichend viel zu erzählen wissen.

Fig. 64. Die „Anknabberung" Chinas vom Meere her am Schluß des 19. Jahrhunderts.

In manchen Fällen ist die Kapitulation nur eine Vorfrucht des Protektorats, wie am Beispiel von Tunis, Marokko und Ägypten zu ersehen ist. Die Türkei hat sich schließlich, freilich nur mit dem Opfer schwerster Gebietsverluste, aus den Fesseln der Kapitulationen befreien können. Ebenso hat das seit kurzem stark nationalistisch eingestellte Persien alle Kapitulationen mit dem 10. Mai 1928 kurzerhand als erloschen erklärt, und im englisch-ägyptischen Vertrag vom Juli 1929 ist für Ägypten gleichfalls ein Erlöschen der Kapitulationen vorgesehen. Auch in Japan gab

Digitized by Google

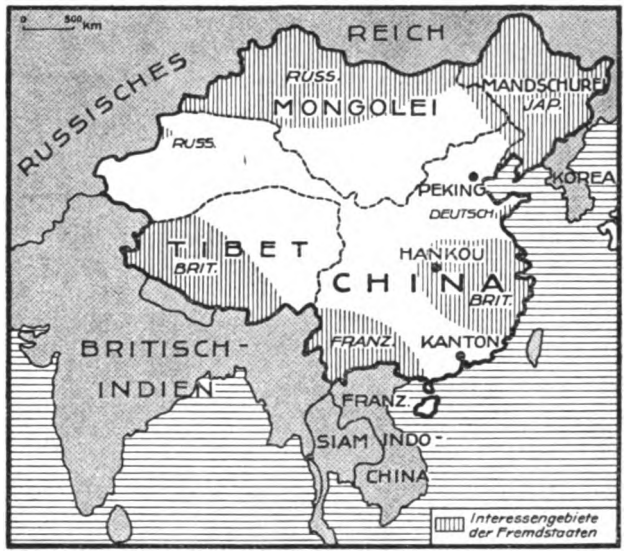

Fig. 65. Der Beginn der Aufteilung Chinas in „Interessengebiete" um 1900.

es früher Kapitulationen, und es ist dort das Exterritorialrecht der Fremden erst 1899/1900 vollständig beseitigt worden; in Siam besteht es, mit Ausnahme der Deutschen und der anderen Mittelmacht-Angehörigen, heute noch, eben so für alle Europäer in Abessinien. China steht seit wenigen Jahren in schwerem Kampf um die Abschüttelung der aufgezwungenen Kapitulationen. Noch um die letzte Jahrhundertwende war es nahe daran, daß China, das älteste Kulturland der heutigen Welt, in viele koloniale Bissen aufgeteilt wurde (Fig. 64 und 65). England hatte 1842 Hongkong und 1898 Weihaiwei an sich gerissen, Frankreich 1885 Cochinchina, Annam und Kambodscha und 1898 Kwangtschouwan, Japan 1894 Formosa samt den Fischerinseln, dazu nach Korea und der Liautung-Halbinsel hinübergegriffen, die ihm im Shimonoseki-Frieden (17. April 1895) nur durch den Einspruch Frankreichs, Deutschlands und Rußlands vorläufig noch entgingen. Rußland hatte durch den Pekinger Cassini-Vertrag (8. September 1896) die Vorhand in der Mandschurei erlangt, die es schon vollkommen als künftige Provinz des Zarenreichs betrachtete und behandelte, und 1898 die „pachtmäßige" Abtretung der Liautung-Halbinsel mit Port Arthur erzwungen, ebenso wie Deutschland durch die gewaltsame Besetzung von Tsingtau (14. November 1897) die Verpachtung eines Teiles von Schantung „auf 99 Jahre" durchgesetzt hatte (6. März 1898). England hatte Weihaiwei am 2. April 1898 nur für die Zeit gepachtet, solange Rußland Port Arthur besitzen würde. Als aber Rußland Port Arthur verlor (2. Januar 1905), „vergaß" England die Rückgabe von Weihaiwei noch volle 25 Jahre lang. Außerdem richtete England sich im Jangtsegebiet derart häuslich ein, daß von einer mehr als nominellen Hoheit Chinas daselbst kaum noch die Rede sein konnte, und 1904 bzw. 1914 faßte es überdies in Tibet Fuß. In der Tat ist Tibet gegenwärtig nur mit sehr starkem Vorbehalt noch als chinesisches Gebiet zu betrachten, wenn auch China bisher auf dieses Land nicht offiziell verzichtet hat. Dasselbe

Digitized by Google

gilt von der Mongolei, in der 1927 Rußland militärische Posten errichten wollte, sowie von der Mandschurei und Schantung, in der der japanische Einfluß 1905—1928 bzw. 1914—1928 stärker als der chinesische war. Der Küstenbesitz Chinas, der um 1840 noch 17000 km Länge aufgewiesen hatte, war um die Jahrhundertwende auf 7100 km zusammengeschrumpft. Chinas Reaktion auf dieses territoriale Zerhacktwerden bestand im Boxeraufstand des Jahres 1900. Es wurde von den weißen Mächten samt Japan niedergezwungen, und im Frieden von Peking (7. September 1901) schien die Bahn frei zu sein für weitere Ausbeutung und koloniale Zerteilung. Wenn dennoch weitere „Pachtungen" unterblieben, so war die Eifersucht der europäischen Mächte untereinander und die Eifersucht Amerikas auf England und Japan daran mehr schuld als das Wohlwollen für Chinas Unabhängigkeit. Japans Versuch von 1915, die Wirren des Weltkriegs auszunutzen, um mit seinen berüchtigten „21 Punkten" China auf den Stand eines japanischen Protektoratslands herabzudrücken, ist zwar im Enderfolg gescheitert, zeigt aber doch, wohin die Reise gehen sollte. Dieser Sturm ist abgewehrt worden, und selbst in der Mandschurei, die Japan nach dem russischen Kriege schon ganz als Eigentum betrachtete, ist China wieder im Vordringen begriffen: 1900 wohnten verhältnismäßig nur wenige Chinesen in diesem Lande, heute beträgt ihre Zahl 20—30 Millionen.

Auch ohne die gänzliche Aufteilung in fremdes Kolonialeigentum war freilich von Chinas Souveränität nicht mehr allzuviel übrig. In seinen außenpolitischen Schritten sah China sich bis zur Willenlosigkeit gehemmt, kontrolliert und bevormundet. Den Höhepunkt bildete die ihm trotz heftigsten Sträubens durch den Druck der Ententestaaten abgepreßte Kriegserklärung an Deutschland i. J. 1917. Unzählige wirtschaftliche Konzessionen wurden ihm bald von dieser, bald von jener auswärtigen Macht abgezwungen, und für jede an einen Ausländer erteilte Konzession forderten die anderen fremden Mächte Kompensationen. Die Europäer und Nordamerikaner genossen durchweg Exterritorialrechte in China, unterstanden grundsätzlich nicht den chinesischen Gerichten und Gesetzen, womit übermütigem Mißbrauch des Gastrechts Tür und Tor geöffnet war. Zahllose fremde „Berater" wurden, wie in der Türkei, in hochbesoldeten, leitenden Posten untergebracht und hatten in ihrem Wirken meist weniger die Interessen Chinas als die ihres Heimatlandes im Auge. An 40 Stellen Chinas gab es Fremdenniederlassungen, an deren Grenzen sämtliche Hoheitsrechte Chinas, sogar die polizeilichen, ihr Ende fanden, so daß sie von Chinesen, die irgendein Verbrechen begangen hatten, gern als Freistatt aufgesucht werden. Dabei ist die Ausdehnung dieser ausländischen „Enklaven" gar nicht einmal dauernd festgelegt, sondern es kam des öfteren vor, daß die Fremden im chinesischen Gebiet neue Straßenzüge anlegten, um sie nachträglich als neue „Fremdenniederlassung" in Anspruch zu nehmen.

In den Wirren der Jahre 1927—28 haben Gebietsverletzungen durch Truppen und Flieger fremder Mächte in China oft stattgefunden, Japan

Digitized by Google

sandte sogar, ohne China auch nur zu fragen, Truppen nach Tientsin. Man hatte sich an die völlige Ignorierung der chinesischen Hoheitsrechte schon so sehr gewöhnt, daß i. J. 1919, als die Fremdenniederlassung in Tientsin vom Hochwasser des Hoangho bedroht wurde, die japanische Stromwache einfach die Dämme durchstach, so daß „nur" chinesischer Besitz von den Fluten verwüstet wurde. Der Hoangho ist übrigens das typischste, wenn auch nicht das einzige Beispiel, daß nicht nur die Geographie die Politik, sondern auch die Politik die Geographie beeinflussen kann. Das verhängnisvolle Pendeln der Hoanghomündung über mehrere Breitengrade hinweg, das jedesmal Hunderttausenden das Leben kostet, findet mit Vorliebe in Zeiten politischer Unruhen statt, wenn die Fürsorge für die Dämme naturgemäß nachläßt oder aufhört. Die Hoangho-Verlagerungen während der politischen Stürme 132 v. Chr., 1194 und 1852, sind überaus lehrreiche Beispiele. — Übrigens fand auch die Verlagerung der Wassermasse des Rheins aus dem heutigen Oude Ryn in den Lek während einer schweren Sturmflut der Nordsee am 26. Dezember 839 in dem Zeitpunkt statt, da die schützenden Hochwasserdämme bei Dorestad (Wyk to Duurstede) infolge der mehrfachen normannischen Raubzüge gegen diesen reichen Handelsplatz seit 834 verfallen waren.

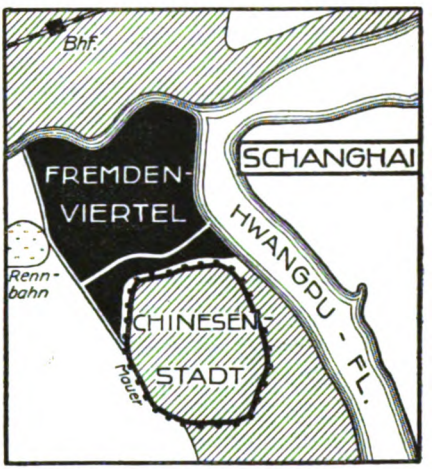

Fig. 66. Stadtplan von Schanghai.

Welche für China unmöglichen, ja aufreizenden Zustände sich dabei entwickeln, mag ein Beispiel aus Schanghai beweisen, wo sich bekanntlich eine der wichtigsten Fremdenkolonien befindet (Fig. 66). Hier leben 30000 Ausländer und 1 100 000 Chinesen zusammen. Letztere zahlen 90% aller Steuern. Dennoch sind die öffentlichen Parks der Fremdenniederlassung allen Chinesen, auch den vornehmsten, grundsätzlich gesperrt, während sich z. B. japanische und indische Kulis darin ergehen dürfen!

Die Reaktion gegen diese unerträgliche Bevormundung ging vom Volke (Sunyatsen), nicht von der Regierung, aus. Die gewaltsame Auflehnung im Boxerfeldzug war gescheitert; jetzt wurden andere Mittel versucht. Die ohnehin nicht gern gesehene, volksfremde, dazu völlig steril gewordene Mandschu-Dynastie wurde 1911 verjagt. Die natürliche Ehrfurcht vor der weißen Rasse wurde, genau wie bei den Negern, durch Englands Schuld erstickt, als deutsche Untertanen, auf Veranlassung europäischer Nationen, mit Schimpf und Schande wie Tiere aus China verjagt und ihres Eigentums beraubt wurden, und schließlich haben England und

Digitized by Google

Frankreich selber den Chinesen den Weg gezeigt, wie sie die lästigen Kapitulationen abschütteln konnten, als sie in den Friedensdiktaten von Versailles und St. Germain Deutschland und Österreich zwangen, auf alle Sonderrechte für ihre Untertanen in China zu verzichten (Art. 128). Da China als einziges Land, neben den Vereinigten Staaten, die Anerkennung der Friedensdiktate verweigerte, die so gar nicht mit dem am 5. November 1918 feierlich garantierten Vorfrieden übereinstimmten, kamen die Bestimmungen freilich zunächst nicht zur Geltung. Deutschland hat aber im schließlichen Sonderfrieden mit China am 20. Mai 1921 freiwillig auf alle Kapitulationen und Sonderrechte verzichtet und ist dafür durch Chinas Sympathie und wirtschaftliche Begünstigung unerwartet reich belohnt worden. Österreich und Rußland folgten seinem Beispiel, letzteres aus kommunistisch-theoretischem Idealismus heraus, und — China lernte erkennen, daß die Kapitulationen keine gottgewollte Abhängigkeit waren, daß es auch ohne sie ging. In den späteren Verhandlungen über chinesische Hoheitsrechte legte es eine nie geahnte Halsstarrigkeit an den Tag und setzte seinen Willen durch. Dadurch wurde sein nationales Selbstgefühl mächtig gesteigert, und als bei der Einnahme Hankous durch die nationalistischen Truppen der Kantonregierung am 3. Januar 1927 die Fremdenniederlassung sang- und klanglos preisgegeben wurde und selbst die stolzen Engländer den Kürzeren zogen, wurde dieses Selbstgefühl nicht gerade geschwächt.

Inzwischen hatte auch die Pekinger Zentralregierung, obwohl sie den fremden Mächten wesentlich zaghafter als die nationalistische Nanking-Regierung gegenüberstand, mit einer entschlossenen Geste den Endkampf wider die Kapitulationen und um die Rückgewinnung der vollen Souveränität aufgenommen. Gewissermaßen um eine Probe aufs Exempel zu machen und um tastend vorzufühlen, wie weit die eigene Macht reichte, kündigte sie im August 1926 ganz ohne Vorbereitung den am 2. November 1865 unbefristet abgeschlossenen Kapitulationsvertrag mit Belgien zum 27. Oktober 1926. Belgien protestierte, China ließ sich nicht beirren. Nachdem der Sieg der nationalistischen Regierung entschieden war, folgten schon am 25. Juli bzw. 17. August 1928 die ersten Verträge fremder Großmächte (Vereinigte Staaten und Deutschland) mit China auf dem Fuße voller Gleichberechtigung, weitere noch im gleichen Jahr seitens Hollands, Schwedens, Dänemarks, Portugals, zuletzt auch Englands, und im Oktober 1928 Chinas selbständige Kündigung aller fremden Sonderrechte! Seit dem 1. Februar 1929 ist China wieder im vollen und uneingeschränkten Besitz der Zollautonomie, die seit 71 Jahren, seit der Konvention von Tientsin (1858), erheblich eingeengt war.

Es vollzieht sich in China in diesen Jahren ein Prozeß der Abschüttelung der fremden Vormünder oder, um mit Haushofer[1]) zu sprechen, einer

1) Karl Haushofer, Geopolitik und Weltwirtschaft; im Märzheft 1927 der Monatsschrift „Weltwirtschaft", S. 54.

Digitized by Google

„von jenen Übergängen von Zuständen latenter Energie zur Entspannung kinetischer, wie wir sie vor einem Menschenalter in Japan, heute in Jung-China, demnächst im ganzen Rahmen der Monsunländer erleben."

Vielleicht wird sich China sogar einen größeren Teil seiner verlorenen Außenbezirke zurückverschaffen, wie es mit Schantung schon geschehen ist und zur Zeit in der Mandschurei der Fall zu sein scheint. Im Rahmen der ungeheuren Menschenmasse der Chinesen verschwinden ja die Ausländer wie ein Tropfen im Meer: 1923 gab es in dem 425 Millionenvolk nur 46823 Europäer und Amerikaner, 85766 Russen und 198206 Japaner. Es entfällt also ein Ausländer auf etwa 1300 Chinesen!

10. Kolonialmandate.

Gerade die unverkennbare Knappheit des verfügbaren Koloniallandes zwingt heute zu einer wirklich gerechten Verteilung, zu einer Rationierung nach höheren und allgemeineren Gesichtspunkten als nach den Interessen einzelner Nationen. Da in den meisten Kolonialländern überdies Menschen leben, die nicht mehr einfach Objekt der Politik sein wollen, die über die Weltvorgänge nachdenken und die, seit dem Weltkrieg, erkannt haben, daß auch die Weißen nur Menschen sind, gegen deren Willen man sich auflehnen kann, so würde es gar nichts schaden, wenn in geeigneten Fällen das gepriesene „Selbstbestimmungsrecht der Völker" auch auf die Eingeborenen der Kolonien angewandt würde. Von ihnen würde man ein objektiveres Gutachten erhalten können als vom Völkerbund, welchen „fortgeschrittenen Nationen" man gemäß dem Idiom des Art. 22 des Völkerbundsstatuts am zweckmäßigsten die „Vormundschaft über diese Völker" anvertrauen soll. Gerade die Völker des wichtigsten Kolonialerdteils Afrika werden sich zum großen Teil noch ganz und gar nicht sträuben, sich von wohlwollenden weißen Herren führen und lenken und ihr Land entwickeln zu lassen. Die überspannten Ideen, die auf dem Brüsseler Antikolonialkongreß im Februar 1927 jede Kolonialpolitik im Namen der „Freiheit" verurteilten und unklare Forderungen nach Autonomie selbst für die kulturell tiefstehenden Völker erhoben, atmeten vollkommene Weltfremdheit und würden gerade bei Negern auf ein nur schwaches Echo stoßen, denn diese wissen und fühlen sehr genau, daß eine wirtschaftliche, kulturelle, hygienische Entwicklung ihrer Länder ohne das wissenschaftliche, technische und — last not least! — das finanzielle Können der Weißen ausgeschlossen ist. In den englischen und den ehemals deutschen Kolonien hätte man für die Schlagworte „Afrika den Afrikanern!", „Freiheit der Neger" usw., die in Brüssel erhoben wurden, sicher ein skeptischeres Urteil übrig gehabt als in manchen Schreibstuben unserer weißen Menschheit.

Daß heute die Welt keinen Raum mehr haben sollte für „Luxuskolonien", die irgendein Besitzer nur deshalb noch sein eigen nennt, weil er sie früher besessen hat oder weil er es seinem Prestige schuldig zu sein glaubt, viel Kolonialland zu haben, können wir allerdings als vornehmstes

Digitized by Google

kolonialpolitisches Dogma aufstellen. Portugiesische Kolonien sind heute ein ausgesprochener Atavismus, denn ein Land, das rund 80% Analphabeten besitzt, seine Kolonien aus eigener Kraft überhaupt nicht entwickeln kann und politisch wie finanziell vollkommen in die Hörigkeit eines anderen Staates geraten ist, kann wirklich im 20. Jahrhundert nicht mehr Anspruch darauf machen, weißes Vorbild und Führer für farbige Rassen zu sein[1]).

Ebenso wird Belgien, trotz all seines Ehrgeizes und vielleicht selbst guten Willens, nie und nimmer in der Lage sein, ein achtzigfach größeres, schwieriges und anspruchsvolles Kolonialland ausreichend zu entwickeln. Es ist einfach dazu physisch nicht imstande. Woher soll denn das kleine Sechsmillionenvolk die für eine wirklich vollwertige Erschließung allein notwendigen Scharen von Pflanzern, Beamten, Ingenieuren, Lehrern, Ärzten usw. und dazu die erforderlichen, gewaltigen Geldmittel nehmen? Bei Holland liegen die Dinge wesentlich anders: es ist seit Jahrhunderten sozusagen hineingewachsen in seinen hinterindischen, schönen Kolonialbesitz und hat ihn bereits sehr weitgehend entwickelt. Aber dem Insulinde-Paradies gegenüber ist der Kongostaat doch geradezu ein jungfräuliches Kolonialland, in dem kaum weniger als alles noch zu tun bleibt!

Und gerade diesem Land, das niemals in der Lage sein kann, den seiner harrenden Aufgaben im Kongostaat gerecht zu werden, hat der Völkerbund nun noch die verantwortungsvolle Aufgabe einer Mandatsverwaltung aufgebürdet! Für den entsetzlich leichtfertigen Unverstand, mit dem man im Genfer Völkerbund über das Wohl und Wehe eingeborener Bevölkerungen kurzerhand verfügt hat, kann es kein schlimmeres Beispiel geben als die geopolitisch schlechterdings ungeheuerliche Angliederung der wertvollen ostafrikanischen Sultanate Ruanda und Urundi an die belgische Verwaltung des Kongostaates. Das „Mandatsgebiet" ist vom Kongostaat gänzlich getrennt, viel nachhaltiger als die Exklave Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich (vgl. S. 122). So lange dieses Mandatsland staatlich von Ostafrika abgelöst ist, zu dem es geographisch gehört, kann es einfach überhaupt nicht entwickelt werden. Es ist geopolitisch geradezu unverantwortlich, ein Gebiet, das mit allen Fasern im Bereich des Indischen Ozeans wurzelt, mit Gewalt ins Gebiet des Atlantischen Ozeans zu verweisen, der doppelt so weit entfernt ist wie jener und von dem das Land durch die breiten Seen, den Russisi und das Wirungagebirge verkehrstechnisch abgeriegelt ist. Aber die Weisheit von Genf hat's nun einmal so bestimmt — die grauenhafte Tragödie von 1928/29 war die Folge: eine furchtbare Hungersnot, der eine unfähige Verwaltung weder steuern konnte noch auch nur zu steuern suchte, hat Hunderttausende von Eingeborenen unter entsetzlichen Begleitumständen dahingerafft! In den ehemals deutschen Kolonialgebieten betätigen sich eben heute nur „fortgeschrittene Nationen"!

1) Vgl. Hans Meyer, Geopolitische Betrachtungen über das portugiesische Kolonialreich in Afrika; in der „Zeitschr. f. Geopolitik", 1924, S. 274.

Digitized by Google

Ebenso ist es in einer Zeit, da der für die Aufnahme von Bevölkerungsüberschüssen bestimmte Kolonialraum empfindlich selten wird, mit dem ethischen Grundgedanken der Kolonialidee, wie sie auf dem Papier im Art. 22 des Völkerbundsstatuts recht ansprechend niedergelgt ist, nie und nimmer zu vereinbaren, daß ein Staat riesige Mengen von Kolonien nicht wegen seiner zunehmenden, sondern wegen seiner abnehmenden Bevölkerungsmengen unterhält, daß er seine Kolonien mehr und mehr als reine Rekrutierungsgebiete ansieht, um sich ein übermäßig großes und gleichzeitig, infolge der Zwangsdienstpflicht, billiges Heer halten zu können. Kein anderes Land hat jemals so systematisch und so viel fremdes Blut, unter tunlicher Schonung der eigenen Landeskinder, für seine imperialistischen Ziele fließen lassen wie Frankreich, das letzthin gleichzeitig mit marokkanischen Soldaten das deutsche Rheinland und mit deutschen Fremdenlegionären Marokko zu erobern trachtete. Man wird objektiv feststellen dürfen, daß für ein seit 60 Jahren in seiner Einwohnerziffer stagnierendes, nicht übermäßig dicht besiedeltes Land ein Kolonialreich von 11¾ Millionen qkm im 20. Jahrhundert, bevölkerungspolitisch gesehen, schlechterdings ein Unfug ist.

Und was soll nun gar der weltgeschichtliche Widersinn, für den den Völkerbund die volle Verantwortung trifft, daß die dünnstbesiedelten Staaten der ganzen Erde, Australien, Neuseeland, Südafrika, die im eigenen Staatsgebiet noch auf 100 und mehr Jahre innere Kolonisation zu treiben haben, mit wertvollen Kolonialmandaten ausgestattet worden sind, weil sie vorgeblich „auf Grund ihrer Hilfsmittel und ihrer Erfahrung am besten imstande und auch bereit sind, eine solche Verantwortung (der Vormundschaft über unentwickelte Völker) auf sich zu nehmen" (Art. 22 des Völkerbundsstatuts), während anderen an schwerster Übervölkerung leidenden Staaten Kolonialmandate vorenthalten wurden! Wenn eine Stadt oder ein Staat einen riesigen industriellen Auftrag vergeben will, der höchste technische Erfahrung und finanzielle Sicherheit erfordert, so wird dieser Auftrag doch nicht gerade an die kleinste und unerprobteste Firma erteilt werden, die mit dem eigenen Aufbau noch alle Hände voll zu tun hat. Aber in der Kolonialpolitik, wo es ja nur um Leben und Wohlfahrt von Millionen von wehrlosen „Eingeborenen" geht, leistet man sich derartige Extravaganzen, und der Völkerbund drückt das Siegel seines Einverständnisses auf eine solche Sünde wider den heiligen Geist des kolonialen Gedankens. — Die Folgen sind dementsprechend: auf der neuseeländischen Kolonie Samoa ist im Winter 1918/19 ein Drittel der liebenswürdigen eingeborenen Bevölkerung einer Influenzaepidemie zum Opfer gefallen, weil Neuseeland keine Ärzte zur Bekämpfung der Seuche zur Verfügung stellen konnte. Ganz ausschließlich die „Muster"-Wirtschaft des vom Völkerbund ausgesuchten Mandatars hat diesen ungeheuerlichen Frevel verschuldet, denn im benachbarten Amerikanisch-Samoa ist nicht ein einziger Eingeborener der Influenza zum Opfer gefallen! In sämtlichen tropischen Mandatsgebieten nehmen die i. J. 1914 in den

Digitized by Google

deutschen Besitzungen zumeist fast ausgerottet gewesenen Krankheitsgeißeln Schlafkrankheit, Pocken und Pest wieder stark zu, weil überall die eingearbeiteten deutschen Ärzte vertrieben und andere Ärzte nur in viel zu kleiner Zahl verfügbar sind. Tausende und Tausende von schwarzen Menschenleben fallen alljährlich dieser hygienischen Nachlässigkeit zum Opfer und müßten sämtlichen Völkerbundsdelegierten auf der Seele brennen, die diesen sanitären Niedergang mitverschuldet haben und noch heute gleichmütig mitansehen! In Togo sind entsetzliche mittelalterliche Grausamkeiten gegen die Neger von der Mandatsmacht Frankreich begangen worden, ohne daß der Völkerbund einen Finger zur Abwehr rührte[1]); in Samoa ist die Mißwirtschaft der neuseeländischen Mandatswirtschaft so groß, daß im Frühjahr 1929 sogar die neuseeländische Regierung selbst Worte scharfer Verurteilung für das herrschende System fand und „jeder Samoaner wohl siebenmal in der Woche zu Gott betet, Deutschland möchte sich unser erbarmen, oder aber die U. S. A. möchten kommen und uns einer neuen Morgenröte entgegenführen".[2]) — All dergleichen stört die Ruhe der Mitglieder der Genfer Mandatskommission nicht eine Minute lang. Was nicht in ihren Akten ist, ist nicht in der Welt, und zu den Akten wird grundsätzlich nichts genommen, was nicht die Mandatsmacht ausdrücklich selber überreicht! Die Quadratur des Zirkels, wie man aktenmäßig alles Elend aus der Welt vertreiben kann, hat der Völkerbund gelöst!

„Gerechte Regelung aller kolonialen Ansprüche" lautete der fünfte unter den berüchtigten „14 Punkten" des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918, die durch ehrenwörtliche Zusicherung aller leitenden Ententestaatsmänner vom 5. November 1918 zur Grundlage des abzuschließenden Friedens gemacht werden sollten und dann — nicht gemacht worden sind. Von der „gerechten Regelung" ist die Welt zur Zeit erheblich weiter entfernt als vor der Veröffentlichung der 14 Punkte. Ob sie überhaupt noch je zu erreichen sein wird, muß fast bezweifelt werden — es sei denn, daß die unvermeidliche Rationierung von einem wirklich unparteiischen und mit der nötigen moralischen Autorität ausgestatteten Bunde aller Nationen vorgenommen wird, während sich die Welt in den zehn Jahren seit der Bekanntgabe der 14 Punkte weit mehr jenem gegenteiligen Zustand genähert hat, wie er etwa im Testament des Cecil Rhodes (vgl. S. 104) als britisches Ideal hingestellt worden ist.

Ein guter Maßstab für eine gerechte „Regelung" scheint das Verhältnis zwischen der Volksdichte eines Landes und der Größe bzw. dem Wert seines kolonialen Territoriums zu sein, Supans „Kolonialquotient".[3]) Es ist dabei nur von untergeordneter Bedeutung, ob es sich um ein industriell entwickeltes oder ein überwiegend auf Landwirtschaft eingestell-

1) R. Hennig, Der koloniale Mandatssumpf des Völkerbundes, S. 16ff. Leipzig 1928.
2) Der Kolonialdeutsche, September 1929.
3) Alexander Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie, S. 1. Gotha 1919.

Digitized by Google

tes Mutterland handelt, denn das Industrieland braucht koloniale Rohstoffe und der Ackerbaustaat oft Siedlungsland. Wirklich maßgebend in beiden Fällen bleibt in erster Linie die Bevölkerungsdichte. Es ergibt sich nun nach neueren Berechnungen, die sehr verschiedenen Quellen entstammen, folgende erstaunlich ungleichmäßige „Regelung" der kolonialen Bedürfnisse:

Bevölkerungsdichte je Quadratkilometer (um 1928).

	im Stammland	mit Kolonien bzw. „Mandaten"		im Stammland	mit Kolonien bzw. „Mandaten"
Südafrika. .	0,6*	0,5	Ver. Staaten	13½	10
Kanada . .	0,75	0,75	Großbritannien .	188*	14
Australien .	0,77*	0,7	Italien. . .	136	20
Neuseeland .	3½*	3½	Holland . .	201	21
Portugal . .	65	6	Spanien . .	40	30
Belgien . .	257*	6	China . . .	86	86
Rußland (+ Sibirien) . .	7	7	Japan . . .	157*	99
Frankreich .	74*	8	Deutschland	134	134

Das Zeichen * gibt an, welche Staaten im Dezember 1920 vom Genfer Völkerbund mit neuem Kolonialbesitz in Gestalt von „Mandaten" ausgestattet worden sind.

Die Zahlen der ersten Rubrik spiegeln das moralische Anrecht der Staaten auf Kolonialbesitz wieder: je höher sie sind, um so unvermeidlicher ist das jeweilige Volk auf Kolonien angewiesen, je niedriger sie sind, um so mehr Aufgaben blühen ihm noch auf dem Gebiete der „inneren" Kolonisation, und um so weniger ist es physisch imstande, Menschen und Kapital zur Entwicklung anderer, überseeischer Gebiete frei zu machen. Das, was man in Genf als „gerechte Regelung" anzusehen vorgab, springt auf den ersten Blick in die Augen: gerade die schon vorher mit unnatürlich großem Kolonialbesitz ausgestatteten Länder (Belgien, Frankreich, Großbritannien) und einige der am allerdünnsten besiedelten Staaten der Erde wurden mit Mandaten beschenkt! Nescis, mi fili, quantilla sapientia regatur mundus. —

Vielleicht ein noch besserer objektiver Maßstab für das Anrecht auf Kolonialbesitz ist die schon oben (S. 190/91) genannte „Tragfähigkeit Lebensraumes". Wenn 100 das Verhältnis angibt, bei dem die vorhandene Bevölkerung eines Stammlandes durch die im Lande selbst zu erzeugenden Nahrungsmittel, bei Ausnutzung aller heutigen Möglichkeiten, gerade ausreichend und gut ernährt werden kann, so sind in der nachfolgenden Tabelle die Zahlen unter 100 charakteristisch für die Länder, die noch weitere Volksmengen aufnehmen können, ohne die autarke Ernährung aus eigenem Boden zu gefährden, während die Zahlen über 100 Länder bezeichnen, in denen die Volksmenge größer als die Nahrungsdecke ist. Je niedriger die Zahl — um so bedeutender die Aufgaben der inneren Kolonisation; je höher die Zahl, um so stärker der Anspruch, auf die

Digitized by Google

koloniale Dringlichkeitsliste zu kommen, falls nicht Industrie der einen oder anderen Art (auch Fremdenindustrie) einen hinreichenden Ausgleich schafft. Die Tragfähigkeit des heimischen Lebensraums war dann (i. J. 1925) ausgenutzt in Prozenten:

Staaten mit Kolonialbesitz		Staaten ohne Kolonialbesitz	
Neuseeland	5	Brasilien	4
Australien	5	Kanada	6
Vereinigte Staaten	23	Argentinien	7
Rußland	50	Schweden	60
Spanien	79	Südslawien	74
Frankreich	81	Rumänien	75
Dänemark	85	Norwegen	138
Italien	113	Deutschland	140
Japan	131	Österreich	165
Großbritannien mit Irland	179	Finnland	174
		Schweiz	231

Um den in Genf begangenen Widersinn in vollem Umfang verständlich zu machen, werden wieder am besten einige statistische Tabellen sprechen. Vor dem Kriegsausbruch 1914 stellte sich die Größe der Kolonialreiche und ihr Menschenreichtum im Verhältnis zu den jeweiligen Mutterländern ungefähr folgendermaßen[1]):

Die Größe des Kolonialbesitzes (Kolonialquotient) 1913.

Name des Staates	Raumgröße des Kolonialbesitzes im Verhältnis zur Größe des Mutterlandes	Verhältnis zwischen der Kopfzahl der Kolonien zu der des Mutterlandes
Großbritannien	102,7:1	8,42:1
Belgien	80,1:1	1,19:1
Holland	59,8:1	6,13:1
Portugal	23,5:1	1,55:1
Frankreich	19,7:1	1,15:1
Italien	5,7:1	0,05:1
Deutschland	5,4:1	0,19:1
Japan	0,8:1	0,36:1
Vereinigte Staaten	0,23:1	0,10:1

Hiermit wolle man vergleichen, in welchem Verhältnis der Völkerbund die ehemals deutschen Kolonien i. J. 1920 aufteilte. Von nahezu 3 Mill. qkm deutschen Kolonialbesitzes erhielten:

England nebst Dominions 2400000 qkm (940000 qkm in Ostafrika, 835000 in Südwestafrika, 340000 in Kamerun, 243000 in der Südsee, 42000 in Togo),
Frankreich 495000 qkm (450000 qkm in Kamerun, 45000 in Togo),
Belgien 49000 qkm (Ruanda-Urundi),
Japan 2500 qkm (Südseeinseln nördl. des Äquators).

1) Alex. Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie, S. 1. Gotha 1919.

Digitized by Google

Außerdem verschaffte sich England aus der türkischen Erbmasse als Mandat oder Eigentum Mesopotamien, Transjordanien, Palästina und Cypern (das erhoffte Arabien ist ihm entgangen), Frankreich den größten Teil von Syrien.[1])

Diese Art der „Regelung der kolonialen Ansprüche", die der Völkerbund auf Befehl der Ententemächte gemäß der Versailler Verabredung vom 7. Mai 1919 vorgenommen hat, ist auf die Formel zu bringen: die am meisten mit Kolonien gesättigten, ja, übersättigten Länder erhielten den Löwenanteil von der Beute, die am schwersten übervölkerten und am dringlichsten auf neues Siedlungsland angewiesenen Bundesgenossen der Entente selbst entweder nur einen Abfall von des Herrn Tische, wie Japan, oder nichts, wie Italien. „Wer da hat, dem wird gegeben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden." In Berücksichtigung dieses Wortes der Bergpredigt hat der Völkerbund eine Verteilung der Mandate vorgenommen, auf Grund deren sich heute folgende Tabelle ergibt:[2])

Die Größe des Kolonialbesitzes 1925.

Name des Staates	Raumgröße des Kolonialbesitzes im Verhältnis zur Größe des Mutterlandes	Verhältnis zwischen der Kopfzahl der Kolonien zu der des Mutterlandes
Großbritannien	150,1 : 1	9,27 : 1
Belgien[3])	79,5 : 1	1,52 : 1
Holland	59,8 : 1	6,87 : 1
Portugal	23,5 : 1	1,12 : 1
Frankreich[3])	20,7 : 1	1,45 : 1
Italien[3])	6,4 : 1	0,05 : 1
Japan	0,8 : 1	0,40 : 1
Vereinigte Staaten . .	0,23 : 1	0,12 : 1
Deutschland	0 : 1	0 : 1

Englands Besitz allein ist in Asien 16mal so groß wie in Europa, in Australien 24mal, in Afrika 27mal, in Amerika 32mal so groß (vgl. Fig. 67)!

Der Völkerbund trägt für diese Sinnlosigkeit die volle Verantwortung. Die Zensur, die ihm auf Grund sachlicher Betrachtungsweise in einer hochstehenden wissenschaftlichen Zeitschrift Erich Obst hat zuteil

1) Regelrecht als Mandat vergeben wurden aus der türkischen Erbmasse zunächst lediglich Palästina (24. Juli 1922) und Syrien (28. Juli 1922), später auch Mesopotamien (16. Dezember 1925). Im Königreich Hedschas sind den Briten ihre Absichten infolge der Verschlagenheit Ibn Sauds mißlungen, dagegen ist Transjordanien durch den Vertrag vom 20. Februar 1928 in ein Vasallenverhältnis zu England gebracht worden.

2) Nach Erich Obst, a. a. O., S. 104/5, und Heinrich Schnee, Deutschlands Eintritt in die Mandatskommission im „Heimatsdienst", 1927, S. 220.

3) Gegenüber der Tabelle auf S. 266 war in Belgien 1925 das Mutterland um Eupen-Malmedy vergrößert, in Frankreich durch Elsaß-Lothringen, in Italien durch Südtirol, Triest, Istrien usw.

Digitized by Google

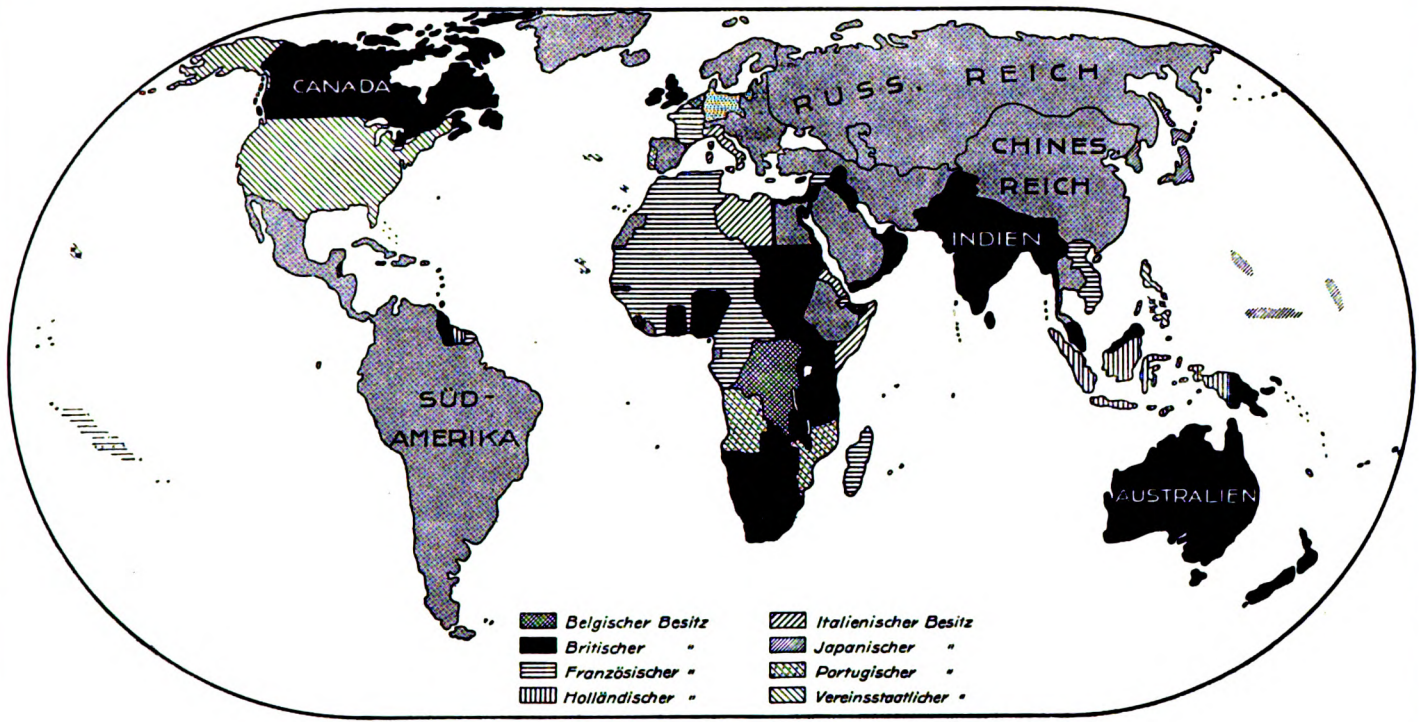

Fig. 67. Die Verteilung des Kolonialbesitzes.

Digitized by Google

werden lassen[1]), ist vielleicht das in seiner Schlichtheit vernichtendste Urteil, das je über ihn gefällt worden ist, er habe seine Aufgabe vorwiegend darin erblickt, „das Recht zu beugen im Interesse derjenigen Staaten, die die Macht besitzen".

Wenn wir von den bedenklichen Seiten des augenblicklich geübten kolonialen Mandatssystems einmal absehen und von einer höheren Warte aus die Frage prüfen, ob Mandatsverwaltungen ganzer Länder überhaupt empfehlenswert sind, so müssen wir zu einem recht ungünstigen Urteil kommen. Jedes Mandat muß selbstverständlich widerruflich und zeitlich begrenzt sein — sonst ist es eben überhaupt kein Mandat, geschweige denn ein „zu treuen Händen" verwaltetes Mandat! Nun lehrt aber die Erfahrung immer wieder, daß ein nur vorübergehender Besitz volkswirtschaftlich bedeutend weniger günstig als ein voraussichtliches Dauereigentum zu bewerten ist. Das erst im November 1906 von Stolypin beseitigte russische Mir-System oder das chinesische „Brunnenfeld" (Tsing Tien)-System, die dem Bauer bald dieses und bald jenes Ackerstück zur Bewirtschaftung zuwiesen, konnten wirklich nicht als ein Gipfel wirtschaftlicher Weisheit angesehen werden, da ein solcher Agrarkommunismus zwangsläufig zum Raubbau, zur raschen Erschöpfung des Bodens, zu ungenügender Vorsorge für künftige Ernten führen mußte. Haushofer hat überzeugend dargelegt, wie schon zweimal Vorläufer des jetzt in Rußland mit katastrophalem Endergebnis gepflegten Kommunismus die denkbar schlimmsten Folgen gezeitigt haben: die japanische Taikwa-Periode der Jahre 645—652 mit einer Aufteilung des Bodens nach der Kopfzahl und das in den Jahren 1069—1076 angestellte Experiment des vom chinesischen Kaiser Shin-tsung zum Staatslenker ernannten philosophischen Phantasten Wang-Ngan-Shi, der alles Privateigentum abschaffte und Ackerboden und Güter aller Art vom Staat verteilen ließ, auch die gesamte Ernte als staatliches Eigentum in Anspruch nahm.[2]) Haushofer faßt das Endergebnis dieser zwei kommunistischen Eisenbartkuren in die Worte zusammen:

„Bezeichnend ist, daß beide damit das Erbe zweier ausgezeichneter Regierungen vertaten und nicht nur den Zusammenbruch der Dynastie herbeiführten, sondern auch eine längere Fremdherrschaft. Das praktische Ergebnis war, daß niemand mehr den Boden ordentlich bebaute, der ihm nicht zu eigen gehörte und daß nach sieben Jahren der Versuch unter allgemeinem Elend zusammenbrach."[3])

Hinreichende Kenntnis der Geschichte hätte voraussichtlich nicht nur gar manche verhängnisvollen privatwirtschaftlichen Experimente der Jahre seit 1917 vermieden, sondern auch vor dem kolonialen Mandat (wenn es ehrlich gemeint war) zurückscheuen lassen. Denn welch Unterschied besteht schließlich zwischen den überspannten Weltverbesserungsideen eines Wang-Ngan-Shi oder Lenin und einer kolonialen Mandatserteilung durch den Völkerbund? Eine Zuerkennung von Kolonial-

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1925, S. 57. 2) Ebendort, S. 313.
3) Zur Geopolitik der Selbstbestimmung, S. 143.

Digitized by Google

besitz auf Zeit muß notwendig dieselben Mißstände, denselben Raubbau zur Folge haben wie die Verleihung von Ackerboden auf Zeit durch den Staat, und solch Raubbau hat sich in einigen Mandatsländern (Samoa, Neuguinea, Togo, Ruanda-Urundi) auch schon erschreckend deutlich bemerkbar gemacht. Die salbungsvolle Bestimmung der Mantelnote zum Versailler Diktat (16. Juni 1919), daß der Mandatar „keinerlei Vorteil aus dem anvertrauten Gute ziehen" darf, steht nur auf dem Papier, solange nicht der Genfer Auftraggeber mit Ehrlichkeit und Strenge über der Einhaltung dieser Verpflichtung wacht, wovon aber keine Rede ist. Wenn jene gutklingende Redensart nur zur Einschläferung der öffentlichen Meinung bestimmt war, wenn der Mandant ein Auge und noch lieber alle beiden zudrückt, um die massenhafte Verstöße gegen das Völkerbundsstatut, gegen Vernunft und Moral nur nicht zu bemerken und dann vielleicht zu unbequemen Auseinandersetzungen gezwungen zu sein, so ist ein gewissenloser Raubbau an den materiellen und menschlichen Werten eines Mandatslandes schlechterdings unvermeidlich. In der Privatwirtschaft wie im Leben der Staaten gewährt der dauernde Besitz die zweckmäßigste Verwendung und die liebevollste Fürsorge. Der Mandatsbegriff, auf die Kolonien angewandt, ist in der gegenwärtigen Form nicht ein Fortschritt, sondern ein schwerer Rückschritt. Man würde sich wohl auch zur Einführung einer solchen Neuerung nie verstanden haben, wenn man nicht in einer gewissen Verlegenheit gewesen wäre. Die Schaffung von „Verlegenheitsstaaten", für die keinerlei sachliche Notwendigkeit besteht, die auch von keinerlei Bevölkerung gewünscht werden und deren Begründung nur den Staatsmännern über gewisse peinliche Gegensätze hinweghelfen soll, ist ja überhaupt charakteristisch für die neueste Politik. Verlegenheitsstaaten sind Albanien, Danzig, das Monstrum des „Saarstaates", selbst Deutsch-Österreich. In eben diese Rubrik gehören die Kolonialmandate, die selbst bei einwandfrei gerechter Zuteilung der Mandatsländer und bei mustergültiger Erfüllung der übernommenen moralischen und rechtlichen Pflichten der Mandatare ein zweifelhafter Gewinn des modernen zwischenstaatlichen Lebens sein würden, die aber jetzt, infolge der meist wenig gewissenhaften Handhabung durch den Mandanten wie die Mandatare, eine schwere Kompromittierung der Staatenmoral im 20. Jahrhundert sein und bleiben werden. Ein objektiver Beurteiler, der selber als Berater Wilsons am Inhalt des Versailler Diktats mit gearbeitet hat, Staatssekretär Lansing, hat dies rundweg anerkannt, als er schrieb[1]):

„In seiner tatsächlichen Wirkung arbeitet der scheinbare Altruismus des Mandatssystems zugunsten der selbstsüchtigen und materiellen Interessen der Mächte, die solche Mandate annahmen."

Ein ähnliches, moralisch vernichtendes Urteil fällt Schnee[2]):

„Der Imperialismus der Mandatsmächte setzt sich nach wie vor über die Mandatsbestimmungen hinweg, ohne daß der zu ihrer Überwachung berufene Völkerbund

1) Robert Lansing, Die Versailler Friedensverhandlungen. Berlin 1921.
2) Heinr. Schnee, Nationalismus und Imperialismus, S. 330. Berlin 1928.

Digitized by Google

dagegen auftritt... Der Völkerbund spielt eine sehr traurige Rolle, indem er lediglich den Deckmantel bietet, hinter dem die Mandatare die Aneignung der Mandatsgebiete als Kriegsbeute durchführen."

Wie berechtigt diese Kritiken sind, hat sich in besonders lehrreicher Weise im Irak gezeigt. Am 24./25. April 1920 war in San Remo vereinbart worden, das Mandat über das wegen seiner Erdölschätze begehrenswerte Mesopotamien solle England erhalten. Darauf forderte am 17. Mai der amerikanische Unterstaatssekretär Polk für Mesopotamien die „Offene Tür" und drohte ein Ausfuhrverbot an, falls England sich weigere. Am 20. November erklärten sich die Vereinigten Staaten durch die „Colby-Note" als eine „zweifellos an den Mandaten interessierte Macht". Brüsk erwiderte Lord Curzon am 28. Februar 1921, „Gleichberechtigung" in den Mandatsgebieten dürften nur die Mitglieder des Völkerbunds für sich in Anspruch nehmen. Da aber kurz zuvor, am 21. Februar, die Vereinigten Staaten in einer Eingabe gefordert hatten, bei Vergebung der Mandate gehört zu werden, zog England es vor, das mesopotamische Mandat überhaupt nicht vergeben und sich lediglich vom englischen (!) Vorsitzenden des Völkerbundes, Lord Balfour, im September 1921 privatim „einladen" zu lassen, „provisorisch" die Verwaltung des Königreichs Irak zu übernehmen. Durch „Verträge" mit dem Strohmann-König Faissal vom 10. Oktober 1922, 11. Juni 1924 und jüngst noch vom 30. Juni 1930 hat sich dann England in Mesopotamien nachhaltig festgesetzt und das Land zum englischen Protektorat gemacht, in dem die Amerikaner keine Forderungen mehr stellen können. Als man sich freilich schließlich, am 14. März 1925, doch noch bereitfinden ließ, die amerikanischen Erdöl-Interessenten mit 25% Kapital an der mesopotamischen Petroleumbeute zu beteiligen, hatten die U. S. A. nichts mehr einzuwenden, daß ein mesopotamisches Mandat an England erteilt wurde!

Das härteste Urteil über das gesamte Mandatssystem aber hat ein Engländer, der bedeutende Kolonialpolitiker Dawson, gefällt, als er öffentlich erklärte:

„Ich werde nie aufhören, diese Gebietsmehrungen als in schäbiger und unehrlicher Weise zustande gekommen zu bezeichnen und ihre Besitzergreifung als die niedrigste Tat, die je im Namen der Regierung, der Krone und des Volkes in England geschehen ist."

11. Volk ohne Raum.

Es gibt also Staaten, die mit ihrer Überfülle von kolonialem Raum durchaus nichts anzufangen wissen, und andere, die unbedingt neues Siedlungsland haben müssen, wenn sie nicht ersticken sollen, und denen man es dennoch in Genf vorenthalten hat. Dem Grimmschen „Volk ohne Raum", wie es heute vor allem in Japan, China, Indien, Italien und Deutschland zu finden ist, steht der Raum ohne Volk gegenüber, wie er uns in einem großen Teile der französischen Kolonien, im Kongostaat, in Australien, Neuseeland, Südafrika und mannigfach anderswo entgegen-

Digitized by Google

tritt. Wenn es gelingt, die überschießenden Bruchteile der Völker ohne Raum in die Räume ohne Volk zu bringen, ohne sie gleichzeitig zu zwingen, Kulturdünger für fremde Nationen zu werden, kann das Bevölkerungsproblem der Erde noch auf einige hundert Jahre befriedigend gelöst werden — sonst nicht!

Die am dichtesten besiedelten geographischen größeren Einheitskomplexe der Erde sind zur Zeit die folgenden:[1])

	Menschen auf den qkm		Menschen auf den qkm
Barbados	363½	Martinique.	248
Ägypten (ohne Wüste)	360	Malediven	233
Sachsen	321	Grenada.	219
Java	266	Straits Settlements . .	213
Rheinland	263	Madeira	208
Belgien	257	Mauritius	202
England.	251	Holland	201

Demgegenüber wolle man bedenken, daß z. B. die gesamte Einwohnerzahl des Erdteils Australien nur der von London gleichkommt und daß von seinen 6,1 Mill. Bewohnern rund ein Drittel allein in den vier Städten Sydney, Melbourne, Adelaide und Brisbane zu finden ist, während fruchtbares Land in riesenhaftem Umfang künstlich menschenleer gehalten wird. Und eben dieses Australien hat großes und wertvolles Mandatsland erhalten (Deutsch-Neuguinea), dagegen Japan wenig, Italien nichts! „Ohne Wahl verteilt die Gaben, ohne Billigkeit das Glück" — —

a) Italien.

Nach der oben (S. 265) mitgeteilten Tabelle könnte es so scheinen, als sei unter den übervölkerten Ländern Italien ausgiebig genug mit Kolonialbesitz ausgestattet, da die für ein an Industrien und Rohstoffen armes Land viel zu große Bevölkerungsdichte von 136 Menschen auf den Quadratkilometer durch die Kolonialländer Erythräa, Somaliland, Tripolis, Cyrenaika und den Dodekanes bis auf 20 je Quadratkilometer herabgedrückt ist. Seine Kolonialgebiete sind aber wenig wert, typische Ausschußware, vielfach ausgesprochen wüstenhaft, so daß die heimische, überstarke Bevölkerungsdichte durch den Besitz eigener Kolonien kaum merklich beeinflußt wird. Dazu besitzt Italien über einen großen Teil seines Koloniallandes auch heute noch nur nominell die Oberhoheit[2]). Es ist daher in obiger Tabelle die Zahl für Italiens Kolonialland wirklich nur cum grano salis zu lesen.

1) Z. T. nach „Zeitschr. f. Geopolitik", 1925, S. 421,

2) Näheres bei L. Wittschell, Die Entwicklung Tripolitaniens seit der italienischen Besitzergreifung; in „Petermanns Mitteilungen", 1926, S. 167/168.

Digitized by Google

Die italienische Auswanderung wendet sich deshalb ungleich mehr nach Südfrankreich, Tunis, Algerien, Amerika usw. als in die Kolonien des eigenen Landes, und Italiens Hunger nach wirklich wertvollem Siedlungsland ist bislang ungestillt, das Verlangen nach seiner Befriedigung vollauf berechtigt. Im übrigen ist es nicht gut für Italien, daß ihm die Erinnerung an das altrömische Vorbild stets als nachahmenswertes Vorbild vor Augen steht. Mag auch der heutige Staat, in dem 1400 Jahre lang Deutsche, Normannen, Franzosen, Spanier bald hier bald dort die Herren spielten, noch jung, stolz und anspruchsvoll sein, es ist nicht zu verkennen, daß Italien niemals ganz und gar Herr im eigenen Hause sein, daß es mit seinen langgestreckten, offenen Küsten immer im Schlepptau der britischen Politik bleiben wird und muß, solange England die Meere beherrscht. Auch Italiens Hoffnung auf den Erwerb von Tunis muß skeptisch beurteilt werden, da England diese Pläne schwerlich unterstützen wird. Richtig urteilt Grabowsky[1]):

„England hat kein Interesse daran, daß die schmalste Stelle des Mittelmeeres, die Straße von Sizilien, in der Hand einer und derselben Macht sich befindet und nicht, wie jetzt, von zwei konkurrierenden Mächten flankiert wird."

Geopolitisch am interessantesten und weltpolitisch am gefährlichsten ist der immer schärfer hervortretende Gegensatz der siedlungstechnischen Zustände in den beiden romanischen Schwester- und Nachbarstaaten Italien und Frankreich. Italien verfügt über eine heimische Fläche von zur Zeit 310137 qkm, auf der Kohle und Erz so gut wie gänzlich fehlen, wo daher keine menschenmassierende Großindustrie entwickelt werden kann. Dabei ist die Bevölkerungsziffer in ständiger, rascher Vermehrung begriffen und von 1914, trotz aller Kriegsverluste, bis 1929 von 34½ auf 41[2]) Mill. Köpfe gestiegen. Demgegenüber weist Frankreich eine reichgesegnete Bodenfläche von 550986 qkm auf mit den größten Erzlagern Europas und bedeutenden Kohlenlagern, und dennoch stagniert seine Bevölkerungsziffer seit über einem halben Jahrhundert nahezu völlig. 1870 gab es in Frankreich 37, 1926 40,7 Millionen Menschen, so daß das viel kleinere Italien seit wenigen Jahren ebenso volkreich wie Frankreich ist, das noch unter Ludwig XIV. ein Drittel der gesamteuropäischen Bevölkerung, nämlich 24 Millionen, umfaßte. Italien ist seit Jahrzehnten genötigt, große Mengen seiner Söhne und Töchter, die es auf dem engen, durch Gebirge und Malariagebiete noch weiter beschränkten Boden der Heimat nicht zu ernähren vermag, ins Ausland zu senden. Fast ein Viertel aller Italiener lebt im Ausland, da eben die schlechten italienischen Kolonien nur eine äußerst kümmerliche Aufnahmestellung gewähren. Italien besitzt unzweifelhaft unter allen Kolonialvölkern, mit Ausnahme Dänemarks, die geringsten und wertlosesten Kolonien. Vier Zahlen be-

1) Adolf Grabowsky, Das Problem Paneuropa; in der „Zeitschr. für Politik", 1928, S. 697.

2) Die amtlichen Zahlen (42 Mill.) werden seit Jahren bewußt zu hoch angegeben. Vgl. Alois Fischers Darlegungen in „Zeitschr. f. Geopolitik" 1928, S. 335/6.

Digitized by Google

leuchten blitzartig die Lage und erhellen den Unterschied zwischen einem Land mit schlechten und einem mit guten Kolonien. Es betrug die Bevölkerungsziffer i. J. 1925:

	im Mutterland	in den Kolonien
Italien	38836000	1807000
Holland	7212700	49540000

Und inzwischen quillt daheim das italienische Volk nach allen Seiten über seine Landesgrenzen hinüber, in besonders großem Umfang in das gesegnete Frankreich hinein, das obendrein mannigfaches italienisches Sprachgebiet dem Mutterland entrissen und sich selber einverleibt hat: Korsika 1769, Nizza und Savoyen, die Wiege des italienischen Königshauses, 1859. Rund 55 % der italienischen Auswanderer wenden sich auf französischen Boden im Norden und Süden des Mittelmeeres. Die Zahl der in Frankreich lebenden Italiener ist in den letzten Jahren gewaltig emporgeschnellt; sie entwickelte sich folgendermaßen:[1])

1861 78000, 1872 115000, 1901 330000, 1921 470000, 1925 792000.

Es liegt hier also eine völkische Invasion vor, auf die Frankreich erklärlicherweise mit erheblicher Besorgnis blickt, denn der größte Teil dieser Einwanderer besitzt ein starkes Nationalgefühl und ist durchaus nicht gewillt, zu „guten Franzosen" zu werden. Frankreich würde ja gern diese italienischen Zuwandererströme im Süden, dazu 476000 Polen (1. Jan. 1927) einfach einbürgern und sich assimilieren, denn die Franzosen haben unter den weißen Völkern am wenigsten Rassenstolz und frischen dem Nationalstolz zuliebe, da sie der Menschenauffüllung dringend bedürfen, die schwindende eigene Volkskraft unbedenklich aus jeder Quelle auf, die sich gerade darbietet. In Paris leben ständig 200000[2]), in Marseille 100000 Farbige, in den Werken von Renault findet man neben Franzosen russische, ungarische, italienische, spanische, chinesische und schwarze Arbeiter. Und trotz alledem verringerte sich vom 1. Januar bis 1. April 1927 die Gesamtbevölkerungszahl des Landes um 32000 Köpfe. Wenn Maull[3]) Frankreich „einen absterbenden Staat" nennt, hat er m. E. recht. Sein Urteil deckt sich mit demjenigen Haushofers[4]):

„(Frankreichs) Macht ist ungebrochen, steht aber im Mißverhältnis zu den natürlichen Grundlagen seiner Großmachtstellung, denn sie kann weder durch Menschenkräfte noch durch materielle Machtmittel ersten Ranges gestützt werden."

Die Italiener wollen zumeist ihr Volkstum und ebenso ihre Sprache behalten, was in den italienischen Provinzen Frankreichs zumal leicht fällt, und somit muß Frankreich beginnen, Dämme gegen den Einwandererstrom

1) L'Emigrazione italiana, Rom 1925.

2) Vortrag Graf Brockdorffs auf der Tagung des Alldeutschen Verbandes in Halberstadt am 4. September 1927.

3) A. a. O., S. 283.

4) Kjellén-Haushofer, Die Großmächte vor und nach dem Weltkrieg, S. 224. Leipzig 1930.

Digitized by Google

zu errichten, wenn seine südlichen Landesteile nicht mehr und mehr italienisiert und schließlich von Italien als Irredenta beansprucht werden sollen. Das Problem ist für Frankreich um so schwieriger, als seine Volksdichte sich von 1913 bis 1921 von 74 auf 71,2 je Quadratkilometer verringert hat. 1927 hat außerdem zu Rosporden in der Bretagne schon ein französischer Minderheitenkongreß stattgefunden, an dem Bretonen, Elsässer und Korsen ihre Klagen und Beschwerden vortrugen, und 1928 in Kastellin (Chateaulin) eine bretonische Autonomisten-Tagung! Dazu ist ein „Zentralkomitee der nationalen Minderheiten Frankreichs" gegründet worden, deren Zahl sich heute schon auf 5¼ Millionen (!) beläuft (Deutsche, Belgier, Flamen, Bretonen, Basken, Katalanen, Italiener, Korsen, Polen, Russen, Neger und andere Farbige[1]). Es ist durchaus wahrscheinlich, daß den Franzosen eines Tages das Minderheitenproblem im eigenen Lande über den Kopf wachsen wird. Frankreich will jährlich 100000 Ausländer „nationalisieren": das Mittel erscheint aber mehr als bedenklich, und der Schatten des untergehenden Rom regt sich: die „Umvolkung" ist im vollen Gange! —

Noch gefährlicher ist für Frankreich die Lage in Tunis, seiner wertvollen nordafrikanischen Kolonie. I. J. 1881 hat es den Italienern dieses lebhaft begehrte koloniale „Gegenufer" durch den Bardovertrag mit dem Bei (12. Mai 1881) sozusagen vor der Nase fortgekapert, was den Hauptanlaß gab, daß es Bismarck gelang, Italien in den Dreibund hineinzubringen. Aber heute beherbergt das französische Protektorat Tunis dreimal so viel Italiener als Franzosen! Nicht weniger als 100000 Italiener haben sich in dieser „südlichen Verlängerung" ihrer Heimatinsel angesiedelt, und da sie nicht im geringsten Neigung zeigen, ihre kulturelle Eigenart und ihre Sprache zugunsten der herrschenden französischen Minderheit „tunisieren" zu lassen, so hat sich auch hier eine starke politische Reibungsfläche gebildet. Ebenso bestehen in der französischen Kolonie Algerien zwei Drittel der Bewohner aus Italienern und Spaniern (54000 Franzosen, 110000 Italiener). Dauernd können Tunis und Algerien natürlich nicht gleichzeitig französische Kolonie und italienisches Siedlungsland sein. Eine Aufgabe muß weichen, und da in unseren Tagen die größere Masse ausschlaggebend wirkt, kann es kaum zweifelhaft sein, nach welcher Seite die schließliche Entscheidung fallen wird.

Schon hat Mussolini zu Anfang 1927 den politischen Grundsatz verkündet, daß ein Land gewisse Rechte über seine ausgewanderten Kolonisten unter fremder Staatshoheit behalten müsse. Es ist dies genau derselbe Gedanke, den England seinerzeit gegenüber den Burenrepubliken verfocht. Er hat damals zum Burenkriege 1899 bis 1902 geführt — wie wird er sich in Tunis auswirken, auf das er in erster Linie gemünzt war? Den am 9. September 1918 mit Italien geschlossenen Vertrag, der den Schutz des italienischen Volkstums in Tunis garantierte, hat Frankreich bezeichnenderweise nicht erneuert, statt dessen sogar am 8. November

1) Hans Harmsen, Bevölkerungsprobleme Frankreichs, Berlin-Grunewald 1929.

Digitized by Google

1921 ein Dekret erlassen, das die Nationalisierung der Italiener in Tunis erleichtern soll. Unweigerlich ist hier ein politischer Konflikt erster Ordnung im Entstehen begriffen, und Witschell mag schon recht haben, wenn er einen „vierten punischen Krieg" heraufdämmern sieht.[1])

Die bevölkerungspolitische Lage Italiens verfinstert sich mehr und mehr. Die Möglichkeit der Entwicklung einer große Menschenmassen auf engem Raum ernährenden Großindustrie fällt fort aus Mangel an Rohstoffen, der Kjellén schon vor dem Kriege mit Bezug auf Italien sagen ließ:

„Im planetarischen Wettbewerb erscheint sein Ausmaß klein und das Dach niedrig."[2])

Frankreich sperrt sich nach Kräften gegen jede neue italienische Zuwanderung, das bisherige Hauptaufnahmebecken der Vereinigten Staaten, wo allein 1779000 Italiener leben, hat seine schon erwähnte, sehr strenge Kontingentierung durchgeführt und dürfte fortan nur kaum den dreißigsten Teil der italienischen Auswanderung aufnehmen, die im Jahrzehnt 1905—14 jährlich im Durchschnitt 658000, im Jahrsechst 1920—25 durchschnittlich 365000 Menschen umfaßte. Schon vor dem Kriege gab es unter den 30½ Mill. Bewohnern Brasiliens 1 Mill. Italiener, unter den 8,7 Mill. Einwohnern Argentiniens 618000, unter den 1½ Mill. Bewohnern Uruguays 100000 Italiener, so daß Colajanni diese Länder gelegentlich „italienische Kolonien ohne italienische Flagge" genannt hat.

Die Beteiligung am Weltkrieg hat Italien keine merkliche Erleichterung gebracht. In unverständlicher Kurzsichtigkeit haben die Staatsmänner, die 1914—19 des Landes Geschicke leiteten, einseitig nach Triest und nach der Veroneser Klause gestarrt. Es ist ihnen gelungen, die dort wohnende Irredenta und darüber hinaus unverdauliche Bruchstücke fremder Volksteile in den italienischen Staat einzubeziehen. Sie haben sich dort ein italienisches Irland auf den Hals geladen, aber das, was sie am notwendigsten brauchten, neues Siedlungsland, nicht gewonnen. Sie haben sich in den engen Gebirgstälern des Nordens und Nordostens festgerannt und darüber verabsäumt, sich von der ungleich wichtigeren kolonialen Beute der Entente ein ausreichend großes Stück zuerteilen zu lassen. Wäre damals schon ein Mussolini am Ruder gewesen, hätte eine derartige, schlechterdings unbegreifliche Übervorteilung Italiens durch seine eigenen, mit Kolonialland übersättigten Bundesgenossen nie und nimmer stattfinden können!

England hat den begangenen Fehler eingesehen, als der energische Mussolini in Italien ans Ruder gekommen war, und im September 1924 91122 qkm des (freilich wertlosen) britischen Jubalandes den Italienern überlassen, womit aber keine Abhilfe geschaffen ist. Dieses von England verschenkte Jubaland ist aber bezeichnenderweise für Besiedlung durch Weiße so wenig geeignet, daß Italien gezwungen ist, dort indische und

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1927, S. 1063.
2) Kjellén, Die Großmächte der Gegenwart, S. 33.

Digitized by Google

chinesische Kulis einzuführen — trotz des Menschenüberschusses der Heimat!

Und nun schüttert und stampft der überheizte italienische Bevölkerungskessel, und die eingepreßten Dämpfe sind, neben der polnischen Großmannssucht, zur schwersten Gefahr für den europäischen Frieden geworden. Der Widersinn der in Versailles und Genf beliebten „kolonialen Regelung" macht dies vollauf verständlich: es kann gar nicht anders sein! Bald in Fiume, bald am Brenner, in Korfu, in Albanien, in Adalia, in Marokko, im Yemen, suchen sich die Dämpfe ein Ventil. Wird es in absehbarer Zeit nicht irgendwo geöffnet, so geht Mussolinis treffsichere Prophezeiung von 1927 in Erfüllung: „Ausdehnung oder Explosion!" Schon sind durch den zu engen Lebensraum 9 Mill. Italiener außer Landes gedrängt worden.[1]) Dabei strebt Mussolini gleichzeitig eine möglichst starke Vermehrung der italienischen Bevölkerungsziffer an und hat in einer Rede am 26. Mai 1927 die Mahnung ausgesprochen, die Geburtenziffer des Landes derart zu erhöhen, daß ums Jahr 1950 rund 60 Millionen Italiener im Lande wohnen. Wie derartiges möglich werden soll, ist durchaus nicht zu ersehen — es sei denn, man erinnert sich, daß in einem Zeitalter, da der Völkerbund durch Mehrheitsabstimmung jeden künftigen Krieg abschafft, Mussolini aber, unbekümmert um Genfer Phrasen, der ebenso wahren wie düsteren Überzeugung Ausdruck gegeben hat: „Blut treibt die Räder der Weltgeschichte", die Wahrscheinlichkeit wirklich nicht groß ist, die Geschichte könne unter die „gerechte Regelung der kolonialen Ansprüche" durch den Völkerbund endgültig ihr Siegel setzen.

b) Japan.

Ganz ähnlich liegen die Dinge in Japan. Hier ist eine Volksmenge, die der der Vereinigten Staaten zu drei Fünfteln gleichkommt, auf einem Raum zusammengepreßt, der nur ungefähr zwei Dritteln des einen Staates Kalifornien entspricht! Kein anderes Volk leidet so schwer wie das japanische unter dem grundsätzlichen Widerstand gegen seine Ausdehnung auf allen Seiten, sei es, daß ohnehin überfüllte Länder wie China die Nachbarschaft bilden, sei es, daß eifersüchtige weiße Mächte dem gelben Mann die Ansiedlung neiden und erschweren, z. T. selbst auf stark unterbevölkerten Böden. Verschiedene Versuche der Japaner, in China Fuß zu fassen, scheiterten am Veto der Großmächte: die Früchte des siegreichen Krieges gegen China 1894/95 schlug der Einspruch Frankreichs, Rußlands und Deutschlands den Japanern aus der Hand, als sie sich im Frieden von Shimonoseki (17. April 1895) zum Pflücken anschickten, und der einzig begehrenswerte Preis, um den sich Japan am Weltkrieg beteiligt hatte, Tsingtau mit dem Schantung-Hinterland, mußte auf energisches Drängen der Vereinigten Staaten 1922 an China zurückgegeben werden. Nur im Norden gelang es Japan, nach dem sieg-

1) Zeitschrift Politica, Märzheft 1923: La Francia e noi.

Digitized by Google

reichen Kriege gegen Rußland sich in Korea, auf der Kwantunghalbinsel, in der Mandschurei und auf Sachalin festzusetzen. In Korea haben Japaner sogar schon ein Drittel allen Grund und Bodens im Privatbesitz. Aber viel kann Japan mit diesen Gebieten nicht anfangen, denn es braucht vor allem Land, wo Reisbau möglich ist, und das ist in jenen Ländern zumeist nicht der Fall. Es ist bezeichnend genug, daß gerade der Norden Japans, Hokkaido, wo der Reis nicht mehr gedeiht, verhältnismäßig schwach besiedelt ist, als fast einziges nicht übervölkertes Gebiet auf den Inseln (vgl. Fig. 68).[1])

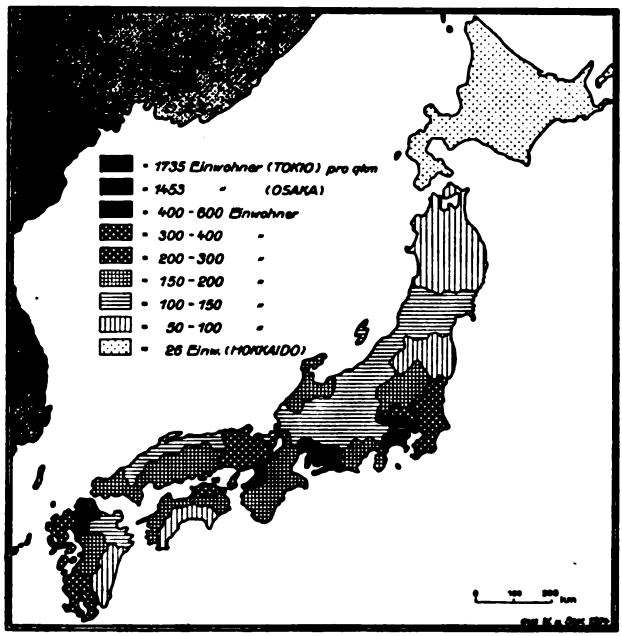

Fig. 68. Japans Volksdichte.

Japan ist in erster Linie ein ackerbauendes Land und wird es auch bleiben müssen, da die Grundlage für eine industrielle Entwicklung schmal, die verfügbare, wenige Kohle ungeeignet zur Verkokung ist und Eisenerz (das drüben im Jangtsegebiet, lockend genug, zu finden ist) gänzlich fehlt. Muß doch Japan sogar 90 % der im Lande erzeugten Rohseide ausführen, da ihm zur eigenen industriellen Weiterverarbeitung das erforderliche Kapital mangelt! Es ist schlechterdings ein unhaltbarer Zustand, daß in Japan die durchschnittliche Größe des bäuerlichen Ackerbesitzes nur 1 Hektar, auf der anderen Seite des Ozeans, in Kanada, obendrein bei noch überreich vorhandenen Mengen jungfräulichen Bodens, aber 64 ha ausmacht! In Kanada erhält jeder Einwanderer auf Wunsch 64 ha Boden kostenlos überwiesen, aber — japanische Einwanderer werden nicht gewünscht. Wie muß dergleichen aufreizend wirken! Solche siedlungspolitischen Gegensätze sind im „planetarischen Wettbewerb" des 20. Jahrhunderts einfach nicht tragbar, und wenn eine friedliche, wirklich gerechte „internationale Bodenreform"[2]) nicht rechtzeitig erfolgt, müssen und werden unweigerlich aus dem politischen Tiefdruckgebiet, das sich von Jahr zu Jahr deutlicher über dem Stillen Ozean entwickelt, schwerste

1) Näheres siehe Karl Haushofer, Japan und die Japaner, Leipzig 1923.
2) Oskar Aust in den „Deutschen Stimmen", 20. Januar 1928, S. 60.

Digitized by Google

Kriegsstürme entstehen (Fig. 69). Der japanische Staatsmann Graf Komura hat bereits i. J. 1909 innerhalb eines Lebensalters, d. h. also bis 1940, hinreichenden Lebensraum für 100 Mill. Japaner verlangt oder den Untergang des japanischen Volkes prophezeit. Mag diese Alternative übertrieben sein, die Tatsache ist nicht zu verkennen, daß Japan in noch höherem Maße als Italien einem überheizten Kessel gleicht, für den ebenfalls das Wort gilt: „Ausdehnung oder Explosion!" [1])

Japan steht inmitten einer feindlichen Welt ohne jeden Freund da; den einzigen, den es hätte haben können, hat es sich selbst verscherzt. Man hat es, nicht unzutreffend, das Preußen des Ostens genannt. Nun, der „Siebenjährige Krieg" dieses östlichen Preußen steht noch bevor. Die sittlichen Energien, mit denen es in ihn hineingehen wird, sind groß und verheißungsvoll genug, aber ob dem Lande in der entscheidenden Stunde auch ein großer Friedrich erstehen wird, muß abgewartet werden. Der Erfolg von 1904/05 gegen Rußland hat dem Land und Volk eine Atempause gewährt, nicht mehr. Und diese Atempause geht jetzt zu Ende! — Das wichtigste Gegenufer, das japanische Tunis, heißt Kalifornien. Wie im afrikanischen Tunis die Italiener den Herren des Landes an Zahl um das Dreifache überlegen sind, so sind in Kalifornien von 623752 acres landwirtschaftlichen Bodens volle 458065 in japanischem Besitz. Seit 1882 wehrt sich der Staat Kalifornien mit immer strengeren Maßnahmen gegen die gelbe Sturmflut. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es ihm schließlich, gestützt auf die überragende politische und wirtschaftliche Macht der nordamerikanischen Union, gelingen wird, der Überschwemmung durch die Asiaten im „gelben Irland" [2]) Herr zu werden. Die neuere, außerordentlich einschneidende Maßnahme, daß kein Japaner seinen kalifornischen Grundbesitz vererben kann, sondern daß nach seinem Tode der Staat das Verfügungs- und nötigenfalls das Enteignungsrecht darüber erlangt, scheint ein sehr wirksames Mittel zu sein, um im Kampf Rasse gegen Rasse den einstigen Erdteil des roten, heut des weißen Mannes dagegen zu schützen, daß sein Westrand schließlich vergilbt. Aber in Japan selbst muß und wird durch solche Maßnahmen der Manometerzeiger nur immer näher an den Gefahrenpunkt herangetrieben werden.

Hawai, wo die japanische Bevölkerung seit langem stark überwiegt, ist ebenfalls amerikanischer Besitz; sogar die Monroedoktrin ist schon i. J. 1842 auf diese Inselgruppe ausgedehnt worden, so daß eine japanische Erwerbung dieses vorwiegend von Japanern besiedelten „Rassenmischkessels" (Haushofer) unter den obwaltenden politischen Verhältnissen völlig aussichtslos erscheint. Auch ist die Inselwelt zu klein, als daß sie den japanischen Landhunger stillen könnte. Anders lägen die Dinge schon bei den ebenfalls amerikanischen Philippinen, die die Vereinigten Staaten

1) Über die japanische Auswanderung vgl. Ernst Schultzes Aufsatz in „Petermanns Mitteilungen", 1915, S. 130, und Karl Haushofer, Das japanische Reich, S. 111, Wien 1921.

2) Kjellén, Die Großmächte und die Weltkrise, S. 116.

Digitized by Google

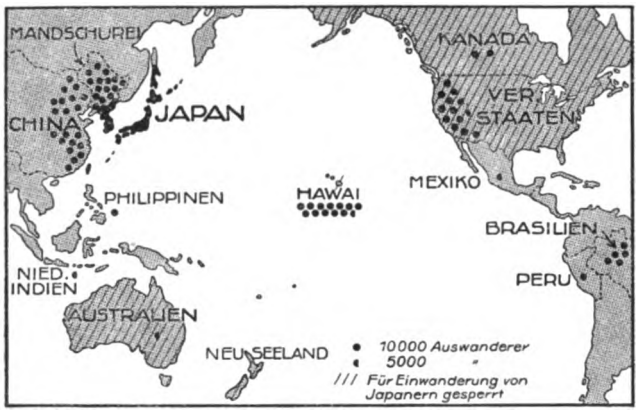

Fig. 69. Wanderdruck im Pazifischen Ozean.

i. J. 1898 den Spaniern abnahmen, in völliger Verleugnung des selbstverständlichen Grundsatzes, daß ihre Forderung nach allgemeiner Anerkennung der Monroedoktrin natürlich auch die Beachtung einer „umgekehrten Monroedoktrin" erfordert. Wer aber glaubt, daß in der heutigen politischen Konstellation die Vereinigten Staaten sich freiwillig ihres Philippinen-Besitzes, des westlichen Eckpfeilers ihrer politischen Machtstellung im Pazifik (vgl. Fig. 70) zugunsten der Japaner entäußern werden? Im Gegenteil, in Amerika stellt man an die Japaner die naive Zumutung (Marg. Sanger), sie möchten doch wieder „Geburtenkontrolle" üben! Überall steht Uncle Sam der japanischen Expansion als schwerstes Hindernis im Wege; selbst die japanische Siedlung in Mexiko, wo man als Mestizenstaat weniger von Rassenstolz weiß und dem Wanderdruck der Gelben keinen bedeutenderen Widerstand entgegensetzen würde, wird infolge der vereinsstaatlichen Bevormundung tunlich erschwert. China wehrt sich ebenfalls eifrig gegen japanische Siedlung, ist auch selbst viel zu stark bevölkert, als daß hier der japanischen Raumnot Erlösung winken könnte. Dasselbe gilt für die wichtigsten unter den gesegneten holländischen Sundainseln. Australien aber und Neuseeland, wo unbegrenzt viel Siedlungsland brachliegt, wehren sich, in Verfolgung des Grundsatzes „principiis obsta" noch zäher und konsequenter als die Amerikaner gegen jedes japanische Eindringen; denn man weiß ganz genau,

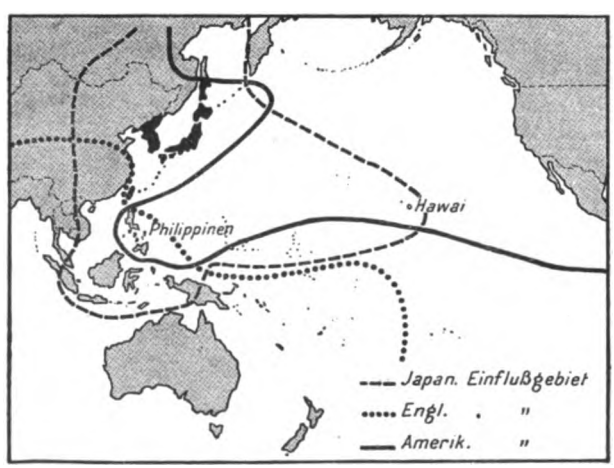

Fig. 70. Die Kreuzung japanischer, amerikanischer und englischer Einflußzonen im Großen Ozean.

Digitized by Google

daß die gelbe Flut überhaupt nicht mehr aufzuhalten ist, wenn in dem sorgsam errichteten Schutzdamm auch nur die kleinste Bruchstelle sich bildet. Solange Australien und Neuseeland als Dominions zum britischen Weltreich gehören, solange die Kanonen der englischen Flotte zu ihrem Schutze im Hintergrunde bereit stehen, kann Japan auch schwerlich daran denken, nach diesen verlockenden Siedlungsgebieten hinüberzugreifen. Deshalb werden Australien und Neuseeland, im Gegensatz zu den anderen Dominions Kanada und Südafrika, keinesfalls daran denken dürfen, sich ganz auf eigene Füße zu stellen und den Zusammenhang mit dem größeren Reichsverband zu lockern, denn im selben Jahr, wo sie ohne Anlehnung an eine Seemacht, die stärker als die japanische ist, dastehen sollten, würden sie ohne jeden Zweifel gegen die mongolische Flut vollkommen wehrlos sein und von ihr verschlungen werden. England hatte seit dem 30. Januar 1902 ein Bündnis mit Japan, das am 1. Oktober 1921 unter dem Druck der Dominions aufgehoben werden mußte. Aber nachdem der japanische Mohr seine Schuldigkeit getan und sich 1904/05 als Degen gegen Rußland, 1914 gegen Deutschland hat gebrauchen lassen, ist man in London keineswegs geneigt, seiner schwierigen Lage Rechnung zu tragen. In der Mandschurei und in Russisch-Ostasien mag er sich nach Gefallen ausbreiten: die zeitweilige japanische Festsetzung in Wladiwostok, die vorübergehende japanische Ausdehnung bis zum Baikalsee, die Überschwemmung des Amurgebiets mit japanischen Siedlern, die japanische Aneignung von Nord-Sachalin 1920—25, nach der Niedermetzelung aller 800 in Nikolajewsk lebenden Japaner durch die Russen, ließen England kalt, aber wie sehr man jeder japanischen Machtausdehnung nach dem wärmeren Süden Schranken zu errichten gewillt ist, zeigt die Schaffung der starken, neuen britischen Flottenstation in Singapur, die ihre Spitze ganz offen nur gegen Japan kehrt, um es von Indien und Australien fernzuhalten.

Mit der britischen und amerikanischen Weltmacht sich zu messen, kann Japan in absehbarer Zeit kaum einfallen. Der Mangel an Material und an Geld im Falle eines länger dauernden Krieges macht den Waffengang eines alleinstehenden Japan gegen Amerika oder England auf absehbare Zeit aussichtslos. Nach der angelsächsischen Seite hin wird der überhitzte japanische Dampfkessel also schwerlich explodieren, wenn nicht ganz große und vitale, neue Konfliktstoffe in die Erscheinung treten.

Japan hat jetzt jährlich einen Geburtenüberschuß von fast 1 Million Köpfen zu verzeichnen. Bisher ist es ihm noch immer, wenn auch zuweilen mit Mühe, gelungen, seinen Bevölkerungsüberschuß in fremden Ländern unterzubringen. Die Ventile sind freilich beunruhigend eng. Der vor einigen Jahren mit Brasilien geschlossene Siedlungsvertrag, wonach in Sao Paulo bis zu 100000 Japaner angesiedelt werden können, war schon ein großer Erfolg — aber 100000 beträgt Japans Volksvermehrung in knapp 1½ Monaten! — Dabei ist Japan trotz seiner Raumnot klimatisch anspruchsvoll und lehnt Siedlungsländer ab, wonach „das arme Deutschland von

Digitized by Google

heute, das seine Kinder nicht ernähren kann, die Hände ausstrecken würde, mit der Begründung, daß es dort zu kalt sei, daß es ihnen an landschaftlichem Reiz fehlt".[1]) Einst sah man (Baron Honda) in der Mandschurei die „erste Verteidigungslinie Japans", bezeichnete dies Land als „einfach lebensnotwendig für unsere nationale Existenz" und wollte alljährlich je 200 000 Japaner daselbst ansiedeln. Aber das kalte Klima behagt den Japanern nicht: einige zwanzig Jahre später wohnten insgesamt nur 200 000 Japaner daselbst (davon die Hälfte als Angestellte), während in derselben Zeit 900 000 Koreaner und Millionen von Chinesen (1927 allein 2 Millionen!) eingewandert waren. Japan nimmt also nicht Siedlungsland um jeden Preis, sondern verlangt gutes Siedlungsland — wie soll aber diese Forderung ohne eine starke Schmälerung fremder Rechte, die nur im Kriege erzwungen werden kann, verwirklicht werden?

c) Deutschland.

An der sittlichen Berechtigung des Kolonialhungers Italiens und Japans kann nach dem Gesagten nicht der leiseste Zweifel bestehen. — Das dritte Land aber, das in gleich hohem Maße ein moralisches Anrecht auf ausreichend großen Kolonialbesitz hat, ist Deutschland. Zwar hat Deutschland gegenüber jenen beiden anderen übervölkerten Staaten den unschätzbaren Vorzug, daß es eine der größten Industrien der Welt entwickeln und dadurch Millionen von Volksgenossen im eigenen Lande Brot und Arbeit verschaffen konnte, ohne neues Ackerland in Anspruch nehmen zu müssen. Aber andererseits darf auch nicht vergessen werden, daß Deutschland seit 1919 der eigenen überseeischen Besitzungen vollkommen entbehrt, während Italien doch immerhin volle 2 179 000 qkm, wenn auch minderwertigen, Kolonialbodens sein eigen nennt und Japan über 291 300 qkm eigner Kolonien von mittlerer Güte verfügt. Es wird sich daher wohl schwerlich eine Rangordnung aufstellen lassen, welcher von diesen drei kolonialbedürftigsten Staaten in erster Linie Anspruch auf Zuteilung von Kolonialland hat. Man sagt kaum zu viel, wenn man behauptet, daß alle drei etwa ein gleich großes Anrecht haben, und sie sollten nur diese Erkenntnis praktisch ausnutzen, indem sie im Genfer Völkerbund eine gemeinsame Front zur Durchsetzung ihrer Ansprüche bilden! Die Völkerbunds-„Regelung" der kolonialen Ansprüche in Gestalt der „Mandats"-Zuerteilungen vom

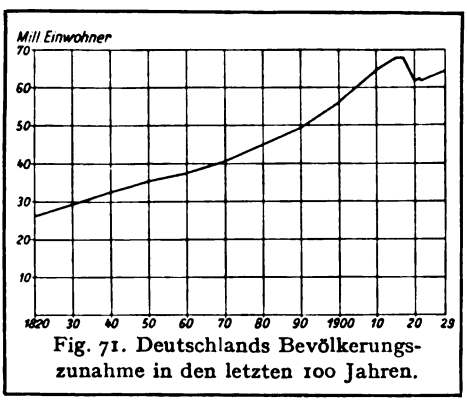

Fig. 71. Deutschlands Bevölkerungszunahme in den letzten 100 Jahren.

1) Karl Haushofer, Das japanische Reich, S. 73.

Digitized by Google

Jahre 1920 grenzt jedenfalls, geopolitisch betrachtet, an Wahnwitz, wie nachfolgende Übersicht unzweideutig erkennen läßt:[1])

Land	Stand zu Anfang 1914		Änderung in Versailles und Genf	
	qkm	Kopfmenge	qkm	Kopfmenge (1925)
England	30812400	435039000	+ 7497800	+ 36116000
Frankreich	11020500	85176000	+ 910000	+ 11818000
Deutschland	3493800	77313000	— 3022600	— 13087000
Japan	673720	72207000	+ 9400[2])	+ 6099000
Italien	2463800	36979000	+ 23489	+ 3664000
Belgien	2394500	15996000	+ 54900	+ 3975000

Also England, das in seinem Weltreich 1914 bereits fast ein Viertel der gesamten Landmasse der Erde (und zwar natürlich gerade der besten Teile) und ein Viertel der gesamten Menschheit vereinigte, hat seinen Landbesitz nochmals um 25, seinen Menschenbesitz um etwa 8 % vermehren können, während das hoffnungslos übervölkerte Japan sich mit einer Vermehrung seines Landes um nur 0,37 % begnügen mußte, Italien in Übersee leer ausging und Deutschland um sechs Siebentel seines Territoriums gekürzt wurde!

Gewiß kann gerade Deutschland als industriell hochentwickeltes Land den Mangel an Kolonien noch eher als ein vorwiegend agrarisch eingestellter Staat mit starker Übervölkerung ertragen. Die wundervolle deutsche Industrie hat es möglich gemacht, daß von 1820—1913 die Bevölkerungszahl des Landes von 27 auf 67 Mill. steigen und dennoch die Auswanderung 1885 bis 1913 von 300000 auf 26000 im Jahr zurückgehen konnte (Fig. 71). Wenn Deutschland nicht die sinnlos hohen Kriegsentschädigungen zu zahlen hätte — jahraus jahrein in jeder Minute 6600 Mark! —, würde es eine starke Arbeitslosigkeit wohl überhaupt kaum kennen und könnte dennoch seine dicht gedrängte Volksmenge auch gegen-

Fig. 72. Die Verwirklichung von Wilsons Punkt 5: „Gerechte Regelung aller kolonialen Ansprüche."

1) Nach Erich Obst, England, Europa und die Welt, S. 84/5 und 100/1.

2) Hiervon 7000 qkm wieder an China abgegeben (1922).

Digitized by Google

wärtig noch auf eigener Scholle ausreichend beschäftigen und ernähren. Der Wert der deutschen Kolonien der Vorkriegszeit lag ja weit mehr in ihrer Rohstofferzeugung und in ihren handelswirtschaftlichen Zukunftsaussichten als in ihrer Eigenschaft als Auffangbecken für überschüssige Menschenmengen. Die Gesamtzahl der deutschen Siedler, Pflanzer, Beamten und Kaufleute in den deutschen Schutzgebieten war zahlenmäßig durchaus nicht hoch, und der starke Rückgang der deutschen Auswanderung seit dem Anfang der 80er Jahre bis zum Weltkrieg ist weit weniger durch das Vorhandensein der Kolonien nach 1884 als durch den Riesenaufschwung der innerdeutschen Industrie bedingt worden. Deutschland hat auch heute nur etwa 60000 Auswanderer jährlich aufzuweisen!

Das Zeitalter der Maschine hat soziologisch eine Umwertung aller Werte gebracht. In den älteren Zeiten, als die Menschheit keine anderen „Maschinen" kannte als die Segelschiffe sowie die Wind- und Wassermühlen, wurde die körperliche Kraft des Menschen besonders hoch bewertet. Der stärkste Mann war in der Regel der größte Held, und bei den Völkern, die den Kindesmord pflegten, erfolgte die Auswahl meist in der Weise, wie es bei den Spartanern der Fall war, daß die schwächlichen Kinder getötet, die körperlich kräftigen aufgezogen wurden. Heute werden die geistigen Werte mehr geschätzt, die ja oft genug an einen schwächlichen und kranken Körper gefesselt sind. Ein Großer Friedrich und Kant, ein Schiller und Menzel wäre auf niederen Kulturstufen schon sogleich nach der Geburt getötet worden. Heute stellt die Maschine die konzentrierte und potenzierte Kraftleistung dar, und beim Menschen werden, trotz aller Sportverirrungen, die die bedeutendsten Boxer und Ringkämpfer unter die Heroen des Zeitalters einreihen, mehr und mehr die geistigen Qualitäten höher als die körperlichen geschätzt. Die rohe Kraft allein ist entthront worden.

Wenn man das Wesen der ganzen Kultur in materialistischer Hinsicht dahin gedeutet hat, daß sie die zunehmende Fähigkeit des Menschen, die Energie zu beherrschen, widerspiegle, so stellt die Industrie die bisher höchste und raffinierteste Steigerung eben dieser Kultur dar, denn sie erspart, durch erstaunliche Vervielfachung der Menschenkräfte bzw. der Pferdekräfte, Energie im denkbar höchsten Maße. Wenn in den Vereinigten Staaten alle natürlichen Wasserkräfte ausgebaut sein werden, von denen gegenwärtig erst ein Siebentel benutzt wird, kann man mit 40000 Arbeitern eine Leistung vollbringen, zu der jetzt 450000 nötig sind und überdies noch 200000 Güterwagen und 5000 Lokomotiven zur Beförderung von Kohle einsparen. Heute wohnen in Großbritannien 44½ Mill. Menschen, aber die landlosen „Heloten", die Maschinen, lassen allein in den Fabriken 175 und im Verkehrswesen 90 Mill. Menschenkräfte arbeiten.[1]) Mit Hilfe der Maschinen ist es möglich gewesen, die Beschaffung von 35 l Weizen, zu deren Kauf i. J. 1830 eine Arbeitszeit von drei Stunden

1) Fairgrieve, a. a. O., S. 365.

Digitized by Google

nötig war, bereits 1896 in nur zehn Minuten und heut in noch viel kürzerer Zeit zu ermöglichen.[1]) Und das Merkwürdige ist, daß trotz der starken Ratinonalisierung der Betriebe, die Menschenhände einzusparen gestattete, in den wirtschaftlich gesunden Zeiten die besonders rasch anschwellenden Menschenmengen der Industriegebiete dennoch ausreichend Arbeit und Brot finden konnten, so daß man vor 1914 eine irgendwie nennenswerte, dauernde Arbeitslosigkeit kaum kannte, ja sogar noch eine erhebliche Menge von ausländischen Dauer- oder Saisonarbeitern nach Deutschland hereinziehen mußte, von denen allein die polnischen Wanderarbeiter alljährlich etwa für 120 Mill. Mark Arbeitslohn aus Deutschland nach Polen ausführten. Die Vervielfachung der industriellen Leistung war eben stärker als die Menschenersparnis infolge der Betriebsrationalisierung. Jeder Rückschlag in einem so fieberhaft gesteigerten Leistungsparoxysmus der Industrie mußte dann freilich doppelt hart und schwer empfunden werden, und es erscheint fast wunderbar, daß im ausgeplünderten Deutschland, dem man „vingt millions de trop" Menschen so oder so aufzwingen wollte, die Zahl der Erwerbslosen nie über 3 Mill. (1929) und die Zahl der jährlichen Auswanderer nie über 115000 (1923) hinausging.[2]) Diese Tatsache zeugt von einer im Grunde doch wohl gesunden Struktur. Wenn der deutschen Industrie voller Raum zur Entwicklung gegeben wäre, brauchte selbst das kolonienlose Deutschland keine großen Menschenverluste durch Abwanderung ins Ausland zu befürchten. Aber im Interesse der tunlichen Erhaltung unseres Nationalvermögens, das nicht dauernd Milliarden Mark jährlich für Nahrungsmittel ans Ausland zahlen kann, im Interesse unserer Zahlungsbilanz, im Interesse unserer vollen Gleichberechtigung unter den Völkern und zwecks endgültiger Erwürgung der schamlosen „kolonialen Schuldlüge" dürfen wir allerdings nicht müde werden, eine Revision des Versailler Artikels 119, der uns unsere Kolonien, unter Bruch des feierlich gegebenen Wilson-Wortes, raubte, und neuen, wirklich wertvollen Kolonialbesitz zu fordern, mit demselben Recht, mit dem Italien und Japan für sich Siedlungsland zu verlangen die sittliche Pflicht und das sittliche Recht haben.

Vergessen wir jedenfalls nie, daß heute Deutschland das Land mit der größten Irredenta der Welt ist: es gibt fast 95 Mill. Deutsche in der Welt, 83 Mill. in Europa, davon 77½ Mill. in geschlossener Siedlung in Mitteleuropa; aber im Deutschen Reich leben heute kaum 64 Mill., die anderen 13½ Mill. sind auf 19(!) verschiedene Staaten verteilt. Dazu waren in den Vereinigten Staaten schon um die Jahrhundertwende von den 4,9 Mill. überhaupt vorhandenen landwirtschaftlichen Unternehmungen 522952 = 10,7 % im Besitz von Deutschgeborenen, und unter den 2106000 in der vereinsstaatlichen Landwirtschaft beschäftigten

1) Fairgrieve, a. a. O., S. 374.

2) Allerdings ist zu beachten, daß in der Nachkriegszeit die deutsche Auswanderung einmal durch die Inflation und weiter durch die Erwerbslosenunterstützung künstlich stark gehemmt wurde.

Digitized by Google

Männern waren gar 775 000 = 37 % deutscher Herkunft, davon nahezu zwei Drittel Farmer oder Pächter.[1]) — Kein Volk Europas hat so ausgiebig als Kulturdünger für fremde Nationen gedient wie das deutsche!

d) Indien.

Ein viertes hoffnungslos übervölkertes Land, dessen Volk ein gewisses Anrecht auf Zuweisung neuen Bodens hat, ist, so seltsam es klingt, Indien. Zwar ist Indien selbst Kolonie, aber es ist bemerkenswert genug, daß ihm bei Kriegsende von England versprochen worden war, es solle das ehemalige Deutsch-Ostafrika als Kolonie erhalten. Auch dies Versprechen ist nicht gehalten worden. Immerhin hat England sein nunmehriges Mandatsgebiet Tanganjika-Territorium indischer Einwanderung in erheblichem Umfang geöffnet: in den letzten Jahren sind siebenmal soviel Inder als Europäer ins Land gekommen. Es war dies freilich um so notwendiger, als gleichzeitig das Dominium Südafrika sich recht wenig freundlich gegen indische Kolonisten stellte und sich gegen sie ähnlich, wie der Staat Kalifornien gegen die gelbe Rasse, verhielt. Hat doch die südafrikanische Regierung in vier Jahren 20384 Inder mit mehr oder minder sanftem Zwang in die Heimat zurücktransportiert! Während in der Kapkolonie letzthin nur 6655, in Transvaal 15774 Inder gezählt wurden, erreichte ihre Zahl in dem ebenfalls zum Dominium gehörigen Natal 151430. Ähnlich, wie Japaner in Kalifornien, besitzen Inder in Natal und Sululand 17931360 acres Land und überdies allein in der Stadt Durban Grundstücke im Werte von 26 Mill. Mark. Südafrika hat schon mit seinem „native problem" mehr als genug zu tun und möchte daher die Inder am liebsten ganz ausschließen, um Südafrika tunlich als white man's land zu erhalten. Da auch Chinesen immer zahlreicher nach Südafrika kommen, bildet sich dort ein bedenkliches Konglomerat aus der weißen, schwarzen, braunen und gelben Rasse. Da Indien wehrlos ist, wird gegen die Inder natürlich besonders rücksichtslos vorgegangen. Aber wo soll Indien seine überschießende Bevölkerung lassen? — Und drüben in Amerika hat z. B. Argentinien von dem fruchtbaren Boden seines 2,9 Mill. qkm großen Landes vier Fünftel noch gar nicht angerührt!

Die rasch wachsende indische Unabhängigkeitsbewegung, die den allindischen Kongreß in Madras am 27. Dezember 1927 die völlige Freiheit des Landes als Ziel proklamieren ließ und die in der Folge, in Gestalt der bekannten Gandhi-Bewegung, einen zeitweise schon recht bedrohlichen Charakter annahm, ist gerade durch den im unfreien Indien doppelt spürbaren Bevölkerungsdruck lebhaft angestachelt worden.

e) China.

Selbstverständlich hätte das übervölkerte China, dessen Bevölkerungszahl sich 1929 auf 442 Millionen belief, also fast ein Viertel der

1) Robert Michels, Über den amerikanischen Nationalitätsbegriff; im „Weltwirtschaftl. Archiv", 1928, S. 281.

Digitized by Google

ganzen Menschheit umfaßt, ebenfalls Siedlungsland nötig. Da aber bisher nicht einmal das viel mächtigere Japan seinen Bedarf an Kolonien decken kann, hat China auf weit absehbare Zeit erst recht keine Aussichten. Es muß es daher ähnlich machen wie Italien und fremde Hoheitsgebiete mit chinesischen Ansiedlern überschwemmen. Von 1900 bis 1923 sind 13 Mill. Chinesen in die nördlichen, 9 Mill. in die südlichen Umländer ausgewandert, zusammen also 22 Millionen[1]), und nach 1923 hat diese Auswanderung noch eine außerordentliche Steigerung erfahren. Von den 10 Millionen Bewohnern Siams sind nicht weniger als 4 Mill. Chinesen, in Singapur leben neben nur 5000 Weißen und 100000 Malaien 400000 Chinesen. In Penang und in den Straits Settlements stellen die Chinesen zwei Drittel der Bevölkerung; nach der Mandschurei sind allein in den drei Monaten Februar bis April 1927 täglich fast 10000 Menschen aus China ausgewandert! Sogar auf Kuba bestehen schon 10% der Bevölkerung aus Chinesen. Die weiße Rasse sieht diese gelbe Sturmflut wirklich nicht gern, aber sie muß sich auch hüten, das Ventil der Auswanderung abzusperren. Der Chinese ist ja an sich ungemein langmütig, doch wenn der Druck gar zu stark wird, kann dieses größte Volk der Erde eine unermeßliche Gefahr werden. Der Boxerfeldzug von 1900 hat einen Vorgeschmack gegeben, was eine allzu bedenkenlose Behandlung en canaille heraufbeschwören kann. Und die chinesische Geschichte kennt auch jenes furchtbare Blutbad von Khanfu (Hangtschou) i. J. 878, in dem wahllos sämtliche fremden Händler, angeblich 200000 an Zahl, niedergemacht wurden, weil sie das Volk allzusehr ausgesaugt hatten. Es bleibt gar nichts übrig, als daß die fremden Mächte auch China gegenüber schließlich dem Grundsatz des „Leben und Lebenlassens" zur Geltung verhelfen. Aber es ist kaum zu sehen, wie Erich Obsts Prophezeiung[2]) nicht wahr werden soll:

„Früher oder später wird Europa und mit ihm Großbritannien im Fernen Osten gänzlich ausgespielt haben."

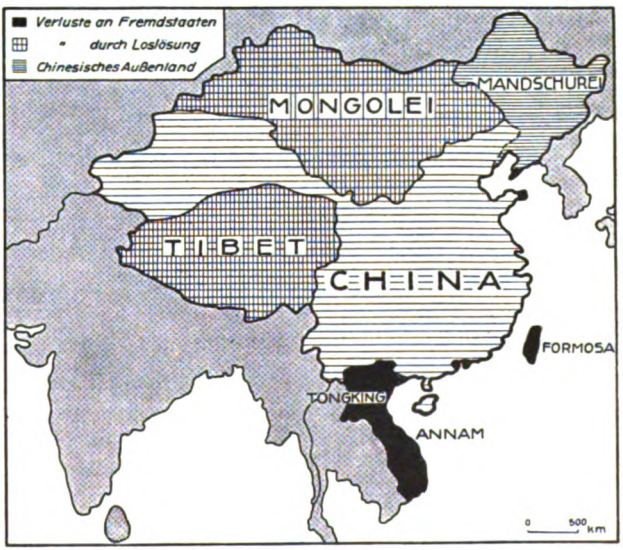

Fig. 73. Die Beschränkung des chinesischen Siedlungsraums auf eigenem Boden.

1) Karl Haushofer, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung, S. 83.

2) „England, Europa und die Welt", S. 99.

Digitized by Google

Und zwar scheint es, als werde auf die Dauer das politisch starke, kriegstüchtige und impulsive Japan als Gegner nicht so gefährlich sein wie das vorläufig noch politisch schwache, schwerfällige und schläfrige China, das aber recht eigentlich die Sphinx des Fernen Ostens darstellt. —

12. Vor dem Ende des kolonialen Zeitalters?

Europas Suprematie in der Welt, die 3000 Jahre lang, wie ein Fels von Bronze, unerschüttert stand, ist schwer unterhöhlt und seit dem großen Weltkrieg als sichtlich im Schwinden begriffen zu erachten. Amerikas wirtschaftliche Überlegenheit ist schon heute offensichtlich und muß, bei den ungeheuren natürlichen Reichtümern des Kontinents, fast von Jahr zu Jahr mehr in die Erscheinung treten. Von der wirtschaftlichen ist aber die politische Überlegenheit nur durch eine Phasenverschiebung getrennt. Man ahnt es immer deutlicher: der Besiegte des Weltkriegs ist ganz Europa gewesen und der Gewinner Amerika! Die vor 1914 völlig unbestrittene Hegemonie Englands in der Welt, auf politischem wie wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, ist verloren. Englands wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber Amerika, dessen Schuldner es geworden ist, liegt klar zutage, die Dollarwährung hat die Pfundwährung als stabiler Wertmesser verdrängt, Wall Street ist an Stelle von London der Herr der Welt geworden. Daß Amerika auch politisch die Führung erlangen wird, ist kaum zu bezweifeln, wenn man berücksichtigt, daß künftig die großen politischen Entscheidungen immer häufiger im pazifischen Bereich fallen werden, und daß demgemäß die Vereinigten Staaten schon ihrer geophysischen Lage nach das kommende Reich der Mitte sein werden. Eines Tages wird es plötzlich aller Welt offenbar werden, was bisher erst wenige ahnen, daß die englische Einkreisung, die 1914 um Deutschland gelegt worden war, gerade gegenwärtig durch ein englisches Eingekreistwerden abgelöst wird.

Aber nicht nur von Amerika droht der politischen Herrscherstellung Europas Gefahr, sondern auch sonst in der Welt brauen sich allerhand Gewitterwolken zusammen, aus denen eines Tages ein Wirbelsturm mit verheerender Gewalt daherbrausen und die Throne der europäischen Herren stürzen könnte. Die Sicherheit der kolonialen Reiche ist vielfach unterwühlt, und man versteht es, wenn nicht ganz selten die Meinung vertreten wird, das Ende des kolonialen Zeitalters überhaupt sei nahe herbeigekommen.[1]) Aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus ist diese Auffassung, wie oben (S. 261) dargelegt, bis auf weiteres wohl noch als übertrieben zu bezeichnen, solange viele unentwickelte Länder das weiße Kapital und die weiße Intelligenz einfach nicht entbehren können. Aber freilich, der alte, bequeme Begriff der völlig rechtlosen Kolonien wird wohl allerdings nicht mehr lange beizubehalten und koloniale Betätigung

1) Vgl. u. a. Karl Hoffmann, Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters, Leipzig 1917.

Digitized by Google

nur noch mit einer gewissen Zustimmung der Bevölkerung der Kolonien möglich sein. Das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" scheint, sehr gegen den Willen seiner Erfinder, bis in die kulturentlegensten Teile der tropischen und subtropischen Gebiete gelangt zu sein und hat in wenig mehr als zehn Jahren wahre Revolutionen im Denken der farbigen Völker ausgelöst. Die Ehrfurcht vor den Weißen, vor der weißen Rasse, die Scheu vor ihrer Gottähnlichkeit, ist in raschem Schwinden begriffen und wird, wenn überhaupt, nur durch ganz große kulturelle Leistungen zu neuem Leben zu erwecken sein, nicht aber mehr durch Gewalt und herrische Gebärden. Der Sieg der Japaner über die Russen, der Gelben über die Weißen, i. J. 1904/05 hat den Thron des weißen Mannes zuerst erschüttert; der Weltkrieg aber, in dem Farbige aus aller Herren Länder auf die europäischen Schlachtfelder geschleppt wurden, um Weißen gegen Weiße zu helfen, hat alle Bande frommer Scheu gelöst, hat das Selbstgefühl der farbigen Rassen gewaltig gesteigert, weil sie instinktiv fühlten, daß der Weiße ohne ihre Hilfe nicht fertig wurde, und hat gleichzeitig diejenigen, die bis dahin durch die raffinierte Technik im großen Welttheater geblendet wurden, einen tiefen Blick hinter die Kulissen tun lassen, der ihnen besser verborgen geblieben wäre: sie haben die Drähte gesehen, an denen die schönen Puppen tanzten, und sie ziehen daraus ihre weiteren Schlüsse. Der tiefe und grundsätzliche Respekt vor dem Weißen als solchen, das sicherste Fundament der Kolonialmacht der europäischen Nationen, ist auf Nimmerwiederkehr zerstört oder mindestens sehr stark angefressen worden. Noch in der Schlacht bei Tanga (3.—5. November 1914) stellten Lettow-Vorbecks ostafrikanische Askaris das Feuer ein, als sie sahen, daß eine nur aus weißen Engländern bestehende Truppe ihnen gegenüberstand, und sie erkundigten sich ausdrücklich, ob sie den Feuerbefehl denn richtig verstanden hätten, denn drüben seien ausschließlich Weiße zu erblicken. Solche Gewissensskrupel werden den Farbigen aller Erdteile in Zukunft schwerlich noch einmal kommen. Die Kunde, daß damals bei Tanga 800 Askaris unter guter Führung 9000 Mann britische Truppen in die Flucht schlugen, hat sich in ganz Afrika verbreitet und gar sehr zum Nachdenken über die Gottähnlichkeit der Weißen angeregt. — 1914 sollten die farbigen Rassen nur ein einziges weißes Volk verachten lernen, es beleidigen, unterdrücken und quälen dürfen, aber es ging ihnen dabei wie der Frau Alving in Ibsens „Gespenstern": „Nur an einem einzigen Knoten wollte ich zupfen; als ich den aber auf hatte, da gab die ganze Geschichte nach. Und da merkte ich, daß es nur Maschinennaht war." Auch im Verhältnis der weißen Rasse zu den farbigen ist in Wahrheit der Weltkrieg zur Weltwende geworden — —

Was sich neu herausbildet, könnte man ein Kontinentalgefühl nennen. „Asien den Asiaten", „Afrika den Afrikanern" lauten die Schlagworte, in Anlehnung an das durch die Monroedoktrin unausgesprochen geprägte Feldgeschrei „Amerika den Amerikanern". Nach dem Vorbild der verschiedenen panamerikanischen Kongresse, die seit 1889 alle paar Jahre

Digitized by Google

einmal stattgefunden haben, hat bereits 1926 ein erster panasiatischer Kongreß in Nagasaki, also im Lande der immer deutlicher sich heraushebenden Vormacht Asiens, getagt — ein zunächst noch harmloser, aber symptomatisch bedenklicher Auftakt für kommende, weltpolitische Geschehnisse. Dazu ist kurzsichtigerweise gerade durch Angehörige der weißen Rasse überall in der farbigen Welt die Unruhe geschürt und Unzufriedenheit suggeriert worden, wo sie vielleicht gar nicht vorhanden war. Selbst Völker, die noch völlig unreif sind, ihr politisches Geschick selbst in die Hand zu nehmen, für die ein Fortfall der weißen Herrschaft einen schweren Rückschlag in Unkultur und Schlimmeres bedeuten würde, sind systematisch zur Aufsässigkeit und Selbstüberschätzung angeleitet und mit unreifen, verstiegenen Ideologien gefüttert worden, woraus leicht eine schlimme Saat aufsprießen kann. Es knistert im Gebälk gar mancher Kolonial- und Halbkolonialreiche; in China, Syrien, Marokko, Holländisch-Indien, Indochina, Formosa, Samoa, auf den Fidschi-Inseln usw. hat es schon Rauch und Flammen gegeben, in Indien und Ägypten wirken unterirdische Kräfte, über deren Stärke und Ziel noch kein Urteil möglich ist. Anatole de Monzie hat die Sachlage richtig auf die knappe Formel gebracht [1]): „Asien glaubt nicht mehr an Europa"!

Ein grelles Licht fiel auf die schwüle „Atmosphäre" durch jenen merkwürdigen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung, der in den Tagen vom 10. bis 15. Februar 1927 in Brüssel im Palais d'Egmont stattgefunden hat. Aus den verschiedensten Teilen der Welt und einer überraschend großen Zahl von Ländern waren hier 180 Vertreter der farbigen Völker erschienen und vereinten ihre Anklagen gegen die weißen Unterdrücker. Außer einigen weißen, überwiegend kommunistisch eingestellten Teilnehmern aus Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich und England gab es Delegierte aus verschiedenen Ländern Afrikas, aus Palästina, Persien, Britisch- und Niederländisch-Indien, Tongking, Annam, China, Korea, mehreren mittelamerikanischen Staaten und Vertreter der nordamerikanischen Neger. Es ist nicht zu erkennen, wie große Kreise hinter den einzelnen Rednern standen, nicht zu erkennen, in welchem Umfange der Moskauer Souffleur die gehaltenen Reden vorgesprochen hatte, so daß über die wahre Bedeutung und Tragweite dieses „Antikolonialkongresses" kein endgültiges Urteil möglich ist. Die kommunistische Regie war jedenfalls unverkennbar, und in mehr als einem Fall werden dabei Einspänner zu Worte gekommen sein, die nicht die wahren Gefühle der Mehrheit ihrer Landsleute zum Ausdruck brachten. Aber die symptomatische und gefährliche Bedeutung des Brüsseler Kongresses darf dennoch nicht unterschätzt werden. Zum mindesten zeugte er davon, daß überall in den Kolonien Fäulnisherde sich entwickelt haben, die unter der Decke leicht ihre Ansteckungsstoffe rasch weiter verbreiten können, wo ein geeigneter Nährboden vorhanden ist, bis eines Tages das

1) Zeitschr. f. Geopolitik 1928, S. 455.

Digitized by Google

Übel durch die Hülle hindurchbricht und dann nicht leicht wird nochmals geheilt oder ausgemerzt werden können.

An dieser Beurteilung der Lage kann auch der Umstand nicht viel ändern, daß es auf dem Brüsseler Kongreß von kindlich unreifen Ideen und sachlich einfach unsinnigen Forderungen geradezu wimmelte. „Völlige Freigebung aller Kolonialvölker", „Völlige Freiheit der afrikanischen Völker", „Besitzergreifung des afrikanischen Bodens und der afrikanischen Verwaltung durch die Afrikaner", „Sofortige Annullierung sämtlicher, der völligen Gleichberechtigung widersprechenden Verträge" — das waren einige der in den Resolutionen vorkommenden Schlagworte, die die Weltfremdheit der meisten Kongreßteilnehmer hinreichend kennzeichnen. Von der Verstiegenheit der Brüsseler Resolutionen zeugt am erschütterndsten vielleicht das Verlangen, den Eingeborenen in den Kolonien überall dieselben Löhne zu zahlen, wie sie „in Europa" (!) üblich seien! Solche Resolutionen sind freilich oft ein recht zweckmäßiges Ventil der Unzufriedenheit. Wo viel geredet wird, wird wenig gehandelt. Es läge vielleicht durchaus im Interesse der kolonialen Unterdrücker, solche Antikolonialkongresse recht oft, tunlich alle paar Monate einmal, zusammentreten zu lassen, denn aufrührerische Energie, die in Kongreßreden verpufft, bleibt ungefährlich.

Gesetzt den Fall, die überspannten Forderungen des Brüsseler Kongresses würden von heut auf morgen verwirklicht, so müßte eine gewaltige Katastrophe die Folge sein, unter der niemand schwerer zu leiden haben würde als die plötzlich frei gewordenen, unterdrückten Völker selber. Insbesondere könnte es keinem Zweifel unterliegen, daß in Afrika sogleich wieder unaufhörliche Kriege der Eingeborenenstämme untereinander aufkommen würden und Sklavenjagden mit Totschlag, Plünderung und Bestialitäten aller Art, dazu Hungersnöte, Seuchen, wirtschaftliche Notzeiten, Justizmorde usw. wie sie Jahrtausende lang gang und gäbe waren und auch heute noch nicht völlig ausgerottet sind. Der sittlich fördernde Einfluß der meisten europäischen Kolonialvölker in Afrika darf keinesfalls verkannt werden, und es ist nichts als grotesker Unsinn, wenn i. J. 1925 auf einer Tagung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" von Leuten, die ihre ganze Kenntnis von Afrika aus dem Atlas geschöpft hatten, die europäische Wirkung auf Afrika zusammengefaßt wurde in die aus dem Reiche der Phantasie heruntergeholte Formel: „Minderwertige Zivilisation verdrängt einfaches, gesundes Volkstum." Derartige absurde Vorstellungen haben sogar dahin geführt, daß sich am 10. Februar 1926 in Berlin — natürlich im Lande der Dichter und Träumer — eine „Liga gegen koloniale Unterdrückung" gebildet hat, in der sich überspannte Mitglieder der weißen Rasse zusammengefunden haben, ausnahmslos Leute, von denen niemand je einen Blick in irgendwelche Kolonien getan hat.

Durch seine maßlos übertriebenen Forderungen, die den Boden der erreichbaren und wünschenswerten Wirklichkeit allzu sehr unter den Füßen

Digitized by Google

verloren, hat der Brüsseler Kongreß nur bewirkt, daß man ihn als Symptom nicht mehr ernst nehmen konnte. Dennoch darf man jenes Ereignis auch nicht nur mit einer Handbewegung abtun, als ein Glied in der langen Kette der Sowjet-Propaganda. Die verschiedenen Welt-Negerkongresse, die seit 1919 in der Alten und Neuen Welt stattgefunden haben, sind doch ein Beweis, in wie starker Gärung die schwarze Rasse ist. Wären die afrikanischen Neger nur auf sich selber angewiesen, so wäre der Bewegung schwerlich Bedeutung beizumessen, Aber als treibende Kraft stehen dahinter die 15 Mill. Neger Nordamerikas,[1]) unter Führung des sehr energischen Negers Marcus Garvey. Die Bewegung des „Garveyismus"[2]) strebt den schwarzen Erdteil für die schwarze Rasse und demgemäß die Verdrängung der Weißen aus allen politischen Rechten in Afrika an. Sie prophezeit bereits, das Schicksal Afrikas müsse sich in den nächsten 25 Jahren auf 1000 Jahre entscheiden.[3]) Die Geschichte Liberias (S. 240) lehrt, daß die Erreichung des Zieles des Garveyismus alles andere denn ein Segen für die Neger selbst sein würde. Aber trotzdem ist die starke Stoß- und Suggestivkraft der Idee als solcher nicht zu verkennen, und es braut sich in der Tat ein schwarzes Gewölk zusammen, aus dem eines Tages, wenn Europa durch neue, eigne Wirren schwerer Art in Anspruch genommen wird, ein zündender Blitz fahren kann. Wer weiß, ob nicht der jahrhundertelang unter schlimmsten Begleiterscheinungen betriebene Handel mit „schwarzem Elfenbein" nach der Neuen Welt an den Nachfahren der schuldigen europäischen Händler stark verspätete Rechenschaft fordern wird, denn nur jener Handel hat ja die 15 Mill. Schwarzen, die jetzt den Garveyismus schüren und finanzieren, in Amerika heimisch werden lassen!

Sind doch in Nordamerika selbst die Neger ein im Vordringen begriffenes Element. Die Vereinigten Staaten haben eine schwarze Frage so gut wie eine gelbe Frage zu bewältigen. Es ist seltsam genug: die rote Rasse, die die Urbewohner des Erdteils stellte, scheidet als politischer Faktor aus. Aber nun muß der weiße Eroberer das Land gegen asiatische Mongolen und gegen afrikanische Neger zu halten suchen, und die letzteren hat er selber dereinst ins Land geholt. Wenngleich die Negereinwanderung aus Afrika vollkommen gedrosselt ist, haben sich die Schwarzen in den Vereinigten Staaten selbst so stark vermehrt, daß schon seit einer Reihe von Jahren die Höchstgrenze von 10% ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung, die ihnen zugestanden worden war, überschritten worden ist.[4]) In Illinois, Nebraska und Ohio hat ihre Zahl in nur 10 Jahren sich ver-

---

1) I. J. 1920 gab es in den Vereinigten Staaten 89,7% Weiße, 9,9% Neger und Mulatten, 0,2% Indianer und Mestizen, 0,1% Chinesen, 0,1% Japaner.

2) Vgl. E. Gagel, Das Attentat Frankreichs auf die weiße Rasse und seine Folgen; im „Rheinischen Beobachter" (Berlin), 1923, S. 339.

3) Vortrag General v. Lieberts auf der Bremer Haupttagung des Deutschen Kolonialvereins am 16. September 1927.

4) Hartmut Merleker, Amerikanische Neger; in der „Zeitschrift für Geopolitik", 1925, S. 320. — Heute machen die Schwarzen schon rund 13½% der Bevölkerung aus!

Digitized by Google

doppelt, in Michigan und Neumexiko verdreifacht, in New Jersey um 50%, im Staat New York um 33% zugenommen. In der Bundeshauptstadt Washington bilden die Neger ein Drittel der gesamten Bevölkerung, die sechs Städte Baltimore, Chicago, New Orleans, New York, Philadelphia und Washington sind „Neger-Großstädte" geworden, da über 100 000 Schwarze in jeder von ihnen ständig wohnen. Haben doch 1925 in Chicago und 1927 in New York gar schon allgemeine Negerkongresse stattgefunden! In Haiti sind 90% der Bevölkerung Neger, in Jamaika 77, auf den Jungfern-Inseln 75%.[1])

Angesichts einer derartigen Lage sind in der Tat Zweifel gerechtfertigt, ob das koloniale Zeitalter nicht seinem Ende zuneigt, und man kann es verstehen, wenn hier und da die Meinung vertreten wird, man möge auf die in Deutschland weitverbreiteten Pläne, die auf Wiedergewinnung der geraubten Kolonien oder mindestens auf Zuerteilung kolonialer Mandate durch den Völkerbund gerichtet sind, ein für alle Male Verzicht leisten, da in den nächsten Jahrzehnten schwere Stürme in den Kolonialländern doch unvermeidlich sein werden. Die letztere Erwartung wird man ohne weiteres teilen dürfen, und man kann dennoch den daraus gezogenen Schluß als schief bezeichnen. Es ist oben dargelegt worden, daß eine große Zahl von jungfräulichen, wenig erschlossenen Ländern noch unter gar keinen Umständen auf eigenen Füßen zu stehen in der Lage ist, und daß ihre Bevölkerungen sich dessen bewußt sind. Ein starker Hunger nach Kultur und den Errungenschaften der Zivilisation hat auch die primitiveren Völker in abgelegenen Ländern erfaßt. Gerade die hier zumeist in Betracht kommenden Neger Afrikas fühlen es, daß dieser Hunger ohne weiße Hilfe nicht gestillt werden kann, daß ihnen Rettung vor den verheerenden Seuchen, wirtschaftlicher Aufschwung, gute Straßen und Eisenbahnen, unzählige, kleine Annehmlichkeiten und Behaglichkeiten des täglichen Lebens nur zu teil werden können, wenn sie wohlwollenden und fleißigen Weißen das volle Verfügungsrecht im Lande zugestehen, wenn sie sich fremder Führung anvertrauen, der sie ihre Wünsche, Klagen und Beschwerden vertrauensvoll vortragen können, die bereit ist, ihnen als Freund und Berater zur Seite zu stehen. Irgendwelcher nationaler Ehrgeiz, unbändiger Freiheitsdrang sind Begriffe, für die der durchschnittliche Eingeborene (mit Ausnahme einzelner Gebirgsstämme) keinerlei Verständnis hat. Wenn weltfremde, politische Phantasten sich für die vollkommen schrankenlose Freiheit und Selbstbestimmung der Neger und Hindus und Indianer und zahlloser anderer Völkerschaften einsetzen und unreife Eingeborene in unverantwortlicher Weise mit halb oder gar nicht verstandenen Schlagworten beunruhigen, so mögen sie sich gesagt sein lassen, daß sie ein erheblich dankbareres Objekt finden können, wenn sie zunächst einmal Geld und Kraft an die Befreiung geknechteter weißer Völker und Volks-

1) Bausteine zur Geopolitik, S. 192. Berlin-Grunewald 1928.

Digitized by Google

teile setzen würden. Haushofer hat doch wahrhaftig nicht Unrecht, wenn er noch vor wenigen Jahren ganz objektiv feststellte[1]):

„Deutschland besitzt heute in manchen Richtungen weit weniger Selbstbestimmung als der Nizam von Haiderabad, als Tibet, die Mandschurei oder Djaktschokarta."

Wenn allen weißen Nationalitäten und ihren Volksminderheiten die Sonne der politischen Freiheit oder zumindest der politischen Selbstbestimmung scheint, dann erst wird es vielleicht Zeit sein, zu prüfen, ob man die als bewährt befundenen, neuen politischen Grundsätze auch den farbigen Rassen zugute kommen lassen kann. Man soll aber niemandem Wohltaten aufzwingen, der gar kein Verlangen nach ihnen trägt. Die primitiven Völker verzichten erfahrungsgemäß gern auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, wenn sie dafür wirtschaftliche, soziale, hygienische und kulturelle Nachteile in Kauf nehmen müssen. Sie wollen einen guten Herrn haben, der sie wirtschaftlich fördert, anleitet und erzieht, und werden dann mit der fremden Herrschaft genau so zufrieden sein, wie es die drei tropischen deutschen Kolonien in Afrika vor dem Kriege waren. Den entwickelteren unter ihnen aber genügt es vollauf, wenn sie wenigstens einen teilweisen Einfluß auf die Regierung in Gestalt eines bescheidenen Wahlrechts haben, wie es z. B. Holland der Bevölkerung Niederländisch-Indiens seit dem 16. Mai 1927 in kluger und selbstbewußter Weise zu gewähren wagen durfte.

Solange es in der tropischen Welt Länder gibt, die einfach nicht in der Lage sind, aus sich selbst heraus die finanziellen, technischen, medizinischen Kräfte zu stellen, wie sie im 20. Jahrhundert unentbehrlich sind, solange ist auch das koloniale Zeitalter noch nicht zu Ende. Man hat es ja immer wieder gesehen: fast alle B- und C-Mandatsländer haben in ihren Eingaben an den Völkerbund und andere Instanzen immer nur darum gebeten, einer anderen Verwaltung unterstellt zu werden, nicht dagegen die völlige Freiheit verlangt, die in manchen Fällen fast dem Selbstmord gleichkäme. Einzig und allein ein Mandatsland der A-Gruppe, Syrien, hat immer wieder darauf bestanden, daß es die völlige Unabhängigkeit fordert, die ihm — natürlich — vom Völkerbund nicht gewährt wird. Solange es aber noch Kolonia besitz gibt, solange die Eingeborenen solcher Länder selber fordern, von Weißen regiert und betreut zu werden, solange hat Deutschland nicht nur ein Recht, sondern auch die sittliche Pflicht, als besonders dicht bevölkertes Land gleichberechtigt unter den Kolonialmächten neuerdings eine Rolle zu spielen. Wie lautete doch einer der stärksten Lehrsätze des großen Rechtsgelehrten Rudolf von Jhering: „Kein Volk hat das Recht, auf sein Recht zu verzichten!" — Und Deutschland hat, da Kriegsentschädigungen verboten waren, so lange einen Rechtsanspruch auf Rückgabe seiner Kolonien, als die Gutschrift ihres vollen Wertes auf Reparationskonto nicht erfolgt ist. Ein Wan-

1) Zur Geopolitik der Selbstbestimmung, S. 26.

Digitized by Google

derer, der von einem Straßenräuber mit vorgehaltener Pistole zur Hergabe seiner goldenen Uhr und seiner Brieftasche gezwungen wird, entäußert sich mit dieser „Abtretung" zwar seines Besitzes, aber nicht seines Eigentumsrechtes. Im Fall der deutschen Kolonien liegen die Rechtsverhältnisse genau ebenso —

Das Ende des kolonialen Zeitalters! In einer Hinsicht allerdings wird es sicher nicht mehr fern sein. Die Zeit der Ausbeutungs-Kolonien ist vorbei. Entwicklungs- und Erziehungs-Kolonien mögen noch Jahrhunderte lang bestehen, aber koloniale Methoden, wie sie früher die Spanier anwandten, wie sie heute noch bei den Portugiesen, Neuseeländern, Franzosen üblich sind, müssen allerdings im 20. Jahrhundert als gründlich überlebt bezeichnet werden. Ein Staat und Volk, die nicht entschlossen sind, ehrlich an der Aufwertung der gesamten Menschheitskultur mitzuarbeiten, taugen in unserem Zeitalter nicht mehr zum Kolonialbesitz. Ein gründliches Revirement unter den kolonialbesitzenden Staaten erscheint im Interesse aller Teile durchaus unvermeidlich. Und wenn der Völkerbund nicht imstande oder nicht willens ist, eine wirklich „gerechte Regelung aller kolonialen Ansprüche", wie sie in Wilsons 14 Punkten verheißen wurde, zu bewirken, und zwar unter peinlich gewissenhafter Beobachtung der im Art. 22 der Völkerbundsatzung auf dem Papier niedergelegten ethischen Grundsätze, so wird die Zeit ebenso über den Völkerbund hinwegschreiten, wie sie mit den rückständigen Kolonialmethoden nachdrücklich aufräumen wird.

Das Erwachen der farbigen Völker, das dumpfe Brausen des Geistes der Aufsässigkeit, das durch die koloniale Welt geht und das von Ideologie und parteipolitischer Torheit noch systematisch gesteigert und bis zur Siedehitze angefeuert wird, es bleibt unbedenklich in wirklich gut verwalteten Kolonien. Ein britisches Uganda oder Nyassaland ist gegen solche geistigen Epidemien immun. Aber für mangelhaft oder gar schlecht verwaltete, unzufriedene, notleidende Kolonialländer kann die Unruhe, die durch die Welt geht, allerdings ansteckend wie Fleckfieber wirken, zumal wenn draußen unmittelbar vor den Grenzen schon benachbarte Länder an ihren Ketten zerren. Die 1925er schweren Känpfe, die die Franzosen und Spanier in Marokko und die Franzosen allein im „Mandatsland" Syrien zu bestehen hatten, haben noch einmal zu einer Niederschlagung der Aufstandsbewegung mit Gewalt geführt. Der Augenblick war von den Aufrührern schlecht gewählt, da die Herrenstaaten ihre ganze Kraft auf die Niederwerfung der Empörungen konzentrieren konnten. Aber es sei gar sehr dahin gestellt, was geschieht, wenn der nächste große europäische Krieg die Besitzer mancher Kolonien noch einmal in anderer Richtung voll in Anspruch nimmt. Mag auch eine gewisse rhetorische Übertreibung darin unverkennbar sein, so schießt doch ein Ausspruch Oswald Spenglers schwerlich sehr weit am Ziel vorbei, der rund heraus feststellt[1]):

1) Oswald Spengler, Neubau des deutschen Reiches, S. 100, München 1924.

Digitized by Google

„Die Armee schwarzer Franzosen ist heute schon, sobald sie will, die Herrin Afrikas."

Bedenken wir doch, daß sogar die ständige französische Armee, außer aus 110000 Offizieren und Unteroffizieren, aus 390000 weißen und 240000 farbigen Soldaten besteht!

Es ist für den geopolitisch geschärften Blick unschwer zu erkennen, daß in der Tat neben dem portugiesischen das französische Kolonialreich am schwersten von Umwälzungen bedroht ist. Die wirtschaftlich am besten entwickelte und blühendste Kolonie Algerien ist dabei wohl am wenigsten von inneren Wirren bedroht. Aber schon in Tunis war 1925 eine Unabhängigkeitsbewegung mit kommunistischem Einschlag zu spüren, wobei das zahlenmäßig überstarke italienische Element anscheinend Lust verspürte, dieselbe Rolle zu spielen, wie 1899 die britischen Bevölkerungsschichten in den Burenrepubliken. In einem Lande, wo neben den Eingeborenen nur 55000 Franzosen, aber 110000 Italiener (darunter 10000 Malteser) leben, wo auf dem Lande sowie in zwei Distrikten nicht ein einziger Franzose zu Hause ist, kann eben nicht für immer französische Kolonialpolitik getrieben werden. Was manchen „Kolonisatoren" noch heute zuzutrauen ist, zeigte sich, als im Juli 1927 ein australisches Kriegsschiff ein französisches Schiff aufbrachte und 480 darauf befindlichen, schwer gefesselten Annamiten zur Freiheit verhalf, die die Franzosen aus ihrem „Protektorats"-Land Annam als Zwangsarbeiter vulgo Sklaven nach Neu-Kaledonien zu schaffen beabsichtigten, oder als kurz vorher Prof. Schwarz von der Rhodes-Universität in Grahamstown bekannt gab:[1])

„Es mag politisch sein, die Augen gegenüber den Sklavenjagden der Portugiesen (in Angola) zu verschließen, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die schlimmsten Greuel des Sklavenhandels in Portugiesisch-Afrika noch im Schwange sind. Als ich im Amboland weilte, sah ich mit eigenen Augen ein auf diese Weise überfallenes Dorf. Alte Leute und Kinder waren abgeschlachtet worden, die jungen Männer aber wurden in Ketten an die Küste geschafft und die jungen Frauen unter die Soldaten verteilt."

Selbst in einer Denkschrift des Völkerbundes ist betont, daß die Portugiesen Angolas sich in dieser bequemen Weise aus dem auf ihrem Gebiet wohnenden Kuanyama-Stamm ständig Zwangsarbeiter für die Kakaopflanzungen von São Thomé und Principe beschaffen!

Wo europäische Völker des 20. Jahrhunderts in solcher Weise das Erwachen der modernen Zeit verschlafen haben, da reift unweigerlich dieselbe Saat, die 1810—24 in den spanischen Kolonien Amerikas aufgegangen ist, heran. Die Portugiesen werden vermutlich ohnehin nicht mehr lange Herr in ihrem afrikanischen Hause sein, nachdem das Mutterland selbst sich nicht mehr erheblich von einem Protektoratsgebiet unterscheidet. Wenn nicht alles täuscht, wird demnach wohl in erster Linie ein Teil der französischen Kolonien, in erster Linie Indochina, in Betracht kommen für eine Auflehnung gegen die weiße Rasse. Die Ereignisse seit

1) Koloniale Nachrichten vom 12. Mai 1927.

Digitized by Google

dem Jahre 1925 haben in dieser Hinsicht bereits einen Vorgeschmack künftiger Ereignisse gegeben.

Die Franzosen sind unter den heutigen großen Nationen die typischsten Vertreter der oben als „karthagisch" bezeichneten, veralteten Verwaltungsmethode, von der sie ja sogar im Heimatland in ihren eigenen, durchaus unselbständig gehaltenen Departements sowie in den nach Autonomie verlangenden beiden deutschsprachigen Provinzen nicht zu lassen vermögen. Schon lange bevor irgend eine Kriegspsychose das Urteil zu trüben vermochte, i. J. 1906, hat ein so musterhaft objektiv urteilender Gelehrter wie Supan auf Grund seines tiefen historischen Wissens die Kritik ausgesprochen[1]):

„Die Franzosen waren kein Kolonialvolk."

Wesentlich schärfer noch lautet das gleichfalls gut begründete Urteil Spenglers[2]):

„Der Franzose ist der blutigste und zugleich der erfolgloseste Kolonisator, den es gibt."

Mag auch in dieser scharfen Formulierung die Empörung des Deutschen über die Vorgänge an Rhein und Ruhr nachklingen, so ist doch nicht zu bestreiten und charakteristisch genug, daß nur allein die französische Geschichte so blutige und einmütige Aufstände unterdrückter Völker und so grausige Ereignisse im eigenen Lande aufweist wie die Sizilianische Vesper (30. März 1282), die Brügger Maimette (19. Mai 1302), Genuas Abschüttelung der französischen Herrschaft durch Massaker aller Franzosen (September 1409), die Bartholomäusnacht (24. August 1572), die Septembermorde (2.—5. September 1792), die Massenhinrichtungen der Jahre 1793 und 1794, die Niedermetzelung der Franzosen auf Haiti 1803/04, der Negeraufstand auf Martinique in der Nacht zum 14. November 1822 usw.

Die französischen Kolonialmethoden, deren oberstes Ziel nicht, wie bei anderen Kolonialmächten, dahin geht, für den eigenen Bevölkerungsüberschuß Siedlungsland zu haben, sondern umgekehrt die Nachteile einer zu geringen Eigenbevölkerung militärisch durch Blutopfer der kolonialen Bevölkerungen auszugleichen, sind veraltet, wie es die spanischen ums Jahr 1800 waren, und werden daher auch zu demselben Ergebnis, wie jene, führen. Frankreich wird in naher Zukunft keine Weltmacht mehr sein können!

Demgegenüber erscheint der britische Kolonialbesitz wesentlich gesicherter. Die einzige wunde Stelle ist Indien, wo es seit langem gärt und wo schon der Sepoyaufstand von 1857 die der europäischen Herrschaft drohenden Gefahren beleuchtete. Bei der Waffenlosigkeit der Eingeborenen und den steten inneren Zwistigkeiten der uneinheitlichen Bevölkerung ist aber wohl auch in diesem Lande die britische Herrschaft als leidlich gesichert zu betrachten, zumal da jedes leise Symptom von Aufsässigkeit durch

1) A. a. O., S. 119. 2) A. a. O., S. 97/8.

Digitized by Google

die Engländer mit so furchtbar blutiger Strenge niedergeschlagen wird, wie es das Blutbad von Amritsar am 13. April 1919 bewies, als der nervös gewordene General Dyer seine Truppen in eine stark besuchte Protestversammlung ohne Warnung hineinfeuern ließ, wodurch 378 Inder getötet und 1200 verwundet wurden. An Grausamkeiten ist die britische Kolonialgeschichte ja auch sonst unendlich reicher als etwa die deutsche, und wie gibt es nicht zu denken, was ein schwedisches Blatt[1]) meldete: daß eine englische humanistische Gesellschaft jahrelang Material über belgische Greuel im Kongogebiet gesammelt, schließlich aber von der Veröffentlichung Abstand genommen habe, weil die Belgier bekannt geben ließen, sie könnten nötigenfalls mit noch weit schrecklicheren Fällen aus englischen Kolonien antworten!

Und dennoch steht der Engländer als Kolonisator turmhoch über allen anderen Völkern, die sich gegenwärtig eines Kolonialbesitzes rühmen können, mit alleiniger Ausnahme der Holländer. Die meisten britischen Kolonien sind zur Zeit von ernsteren Rebellionen ebensowenig bedroht, wie es die deutschen wären, wenn wir Deutschen sie noch im Besitz hätten. Die Anklagen wegen unwürdiger Verwaltung der deutschen Kolonien waren nur ein Bluff für die Weltöffentlichkeit und ein Vorwand für den unwürdigen Kolonialraub. Der Beschluß des südwestafrikanischen Landesrats vom 29. Juli 1926, das englische Blaubuch, das die deutschen Kolonialmethoden anschwärzte, als eine bloße Kriegspropaganda mit erdichteten Einzelheiten aus der Bibliothek auszumerzen, war in dieser Hinsicht bezeichnend genug. Einer Widerlegung ist jenes Märchen nicht mehr wert. Allen Elementen aber, die aus irgend einem Grunde noch von deutscher Grausamkeit und Unwürdigkeit, Kolonien zu verwalten, fabeln, sei nur die eine Frage entgegengehalten, in welches Kolonialvolks Geschichte sich ein Parallelbeispiel findet zum Falle des ostafrikanischen Sultans Kahigi von Bukoba, der im Weltkrieg, nach der Besetzung seines Landes durch die Engländer, ihre Aufforderung, mit ihnen gemeinsam die Deutschen zu bekämpfen, mit den Worten beantwortete:

„Die Deutschen haben mir 25 Jahre lang Treue und Freundschaft gehalten und mich und mein Land gut behandelt. Ich kann nicht zum Verräter an ihnen werden und habe es daher vorgezogen, Gift zu nehmen."

Schwarze Nibelungentreue, die beweist, daß nicht im entferntesten alle Kolonialnationen etwas zu fürchten haben von dem unterirdischen Grollen, das durch die farbige Welt geht!

Das englische Weltreich dürfte tatsächlich im großen und ganzen gegen gewaltsame Auflehnung der farbigen Bewohner gesichert sein. So wenig die Inder geneigt sind, noch lange auf die ihnen vorenthaltene Selbstverwaltung dauernd zu verzichten, so haben sie doch erkannt, daß sie mit gesetzlichen Mitteln, Non-Cooperation und Boykott englischer Waren, die Briten viel fühlbarer treffen und ihrem Willen gefügiger machen können als mit einer aussichtslosen offenen Rebellion. „Swaraj" (Autonomie) wollte ihnen

1) Södermanlands Tidning, 4. April 1919.

Digitized by Google

England bislang nicht gewähren; nun haben sie mit „Swadeshi" (Autarkie), Boykott und Non-Cooperation, der von Gandhi erfundenen, wirksamsten Form der passiven Resistenz, den Briten viel mehr Schaden getan, als wenn man ihnen die Selbstbestimmung gewährt hätte. Mit Macht flutet das indische Volk über seine Grenzen und übers Meer, vor allem nach Ost- und Südafrika hinüber, Bei der ungewöhnlich starken Volksvermehrung von 49 auf 285 Millionen in nur 100 Jahren (vgl. S. 192) entwickelt sich in Indien, genau wie in Japan, ein völkischer Luftdruckwirbel, der schärfstens im Auge behalten werden muß. Und dennoch ist von dem wenig aktiven, weltmüden Indervolk nicht zu befürchten, daß es je mit einmütiger Entschlossenheit gewaltsam gegen die englische Herrschaft vorgehen wird.

Dem britischen Weltreich drohen heute die größten politischen Zukunftsgefahren wohl weniger von seinen farbigen Kolonien als von seinen weißen Dominions. Wir hörten schon (S. 235), daß einige von diesen recht ungeberdig geworden sind, an der Spitze Südafrika, aber auch Kanada und Irland. Es ist nicht zu verkennen, daß die britische Regierung seit langem sehr geschickte Schachzüge tut, um einen allzu großen Machtzuwachs der eigenen Dominions zu unterbinden. Wenn neben Kanada noch das kleinere Neufundland, neben Australien das kleinere Neuseeland als eigene Dominions bestehen geblieben sind, so ist dies ein bewußtes Werk von Downing Street; wenn die zur Annektion längst überreifen Länder Mozambique und Angola bisher dem greisenhaft gewordenen Mutterland Portugal noch belassen worden sind, so ist dabei der Wunsch offensichtlich ausschlaggebend gewesen, Macht, Selbstbewußtsein und Selbständigkeitsgelüste der Südafrikanischen Republik durch einen Anfall diese Gebiete nicht noch mehr zu stärken. In dasselbe Kapitel gehört der seit Jahren erwogene Plan, ein neues zweites afrikanisches Dominion dem ersten zur Seite zu stellen, damit nicht eines Tages die Republik Südafrika unversehens auf den Einfall kommt, den Plan der „Vereinigten Staaten von Afrika" ins Auge zu fassen. Das neue Dominium Ostafrika, über dessen Schaffung zur Zeit (Sommer 1930) schon ein Gesetzentwurf der englischen Regierung ausgearbeitet worden ist, obwohl dies eine krasse Verletzung des Völkerbund-Mandatsstatuts bedeutet, soll dem britischen Mutterland Wächterdienste gegen die eigene südafrikanische Schwester leisten, wie Neufundland gegen Kanada, Neuseeland gegen Australien. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade die kleineren und schwächeren außereuropäischen Dominions die treusten und verläßlichsten Parteigänger Englands sind. Man sucht sie daher auch in London nach Möglichkeit zu begünstigen, wie erst 1927 ein höchst bemerkenswertes Urteil des zum Obersten Reichsgerichtshof gemachten Londoner Privy Council die strittige Ostküste von Labrador mit ihren reichen Fischgründen, ein Gebiet von 300000 qkm Umfang, als zu Neufundland, nicht zu Kanada gehörig anerkannt hat. England sucht eben die in Europa bis 1914 so trefflich gewahrte balance of power auch innerhalb seines Imperiums aufrechtzu-

Digitized by Google

erhalten. In der meisterhaft gezimmerten Architektur des britischen Weltreiches haben sich die Gesetze der politischen Statik und Dynamik bisher glänzend bewährt, aber Kjelléns „Schatten des babylonischen Turmes" wachsen dennoch mehr und mehr, je weiter die Sonne Europas sich dem Horizonte zuneigt.

13. Wie kann das koloniale Zeitalter verlängert werden?

Angesichts einer derartigen Sachlage muß man in die Zukunft der europäischen Kolonialpolitik trübe genug blicken. „Des Donners Wolken hangen schwer herab auf Ilion." Bei Fortdauer der bisher üblich gewesenen Kolonialmethoden der meisten Staaten kann es kaum zweifelhaft sein, daß in einigen Jahrzehnten in der Tat das Ende des kolonialen Zeitalters im großen und ganzen gekommen sein würde. Das Erwachen der farbigen Rassen ist nun einmal nach den Ereignissen von 1914/18 nicht mehr dauernd aufzuhalten. Die Zeitepoche, da in den europäischen Hauptstädten diktatorisch über Wohl und Wehe der Kolonien entschieden wurde, geht noch im 20. Jahrhundert unweigerlich ihrem Abschluß entgegen. Dennoch aber muß hiermit nicht notgedrungen das Ende des kolonialen Zeitalters überhaupt identisch sein.

Daß die weit überwiegende Mehrzahl der farbigen Völker — die gelbe Rasse ausgenommen — heute in der Tat noch nicht fähig ist, aus eigener Kraft einen gut organisierten Staat zu bilden, wie er im 20. Jahrhundert mit seinen unendlich vielfältigen weltwirtschaftlichen Verflechtungen eine unbedingte Notwendigkeit ist, darf ohne weiteres als Axiom angesehen werden. Die meisten farbigen Völker werden einstweilen noch gern die Anlehnung an einen weißen Vormund und Berater suchen. Aber Eines allerdings wird sich nicht lange mehr umgehen lassen: Den farbigen Völkern kann ein gewisses, starkes Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl des Staates, der ihr Vormund sein soll, nicht mehr vorenthalten bleiben. Holland hat, wie wir hörten, mutig diese Konsequenz, als erster Staat, gezogen und in Indien Anfänge einer parlamentarischen Mitbestimmung der Eingeborenen freiwillig zugestanden.

Und ein weiteres noch ist unerläßlich: gegebene Ehrenworte dürfen, weder weißen noch farbigen Völkern gegenüber, gebrochen werden. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten mit besonders schlechtem Beispiel vorangegangen, das stark an die „Einhaltung" der italienischen Ehrenworte bezüglich Südtirols erinnert. Wie sie Wilsons feierliche Garantie einer „gerechten Regelung aller kolonialen Ansprüche" Deutschlands gegenüber ausgelegt haben, wurde bereits kritisch beleuchtet. Genau ebensowenig haben sie bis heute daran gedacht, das ihrer Philippinenkolonie am 29. August 1916 gegebene Versprechen einzulösen, daß sie Unabhängigkeit erhalten sollte, „sobald eine stabile Regierung darin aufgerichtet werden kann", die vor allem den Schutz der Fremden zu gewährleisten im-

Digitized by Google

stande sei. Dabei ist zu beachten, daß die 1898 wie Schachfiguren aus der spanischen in die amerikanische Gebietshoheit verschobenen 10½ Mill. Bewohner der Philippinen bereits 350 Jahre Freiheitskampf mit großen und stolzen Überlieferungen hinter sich haben und daß die „Sicherheit" auf den Philippinen ungleich größer ist als in nordamerikanischen Großstädten, unter denen zur Zeit Chicago mit 141 Morden in 6 Monaten und über 420 Bombenattentaten i. J. 1928 den Weltrekord der Unsicherheit hält. Als aber 1927 der amerikanische Kongreß vorbereitende Schritte tat, das 1916 den Filipinos gegebene Versprechen wenigstens teilweise durch eine Abstimmung einzulösen, legte Präsident Coolidge ausdrücklich sein Veto ein, und die Angelegenheit erscheint damit auf unabsehbare Zeit vertagt. Mit derartigen Methoden ist allerdings heute in höherentwickelten Kolonien Staatsgesinnung nicht mehr zu erzielen!

Unter gewissen Voraussetzungen könnte der Mandatsgedanke des Herrn Smuts wie auch die ganze Völkerbundsidee Wilsons zeitgemäß und gesund sein. Nur ist die Genfer erste Ausführung ausgesprochen stümperhaft und birgt mehr Gefahren als Nutzen in sich. Von einer gewissenhaften Bereinigung der ganz unmöglichen gegenwärtigen Verhältnisse auf neuer Grundlage darf man sich aber viel versprechen. „Ich sag' euch, Herrn, das Lied ist schön; nur ist's auf den ersten Blick zu ersehn, daß Freund Beckmesser es entstellt." Man sagt ja zuweilen, wir seien ins Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker eingetreten. Freilich im Elsaß und in Südtirol, in Eupen-Malmedy und Tondern, in Memel und Posen, in Syrien, Kurdistan und Korea, in Nikaragua und auf den Philippinen und noch an vielen anderen Stellen der Erde merkt man noch gar nichts davon; auch nicht in Deutsch-Österreich, das am 12. Dezember 1918 einstimmig seine Vereinigung mit dem Deutschen Reiche beschloß, aber auf Befehl der Entente diesen Beschluß nicht ausführen durfte!

Wenn dergleichen am grünen Holz geschieht, bei den höchstkultivierten Völkern Mitteleuropas, was soll dann am dürren sich ereignen, bei den „tiefstehenden" farbigen Rassen? — Und dennoch ließe sich aus der Sackgasse, in die wir geraten sind, hinauskommen!

Eine Anerkennung des Standpunktes „Afrika den Afrikanern" ist auf absehbare Zeit kaum möglich — sowohl im Interesse der schwarzen wie der weißen Menschheit. Weder wollen und können die verständigen und gutartigen Elemente unter den schwarzen Naturkindern die Anleitung und Erziehung durch den weißen Lehrer entbehren, noch können die Weißen im übervölkerten Europa aus Selbsterhaltungstrieb daran denken, Afrika sich selbst zu überlassen. Ungemein zutreffend ist nämlich eine Bemerkung Alois Fischers[1]):

„Der Kampf um die Großräume der Erde hat begonnen. Achte dabei Europa darauf, nicht ins Hintertreffen zu geraten, wenn es, nachdem es schon nicht mehr

1) Alois Fischer, Die Bevölkerungsentwicklung 1925—1928; in der „Zeitschr. f. Geopolitik" 1928 S. 335 (obiges Zitat auf S. 343).

Digitized by Google

wirtschaftlicher Mittelpunkt der Erde ist, wenigstens noch kultureller Mittelpunkt bleiben will! Hüte man sich aber auch in Deutschland, wenn man schon aus Rücksicht auf die asiatischen Alt-Kulturvölker dem Ruf ‚Asien den Asiaten' eine gewisse Berechtigung nicht absprechen will, streng vor einer Anerkennung der Devise: ‚Afrika den Afrikanern'! Es ist doch nichts anderes als selbstmörderischer Wahnsinn, den überwiegend hochstehenden Rassen Kerneuropas (300 Millionen) die Bescheidung mit 5 Mill. qkm zu predigen, aber den 140 Millionen Afrikanern das Recht zuzugestehen, sich auf 30 Mill. qkm Fläche auf 1650 Millionen vermehren zu dürfen, ganz abgesehen, ... daß ‚Afrika den Afrikanern', wirtschaftlich so viel wie ‚Afrika den Amerikanern!' bedeutet."

Gegen diese harte und dennoch haarscharfe Logik wird man mit Vernunftgründen schwerlich ankämpfen können. Europa muß also andere, neue und bessere Wege wandeln, wenn es die Vorhand in einem zufriedenen Afrika behalten will.

Das vielgepriesene und — ach — so maßlos vergewaltigte Selbstbestimmungsrecht der Völker läßt sich in einer Hinsicht auch heute schon auf die Kolonien und die farbigen Bevölkerungen in ihnen anwenden, und es kann dann selbst das zur Zeit bedenkliche und mit bösesten moralischen und rechtlichen Mängeln behaftete Mandatssystem als ein zeitgemäßer Fortschritt beibehalten werden. Man lasse die Eingeborenen in den Kolonialgebieten etwa alle 25 oder auch meinetwegen 10 Jahre durch ihre berufenen Vertreter einem künftigen, gerechter wirkenden und gerechter denkenden Völkerbund eine Mitteilung darüber zugehen, welcher Staat der weißen oder gelben Rasse mit der Verwaltung des Gebietes für die nächsten 25 (oder 10) Jahre betraut werden soll. Dann wird eine auf Vertrauen gegründete koloniale Zusammenarbeit und Fortentwicklung möglich werden; gewaltsame Unterdrückung, Grausamkeiten, Ausbeutung, ja, nur soziale und schauerliche hygienische Mißstände, wie sie jetzt in den meisten Mandatsgebieten und Kolonien gang und gäbe sind, werden dann im großen und ganzen, ebenso wie Aufstände, Fremdenmassakers usw. unmöglich werden im Interesse beider Teile. Denn die eingeborenen Bevölkerungen werden sich gegen einen selbstgewählten Herrn, der ihnen wohlwollend Fortschritte der Kultur und Zivilisation vermittelt, schwerlich jemals aufsässig zeigen, und der Mandatarstaat, der in mäßigem Umfang gegenüber anderen Nationen ruhig gewisse Sondervorteile aus seiner Vormundschaft genießen mag, wird schon allein deshalb zu einer wirklich wohlwollenden und gewissenhaften Ausübung seines Treuhänderamtes gezwungen sein, weil er sonst seine an sich beliebig oft zulässige Wiederwahl gefährden würde. Zur Not geht's natürlich auch ohne Mandat und ohne Völkerbund: jedes Kolonialland wählt sich einfach seinen Vormund, und die Sache ist fertig! Aber werden wir eine solche vernunftgemäße Regelung erhoffen dürfen?

Eine ungefähr nach derartigen Grundsätzen neugeregelte Kolonialpolitik würde ohne weiteres das Ende des kolonialen Zeitalters noch um

Digitized by Google

mehrere Jahrhunderte hinauszuschieben gestatten und allen den unverkennbaren, furchtbar schweren Mißständen im gegenwärtigen Kolonial- und Kolonialmandatswesen alsbald ein Ende machen. Dieser Ausweg scheint als einziger gangbar zu sein, um das gewaltige Unwetter, das sich langsam, aber sicher über allen Kolonialvölkern zusammenbraut, zu zerstreuen und unschädlich zu machen. Die fast unbegrenzte Suprematie und Weltherrschaft der weißen Rasse kann mit den genannten Mitteln vermutlich für einige weitere Jahrhunderte gewalt- und gefahrlos gesichert werden, und kein Volk, das mit gutem Gewissen und reinen Händen auf seine koloniale Erziehertätigkeit zurückzublicken vermag, wird gegen die vorgeschlagene Neuregelung das geringste einwenden. Kann sich aber die weiße Rasse nicht entschließen, dem kolonialen Zeitalter eine solche liberale Neugestaltung zu verleihen, so sind schwerste Erschütterungen unvermeidlich. Nur die freiwillige und rechtzeitige Umwandlung hat Wert: nur den freudigen Geber hat Gott lieb. Läßt man es erst dahin kommen, daß die farbigen Völker fordern — Ansätze dazu sind schon mannigfach spürbar — und werden die unvermeidlichen Konzessionen nur zögernd und ungern gewährt, im letzten Augenblick, womöglich unter offensichtlichem Zwang, so bleiben sie ohne Erfolg, und neue Forderungen ohne Maß und Ziel werden folgen. Die Schwarzen in Afrika stehen eben unter der intellektuellen und finanziellen Leitung der 15 Mill. Neger Nordamerikas, die man die „Bolschewisten des schwarzen Erdteils" (Colin Ross) nennen kann, da sie mit der russischen Sowjetregierung an systematischer Aufwühlung der Leidenschaften der Eingeborenen Afrikas geradezu wetteifern. Dem muß Europa rechtzeitig ein Paroli bieten, was jetzt noch möglich ist. Man hüte sich, in diesen Fragen allzu einseitig den Rechtsstandpunkt zu betonen, denn allen derartigen Versuchen, das geschriebene „Recht" einseitig hervorzukehren, werden die unterdrückten Völker der ganzen Welt stets ihr „Recht auf Revolution"[1]) entgegenhalten.

Auch kann die wirtschaftliche Ausbeutung den farbigen Bevölkerungen gegenüber unmöglich länger so ungeniert betrieben werden, wie es in vielen Kolonien noch üblich ist: wenn in Britisch-Indien den Frauen für eine Wochenarbeit von 60 Stunden ein Lohn von 1,3 sh bezahlt wird, in Niederländisch-Indien ein mittlerer Tagelohn von nur 15 cts üblich ist[2]), in Togo die Eingeborenen behördlich gezwungen werden, den Papierfrank zum Vorkriegswert in Zahlung zu nehmen, während ihnen bei den Steuerzahlungen der Frank zum heutigen entwerteten Kurs angerechnet wird[3]), so darf man sich nicht wundern, wenn aus solcher Saat eine schlimme Ernte aufgeht!

Man darf annehmen, daß sich zur Zeit rund 1 Milliarde farbiger Menschen

1) Taraknath Das in der „Zeitschrift für Geopolitik", 1927, S. 692.

2) Das Flammenzeichen vom Palast Egmont. Offizielles Protokoll des Brüsseler Kongresses. Berlin 1927.

3) Denkschrift der Togoneger an den Völkerbund vom 9. August 1926.

Digitized by Google

gegen die Vorherrschaft der einen halben Milliarde Menschen der weißen Rasse in Bewegung zu setzen beginnt, nämlich etwa:

440 Mill. Chinesen
290 „ Inder
125 „ Neger
83 „ Japaner
50 „ Malaien usw.

Wird die weiße Rasse den schwersten Sturm ihrer Geschichte siegreich überstehen?

Die Möglichkeit hierzu ist vorhanden, aber eine Einheitsfront der weißen Nationen kann dann allerdings nicht mehr lange entbehrt werden, wenn nicht die letzten Aussichten schwinden sollen. Heute kehrt in Südafrika der Weiße gegenüber den Farbigen überall den schroffsten Herrenstandpunkt heraus, während in Katanga der Belgier sie zur Gleichberechtigung erzieht, in der — vergeblichen — Hoffnung, in ihnen Kämpfer gegen südafrikanische Annexionsabsichten zu gewinnen; heute sucht der Engländer in Kenya die Schwarzen im Zustand der Unterwürfigkeit und des unbegrenzten Respekts vor dem Weißen erhalten, und im benachbarten Uganda zieht derselbe Engländer im Neger das Gefühl der Gleichwertigkeit mit dem Europäer groß. Diese vollkommene Systemlosigkeit, länger fortgesetzt, muß sich eines Tages bitter rächen!

Die alten kolonialen Methoden sind in weiten Teilen der Welt überlebt — es will ein Neues werden. Mögen die weißen Nationen in dieser Hinsicht sich wahrhaft als Führer des Menschengeschlechts erweisen!

Digitized by Google

VIII. Internationalisierungsbestrebungen.

1. Internationalisierte Landstriche.

Wo mehr als zwei oder äußerstenfalls mehr als drei verschiedene Reflektanten für ein wertvolles Überseegebiet vorhanden sind, da genügt selbst die Besitzteilung oder die Zerlegung in einzelne Interessensphären nicht mehr zur Ausgleichung der Gegensätze, sondern da müssen noch andere Maßnahmen getroffen werden, damit keine gefährlichen Reibungsflächen entstehen. Zuweilen genügt es, wenn ein auswärtiges Land, dessen Erschließung ein einträgliches Geschäft zu sein scheint, den Grundsatz der „Offenen Tür" anerkennt und allen Nationen, die Handel zu treiben wünschen, den Zugang unter gleichen Bedingungen gewährt. Daß nicht ganz selten eine solche Gewährung nur unter gelindem Zwang durchzusetzen ist, daß die „Offene Tür", wie Haushofer treffend bemerkt[1]), zuweilen bedenklich einer „aufgebrochenen Tür" ähnelt, ist eine Sache für sich. Ganz offensichtlich „aufgebrochenen Türen" glich etwa die Öffnung der chinesischen Häfen 1842, der japanischen 1853. der koreanischen 1876. Die „Öffnung" der japanischen Seeplätze wurde z. B. erzwungen durch die amerikanische Flottenexpedition des Admirals Perry (1853), durch die im Vertrag von Kanagawa (31. März 1854) die Häfen Simoda und Hakodade den Amerikanern freigegeben wurden, sowie durch die Bombardements von Kagoshima (1863) und Shimonoseki (1864). — Solange von den einzelnen Bewerbern nur wirtschaftliche Absichten in einem überseeischen Gebiet verfolgt werden, kann die „Offene Tür" Gegensätzlichkeiten und Reibungsflächen zum Schwinden bringen. Sobald aber noch weitere politische Sonderwünsche irgendwelcher Art im Spiel sind, reicht die Lösung nicht aus, und es müssen andere Wege einer internationalen Verständigung versuchsweise eingeschlagen werden.

Der wichtigste Ausweg, bei dem freilich die Kennzeichen einer ausgesprochenen Notlösung leicht zutage treten, ist die Schaffung von „internationalen" Gebieten und Zonen, in denen alle Völker der Erde die gleichen Pflichten und Rechte haben sollen und die von einer durch verschiedene Nationen gebildeten Verwaltungskommission „regiert" werden. Solche internationalisierten Teile der Erdoberfläche bedeuten die konsequenteste Abkehr vom Staat, die Verneinung des Staates schlechthin. Mancher mag vielleicht deshalb geneigt sein, sie als Ideal-

1) Geopolitik des Pazifischen Ozeans, S. 238.

Digitized by Google

form der internationalen Zusammenarbeit der Völker und als hoffnungsvolle Ansätze zu einem neuen, staatenlosen Zustand auf Erden anzusprechen. Das sind sie jedoch, bisher wenigstens, ganz und gar nicht. Vielmehr stellen solche internationalen Zonen typische Notbehelfe, Kompromisse, ja, Krankheitsherde dar, und fast jeder der Beteiligten lauert fortgesetzt auf die Möglichkeit, den bestehenden, unklaren Zustand durch wirkliche territoriale Eigenrechte abzulösen.

Ein deutliches Beispiel liefert uns die internationale Zone in Marokko (Fig. 74), die wegen der Wichtigkeit des Haupthafens Tanger i. J. 1912 geschaffen worden ist (vgl. S. 215), die aber erst kürzlich Spanien mit zäher Energie, wenn auch ohne Erfolg, zu beseitigen trachtete. Solche internationalisierten Gebiete haben von vornherein nur einen Sinn, wenn sie im Kriegsfall vollkommen neutral nach beiden Seiten sind. Wie wenig es aber möglich ist, ihre Neutralität zu wahren, haben sowohl die 1912 internationalisierte Tanger-Zone wie der 1888 internationalisierte Suezkanal i. J. 1914 in abschreckender Weise bewiesen. Die unmittelbaren Grenznachbarn werden eine internationalisierte Zone stets wie einen Pfahl im Fleisch empfinden, weil dadurch der Schmuggel begünstigt, die Zoll- und Polizeiüberwachung maßlos erschwert, selbst der Kriegführung ein Hemmschuh angelegt wird, wie der Rif-Feldzug der Spanier 1925/6 hinreichend bewiesen hat, und weil — last not least — zweifelhafte Subjekte, Verbrecher und dunkle Elemente aller Art solche internationalen Zonen, deren Behörden nur schwerfällig und mit vervielfachten Reibungen arbeiten können, geradezu als ein Idealland für ihr Wirken anzusehen pflegen. Ist doch die von Spanien i. J. 1927, wenn auch nur inoffiziell, abgegebene Erklärung sehr charakteristisch: wenn ihm nicht gestattet werde, Tanger und die internationalisierte Zone ganz unter spanische Verwaltung zu bringen, werde es genötigt sein, Spanisch-Marokko vollständig aufzugeben! — Eine Anzahl von chinesischen wichtigen Städten, insbesondere Haupt-Hafenplätzen, weist ebenfalls internationale Zonen auf, die schon oben (S. 258f.) erörterten Fremdenviertel, in denen die chinesischen Behörden nichts zu sagen haben, falls ihnen nicht von Fall zu Fall eine eigene Erlaubnis von den Fremden erteilt wird.

Fig. 74. Das internationalisierte Landgebiet um Tanger.

Auf dem festen Lande ist das Internationalisierungs-Prinzip noch nicht über einzelne Ansätze hinaus entwickelt worden, hat wohl auch einstweilen keine Aussicht dazu, wesentliche Fortschritte zu machen. Man kann dies auch kaum wünschen, nach den, etwa im zeitweilig internationalisierten

Digitized by Google

Saargebiet, gemachten traurigen Erfahrungen! Jedenfalls ist einer kulturell hochstehenden, selbstbewußten Bevölkerung im 20. Jahrhundert unmöglich zuzumuten, daß sie sich von lauter Ausländern regieren läßt, mögen diese nun fremde Eroberer oder Beauftragte des Völkerbundes sein. Dergleichen ist ein Hohn auf die Majestät des Staatsgedankens!

2. Internationalisierung der Meere.

Größere Bedeutung hat die Internationalisierung auf dem Wasser und ganz besonders auf dem Weltmeer erlangt. Der stolze Gedanke, daß das Weltmeer in allen seinen Teilen jeder seefahrttreibenden Nation in gleicher Weise zugänglich sein müsse, ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als verwirklicht zu betrachten — natürlich mit Ausnahme kriegerischer Zeiten. Fast 300 Jahre hat es gedauert, ehe diese wahrhaft fortschrittliche, der Neuzeit würdige Vorstellung, die in einer stillen Gelehrten-Schreibstube geboren wurde, sich zum allgemein gültigen Völkerrechts-Grundsatz durchgerungen hat.

Der Erfinder des Dogmas vom grundsätzlich freien, internationalen und neutralen Meer, vom Mare liberum, war Hugo Grotius (1583/1645), der große holländische Rechtsgelehrte, der im Auftrag der Regierung seines Landes die schwierige, vorher nie untersuchte Rechtsmaterie in Angriff nahm und i. J. 1613 die von ihm gefundenen Grundsätze verkündete. Er hat sie später in seinem klassischen Hauptwerk „De iure belli ac pacis" (Paris 1625) niedergelegt.

Bis zu den Tagen von Grotius galt es als eine Selbstverständlichkeit, daß ein Staat ein Meer, über das er die volle Macht hat, als Eigentum beanspruchen und allen Nebenbuhlern die Befahrung verbieten könne. Selbst Grotius war noch der Meinung, daß das Mittelmeer nach dem Jahre 146 v. Chr. ein Bestandteil des römischen Reiches gewesen sei, wenn er auch erklärte, daß die Eigentumsrechte sich nur auf Schutz und Rechtsprechung, nicht auf Verkehrsbehinderung hätten erstrecken dürfen. Anderes naiveres Denken faßte das Problem aber mehr von der machtpolitischen Seite an.

Als die Karthager ums Jahr 530 v. Chr. Südspanien in ihre Gewalt gebracht hatten, sperrten sie die Straße von Gibraltar vollkommen für jede fremde Schiffahrt und beanspruchten die Gewässer westlich der Meerenge als Monopolgebiet des karthagischen Verkehrs. Der Versuch, die Sperre zu durchbrechen, war mit Todesstrafe bedroht. Dieser Zustand bestand, mit einer einmaligen, belanglosen Unterbrechung, über 300 Jahre und fand erst ein Ende, als i. J. 206 v. Chr. die Römer der Karthager-Herrschaft in Südspanien ein Ende machten. Ähnlich war es, als im dritten vorchristlichen Jahrhundert die Bewohner von Byzanz sich des Kaps Hieron auf der asiatischen Seite des Bosporus bemächtigten, den sie dadurch zum Mare nostro machen wollten. Wenn sie auch nicht planten, jeden anderen Verkehr in der Meerenge zu unterbinden, so

Digitized by Google

gedachten sie doch durchzusetzen, daß ihnen jedes fremde Schiff für die Durchfahrt eine Abgabe zu entrichten habe. Der Plan scheiterte aber, da die Rhodier und Bithynier in einem Kriege den Verzicht auf diese Durchfuhrabgabe i. J. 219 v. Chr. von Byzanz ertrotzten.

Im Mittelalter sind ähnliche Versuche des öfteren gemacht worden, die eigene Schiffahrt auf Kosten der fremden zu begünstigen. So verbot im 13. Jahrhundert Genua den Franzosen jegliche Schiffahrt östlich Genua; im Vertrag von Nymphaeum (1261) gelang es den Genuesen sogar, für 100 Jahre das Schwarze Meer zum ausschließlich genuesischen Meer zu machen. Allmählich aber kamen neue politische Kräfte auf, und i. J. 1345 verankerte der byzantinische Dux Apokaukos ein eigenes Schiff im Bosporus, um von allen passierenden Schiffen einen Sundzoll zu erzwingen[1]); doch konnte dieser Anspruch nicht durchgesetzt werden. Ebenso erhoben später die Türken mehrfach den Anspruch auf das alleinige Verfügungsrecht über die Meerengen. Kurz vor der Eroberung Konstantinopels (29. Mai 1453) erbaute Sultan Mohammed II. bei Rumeli Hissar einen Turm mit dem bezeichnenden Namen Boghas Kesen = Abschneider der Meerengen. Sultan Murad IV. ließ i. J. 1628 gar eine Kette zwischen Rumeli- und Anadoli-Kawak spannen, um jedes unbefugte Eindringen fremder Schiffe zu vereiteln. Ebenso wurde zeitweilig die Straße Bab-el-Mandeb von den Arabern durch eine Kette für jede fremde Schiffaht gesperrt. Weiterhin war von 1475 bis zum Karlowitzer Frieden (26. Januar 1699) das gesamte Schwarze Meer ein türkisches Mare nostro, nicht nur in dem Sinne, daß es überall türkische Küsten aufwies, sondern auch in bezug auf die Befahrung des Gewässers selbst.

Noch bis ins 18. Jahrhundert behandelten die Türken ihre Meerengen als territoriales Eigentum. Erst im Frieden von Kütschük Kainardschi (21. Juli 1774) mußte die Türkei den Russen die freie Fahrt durch die Meerengen zugestehen. Dann wurde immer mehr Nationen das Recht der Fahrt durch die Meerengen in eigenen Verträgen eingeräumt, so auch Preußen am 17. April 1806. Im Adrianopeler Frieden (14. September 1829) wurde freie Fahrt für alle Handelsschiffe, jedoch Sperrung der Meerengen für alle nicht-türkischen Kriegsschiffe vereinbart. Bald darnach aber, am 8. Juli 1833, zwang Rußland die Türkei im Vertrag von Hunkjar Skalessi als Lohn für seine gegen Mehemed Ali geleistete Waffenhilfe, zu dem Zugeständnis, daß auch russische Kriegsschiffe die Meerengen jederzeit durchfahren durften, während sie für alle anderen Kriegsschiffe gesperrt bleiben sollten. Das war natürlich ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand. Es wurde eine Konferenz aller sechs interessierten Mächte nach London einberufen und im Londoner Abkommen vom 13. Juli 1841 der i. J. 1829 vereinbarte Zustand wiederhergestellt.

Dieses neugeschaffene Völkerrecht wurde freilich schon im Krimkrieg, wenn auch mit Willen der Türkei, verletzt, als eine alliierte Flotte ins

1) Karl Lehmann in der Festschrift des „Janus" zu Lehmann-Haupts 60. Geburtstag, S. 176 u. 179.

Digitized by Google

Schwarze Meer vordrang. Der den Krimkrieg beendende Pariser Frieden vom 30. März 1856 suchte eine neue Regelung. Die Schiffahrt im Pontus sollte unbeschränkt erlaubt, das Meer selbst aber neutralisiert, also jede Kriegshandlung darin verboten sein. Die Sperrung der Meerengen für alle Kriegsschiffe wurde ausdrücklich nochmals ausgesprochen, um jedoch auf russischen Druck schon am 13. März 1871 in einem neuen, zu London abgeschlossenen Vertrag wieder aufgehoben zu werden. Nach dem russisch-türkischen Kriege von 1876/77 erforderte freilich Englands Interesse neuerdings die möglichste Eindämmung der stark ins Kraut geschossenen Ansprüche des siegreichen Rußland, und in der Tat setzte England in der Schlußakte des Berliner Kongresses vom 13. Juli 1878 neuerdings die gänzliche Sperrung der Meerengen für Kriegsschiffe durch. Rußland hat hierunter bekanntlich schwer gelitten, zumal im Japanischen Kriege 1904/05, als es seine Kriegsschiffe im Schwarzen Meer nicht zur Verstärkung des nach Ostasien fahrenden Geschwaders Roshdestwenskis benutzen konnte. Nach dem Weltkriege ist dann nach manchem Hin und Her im Lausanner Frieden vom 24. Juli 1923 die neue Regelung getroffen worden, daß die Meerengen, wie der Suezkanal, „im Krieg und Frieden" für jegliche Schiffahrt frei sein sollen. Nur dürfen Kriegsschiffe in nicht größerer Zahl hindurchfahren, als jeweilig im Schwarzen Meer beheimatet sind — eine ziemlich bedenkliche und dehnbare Bestimmung, die im Falle eines neuen Krieges wohl schwerlich darauf rechnen kann, respektiert zu werden. In friedlichen Zeiten sorgt jetzt eine in Konstantinopel untergebrachte Internationale Kommission (deren Ämter nur als angenehme Sinekure bewertet werden können) überflüssigerweise für die Beachtung der Abmachungen von Lausanne.

Eine Anzahl weiterer, besonders bedeutsamer Versuche, bestimmte Meere und Meeresteile der fremden Schiffahrt zugunsten der eigenen zu entziehen, waren die folgenden:

England forderte etwa seit 1300 das „dominion over the narrow sea" und sah insbesondere den Englischen Kanal als ein ihm allein gehöriges Gewässer an. Ebenso maßten sich die deutschen Hansestädte im 14. und 15. Jahrhundert, zur Zeit der höchsten Blüte ihrer Macht, das Recht an, zu bestimmen, eine wie große Zahl von holländischen Schiffen die Ostsee befahren dürfe. Die Dänen, die demgegenüber das wichtige Verbindungsgewässer des Öresundes als ihr Eigentum betrachteten, beanspruchten für sich das Recht der Sundsperre als politisches Druckmittel und sind hierdurch dreimal mit der Hanse in schwere Kriege verwickelt worden. Im 15. bzw. 16. Jahrhundert strebte Venedig in der Adria, Portugal im Indischen Ozean, Spanien in der Südsee ein „Mare nostro" in dem Sinne an, daß kein fremdes Schiff darin ohne ausdrücklich erteilte Erlaubnis darin sollte verkehren dürfen. 1616 verbot der Statthalter von Tobolsk jede nicht-russische Schiffahrt östlich des Weißen Meeres. Christian IV. von Dänemark und Norwegen (1596—1648) war sogar der Meinung, in „seinen" Gewässern könne er mit allen fremden Schiffen tun und lassen,

Digitized by Google

was ihm beliebe. Darüber hinaus verbot er allen nicht-dänischen Schiffen den Walfang bei Spitzbergen und geriet dadurch in heftige Konflikte mit Holländern und Engländern. Letztere beanspruchten wieder das alleinige Fang- und Fischereirecht in den hochnordischen Meeren für sich allein, mit der nicht ganz zweifelsfreien Begründung, sie hätten Spitzbergen i. J. 1553 zuerst entdeckt! Zu einer gefährlichen Kontroverse, die bis an den Rand eines Krieges führte, kam es über ähnliche Fragen des Seefahrmonopols im Jahre 1616 zwischen England und Holland.[1]) Am 16. Mai 1609 untersagte England durch die „Proclamation touching fishing" den Holländern jegliche Fischerei in den Gewässern um Schottland, außer gegen Bezahlung. Zunächst kam es hierüber nur zu mehr theoretischen Differenzen. Als aber 1616 ein schottischer Beamter J. Brown von holländischen Fischereifahrzeugen in den schottischen Gewässern die Abgabe einziehen wollte, wurde er gefangen genommen und nach Holland geschleppt. Die Lage war bedrohlich, doch verstand sich die holländische Regierung schließlich zu einer Abbitte. Wie sehr damals von Fall zu Fall die Stellungnahme der Staaten zum Recht auf offenem Meer schwankte, geht daraus hervor, daß England gleichzeitig die gesamten Meere um die britischen Inseln als Territorialgewässer in Anspruch nahm, auch die Meere um Spitzbergen als Mare clausum, die indischen Gewässer aber, die von anderen Nationen beherrscht wurden, als Mare liberum angesehen wissen wollte. Holland nahm natürlich genau den entgegengesetzten Standpunkt ein. I. J. 1635 veröffentlichte ein englischer Jurist John Selden sogar eine Schrift, worin er Englands Anspruch auf eine Monopolschiffahrt in der Nordsee bis dicht an die holländische und dänische Küste verteidigte. Gleichzeitig strebte Schweden das alleinige Recht der Schiffahrt im Finnischen und Bottnischen Busen an und wünschte von dem damals in seinen Diensten stehenden Grotius eine juristische Verteidigung dieses seines Anspruchs. Grotius konnte sich aber nicht dazu verstehen, seinen älteren Standpunkt so weitgehend zu verleugnen. Die Verfügung mächtiger Herren über ganze Meere äußerte sich auch in den Titeln, die sie annahmen oder vergaben. Wallenstein wurde vom Kaiser Ferdinand II. am 21. April 1628 zum „Admiral des Ozeanischen und Baltischen Meeres" ernannt, und der Zar von Mingrelien führte den Titel „Herr des Schwarzen Meeres".

Es ist fast verwunderlich, daß es über derart schroff auseinandergehende Forderungen nicht in der Tat mehrfach zum Kriege kam. Mehrfach war es nahe daran, so vor allem 1636 und 1639. Im letzteren Jahre hatten die Holländer, die mit Spanien im Kriege lagen, unter ihrem großen Seehelden Tromp am 21. Oktober das letzte spanische Geschwader in den Downs bei Deal vernichtet, in Meeren, die England als Eigentum, als Mare clausum, ansah, was zu gereizten Protesten der englischen Regierung Anlaß gab. Dennoch renkten sich derartige Konflikte immer

1) Diese Darstellung nach Walter Vogel, Hugo Grotius und die Freiheit der Meere (Heft 136 der Sammlung „Meereskunde").

Digitized by Google

von selber ein. In den Walfang-Gewässern bei Spitzbergen einigten sich z. B. die Konkurrenten ganz stillschweigend dahin, daß die Holländer nur in den nördlichen, die Engländer nur in den südlichen Meeresteilen dem Fang oblagen.

Angesichts einer solchen vielfach gespannten politischen Lage auf den Meeren ist es zu verstehen, daß man in mehreren Friedensschlüssen des 17. Jahrhunderts die gefährlichsten Reibungsflächen nach und nach auszuschalten bestrebt war, was gar nicht anders möglich war als durch eine stets weiter fortschreitende Anerkennung des Grotiusschen Grundsatzes vom Mare liberum. Im Münsterschen Frieden vom 30. Januar 1648 wurde die Freiheit der Ostseeschiffahrt für alle Flaggen vereinbart, doch blieb Dänemarks Recht, von sämtlichen Fahrzeugen, die den Öresund oder die Belte passierten, den „Sundzoll" zu erheben, noch für mehr als 200 Jahre unangetastet. Der Friede von Ryswyk verkündete am 20. September 1697 ebenso die grundsätzliche Freiheit der Schiffahrt aller Flaggen im Indischen Ozean und in den südamerikanischen Meeren, und im Frieden von Poscharewatz gab Venedig am 21. Juli 1718 sein beanspruchtes Recht auf, von fremden Schiffen, die die Adria befahren wollten, Abgaben zu erheben.

Zuletzt hat sich im 19. Jahrhundert Rußland noch mehrfach gegen die Freiheit gewisser Meere und sich zu ihrem Herrn erklärt. So verfügte ein Ukas Alexanders I., der Seeweg zum Ob und Jenissei durchs Karische Meer sei „nicht vorhanden", weil Rußland nicht wünschte, daß andere Nationen an der Ausbeutung Sibiriens teilnähmen. Derselbe Zar beanspruchte im Ukas vom 4. September 1821 den gesamten Stillen Ozean nördlich des 51. Breitengrades als Monopolgebiet der russischen Schiffahrt und verbot allen fremden Flaggen den Verkehr in diesen weiten Gebieten in einer 100 ital. Meilen breiten Zone an der asiatischen und an der amerikanischen Küste. Auf den Widerspruch der Vereinigten Staaten hin mußte der Zar freilich seine Forderung ganz bedeutend zurückpflocken und auf alle Ansprüche an die amerikanische Küste südlich $54^0\,40'$ im Staatsvertrag vom 17. April 1824 völlig verzichten. Es war dies der letzte und im größten Stil gehaltene Versuch, einen bedeutenden Teil des offenen Weltmeeres für die nationale Schiffahrt zu monopolisieren, wenn auch die Vereinigten Staaten nach ihrem Kauf Alaskas (30. März 1867) anfänglich nochmals die Auffassung vertraten, sie hätten das alleinige Recht zur Robbenjagd im Beringsmeer mitgekauft. Sonst ist ein solcher Versuch neuerdings mit Erfolg nur noch auf dem geschlossenen Kaspischen Meer gemacht worden. Auf ihm hatte Rußland seit dem mit Persien am 10. Februar 1828 geschlossenen Vertrag von Turkmantschai das alleinige Recht zur Unterhaltung von Kriegsschiffen. Noch 1871 konnte man das Kaspische Meer sogar in ganzem Umfang als ein rein russisches Gewässer ansehen, wo Persien nichts mehr zu sagen hatte, dessen nördliche Küstenprovinzen Gilan, Mazenderan und Asterabad übrigens von 1723 bis 1735 schon einmal zum Zarenreiche gehört hatten.

Digitized by Google

Bei kleineren Meeren und Meeresteilen blieben mannigfache Sonderansprüche in jüngerer Zeit noch bestehen, wenn auch die zivilisierten Staaten ihren Herrschaftsanspruch auf gewisse Meeresteile schon längst in die mildere Form gekleidet hatten, daß sie von jedem fremden Schiff, das sich daselbst sehen ließ, nur eine Zollabgabe forderten. Am bekanntesten in dieser Hinsicht war der seit vielen Jahrhunderten regelmäßig erhobene dänische Sundzoll. In der Hansezeit hatte Dänemark politischen Gegnern noch öfters die Fahrt durch den Öresund und die Belte vollständig verboten. Später begnügte man sich in Kopenhagen mit der Entrichtung einer Abgabe. Erst durch die Kopenhagener Vereinbarung vom 14. März 1875, an der 15 Staaten beteiligt waren, wurde dieser Sundzoll gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungsgebühr von 30476325 dän. Taler für alle Zeiten aufgehoben. Ebenso fiel durch einen zwischen 18 Staaten vereinbarten Brüsseler Vertrag vom 16. Juli 1863 Hollands Recht auf Erhebung des Scheldezolls. Die seit 1585 gesperrt gewesene Scheldemündung war wieder seit 1795 mit Einschränkung und durch den Londoner Frieden vom 19. April 1839 endgültig für alle Flaggen wieder geöffnet worden („Flaggenfreiheit der Schelde"), aber Holland erhob von allen Schiffen, die auf der Reise nach und von dem belgischen Antwerpen die Mündungsgewässer von Holländisch-Seeland durchfuhren, eine Abgabe. Erst als diese durch die Ablösung von 1863 in Fortfall kam, wurde die Bahn frei für Antwerpens gewaltigen Aufstieg.

Den vollen und endgültigen Sieg errang der Grotiussche Satz des Mare liberum, als im Haager Vertrag vom 6. Mai 1882 die sechs Nordseestaaten anerkannten, daß ihre Hoheitsrechte an den Meeresküsten sich grundsätzlich nur drei Seemeilen (= 5565 m) weit seewärts erstreckten und daß darüber hinaus nullius regio, das internationale Weltmeer, das Mare liberum, liege, auf dem alle Staaten gleichberechtigt sind. Hierdurch war endgültig mehr als die Hälfte der Erdoberfläche der Einziehung in staatliche Grenzen entzogen und ein für alle Male „internationalisiert" worden. Es ist wohl auch schwerlich zu erwarten, daß dieser große Kulturfortschritt jemals wieder rückgängig zu machen ist. An letzter Stelle wurden Freiheit der Schiffahrt und des Robbenfanges im Beringsmeer für alle Nationen durch die Pariser Staatsverträge vom 15. August 1893 und 7. November 1897 vereinbart.

3. Internationalisierung großer Seekanäle.

Auch künstliche Seeschiffahrtskanäle ersten Ranges konnten unter solchen Umständen nicht Alleinbesitz eines einzelnen Staates bleiben, ohne daß weitgehende Sicherungen für die unbedingte Gleichberechtigung aller Nationen gewährleistet wurden. Schon als um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Bau des mittelamerikanischen Kanals brennend werden zu wollen schien, wurde der oben geschilderte englisch-amerikanische Nikaragua-Konflikt (vgl. S. 252f.) nur dadurch beigelegt, daß beide Mächte sich im Clayton-Bulwer-Vertrag (19. April 1850) verpflich-

Digitized by Google

teten, im künftigen Mittelamerika die unbedingte Gleichstellung aller Flaggen und grundsätzliche Neutralisierung durchzuführen. Im Suezkanal, der als internationales Privatunternehmen unter französischer Führung gebaut worden war, in dem sich aber das anfänglich feindlich beiseitestehende England[1]) bald durch Erwerbung der Aktienmehrheit seitens der britischen Regierung (25. November 1875) die ausschlaggebende Stellung gesichert hatte, wurden die Grundsätze des Clayton-Bulwer-Vertrages in der Tat — wenn auch nur auf dem Papier — verwirklicht. Das von 17 Regierungen unterzeichnete Konstantinopeler Abkommen vom 29. Oktober 1888 erklärte den Suezkanal für vollkommen internationalisiert und obendrein neutralisiert; alle Kriegshandlungen in ihm sollten verboten und die behinderungslose Durchfahrt aller Schiffe in Krieg und Frieden unbedingt gewährleistet sein. Der ägyptischen Regierung wurde lediglich die Polizeiaufsicht übertragen. Die trefflich gemeinte Vereinbarung wurde zwar von vornherein durch einige britische Sondervorbehalte fragwürdig in ihrem Wert, und im Weltkrieg hat es sich gerade am Suezkanal besonders deutlich gezeigt, daß auch die feierlichsten völkerrechtlichen Verpflichtungen im Zustande der geistigen Übererregung mit Füßen getreten werden. Schon am 1. August 1914, bevor die Kriegserklärung erfolgt war, wurden deutsche und österreichische Schiffe im „neutralisierten Kanal" von den Engländern angehalten, ihre Funkanlagen heruntergeholt und die „feindlichen" Staatsangehörigen, die an Bord waren, bald darauf in Gefangenschaft abgeführt. Am 7. Oktober 1914 wurden 26 in den Kanalhäfen weilenden feindliche Schiffe mit englischer Bemannung versehen und zum Auslaufen gebracht, worauf ein britischer Kreuzer im Mittelmeer sie als gute Prise nach Alexandrien brachte. England und Frankreich begingen im neutralisierten Kanal Kriegshandlung über Kriegshandlung. Schließlich mußten Deutschland und die Türkei wohl oder übel ihrem Beispiel folgen: sie erklärten am 28. Mai 1915 den Kanal als Kriegsgebiet, verlegten Minen darin, beschossen vom Ostufer her feindliche Schiffe und Truppentransporte usw. Das Konstantinopeler Abkommen war im ganzen Umfange durchlöchert! Offiziell besteht zwar nach dem Kriege die Internationalisierung und Neutralisierung wieder als „anerkanntes" Völkerrecht, aber niemand zweifelt, daß ein neues Kriegsunwetter das Fundament dieses Völkerrechts ebenso unterspülen wird, wie es 1914—1918 geschah. Wir leben eben in einer schwersten Krise des Völkerrechts, das in Kriegs- und Nachkriegszeit allzu leichtfertig bolschewisiert worden ist. — Wie sehr England im übrigen nach wie vor den „internationalisierten" Suezkanal als ein Gewässer betrachtet, das in erster Linie britischen Interessen zu dienen hat, wurde überdeutlich, als i. J. 1923 der Erste Lord der

1) England wünschte den Bau des Kanals nicht, um die überragende Stellung von Kapstadt nicht zu gefährden, ebenso wie es heute im Interesse von Singapur seit Jahrzehnten den wichtigen Kanal-Durchstich von Malakka im Isthmus von Kra verhindert.

Digitized by Google

Admiralität, Amery, erklärte, die Regierung strebe eine weitere Vertiefung des (nur für Handelsschiffe bestimmten) Kanals an, da ihn zur Zeit die englischen — — Dreadnoughts (!) wegen ihres zu großen Tiefgangs nicht durchfahren könnten[1]), ebenso als 1927 und 1929 England mit der ägyptischen Regierung Verhandlungen pflog, die ein für alle Male britisches Militär mit der „Verteidigung" des „neutralen" Kanals betrauen wollten und ständig an ihm stationierten.

Beim Panamakanal haben sich die Grundsätze des Clayton-Bulwer-Vertrages gleichfalls nicht aufrecht erhalten lassen, obwohl auch in dem heut gültigen Hay-Pauncefote-Abkommen vom 18. November 1901 die Flaggenfreiheit und Gleichberechtigung aller Nationen im Frieden zugestanden wurde. Als der Weltkrieg ausbrach, verkündete Präsident Wilson am 13. November 1914 nochmals ausdrücklich die freie Benutzung der Wasserstraße und gleiche Behandlung aller Schiffe der kriegführenden Mächte. Kaum waren aber die Vereinigten Staaten selber in den Krieg eingetreten (6. April 1917), da war es aus mit der garantierten Neutralität: den feindlichen Schiffen wurde die Benutzung des Kanals ausdrücklich verboten!

Der dritte Seekanal des Weltverkehrs ist der deutsche Kaiser-Wilhelm-Kanal. Dieser war bis zum Kriege ein einwandfrei territorial-deutsches Gewässer, vom deutschen Staat aus öffentlichen Mitteln auf deutschem Boden erbaut. In Friedenszeiten herrschte in ihm Flaggenfreiheit und Gleichberechtigung aller Nationen, im Kriege diente er ausschließlich den Zwecken des Landes und war den fremden Flaggen im allgemeinen verschlossen. Das Versailler Diktat hat auch diese klare staatsrechtliche Stellung erheblich kompliziert und sich bemüht, dem deutschen Wasserweg nach Möglichkeit einen internationalen Stempel aufzudrücken. Im allgemeinen zwar legt der Versailler Art. 380 nur den Zustand im Kanal, den Deutschland vor 1914 freiwillig gewährt hatte, als völkerrechtliche Pflicht fest und begnügt sich damit, für den Fall eines Verstoßes dagegen eine Internationalisierung der Wasserstraße und die Schaffung einer Internationalen Überwachungskommission, wie sie am Bosporus besteht, anzudrohen, während an der Anerkennung des territorialen Charakters nicht gerüttelt wird. Dennoch liegt ein Konfliktstoff in der Luft, wie der „Wimbledon-Fall" bewies. Am 31. März 1923 verweigerte die deutsche Regierung dem französischen Dampfer „Wimbledon", der Munition für Polen geladen hatte, die Fahrt durch den Kanal, unter Hinweis darauf, daß Kontrebande nicht durch neutrale deutsche Gewässer gebracht werden dürfe. Die Ententestaaten England, Frankreich, Italien und Japan verklagten darauf Deutschland vor dem Haager Schiedsgerichtshof unter Berufung darauf, daß ähnliche Transporte im Suezkanal wiederholt stattgefunden hätten. Der Einwand war durchaus schief, da beim Kieler Kanal eben keine Internationalisierung, wie

1) Vgl. Otto Moßdorf, Singapore; im „Neuen Orient", Juliheft 1923.

Digitized by Google

beim Suezkanal, ausgesprochen worden war. Trotzdem verurteilte der Haager Schiedsgerichtshof Deutschland zur Zahlung einer Entschädigung von 140 Mill. Frcs, was freilich zu einem Sonderprotest der überstimmten Richter Anlaß gab, so daß die Unparteilichkeit des in der Ruhrjahr-Atmosphäre gefällten Urteils nicht über jeden Zweifel erhaben scheint. Begründet wurde es mit dem Hinweis darauf, daß gemäß dem Versailler Art. 380 der Kanal selbst Kriegsschiffen immer offen stehen müsse. Daß in Konsequenz dieses Standpunktes eine neutrale deutsche Regierung nicht einmal ein auf deutschem Kanalgebiet sich etwa abspielendes Seegefecht zwischen fremden Kriegsschiffen verhindern dürfte, wurde geflissentlich übersehen. Eine genaue Klarstellung, in welchem Teilumfang der Kaiser-Wilhelm-Kanal zur Zeit neutralisiert bzw. internationalisiert ist oder nicht, wird auch den gewiegtesten Kennern des Völkerrechts nicht leicht gelingen.

Wir stehen somit vor der absonderlichen Tatsache, daß nur der Suezkanal — auf dem Papier — deutlich internationalisiert und neutralisiert ist. Der Panamakanal und der Kaiser-Wilhelm-Kanal sind nationale Gewässer mit Garantie der Flaggenfreiheit und -gleichheit, ersterer mit eingeschränkter Neutralitätspflicht, letzterer sogar mit eingeschränktem Neutralitätsrecht und dem Damoklesschwert der Verwaltung durch eine Internationale Kommission über sich. Von einer einheitlichen Regelung kann also bislang ganz gewiß keine Rede sein, und der schöne Gedanke des Konstantinopeler Abkommens von 1888, solche künstlichen Seewasserstraßen ersten Ranges grundsätzlich dem Mare liberum gleichzustellen, bleibt in der Praxis zunächst nur ein frommer Wunsch. Ob kommende Zeiten in dieser Hinsicht rechtlich gewissenhafter und mit ehrlicherem Willen zur unbedingten Achtung vor dem Völkerrecht handeln werden als die unsrigen, muß dahingestellt bleiben — —

4. Internationalisierung von Binnenwasserstraßen.

Das Streben, auch wichtigere Binnenwasserstraßen, ähnlich wie das Meer, unter internationales Recht zu stellen und das Hoheitsrecht einzelner Staaten an ihren schiffbaren Gewässern zugunsten eines überstaatlichen Handelsverkehrs in erträglicher Weise zu beschneiden, ist an sich durchaus verständlich und berechtigt. Wir dürfen wohl darauf rechnen, daß später einmal, wenn auch schwerlich schon zu Lebzeiten der heutigen und der nachfolgenden Generation, für die wichtigsten Binnenschiffahrtsstraßen ein ähnlicher Zustand erreicht werden wird wie auf dem Weltmeer, daß dem durch 2½ Jahrhunderte umkämpften und schließlich erreichten Mare liberum sich auch ein Flumen liberum zur Seite stellen wird. Diesen Ausdruck, der sich bereits ein gewisses Bürgerrecht in der Literatur verschafft hat, prägte der Verfasser zuerst auf dem Duisburger Binnenschiffahrtstag am 5. April 1922 im Anschluß an einen Vortrag des Gesandten Seeliger.[1]) Vorläufig freilich sind wir von dem erhofften Zukunftsziele

1) Vgl. R. Hennig, Flumen liberum; in der „Zeitschr. für Binnenschiffahrt", 1922, S. 140.

Digitized by Google

des Flumen liberum noch sehr weit entfernt, weiter sogar als in den Jahren vor dem Weltkriege, obwohl oder vielleicht auch gerade weil seither verschiedene, neue Flußinternationalisierungen stattgefunden haben, die aber nicht als ein Fortschritt zu einem höheren zwischenstaatlichen Gemeinschaftsleben betrachtet werden können, weil sie nicht freiwillig gewährt, sondern erpreßt worden sind, weil also nicht die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, sondern der politische Machtwille dabei Pate gestanden hat, schließlich auch, weil der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten dabei verleugnet und schwer kompromittiert worden ist.

Eine echte Internationalisierung von Binnenschiffahrtsstraßen im Sinne einer völligen Aufhebung der Hoheitsrechte der Uferstaaten, nach dem Muster der Internationalisierung des freien Meeres, ist bisher nur an einer einzigen Stelle erfolgt: in der schon seit 1856 internationalisierten Donaumündung, in der die Hoheitsrechte des Uferstaates durch Art. 53 der Berliner Kongreßakte vom 13. Juli 1878 bis Galatz hinauf tatsächlich völlig ausgeschaltet sind. Die mit großen Machtbefugnissen ausgestattete Europäische Donaukommission in Galatz ist ein eigener „Flußwasserstaat"[1]), ein „Staat im Staate".[2]) Bei anderen „internationalen" Flüssen sind dagegen die Hoheitsrechte der uferanliegenden Staaten nur mehr oder weniger eingeschränkt, aber nirgends beseitigt worden. Ich muß es mir versagen, an dieser Stelle auf die ungemein verwickelte und völkerrechtlich undurchsichtige Materie weiter einzugehen, deren Behandlung ein sehr weites Ausholen notwendig machen würde. An anderer Stelle habe ich in einer eigenen Schrift[3]) versucht, diesem maßlos komplizierten Problem nahezukommen und darf mich hier um so mehr mit einem Hinweis darauf begnügen, als eben bislang eine wirkliche, völlige Internationalisierung von Binnenwasserstraßen — außer in der Donaumündung — überhaupt noch nirgends vorgenommen worden ist, als ferner die Auffassungen, was eigentlich unter „internationalisierten" Flüssen und Kanälen zu verstehen sei, geradezu unerträglich weit auseinandergehen und jede feste Definition des Begriffs sich bislang als unmöglich erwiesen hat. Die ganze Materie ist derart verworren, daß ohne eine vollständig neue zwischenstaatliche Regelung auf einer allgemeinen Konferenz schlechterdings nicht dauernd auszukommen sein wird.

5. Die Enteuropäisierung (Gegenkolonisation) der außereuropäischen Welt.

Die Jahre des Weltkriegs 1914—18 haben Europas wirtschaftliche und industrielle Vormacht in einer Weise untergraben, die besonders England und Deutschland in schmerzlicher Weise verspüren. Lord Kitchener

1) v. Holtzendorff, Handbuch des Völkerrechts. Berlin 1885—1889.
2) Engelhardt, Fleuves internationaux, S. 107.
3) Richard Hennig, Freie Ströme. 3. Heft der „Wirtschaftspolitischen Zeitfragen". Leipzig 1926.

Digitized by Google

hat sich, wie Haushofer berichtet[1]), ihm gegenüber schon i. J. 1909 in Kalkutta als Gegner des kommenden englischen Einkreisungskrieges gegen Deutschland bekannt, weil dieser nur „für Japaner und Amerikaner geführt werden" würde. Die Richtigkeit dieser Prophezeiung liegt heute klar zu tage. Aber darüber hinaus hat Europa in noch viel höherem Maße wirtschaftlichen und machtpolitischen Selbstmord begangen. Die verschiedensten rohstoffliefernden Länder und Erdteile sind dazu übergegangen, ihre Rohstoffe in großem Umfang selber weiter zu verarbeiten, und zeigen sich wenig geneigt, die aus der Weiterverarbeitung fließenden, reichen Zwischengewinne länger geduldig den europäischen Nationen zu überlassen. Die Vereinigten Staaten, ehedem die Hauptlieferanten von Baumwolle für die englische und deutsche Textilindustrie, haben die Zahl ihrer eigenen Baumwollspindeln im Kriege auf 34 Mill. gesteigert, verarbeiten gegenwärtig die Hälfte ihrer Baumwolle selbst und machen gar kein Hehl daraus, daß sie ihr wertvolles Rohprodukt künftig in ganzem Umfang selber zu verwerten bestrebt sind. England bemüht sich daher fieberhaft, neue Baumwollgebiete in eigenen Überseeländern zu erschließen und zu entwickeln, und das kolonienlose Deutschland wird in diesem Wettbewerb ganz an die Wand gedrückt werden, wenn es nicht seiner chemischen Wissenschaft gelingen sollte, sich, wie bei den Farbstoffen, dem Zucker, Salpeter, Erdöl, vom Ausland unabhängig zu machen und auch Baumwollfaser künstlich aus einheimischen Produkten (Hanf und Flachs) zu hinreichend billigen Preisen herzustellen, wozu schon im Kriege aussichtsvolle Ansätze gemacht wurden. Auch China, das noch i. J. 1900 gänzlich unfähig zur eigenen Baumwollverarbeitung war, hat sich in dieser Hinsicht neuerdings sehr schnell und kräftig auf eigene Füße gestellt. Dasselbe gilt für Japan. In Asien hat sich die in der Industrie tätige Menschenzahl von 1914 bis 1927 verdoppelt![2]) In der Eisenproduktion haben die Vereinigten Staaten das seit hundert Jahren an der Spitze stehende England längst weit überflügelt, und das Übergewicht Amerikas wird noch sehr viel größer werden, wenn erst Brasilien einmal an die Ausbeutung seiner unermeßlich reichen Erzlager geht, die sich von Diamantina über Quebaz bis zur Espinhaco-Höhe über 250 km Länge erstrecken und die zumindest eine Bodenfläche von 5700 qkm, vielleicht aber auch die doppelte Fläche, bedecken. Dasselbe Brasilien, das heute 70% der Welt-Kaffeeernte hervorbringt, kann seine mit Kaffee zu bebauende Fläche, wenn es not tun sollte, jederzeit verachtzigfachen. In Australien wird die gewaltige Wollproduktion des Landes in steigendem Umfang im Lande selbst industriell verarbeitet, ebenso ist in der Kriegs- und Nachkriegszeit die australische Schuhindustrie so stark entwickelt worden, daß die Wandlung von einem ein- zu einem ausführenden Lande bereits eingetreten ist. Indien hat in denselben Jahren seine eigene Textil- wie auch seine Stahlindustrie kraftvoll gefördert und führt heute Eisen-

1) Zeitschr. f. Geopolitik, 1926, S. 205.

2) Mitteilung des Inders Chatterjee auf der Genfer Konferenz im Mai 1927.

Digitized by Google

waren bis nach der Schweiz hin aus. In einem Lande wie Birma werden bereits Pianos in eigener Fabrikation hergestellt. Südafrika hat sich in Webwaren, Stahl- und Stiefelfabrikation, Südamerika in Webwaren, Stahl- und Papierfabrikation von Europa erheblich unabhängig gemacht. Uruguay verheißt jedem, der eine neue Industrie im Lande heimisch macht, ein neunjähriges Monopol. Kurzum, allenthalben ist ein konzentrischer Angriff gegen Europas industrielle Vormachtstellung zu verspüren.

Selbst in der chemischen Industrie, die früher ein Monopol Europas, insbesondere Deutschlands sowie der Schweiz, war, hat sich seit dem Weltkrieg das Ausland weitgehend unabhängig gemacht.[1]) Die Vereinigten Staaten bezogen 1913 Farbstoffe im Werte von 44 Mill. ℳ von Deutsch-

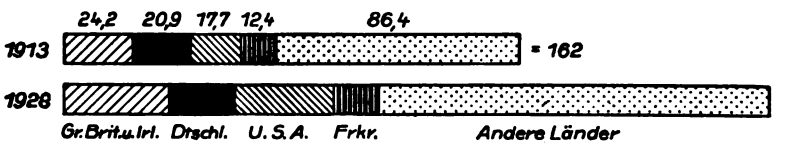

Fig. 75. Entwicklung des Welthandels. (Nach v. d. Aa, Wirtschaftsgeographie.)

land, 1926 nur noch für 7 Mill. ℳ, machten aber mit einer Eigenausfuhr von 65 Mill. ℳ Farbstoffen Europa auf seinen alten Absatzmärkten empfindlich Konkurrenz. Sie haben ihre Teerfarbenerzeugung binnen zwölf Jahren (1913—25) von 12,6 auf 168,0 Mill. ℳ gesteigert[2]) und decken den Eigenbedarf des Landes zu 95%. Nur die besonders hochwertigen Farben Deutschlands haben als Qualitätsware anderswo noch nicht nachgeahmt werden können. Kanada hat 63 Farbenfabriken ins Leben gerufen, Brasilien wandelt ähnliche Wege, Australien stellt sein Zink- und Bleiweiß selber her, Japans Farbenindustrie hat sich so stark entwickelt, daß sie heute die Hälfte des Inlandsbedarfs zu decken vermag usw.

Ähnlich steht es mit der Nahrungsmittelerzeugung. Ein „Memorandum über die Produktion und den Handel", das die Wirtschafts-Sektion des Völkerbundes veröffentlicht hat, belehrt uns, daß die Gesamterzeugung an Nahrungsmitteln und Rohstoffen sich in Europa von 1913 bis 1925 nur um 4½% gesteigert hat, dagegen in der gesamten Welt um 17, in Nordamerika um 26, in Südamerika gar um 70%. — Der Außenhandel ganz Europas hatte sich 1925 gegenüber 1913 um 6% verringert, in Nordamerika jedoch um 37% gesteigert usw.

Das Entstehen neuer, aussichtsreicher Industrien in bisherigen reinen Rohstoffgebieten führt aber zu einer fortschreitenden Dezentralisierung der industriellen Arbeit, zu dem, was Hermann Levy als erster eine „Enteuropäisierung der Weltwirtschaft" genannt[3]) und was

1) Vgl. „Wirtschaftsdienst" (Hamburg), 9. Juli 1927.
2) V. d. J.-Nachrichten (Berlin), 23. März 1927.
3) Zeitschr. f. Geopolitik, 1925, S. 576.

Digitized by Google

Bonn nicht minder richtig als „Gegenkolonisation" bezeichnet hat. In diesem Prozeß ist Europa gegenüber Amerika und zumal gegenüber den Vereinigten Staaten fühlbar benachteiligt. Die letzteren haben fast alle im Welthandel wichtigen Rohstoffe und Mineralien in großer Fülle im eigenen Lande, blicken auf zwei Ozeane hinaus, sind das reichste Land der Welt und recken sich in jugendlichem Wachstumstrieb zu einer neuen Weltmacht empor, wie sie in gleicher Konzentration der Energie auch das britische oder russische Imperium nie dargestellt haben.

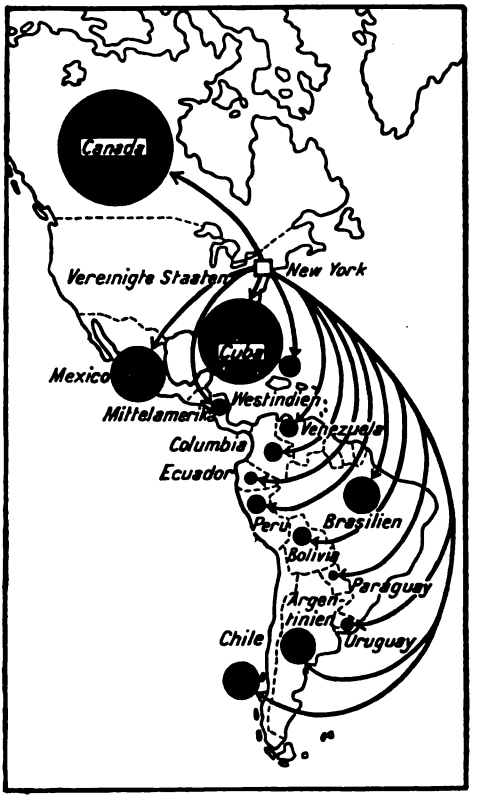

Fig. 76. Einfluß des Dollars in Amerika. (Nach Nearing-Freeman: „Dollardiplomatie".)

Die überragende Stellung der Vereinigten Staaten in finanzieller Hinsicht in der Gegenwart ist bekannt und erhellt daraus, daß nach einer Berechnung des Amerikaners Bowman („The new world") das nordamerikanische Privatkapital zur Zeit investiert hat:

in Latein-Amerika	4040	Millionen	Dollar,
„ Kanada und Neufundland	2460	„	„
„ Europa.	1900	„	„
„ Asien und Ozeanien . . .	690	„	„ (vgl. Fig. 76)

während gleichzeitig 16 europäische Staaten den Vereinigten Staaten selbst mit nicht weniger als 12 Milliarden Dollar verschuldet sind.

In einem Vorwort zu einer kürzlich erschienenen deutschen Ausgabe des amerikanischen Buches „Dollar-Diplomatie" hat Haushofer im Hinblick auf derartige entmutigende Zustände das unmutig-kritische Wort von der „amerikanischen Raffmaschine" gefunden, der „alle ethischen und seelischen Werte als Hebel und Schrauben dienen". Aber die Tatsache als solche, daß Europa in schwere finanzielle Hörigkeit von seinem früheren Schuldner Amerika geraten ist, daß es von ihm regelrecht wirtschaftlich eingekreist wird, diese Folge des Weltkriegs wird durch solche unwillige Kritik nicht aus der Welt geschafft. Und Amerika zögert wahrlich nicht, die nötigen Konsequenzen aus seiner überragenden Machtstellung zu ziehen, das bereits vom Throne stürzende

Digitized by Google

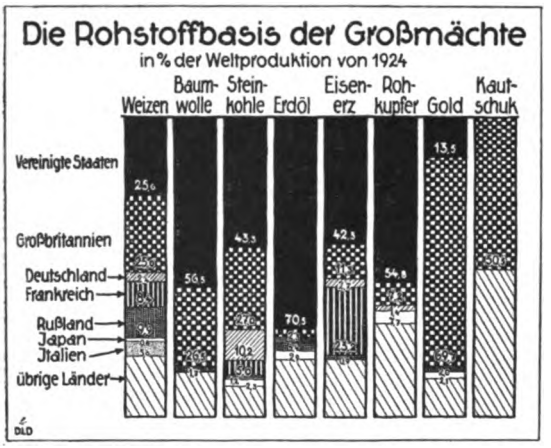

Fig. 77.

Europa noch weiter herabzustoßen und die Welt immer mehr zu enteuropäisieren. Dieser zunächst wirtschaftlich gemeinte Ausdruck gilt mehr und mehr in politischer Hinsicht. Treffend hieß es zu diesem politischen Problem in einem Aufsatz des „Deutschenspiegel“[1]:

„Die durch den Versailler Frieden geschaffene Kleinstaaterei Europas mindert mit jedem Nachkriegsjahr Ansehen und Macht des Europäers in der übrigen Welt. Das kleine Memelgebiet, Danzig, Litauen, Albanien, Bessarabien, Oberschlesien, Tanger è tutti quanti sind ebenso viele rheumatische Beulen, die die alte Dame Europa nicht schlafen lassen.“

In Amerika gibt es auf einer Fläche von 42 Mill. qkm zur Zeit nur 18, bald vielleicht noch weniger Staaten (unter Abrechnung der paar noch vorhandenen europäischen Kolonien) mit langgeschwungenen, vielfach linienförmigen, unkomplizierten Grenzen. In Europa dagegen drängen sich auf nur 9 Mill. qkm allein 28 große und mittelgroße Staaten — zwölf kleine nicht gerechnet — mit oft unübersichtlich verzwickten Grenzen, fast alle von Eifersucht und Mißgunst gegen die Nachbarn erfüllt und sorgsam darauf bedacht, sich gegen sie durch Zollmauern abzuschließen, deren Länge durch die 1919er Friedensmacher um noch 11 000 km vergrößert worden ist! Durch die Versailler Weltverbesserer sind in Europa folgende Wandlungen erzielt worden:

	1913	1930
Zahl der europäischen Staaten	27	40
„ „ „ Zollgebiete	26	38
„ „ „ Währungen	13	27

Wie im privatwirtschaftlichen Geschehen die Massierung zur Groß- und Riesenunternehmung die günstigsten Voraussetzungen darbietet, um im Wettbewerb zu bestehen, so sind auch im staatlichen Leben die großen und größten Gebilde a priori begünstigt gegenüber den kleineren, in bezug auf politische Macht wie im wirtschaftlichen Wettbewerb. Schon allein aus diesem Grunde sind die im Durchschnitt nur 230 000 qkm großen europäischen Staaten gegenüber den im Durchschnitt zehmal so großen amerikanischen empfindlich benachteiligt.

1) Jahrg. 1927, S. 555.

Digitized by Google

Die ungeheuere wirtschaftliche Überlegenheit der Vereinigten Staaten geht aus Fig. 77 und aus nachstehender Tabelle eindringlich hervor. An der gesamten Welterzeugung sind sie folgendermaßen beteiligt:

als Produzent		als Konsument	
Baumwolle	mit 71%	Naturseide	mit 72%
Erdöl	„ 71 „	Erdöl	„ 69 „
Eisen	„ 52 „	Kautschuk	„ 65 „
Getreide	„ 41 „	Kaffee	„ 48 „
Wasserkaft	„ 40 „	Kupfer	„ 47 „
		Zinn	„ 43 „
		Eisenerz	„ 42 „
		Kohle	„ 36 „

6. Kontinentalbewußtsein, Paneuropa und Nationalgefühl.

Um seine politische und wirtschaftliche Stoßkraft stets weiter zu steigern, strebt Amerika auf eine Zusammenballung aller amerikanischen Länder hin, auf eine panamerikanische Staatenphalanx gegenüber Europa, die in möglichst großem Umfang auch einen engen politischen Zusammenschluß nach sich ziehen soll. Auf der 7. Panamerikanischen Konferenz in Havanna wurde im Januar 1928 bereits der Gedanke eines eigenen amerikanischen Völkerbunds als Gegengewicht gegen den mißratenen Wilson-Sprößling in Genf erwogen, der allzu einseitig die Interessen der europäischen Entente-Staaten wahrnimmt. Erdteil gegen Erdteil — bildet sich langsam als neue Parole heraus.

Wir sehen in dieser bewußt und mit großer Energie angestrebten panamerikanischen Interessengemeinschaft das zur Zeit am konsequentesten durchgebildete Streben nach Vertrustung der Staaten eines ganzen Erdteils. Das mit großem Eifer und hoher Zielbewußtheit als Konkurrenz zum Völkerbund arbeitende, ständige Panamerikanische Komitee in Washington, die in mehrjährigen Zwischenräumen zusammentretenden Panamerikanischen Kongresse, das Riesenprojekt der Panamerikanischen Eisenbahn, sie zeigen, daß jenseits des Ozeans das Warenhaus-Prinzip selbst im Aufbau der staatlichen Systeme schon Platz zu greifen beginnt. Vollkommen richtig stellte der schwedische Professor Ohlin für unsere Zeit die Regel auf:

„Wohlstand kann nicht in kleinen Räumen gedeihen. . . Das Wirtschaftsleben Europas kann nicht ohne verhängnisvolle Folgen in dem Schnürleib der Nationalstaaten eingeengt verbleiben."

Es ist nicht zu verkennen, daß Latein-Amerika, einschließlich der ABC-Staaten, trotz seiner energischen Gegenwehr gegen den nordamerikanischen Imperialismus, dennoch schon ein gewisses panamerikanisches Gemeinschaftsgefühl bekundet und sogar geneigt ist, die Hegemonie der Vereinigten Staaten bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen. Es ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich, daß Chile und Peru sich entschlossen haben, ihren jahrzehntelangen Streit um den Tacna- und Aricadistrikt dem nord-

Digitized by Google

amerikanischen Präsidenten zum Schiedsspruch zu unterbreiten (vgl. S. 134f.). Im Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay um den Gran Chaco wurde 1929 bezeichnenderweise das Anerbieten eines Schiedsspruchs des Panamerikanischen Komitees angenommen, das gleichzeitige des Völkerbundes aber abgelehnt!

Daß Europa sich gleichberechtigt oder gar überlegen gegenüber solcher erdrückenden Konzentrierung aller politischen und wirtschaftlichen Energien Amerikas in ihrer Zusammenstraffung dauernd behaupten kann, solange es in sich uneins ist und durch Zehntausende von Kilometern innerkontinentaler Zollgrenzen seine Wirtschaftskraft schwächt, erscheint ausgeschlossen. An sich ist der Gedanke eines zwischenstaatlichen europäischen Zweckverbandes, wie ihn Friedrich Naumann mit seinem „Mitteleuropa"-Plan anstrebte und gegenwärtig Graf Coudenhove als Vorkämpfer des „Paneuropa"-Gedankens befürwortet, durchaus gesund. In späterer Zukunft werden wir wohl auch einmal, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, nach schweren wirtschaftlichen Erfahrungen aller europäischen Länder, zu einer Art von paneuropäischer Wirtschaftsgemeinschaft[1]) ebenso zwangsläufig gelangen, wie vor 100 Jahren das Aufkommen der Dampfmaschine und der Anfang der industriellen Entwicklung zunächst den deutschen Zollverein und später die politische Einigung Deutschlands erzwangen. Vorläufig aber ist auf weit absehbare Zeit Paneuropa leider als aussichtslose Utopie zu bewerten, und die entsprechenden Pläne Briands gar wollen nur die Hegemonie Frankreichs sicherstellen und streben weit weniger eine Überwindung als eine Konsolidierung der staatlichen Nachkriegsgrenzen an. Die nationalen und sprachlichen Gegensätze der europäischen Völker sind einstweilen ein unbedingt unüberwindliches Hindernis. In ganz Amerika gibt es nur zwei Sprachgrenzen, die einem engeren zwischenstaatlichen Zusammenschluß Schwierigkeiten bereiten; in Europa ist ihre Zahl Legion. Paneuropa wird nur als Folge schwerster wirtschaftlicher Nöte, gewissermaßen als allerletztes Aushilfsmittel der Länder unseres Erdteils, oder überhaupt nicht zu verwirklichen sein. Gewiß, die Vernunft sollte uns frühzeitig zu einer freiwilligen paneuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft führen, doch wann hätte je in den internationalen Beziehungen eifersüchtiger oder gar feindseliger Staaten die Vernunft den Ausschlag gegeben? Die „Vereinigten Staaten von Europa" aber als politisches Gebilde sind wohl, wie, nach Moltke, der ewige Friede, für immer ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Selbst teil-europäische Sonderziele dürften an nationalen Gegensätzen scheitern, wie jene von Mussolini am 24. Oktober 1923 aufgestellte Forderung: „Das Mittelmeer den Mittelmeervölkern!", die mit ihrer Aufforderung, die „Parasiten" aus diesem Meere zu vertreiben, den Herren von Malta, Gibraltar und Cypern unangenehm genug in die Ohren klang.

1) Vgl. A. Poulimenos, Vereinigte Staaten Europas. Berlin 1927.

Digitized by Google

Die Vereinigten Staaten von Australien haben sich leicht bilden können, weil der ganze Erdteil ein einheitliches Sprachgebiet ist, und selbst bei ihnen ist die Entwicklung, im Sinne der Paneuropa-Anhänger, rückläufig geworden, da die einzelnen australischen Bundesstaaten ihr staatliches Eigenleben, zuweilen im Gegensatz zueinander, immer kräftiger betonen und ihre Zahl seit einigen Jahren überdies von 5 auf 7 gesteigert haben. Die Vereinigten Staaten von Südafrika waren möglich, weil nur zwei, neuerdings drei Sprachen eine Verständigung miteinander zu suchen brauchten, die Vereinigten Staaten von Panamerika haben aus dem gleichen Grunde eine gewisse, wenn auch nur kleine Aussicht auf Erfüllung. Aber wie in Europa dergleichen möglich sein soll, erscheint völlig rätselhaft und deshalb, mindestens in der Gegenwart, jedes Arbeiten am Paneuropa-Gedanken als Vergeudung von Zeit und Kraft. Zur Sprach- und Kulturgemeinschaft, zum National-, z. T. auch zum Rassenbewußtsein haben wir uns schließlich durchgearbeitet; für ein Kontinentalbewußtsein aber fehlen zur Zeit in Europa noch so ziemlich alle Voraussetzungen, und zumal für ein unterdrücktes, nur halbsouveränes, mit der größten Irredenta der Welt belastetes Volk, wie das deutsche, sind auf weit absehbare Zeit noch so viele nationale Aufgaben zu lösen, daß ein Schwelgen in paneuropäischen Luftschlössern nur als eine ungesunde Ablenkung von unseren nächstliegenden politischen Pflichten betrachtet werden muß. Hier sollte unserem Volk das Hemd näher sein als der Rock. Die Pflege des Paneuropa-Gedankens und des ebenfalls erwogenen, gleich aussichtslosen panasiatischen Gedankens[1]) (unter russischer oder japanischer Führung) mögen satte und reiche Nationen erörtern; Deutschland hat vorläufig Wichtigeres zu tun und kann sich einer solchen Luxusbeschäftigung erst neuerdings zuwenden, wenn es vielleicht einmal wieder die nationale Zusammenfassung, die politische Machtstellung und die Wirtschaftsblüte von 1913 erreicht haben wird. Im übrigen sollte an „Versöhnung" aller Völker eines Erdteils wohl auch erst dann mit Erfolg herangegangen werden können, wenn Brüder und Schwester eines und desselben Volkes verträglich miteinander zu leben gelernt haben! Falls das letztere Ziel aus irgendeinem Grunde nicht zu verwirklichen sein sollte, wird das erstere erst recht utopisch bleiben, sozusagen ein Luftschloß im Quadrat. Wer Klassenhaß innerhalb des eigenen Volkes predigt, hat jedenfalls das Recht verwirkt, sich als Apostel der „Völkerversöhnung" aufzuspielen!

Erfolg werden alle Bestrebungen nach internationalem Zusammenschluß ohnehin erst haben können, wenn sie getragen sind von grundsätzlicher Achtung vor jedem fremden Volkstum, fremder Kultur, fremder Sprache, fremder Religion, fremder Staatsform. Bisher hat die Menschheitsgeschichte dergleichen selten gekannt. Vereinheitlichung, Zusammenschluß schien zumeist nicht denkbar ohne Proselytenmacherei, ohne freiwillige oder

1) Heinrich Schnee, Nationalismus und Imperialismus, S. 229. Berlin 1928.

Digitized by Google

gewaltsame Unterwerfung des schwächeren unter den stärkeren Volksteil. An utopischen Zielen, die am eigenen nationalen oder sonstigen Wesen die Welt genesen lassen wollten, sind bisher die meisten internationalen Zusammenschlußbewegungen gescheitert, und sie werden weiter daran scheitern. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts träumte der Spanier davon, die ganze Welt spanisch machen zu können, und heute gibt es im britischen Weltreich noch allerhand Cecil Rhodes-Naturen, die ernstlich daran glauben, die all-britische Welt könne eines Tages volle und unbeschränkte Wahrheit werden. Das sind Hirngespinste, die nicht ernster zu bewerten sind als die phantastischen Erwartungen mancher Kreise, es könne eines Tages gelingen, die ganze Menschheit zu einer einheitlichen Sprache, zur Sozialdemokratie, zum Kommunismus, zum Vegetarismus, zum Antialkoholismus, zur Rohkost oder, was der Heilslehren und Allheilmittel für jegliche Gebrechen mehr sind, zu bekehren. Mit derartigen Ansprüchen fordern ihre Verfechter immer nur gesteigerten Widerspruch heraus und erschweren dadurch die wahre internationale Zusammenarbeit, und zwar um so mehr, je fanatischer sie für ihre Überzeugung eintreten und jede fremde verfolgen. Internationale Zusammenarbeit ist und bleibt ohne weitgehende Toleranz und Achtung für jede ehrliche Überzeugung auf immer eine Utopie. Gewiß, wir mögen vielleicht eines Tages zu einer neuen, vollkommeneren, friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Völker kommen, in einem schöneren, von Schlacken gereinigten, neuen Völkerbund, aber nicht eher, als bis des weisen Nathan Überzeugung eine Selbstverständlichkeit für jeden Machthaber geworden ist:

„Nur muß der Eine nicht den Andern mäkeln;
Nur muß der Knorr den Knubben hübsch vertragen."

Wer freilich die Möglichkeit bestreitet, daß Staaten überhaupt auf die Dauer selbstlos sein können, leugnet damit auch die Möglichkeit, daß je ein ehrlicher Völkerbund begründet zu werden vermag. Auf die Möglichkeit hin, daß alle Nationen einmal vielleicht in Zukunft rein ideal gesinnt sein werden, läßt sich jedenfalls eine Gegenwarts-Politik der Staaten nie und nimmer aufbauen!

Die Idee eines Nationalitätenbreies zugunsten eines „paneuropäischen" Gemeinschaftsgefühls mutet zur Zeit genau so utopisch an, als wenn jemand vorschlagen wollte, zur Beseitigung der noch immer recht merklichen religiösen Gegensätze eine „Einheitsreligion" auf Erden zu schaffen, zu der alle Menschen allmählich bekehrt werden sollen. Wer die Geschichte der mannigfachen Bemühungen um eine künstliche Einheits-Weltsprache (Volapük, Ido, Esperanto usw.) kennt, kann nur dringend wünschen, daß die Menschheit bis auf weiteres nicht mehr durch solche restlos phantastischen Weltbeglückungs-Pläne beunruhigt werden möge.

Wer für ein Paneuropa oder gar für eine Welteinheit aller Nationen eintritt, möge nicht vergessen, daß selbst ein politisch geeintes Panamerika auf unabsehbare Zeit so unwahrscheinlich wie nur möglich ist,

Digitized by Google

obwohl in der Neuen Welt, wie gezeigt, die Verhältnisse außerordentlich viel einfacher als in der Alten liegen. In Lateinamerika oder, besser gesagt, in Südamerika (da Mittelamerika zum Widerstand kaum noch fähig ist) wächst der Widerstand gegen die Bevormundungsgelüste der Vereinigten Staaten von einem Jahr zum anderen, und sogar in Kanada besteht kaum ein Bedürfnis, sich mit den südlichen Nachbarn staatlich zu verschmelzen, selbst nicht bei der keineswegs kleinen Zahl der eingewanderten Yankees, die sich unter den politischen Verhältnissen Kanadas wohler fühlen als in ihrer Heimat. Auch wollen wir daran denken, daß in den Jahren 1861—1865 die Vereinigten Staaten selber einmal sehr nahe daran waren, in zwei verschiedene Nationen zu zerfallen. Selbst im glücklichen Amerika halten also die Zersplitterungs- den Vereinheitlichungstendenzen die Waage. Bei uns in Europa überwiegen die ersteren zur Zeit derart, daß Erich Obst sprechen konnte[1]) von dem „Gegensatz zwischen der auf Großraumheiten bedachten überseeischen Welt und dem fast spielerisch in Kleinstaaterei schwelgenden Europa". Die Anerkennung des Kirchenstaats durch Mussolini im römischen Vertrag vom 11. Februar 1929 hat in Europa den 40. Staat geschafft, während es 1913 ihrer nur 27 gab, und die staatlichen Gegensätze in völkischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht haben sich gleichzeitig bedeutend verschärft. In solchen Zeiten einen paneuropäischen Zusammenschluß zu empfehlen, muß als ein zeitvergeudender Anachronismus bezeichnet werden.

Und im übrigen sei noch eins gesagt: Ein Weltpostverein und Welttelegraphenverein konnte nach 1871, in einer Zeit politischer Saturierung, von einem deutschen Genie, wie es Heinrich von Stephan war, mit Erfolg angestrebt werden; in den Jahren nach 1806 wäre derselbe Plan, von einem Preußen erdacht, als ein verrückter Einfall lächelnd zu den Akten geschrieben worden. Es gehört eben auch, um auf dem Gebiete der internationalen und interkontinentalen Zusammenarbeit wirkliche Fortschritte zu erzielen, eine politische Macht des antragstellenden Staates unweigerlich dazu. Wie sagte doch der große Moltke dereinst:

„Auch eine friedliche Politik läßt sich nur durchführen, gestützt auf ein starkes, kriegsbereites Heer. Fehlt dieses gewaltige Triebrad in der Staatsmaschine, so wird sie stocken; die Noten des Auswärtigen Amtes werden des rechten Nachdruckes entbehren."

Wie recht Moltke hatte — Deutschland hat's seit 1918 erfahren!

Wo die Macht und das Ansehen eines Staates fehlen, bleibt auch sein begeistertstes Eintreten für ein Zusammenarbeiten der Völker eine praktisch belanglose Lufterschütterung. Es gibt noch immer kein durchschlagenderes Argument für irgend welche Anträge eines Diplomaten als ein hinter ihm stehendes, starkes Heer, das seinen Worten einen Resonanzboden verleiht. Das mag bedauerlich sein, ist doch nun aber Tatsache! Es sind aber charakteristischerweise gerade die schwachen Na-

1) „Zeitschr. f. Geopolitik", 1929, S. 183.

Digitized by Google

turen, die ohnmächtigen Regierungen und Staaten, die am meisten für internationale Zusammenarbeit und „Völkerversöhnung" schwärmen. Wenn wir zugunsten einer erhofften Gemeinschaft der Völker unser nationales Bewußtsein zu früh zurückdämmen oder gar zu Grabe tragen wollen, bevor nicht auch die anderen Nationen ehrlich dazu bereit sind, so geraten wir nur völlig unter die Räder! Im Kampf ums staatliche Dasein ist der nationale Stolz ein machtvoller Schutz gegen fremdes Joch und fremde Aussaugung. Deutschland hat dies auf der Jagd nach verstiegenen Idealen und Luftschlössern einen Augenblick vergessen und muß dafür furchtbar schwer und hart büßen, wird auch nicht wieder gesunden, ehe es sich nicht auf sich selbst besinnt. Denken wir stets an Rankes Wort (vgl. S. 36):

„Wahre Politik kann nur von einem großen nationalen Dasein getragen werden"

und nicht minder an Macchiavells Ausspruch:

„Ein Volk ohne Ziele muß zwischen Mächten mit Ehrgeiz notwendig zugrunde gehen."

Das geopolitische Denken in Kontinenten ist ein trefflicher Wegweiser für alle, die den Wunsch hegen, es möchten möglichst große Teile ihres Volkes heimfinden zu freudigem National- und Rassebewußtsein, denn gerade das übernationale geopolitische Verstehen lehrt klar erkennen, wie schädlich jede nationale Schwäche, jedes Rassengemisch ist. Der Abbau der nationalen Gegensätze, das Hinwirken auf internationale Zusammenarbeit sind schöne und hehre Zukunftsaufgaben, aber nur dasjenige Volk wird sich ihnen mit Erfolg widmen können, bei dem selber nationaler Stolz und nationale Würde eine unbedingte Selbstverständlichkeit sind. Den Eskimo oder Papua, der für internationale Zusammenarbeit schwärmt, lacht man aus; dem Engländer oder Franzosen oder Nordamerikaner, der ehrlich an solchen idealen Zukunftszielen arbeitet, ist ein starker Widerhall um so sicherer, je bewußter und stolzer er sich als Glied seiner eigenen Nation fühlt. Aus weichlichem Pazifismus heraus oder als Bürger eines schwachen Staates und Volkes internationale Zusammenarbeit zu befürworten, ist ein aussichtsloses Beginnen.

Internationale Menschheitsbeglückungsideen gehen bezeichnenderweise gern aus von national entwurzelten Existenzen. Der Vater der heutigen anationalen Denkweise, Karl Marx, war ein in England lebender, gegen sein Vaterland verbitterter deutscher Jude, der heutige Führer der Paneuropa-Idee, Graf Coudenhove, ist als Sohn eines österreichischen Vaters und einer japanischen Mutter nicht nur in nationaler Hinsicht, sondern auch rassenmäßig ein Zwitter. Für seinen Mitstreiter Emil Ludwig (Cohn) liegen die Dinge nicht viel anders. Wir haben es erlebt, wie vom Überwuchern der internationalen Standesinteressen die nationale Wohlfahrt zugrunde gerichtet werden kann. Ein gesunder Ausgleich zwischen nationalen und internationalen Tendenzen, wie er in England

Digitized by Google

von jeher fast eine Selbstverständlichkeit in allen Berufsschichten war, geht leider vielen anderen Völkern noch allzusehr ab. Das Jahr 1927 hat uns gar schon einen „panpazifischen Arbeiterkongreß" beschert — ein deutliches Symptom der Verirrung jener Denkweise, die politische Probleme rein vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus einer Lösung entgegenzuführen sucht! Es ist eine phantastische Utopie, wirtschaftliches Wohlergehen von Dauer in einem kranken Staat zu erhoffen. Nicht nur aus ideellen, sondern auch aus sehr real-materialistischen Beweggründen heraus muß die Losung gelten: Erst die Nation, dann die Person — erst das Land, dann der Stand! Wo man dieses Dogma leugnet, da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn. Oder will man es wirklich für einen bloßen Zufall halten, daß zur Zeit die am zuverlässigsten und einheitlichsten ihre Nationalität betonenden Staaten auch wirtschaftlich am günstigsten daran sind, während die wirtschaftliche Verelendung der Völker geradezu proportional ihrer nationalen Frigidität und ihrem internationalen Geschwärme wächst? Nicht die an sich gleichgültige Staatsform, auf die heute ungebührlich viel Wert gelegt wird, wohl aber die Staatsgesundheit ist maßgeblich für das wirtschaftliche Wohlergehen aller Stände. In einem kranken Staat kann kein Stand hoffen, auf ehrliche Weise zu wirtschaftlichem Wohlstand zu gelangen. Salus communis non nisi in re publica sana!

7. Internationale Verflechtungen im modernen Wirtschaftsleben.

Bestrebungen nach internationaler Zusammenarbeit werden am stärksten von wirtschaftlich eingestellten Kreisen gefördert und befürwortet. Jedes primär wirtschaftliche Denken neigt dazu, die Landesgrenzen zu überspringen. Wie das Industrie-, Handels- und Börsenkapital an den staatlichen Grenzen nicht Halt macht und in stets steigendem Maße internationale Verflechtungen und Entstaatlichung anstrebt, so sind auch die zumeist materialistisch fühlenden Stände, Berufe und Parteien geneigt, internationalen Klassenempfindungen den Vorzug vor dem nationalen Sonderdasein innerhalb der Staatsgrenzen, innerhalb der völkischen Kulturgemeinschaft zu geben, den wirtschaftlichen Wünschen der Standesgenossen das Primat vor den politischen Belangen der Volksgenossen zuzuerkennen.

Nie zuvor in der Geschichte haben die rein wirtschaftlichen Faktoren eine so entscheidende Rolle in der hohen Politik gespielt wie in unseren Tagen. Am schärfsten zugespitzt erscheint diese Auffassungsweise in jenem Worte Walter Rathenaus, daß die Wirtschaft das Schicksal sei. Unzweifelhaft ist diese Auffassung falsch. Die Wirtschaft kann immer nur eine Funktion der Politik sein. Die letztere ist der höhere, umfassendere Begriff: wo keine politisch gesunden Verhältnisse herrschen, ist immer auch das Wirtschaftsleben krank. Es ist deshalb kein Zeichen von politischem

Digitized by Google

Scharfblick, die wirtschaftlichen Momente in der Politik allzusehr und grundsätzlich in den Vordergrund zu schieben. Napoleon I. war ein schärferer Denker als Rathenau, als er am 2. Oktober 1808 in Erfurt das Wort zu Goethe sprach: „Die Politik ist das Schicksal." Das nur wirtschaftliche Denken, wie es die Hälfte unserer politischen Parteien zum Leitstern des politischen Handelns macht, kann unmöglich als politisch gesund bezeichnet werden. Dienst am staatlichen Ganzen im Sinne des amerikanischen „service" können parteipolitische Verfechter einseitiger Berufs- und Standesinteressen unmöglich leisten: es wäre dies eine contradictio in adiecto!

Freilich ist es ebensowenig ein Zeichen politischer Weisheit, wenn die politischen Handlungen sich allzu unbekümmert über die wirtschaftlichen Rücksichten hinwegsetzen. Wenn in einem Zeitpunkt, da Europa immer verzweifelter ringen muß, seine wirtschaftliche Stellung in der Welt zu behaupten, die Kurzsichtigkeit der Versailler Großen Vier die Zollgrenzen innerhalb unseres Erdteils um 11000 km vergrößert, wenn der Völkerbund einen nationalen Wirtschaftskomplex, der so innig wie die siamesischen Zwillinge zu einem einzigen Organismus zusammengewachsen war, wie in Oberschlesien, sinnlos auseinanderreißt, so muß eine solche Verachtung wirtschaftlicher Naturtatsachen zu einem Siechtum des Wirtschaftslebens führen, denn auch im Leben der Erdteile gilt, wie im menschlichen Dasein, der Satz, daß ein einziges leidendes Organ das Wohlbefinden des ganzen Körpers in Mitleidenschaft zieht. Wirtschaftliche Krankheitsherde wirken infektiöser als die gefährlichsten Seuchen.

Sicherlich wäre das großzügige alt-englische Freihandelsprinzip, verbunden mit dem allseitig gewahrten Grundsatz der freiwillig gewährten Offenen Tür, das sicherste Anzeichen für volle wirtschaftliche und politische Gesundheit der Welt. Gerade die überall einreißende Tendenz, höhere und immer höhere Zollmauern zu errichten und in Übersee tunlichst Monopolvergünstigungen für die nationale Wirtschaft zu schaffen oder zu erhaschen, ist das deutlichste Anzeichen, von wie schweren Fieberschauern unsere Weltwirtschaft der Nachkriegszeit noch geschüttelt wird. Freilich bilden, wie nicht verkannt werden darf, die außerordentlich verschiedenen Arbeitslöhne in verschiedenen Ländern einen Faktor, der einen gewissen Regulator zum Schutze der kulturell und sozial fortgeschritteneren Volkswirtschaften oftmals unentbehrlich macht.

Wie stark heute die wirtschaftlichen Ziele die politischen ersetzt haben, dafür nur ein charakteristisches Beispiel! Es wurde oben (S. 124) dargelegt, daß dereinst zwei Staaten Europas, Spanien und Portugal, i. J. 1529 eine politische Teilung der gesamten neuentdeckten oder noch zu entdeckenden überseeischen Welt unter sich vornahmen. Heute vollzieht sich ähnliches nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Oder worin besteht denn ein Unterschied gegenüber jenem alten Vertrage von Saragossa, wenn heute die Herrscher des Petroleum- oder des Gummimarktes die Welt unter sich aufteilen? Der Unterschied ist doch nur der

Digitized by Google

daß damals die politischen und heute die Börsen-Könige über den Erdball Verfügungen treffen!

Die Börseninteressen beherrschen in der Gegenwart überhaupt die hohe Politik in einer Weise, die man nicht ohne Besorgnis beobachten kann. Gewiß haben wirtschaftliche Motive immerdar einen besonders großen Teil des historischen Geschehens bedingt, und in der materialistischen Geschichtsauffassung steckt viel Wahrheit. Aber gerade die größten politischen und kulturellen Taten der Vergangenheit sind nie und nimmer zu verstehen, wenn man nicht den ideellen Beweggründen, den sittlichen Energien Rechnung trägt, die sie in erster Linie gezeigt haben. Das ganz Große in der Geschichte wird immer nur durch sittliche Motive erklärbar sein. Mögen wirtschaftliche Beweggründe dabei mitwirken, der erzielte Enderfolg ist durch materielles Denken allein nicht zu erzielen, und das Primat der Leistungen ist den sittlichen Kräften gutzuschreiben. Marathon und Salamis, die Zeit des Perikles, die zwei ersten Punischen Kriege, die Tat des Armin, der Siegeszug des Christentums und des Islam, die weltgeschichtlichen Schlachten auf den Katalaunischen Feldern, bei Tours und Poitiers, auf dem Lechfeld, bei Wahlstatt, das Wunder der Kreuzzüge, Morgarten und Sempach, die Jungfrau von Orléans, das Zeitalter der Entdeckungen, das Werk Luthers, die Renaissance, die Taten eines Gustav Wasa und Wilhelmus von Nassauen, Gustav Adolfs Opfertod, ein Siebenjähriger Krieg, ein Fridericus und Washington, die Freiheitskriege 1813/14, die griechischen Befreiungskämpfe, der Zug Garibaldis, Moltkes Großtaten, Bismarcks Einigung Deutschlands, die Burenkriege, der deutsche 1. August 1914, ein Hindenburg und zahllose andere Namen der Geschichte — sie sind von keiner materialistischen Geschichtsauffassung jemals vollbefriedigend zu verstehen und zu „erklären". Deshalb muß der gegenwärtig so verbreiteten Ansicht, daß die Wirtschaft das Schicksal sei, als einer Verirrung entgegengetreten und widersprochen werden. Wehe uns und wehe der Welt, wenn diese Auffassung die herrschende wird! Der Amerikaner, der alles Welt- und Naturgeschehen nach Dollarwerten bemißt, mag eine solche nüchtern-entgötterte Welt für die beste und zweckmäßigste halten, denn reiche Nationen verlieren leicht ihre Seele — ein ins Unglück gestürztes Volk aber wird sich nur an seinen sittlichen Energien oder überhaupt nicht wieder aufrichten! Wie der Mensch, lebt auch die Nation und der Staat nicht vom Brot allein! Seien wir Deutschen froh, daß wir, wie die meisten Völker Europas, eine lange geschichtliche Tradition haben, die reich ist an erhebenden und verpflichtenden Taten! Diesen unschätzbaren Vorzug werden die geschichtslosen Amerikaner mit allem ihren Geld niemals erwerben können.

Schon i. J. 1809 hat der Publizist Adam Müller[1]) sich gegen die Überschätzung der rein merkantilistischen Auffassung vom Wesen des

1) Adam Müller, Elemente der Staatskunst, Neuausgabe, Bd. I, S. 37. Jena 1922.

Digitized by Google

Staates, gegen die Auffassung des Manchester-Liberalismus, gewandt und demgegenüber betont:

„Der Staat ist nicht eine bloße Manufaktur, Meierei, Assekuranzanstalt oder merkantilistische Sozietät; er ist die innige Verbindung der gesamten physischen und geistigen Bedürfnisse, des gesamten physischen und geistigen Reichtums, des gesamten inneren und äußeren Lebens einer Nation zu einem großen, energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen."

Darum muß das Messen aller Politik am wirtschaftlichen Zollstock, das sowohl bei den Königen des Handels wie bei den Arbeitnehmern immer mehr um sich greift, zu schwerer Sorge Anlaß geben. Der Handarbeiter läßt sich durch Volksverführer nur gar zu gern beschwatzen, er allein schaffe greifbare wirtschaftliche Werte, und er allein habe daher Anspruch darauf, ein Voll-Staatsbürger zu sein. Aber in Sowjet-Rußland, wo diese einseitige Weltbetrachtung aus der Froschperspektive sich als Episode durchgesetzt hat, ist sie auch am grausamsten ad absurdum geführt worden, denn der Bauer stellt sich dort auf den Standpunkt, er sei der einzige, der wirkliche Nahrungswerte produziere, und der städtische Arbeiter sei nur ein Schmarotzer, der sie wegesse, und — Not, Elend und Hungersnöte, die 1921/23 in Rußland mehr Opfer als der Weltkrieg hinrafften und die noch heute ihre Geißel über dem unglücklichen Lande schwingen, waren die Folgen einer solchen übertrieben materialistischen Denkweise.

Sollte sich daraus nicht eine Lehre entnehmen lassen, auch in der hohen Politik nicht allzu einseitig auf wirtschaftliche Forderungen und Börsenwünsche zu hören? Der Staatsmann, der nicht lauscht auf die geheimen Quellen des ethischen Empfindens, wird schwerlich Erfolge von Dauer erzielen. Gewiß sind die Wirtschaftsschätze der Welt einer der wichtigsten Faktoren der Geopolitik, und sie sollen es auch sein, aber das skrupellose Unterordnen aller politischen Moral unter die wirtschaftlichen Wünsche des Großkapitals führt nur selten zu wirtschaftlichem und niemals zu kulturellem Wohlergehen der Völker, wohl aber zu häufigem Krieg und Völkerelend. Englands Politik in Südpersien und Mesopotamien ist durch seine Erdöl-Interessen diktiert, seine Unterjochung Ägyptens durch den Suezkanal bedingt worden, seine Sudanpolitik durch die Sehnsucht nach möglichst gutem Baumwoll-Land (vgl. auch S. 48). Mit vollem Recht hat Edwin Hennig, mein Bruder, einmal gesagt[1]):

„Der schwarze Bahnarbeiter, der als früherer Angestellter einer südafrikanischen Diamantmine die erste weiße Kohle im Sande von Deutsch-Südwest beobachtete, hat unschuldig mehr zum Ausbruch des Weltkrieges beigetragen als der ihn nur eröffnende Mörder von Serajewo."

Am skrupellosesten aber zeigte sich der Krämerstandpunkt neuerer Politik, als am 16. Juni 1839 im Hafen von Kanton durch die über die

1) Deutsche Kolonialzeitung, 1922, Nr. 2, S. 13.

Digitized by Google

englische Schmuggeleinfuhr von Massen Opiumgiftes entrüsteten Chinesen 20291 Kisten geschmuggeltes Opium verbrannt worden waren und England durch den Opiumkrieg und den nachfolgenden Frieden von Nanking (29. August 1842) China zwang, die unerwünschte Opiumeinfuhr freizugeben, die wichtige Insel Hongkong an England ganz abzutreten und überdies die fünf Häfen Kanton, Amoy, Futschou, Ningpo und Schanghai den Fremden zu öffnen.

Zwar sind die um den Handel Indiens, um die Herrschaft über die Gewürzinseln geführten Kämpfe ebenfalls bereits Zeiterscheinungen gewesen, die an die moderne Beherrschung der Politik durch die Weltwirtschaft und die Börse erinnern. Aber ganz unerhört in älteren, ritterlicheren Jahrhunderten sind Fälle, wie wir sie 1917 erlebt haben: daß eine große Nation in einen Krieg, der sie durchaus nichts anging, nur eingriff, um die Rückzahlung der in übergroßen Mengen ausgeliehenen Kapitalien nicht zu gefährden. Oder zweifelt irgend jemand, daß sich die Vereinigten Staaten im Weltkriege auf die Seite der Gegenpartei der Mittelmächte gestellt hätten, wenn Deutschland vor dem 1. August 1914 eine Anleihe von mehreren Milliarden Mark in Amerika aufgenommen hätte?

In den Vereinigten Staaten ist man sich heute dessen bewußt, daß man sich 1917 aus rein materialistischen Beweggründen zum Kriege hat verlocken lassen. Die Holmessche Predigt in der Neuyorker Community Church im April 1927, aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des amerikanischen Kriegseintritts, ließ es überdeutlich erkennen:

„Wir wissen, daß wir dem deutschen Volk das bitterste Unrecht taten, als wir es für schuldig am Kriege erklärten. Darum hat sich unser ein immer wachsender Ekel bemächtigt gegen das, was wir getan haben, und wir würden gern unsere Hände von diesem schmutzigen Geschäft rein waschen."

Und die riesigen Summen, die in Deutschland gegenwärtig den Vereinigten Staaten geschuldet werden, sind ein verläßlicherer Schutz gegen neue Ruhreinbrüche und andre Vergewaltigungen als alle Statuten des Völkerbundes. Freilich liegt darin auch eine schwere Gefahr. Der wirtschaftlichen folgt die politische Hörigkeit: wenn Deutschland ruhig wartet, „bis mein Kapital zu lauter Zinsen wird" (Lessing, „Nathan", Akt I, Sz. 2), so wird es schließlich dauernd tanzen müssen, wie man in Washington pfeift. Die wirtschaftlichen Gibraltars sind heute eine schlimmere Fessel als die militärischen! Und wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie bisher, so wird die von dem Neapeler Nationalökonomen Genovesi (1712—1769) schon i. J. 1756 ausgesprochene, damals schlechterdings unbegreifliche, aber geniale Prophezeiung doch noch in Erfüllung gehen: daß eines Tages Europa, gleich einer Kolonie, von Amerika abhängig sein werde![1] —

Merkwürdig ist bei der so beliebten Gleichsetzung materiell-wirtschaftlicher und politischer Zielsetzungen nur eins. Wir leben im Zeitalter der

1) Antonio Genovesi, Lezioni di commercio o sia di economia civile, 2. Aufl., Bd. I, S. 375. Mailand 1820.

Digitized by Google

Demokratie; die Stimme des Weltweisen und des politischen Genies soll in der politischen Entscheidung nicht mehr Gewicht haben als die irgendeines politischen Phantasten und halbreifen Jugendlichen, der in seinen persönlichen Angelegenheiten noch nicht rechtsfähig ist, aber in das staatliche Geschehen schon hineinreden darf. Warum wird dieses demokratische Prinzip nicht auch im Wirtschaftsleben angewandt? Warum hat bei den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften nicht jeder Aktionär grundsätzlich nur eine Stimme, gleichviel ob er eine Aktie besitzt oder deren 10000 vertritt?

Nur das Überwuchern materialistischer Denkweise über das ethische Moment macht auch die Entscheidung verständlich, die wir 1918 erlebt haben und die in früheren Jahrhunderten vollkommen unvorstellbar gewesen wäre, daß ein Land alle Schlachten gewinnen und dennoch den Krieg verlieren konnte, daß es gezwungen wurde, die Waffen zu strecken, als seine Truppen auf allen Seiten tief im Feindeslande standen, ohne daß eine entscheidende Niederlage vorausgegangen wäre. Ein Wort des Tacitus[1]) über die Germanen trifft ganz erstaunlich auf die Zeit nach 1918 zu: „Die jüngste Zeit hat über sie mehr Siege gefeiert als erfochten." Materialistisches Denken, das einer allen Idealen entfremdeten Weltanschauung gewisser einflußreicher politischer Kreise entsprach, brachte den Geist vom 1. August zum Erliegen, und ihre wertvollsten Verbündeten fanden die Ententemächte am Ende hinter der feindlichen Front. —

Der extreme Kapitalismus, der bereit ist, alle staatliche Grenzen zu überspringen, wenn es sich ums Geldverdienen handelt, und der lediglich auf Standesvorteile bedachte internationale Marxismus — beide sind in ihrer, im Grunde genommen, spießbürgerlichen Denkweise dem Staatsbegriff gleich abträglich. Der Sozialismus ist eine Weltanschauung, über die sich ganz gewiß reden und diskutieren läßt, der Marxismus aber ist nicht mehr und nicht weniger als eine Modeströmung und eine geistige Massenerkrankung unseres Zeitalters. Gerade Deutschland, das zur Zeit in einem noch nie dagewesenen Umfang der Gefahr der „Kulisierung" durch die Young-Tribute preisgegeben ist, hat allen Anlaß, von der spießbürgerlichen, rein materiellen Gesinnung sich zurückzufinden zu sittlichen und nationalen Idealen. Ein Staat kann, um ein gutes Wort Franz Oppenheimers zu gebrauchen, nur dann gedeihen, wenn „in allen Schichten und Klassen das Gemeinschaftsbewußtsein stärker ist als das Schichten- und Klassenbewußtsein", und Oppenheimers Gegenpol, Adolf Hitler, hat das nicht minder gute Wort geprägt:

„Das Kapital darf nicht Herrin eines Staates werden, es hat sein Diener zu sein."

In den Vereinigten Staaten ist schon oftmals das Kapital die Herrin des Staates gewesen. Um die im bloßen Interesse einer materiellen Wohlfahrt erzielten Erfolge aber mögen die ärmeren europäischen Länder

1) Tacitus, Germania, Kap. 37.

Digitized by Google

den Yankee-Staat nicht beneiden. Selbst die ausgesogenen, verarmten kulisierten Kulturvölker der Alten Welt sind mit ihrer geschichtlichen Tradition und ihren sittlichen Überlieferungen vielleicht reicher als die Länder jenseits des großen Teiches. Hegen und pflegen wir voll Stolz diese Tradition und bleiben wir uns dessen bewußt: lieber noch ein Volk ohne Raum sein als ein Volk ohne Seele!

8. Wirtschaftliche Monroedoktrinen?

Wenn die vorwiegend aufs Wirtschaftliche eingestellte Entwicklung der letzten Jahrzehnte weiter fortschreitet, erscheint es beinahe unausbleiblich, daß bei dem fortdauernd schärfer werdenden Wettbewerb der Staaten und der Erdteile eines Tages auch wirtschaftliche Monroedoktrinen, als Ergänzung der früheren politischen, verkündet werden. Es wird ausschließlich eine Machtfrage sein, wann die Vereinigten Staaten für Amerika oder England für die Alte Welt, z. B. für die Ausbeutung der Erdölvorkommen, für die die Möglichkeit am meisten gegeben erscheint, grundsätzlich ein Verbot der Erteilung von Konzessionen an Volksangehörige fremder Erdteile oder gar Länder verkünden werden. Das scheint zunächst noch ein unmöglicher, absurder Gedanke, aber seine Verwirklichung liegt im Zuge der Entwicklung. Einen ersten Ansatz dazu bildete seinerzeit schon die Drago-Doktrin des Jahres 1907, die den südamerikanischen Ländern verbieten wollte, Anleihen anderswo als in Amerika selbst aufzunehmen. Von hier ist schließlich nur noch ein Schritt bis zum Verbot von Wirtschaftskonzessionen im ganzen Erdteil an fremde Mächte! In einigen Protektoratsländern haben sich die Protektoratsmächte bereits jetzt eine Kontrolle aller wirtschaftlichen Konzessionen samt dem Vetorecht vorbehalten! Es müßte seltsam zugehen, wenn nicht schon bald weitere Schritte auf diesem Wege versucht werden, und wer weiß, ob nicht das alte Freihandelsparadies England der vornehmste Rufer im Streit dabei sein wird, denn es ist kaum zu sehen, wie es auf andere Weise vermeiden will, von dem übermächtigen amerikanischen Kapital auf besonders wichtigen Gebieten vollkommen an die Wand gedrückt zu werden. Englands Kampf in Transjordanien (das nicht Mandatsgebiet ist) und Abessinien gegen die amerikanischen Konzessionen zur Ausbeutung des Toten Meeres und Tana-Sees sind ein sehr bezeichnender Auftakt.

Das grundsätzliche Schwärmen für Freihandel und Offene Tür war lange ein Kennzeichen der stärksten Weltwirtschaftsmacht, die jeder Konkurrenz überlegen war und sich überlegen fühlte. Im 19. Jahrhundert war England diese stärkste Macht. Seit 1918 aber sind es die Vereinigten Staaten. England war immerhin ein Land mit stolzer Tradition und mit vielen hohen, übermateriellen Idealen; die Vereinigten Staaten sind traditionslos, allzusehr dem höheren Geistesflug abhold und auf das bloße make money eingestellt. Wenn sie jetzt in der Tat die Vormacht der Erde werden, wird die „Amerikanisierung", die Bewertung aller ethischen Regungen nach Dollars, wird die Vernüchterung und Ent-

Digitized by Google

götterung der Welt rasche Fortschritte machen. Aber wer die politische Geschichte der Menschheit kennt, der weiß auch, daß die Überspannung materieller Zielsetzungen stets nur zu Eintagserfolgen geführt und in der Regel eine rasche Degeneration des betreffenden Volkes und Staates nach sich gezogen hat, auf die auch in den Vereinigten Staaten schon manche Symptome deuten. Auf die Dauer haben sich doch immer wieder die sittlichen Energien als die eigentlichen Triebkräfte des Weltgeschehens erwiesen. Daran möge sich gerade das gedemütigte und mit heuchlerisch unwahrer Begründung zur Zeit materiell schwer verstümmelte Deutschland immer aufs neue erinnern! Und wenn die europäischen Mächte sich behaupten wollen im konzentrischen Wirtschafts-Trommelfeuer, zu dem sich die außereuropäische Welt anschickt, wenn sie sich behaupten wollen vor allem gegen das erdrückende materielle Übergewicht Amerikas, so werden sie nicht so sehr paneuropäischen Utopien nachjagen müssen, sondern sie mögen vor allem Führer und Vorbild bleiben in allem sittlichen Streben und Ringen des Menschengeschlechts. Für die staatlichen Individuen gilt genau, wie für die Menschenwesen, das Dichterwort: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut!"

Im Leben der Menschen pflegt das, was wir im schönsten Sinne des Wortes die Persönlichkeit nennen, schlecht zu gedeihen, wenn materielles Sinnen und Trachten das Gefühlsleben allzusehr beherrschen oder wenn der Mensch sich allzu blindlings der Masse Mensch verschreibt, wenn die Freude an der Geselligkeit, an Vereinen, an Stammtisch, Sport und Parteiwesen einen zu breiten Raum einnimmt. Sollte hier nicht abermals eine Parallele bestehen zwischen dem Dasein der menschlichen Einzelwesen und dem Leben der Staatenorganismen? Wo die Hingabe der Bürger an internationale Luftschlösser zu heftig wuchert, da leidet allzu leicht der edle Kern des Staatenindividuums selbst. Nicht nur für das Getriebe der Menschen, sondern ebenso für das nationale Sein und Leben der Staaten gilt Goethes herrliches Wort, in dem wir auch eine geopolitische Weisheit ersten Ranges erblicken dürfen: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist nur die Persönlichkeit!"

Digitized by Google

IX. Rasse, Nationalität und Volkstum.

1. Die Diskussion über die Begriffe Rasse, Nation und Volk.

Die Begriffe Nation, Nationalität und Volk als wissenschaftliches Problem haben von jeher besonders gern und oft die Geographen beschäftigt. So hat z. B. Kirchhoff[1]) durch Jahrzehnte hindurch sein Studium immer aufs neue diesem Gegenstand zugewandt. Auch Ratzel[2]), Supan[3]), Sieger[4]) haben ihm ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ferner der Hallenser Geograph Schlüter[5]) und neuerdings wieder in besonders umfassender und tiefschürfender Weise der Geograph und Geopolitiker Maull.[6]) Doch auch von Seiten anderer Wissensgebiete ist wiederholt in die Erörterung eingegriffen worden. Besonders genannt seien hier die Historiker Friedrich Meinecke[7]) und Walter Vogel[8]) sowie der Kolonialpolitiker Heinrich Schnee.[9])

Und dennoch läßt sich nicht behaupten, daß die Worte Rasse, Volk, Nation usw. begrifflich bisher ausreichend geklärt und einwandfrei definiert worden seien. Im Gegenteil, es machen sich merkwürdig verschiedenartige, einander z. T. durchaus widersprechende Auffassungen bemerkbar, insbesondere nach den Erfahrungen und Folgewirkungen des Weltkrieges, die mit ihren bekannten Begleiterscheinungen geradezu zwangsläufig zu einer Vertiefung der Probleme und auch zu immer schärferer und verwickelterer Fragestellung geführt haben.

Vor dem Kriege hat man entschieden nicht mit voller Klarheit erkannt, wie ungeahnt verwickelt der ganze Fragenkomplex doch ist. Sieger wollte z. B. den Begriff Volk aus der politischen Geographie völlig verbannen, Supan dachte gar an eine einfache Identifizierung von Volk und Nation, die überdies beide ganz unpolitisch und rein kulturell auf-

1) A. Kirchhoff, Über die Entstehung von Nationen in der „Deutschen Revue", 1884, 3. — Geographische Motive in der Entwicklung von Nationen, in „Gaea", 1889, S. 310. — Mensch und Erde, S. 73—84. Leipzig 1901. — Was ist national? Halle 1902. — Zur Verständigung über die Begriffe Nation und Nationalität. Halle 1905.

2) Friedr. Ratzel, Die Erde und das Leben. Leipzig 1901/2.

3) Alex. Supan, Zeitlinien der allgemeinen politischen Geographie. Gotha 1919.

4) Robert Sieger, Nation und Nationalität in der „Österreichischen Rundschau". (Wien) I. 4. 13.

5) O. Schlüter, Nation und Nationalität in der „Geographischen Zeitschrift", 1906, S. 528.

6) Otto Maull, Politische Geographie. Berlin 1925.

7) Friedr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 2. München 1915.

8) Walter Vogel, Politische Geographie, S. 24. Leipzig-Berlin 1922.

9) Heinrich Schnee, Nationalismus und Imperialismus. Berlin 1927.

Digitized by Google

gefaßt werden sollten. Ratzel, der ja schon zehn Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges starb, begnügte sich noch mit einer so einfachen, dem heutigen Bedürfnis nicht entfernt mehr genügenden Definition, daß er sagte[1]):

„Die Nation ist ein Volk in politischer Selbständigkeit oder fähig dazu."

Auch der geschärftere Blick der Nachkriegszeit hat aber bisher eine Bewältigung des spröden Stoffes noch nicht möglich gemacht. Vogel fand z. B. für das Wesen der Nation nur den etwas farblosen Vergleich einer „Verkehrs- und Siedlungsgemeinschaft"; Meinecke wünschte zu unterscheiden zwischen einer „Kulturnation", die, ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen, nur durch gemeinsame Kulturideale, Sprache, Sitten usw. mit einander verbunden ist, und einer „Staatsnation", die in die Grenzen des gleichen Staates eingespannt ist. Da beide Größen aber völlig inkommensurabel sind und zudem gar nicht nach dem innerlichen Verhältnis der Menschen zum bestehenden Staat gefragt wird, ist es klar, daß unmöglich beide Male derselbe Ausdruck Nation in verschiedener Zusammensetzung angewandt werden darf. Schnee hinwieder in seinem neuen, ungemein wertvollen Werke setzt den Begriff Nation dem gleich, was Meinecke Kulturnation nennt und definiert ihn als[2])

„die nach Abstammung, Sprache, Sitte zusammengehörigen Menschen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenze".

Die ohnehin erhebliche Verwirrung und Unklarheit der Begriffe wird naturgemäß noch empfindlich gesteigert durch die in unserer Zeit verbreitete Neigung, die Notwendigkeit einer Unterscheidung der Menschen nach Völkern, Nationen und womöglich selbst Rassen, tunlich ganz zu leugnen und lediglich das kraß-materialistische Moment der Stände als Unterscheidungsmerkmal gelten zu lassen. Diese Auffassung, die nur Klassen und Klassenkämpfe kennt, ist zwar sehr zeitgemäß, aber nichtsdestoweniger so weltfremd wie möglich; sie versagt daher regelmäßig und muß sich selbst berichtigen überall, wo sie in der rauhen Wirklichkeit mitten hineingestellt wird in die Fehden der Rassen und Nationalitäten, wo allstündlich die nationalen Gegensätze aufeinanderprallen oder gar eine völkische Irredenta sehr bald das internationale Wolkenwandeln zu vergessen pflegt und den Tatsachen und Notwendigkeiten des Lebens klar ins Auge sieht. Die größten Verächter der Merkmale Volk und Nation sitzen in der Regel fern von den Kämpfen der Grenzgebiete, in der völkischen Etappe, in der man sich gern einbildet, viel mehr als die Kämpfer an der Front vom Kriegführen zu verstehen. Es ist gewiß merkwürdig genug, daß gerade in unseren Tagen, wo Millionen kein Vaterland kennen wollen, das diesen oder jenen Namen führt, wo blasse Konstruktionen kosmopolitischer und „pankontinentaler" Art das nationale und völkische Fühlen abstumpfen, dennoch die geschmähten Begriffe zu einem so gewaltigen Faktor der praktischen Politik geworden sind wie

1) A. a. O., Bd. II, S. 674. 2) A. a. O., S. 7.

Digitized by Google

nie zuvor in der Geschichte. Es ist beachtenswert genug, daß die Schwärmerei von der internationalen Zusammengehörigkeit aller Menschen oder mindestens der gleichen Klassengenossen sofort dort verstummt, wo etwa dem Südtiroler verwehrt werden soll, in seiner Muttersprache zu beten, oder dem Saarländer von einer aus Ausländern gebildeten Regierung vorgeschrieben wird, daß er seine Kinder in einer fremdsprachigen Schule unterrichten lasse, wo die Deutschböhmen und Slowaken in der Tschechei, die Oberschlesier und Ukrainer in Polen, die Siebenbürger in Rumänien, die Magyaren und Kroaten in Südslawien, die Bulgaren in Mazedonien usw. gezwungen werden sollen, ihr Volkstum zu verleugnen. In allen solchen Fällen erkennen die Menschen, wie sehr ihnen das Hemd näher ist als der Rock und ihr Volkstum unendlich höher steht als das Klassen- und Standesinteresse.

So mag denn das reizvolle Thema „Rasse, Nationalität und Volkstum" nachstehend von einigen neuen Seiten beleuchtet und, so weit wie möglich, einer Klärung zugänglicher gemacht werden!

2. Rassenreinheit und Rassenmischung.

Die Rasse ist etwas von der Natur Gegebenes, woran der Mensch für sich selbst gar nichts, wohl aber recht viel für seine Nachkommenschaft zu ändern vermag. Für die Rassenzugehörigkeit bedarf es keiner freiwilligen Entscheidung der Individuen, wie es für die Stammes- oder Volkszugehörigkeit eine unerläßliche Voraussetzung ist, mag auch diese Entscheidung oft unbewußt ausgeübt werden. Die Rassenzugehörigkeit ist ein zeitlebens unabänderlicher, feststehender Begriff, der jedem menschlichen Willen entzogen bleibt. Während Staat, Stamm, Nation rein politische Begriffe sind, die erst durch Willen und Zutun des Menschen zum Leben erwachen und Realitäten werden können, ist das Wesen der Rasse rein anthropologischer Natur, zunächst ohne jeden politischen Beigeschmack, wenn auch in unseren Tagen das allmählich mehr und mehr erwachende Rassenbewußtsein in steigendem Maße eine politische Abstempelung der Rassenprobleme herbeiführt.

In unserem Erdteil Europa war bis vor kurzem das Gefühl für den ausnehmend hohen Wert der Rassereinheit der Menschen recht schwach entwickelt. Die Gefahr der Rassenmischung ist eben in Europa nur gering und wird daher leicht unterschätzt. Freilich erwacht bezeichnenderweise das Verständnis für derartige Fragen außerordentlich schnell dort, wo die Gefahr der Rassenverderbung einer Bevölkerung praktisch vor Augen geführt wird, wie es etwa die langjährige Besetzung des Rheinlandes mit farbigen Truppen tat. Auch hier wieder zeigt es sich, daß die kämpfende Front, die von der degenerierenden Wirkung des Mulattentums unmittelbar bedroht ist, das Problem in seiner Riesengröße ganz anders zu würdigen versteht als der Kannegießer, der nur eine Rasse um sich sieht und

Digitized by Google

daraufhin als beatus possidens die wunderschöne Lehre predigt, daß „alles, was Menschenantlitz trage", als gleichwertig zu erachten sei.

Der außerordentliche Wert der Reinrassigkeit und ihrer Erhaltung fängt erst in unseren Tagen an, in weiteren Kreisen recht gewürdigt zu werden, in einer Zeit, da die Vermischung der Rassen, z. T. sogar schon in Europa selbst (Frankreich!), bereits bedenklich weit vorgeschritten ist. Die Geschichte lehrt uns an zahlreichen Beispielen wieder und wieder: jegliche Vermischung der Menschenrassen ist unzweckmäßig für die Erhaltung der Art, für die Moral, die Kultur und vor allem den Staatsgedanken und die Staatsgesundheit. Bastarde weisen fast immer Degenerationserscheinungen auf, moralische Defekte, wurmstichige Stellen. Die Gefahr der Inzucht für die körperliche Gesundheit ist als eine nicht zu leugnende Naturtatsache allgemein anerkannt, die ebenso großen Schäden der Bastardisierung für die sittliche Gesundheit dagegen erst unvollkommen. Erfahrungsgemäß werden bei der Rassenmischung die schlechten Eigenschaften der Eltern ungleich häufiger vererbt als die guten und edlen. Mischlings-Nationen sind immer minderwertig. Wenn die Indogermanen sich bisher im allgemeinen leidlich rassenrein erhalten haben und infolgedessen als ausgesprochene Herrenmenschen und Menschheitsführer den Gang der Weltgeschichte in überragender Weise bestimmt haben, so danken sie dies nicht zum wenigsten der freundlichen Fürsorge der Natur, die Jahrtausende hindurch die weiße und die schwarze Rasse durch den breiten nordafrikanischen Wüstengürtel, die weiße und die gelbe durch die zentralasiatischen Steppen und Hochgebirge so gut wie vollständig voneinander schied, während zwischen der weißen und der braunen Rasse 1½ Jahrtausende lang der scharfe religiöse Gegensatz als wirksam trennendes Moment sich betätigte. In der alten Welt sind daher bis jetzt die Rassen recht gut gesondert geblieben. Eigentlich ist hier nur im Sudan eine richtige Mischlingsrasse aus Arabern und Negern zur Ausbildung gekommen. Die schlimmen rassigen „Mischkessel", wie sie etwa Mittelamerika, Hawai, die Philippinen usw. darstellen, sind der alten Welt bislang erspart geblieben. Freilich ist nicht zu verkennen, daß in unseren Tagen eines umfassenden Weltverkehrs die Gefahr von einem Jahrzehnt zum anderen drohender wird, und selbst in dem bisher so günstig gestellten Erdteil Europa sind schon gefährliche Infektionsstellen erkennbar, wie sie etwa die ständig in Marseille lebenden 100000 Neger und anderen Farbigen, die schon ein Sechstel (!) der dortigen Bevölkerung bilden, die in Paris eingebürgerten 200000 Farbigen usw. darstellen. Auch die fortschreitende Verniggerung des französischen Heeres, in dem 1928 ständig 240000 farbige Soldaten gehalten wurden, das schon zu vollen drei Achteln fremdrassig ist, bedeutet eine unverzeihliche Sünde wider den heiligen Geist der Rassenreinheit.

Darum muß das Verständnis für den Wert des Rassengedankens in immer weiteren Kreisen geweckt, der Rassenstolz selbst schon in den

Digitized by Google

Schulen gepflegt werden — und zwar im Interesse aller Menschenrassen, die sämtlich nur gewinnen können, wenn die Bildung weiteren Mestizen- und Mulattentums unterbunden wird. Aber ist es nicht sonderbar genug, daß für die Reinrassigkeit der Völker gerade solche Kreise oft nur ein verständnisloses Achselzucken aufbringen, die es für eine Todsünde halten würden, wenn eine ihnen gehörige, edle Hunde-, Katzen- oder Pferderasse durch eine ungehörige Kreuzung verschlechtert werden soll? Beim Pferd und Hund gilt die Vermischung einer edlen Rasse beinahe als Sakrileg — und beim Menschen sollte sie eine gleichgültige Angelegenheit sein?

In Amerika sind Rassenbewußtsein und Rassenstolz heute ungleich mehr zu Hause als in Europa. Die Bedrohung der Reinrassigkeit ist dort naturgemäß größer, da keine freundliche Wüste den weißen Mann vom farbigen scheidet und da ja der Weiße selbst nicht bodenständig, sondern als Eindringling ins Land gekommen ist, das er dann allerdings, ebenso wie in Australien, Neuseeland, Südafrika usw. den Eingeborenen entrissen und sich zu eigen gemacht hat. Die vom Rassenstandpunkt aus unverantwortliche Einfuhr von Millionen von Negern in der Zeit des Sklavenhandels hat dem degenerierenden Einfluß des in Mittelamerika am meisten fortgeschrittenen Rassengemischs erhöhten Vorschub geleistet. Instinktiv haben sich die weißen, angelsächsischen Siedler Nordamerikas von jeher gegen eine Verschandelung ihrer Rasse zur Wehr gesetzt, und dieses (man möchte, mit einer contradictio in adjecto, sagen) „unbewußte Rassenbewußtsein" hat treffliche Früchte getragen: das heute vom Weißen beherrschte Nordamerika steht in bezug auf staatliche Macht und kulturelle sowie wirtschaftliche Blüte turmhoch über den Ländern Lateinamerikas, die für Rassenreinheit weniger Verständnis aufbrachten und nur in Argentinien und Chile, den jüngstentwickelten Ländern, vom Fluche des Mestizentums überwiegend verschont geblieben sind (wodurch diese zwei Staaten auch die kraftvollsten und selbstbewußtesten in Lateinamerika geworden sein dürften).

Wie sehr man in Nordamerika den ungeheuren staatlichen und moralischen Wert der Reinrassigkeit richtig erkannt hat, beweist nicht nur der geradezu fanatische, vor keiner Härte zurückschreckende und dennoch unbedingt lebensnotwendige Eifer, mit dem man die schwarze und gelbe Rasse in Nordamerika an weiterer Ausdehnung zu hindern sucht, sondern auch die immer strenger gehandhabte und ungemein deutlich auf das Prinzip der künstlichen Zuchtwahl eingestellte, neuere Einwanderungspolitik und -gesetzgebung. Die Erhaltung der Gesundheit der Nation und des Staates macht eine so rücksichtslose Beachtung des Rassenprinzips in Nordamerika durchaus unvermeidlich. Die dortige Ku-Klux-Klan-Bewegung, der das weniger bedrohte Europa nichts Ähnliches zur Seite zu stellen hat, ist ein Ausdruck des modernen Rassenbewußtseins von höchst charakteristischer Eigenart. Allerdings ist es ein grimmiger Treppenwitz der Weltgeschichte, daß die weißen Nordamerikaner in

Digitized by Google

ihrem gleichzeitigen Rassenkampf gegen die schwarze, rote und gelbe Gefahr gerade die Ureinwohner des Landes, die Rothäute, am wenigsten zu fürchten und so weit ausgerottet haben, daß deren letzte Reste heute als Naturdenkmäler erhalten und am Aussterben verhindert werden, während im Süden des Landes die zwangsweise eingeführte schwarze Rasse sich beunruhigend schnell vermehrt und der Westrand, trotz aller drakonischen Gegenmaßnahmen, zusehends mehr vergilbt. 15 Millionen Neger im Lande, über zehn Prozent der Gesamtbevölkerung schwarz — das ist

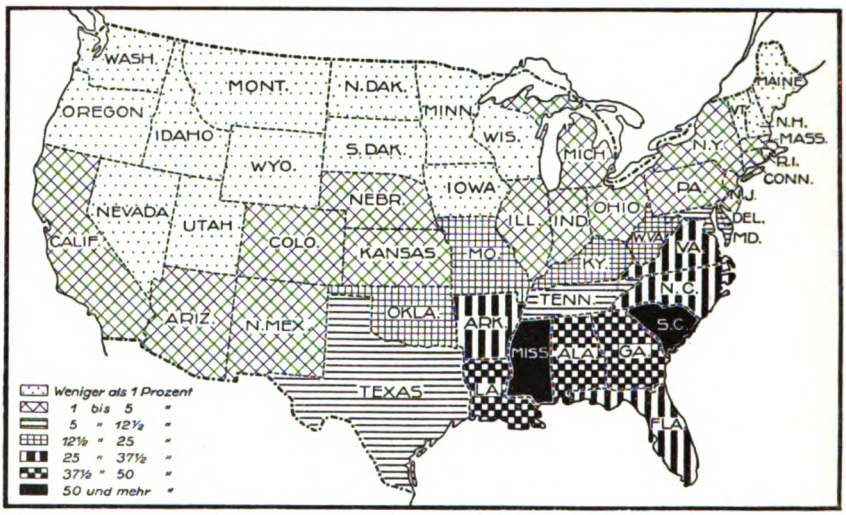

Fig. 78. Verbreitung der Neger in den Vereinigten Staaten 1920.

ein furchtbar ernstes Problem! In mehreren Staaten, so in Mississippi und Süd-Carolina, bilden die Schwarzen sogar die Mehrheit der Bevölkerung (vgl. Abb. 78)! Die Gewinnsucht der Sklavenhändler und -halter des 16. bis 19. Jahrhunderts hat den späten Enkeln eine Aufgabe von unlösbarer Schwere aufgeladen. — Ku-Klux-Klan ist nun ausgesprochen auf Erhaltung der Reinrassigkeit eingestellt und darüber hinaus auf einen scharf zugespitzten Nationalismus. Er ist in erster Linie antisemitisch und antihamitisch und richtet daher seine Hauptstoßkraft gegen eine weitere Steigerung des jüdischen und negroiden Elements in den Oststaaten. Außerdem ist er eigenartigerweise auch katholikenfeindlich, weil er von der Ansicht ausgeht, der Katholik sei abhängig vom Willen eines Ausländers, des Papstes, und dies vertrage sich nicht mit dem nationalen Bedürfnis. Allerdings äußert sich hierin eine unzulässige Verwechslung von Katholizismus und Ultramontanismus, und diese Seite der Frage hat mit Rassenkampf natürlich nichts zu tun; aber es zeigt sich darin doch, wie gerade die Gefährdung der Rasse zu einer zweifellosen Überhitzung und Überspannung des Nationalgefühls Anlaß zu geben vermag. Unzweifelhaft fällt den Ver. Staaten im Rassen-Zukunftskampfe der Menschheit die Führung zu. Mögen sie ihrer großen Aufgabe dann gewachsen sein!

Digitized by Google

Auch in Europa ist es hohe Zeit, das Gefühl und Verständnis für die degenerierende Wirkung der Rassenmischungen zu wecken und Erhaltung der Rassenreinheit zu predigen. Die südfranzösische Einbruchsstelle für die Infektion mit farbigem Blut ist eine Kulturschande schlimmer Art.

Wenn man an gewissen amerikanischen Ländern und auch anderswo beobachtet, welche große Gefahr die Rassenmischung für die staatliche Gesundheit wie für die moralischen Qualitäten der Bevölkerung bedeutet, so darf man wohl behaupten, daß das sonst so vorzügliche Werk von Maull das so unendlich wichtige Rassenproblem allzu sehr auf die leichte Achsel nimmt. Maull will dem Begriff nur einen rein anthropologischen Sinn beimessen und ihn der politischen Bedeutung so viel wie möglich entkleiden. Es wäre m. E. verhängnisvoll, wenn diese Auffassung sich durchsetzte. Die Rassenfrage stellt keineswegs nur eine interessante theoretisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung dar, sondern sie ist ein politisches Problem allererster Ordnung und von denkbar höchster praktischer Bedeutung, das in Zukunft ungleich mehr als je in der Vergangenheit fast alle Nationen beschäftigen wird und das nicht früh genug in den politischen Handlungen und in der Gesetzgebung beachtet zu werden verdient.

Maull sieht die Rasse lediglich als „eine klimatische Varietät der Gattung Mensch"[1]) an und will nur drei große Hauptrassen — neben einigen geschichtslosen kleineren — anerkennen, die weiße, gelbe und schwarze. Die ersteren beiden nennt er „Nordrassen", die letztere „Südrasse". Mit einer so weitmaschigen Definition werden wir die mit dem Rassenproblem zusammenhängenden Fragen praktischer Politik ganz gewiß niemals meistern. Maull glaubt einen „nachlässigen Sprachgebrauch mit dem Wort Rasse"[2]) feststellen zu dürfen und lehnt nicht nur die Begriffe der germanischen, slawischen, romanischen usw. Rasse rundweg ab, sondern will auch von den modernen wissenschaftlichen Bezeichnungen der nordischen, ostischen, dinarischen usw. Rasse nicht viel wissen. Auch die Juden sind ihm keine eigene Rasse, sondern er behauptet, sie „stellten nichts anderes als eine Kulturgemeinschaft dar"[3]), ja, er verkündet das Gesetz[4]):

„Die Sprache ist stärker als die Rasse."

Hier und da mag diese Regel gelten; mindestens ebenso oft aber gilt sie nicht. Es braucht nur an eine gewisse Presse erinnert zu werden, für die grundsätzlich die Rassengemeinschaft höher steht als die Sprachgemeinschaft.

Da an einer Stelle Maull selbst, trotz seiner Neigung, dem Rassenbegriff nur anthropologische Bedeutung zuzuschreiben, gelegentlich an die politische Seite des Problems rührt, etwa mit der treffenden Bemerkung[5]):

„Nur zwischen der gelben und der weißen Rasse besteht wirkliche Weltrivalität,"

so darf ich um so eher ernste Bedenken äußern gegen seine sonstige Geringschätzung der Rassenfragen. Wir gehen unweigerlich einem Zeit-

1) A. a. O., S. 358ff. 2) S. 357. 3) S. 370. 4) S. 376. 5) S. 360.

Digitized by Google

alter schwerer Rassenkämpfe entgegen, und man dürfte schon in wenigen Jahrzehnten der Tatsache verständnislos gegenüberstehen, daß noch in unseren Tagen die politische Bedeutung der Rassenprobleme so schwer verkannt werden konnte, wie es hier der Fall ist.

Im übrigen darf und soll das Bewußtsein, was wir unserer Rasse schuldig sind, niemals dazu führen, in allen weltpolitischen Fragen grundsätzlich den Standpunkt der weißen Rasse zu vertreten. Im Weltkrieg und nachher haben sich — das muß ausgesprochen werden — sämtliche farbigen Rassen ungleich vornehmer und ritterlicher gegen die Deutschen verhalten als zahlreiche Völker der weißen Rasse, auch solche germanischen Blutes. Selbst das überzeugteste Eintreten für Wahrung der Rassenreinheit braucht daher wahrlich niemanden abzuhalten, etwa im gegenwärtigen Ringen Chinas, Indiens, Arabiens, Syriens, Ägyptens um nationale Unabhängigkeit seine Sympathien den Fremdrassigen zuzuwenden. Es ist ganz gewiß kein Rassenverrat, wenn man für politische Moral weißer Völker auch den Farbigen gegenüber eintritt und den letzteren seine Teilnahme und Sympathie bekundet, falls die politische Moral der Weißen ihnen gegenüber ähnlich anrüchig wird wie in der Behandlung mancher Rassegenossen.

3. Vom Stamm zum Staat.

Die über die Familien- und Sippengemeinschaft hinausgehende, primitivste und früheste Form des freiwilligen Zusammenschlusses zu Schutz und Trutz, der Stamm, findet sich allenthalben auf Erden, auch bei den kulturell zu tiefst stehenden Menschen. Als Notgemeinschaft, hervorgegangen aus der allgemein menschlichen Wahrnehmung, daß die Menge sich im Kampf ums Dasein besser zu behaupten und durchzusetzen vermag als der Einzelne, ist die Stammesgemeinschaft überall schlechterdings unentbehrlich, wo eine Vielheit von Menschen sich in den gleichen Lebensraum, mag er auch groß sein, teilen muß. Bei Nomaden- und Hirten-, bei Ackerbau-, Jäger- und Fischervölkern treffen wir die Stammesgemeinschaften in allen Erdteilen an — ein deutliches Zeichen, daß diese niederste Art der Volksgemeinschaft als arterhaltendes Prinzip bewertet werden muß. Stets bewährte sich eben die kluge, alte Fabel, daß die einzelne Rute leichter zu zerbrechen ist als das Rutenbündel. Im Grunde genommen, haben wir in dieser Fabel die tiefste Wurzel jeder Staatenbildung und jeden Volkstums zu erblicken. Aus schwachen „Stämmen" sind die mächtigen Bäume der Riesenstaaten hervorgegangen. Freilich ist es ein weiter Weg vom Stamm zum Staat, und ein sehr großer Teil der Menschheit hat sich über die Stammesgemeinschaft hinaus politisch überhaupt nicht entwickelt. Die Neger, die Indianer, die Eskimos, die Südsee-Insulaner usw. sind nur vereinzelt über die Stammesorganisation aus eigener Kraft hinausgelangt. Der Umstand, daß sich bei ihnen, wie auch anderswo, die kleinen Häuptlinge und Stammesoberhäupter gelegentlich stolz als Könige und Fürsten bezeichnen, kann

Digitized by Google

über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sie nur einen Stamm und keinen Staat beherrschen. Auch die Germanen zur Zeit des römischen Weltreiches waren noch nicht bis zur Staatenbildung vorgedrungen. Vielleicht hätte Armin, das Haupt des Cheruskerstammes, die Kraft besessen, aus dem Nebeneinander der germanischen Stämme einen echten Staat, ein germanisches Königreich, zu bilden und somit dieselbe Rolle zu spielen, wie ein halbes Jahrtausend später ein Chlodwig im Frankenlande, aber durch die deutsche Zwietracht wurde der große Führer gefällt, bevor seine höchste Aufgabe erfüllt war.

Allgemein gültige Gesetze, wann aus einem Stamm ein Staat hervorgeht, lassen sich kaum aufstellen. Im allgemeinen werden nomadisierende Stämme dauernd unter der Schwelle des staatlichen Bewußtseins verharren. Wir sehen noch in unseren Tagen den nomadisierenden Stamm der Lappen über vier Staaten (Norwegen, Schweden, Finnland, Rußland), die Kurden über drei Staaten (Türkei, Persien, Rußland) sich verteilen, als zwischenstaatliche Völker ohne Verständnis für Sinn und Wert der Staatsgrenzen. Im großen und ganzen hat Dix[1]) recht, wenn er meint, ein Staat bilde sich, wenn sich ein Stamm „mit dem Land vermählt", also seßhaft wird, denn Seßhaftigkeit ist eine wesentlichste, wenn auch nicht ganz unentbehrliche Voraussetzung für die Entstehung eines Staates. Aber wir treffen ebenso auf Fälle, daß ein völlig dem Ackerbau hingegebener, streng an die Scholle gebundener Stamm dennoch nicht zur Staatenbildung fortschreitet, wie auf solche, wo Nomadenhäuptlinge sich zu Staatengründern ersten Ranges entwickelt haben. Für die letzteren ist das großartigste und furchtbarste Beispiel jener Temudschin, der Sproß der Wüste Gobi, der im Jahre 1206 von den nomadisierenden Mongolenstämmen als Oberhaupt (Dschingiskhan) erkoren wurde und der dann in einem beispiellos großartigen Siegeslauf eine mongolische Großmacht von fast phantastischem Ausmaß schuf, so daß unter seinen unmittelbaren Nachfolgern ein Kranz von gut durchorganisierten mongolischen Staaten vom Gelben Meer bis Ungarn und vom Himalaya bis Südsibirien reichte. Umgekehrt freilich können manche Staaten wieder nur gedeihen, solange sie von kulturell und technisch hochentwickelten Völkern erfolgreich gegen nomadisierende Kulturlose verteidigt werden. Wir sehen dies am deutlichsten am Beispiel Mesopotamiens, von dem Pinon treffend gesagt hat[2]):

„Jedesmal, wenn in der Geschichte Mesopotamien in der Hand eines Volkes ist, das es gegen die Nomaden zu verteidigen, zu verwalten und eine gute Wasserwirtschaft darin einzurichten weiß, finden wir, daß sich eine ungeheure Blüte daselbst entfaltet."

In der Kulturwelt des Altertums sind ungemein häufig Städte zum Gründer und Träger der Staaten geworden. Der Stadtstaat stellt oft-

1) Artur Dix, Politische Geographie, S. 76.

2) René Pinon, La géographie humaine; in „Revue Hebdomadaire" 1911, S. 180.

Digitized by Google

mals den Ausgangspunkt zur politischen Großmacht dar. Athen, Theben, Sparta, Syrakus, Karthago und vor allen anderen Rom wurden zu Staatenkernen. Das Römische Reich mochte wachsen, so viel es wollte, seine ganze Lebenskraft wurzelte in Rom. Der alte, glänzende Organismus dieses Reiches ist ungleich mehr durch Konstantins friedliche Verlegung der Hauptstadt nach Byzanz erschüttert worden als durch die germanischen Eroberungen des 5. Jahrhunderts, denn vorübergehende Verluste seines politischen Kernes, der Hauptstadt, kann ein Staat vertragen, einen dauernden nicht, es sei denn, daß der Staat selbst sein ganzes Wesen verändert.

Kjellén hat das gute Wort geprägt[1]):

„Die Lebensform des Staates ist die des Baumes, der an seinem Platze steht und vergeht."

Der Staat mag sich, wie der Baum, in seiner Größe wandeln, er kann erhebliche Gebietsverluste überdauern, wie vom Baum Äste, Zweige, Blätter in Massen heruntergeschlagen werden können, ohne daß seine Lebensfähigkeit dadurch Schaden zu leiden braucht. So lange Kern und Wurzel gesund sind, lebt der Baum weiter. Genau so steht es mit den Staaten. Die karthagische Großmacht starb am selben Tage, da die Hauptstadt Karthago zerstört wurde. Hätten Hannibal oder die Cimbern und Teutonen Rom erobert und sich daselbst dauernd festgesetzt, so wäre das Römische Reich dem Tode verfallen gewesen. Napoleon I., dessen strategische Größe sich auch darin äußerte, daß er seine militärischen Vorstöße mit Vorliebe gegen die feindliche Hauptstadt richtete, hätte im Jahre 1812 vermutlich Rußland auf die Knie gezwungen, wenn damals Moskau noch die politische Hauptstadt gewesen wäre. Es war aber nur noch die kulturelle Hauptstadt. So vergriff sich der Feldherr im Ziel seines gewagtesten Feldzugs und ging am weiten Raum und am russischen Winter zugrunde, weil er das Herz des russischen Staates in Moskau, statt in Petersburg, vermutete.

4. Die Kennzeichen des Staates.

Weniger die festen Grenzen, die erst in den letzten Jahrhunderten zum wichtigen Merkmal geworden sind, bilden das Hauptkennzeichen eines Staates als vielmehr die Schaffung eines wenigstens bescheidenen Verwaltungsapparates, die staatliche Organisation. „Von selbst" entsteht kein Staat, sondern ein starker Wille muß ihn zurechtkneten und erhalten, sei es der Wille eines einzelnen kraftvollen Herrschers oder der einer Oligarchie, einer Volks-Elite. Jede Staatenbildung setzt daher einen erheblichen Aufwand von Arbeitsenergie voraus. Wohl läßt sich ein Staat mit eiserner Faust zu ansehnlicher Macht und Größe emporentwickeln, aber ungleich besser sind seine Aussichten auf ständiges Blühen und

1) Rudolf Kjellén, Der Staat als Lebensform, S. 53.

Digitized by Google

Gedeihen, wenn die Bevölkerung selbst sich zur freudigen Staatsbejahung, zum entschlossenen Staatsbewußtsein durchringt und an den Aufgaben des Staates gern und willig mitarbeitet. Die Staatsform spielt dabei natürlich überhaupt keine Rolle. In einer absoluten Monarchie kann die Staatsfreudigkeit der Bevölkerung ungleich größer sein als in der extremsten Demokratie. Im Preußen eines Friedrich des Großen, eines Friedrich Wilhelm III., eines Wilhelm I. war die Staatsbejahung, der Wille, diesem Staat mit allen Kräften zu dienen, in sämtlichen Kreisen der Bevölkerung zu denkbar höchster Vollkommenheit entwickelt — der Sturm von 1813 ging bekanntlich von den Hütten aus, nicht vom Throne! — während in der deutschen Demokratie der Gegenwart die Belange des Staates nur allzu oft zurücktreten müssen hinter internationalen und Partei-Tendenzen.

Überall, wo die Bevölkerung eines Staates bewußt und freudig der Idee des Staates sich verschreibt, wo sie freiwillig mitarbeitet an den Aufgaben des Staates, da ist sie herangereift zu der den Staat erfüllenden Nation. Diese Nation ist das Wandelbare, der Staat das Dauernde. Die Nation ändert sich in ihrem Gesamtbestande, zahlenmäßig wie intellektuell, unausgesetzt, ähnlich wie die Gewässer eines Stromes in jeder Minute aus anders angeordneten Tropfen bestehen. Geburt und Tod, Auswanderung und Zuwanderung bringen Tag für Tag Wandlungen in den Bestand der Nation hinein. Der Staat aber kann ungezählte Generationen, kann viele Jahrhunderte und selbst Jahrtausende überdauern. Vollkommen richtig definierte daher schon im Jahre 1809 Adam Müller[1]) den Staat als eine „Alliance zwischen den vorhergehenden und nachfolgenden Generationen", und Ratzel ergänzte diese Staatsphilosophie geopolitisch durch die treffende Lehre, der Staat sei nicht nur ein Stück Menschheit, sondern auch ein Stück Boden.

Die Nation ist das bewegliche Element; sie kann wandern, ihre Wohnsitze verlegen, ihren Bestand unausgesetzt ändern. Der Staat aber ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Gerade so wie ein Baum dasselbe organische Geschöpf bleibt, gleichviel ob noch ein Häschen darüber hinwegspringt oder ob sein Wipfel haushoch über den Erdboden hinausragt, so ist auch ein Staat in Zeiten, da er politisch verkümmert und verkrüppelt ist, noch immer dasselbe Gebilde wie in Perioden, da er als Großmacht über gewaltige Länderstrecken herrscht. Ein gewisses Herz- und Kernstück muß freilich einem ganz bestimmten Stück Boden vermählt bleiben, denn eine völlige Entwurzelung oder Verpflanzung eines Staates ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wohl ist etwa in den Stürmen der Völkerwanderung mancher Staat überrannt und ausgetilgt worden, und seine verdrängten Bewohner betätigten sich dann wieder in anderen Gebieten als Schöpfer neuer und oft mächtiger Staaten (Goten, Vandalen, Langobarden usw.); aber die neuen Staaten

1) Adam Müller, Die Elemente der Staatskunst. Berlin 1809.

Digitized by Google

haben keinen individuellen Zusammenhang mit den alten gehabt: sie glichen vielmehr dem vom Winde ausgestreuten Samen eines stürzenden Baumes — genau wie die mit dem Schwerte gegründeten Staaten ausgewanderter Volksteile eines noch lebenden Staates, nach Art der normannischen Staatengründungen im Mittelalter, den Schößlingen des von einem noch lebenden Baum ausgestreuten Samens ähnelten. Ein Staat als solcher kann aus seinem Boden niemals herausgerissen werden. Wird dieser Boden von anderen Staaten in ganzem Umfang in Besitz genommen, so ist der Staat tot. Er kann unter Umständen eine Wiedergeburt erfahren, wie es letzthin dem 1795 ausgelöschten polnischen Staat oder 1817 Serbien widerfahren ist, aber dem neuen Gebilde fehlt dann doch der organische Zusammenhang mit dem alten, und es gleicht mehr einem jungen Stamme, den man an Stelle eines verdorrten alten am gleichen Orte eingepflanzt hat. In wie hohem Maße ein Staat gezwungen ist, mit dem Boden vermählt zu bleiben, dafür ist Irland ein charakteristisches Beispiel: der heutige Staat Irland haftet im wesentlichen am gleichen Raum, wie das Irland, das schon im Jahre 1171 mit den eindringenden Engländern in hartem Kampfe stand, aber der größte Teil der Iren selbst lebt nicht mehr in der alten Heimat, sondern in Nordamerika, wohin sie durch die jahrhundertelange, entsetzliche Grausamkeit der englischen Unterdrückung gedrängt worden sind.

Danton hat einmal gesagt, man könne sein Vaterland nicht in die Ferne mitnehmen. In staatlichem Sinne ist dies richtig, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß etwa Kolonialpioniere eines Volkes auch Stücke ihrer Heimat nach Übersee transportieren können. In jedem Falle kann in kulturellem Sinne der Geist des Vaterlandes überallhin mitgenommen werden. In allen Teilen des britischen Imperiums, zumal in den weißen Dominions, waltet die Kulturatmosphäre der britischen Inseln; die in Massen ausgewanderten Deutschen in Siebenbürgen, Südrußland, der Krim, an der Wolga, in Kanada, Südamerika und anderswo, die Neger in den Ver. Staaten und nicht zuletzt die seit 2000 Jahren aus ihrer Heimat losgelösten Juden u. a., sie beweisen, wie in der Fremde nicht nur die besonderen körperlichen Merkmale, der Rassencharakter, unbegrenzt lange erhalten bleiben können, sondern auch die völkischen, seelischen und kulturellen Eigenheiten, die Sitten, die Sprache, die religiösen Zeremonien usw. Ein äußeres Kennzeichen dafür, wie stark die auswandernden Volksteile mit der Heimat und ihren Gewohnheiten verflochten bleiben, bietet ihre Vorliebe zur Auswahl solcher Lebensbedingungen, die denen des Mutterlandes gleichen. Freiwillig siedelten sich die Normannen, obwohl ihnen bessere Länder zur Verfügung standen, in den Jahrhunderten ihrer großen Wanderung in den öden, sturmumtobten oder eisgepanzerten Gebieten Islands und Grönlands an, weil die Natur dieser Länder denen ihrer fjordreichen Heimat glich; in Argentinien bevorzugen die deutschen Siedler solche Strecken, die sie landschaftlich an ihre jeweilige Heimat erinnern, und in Kanada sucht der ausgewanderte deutsche Bauer am

Digitized by Google

liebsten solchen Boden auf, der sich zum Anbau seines gewohnten Roggens eignet.

Daß das Wesen und die Entwicklung eines Staates zuweilen anderen geopolitischen Zielsetzungen zustrebt als der Wille der jeweils in ihm wohnenden Bevölkerungsmehrheit, ist nicht zu verkennen. Die staatlichen Lebensfunktionen folgen ehernen wirtschaftlichen und geographischen Naturgesetzen, wogegen Irrtümer, Leidenschaften und Ideologien der Bevölkerung zuweilen im Widerspruch zum Lebenszweck des Staates stehen können. Es ist ja allbekannt, wie gründlich ein politischer Parteimann, wenn er verantwortlicher Staatsmann wird, oft in sehr kurzer Zeit umzulernen und sich zu „mausern" pflegt. Der berühmte „Wille" des Volkes ist eben häufig unsicher, ziellos und wandelbar, ist allerhand Suggestionen, selbst politischen Modetorheiten, in ansehnlichem Umfang unterworfen: „wer heute Hosianna spricht, ruft morgen Crucifige!" Der Staat darf, wenn er nicht schweren Erschütterungen preisgegeben werden soll, diese wandelbaren Strömungen nicht leicht mitmachen. Auch die so vielgerühmte Selbstbestimmung der Völker, die ohnehin nur dort sich äußern darf, wo es den Machtstaaten zusagt, ist zuweilen ein unzuverlässiger Maßstab, was dem Staat und seinen Bewohnern wirklich zuträglich ist: der staatliche Wille der Elsässer hat sich in den letzten 20 Jahren dreimal gewandelt, der der an Polen und Dänemark abgetretenen deutschen Landesteile in zehn Jahren zweimal. Immerhin soll diese Feststellung nicht etwa gewissen Bestrebungen als Vorwand dienen können, das Selbstbestimmungsrecht als quantité négligeable zu behandeln.

5. Nation und Volk.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der nationale Wille von abgesplitterten Teilen einer Kultur- und Sprachgemeinschaft, die wir als Volk bezeichnen, keineswegs immer den Wünschen der Stammesgenossen parallel zu laufen braucht. Die in der schweizerischen Eidgenossenschaft lebenden Glieder des deutschen, französischen und italienischen Volkes fühlen sich nicht im geringsten als Irredenta und bezeigen gar keine Lust, ihre freudig zur Schau getragene schweizerische Nationalität aufzugeben. Die schon 1815 von Deutschland abgetretenen deutschsprechenden Kreise Ost-Belgiens (aber natürlich ohne Eupen und Malmedy) wollen von einem staatlichen Zusammenschluß mit ihren Volksgenossen so wenig wissen wie die meisten Deutsch-Elsässer oder wie dereinst die Italiener im österreichischen Triest, die italienischen Weinbauern in Trentino, die Griechen in Saloniki und Smyrna, die Litauer im nördlichen Ostpreußen, die Yankees in Kanada usw. Die Masuren in Ostpreußen, die Slowenen und Kroaten in Kärnten haben sich bei den Volksabstimmungen mit überwältigender Mehrheit gegen die staatliche Vereinigung mit ihren Volks- und Artgenossen jenseits der Grenze ausgesprochen, in erheblichem Umfang auch die Polen Schlesiens usw.

Digitized by Google

Trotz Beibehaltung zahlreicher kultureller und sprachlicher Eigenarten können abgesplitterte Volksteile in einem fremden Staat, wenn es ihnen dort gut geht und ihre alten Gewohnheiten nicht angetastet werden (aber auch nur dann!) einen völligen Wandel ihrer nationalen Gesinnung durchmachen. Die Litauer, Masuren, Kassuben, Wenden im alten Deutschen Reich, die 1685 nach Brandenburg gekommenen französischen Réfugiés, sie waren und sind gute Deutsche geworden, ebenso die ins innere Rußland verschlagenen Balten meist sehr gute Russen, die Franzosen in Kanada gute Briten bzw. Kanadier usw. Gelegentlich kann sogar das Volkstum in verhältnismäßig kurzer Zeit mehrfache Wandlungen durchmachen. Die auswandernden germanischen Normannen sind in der Normandie und am Mittelmeer ausgesprochen romanisiert, aber die romanisierten Normannen, die im Jahre 1066 mit Wilhelm dem Eroberer nach England hinüberkamen, ebenso schnell wieder germanisiert worden. Als dieselben Normannen unter Rurik im 9. Jahrhundert nach Rußland kamen, von dem ein moderner Russe sagt[1]):

„Es hatte sie zu seiner Verteidigung herbeigerufen, es bedurfte ihres Schwertes, nicht ihres staatsbildenden Verstandes",

nahmen sie auch dort in dem von ihnen begründeten „russischen" (Rûs = Normannen) Reich binnen zwei Jahrhunderten slawischen Charakter an. Auch hält man z. B. die berühmten Cimbern des Altertums für einen ursprünglich keltischen Stamm, der später, nach Germanien gewandert, germanisiert wurde. Andererseits sind unsere heutigen Bulgaren ein slawisiertes finnisches Volk usw. Am meisten „volkstumverdauende" Kraft hat unter allen Umständen stets China aufgewiesen. Alle von ihm beherrschten Völker sind im Verlauf der Jahrtausende völlig chinesiert; aber auch die ins Land kommenden Fremden, sogar die besonders stark an ihrem Volkstum haftenden Juden, wurden in wenigen Generationen Chinesen, so daß Yuan-Shi-Kai sein Volk einmal treffend mit dem Meer verglich, das alle Ströme salzig macht, sobald sie mit ihm in Berührung kommen (vgl. S. 26). Selbst die Mongolen, die im 13. Jahrhundert China eroberten, sind schließlich im Chinesentum aufgegangen, und die Unterworfenen triumphierten somit unblutig über ihre Sieger.

Eine scharfe Scheidung der Begriffe Nation und Volk ist somit gewiß nicht einfach. Und dennoch muß sie herausgearbeitet werden. Beide Begriffe fließen oft ineinander über und werden auch in der wissenschaftlichen Literatur nichts weniger als einheitlich verwendet. Es kommen dabei allerhand Mißgriffe und unbrauchbare Definitionen vor. So bietet eine Breslauer Dissertation von Ernst Buske „Über den Begriff Nation" die durchaus nicht zutreffende Begriffsbestimmung, eine Nation sei eine „Abstammungs-, Raum-, Sprach-, Religions-, Staats-, Bewußtseins-, Willens-Gemeinschaft". Eine derartige Festlegung des Begriffs ist typisch am Schreibtisch erklügelt und wird den Tatsachen nicht im mindesten

1) W. O. Kliutschewski, Geschichte Rußlands. Hrsg. von Friedr. Braun und Reinh. v. Walter, S. 190. Berlin 1925/26.

Digitized by Google

gerecht: die schweizerische Nation ist keine Sprachgemeinschaft, die deutsche keine Abstammungs- und Religionsgemeinschaft, die jugoslawische, polnische, südafrikanische keine Willensgemeinschaft usw. Ungleich besser ist unter den neueren Versuchen einer Begriffserläuterung die Fassung von Maull, der alle älteren Definitionen kennt, prüft und in ihren Irrtümern verfolgt: Maulls Erläuterung lautet[1]):

„Ein Volk ist eine durch ethnische Gleichartigkeit, durch gleichen stofflichen und geistigen Kulturbesitz geschlossene Menschengruppe, es ist das Produkt der Wirkungen von Raum und Rasse ... Die Nation ist ein durch Nationalgefühl und Nationalbewußtsein zusammengeschlossenes Stück Menschheit; sie ist eine durch den Willen zum Staate zusammengeschlossene Menschengruppe, wobei unter der Gruppe ein Volk, mehrere Völker oder Teile von Völkern verstanden werden können. Sie ist eine staatliche, eine politische Gesinnungsgemeinschaft, beseelt vom Willen zum Staat."

Ich halte diese Definition für die glücklichste und treffendste, die es bisher gibt. Vielleicht läßt sich aber noch schärfer hervorheben, daß der Begriff Nation unter allen Umständen ein rein politischer ist, während der Begriff Volk sowohl politisch wie kulturell gebraucht werden und durchaus unpolitischen Nebensinn haben kann. Ich wage deshalb, in dankbarer Anlehnung an Maull, eine ergänzende Begriffsbestimmung:

Ein Volk ist eine Sprach- und Kulturgemeinschaft, die sich an keine zufälligen staatlichen Grenzen kehrt, die unter Umständen sogar ohne jeden staatlichen Rückhalt bestehen kann. Die Nation dagegen ist ohne Staat undenkbar. Zu ihrem Wesen gehört die Staatsbejahung, die freudige, aufopferungsbereite Hingabe aller wertvollen Teile seiner Bewohner oder doch ihres größten Teiles an eben diesen Staat.

Völker können nur in langen Zeiträumen neu entstehen, im Zusammenhang mit einer neuentstehenden Schriftsprache, wie etwa das holländische Volk in den letzten 350 Jahren. Neue Nationen können sich dagegen zuweilen schnell, im Zusammenhang mit neuen Staatengründungen, bilden. Nicht als ob jede Schöpfung eines neuen Staates Anlaß zur Bildung einer neuen Nation gäbe! Hiervon kann durchaus keine Rede sein. Niemand wird behaupten wollen, daß gewisse auf dem Papier erklügelte, neue Staatengebilde, denen die Pariser Friedensdiktate von 1919—20 zum Leben verhalfen, seither eine Danziger, eine tschechoslowakische, südslawische, mesopotamische Nation habe erstehen lassen. Schon wenn man die an sich nicht üble, aber doch nicht hinreichend umfassende Reinhardtsche Definition[2]) des Begriffes Nation zugrunde legt:

„Eine Nation ist einevölkische Gemeinschaft, die in all ihren Gliedern das Gefühl der Zusammengehörigkeit und den festen Willen des Zusammenhaltens trägt",

erkennt man, daß die Volksteile im neuen Polen, Rumänien, Jugoslawien,

1) a. a. O., S. 380/1.

2) R. Reinhard, Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde, S. 128. Breslau 1919.

Digitized by Google

der Tschechoslowakei usw. unmöglich zusammen als Nation angesprochen werden können. Es gibt nur eine polnische, rumänische, serbische, tschechische „Hauptnation", um einen vortrefflichen Maullschen Ausdruck zu gebrauchen, der mir wesentlich glücklicher erscheint als das arg mißzuverstehende Wort „Staatsnation", das Ratzel, Sieger, Hettner und Meinecke für den im Staate den Ton angebenden Volksteil verwenden. In allen den neugeschaffenen Nationalitätenstaaten von 1919 kann bisher doch, weiß Gott, nicht die Rede sein von einer „völkischen Gemeinschaft, die in allen ihren Gliedern usw."! Selbst aber wenn in einem dieser neuen Nationalitätenstaaten der Wille zum Zusammenhalten überall vorhanden wäre — im neuen Litauen kündigt er sich an, allerdings unter Fortfall des geraubten nördlichen Ostpreußen — so würde ich dennoch Bedenken tragen, einer solchen Bevölkerung im Reinhardschen Sinne bereits den Ehrennamen einer Nation zuzugestehen. Denn es fehlt ihr m. E. noch etwas Entscheidendes, ohne das es eine wirkliche Nation nicht geben kann: die Erinnerung an eine stolze, gemeinsame Leistung im Dienste des Staates, sei es, daß sie ihn aus der Taufe gehoben oder ihm zu erhöhter Blüte verholfen oder Unheil von ihm abgewehrt hat. Eine Nation ist nicht vorstellbar ohne eine bewußt erlebte und gewollte, ruhmvolle geschichtliche Vergangenheit: eine Nation ist daher nicht zum wenigsten auch eine Schicksalsgemeinschaft! Gemeinsam durchlebte Not- und Glanzzeiten sind für eine Nation sehr viel bedeutungsvoller als die „völkische Gemeinschaft", auf die Reinhard den Hauptnachdruck legt. Die Volksteile mancher neuen Staatenschöpfung von 1919 aber haben bisher wahrlich mehr gegen- als miteinander erlebt!

Keine von den heutigen großen Nationen der Welt ist völkisch oder auch nur rassenmäßig als durchaus einheitlich zu bewerten. Schnee legt in trefflicher Weise dar[1]), wie sich die heutige englische Nation aus einer iberischen Urschicht samt keltischen, römischen, angelsächsischen, dänischen und normannischen Sedimentablagerungen gebildet hat, wie zur französischen Nation der Gegenwart Ligurer, Iberer, Kelten, Gallier, Römer, Goten, Burgunder, Franken, Normannen und Alemannen beigetragen haben, zur deutschen Nation Germanen, Slawen, Kelten, Römer usw. In Italien und in den Ver. Staaten ist, obwohl dort Nationalgefühl und Nationalstolz heute besonders kräftig entwickelt sind, das Rassengemisch noch viel größer. Wohl kann man, wie in den Nationalitätenstaaten eine Haupt-Nation, auch innerhalb der Nationalstaaten in der Regel eine Haupt-Rasse unterscheiden; aber große geschichtliche Erlebnisse können selbst die denkbar verschiedensten Rassenbestandteile im Schmelzofen einer Nation zusammenschweißen. Schon vor sechs Jahrzehnten hat Smiles[2]) die conditio sine qua non des nationalen Bewußtseins richtig herausgehoben:

1) A. a. O., S. 16. 2) Samuel Smiles, Einfluß des Charakters, 1871.

Digitized by Google

„Es ist von fundamentaler Bedeutung, daß eine Nation eine große Vergangenheit habe, auf die sie zurückblicken kann".

Die einheitliche Sprache ist als kulturelles Merkmal nur ein Kennzeichen des zusammengehörigen Volkes, keineswegs der Nation. Die dreisprachige Schweiz, bei der schwer zu sagen ist, welcher ihrer Teile die vorzüglichste nationale Gesinnung hegt, ist das klassische Beispiel, daß einheitliches Nationalgefühl unabhängig von der Spracheinheit sich entwickeln kann. Im zweisprachigen Belgien haben die gemeinsam durchlebten Notjahre 1914—1918 entschieden den Nationalisierungsprozeß gefördert, der vermutlich schon zum Abschluß hätte gelangen können, wenn nicht die unverständlichen Herausforderungen der flämischen Mehrheit durch die Wallonen immer wieder eine Eisschicht über das belgische Nationalgefühl der Flamen ausgebreitet hätte. Solange das treffendböse Wort nicht zum Verstummen gebracht wird: „Vlaanderen groot, Belgie dood" ist es um das „belgische Nationalgefühl" noch nicht zum besten bestellt. Wohl aber läßt sich behaupten, daß im zweisprachigen Finnland die Entwicklung eines finnischen Nationalbewußtseins bereits in der Hauptsache zum Abschluß gelangt ist: die gemeinsame Not in den Jahren der russischen Vergewaltigung 1899—1914, die gemeinsamen Befreiungskämpfe des Jahres 1918 gegen die bolschewistische Tyrannei und die eigenartige Lappo-Bewegung des Jahres 1930 haben unzweifelhaft gute Vorbedingungen für den dauernden Bestand eines neuen finnischen Nationalgefühls geschaffen, in dem sich Fennomanen und Suecomanen zusammenfinden. Unter den neuen Staaten, die der Abschluß des Weltkrieges in Europa geschaffen hat, sind Finnland und (zum Teil) Estland die einzigen, in denen bereits von einer Art von Nationalbewußtsein aller Teile der Bevölkerung Ansätze zu verspüren sind.

6. Toleranz und Intoleranz in nationalen, völkischen und konfessionellen Fragen.

Es ist nicht zu verkennen, daß in allen völkischen, staatlichen und selbst kulturellen Fragen die Welt seit dem Altertum stets intoleranter geworden ist. Wohl kannte das Altertum einen Freiheitsdrang gegenüber fremden Unterdrückern, einen Stolz auf die eigene Kultur, aber Proselytenmacherei war den Völkern der alten Welt so gut wie völlig fremd. Niemand dachte daran, irgend welchen Fremden sein eigenes Volkstum oder seine Religion oder seine Sprache aufzuzwingen, Religionskriege, diese entsetzliche Geißel des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, kannte die Welt bis zum 7. und 8. Jahrhundert, bis zu den Tagen der mohammedanischen Eroberungskriege und Karls des Großen Sachsenkrieg, überhaupt nicht. Die Christenverfolgungen der Römer waren soziale Abwehrmaßnahmen (S. 37), denn in allen Bekenntnis- und Glaubensfragen waren gerade die Römer das vielleicht duldsamste Volk der Erde. Eine einzige ganz vereinzelte Ausnahme im Altertum bildete der Versuch des Syrerkönigs Antiochus IV.,

Digitized by Google

den Juden das Hellenentum und die hellenische Religion aufzuzwingen, wogegen sie sich dann in den Heldenkämpfen der Makkabäerzeit erhoben. Sonst war stets die bewußte Absonderung des eigenen Volkes von den als minderwertig betrachteten Fremden viel charakteristischer für die Denkweise der alten Welt als die Vergewaltigung fremder Religion und fremder Nationalität. Dieser „Kulturfortschritt" hat erst in der Neuzeit, z. T. erst im 20. Jahrhundert, seine stärkste Entwicklung erreicht. Übrigens war jene Absonderung der Völker vom Ausland eine für die Erhaltung der Rassenreinheit durchaus förderliche soziologische Tatsache.

Sowohl das völkische wie das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl darf überhaupt im allgemeinen erst als ein Kind der neueren, ja, der neuesten Zeit angesprochen werden, genau ebenso wie das noch jüngere Rassenbewußtsein. Wohl fehlten schon früher solche Gegensätze, in Krieg und Frieden, nicht völlig; sie waren dann aber mehr eine Art Beiwerk zu religiösen, sprachlichen und anderen Gegensätzen kultureller Natur, und völkische Verschiedenheiten als solche führten noch nicht ohne weiteres zu gegenseitiger Bekämpfung und Verfolgung. So war das feindselige Verhalten des „auserwählten" Volkes gegenüber seinen Nachbarn vor 3000 Jahren restlos durch die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses (z. B. Jahve gegen Baal) bedingt — auch dieser Gegensatz übrigens eine gänzliche Ausnahmeerscheinung in dem sonst gerade religiös ungemein toleranten Altertum! Die Stellung der griechischen Stämme zu den gar sehr von oben herab betrachteten „Barbaren" wurde völlig durch kulturelle Gegensätze bedingt, denn ihre politischen Kämpfe haben die Griechen, genau wie die Deutschen vor 1870, weit häufiger mit Stammesgenossen als mit Fremden geführt. Die Römer unterwarfen sich, ebenso wie die Chinesen oder die Inkas in Peru, ungezählte, z. T. Hunderte von Völkerschaften, aber ihre völkischen Sonderheiten, ihre Sprache, ihre Sitten usw., pflegten sie unangetastet zu lassen, wie auch in ihrem Reich die Staatsgewalt kaum je danach fragte, welche Gottheiten die einzelnen Bürger anbeteten oder verachteten. Das Mittelalter und die beginnende Neuzeit sieht den Religionsfanatismus zur stärksten Überhitzung sich steigern, aber es finden sich dabei zuweilen in nationaler Hinsicht recht seltsame Schlafgenossen zusammen. Die weltgeschichtlichen Entscheidungsschlachten bei Tours und Poitiers, auf dem Lechfeld, bei Wahlstatt sind, ebenso wie die ganzen Kreuzzüge und die Hussitenkriege, zwar nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie feindliche Auseinandersetzungen verschiedener Religionen, ebenso wie im 16. und 17. Jahrhundert der Schmalkaldische und Dreißigjährige Krieg, die Hugenottenkämpfe, der Aufstand der Niederlande usw. Deutsche Fürsten wie Moritz von Sachsen, Bernhard von Weimar u. a. fanden nichts Anstößiges dabei, wenn sie zur Stärkung ihres bedrohten Religionsbekenntnisses gegen ihre nationalen Brüder das Ausland herbeiriefen, das bei dieser Gelegenheit oft genug nur allzu gute politische Geschäfte machte, wie die Festsetzung von Schweden und Franzosen im 16. und 17. Jahrhundert auf reichsdeut-

Digitized by Google

schem Boden beweist. Immer wieder zeigt sich in jenen Jahrhunderten, daß christliche Völker von z. T. weitgehender rassischer Verschiedenheit vereinigt für Schutz und Ausbreitung ihres Glaubens gegen Andersgläubige kämpfen. Die beginnende Neuzeit gewährt gar das trübselige Bild, daß deutsche Evangelische sich mit ausländischen Katholiken verbünden und ihnen Vorschub leisten, um nur ja den Konfessionsgegnern im eigenen Lande Schaden tun zu können. Es gibt eben auch in den Konfliktstoffen der Völker, die zum Kriege führen, Modeströmungen. Im Zeitalter der Kreuzzüge, im Deutschland des 16. und 17. Jahrhunderts schlugen sich die Menschen um der Verschiedenheit ihres Glaubens willen die Schädel ein. Heute kommt Derartiges kaum noch vor. Aber die Verschiedenheit des Volkstums spielt seit 100 Jahren dieselbe Rolle wie ehedem die religiösen Konfessionen. Und wenn es nach den Wünschen gewisser Politiker geht, wird man sich in Zukunft nach den Verschiedenheiten des politischen Parteibekenntnisses umzubringen haben, wozu ja allerhand aussichtsvolle Ansätze schon gemacht worden sind, insbesondere in Rußland, wo die bolschewistische Tscheka bereits drei Millionen Volksgenossen, die im „falschen" parteipolitischen Lager standen, des Lebens beraubt hat!

Auch die mittelalterlichen Kriegszüge des Islam entbehrten noch durchaus des nationalen Moments und wurden rein vom religiösen Fanatismus getragen. Erst in den jahrhundertelangen Kriegen des Deutschen Ordens gegen die Pruzzen, Litauer, Polen usw. wächst zum ersten Male aus dem ursprünglichen Gegensatz Christ gegen Heide allmählich das Bewußtsein des verschiedenen Volkstums hervor, das uns zum ersten Male voll ausgeprägt in den zwischen Völkern gleichen Bekenntnisses ausgefochtenen deutsch-polnischen Kriegen des 14. und 15. Jahrhunderts mit dem Höhepunkt der ersten Schlacht von Tannenberg entgegentritt. Hier kämpfte in Wahrheit Volk gegen Volk, was wir sonst im ausgehenden Mittelalter nur angedeutet finden etwa in der Auflehnung der lombardischen Städte gegen die deutsche Invasion im 12. und 13. Jahrhundert oder in den wilden Hussitenkriegen, bei denen freilich auch religiöse und nationale Gegensätze einander die Hand reichten. In der Regel war in jenen Jahrhunderten der nationale Kampf nur die letzte Steigerung des Hasses gegen die Ungläubigen oder Ketzer. In den meisten Fällen galt das internationale Band der gemeinsamen Konfession (wie heute gelegentlich das der gemeinsamen politischen Partei) für ein stärkeres Bindemittel als völkische Gemeinsamkeit. In einigen großen Geistern mochte die letztere freilich schon als bedeutsamer erkannt werden: manche Äußerungen Ulrichs von Hutten beweisen es nicht minder als Luthers Briefe an den „christlichen Adel deutscher Nation" oder der glühende Patriotismus des Mädchens von Orléans. Unsere Zeit ist in bezug auf Toleranz gegenüber Minderheiten wesentlich rückständiger als das Altertum. Die altrömische Denkart „parcere subjectis" war ganz gewiß der Erziehung zur Staatsgesinnung unendlich viel förderlicher und dem Staat selbst

Digitized by Google

nützlicher als die fanatisch-strenge Verfolgung und Unterdrückung fremden Volkstums, fremder Sprache, fremder Sitten bei Volkssplittern, die vorübergehend in einen neuen, ungewohnten Staat wie Schachfiguren hineinverschoben worden sind. Wenn sich vor 1½ Jahrtausenden der Frankenherrscher Chlodwig nur durch „die rücksichtsvolle Behandlung der alten Einwohner, denen man alles Eigentum, Glauben, Sprache und Recht ließ“[1]) in kürzester Zeit sein von der Zuyderzee bis zu den Pyrenäen und zum oberen Main reichendes Riesenreich zurechtzimmerte, so ist nicht eben wahrscheinlich, daß man heute mit genau entgegengesetzten Methoden auf die Dauer ein Mehrer des Reiches zu werden vermag. Selbst die alten Inka in Peru, die gewiß gewaltige Eroberer waren, erwiesen sich in nationalen Dingen als klüger denn gewisse heutige Mächte. Weule sagt hierüber[2]):

„Nirgends haben die Inka versucht, das Vorhandene ganz auszurotten, dagegen führten sie überall den Sprachzwang des Ketschua ein, das jeder in besonderen Sprachschulen (notabene neben seiner Muttersprache! H.) erlernen mußte. Tatsächlich ist die Spracheinheit erreicht worden, denn heute ist das Ketschua in ganz Peru üblich, während es ursprünglich auf Cuzco beschränkt war.“

Es waren dies also dieselben Mittel, mit denen die Engländer und Chinesen es verstanden haben, in den von ihnen beherrschten Ländern ohne Zwang die ursprünglich heimischen Sprachen zurückzudrängen und das eigene Idiom an die Stelle zu setzen. Welche Methode die aussichtsreichere ist, um Staatsfreudigkeit zu erzielen, ist durch die Geschichte längst entschieden. Man denke nur etwa an Indien. Seit 170 Jahren beherrscht England das heutige 300 Millionenvolk mit einer Handvoll Soldaten und ganzen 1500 weißen Beamten. Im indischen Lebensraum gibt es 147 lebende Sprachen. Gegen keine von ihnen hat England je einen Schritt unternommen, um sie gewaltsam zugunsten des Englischen zu unterdrücken und — gerade dadurch erreichen es die Engländer, daß ihre eigene Sprache immer mehr die eigentliche Umgangssprache in ganz Indien wird! Ob die auch hier durch den Weltkrieg lebhaft entfachte Bewegung auf staatliche Selbstverwaltung in diesem Prozeß noch eine Änderung herbeiführen wird, muß abgewartet werden. Sehr wahrscheinlich ist es kaum.

7. Die Entstehung des Nationalgefühls.

Ein eigentliches Nationalgefühl, wie wir es heute kennen, konnte, von einzelnen individuellen Ausnahmen abgesehen, kaum aufkommen, solange weite Teile der Völker unfrei, vielleicht leibeigen und ohne jedes Verständnis für höhere Bedürfnisse als die Befriedigung tierischen Trieblebens waren. Mit Recht macht ferner Schnee darauf aufmerksam[3]),

1) Eduard Rothert, Karten und Skizzen der Geschichte, Bd. II, Nr. 4. Düsseldorf 1903.

2) Karl Weule, Leitfaden der Völkerkunde, S. 55. Leipzig-Wien 1912.

3) A. a. O., S. 14 und 22/24.

Digitized by Google

daß auch die bewußt auf ein internationales Weltreich des Papsttums hinarbeitende christliche Kirche des Mittelalters sich gern feindlich zu Bekundungen nationalen Gemeinschafts-Bewußtseins einstellte. Ebenso kann man darauf hinweisen, daß die geistigen Führer der europäischen Menschheit durch die einheitliche lateinische Verständigungssprache oft genug dem Gefühl für völkische Belange entfremdet wurden. Zumeist kam, wie Schnee nachweist, das Nationalgefühl immer erst dann zur Ausbildung, wenn Abschüttelung der persönlichen Unfreiheit der Untertanen oder der kirchlichen Bevormundung des Papsttums sich einstellten. In England erfolgte die Aufhebung der Leibeigenschaft schon im 14., die Lossage von der katholischen Kirche im 16. Jahrhundert: die Folge war die Entwicklung des sehr starken englischen Nationalgefühls, etwa seit den Tagen der Königin Elisabeth. In Frankreich kommt das bekannte, zuweilen krankhaft übersteigerte Nationalgefühl, von dem vorher nur einzelne Ansätze hier und da zu spüren sind, in größerer Allgemeinheit deutlich erst zum Durchbruch nach der sozialen und gleichzeitig antikirchlich eingestellten Befreiung des Jahres 1789, in Holland als Folge der schweren Freiheitskämpfe des 16. Jahrhunderts, in Deutschland ganz unvermittelt plötzlich als Reaktion auf die traurige Periode des korsischen Joches, die ja gerade der politischen Vormacht Preußen die Bauernbefreiung und städtische Selbstverwaltung brachte. Ein Freiherr v. Stein, ein Arndt, ein Körner, Uhland und Turnvater Jahn, ein Fichte und Schenkendorff sowie die deutsche Burschenschaft, sie wurden die Wegebereiter des neuen deutschen Nationalgefühls.

Unzweifelhaft würden wir auf diesem Wege auch Schiller vorfinden, wenn er nicht schon vor dem Beginn der nationalen Unterdrückung 1805 dahingegangen wäre. Den Beweis liefern seine nachgelassenen, prophetischen Verse:

„Stürzte auch in Kriegesflammen
Deutschlands Kaiserreich zusammen,
Deutschlands Größe bleibt bestehn!"

Der Dichter des „Tell", der das Wort schuf „Ans Vaterland, ans teure, schließ' dich an", der schon fünf Jahre vorher den Trieb zum Vaterlande in seiner herrlichen „Glocke" feierte, er ist der denkbar typischste Vertreter der schnellen Wandlung ums Jahr 1800 herum vom blassesten ideologischen Weltbürgertum zum glühenden Nationalisten. In den Jahren des Sturmes und Dranges, als er sein „in tyrannos" in die Welt schleuderte, da äußerte er papierne Ansichten, wie man sie von politisch unreifen Menschen auch in unseren Tagen noch — ach! — so oft vernehmen kann:

„daß er früh sein Vaterland verloren habe, um es gegen die große Welt einzutauschen, ja, daß er dem Himmel danke, weil er unter Menschen lebe, die einer Aufopferung für das Vaterland nicht fähig seien; ein vaterländisches Ideal sei nur für unreife Nationen wichtig."

Wie sehr dies ein Jugendirrtum war, wissen wir heute, da wir immer wieder sehen, daß gerade die reifsten Nationen das stärkste, die unreifen

Digitized by Google

ein schwaches Nationalgefühl haben, und auch Schiller hat sein vorschnelles Urteil gründlichst revidiert und feierte kaum zwanzig Jahre später eben das ehedem als rückständig verurteilte Vaterlandsgefühl: „Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!" An keinem anderen Menschen hat sich überraschender als an Schiller das Wort eines klugen Franzosen bewährt, er bedaure jeden, der mit achtzehn Jahren nicht Revolutionär, aber auch jeden, der es mit vierzig Jahren noch sei.

Ähnliche national ketzerische Gedanken, wie der jugendliche Schiller sie äußerte, waren im 18. Jahrhundert, im Zeitalter der „Aufklärung", gang und gäbe. Ein Lessing, ein Leibniz, sie haben ganz ähnliche, weltbürgerlich-müde Aussprüche getan.[1]) Wie konnte es freilich im 18. Jahrhundert gerade in Deutschland anders möglich sein, in einer Zeit, da das „Reich" aus 77 großen weltlichen und 63 geistlichen Fürstentümern, 171 kleinen Herrschaften, 51 freien Reichsstädten, 45 Reichsdörfern und 1475 Reichsritterschaftsgebieten bestand, also aus 1882 „Staaten"?[2])

Die seelische Wandlung, die das reifende Genie eines Friedrich Schiller in nur 1½ Jahrzehnten durchmachte, hat im Laufe der letzten 1½ Jahrhunderte der größere Teil der Kulturvölker gleichfalls erlebt. Überall sind National- oder Volksbewußtsein in den Vordergrund des politischen Empfindens getreten. Selbst Volksteile, die früher nie staatliche Selbständigkeit besessen haben, immer anderen untertan waren, erwachen in unseren Tagen zum Volksbewußtsein und streben nationale Unabhängigkeit an. In dieser Hinsicht hat das im Kriege in usum delphini ausgegebene Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als Propagandamittel ungeahnt weitgehende Wirkungen außerhalb Europas ausgeübt, die von den Erfindern jenes Schlagworts nie gewünscht waren und die voraussichtlich verheerend für die seit 3000 Jahren behauptete Hegemonie der weißen Rasse werden können. Durch fast alle Völker der Erde geht zur Zeit ein Zug erhöhten Selbstbewußtseins, der vielfach zum nationalen Freiheitsdrang gesteigert ist und möglichenfalls binnen einem halben Jahrhundert das politische Bild der außereuropäischen Welt von Grund aus umstürzen wird.

Das Nationalgefühl entwickelt sich, wie wir hörten, nur auf der Grundlage heroischer Leistungen, die eine Bevölkerungsgemeinschaft — ohne Rücksicht auf ihre zufällige, rassenmäßige Zusammensetzung — gemeinsam und freiwillig auf sich genommen hat. Die schweizerische Nation erwuchs aus den gemeinsamen Erinnerungen an die Tage von Morgarten, Sempach, Näfels, St. Jakob, Granson, Murten, Marignano und andere ruhmreiche Bekundungen eines ungezähmten Willens zur Freiheit. In Holland haben die opfervollen Befreiungskämpfe des 16. Jahrhunderts und die Glanzzeit des 17. Jahrhunderts das starke Nationalgefühl des vom deutschen Reiche abgesplitterten niederdeutschen Stammes entstehen lassen, dazu die berechtigte Freude am eigenen kulturellen Können

1) Schnee, a. a. O., S. 26.

2) Erich Brandenburg, Die Reichsgründung, Bd. I S. 39/40. Leipzig 1916.

Digitized by Google

und Schaffen, die sich so sinnreich und selbstbewußt ausprägt in dem eigenartig-stolzen und doch wahren Wort:

„Gott hat die Welt geschaffen mit Ausnahme der Niederlande, die die Holländer geschaffen haben."

Die besonders buntscheckig zusammengesetzte nordamerikanische Nation wurde durch die Kampf- und Leidenszeit der Jahre 1775—1783 gebildet. Das extrem stark ausgeprägte französische Nationalgefühl ist nicht so sehr eine Folge der Glanzzeiten unter Heinrich IV. und Ludwig XIV. gewesen, sondern es begann sich zu entwickeln in den Leidenstagen der Jeanne d'Arc, und die anfänglich ruhmreiche, wenn auch später maßlos entartete, geistig-politische Bewegung, die vom Bastillesturm ihren Ausgang nahm, mitsamt den nachfolgenden, glänzenden militärischen Leistungen in den zwei Jahrzehnten der napoleonischen Alexanderzüge hat dann, trotz der schweren Dämpfer von 1812—1815 und 1870—71, jenen allbekannten, maßlos übersteigerten französischen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts geschaffen. Das deutsche Nationalgefühl dagegen ist bekanntlich auch gegenwärtig noch recht schwach entwickelt und leidet an einer erheblichen Unsicherheit, die sich in der berüchtigten, grundsätzlichen Bewunderung alles Ausländischen kundgibt. Diese Eigenheit der deutschen Volkspsyche ist selbstverständlich eine Folge der jahrhundertelangen staatlichen Atomisierung des Landes. In einem Reich, das nach dem Westfälischen Frieden aus 355 souveränen Staaten und Stäätchen bestand, konnten sich nicht wohl auch 355 Nationalgefühle entwickeln. Daran leiden wir noch heute! Wenn trotzdem seit etwa 1½ Jahrhunderten ein neues deutsches Nationalgefühl sich entfaltet hat, das zumal in den Tagen staatlichen Glanzes von 1871 bis 1914 in ansehnlichem Umfang vorhanden war, so sind im wesentlichen drei Zeitalter der Geschichte dafür die Ursache gewesen: der preußische Heldenkampf des Siebenjährigen Krieges, der wie ein nationales deutsches Ereignis bewertet wurde, die Leidenszeit von 1805 bis 1812 mit dem darauf folgenden beispiellosen nationalen Aufschwung des Freiheitswillens und natürlich die Ereignisse von 1870 bis 1871 mitsamt den unerhörten Leistungen der gesamten Bismarck-Periode. Beachtenswert ist, wie in der mittleren dieser drei Epochen ein Napoleon merkwürdigerweise in drei feindlichen Ländern das schlummernde Nationalgefühl der Bevölkerung angefacht hat, in Deutschland, Rußland und Spanien. Hervorgehoben sei auch, daß Bismarck sich vom ersten Tage seiner preußischen Ministerpräsidentschaft an (8. Oktober 1862) bewußt das höchste Ziel steckte: „vor allem unser Nationalgefühl zur Entwicklung zu bringen" und „den Rest des deutschen Nationalgefühls, das unter der Asche glimmte, anzufachen".[1]) Das Nationalbewußtsein im neuen Italien stützt sich dagegen weniger auf die staatsmännischen, nur vorbereitenden Leistungen des italienischen Bismarck Cavour als auf den volkstümlichen, kecken Streich des Garibaldi-Zuges

1) Rede vom 14. April 1891 an eine Abordnung aus Kiel.

Digitized by Google

nach Marsala, der so unerwartet glücklich ausging, und auf das (freilich nur durch einen freundlichen politischen Zufall ermöglichte) Einrücken der italienischen Truppen in Rom am 20. September 1870. Zur Zeit sehen wir neue Nationalisierungsprozesse sich allmählich, wenn auch, an historischen Zeiträumen gemessen, schnell, entwickeln in Südafrika, Arabien, Syrien, Ägypten, Indien, China, Australien, Kanada, Island und anderswo. Insbesondere China verdient hierbei erhöhte Beachtung. Nachdem es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts an einem chinesischen Nationalgefühl gemangelt hat, ist durch das Wirken Sun-Yat-Sens, des chinesischen Freiherrn vom Stein, bewirkt worden, daß sich gegenwärtig das chinesische Volk in der stürmischen Übergangs- und Leidenszeit seines „Dreißigjährigen Krieges" zur chinesischen Nation zusammenrauft. Und wie die Dinge sich auf Erden gestalten werden, wenn aus dem weitaus kopfreichsten Volk eine ihres Wertes bewußte Nation werden sollte, das läßt sich heute kaum ahnend ermessen!

8. Die Kämpfe der Volkheiten in Nationalitätenstaaten.

Daß in Nationalitätenstaaten ein durchaus friedliches Nebeneinanderleben verschiedensprachiger Volkssplitter durchaus möglich ist, beweist abermals in mustergültigster Weise die Schweiz. Es braucht nur eine einzige Voraussetzung dabei erfüllt zu sein: Gleichberechtigung aller Volkheiten und eine sprachliche Toleranz, die jeden nach seiner Fasson selig werden läßt. Kanada stellt ein weiteres Beispiel dar, wie französische und englische, selbst schon vereinsstaatliche Abkömmlinge nebeneinander als Gleichberechtigte zu kanadischem Nationalbewußtsein sich zusammenfinden. Auch Südafrika könnte hier genannt werden, wenngleich hier, als Folgen des Sprachgegensatzes, einstweilen noch manche Reibungen zwischen Engländern und Buren zu beobachten sind. Dagegen gewährt die aus Dutzenden von völkischen Quellen gespeiste nordamerikanische Union ein treffliches Beispiel, wie bei kultureller Autonomie aller Volksteile ein einheitliches vereinsstaatliches Nationalgefühl gezüchtet werden kann, das neuerdings gar nicht selten schon chauvinistischen Charakter annimmt. Wenn man von der Rassenfrage absieht, in der der Nordamerikaner keine Rücksicht kennt, kann man sagen, daß alle Bevölkerungsteile des Staates durchaus gleichberechtigt im politischen Leben sind. Es ist also in der Tat durchaus möglich, einen Nationalitätenstaat in einen ungleich erwünschteren Nationalstaat umzuwandeln.

Freilich ist zur Erreichung dieses Zieles gerade der Weg am denkbar ungeeignetsten, der in unseren neugeschaffenen Nationalitätenstaaten mit besonderer Vorliebe eingeschlagen wird: die Unterdrückung und Entrechtung der sprachlichen und volklichen Minderheiten durch die jeweilige „Hauptnation". Mit demselben Fanatismus, mit dem man vor 300—400 Jahren in vielen europäischen Staaten gegen die Anhänger der jeweilig als falsch erachteten Kirchenlehre zu Felde zog, werden heute von der

Digitized by Google

Mehrzahl der Hauptnationen in den neuen Kleinstaaten die Volksminderheiten bekämpft, deren Kopfzahl in ganz Europa immerhin 40 Millionen beträgt, so daß etwa ein Zwölftel der Bevölkerung Europas nicht in dem ihm zukommenden Mutterstaat wohnt. Sinnlos-fanatische Bekämpfung von Volksminderheiten hat nie in der Geschichte zu einem Aufgehen in der Hauptnation oder gar zu freudiger Staatsbejahung geführt — im Gegenteil! England leidet noch heute daran, daß es Jahrhunderte hindurch das irische Volkstum mit ausgesuchtester Grausamkeit bekämpft hat, daß allein in den zwölf Jahren 1641—1652 nicht weniger als 600000 Iren getötet, elf Millionen acres fruchtbarsten Ackerbodens ohne Entschädigung konfisziert, die Besitzer systematisch verelendet, zur Auswanderung gezwungen, wohl gar, wie es 1656 mit 20000 Iren geschah, nach Amerika als Sklaven verkauft wurden, daß 200 Jahre lang, von 1500 bis 1700, jede Druckerpresse in Irland verboten, jede geistige Bildung unmöglich gemacht war.[1]) Das Ergebnis dieser fürchterlichen Unterdrückungspolitik, die so vollkommen abweicht von den klugen Kolonisationsmethoden der Engländer in den letzten 200 Jahren und höchstens in Englands Indienunterwerfung zeitweilig Parallelen aufwies, hat das Gegenteil von dem, was sie wollte, erreicht: die Entstehung eines großbritischen Nationalbewußtseins in Irland ist damit für alle Zeiten verschüttet worden! Selbst jetzt, wo Irland (seit dem 6. Dezember 1921) Selbstverwaltung genießt, ist die Feindschaft des Iren gegen den Engländer noch unüberwindlich groß, und die Sinn-Fein-Bewegung, die Irland gänzlich aus dem britischen Weltreich herauslösen möchte, ist nach wie vor beunruhigend stark.

Ähnliche Erfahrungen dürften alle die Nationalitätenstaaten machen, die ihre völkischen Minderheiten bevormunden, peinigen, als Staatsbürger zweiten und dritten Grades behandeln. Sie verbauen sich selber den Weg, der zu einem alle Teile der Staatsbürger umfassenden Nationalgefühl, zur Freude am Staat, führt. In der Physik wundert sich niemand über ein Ausbleiben zentripetaler Wirkungen, wenn zentrifugale Kräfte in Bewegung gesetzt werden. In der Politik gelten genau dieselben Naturgesetze.

Walter Vogel glaubte die Nation als eine „Verkehrs- und Siedlungsgemeinschaft" definieren zu dürfen.[2]) Auch dies ist eine etwas blasse, ausschließlich wirtschaftlich eingestellte Begriffsbestimmung. Wie wenig sie zutrifft, zeigt ein Blick auf Böhmen. Wenige Länder der festländischen Erde sind so sehr wie dieses Beckenland auf Verkehrs- und Siedlungsgemeinschaft angewiesen. Aber wo gibt es eine böhmische oder gar eine tschechoslowakische Nation? Daß die Tschechen, die Sudetendeutschen und die Slowaken sich zu einer Nation zusammenfinden können, erscheint auf unbegrenzte Zeit gänzlich unmöglich. Im 20. Jahrhundert mit seinem allenthalben aufgeflammten völkischen Bewußtsein sind Nationalitätenstaaten, die an Volks- und Sprach-Gegensätzen ständig kranken, ein

1) Pokorny, Irland, S. 65ff. Gotha 1916. 2) A. a. O., S. 24.

Digitized by Google

Anachronismus. Schon das tolerant-milde Österreich-Ungarn Franz Josefs ist an diesen Gegensätzen zugrunde gegangen, und in der Nachkriegszeit sind Nationalitätenstaaten überhaupt nicht mehr auf die Dauer möglich, wenn nicht ein kluges Haupt- und Führervolk eifrig darauf bedacht ist, allen Staatsbürgern das Leben im Staate so behaglich wie nur irgend möglich zu machen. Nur über das kulturelle und materielle Wohlbefinden führt der Weg zur Staatsbejahung. Unterdrückung völ-

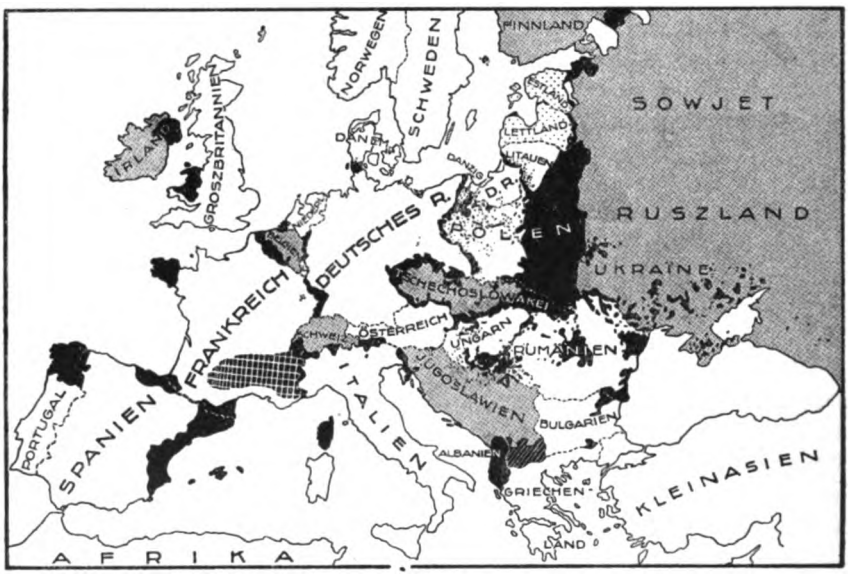

Fig. 79. Politische Schütterherde in Europa. (Nach der Zeitschrift „Heimatdienst".)

kischer Minderheiten ist eine bequeme, aber törichte Regierungsmethode und muß unter allen Umständen eines Tages staatszerstörend wirken, denn kein Staat mit rebellischem Bevölkerungsblute kann je ein wirklicher Machtfaktor in der hohen Politik werden, da er stets durch seine inneren Gegensätze gehandikapt bleibt (vgl. Fig. 79).

Selbst unterworfene Völkerschaften söhnen sich in der Regel schnell mit ihrem Geschick aus, wenn es ihnen in der neuen staatlichen Gemeinschaft gut geht. Die erstaunlich großen Erfolge des Frankenherrschers Chlodwig als Staatengründer, der in zwei Jahrzehnten von einem kleinen Gaufürsten zum mächtigsten politischen Faktor seiner Zeit neben dem großen Theoderich und dem Kaiser Justinian wurde, beruhten in erster Linie darauf, daß er die unterworfenen Völker tolerant und milde behandelte und bestrebt war, sie zu Staatsbürgern zu machen, die freiwillig und gern seine Untertanen waren. Auch heute noch führen dieselben Mittel zu einer schnellen politischen Akklimatisierung weitester Bevölkerungsschichten an ungewohnte Staatszugehörigkeit und auch an Staatsformen. Der Amerikaner kennt ein etwas frivoles und nicht sehr rühmliches, aber

Digitized by Google

durchaus treffendes Witzwort: „Wir stehen treu und fest zu jeder Regierung, unter der wir gut verdienen." Entkleidet man diesen Gedanken seiner etwas snobistischen Form und nimmt man zum wirtschaftlichen Wohlergehen auch das geistige und kulturelle hinzu, so enthält er das Geheimnis, wie man auch in einem Nationalitätenstaat Staatsgesinnung und Nationalgefühl erwecken kann.

Wo nur das Wohlergehen auf allen Gebieten einer Nation ständig zuteil wird, da verkümmern freilich die besten sittlichen Energien, da kann Phäaken- und Sybaritentum die Folge sein. Auch im staatlichen Geschehen bewährt sich die Weisheit des Schillerschen Amasis von Ägypten: „Flehe zu den Unsichtbaren, daß sie zum Glück dir Schmerz verleihn"; auch für eine Nation ist nichts schwerer zu ertragen als eine sehr lange Reihe von guten Tagen. Wir sahen es vor dem Weltkrieg an unserem eigenen Volk, wie ein 43jähriges Wohlergehen eine rasch zunehmende Materialisierung und mancherlei Degenerationserscheinungen mit sich brachte. Gerade in einem Volk wie dem unseren, das nach einem richtigen Worte Bismarcks im Reichstag (28. November 1885) in nationaler Hinsicht „einigermaßen blutarm" ist, bedarf es von Zeit zu Zeit aufrüttelnder nationaler Erlebnisse, eines patriotischen Stimulans, wenn die Staatsfreudigkeit auf der Höhe bleiben soll. Solche nationalen Erlebnisse können sowohl ganz große Anstrengungen und Erfolge sein, wie die Schlachten von Roßbach, Leipzig, Sedan, der Begeisterungssturm von 1813, die Errichtung des Kaiserreiches im Spiegelsaal des Versailler Schlosses, wie auch ganz große und allgemeine Gefahren, wie die Entfesselung des Einkreisungs-Weltkrieges der Entente am 1. August 1914 oder der verbrecherische Ruhreinbruch der Franzosen am 11. Januar 1923. In solchen Fällen pflegt das sonst national so blutarme deutsche Volk vom Bodensee bis zur Memel aufzuflammen wie eine einzige Pulvermine, und es ist dann fähig zu Leistungen im Dienste des Staates, wie sie die Geschichte keines Volkes stolzer aufzuweisen hat.

Überall, wo sich eine Sprache große Teile der Erdoberfläche erobert hat, wie im Altertum das Lateinische, neuerdings das Englische, ferner in kleineren Räumen das Chinesische, Malaiische, Suaheli, Ketschua, haben die ursprünglichen Eigner der Sprache klug die Zeit für sich arbeiten lassen und ihrem Idiom mit ausgesprochen friedlichen, ja, freundschaftlichen Methoden Eingang bei fremden Volksstämmen verschafft. Die brutale Unterdrückung fremder Idiome, wie sie bei fast allen Zufallssiegern von 1919 zu finden ist, nachdem sie sich ungeheure Mengen von geschlossenen, fremden Volkssplittern angeeignet haben, deutet im letzten Grunde nur auf das schlechte Gewissen gewisser Kämpfer für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker", die sich bewußt sind, wie schwer in Versailles, dank der phantastischen geographischen Unwissenheit des amerikanischen Schwätzers auf dem Präsidentenstuhle, gegen eben dieses Selbstbestimmungsrecht gefrevelt wurde und die nun so rasch wie möglich, koste es was es wolle, die Welt darüber hinwegtäuschen möchten,

Digitized by Google

wie sehr gerade auf ihrem Grund und Boden einige Hauptbestimmungen der berüchtigten „14 Punkte" ins Gegenteil umgefälscht worden sind. Völlig richtig stellt Artur Dix mit Verwunderung fest:

„Es wird immer eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Geschichte der letzten Jahrzehnte bleiben, wie die Bewegung der Völker auf nationale Zusammenschließung von geschickten Staatsmännern zur Vergrößerung der Gebiete ihrer Länder ohne alle Rücksicht auf die Nationalität benutzt ward."

Noch immer aber hat im Kampf der Völker Druck nur Gegendruck erzeugt; wo fremdstämmige Volksteile nicht vollständig ausgerottet wurden (was ja in unseren Tagen nun doch nicht mehr möglich ist), ist mit Gewaltmethoden niemals in der Geschichte ein Erfolg erzielt worden. Vielmehr hat das Gesetz vom „Fressen oder Gefressenwerden" gerade umgekehrt nationale und kulturelle Energien erst geweckt, wenn ein Volksteil von einem fremden bedroht wurde oder auch eine Religion von einer anderen. Die christlichen Missionare, wie sie seit dem 4. Jahrhundert aufkommen, sind geradezu eine Folge der voraufgegangenen Christenverfolgungen gewesen, weil die Überzeugung sich durchsetzte, daß eine völlige Ausrottung der christlichen Lehre am sichersten durch eine Massenbekehrung der Heiden vermieden werde. Auch im Völkerleben würde es oft wahrscheinlich nicht zum Erwachen eines Volks- und Nationalbewußtseins gekommen sein, wenn nicht fremder Druck die Massen zusammengeschweißt hätte. Die sonst ewig uneinigen Griechen wurden durch die drohende Persergefahr vorübergehend zu einer Volkseinheit gebracht. Hätten bei Salamis nicht die Griechen, sondern die Perser gesiegt, so würde die weitere griechische Geschichte ziemlich sicher statt eines Peloponnesischen Krieges einen gemeinsamen nationalen Befreiungskrieg der Hellenen gesehen haben. Das friedliche Hirtenvolk der Schweizer wäre ohne die Tyrannei der österreichischen Vögte nie auf den Gedanken verfallen, staatliche Selbstständigkeit anzustreben, und im gleichen Zeitalter wurde in Flandern der Wille, die nationale Eigenart zu wahren, durch die französischen Grausamkeiten zur glänzenden Leistung der Güldenen-Sporen-Schlacht befähigt (11. Juli 1302), die noch heute im Nationalfeiertag gefeiert wird. Ebenso wurde das nationale Erwachen des schwedischen Volkes durch die dänische Tyrannei und das empörende Stockholmer Blutbad Christians II. (8. November 1520) unmittelbar veranlaßt.

Das über die nationalen Staatsgrenzen hinausgreifende Volkszusammengehörigkeits- und Rassengefühl ist freilich in der Hauptsache erst ein Kind des 19. und noch mehr des 20. Jahrhunderts. Im gärenden Jahre der mißglückten Revolutionen von 1848 wurde bezeichnenderweise der erste allslawische Kongreß in Prag abgehalten. Und das völkische Zusammengehörigkeitsgefühl der heute unter 20 verschiedenen Staaten aufgeteilten 85 Millionen Deutschen Mitteleuropas ist in den blühenden Glücksjahren der Vorkriegszeit, wo man im Reich selbst vom Auslandsdeutschtum so gut wie nichts wußte, niemals auch nur annähernd so kräftig entwickelt gewesen wie in den Nachkriegs-Leidensjahren.

Digitized by Google

9. Mehrstaatlichkeit und Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die Nationalitätenstaaten sind ein Beweis, daß auf gleichem Lebensraum verschiedene Völker, die sich oft mit Abneigung, wohl selbst Feindschaft gegenüberstehen, zusammenleben können, ohne daß sie selbst durch eine jahrhundertelange Lebensgemeinschaft einander im geringsten nähergebracht werden. Die Gliederung solcher Mischvölker kann sowohl neben- wie übereinander erfolgen. Entweder bildet sich über einem eingeborenen Volksstamm eine herrschende Oberschicht, die durchaus nicht immer kulturell entwickelter zu sein braucht, wie es z. B. im Baltenland zwischen Letten bzw. Esthen und Deutschen, dazu später Russen der Fall war oder in Süd-Litauen zwischen Litauern und Polen, in Bessarabien zwischen Rumänien und Russen, in China zwischen Chinesen und Mongolen und an sehr vielen anderen Stellen. Oder es leben zwei durch Sitte, Sprache usw. geschiedene Völker durch irgend welchen zufälligen politischen Zwang nebeneinander im gleichen Staat zusammen. So sind Wallonen und Flamen im belgischen, Schweden und Finnen im finnischen, Deutsche und Slowenen im kärntnerischen Wirtschaftsraum in leidlicher Gleichberechtigung zusammengepreßt, obwohl sie sich manchmal nur wie Wasser und Feuer vertragen. Zuweilen freilich ist das nationale Zusammenleben auch sehr gut, wie die Schweiz oder Kanada uns zeigen, auch das eben genannte Kärnten, wo bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1923 die Slowenen zu 59% für ein Verbleiben bei Österreich und nur zu 41% für staatliche Vereinigung mit dem stammverwandten Jugoslawien stimmten. Ja, bei den Nationalratswahlen von 1927 schrumpfte die Zahl der Kärntner Slowenen, die Trennung von Deutsch-Österreich anstrebten, sogar auf nur 9300 = rd. 10% zusammen.

Zuweilen bilden sich auch zwei selbständige Staaten verschiedener Nationalität im selben Lebensraum. Spanien und Portugal, Schweden und Norwegen, neuerdings Irland und Ulster sind typische Beispiele. Andererseits kann auch ein und dasselbe Volk sich allmählich in mehrere Nationen aufspalten. Vom deutschen Volke hat sich die holländische, in der Hauptsache auch die schweizerische Nation abgesplittert. Dazu gab es seit 1866 zwei deutschsprachige Großmächte. Heute sind sogar — von der Schweiz ganz abgesehen — fünf fast ganz deutschsprachige Staaten zu finden: Deutschland, Österreich, Liechtenstein, Luxemburg und Danzig, zu denen sich der vorübergehende Zwitter des „Saarstaats" als sechster gesellt. Weiter haben wir drei französisch sprechende Staaten in Frankreich, Belgien, Luxemburg, zwei portugiesisch, zwei dänisch, 13 spanisch sprechende Staaten usw. Es trifft also durchaus zu, was Bismarck schon im Jahre 1850 sagte, wobei er freilich das Wort „Nation" im Sinne unserer Definition für Volk gebrauchte:

„Der Staat ist seiner Natur nach bei weitem enger geschlossen als die Nation, er ist eine Modifikation wie des menschlichen, so auch des nationalen Daseins."

Digitized by Google

Heute leben sprachliche Minderheiten zumeist im geographischen Zusammenhang mit ihren Landsleuten im Nachbarstaat, obwohl sie von ihnen durch politische Grenzen geschieden sind. Nach Berechnungen des „Vereins für das Deutschtum im Auslande" und der „Zentrale für Heimatdienst" ist die wahrscheinliche Zahl der in Europa lebenden Deutschen[1]) die folgende (vgl. Fig. 80):

Land	Zahl der deutschen Bewohner	% der Gesamtbevölkerung
Deutschland	64 500 000	
Österreich	6 300 000	94,9
Tschechoslowakei	3 500 000	25,2
Schweiz	2 860 000	73,9
Frankreich (Elsaß-Lothringen)	1 700 000	4,3
Polen	1 350 000	4,9
Rußland	1 150 000	1,3
Rumänien	895 000	5,8
Südslawien	700 000	5,5
Ungarn	600 000	7,0
Danzig	360 000	95,4
Luxemburg	250 000	92,2
Litauen	131 000	5,7
Lettland	75 000	4,0
Italien (Südtirol)	265 000	0,6
Belgien	130 000	1,8
Dänemark	60 000	1,9
Liechtenstein	13 000	
Sonst	150 000	
Europa	84 989 000	
Dazu: Nordamerika	8 700 000	
Südamerika	800 000	
Asien	144 000	
Australien	144 000	
Afrika	64 000	(davon über 30000 in der Fremdenlegion!)
Welt mindestens	94 841 000	

In all den Fällen, wo feindliche Zersplitterung der Volksteile kein einheitliches Nationalgefühl in den Nationalitätsstaaten aufkommen läßt, stellt die Gesamtheit der im Staat vereinigten Bürger nur eine Art von juristischer Person dar, aber keine Gesinnungseinheit. Es gibt ein polnisches, tschechisches, rumänisches, serbisches, kroatisches usw. Volk, aber keine polnische, tschechoslowakische, großrumänische, jugoslawische usw. Nation, ebenso wie im Vorkriegs-Ungarn das im Staat vereinigte magyarische, rumänische, deutsche Volk zusammen noch keines-

1) Vgl. W. Winkler, Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum. Wien 1927.

Digitized by Google

wegs eine ungarische Nation bildete. Wirtschaftliche Blüte fördert und erleichtert die Verschmelzung zur Schicksalsgemeinschaft der Nation, jede wirtschaftliche Krise erschwert sie, da sie lediglich Neid, Haß und Eifersucht steigert. Allmählich werden wir möglichenfalls dahin kommen, daß für alle Nationalitätenstaaten mit diskordanten Bevölkerungselementen das Wort gilt, das Kjellén[1]) vor dem Kriege vom alten Österreich-Ungarn prägte, es rage „als reiner Anachronismus in eine Zeit hinein,

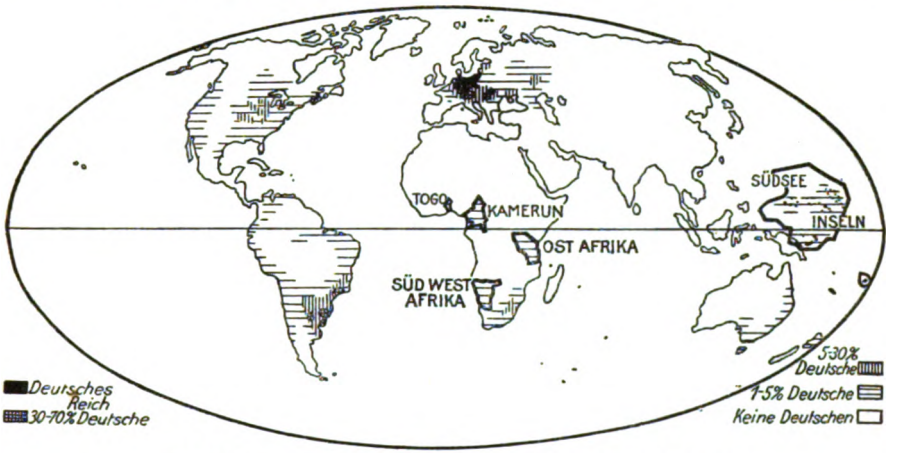

Fig. 80. Die Verbreitung des Deutschtums in der Welt.

die auch für die Staatenbildung die Persönlichkeitsidee aufgedeckt hat". Die Parole der Zukunft wird und muß lauten: Home rule für alle starken Volksminderheiten!

Das Erwachen des völkischen Selbstbewußtseins bei kleineren Volkseinheiten, die ehedem kaum je an die Möglichkeit einer staatlichen Eigenexistenz dachten, hat zu den politischen Explosionen der Jahre 1917 bis 1919 geführt, die Österreich-Ungarn in sieben, die Türkei in zehn, Rußland gar in einundzwanzig Staaten auseinandersprengten. Heute, wo wir auch vom Staat Persönlichkeitswert, Charakter verlangen, könnte sich ein Staat, wie es das alte Habsburgerreich mit seinen siebzehn Völkern (ungerechnet völkische Spielarten) war, unmöglich mehr bilden. Ein derartiges Staatsgebilde war berechtigt, solange es die Wacht an der Donau gegen die Türkengefahr hielt. Als diese Gefahr aber seit dem Frieden von Passarowetz (21. Juli 1718) gebannt war, hatte das Habsburgerreich seinen politischen Hauptzweck und -sinn im wesentlichen eingebüßt. Dem Zerfall wurde vorgebeugt durch die Selbständigkeit Ungarns 1867, der sicher ein autonomes, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina umfassendes südslawisches Reich Illyrien im Rahmen der Monarchie gefolgt wäre, wenn sich nicht die Magyaren erfolgreich dem Plane der Wiener Regierung widersetzt hätten. Österreich-Ungarn war vor dem Kriege längst eine Groß-

1) R. Kjellén, Die Großmächte und die Weltkrise, S. 13.

Digitized by Google

macht aus „lauter Irlanden" geworden, wie Kjellén geistvoll sagte[1]), ein Staat ohne „Volksseele", der zum Untergang reif war.

Sehr lange sind sich die Völker, wie die Kinder, ihrer individuellen Sonderstellung nicht bewußt und lassen daher staatlich mit sich geschehen, was irgendwelche politischen Kräfte des eigenen oder eines fremden Volkes wollen. Unser Zeitalter des Verkehrs und der vervielfachten Kulturbeziehungen hat aber das völkische Erwachen allenthalben gewaltig gefördert. Die Welle dieses Erwachens dürfte im Lauf der nächsten 100 Jahre den ganzen Erdball umbranden. Ansätze sind dazu schon mannigfach erkennbar; die Staatszertrümmerungen von 1917 bis 1919 werden noch gar zahlreiche Nachfolger haben, nicht zumindest auch in der kolonialen Welt.

Wenn der nationale Kern einer Bevölkerung unversehrt bleibt, kann selbst die völlige Auslöschung eines Staates noch kein Ende bedeuten. 1389 wurde Serbien, 1795 Polen als Staat vernichtet, und dennoch sind sie wiedererstanden, weil der nationale Wille der Bewohner am Leben blieb. Kjellén sagt richtig[2]):

„Der Tod der Nationalität ist ein geistiger Tod mit Hoffnung auf Auferstehung; der Tod der Nation ist ein leiblicher und ewiger."

Das mögen sich alle die Kreise gesagt sein lassen, die unserem Volke das nationale Bewußtsein nehmen wollen und die kein Vaterland Deutschland anerkennen möchten!

Während die Geschichte älterer Zeiten nur gewaltsame Auslöschungen fremder Nationalitäten kannte, blieb es erst unserem 20. Jahrhundert vorbehalten, groteske Beispiele für das genaue Gegenteil zu liefern: gewaltsame Erhaltung von Nationalitäten! Freiwilliges Aufgeben einer Nationalität kam schon früher hier und da vor: man denke an den Freitod der sieben italienischen Staaten zugunsten des neuen, geeinten Königreichs Italien. Ein gleiches Aufgeben der Nationalität bedeutete jener staatsrechtliche Akt in Deutsch-Österreich vom 12. November 1918, die Verkündung der Vereinigung des Landes mit dem deutschen Reich, die dann die maßlose politische Kurzsichtigkeit der damaligen „Volksbeauftragten" in Berlin ablehnte. Seither möchte die österreichische Nation gern sterben und „heim ins Reich", aber — sie darf nicht! Ebenso wie die „Danziger Nation" und die „Saar-Nation", muß sie ihre besondere, ihr selber unerwünschte „Nationalität" behalten, weil gewisse politische Garköche dies für nützlich halten. Ähnlich wollte England im Jahre 1920, um die mesopotamischen Ölfelder der Kompetenz des Völkerbundes und seiner „Mandatsgebiete" zu entziehen, einen eigenen Kurdenstaat ins Leben rufen, dem es sich selber freundlichst als „Protektor" anbot; aber die Kurden wollten nicht, und auf eine Aufzwingung der „kurdischen Nationalität" mochte England es doch nicht ankommen lassen. Gegenwärtig (1930) spielt sich in Kurdistan wieder Ähnliches ab. — Seltsam, einmal wird eine Nationalität, die gern leben will, gewaltsam vernichtet,

1) A. a. O., S. 13 und 20. 2) A. a. O., S. 187.

Digitized by Google

und ein andermal wird eine Nationalität, die, altersmüde, herzlich gern sterben will, mit allerlei politischen Mixturen gewaltsam noch ein wenig länger am Leben erhalten!

Das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker (nicht der Nationen!) hat an zahllosen Stellen ein Echo gefunden, wo er eigentlich ganz und gar nicht gehört werden sollte. Gern möchten heute die Kriegsgewinnler ihre zugkräftigen alten Parolen durch neue ersetzen, die ziemlich genau das Gegenteil der früher gepredigten Heilswahrheiten verkündigen, und es ist typisch genug, daß der bisher alles andere denn überparteiliche Völkerbund gern geneigt ist, sich die neue Phraseologie, die seinem eigenen Sinn und Zweck geradezu ins Gesicht schlägt, gehorsam-willenlos zu eigen zu machen. Wie er aus seinem Kreuzzug für die allgemeine Abrüstung schließlich eine Dauerkonferenz zur Verhinderung der Abrüstung gemacht hat, so strebt er heute mit allen Mitteln, seine ursprüngliche Mission zum Schutz der nationalen Minderheiten ins Gegenteil umzuwandeln. Schon konnte 1927 durch den Mund des Brasilianers Mello Franco im Minderheiten-Ausschuß ohne wesentlichen Widerspruch die neuerfundene These verkündigt werden: „Minderheitenschutz ist Assimilierung an das Mehrheitsvolk auf eine für die Individuen möglichst schmerzlose Weise." Daß dabei der Völkerbund auch in bezug auf die „Schmerzlosigkeit" ein sehr weites Herz hat, beweist seine nicht zu überbietende Gleichgültigkeit gegen die in Polen und Litauen, in der Tschechei, in Südtirol, in Mazedonien angewandten „Assimilierungsmethoden". Aber die Heilslehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist dennoch bis in die entlegensten Winkel der Erde gedrungen, und diese Uhr des zeitlichen Geschehes ist nie und nimmer mehr rückwärts zu drehen! Die Phönizier, die sich lammesgeduldig mit jeder fremden Herrschaft abfinden, sind rar geworden auf dem Erdball.

10. Notwendigkeit des Nationalbewußtseins.

Schwach entwickeltes Nationalgefühl macht in der Regel bald den Staat krank und läßt seine Bevölkerung entweder zum Spielball fremder Eroberervölker werden, wie es jahrhundertelang den Phöniziern immer aufs neue widerfuhr, oder läßt sie ganz unter die Räder der politischen Weltgeschichte geraten und des staatlichen Eigenlebens entbehren, wie es u. a. den Bewohnern Ägyptens und Mesopotamiens seit über 2000 Jahren widerfahren ist. Umgekehrt zeigen diejenigen Volksstämme, die leidlich einheitlich von einem leidenschaftlichen Nationalgefühl durchpulst sind, gerade in unseren Tagen allenthalben eine Tendenz zu fortschreitender staatlicher Konsolidierung. Eine politische Großmachtstellung ist ohne starkes Nationalgefühl der großen Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nicht mehr denkbar, und da der wirtschaftliche Wohlstand überall eine Funktion der politischen Gesundheit des Staates ist, kann es kaum Verwunderung erregen, daß die am meisten

Digitized by Google

nationalbewußten Völker häufig auch die wohlhabendsten zu sein pflegen, während nationale Frigidität und wirtschaftliche Verelendung auf der anderen Seite meist Hand in Hand gehen. „Internationale Gesinnung", für die nirgends so viele und erfolgreiche Propaganda gemacht wird wie in Deutschland, mag vielleicht in 1000 Jahren einmal zeitgemäß sein; heute ist sie ein übler Anachronismus, der den Staat und den Wohlstand seiner Bevölkerung in gleicher Weise schädigt.

Vollkommen richtig zieht Schnee das Ergebnis seiner ausgezeichneten historisch-politischen Studie über Nationalismus und Imperialismus[1]):

„Es scheint klar, daß in einer solchen Welt ein Volk nur dann seine Stellung behaupten und seine Belange wahrnehmen kann, wenn es sich seiner nationalen Eigenart bewußt bleibt und danach handelt. Ein einseitiges Aufgehen in internationalen Bestrebungen, während die übrigen Völker an ihrem entschiedenen Nationalismus festhalten, würde die Preisgabe der eigenen Stellung und schließlich die Vernichtung des deutschen Volkstums bedeuten. So ist es unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen und für absehbare Zukunft ein Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Volk, den nationalen Gedanken zu erhalten und zu pflegen... Diesem Nationalismus muß unser deutsches Volk anhängen. Alle anderen Wege würden unserem Vaterland, dem deutschen Volk und dem gesamten Deutschtum in der Welt zum Verderben gereichen."

Man sage nicht, das internationale Solidaritätsgefühl der Völker stelle eine höhere Kulturstufe dar, und ein Volk müsse doch den Anfang machen, diese vollkommenere Denkart zu pflegen. Zur Zeit gilt für diejenigen Nationen, die bereit sind, sich der nationalen Denkart zu entäußern, unbedingt das Wort: „Den Ersten beißen die Hunde!" Der Höhlenmensch, der darauf verzichtete, sich gegen seine feindlichen Mitmenschen zu wehren und der in ihnen „Volksgenossen" verehrt hätte, wäre in kürzester Frist erschlagen und gefressen worden. Genau so geht es heute den Völkern, die ihr nationales Empfinden zu opfern bereit sind. Die Zeit ist hierfür einfach noch nicht reif. Was aber auch in unseren Tagen nationaler Selbstbehauptungswillen noch zu erzwingen vermag, beweist Kärntens Verbleiben bei Österreich, das nur möglich wurde durch das von der Bevölkerung den nach dem Waffenstillstand einbrechenden Serben gelieferte, siegreiche Treffen von Grafenstein (14. Dezember 1918), ferner der oberschlesische Abwehrkrieg und die von den Bauern des Siebengebirges gegen die von Frankreich bewaffneten Separatisten geschlagene „Schlacht am Ägidienberge" (16. November 1923).

Im Dasein der Menschen spürt man immer wieder, wie errungene Erfolge den Lebenswillen und die Tatenfreudigkeit des Individuums gewaltig beleben, während sie durch Fehlschläge herabgemindert, gelegentlich selbst völlig abgestumpft werden. Das Leben der Nationen bietet die gleiche Erscheinung dar: große politische oder kriegerische Erfolge steigern die Unternehmungslust der Staaten und reizen sie gelegentlich sogar zu recht unbedachten, aus Überschätzung der eigenen Kraft erwachsenden Abenteuern, wie es Napoleons Krieg von 1812, der Mexiko-Feldzug der Franzosen in den 60er Jahren, der Ruhreinbruch von 1923, Nobiles Polar-

1) A. a. O., S. 310/11.

Digitized by Google

flug usw. gewesen sind. Mißerfolge aber lähmen den nationalen Selbstbehauptungswillen, wofür wir nach einem Beispiel nicht weit zu suchen brauchen. Im Leben des Individuums pflegt das jugendliche, unreife Individuum am ehesten von Erfolgen, gleichviel ob zufälligen oder verdienten, berauscht und dann leicht zu Unbedachtsamkeiten verleitet, wohl gar dem Größenwahn in die Arme getrieben zu werden. So ist auch bei jugendlichen Nationen am ehesten die Gefahr vorhanden, daß sie aus der Rolle fallen, wenn ihnen das Glück einmal hold war, daß sie der Selbstüberschätzung in manchmal phantastischer Weise verfallen, bis sie eines Tages eine politische Katastrophe zur Besinnung zurückruft. Auch hierfür bedarf es keiner Anführung von Beispielen. — Jedenfalls lehrt die Erfahrung, daß politische und kriegerische Erfolge auf Nationalstaaten ausgesprochen einigend, zentripetal wirken, während Mißerfolge zersplitternde Wirkungen ausüben und Nationalitätenstaaten gar wie ein starkes Sprengmittel zerreißen können, also zentrifugale Tendenzen auslösen.

11. Staat ohne Volk und Volk ohne Staat.

Die Begriffe Staat und Nation, Staat und Volk gehören demnach durchaus nicht untrennbar zusammen. Vereinzelt kommen sogar Staaten ganz ohne zugehörige Nation und häufiger noch Völker ohne Staat vor. Ein Staat ohne Volk war von 1870 bis 1929 der Kirchenstaat, der völkerrechtlich noch in einer anerkannten Regierung fortbestand, obwohl kein Stück der bewohnten Erde als ihm gehörig anzusprechen war, bis durch den römischen Vertrag Mussolinis vom 11. Februar 1929 auch seine territoriale Wiederherstellung, wenn auch nur auf schmalster Grundlage, erfolgte. Der einst so weit ausgedehnte Kirchenstaat hat einen Alters-Schrumpfungsprozeß von riesigem Ausmaß durchgemacht; ein eigentliches Volk (vom Begriff Nation ganz zu schweigen) besitzt er nach wie vor nicht, wohl aber ein Staatsoberhaupt, eine eigene Regierung, eigene Botschafter, sogar ein eigenes „Heer", die Schweizergarde. In noch typischerer Weise fast muß man staatsrechtlich die Europäische Donaukommission als einen Staat ohne Volk ansprechen. Hier fehlen zwar neben dem Volk auch das Staatsoberhaupt, die Botschafter, das Heer — aber die souveräne Regierung und ein ansehnlicher Beamtenkörper sind vorhanden. Gemäß dem Art. 53 der Berliner Kongreßakte vom 13. Juli 1878 übt die Kommission von der Donaumündung bis Galatz hinauf auf dem Strom ihre Funktionen „in vollständiger Unabhängigkeit von der Landesgewalt" aus; sie ist in Wahrheit ein eigener Flußwasserstaat, ein Staat im rumänischen Staate (vgl. S. 316), und sie ist es in so hohem Maße, daß sogar ihr in angenehmen Sinekuren festsitzender, überreicher Beamtenkörper auf die Donaukommission vereidigt wird!

Ein Volk ohne Staat ist häufiger zu finden. Hierher gehören einmal alle die vielen völkischen Kulturgemeinschaften, die einem fremden Staat einverleibt oder unter mehrere Staaten restlos aufgeteilt sind. Wenn sie

Digitized by Google

in dem neuen Staat freiwillig aufgehen oder sich mit ihm aussöhnen, wie etwa die Schotten und Walliser im britischen Reich, die Masuren und Spreewald-Wenden in Deutschland, so kann man sie natürlich nicht als Volk ohne Staat bezeichnen. Wohl aber waren von 1795 bis 1919 die Polen und sind noch heute die Slowaken, Ukrainer, Kroaten, Georgier, Kurden, Lappen, Koreaner usw. ein Volk ohne Staat.

Solche Völker sind auch diejenigen völkischen Gemeinschaften, die überhaupt nirgends in der Welt staatlich zu Hause sind und sich über viele, wenn nicht alle Staaten der Erde verteilen, ohne sich dabei ihres ererbten Volkstums zu entäußern. Einmal sind hier die Zigeuner zu nennen, ein bekanntlich noch heute nomadisierendes Volk, das überhaupt nie einen eigenen Staat gebildet hat und dennoch an den Gewohnheiten und Kultureigenarten seiner Vorfahren mit wahrhaft erstaunlicher Zähigkeit festhält, und weiterhin das völkische Problem aller Probleme, die Juden, die fast 2000 Jahre lang einen eigenen Staat (zeitweilig auch ihrer zwei) von wechselnder Macht und Bedeutung gebildet haben und denen nun seit abermals fast 2000 Jahren jeder staatliche Kern fehlt, die sich aber dennoch ein ungewöhnlich starkes Volks- und Rassenbewußtsein, im Zusammenhang mit der besonderen Religion, bewahrt und auch ihre kulturelle Eigenart in der Diaspora der ganzen Welt bewundernswert behauptet haben.

Bekanntlich hat der Ausgang des Weltkrieges gerade den Plänen zur Herstellung eines neuen jüdischen Staates auf dem Boden Palästinas, unter englischem Protektorat, eine gewisse Erfüllung gebracht. Die Erklärung Lord Balfours vom 2. November 1917 ebnete dazu den Weg. Man mag diesem zionistischen Experiment mit einer berechtigten und nach den bisherigen Erfahrungen nicht geringen Skepsis entgegensehen — schon allein die Tatsache, daß in unseren Tagen ein solcher staatlicher Versuch überhaupt gemacht werden kann, beweist, in wie hohem Maße die Nachkriegszeit auf scharfe nationale Sonderung und völkische Selbstbestimmung Wert legt, im schroffen Gegensatz zu dem gleichzeitig von gewissen parteipolitischen Weltanschauungen gepredigten Völkermischmasch, mit dem alles, „was Menschenantlitz trägt", in einen einzigen großen Rassenbrei verwandelt werden soll.

Daß allenthalben lediglich kleinere Teile des jüdischen Volkes dem Zionismus anhängen und den Staat der Väter politisch erneuert sehen möchten, ist zunächst von mehr nebensächlicher Bedeutung. Die große Mehrheit, insbesondere fast alle diejenigen Kreise, die bei ihren Wirtsvölkern in guten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sie fühlen sich sehr wenig als Irredenta, haben nicht die geringste Neigung, sich staatlich „erlösen" zu lassen und für den „jüdischen Staat Palästina" kaum mehr als ein gedämpftes theoretisches Interesse, oft nur ein Achselzucken. Die mit dem neuen „Zionistenstaat" gemachten Erfahrungen sind denn bisher auch wenig ermutigend — zumal wegen des starken Widerstandes der in Palästina wohnenden großen arabischen Majorität. Ganz abgesehen

Digitized by Google

davon, daß dieser „Zionistenstaat" in bezug auf seine Entwicklung es noch nicht über das Embryonalstadium hinausgebracht hat, sind auch die sonstigen Erfahrungen wenig ermutigend, obwohl es mit großer Energie durchgesetzt worden ist, daß die schon tot gewesene althebräische Sprache neuerdings zur Umgangssprache und sogar, neben Englisch und Arabisch, zur dritten Staatssprache erklärt wurde. In den Jahren 1920 bis 1923 wanderten in Palästina nur 31194 Juden ein, fast durchweg arme Ostjuden, während in denselben Jahren die jüdische Einwanderung in die Ver. Staaten eine Million Köpfe umfaßte! Die insgesamt angesetzten jüdischen Kolonisten — den Statistiken nach sollen es angeblich zeitweilig 160000 gewesen sein, die 90000 ha Ackerland bewirtschafteten — haben sich zum kleineren Teil anscheinend gut eingelebt und landwirtschaftlich z. T. Bewundernswertes geschaffen. Aber die neuerdings in auffällig starkem Umfang zu beobachtende Wiederabwanderung der jüdischen Siedler gibt doch recht sehr zu denken und läßt es mehr als zweifelhaft scheinen, ob die etwas romantische Schöpfung des „jüdischen Staates Palästina" ein auf eigenen Füßen stehendes, gesundes und kräftiges Staatsgebilde zu werden vermag. Eine Fehlgeburt ist der wahrscheinlichste Ausgang dieses staatlichen Experiments, wie auch die rein jüdische, neue Stadt Tel Awiw eine Fehlgeburt gewesen ist. Die Schwärmer für den Zionistenstaat haben eben übersehen, daß das Land Palästina nicht menschenleer war, sondern seit langem von Arabern besiedelt ist. Den erbitterten Widerstand der Araber Palästinas gegen die in „ihrem" Lande unternommenen Experimente wird aber kein romantisches Schwärmen aus der Welt schaffen können. Dazu kommt, daß auch die Syrer gern Palästina ihrem eignen Staat angliedern möchten, und auch sie

„wünschen gewiß nicht, daß Palästina ein jüdischer Staat werde, da die Juden nur etwas über ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmachen." [1])

Skepsis ist um so mehr am Platze, als in den Ver. Staaten schon einmal ein Versuch zur Bildung jüdischer landwirtschaftlicher Kolonien (natürlich ohne staatsbildende Nebenansicht) mißlungen ist. Trotz bedeutenden Bemühungen hat sich die Zahl der jüdischen Farmer in den U. S. A. nur auf 3040 im Jahre 1909 bringen lassen, und auch diese blieben überwiegend in der Nähe der Großstädte von New Jersey und New York und betätigten sich sehr viel mehr als Landspekulanten, Hausierer und Inhaber von Sommerhotels denn als Landwirte.[2])

Mehr Aussicht als der palästinensische Zukunftsstaat, für den allein schon die Haltung der Araber ein unüberwindliches Hindernis sein muß und wird, hat vielleicht ein ähnliches Experiment der russischen Sowjetregierung. Diese hat zunächst in Südrußland 140 landwirtschaftliche Judenkolonien mit angeblich gutem Erfolge angesetzt und plant jetzt, in dem fast menschenleeren, riesigen ostsibirischen Gebiet zwischen dem Amur und dem Bureja-Fluß eine autonome Juden-Sowjetrepublik

1) Isaiah Bowman, The new world, S. 98. New York 1923.
2) Robert Michels im „Weltwirtschaftlichen Archiv", 1928, S. 285.

Digitized by Google

ins Leben zu rufen.[1]) Es ist dies sicher eines der interessantesten und originellsten staatlichen Experimente, die je versucht worden sind. Ob es Erfolg haben wird, muß mit einiger Skepsis abgewartet werden.

Daß jemals wieder alle Bekenner der mosaischen Religion, besser gesagt, alle zum jüdischen Volk gehörigen Menschen oder auch nur ein ansehnlicher Bruchteil von ihnen, in einem „jüdischen Staat" vereinigt werden können, ist natürlich ausgeschlossen, da zwar das völkische und kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl des Judentums ungewöhnlich stark, das nationale Bedürfnis aber durchaus schwach entwickelt ist. Mag auch die Neigung, freiwillig im jeweiligen Wirtsvolk aufzugehen und das Judentum abzulegen, nur in einem kleineren Bruchteil vorhanden sein, so fühlt sich die ausschlaggebende Mehrheit doch in der Diaspora durchaus wohl, und da auch der Abfall vom „Glauben der Väter" neuerdings, im Zusammenhang mit gewissen parteipolitischen Tendenzen oder aus innerem Bedürfnis heraus, erheblichen Umfang angenommen hat, so wird das Verlangen, mit möglichst vielen Glaubensgenossen im eigenen Staat zusammenzuleben, stets geringer werden. Die Juden wollen ihr Volkstum bewahren, aber keine Nation mit eigenem Staat sein. Nur eine kleine idealgesinnte Minderheit hängt derartigen Gedanken an.

Die Zahl der Juden auf der Welt — offensichtlich nur der dem jüdischen Bekenntnis treu gebliebenen — ist in einer sorgfältigen Berechnung Lestschinskys letzthin auf 14831000 ermittelt worden. Hiervon wohnten 1926 im „Zionistenstaat" Palästina nur 160000, also wenig mehr als 1%, und zwar neben 630000 Mohammedanern, 75000 christlichen Eingeborenen, 2000 Hindus und einigen Europäern. Das jüdische Element bildete also mit nur einem Anteil von 18—19% der Bevölkerung eine typische völkische Minderheit, die kleiner ist als die deutsche Minderheit in manchen Ländern Mitteleuropas. Demgegenüber wohnten in den Ver. Staaten 3,6 Mill. Juden (New York ist sogar „jüdische Großstadt", die einzige der Welt!), in Polen 2,83 Mill. = 10% der Bevölkerung, in Deutschland 575000 = 0,9%, in Großbritannien 286000 = 0,7%, in Frankreich 150000 = 0,4% usw. An diesen Verhältnissen wird sich auch sicher nicht mehr viel durch freiwillige Übersiedlung nach Palästina ändern. Damit ist aber dem erhofften Zionistenstaat das Urteil gesprochen. Das eigenartigste Volk ohne Staat, das die Geschichte kennt, will auch in Zukunft auf den eigenen Staat verzichten.

Die ungewöhnlich schwierige Lagerung des jüdischen Weltproblems wird daher schwerlich in Zukunft eine Milderung erfahren. Ist auch überall ein gewisser Bruchteil des jüdischen Volkes zur Annäherung an das jeweilige Wirtsvolk, wenn nicht gar zur völligen Assimilation, bereit, so ist doch nicht zu verkennen, daß das Zusammenleben mit dem Wirtsvolk für erhebliche Mengen der jüdischen Bevölkerung nur einer Art von Vernunftehe ähnelt, daß sehr oft das jüdische Volks- und Rassebewußtsein

1) William Zuckerman in „Foreign Affairs" (London), Maiheft 1928.

Digitized by Google

das staatsbürgerliche Gefühl überwuchert. Das „Ferment der Dekomposition", von dem Mommsen im Hinblick auf die Rolle des jüdischen Elements im römischen Weltreich sprach, ist auch heute noch alles andere denn unwirksam im Leben der Staaten. Es wäre unsinnig zu bestreiten, daß eine nicht kleine Zahl von Juden sich im Laufe der Generationen das nationale Gefühl der Wirtsvölker angeeignet hat und auch kulturell in ihm aufgegangen ist — es seien nur die Namen Lord Disreali, Lord Reading, Friedr. Jul. Stahl, Neander, Mendelssohn-Bartholdy, Erzbischof Cohn u. v. a. genannt, um dies zu beweisen — ja, hier und da kann dies Nationalgefühl für den Wirtsstaat sogar chauvinistische Züge annehmen: die heutigen Juden in Litauen z. B. sollen die Litauer selbst an Staatsgesinnung oft übertreffen, wobei freilich die Abneigung gegen die Zeit der russischen Herrschaft das hauptsächlichste Motiv sein dürfte. Aber andererseits ist es nun einmal eine Tatsache, und die Nachkriegszeit hat sie unangenehm bestätigt, daß ein anderer, unverhältnismäßig hoher Bruchteil des jüdischen Volkes, insbesondere derjenige, der den mosaischen Glauben abgelegt hat, ohne ein anderes Religionsbekenntnis anzunehmen, mehr auf Untergrabung des Staatsgefüges, zumindest auf eine völlige soziale Umschichtung und Umwertung, hinarbeitet als auf Staatsgesinnung und freudige Hingabe an den Staat. Die rassenmäßige Verwandtschaft mit den alten Phöniziern, denen es ganz gleich war, unter welcher Herrschaft sie standen, wenn man sie nur ihrem Verdienst nachgehen ließ, tritt nur allzu oft zutage. Die nationale Zersetzung der Wirtsvölker durch jüdische Zeitungen, der unverhältnismäßig große Anteil des jüdischen Elements in der Führung der Umsturzparteien aller Länder, zumal in Parlament und Presse, ist eine Illustration für jene Behauptung. Allenthalben, wo der Bolschewismus die Macht zeitweilig an sich riß, in Rußland, Finnland, Kurland, Ungarn, Bayern usw., waren jüdische Elemente die wesentlichsten Träger der Bewegung. Nach der zweiten, bolschewistischen Revolution in Rußland vom 7. November 1917 lag z. B. die Regierungsgewalt zunächst in der Hand von zwei Russen, einer Russin, einem Letten und — 47 Juden![1])

Der in allen Kulturländern mehr oder minder stark verbreitete Antisemitismus ist unberechtigt, soweit er sich grundsätzlich gegen die jüdische Rasse überhaupt richtet; aber er ist berechtigt, wenn er lediglich die weitgehenden Sonder-Ansprüche und die staatsunterwühlende bzw. -zersetzende Tätigkeit erheblicher Teile des Judentums zurückweist, jene fanatisch-unduldsame, anmaßende und gehässige Denkart, die dem Wirtsvolk in allen politischen und wirtschaftlichen Dingen die Gesinnung vorzuschreiben sich herausnimmt und die zumeist daran schuld ist, wenn der Antisemitismus seit 2000 Jahren lebenskräftig geblieben ist. Ob und wie dieses schwierigste aller völkischen Probleme je gelöst werden kann und wird, vermag heute kein Mensch zu sagen.

1) Erwin Volckmann, Germanischer Handel und Verkehr, S. 469. Würzburg 1925.

Digitized by Google

12. Vorzüge und Nachteile der nationalen Einheit der Staaten.

Wenn die Begriffe Staat, Volk, Nation usw. nicht leicht einwandfrei zu definieren und gegeneinander abzugrenzen sind, so offenbart sich auch hier nur ihre merkwürdig weitgehende Ähnlichkeit mit Lebewesen. Wo befinden sich denn die äußeren Grenzen des kulturellen Individuums? An der Hautoberfläche, der Kleidung, dem Mantel? Beim Menschen müssen wir unterscheiden zwischen dem physischen Lebewesen ohne Kleidung, dem kulturellen mit Kleidung und seinem äußeren, geistigen Wirkungskreis. Ebenso dürfen wir soziologisch gleichstellen:

die Nation dem physischen,
das Volk dem kulturellen,
den Staat dem geistigen Individuum.

Selbstverständlich haben diejenigen Staaten eine erhebliche Vorgabe im Kampf ums Dasein, in denen Volk und Nation im wesentlichen zusammenfallen, von gleichen staatlichen Grenzen umschlossen werden. Ist auch, angesichts der gewaltigen Durcheinanderwürfelung der menschlichen Individuen durch die moderne Weltwirtschaft, das volle Ideal des Nationalstaates natürlich nirgends mehr zu erreichen, so ist doch eine gewisse Annäherung an den Idealzustand möglich. In der Regel freilich haben mächtige und starke Staaten über Vielheit der in ihnen heimischen Volkssplitter, schwache über eine ungebührlich große Irredenta zu klagen. Auch Volksverluste durch Auswanderung treffen vor allem die schwachen, unterdrückten Staaten, wie das Beispiel Irlands oder des Vorkriegs-Finnland hinreichend beweist. Von den 77½ Millionen geschlossen siedelnden Deutschen Mitteleuropas gehört fast jeder fünfte heute nicht zum Deutschen Reich! Wenn also zur Zeit, wie sogleich gezeigt werden wird, Deutschland neben Portugal der geschlossenste Nationalstaat der Erde ist, so kann diese Eigenschaft nur mit sehr großem Vorbehalt als ein nationaler Vorteil angesehen werden. Wenn andererseits Frankreich, das vor dem Kriege, neben Italien, zu den national am besten geschlossenen europäischen Großmächten gehörte, gegenwärtig eine völkische Minderheit von 13% aufweist, so verschleiert diese Tatsache den sehr bemerkenswerten Umstand, daß 1911 die Zahl der reinen Franzosen in einem Staat von 39,4 Millionen noch 38,5 Millionen betrug, 1921 dagegen in einem Staat von 39,6 Millionen nur noch 36,3 Millionen![1])

Mit welchen Prozentzahlen die jeweilige Hauptnation an der Bevölkerungszahl eines Staates beteiligt war bzw. noch ist, mag aus folgender Tabelle hervorgehen, deren Angaben sich vorwiegend auf Berechnungen Maulls und Wütschkes stützen, doch sind die Zahlen z. T. auf Grund neuerer Statistiken und Volkszählungen geändert. Am gesamten Bevölkerungsaufbau des Staates war das Hauptvolk beteiligt mit:

1) Arthur Dix, Politische Geographie, S. 566. München-Berlin 1923.

Digitized by Google

Land	Prozentzahl 1926 bzw. 1927/28	Land	Prozentzahl 1926 bzw. 1927/28
Deutschland . . .	99½ (1913: 92½)	Estland	88
Portugal	99½	Frankreich	87 (1913: 96)
Holland	99	Lettland	75
Japan	99	Bulgarien	74
Norwegen	98½	Rußland (europ.) .	73 (1913: 44)
Spanien	97	Schweiz	69
Dänemark	96	Polen	61
Großbritannien . .	95	Rumänien	60
Österreich	92 (1913: 36)	Belgien	58
Italien	91 (1913: 99)	Tschechoslowakei .	45
Ungarn	90	Südslawien	36
Schweden	90		

Völlige völkische Einheitlichkeit ist heute also in keinem Lande der Welt mehr zu finden, und wenn gelegentlich gesagt worden ist[1]):

„Es gibt heute keine reinen Rassen mehr",

so muß hinzugefügt werden, daß auch die Zeit der unvermischten Nationen unwiederbringlich dahin ist. — Auch ausgesprochene Nationalitätenstaaten werden freilich von nationalen Sprengminen nur dann bedroht werden, wenn sie sich nicht zum Grundsatz unbedingter Gleichberechtigung jedes in ihnen vertretenen Volkstums durchgerungen haben.

Ein friedlicheres Nebeneinanderleben der Völker, als es zur Zeit üblich ist, ist ohne weiteres möglich. Es ist dazu nur notwendig, daß in allen strittigen Fällen das Selbstbestimmungsrecht der Völker wirklich ehrlich durchgeführt und dann allerdings auch von allen Seiten gewissenhaft respektiert und beachtet wird. Ein Selbstbestimmungsrecht freilich, wie es Belgien in Eupen-Malmedy anwandte (vgl. S. 134), trägt wahrlich nicht zur Milderung, sondern nur zur Verschärfung der nationalen Gegensätze bei. Es könnte hier einem wirklich überparteilichen Völkerbund der Zukunft eine dankbare Aufgabe erwachsen. Die gegenwärtige Genfer Karikatur des Völkerbundes freilich wird nie und nimmer mehr die moralische Autorität zurückgewinnen können, als daß man diesem Forum so schwierige Probleme anvertrauen möchte. Ein Völkerbund gegen die Abrüstung und gegen die nationalen Minderheiten ist zum Absterben verurteilt, wie sich wohl schon in wenigen Jahren zeigen wird. Möge dann ein neuer Bund seiner Aufgabe in würdigerer und vornehmerer Weise gerecht werden! In der Theorie erscheint die Lösung der Volks- und Rassengegensätze gar nicht sehr schwierig zu sein. In der Praxis freilich dürfte es sich noch auf sehr lange um nichts mehr und nichts weniger handeln als um die politische Quadratur des Zirkels!

1) Jean Brunhès und Camille Vaillaux, La géographie de l'histoire, S. 570. Paris 1924.

Digitized by Google

13. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Praxis der Gegenwart.

Die natürlichen Gegensätze der Völker, Nationen, Rassen werden schwerlich jemals zum Schweigen zu bringen sein. Man sollte meinen, daß die stets verwickelter werdende Vermengung der Volksstämme und Sprachen, wie sie zumal in den Grenzgebieten zu beobachten ist, und die offensichtliche Unmöglichkeit, hier scharfe Scheiden des Volkstums zu ziehen, die Verträglichkeit mehren müsse. Bisher ist nur das Gegenteil der Fall, da sich nun mehrere Reflektanten auf die sprachlichen Mischgebiete zu melden pflegen, die „unbestreitbar" von Volksgenossen bewohnt seien. Am naivsten pflegt dabei Polen mit seinen Ansprüchen zu sein, da es alle Nachbargebiete, in denen ein paar Polen siedeln, ohne Rücksicht auf die sonstige Bevölkerung als „polnisch" zu beanspruchen pflegt. Allen Ernstes sind ja aus diesem Grunde schon oft genug Ostpreußen, Schlesien, Pommern, ja, selbst das Rheinland und allerhand weitere Landesteile Litauens, Rußlands, der Tschechoslowakei als „unbestreitbar polnisch" in Anspruch genommen worden. In Paris und London leben ja auch sehr zahlreiche Polen und in New York sogar mehr als in Warschau — vielleicht leitet man auch hieraus eines Tages politische Annektionsforderungen ab?

Unsere Zeit ist geradezu charakterisiert dadurch, daß im Namen der Nationalität fortgesetzt die schwersten Verstöße gegen die Nationalität in blinder Gutgläubigkeit begangen werden. Eine Lösung für die staatlichen Verhältnisse der stark national gemischten Gebiete, wie sie sich besonders zahlreich und unentwirrbar auf dem Balkan finden, wird vermutlich überhaupt nie gefunden werden, ganz gewiß nicht in unserer chauvinistisch verseuchten Gegenwart, die selbst volklich geschlossene Landesteile nach Art Südtirols und Nordböhmens im Namen des „Selbstbestimmungsrechtes" unter fremde Staatshoheit zwingt. In eben diesem „Zeitalter der nationalen Selbstbestimmung" leben gegenwärtig rund 40 Millionen Europäer, d. h. ein Zwölftel der europäischen Menschheit, in staatlichen Gemeinschaften, von denen sie nichts wissen wollen! Die Serben, die nur wenig mehr als ein Drittel der Bevölkerung Südslawiens ausmachen, unterdrücken den größten Teil der kulturell höher stehenden Kroaten und Slowenen, dazu in Istrien Italiener, in Krain Deutsche, in Mazedonien Bulgaren, in Kussowo Albaner, in der Timokgegend Rumänen. Die sehr unschönen Begleiterscheinungen sind durch die Schüsse im Belgrader Parlament am 20. Juni 1928 ausreichend deutlich illustriert worden. Ebenso unterjochen die Italiener die 250000 Deutsche eines in allen Zeiten der bekannten Geschichte stets deutschsprachig gewesenen Gebiets, dazu geschlossene slowenische, kroatische und serbische Volkseinheiten. — Maull hat wahrlich recht, wenn er meint, die nationale Bewegung von 1917 bis 1920 habe mehr zerstört als aufgebaut, und die

Digitized by Google

Versailler Regelung stelle den „völligen sittlichen Bankerott des Nationalismus" dar, insofern er selbst solche Staaten, die vor dem Kriege Minderheitsprobleme kaum gekannt hätten, heute mit solchen Sorgen belastet habe:

„Frankreich, Italien, Dänemark und Griechenland gehörten vor den Neuerwerbungen zu den national homogenen Staaten; und im Kampf um die unerlösten Gebiete haben sie diese nationale Homogenität eingebüßt."

Im Weltkrieg haben eben das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Minderheitenrechte nur die Rolle des Mohren gespielt, der gehen konnte, nachdem er seine Schuldigkeit getan hatte. Philosophische und humanitäre Theorien stellt zumal der Angelsachse in der Politik stets gern auf, wenn er bestimmte praktische, seinem Staat nützliche Ziele erreichen will. Sie selber zu beachten, wenn sie ihm ungelegen sind, kommt ihm nicht in den Sinn. Das haben gewisse Ideologen leider übersehen.

Gerade die angelsächsischen Völker, die jenes schöne Schlagwort erfanden, haben sich in der Nachkriegszeit die meisten Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts zu schulden kommen lassen. England versprach im Kriege den Indern, Amerika den Filipinos (29. August 1916) in feierlichster Form die Selbstverwaltung — nach errungenem Siege wurden beide Versprechen „vergessen". England hat in der Theorie die Unabhängigkeit Ägyptens anerkannt (15. März 1922) — aber das englische Militär haftet fest im Lande, und kein Herrscher, keine Regierung wird geduldet, die den englischen Wünschen nicht gefügig sind, der Sudan bleibt Ägypten vorenthalten, und Kundgebungen der nationalistischen Wafd-Partei werden nur gestattet, so lange sie praktisch bedeutungslos sind. Ebenso steht es im Irak, in Transjordanien, das England als sein alleiniges Interessengebiet ansieht, obwohl ihm bis heute nicht einmal ein „Mandat" darüber zugesprochen ist. Theoretisch hat England auch bei diesen Ländern die „Unabhängigkeit" anerkannt, aber in der Praxis hat man ihnen Verträge aufgezwungen, die jegliche Unabhängigkeit beseitigen. Der Irak-Vertrag Englands vom 11. Juni 1924, der transjordanische Vertrag vom 20. Februar 1928 sind wahre Musterbeispiele, wie man ein Selbstbestimmungsrecht der Völker feierlich anerkennt und ihnen gleichzeitig jede Spur von Selbstbestimmung nimmt, denn da England sich jeweilig das Recht vorbehalten hat, seine Truppen durchs Land ziehen zu lassen, das Land zu „verteidigen", die Eingeborenen nach Gefallen auszuheben, die ganze auswärtige Politik wahrzunehmen, das Zollwesen zu beherrschen, ein Veto gegen alle etwaigen Wirtschaftskonzessionen an Ausländer einzulegen, ja, sogar die Thronfolge zu bestimmen, so bleibt in der Tat von Selbstbestimmung nicht viel mehr übrig, als daß die Herrscher frei darüber verfügen, welche Frauen, Diener, Hunde, Pferde sie sich zulegen wollen. Dieselbe Auslegung des Begriffs Selbstbestimmung wenden die Ver. Staaten in Cuba, San Domingo, Haiti, Mexiko, Nikaragua, Panama und anderswo an: die Staaten können tun und lassen, was sie wollen, aber sobald eine Maßnahme dem Yankee nicht behagt, erzwingt

Digitized by Google

er ihre Annullierung, nötigenfalls sogar mit militärischer Gewalt, wie das Vorgehen gegen Nikaragua und Mexiko wiederholt gezeigt hat. Dann werden amerikanische Marinetruppen gelandet, Gefechte geliefert, Revolutionen finanziert, Präsidenten gestürzt und verjagt, bis „Ordnung" im Lande herrscht, d. h. eine Regierung, die auf jeden Wink aus Washington gehorsam einschwenkt. Selten ist an so vielen Punkten des Erdballs so viel gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefrevelt worden wie nach jenem Kriege, der nur im Interesse dieses Rechtes geführt und zum siegreichen Ende gebracht worden sein wollte.

Einen Ansatz, dieses Selbstbestimmungsrecht, wenigstens in Kulturfragen, durchzuführen, hat bisher von größeren Staaten nur die russische Sowjetregierung gemacht — das muß rückhaltlos auch von ihren schärfsten Gegnern anerkannt werden. Sie hat allein auf ihrem europäischen Gebiet autonome Republiken der Karelier, Syrjänen, Marii, Wotjaken, Tschuwaschen, Kalmücken, Wolgadeutschen, Baschkiren, Kasan-Tataren, Krim-Tataren, Weißrussen, Bessarabier anerkannt. Allerdings erstreckt sich die Autonomie nur auf die kulturellen Einrichtungen; in allen politischen und militärischen Fragen gilt allein der Wille der Moskauer Selbstherrscher. Wer gegen diesen Stachel zu löcken wagen sollte, wird nötigenfalls mit Feuer und Schwert zur Ordnung gerufen. Aserbeidschan hat dies erfahren, das sich am 28. Mai 1918 für unabhängig erklärte und am 15. September 1918 mit türkischer Hilfe die russischen Bolschewisten, nach dem Muster Finnlands und Lettlands, vertrieb. Einige Monate später unterwarf Moskau das aufständische Gebiet unter Anwendung von Methoden, die sich von denen der Zarenzeit wahrlich in nichts zu ihrem Vorteil unterschieden — im Gegenteil! Ebenso wurde am 2. Dezember 1920 Armenien, unter völliger Mißachtung seiner nationalen Sonderwünsche, von den bolschewistischen Heeren auf die Knie gezwungen, und auch gegen Georgien wurde in gleicher Weise vorgegangen, obwohl mit ihm am 7. Mai 1920 von Moskau ein eigener „Freundschaftsvertrag" geschlossen worden war.

Politisch also muß auch in den „autonomen" Republiken die Diktatur Moskaus bedingungslos anerkannt werden; aber kulturell verhalten sich die Sowjets den größten Volksgemeinschaften auf dem von 140 verschiedenen Volksstämmen bewohnten Boden Europäisch-Rußlands (vgl. Fig. 81) gegenüber allerdings unvergleichlich viel großzügiger und toleranter als die Franzosen, Tschechen, Polen usw. Die für uns Deutsche besonders interessante Wolgadeutsche Republik z. B., die am 6. Januar 1924 als autonom anerkannt wurde, umfaßt 571000 Menschen in 280 Städten und Dörfern. Sie zerfällt in 11 Kantone, von denen acht rein deutsch, einer russisch und zwei gemischt sind. In der Regierung, die ihren Sitz in der 34000 Einwohner aufweisenden Stadt Pokrowsk hat, sitzen sieben Deutsche und vier Russen. In der Kolonie ist Deutsch die Hauptumgangssprache. Die Bewohner können ein nur aus Wolgadeutschen gebildetes Regiment mit lauter deutschen Offizieren (außer dem Oberst) und deut-

Digitized by Google

scher Kommandosprache unterhalten, können nach Gefallen Schulen errichten, Lesehallen unterhalten, das Analphabetentum bekämpfen, die lateinische Schrift einführen usw.

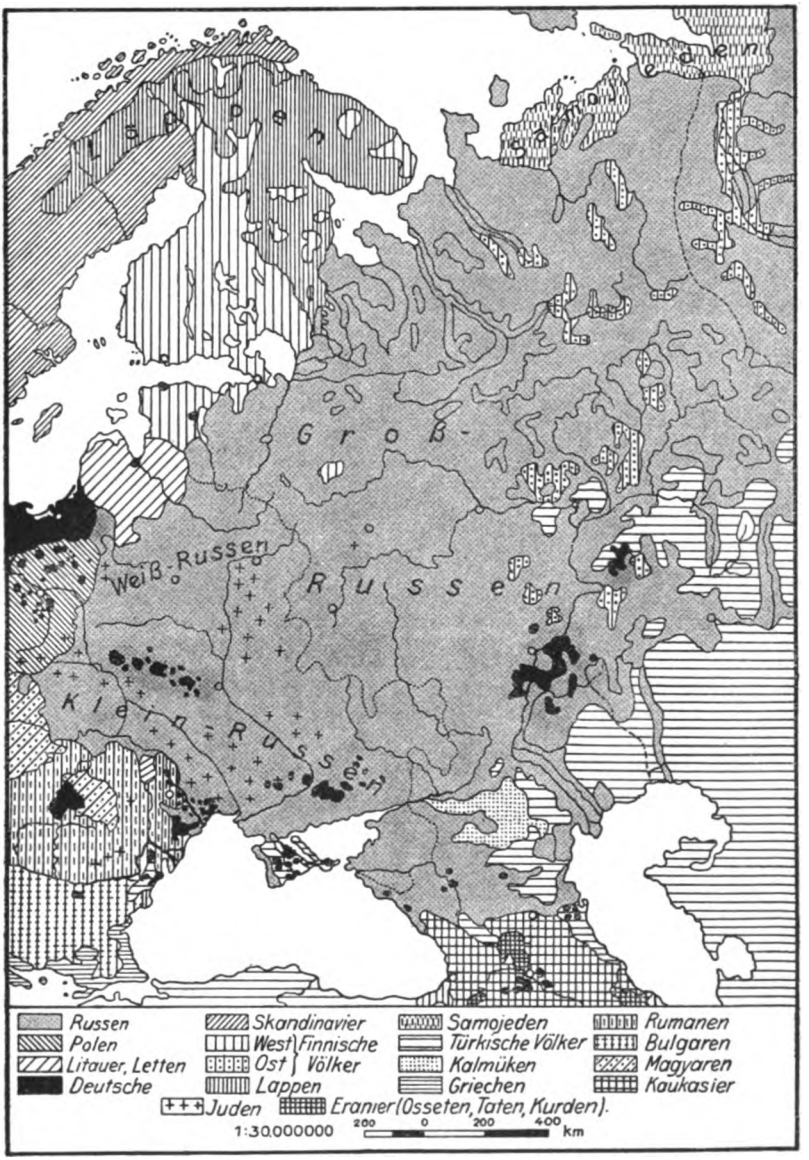

Fig. 81. Völkerkarte Osteuropas. (Nach Hettner, Rußland.)

Ist hiermit auch noch nicht viel erreicht und von voller Selbstbestimmung noch keine Rede, so ist doch immerhin ein Weg gewiesen, der vorwärts in die Zukunft weist und erkennen läßt, wie man Volkstum und

Digitized by Google

Nation dort, wo sie im Widerspruch zueinander stehen, miteinander versöhnen kann. In den völkischen Mischzonen an den Scheidelinien der Staaten freilich werden „Spannungsgrenzen“ [1]) in jedem Falle auf unabsehbare Zeit zwischen den Völkern bestehen bleiben, und es ist durchaus nicht zu erkennen, wie sich die Menschheit mit diesen unendlich schwierigen Problemen jemals in einer für alle Teile erträglichen Weise auseinandersetzen will, bevor nicht „den Lauf der Welt Philosophie zusammenhält“.

1) Brunhès-Vaillaux, a. a. O., S. 349.

Digitized by Google

Sachregister.

Abdachungsstaaten 56, 59
Älteste Staaten 19ff.
Amazoneninseln 174
Angrivarierwall 111f.
Antikolonialkongreß 290ff.
Antisemitismus 340, 373
Arktis und Antarktis 123ff., 216, 241ff.
Assimilierung, nationale 367
Ausbeutungskolonien 237
Ausbreitungszwang 98f.
Aussterben der Naturvölker 180f.
Australische Einwanderungspolitik 184f.
Auswanderungsprobleme 157, 178ff., 273ff.

Beckenstaaten 56
Binnenlandstaaten 86
Binnenmeerstaaten 64, 71ff.
Bodenprodukte als geopolitischer Faktor 46ff.
Bodenreform, internationale 278
Brandenburgische Kolonien 226
Breiten- und Längengradgrenzen 122
Brückenköpfe 139f.
Bundesstaaten 160ff.

Caprivizipfel 144
Charaktere der Völker 60ff., 96f.
Chinesische Mauer 25, 111
Commonwealth 233
Coolidge-Doktrin 248

Danewerk 112
Definition: „Geopolitik" 8ff.
Demarkationslinie 123f.
Dichtezonen der Besiedlung 188f.
Dollar-Diplomatie 319
Dominialverfassung 167, 233f., 299
Donaukommission 316, 369
Dreibund, Meereslage 90
Druckquotient 202ff.

Ebenen 60
Eingeborenen-Mitbestimmungsrecht 300ff.
Einheitsstaaten 160ff.
Einwanderungsprobleme 178ff.
Eis als geopolitischer Faktor 54
Entenschnabel (Kamerun) 144
Enteuropäisierung 316ff.
Ethnologische Grenzen 128

Fauna und Flora als geopolitischer Faktor 49ff.
Fieber als geopolitischer Faktor 55
Flumen liberum 315f.
Fluß- und Seegrenzen 117
Flußfadenstaaten 64, 66ff.
Frasch-Verfahren 199
Freizonen 216
Fremdenniederlassungen 258f., 306

Gandhi-Bewegung 286
Garveyismus 292
Gebirgsgrenzen 113
Geburtenverminderung 186f.
Gegenkolonisation 316ff.
Gehemmte Großmächte 47
Geophysische Lage 75ff.
Geopolitische Erkenntnis früher Zeit 1ff.
Glacisbildung 137f., 210
Grenzöden 108f.
Gütererzeugung, Steigerung 197ff.

Halbinselstaaten 57, 60
Handelskolonien 217ff., 237
Hauptnation 350, 358f., 374f.
Hauptstadtlagen 158ff., 344
Haustiere als geopolitischer Faktor 49f.
Heiliger Frühling 176
Herrenlose Gebiete 241
Holzreichtum als geopolitischer Faktor 30ff.
Home rule 233
Horststaaten 56f.
Hunderttage-Weizen 199
Hussitenkriege 353
Hygienische Fortschritte 187f.
Hypothetische Lebenstafel 186

Imperium-Größe 103
Industrialisierung 155f., 282ff.
Inseln als geopolitischer Faktor 62ff., 147ff.
Inselstaaten 57, 59
Internationalisierung 92, 215, 305ff.

Jesuitenkolonie 220
Judenproblem 370ff.
Juden-Sowjetrepublik 371f.

Kapitulationen 256f.
Kategorischer Imperativ der Politik 14

Digitized by Google

Kaufmannskolonien 218f.
Kiderlenziptel 145
Kindesmord 172ff.
Klima als geopolitischer Faktor 15, 53ff.
Kolonialkongreß 290ff.
Kolonialkriege 224ff.
Kolonialquotient 264, 266f.
Kolonialtypen 237
Kolonialverteilung 241
Kondominium 213ff.
Kommunistische Experimente 269
Kontinentalgefühl 289, 321ff.
Kopfzahl der Menschheit 188ff.
Korridor-Politik 85ff.
Kraftlinien, geopolitische 14
Ku-Klux-Klan 339f.
Kulturkolonien 219
Kunst des Grenzenmachens 108
Kurländische Kolonien 226

Landwirtschaftskolonien 218
Longitudinalstaaten 143
Luftverkehr als geopolitischer Faktor 77ff.

Malthus' Lehre, Widerlegung 191f.
Malthusianismus 170ff.
Mandatsstaaten 254, 262ff.
Mare liberum 307ff.
Mare-nostro-Tendenzen 207ff., 307ff.
Meerengen-Politik 91, 309f.
Milcherträge 196
Minderheitenprobleme 42, 349ff.
Mineralschätze 46
Mir-System 269
Mischlingsnationen 338
Monroedoktrin 238f., 248
— umgekehrte 280
— wirtschaftliche 333

Nationen, Entstehung 356ff.
Naturzwang 18, 22
Navigationsakte 224f.
Negerkongresse 292
Negerproblem der U.S.A. 292f.
Neue Staaten 13
Neutralisierung 137f., 313
Niemandsland 241
Niveauunterschiede 56
Nomadenstaaten 16f., 26f., 44ff.
Non-Cooperation 299

Offene Tür 244, 305, 333
Opiumkrieg 331
Ordensstaaten 219f., 353
Ozean-Sachsengänger 178

Pachtungen chinesischer Häfen 257f.
Pagus-Größe 101
Panamerika und Paneuropa 289f., 321ff.
Papsttum 355
Parallelschaltung der Flüsse 69f., 162f.
Paßstaaten 64ff.
Periphere Lage von Hauptstädten 159f.
Personalunion 235f.
Personifikation von Staaten 8
Persönlichkeit und Geopolitik 6f.
Pflanzungskolonien 237
Piktenwall 111
Politische Geographie und Geopolitik 9ff.
Portugalisierung 246ff.
Potentielle Bevölkerung der Erde 189ff.
Protektorate 243ff.
Pseudo-Nationalstaaten 133
Pufferstaaten 139, 210ff.

Quasiprotektoratsstaaten 248f.

Rassenbewußtsein 337ff.
Rassenmischkessel 279, 338
Raum ohne Volk 271
Raumentblätterung 97, 105f.
Regnum-Größe 102
Relaiskolonien 237
Rohstoffe als geopolitischer Faktor 52f.

Sattelstaaten 56ff.
Scheldezoll 312
Schwedische Kolonien 226, 230
Seestaaten, älteste 28ff.
Seetüchtigkeit 92ff.
Siedlungsdichte 265ff.
Siedlungskolonien 218ff., 237
Siedlungspolitik 199f.
Sinn Fein 359
Sklavenbefreiung 236
Spannungsgrenzen 380
Sprachverbote 129, 354, 361
Sprachzwang 354
Staatentypen 38
Staatsgesinnung 37, 323ff.
Strafkolonien 237
Straßenstaaten 64, 68ff.
Strohmann-Staaten 251ff.
Stromanordnungen 69f.
Ströme als Meeresersatz 87
Südafrikanische Union 233
Suezkanal-Politik 309, 313f.
Sümpfe als Grenze 52
Sundzoll 308ff.
Swadeshi und Swaraj 298f.

Territorium-Größe 102
Tragfähigkeit des Lebensraums 190f., 265f.
Trajanswall 111
Trockenfarmen 199
Trockengebiete 16
Tropenfähigkeit 194

Übervölkerung 186ff.
Umvolkung 275
Unabhängigkeitskrieg der U.S.A. 231
Uneinigkeit 34, 323
Unruhewirkung unzureichender Küsten 79ff.

Digitized by Google

Vereinigte Staaten von Europa 322
Verjüngung von Staaten 12f.
Verkehrsbeherrschung 35f., 73ff., 91
Vielstaaterei Europas 320
Volk ohne Raum 271ff.
Völkergefäll 176
Völkerwanderungen 176ff.
Vorgelagerte Sektoren 241
Vorzugsländer 56

Wachstumsspitzen 150ff.
Wälder als geopolitischer Faktor 51
Wanderarbeiter 285
Warmes Meer 79ff.
Welt-Einheitssprache 324
Wimbledon-Fall 314
Wolgadeutsche Republik 378
Wüsten als Staatenkerne 19ff.

Zentrallage von Hauptstädten 158ff.
Zigeuner 370
Zionistenstaat 370f.
Zollautonomie 260
Zweikindersystem 175f.
Zweimeereslage 87ff.

Verzeichnis der Personennamen.

Abdallah 85
Abd-el-Krim 63
Abdul Hamid 74
Agathokles 218
Agricola 95
Albrecht der Bär 105
Alexander d. Große 15, 31, 34, 98, 104f.
Alexander I., Zar 127, 311
Alexander VI, Papst 123
Alkibiades 34
d'Almeida 88
Aman Ullah 169
Amasis 361
Amery 314
Amundsen 241
Anakreon 38
d'Annunzio 72
Antiochus IV 351
Apokaukos 305
Appius Claudius 36
Apponyi, Graf 133
d'Arc, Jeanne 357
Aristoteles 1, 39
Armfeldt 115
Armin 17, 329, 343
Arndt 355

Baco von Verulam 40
Balfour, Lord 271, 370
Ballod 189
Barbarossa 34f.
Beaconsfield, Lord 137
Becher 226
Ben Akiba 137
Beneke, Paul 40
Bernhard von Weimar 140, 352
de Béthencourt 222f.
Birt 101
Bismarck 6f., 14, 34, 38, 90, 107, 125, 141, 143, 161f., 206f., 236, 239, 243, 275, 329, 357, 361, 363
Björnson 135
Blücher 117
Bonn 319
Borgia 34
Bowman 5, 319
Briand 322
Brunhès 5
Bryce, Lord 138
Burisleifr 221
Buske 348
Bute, Lord 229
Byrd 242

Caesar 104, 108, 116f.
Campbell 55
Carey 201
Cassini-Vertrag 257
Catilina 34
Cato 208
Cavour 357
de la Cerda 220
Chamisso 180
Chlodwig 101f., 343, 354, 360
Christian II. 362
Christian IV. 309
Claudius 202
Clayton-Bulwer-Vertrag 92, 253
Clémenceau 145
Clive, Lord 228
Colajanni 276
Colby 271
Cook 174, 181, 239
Coolidge 248, 301
Cornaro 76
Cortez 27
Cosgrave 143, 234
Coudenhove, Graf 322, 326
Cromwell 7, 40, 224
Curzon, Lord 271
Cyrus 46

Dahn 173
Danton 346
Darius 73, 104, 205
Darwin 181
Dawson 271
Diaz, Porfirio 247
Dido 244
Dillingham-Bill 185
Disreali, Lord 373
Dix 4, 12, 98, 104, 149, 210, 233, 343, 362
Djereddin Barbarossa 31
Drago-Doktrin 333
Drusus 73, 137
Dschingis Khan 16, 46, 98, 104, 343
Dyer 298

Digitized by Google

Eduard III. 139, 209
Eduard IV. 40
Eduard VII. 206f.
Einhart 73
Elisabeth von England 7, 40, 91, 355
Emeljanow 82
Engel 62
Ericsson 204
Evans 29

Fairgrieve 5, 16, 26, 53, 93
Faissal 271
Ferdinand der Katholische 223
Ferdinand II., Kaiser 310
Fichte 355
v. Fircks 189
Fischer, Alois 189, 301
Fleetwood Chidell 185
Franz Joseph I. 206, 360
Frasch 190
Freiligrath 62
Fremantle 239
Friedrich I. 226
Friedrich der Große 7, 24, 101, 107, 133, 142, 152, 206, 228f., 284, 329, 345
Friedrich von Kurland 225
Friedrich Kasimir von Hanau 227
Friedrich Wilhelm, Kurfürst 86, 107, 149, 219, 225ff.
Friedrich Wilhelm I. 38, 42, 219, 226
Friedrich Wilhelm III. 345

Gandhi 286, 299
Garibaldi 329, 357
Garvey, Marcus 292
Geiserich 31, 46
Gelon 218
Genovesi 331
Georg V. 235.
Gordon 165
v. Görres 153
Goethe 160ff., 328, 334
Götrik 112
v. Götzen 121
Grabowsky 273
Gregor II. (Papst) 1
Grimm, Hans 201, 271
Grotius 307ff.
Guiscard, Robert 46, 133
Gustav Adolf 72, 133, 139, 208, 225, 329

Haack 5
Hannibal 31, 55, 116, 344
Harun al Raschid 27
Hassert 161, 165
Haushofer 3ff., 9, 25, 53, 55f., 62, 64, 97, 108, 132, 135f., 150ff., 165, 167, 180f., 193, 260, 269, 274, 279, 294, 305, 317, 319
—, Marta 5
Hay 251
Hay-Pauncefote-Vertrag 92, 314
Heinrich I., Kaiser 105
Heinrich II. von Frankreich 140
Heinrich IV. von Frankreich 357
Heinrich der Löwe 35
Heinrich der Seefahrer 223
Hellpach 24
Hennig, Edwin 330
Herder 2
Herodot 46
Herran 251
Hertzog 235
Hettner 5, 195
Hindenburg 329
Hitler 332
Holdich 108, 136
Holmes 331
Homer 22, 28, 213
Honda 282
Horaz 38, 95
Horrabin 48
Hussein 63
Hutten 353

Jahn 355
Jakob I. von England 225
Jakob von Kurland 225f.
Ibn Saud 85, 139, 215, 253f., 265
Ibsen 289
Jellinek 5
Jermak 58
v. Jhering 294
Jones 184
Juba II. 95
Julius II., Papst 123
Justinian, Kaiser 360
Juvenal 95
Iwan IV. 58

Kahigi, Sultan 298
Kalckreuth, Graf 195
Kalinin 200
Kant 284
Kapp 67
Karl der Große 34, 73, 90, 104f., 214, 351
Karl Martell 45
Karl IV. 90
Karl V. 31, 47, 104, 197
Karl XII. 115, 206
Katharina II. 73
Keller, Gottfr. 162
Kirchhoff 335
Kitchener, Lord 228, 316
Kjellén 4f., 14, 131, 151, 175, 236, 276, 300, 344, 365f.
Kleon 34
Komura, Graf 279
Konstantin der Große 37, 344
Korfanty 135
Körner 355
Krösus 197
Kublai Khan 27, 36, 46, 73, 165
Kyros 62

Lansing 270f.
Larsen 242
Lassalle 8, 197
Lautensach 4, 154, 188, 248
Legaspi 55
Leibniz 356
Lenin 269
Leo III. der Isaurier 1
Leopold II. 244
Lessing 356
Lestschinsky 372
v. Lettow-Vorbeck 289
Levy, Herm. 318
v. Liebig 191
Lihungtschang 165
v. Liliencron 8
List 35, 74, 97, 225
v. Lochow 196
Lüderitz 125

Digitized by Google

Ludwig XIII. 125
Ludwig XIV. 7, 106, 109, 129, 150, 197, 205, 219, 273, 357
Ludwig Wilhelm, Markgraf v. Baden 140
Ludwig, Emil 326
Luther 329, 353

Macchiavell 326
Mackinder 5
Mac Mahon 86
Magellan 124
Malthus 191f., 195, 201
Marbod 67
Marco Polo 27, 73
Marcus Antonius 53
Maria Theresia 206
Marillac 140
Marx, Karl 62, 326
Maull 4, 9, 13, 53, 114ff., 122, 132, 154, 194, 274, 335, 341, 349f., 374, 376
Maximilian von Mexiko 238
Mehemmed Ali 77, 308
Meinecke 5, 335f., 350
Mello Franco 367
Mendelssohn 373
Menenius Agrippa 1
v. Menzel 284
Midas 197
Minos 1
Mohammed 45
Mohammed II 308
Moltke 107, 322, 325, 329
Mommsen 3, 373
Monroe 238, 249f., 278, 287
Montezuma 27
de Monzie 290
Moritz von Sachsen 352
Müller, Adam 329, 345
Murad IV. 308
Mussolini 13, 52, 72, 157, 201, 207, 212, 255, 275ff., 322, 325, 369

Napoléon I. 6, 7, 15, 36, 62, 73, 90, 98, 104, 114ff., 129, 139, 145, 197, 230f., 254, 328, 344, 357, 368
Napoléon III. 238
Naumann, Friedr. 322
Neander 373
Nearing-Freeman 319
Nebukadnezar 31
Nestor 173
Nietzsche 180, 193
Nikolaus II., Zar 163
Nikolaus V., Papst 223
Nissen 173
Nobile 368

Obst 4f., 96, 162, 177, 267, 287, 325
Ohlin 321
Oppenheimer 16, 21ff., 27, 45, 332, 345
Otto I. (Kaiser) 105
Oxenstjerna 265

Palnatoki 221
Parker 183
Passarge 56
Paul I. 127
Peary 241
Penck 5, 114, 189, 192
Perikles 101, 133, 329
Perry 305
Peter der Große 73, 79f., 86, 163, 169
Philipp II. 158
Philipp v. Mazedonien 35
Pinon 5, 343
Pizarro 69
Plato 1
Plinius 212
Polk 252, 271
Pompejus 95

Quincy 194

v. Ranke 2, 36, 228, 326
Rathenau 327
Ratzel 3f., 23, 26, 32, 43f., 54, 61f., 98, 117, 335f., 345, 350
Raule 226
Ravenstein 189
Reading, Lord 373
Reinhard 183, 205, 349f.
de Reparaz 5
Repington 105
Rhodes 104f., 264, 324
Rhondda, Lord 48
v. Richthofen 3, 4
Ritter 2, 30
Riza Khan 213
Roggeveen 181
Rohrbach 83, 138
Roosevelt 248, 251
Roshdestwenskij 309
Ross, Colin 303
Rubner 186, 194
Ruprecht von der Pfalz 220
Rurik 348
de Ruyter 133, 225

Saenger 189
Saladin 219
Sanger 280
Sappho 38
Schäfer 152
Schenkendorff 355
Schiemann 254
Schiller 60, 193f., 236, 284, 355f., 361
Schliemann 27
Schlüter 335
Schmidt, M. G. 5
Schnee 240, 270, 335f., 350, 354f., 368
Schuchhardt 27
v. Schultz 3
Schultze, Ernst 199
Schwarz 296
Seeliger 315
Selden 310
Sieger 113f., 335, 350
v. Siemens, Georg 74
Simmer 147
Smiles 350
Smuts 301
Soliman II. 104
Sombart 191
Spartacus 34
Spengler 295, 297
Spethmann 113
Spinoza 250
Stahl 373
Stanley Bruce 185
v. Stein 355, 358
Steinbach 109
v. Stephan 325
Stier-Somlo 18, 22
Stolypin 269
Sunyatsen 259, 358
Supan 76, 123, 125, 171, 224f., 228f., 240, 243, 264, 297, 335
Suworow 116

Digitized by Google

Tacitus 110, 332
Tegnér 154
Theoderich 46, 360
Theseus 29
Tiberius 73, 95
v. Tirpitz 97
v. Treitschke 3
Tromp 133, 310
Tschangkaischek 250
Turgot 231

Uhland 101
Uhlig 5

Vaillaux 5
Vergil 38, 203
Vidal de la Blache 5
Vogel 4, 47, 53, 56, 64, 101, 114, 132, 335f., 359

Wagner, Herm. 189
Wallenstein 310
Wang-Ngan-Shi 269f.
Wasa, Gustav 329
Washington 329
Weber, Max 171
Welser 219
Weule 354
Wilhelm I. 196, 345
Wilhelm der Eroberer 348
Wilhelmus von Nassauen 329
Wilson 86, 138, 145f., 264, 270, 285, 295, 300f., 314, 321
Winckler 26
Witschell 276
Wolf, Julius 174
Woolley 25
Wütschke 105, 374

Yahia 139, 255
Yuan Shi Kai 25, 348

Zorn 21

Verzeichnis der geographisch-politischen Namen.

Abeokuta 111
Abessinien 16, 48, 57, 60, 74f., 86, 239f., 257
Abukir 7
Achaja 27ff., 34, 60
Adalia 277
Addis Abeba 74, 169
Adelaide 272
Aden 91
Adria 33, 51, 67, 72, 81, 83f., 90, 209, 309ff.
Adrianopel 177, 308
Afghanistan 48, 55, 86, 118, 137, 144, 169, 196, 210ff., 239, 245
Ägäisches Meer 71, 83f. 89, 94, 207f., 222
Ägidienberg 368
Äginetische Inseln 64
Agram 130
Ägypten 19ff., 27, 32, 46, 52f., 66, 75ff., 87f., 122, 138, 165, 168, 180, 245, 249, 256, 272, 290, 310f. 330, 342, 358, 367, 377
Ahr 119
Ainos 180, 204
Akaba 85, 165
Akadien 229
Aktium 95
Alai-Gebirge 59
Alandinseln 100, 148
Alaska 127, 151ff., 238, 241, 311
Albanien 13, 69, 72, 83f., 139, 154, 164, 212f., 244, 255, 270, 277, 320
Alcassar 223
Alexandrette 81
Alexandrien 88, 92, 168, 249, 310
Algarve 221
Algeciras 207
Algerien 55, 188, 273ff., 296
Alpen 57ff., 65f., 73, 116, 206
Amazonenstrom 65ff., 120
Amboland 296
Ammoniter 117
Amoy 331
Amritsar 298
Amsterdam 168
Amu Darja 59, 118, 120
Amur 54, 118, 281, 371
Anadoli Kawak 308
Andamanen 93
Anden 58, 65, 69, 116
Andernach 205
Andorra 99, 213f.
St. Andreas 225
Angola 246, 296, 299
Angora 13, 168f., 236
Angrivarier-Wall 111
Annam 118, 245, 257, 290, 296
Annapolis 228
Annobon 224
S. Antão 124
Antarktis 123, 126, 216, 242
Antiochia 164
Antwerpen 138f., 161, 168, 212, 312
Aostatal 65
Apenninen 35
Appalachen 59, 66, 122
Appenzell 162
Aquae Sextiae 176
Äquatorialafrika, Franz. 262
Arabien 27, 60, 98, 255, 267, 342, 358
Aragonien 64
Aralsee 80
Archangelsk 40, 80, 82
Argentinien 47, 58f., 79, 91, 116, 118, 155, 166, 195, 211, 218, 238f., 243, 266, 276, 286, 339, 346
Arguin 224, 226
Arica 134, 321
Arizona 121
Arkadien 57
Ärmelkanal 85
Armenien 57, 255, 378

Digitized by Google

Arnonbach 117
Ascension 78, 231
Aserbeidschan 378
Asoposbach 117
Asow 222
Assir 139
Assuan 21
Assyrien 32
Asterabad 311
Asturien 46, 57
Athen 29, 35, 101, 163f., 219, 344
Atlantischer Ozean 208, 317
Attika 117
Augustowski-Kanal 121
Australien 60, 93, 103f., 122f., 126, 155f., 162, 167ff., 180ff., 199, 203, 235ff., 263ff., 280f., 299, 317, 323, 339, 358
Aversa 221
Azoren 78, 123, 223
Aztekenreich 49

Bab-el-Mandeb 85, 308
Babylon 25, 110
Babylonien 19ff., 32, 66, 102, 110
Badajoz 124
Baden 84, 159
Bagdad 138
Bahama-Inseln 249
Bahrein-Inseln 91
Baikalsee 80, 281
Balearen 30, 64
Balten 179, 203, 208
Baltenland 363
Baltimore 293
Barbados 272
Barcelona 168
Bäreninsel 241
St. Barthélémy 230
Basel 162, 168, 230
Basken 60f., 94, 96
Basra 92, 253
Bayern 67f., 84, 116, 159, 161, 226, 373
Belfort 66
Belgien 13, 59, 134, 139ff., 148ff., 155, 161, 168, 195f., 202, 205, 211ff., 239, 260ff., 283, 347, 351, 363f., 375
Belgrad 130, 160
Belte 311f.,
Belutschistan 137
Bengalen 56
Benue 26
Berbico 230
Berg 254
Bergedorf 213
Bergen(Norw.)95, 218, 221
Beringsmeer 311f.
Beringstraße 54, 98
Berlin 13, 77, 80, 82, 103, 136, 153, 159ff., 175, 187, 212, 219, 291, 308, 316, 369
Bermudas 78
Bern 158, 162, 168
Bernagore 231
St. Bernhard, 65f., 116
Bessarabien 149, 320, 363
Bhutan 86, 239
Bidassoa 119
Binger Loch 73
Birma 55, 318
Bismarck-Archipel 236f.
Bithynien 308
Blanco, Kap 221
Bloemfontein 166
Boavista 123
Bodensee 122, 199, 213, 361
Boghazköj 27
Bogotá 159
Böhmen 47, 56, 65ff., 131, 141, 147, 158, 359, 376
Böhmerwald 59, 115
Bojador, Kap 223
Bolivien 57, 86f., 159, 322
Bon, Kap 31
Bonin-Inseln 63
Böotien 117
Borneo 218, 245
Bosnien 118, 214, 365
Bosporus 80, 83, 92, 98, 114, 163, 307, 314
Boston 224
Bottnischer Busen 310
Bourtanger Moor 52
Bouvet-Insel 51, 154, 237, 241f.
Brandenburg 46f., 85f., 105, 132, 149, 152f., 219, 226, 348
Brasilien 47, 58f., 67, 101, 120, 124, 133, 162, 166, 211, 220, 224, 232f., 266, 276, 281, 312, 317
Braunschweig 160
Breda 225
Bregenz 118, 213
Breisach 140, 150
Bremen 76, 88, 160, 235
Brenner 57, 65f., 114, 116, 138, 159, 277
Breslau 136
Brest Litowsk 119
Bretagne 94
Kap Bréton 229
Brisbane 185, 272
Britannien 111f.
Brügge 297
Brundisium 36
Brüssel 261, 290ff., 312
Buchara 59
Budapest 160
Buenos Aires 58, 163, 228
Bugi 178
Bukarest 83, 215
Bukoba 298
Bulgarien 13, 57, 83f., 89f., 212, 215, 375
Bureja 371
Burenstaaten 13, 38, 40, 47, 86, 166, 234, 243, 275
Burgenland 146
Burgundische Pforte 66
Byzanz 207, 222, 307f., 344

Calais 40, 139, 209
Campagna 52, 55, 155
Canberra 167
Caprivizipfel 144f.
Capua 36
Carlisle 111
Cassel 160
Caub 117
Cayenne 194, 237
Ceara 224
Celebes 178
Cerigo 64
Ceylon 94, 224, 229f.
Chaco 87, 220
Chamorros 181
Chicago 293, 300
Chile 47, 58f., 87, 93, 116, 134, 142, 166, 204, 237, 321, 339
China 12f., 19ff., 25ff., 36, 48, 52, 59, 63, 66, 74, 80, 101, 108, 110, 118, 122, 133, 138, 151, 164f., 169, 172f., 178, 185, 216, 218,

Digitized by Google

246, 250ff., 286ff., 304f., 317, 331, 342, 348, 352, 358, 363
Chinesische Mauer 25, 111ff.
Chinesisches Meer 72
Chingangebirge 66
Chios 222
Chiwa 120
Chodscha Amrun 210
Christiania, Fort 225
Cilicische Pforte 66
Clayton-Bulwer-Vertrag 312
Cochin 231
Cochinchina 257
Colombo 91
Colorado (Fluß) 121, 149
Columbia 233
Commonwealth 234
Corbulo-Kanal 95
Coromandel-Küste 224ff.
Costarica 239, 248f.
Ste. Croix-Fluß 120
Curaçao 224
Cuzco 354
Cypern 63f., 76, 92, 222, 267, 322
Cyrenaika 272

Dacien 53
Dalarne 46, 68
Dalmatien 63, 67, 222, 365
Dalni 80
Damaraland 235
Dänemark 59f., 80, 85, 88, 92, 102, 109, 112, 115, 161, 208, 221, 230, 235ff., 241, 260, 266, 273, 312, 347, 364, 375ff.
Danewerk 112
Danzig 13, 86, 132, 147ff., 246, 254, 270, 320, 363ff.
Dardanellen 28, 80, 83, 164
Daressalam 166
Dar ul Aman 169
Delagoa-Bai 86
Delaware-Bai 225
Delgado, Kap 149
Delhi 167
Dembiafluß 243
Demerara 230
Deshima 224
Deutschland 12ff., 39ff., 52, 59, 67, 80ff., 88ff., 103ff. 118ff., 140ff., 159ff., 168, 175, 188, 191ff., 205, 214f., 236ff., 265ff., 277, 282ff., 301, 313ff., 331f., 355ff., 370ff.
Deutschordens-Staat 55, 108, 122, 179, 220f., 353
Deutsch-Ostafrika 50, 71, 121f., 135, 149, 166, 203, 237, 266
Deutsch-Südwestafrika 119, 125, 144, 166, 237, 266, 330
Diamantina 317
Diego Suarez 166
Dirschau 120
Dithmarschen 45, 96
Diu 88
Djaktschokarta 294
Djibuti 74
Djof 84
Dnjestr 67
Dobrudscha 111, 215
Dodekanes 272
San Domingo 232f., 248f.
Don 117
Donau 53, 67f., 73, 111, 128, 159f., 316, 365, 369
Donaukommission 369
Dorestad 259
Dorotheenschanze 226
Dorpat 89, 125
Dortmund 198
Downs 310
Drau 118
Dresden 160
Drina 118
Drontheim 163
Drususkanal 95
Duala 166
Dublin 184
Duero 148
Duisburg 315
Düna 117, 119
Durazzo 164
Durban 286

Ebro 56
Ecuador 237
Edomiter 117
Eider 109, 112, 118
Eifel 109
Eiserner Wald 109
Eisernes Tor 122
Eismeer 69, 77, 79f., 89, 127
Elamiten 21
Elba 62
Elbe 65ff., 86, 114, 117, 137, 143
Elbsandsteingebirge 66
El Buseira 21
Elfenbeinküste 225f.
El Hasa 14
Elsaß 11, 48, 118, 129f., 134, 141, 147, 150, 161, 203, 301, 347, 364
Emden 40, 85, 226
Ems 95
England 10, 38ff., 48, 52, 55, 59ff., 76ff., 91ff., 120, 125ff., 137ff., 147ff., 166, 175, 202ff., 221ff., 248ff., 310ff., 331, 333, 348, 354f., 359, 366, 377
Englischer Kanal 306
Entenschnabel 144
Ephesus 164
Erfurt 159, 328
Eriekanal 149
Erythräa 72, 255, 272
Erzgebirge 65, 115
Eskimos 94, 100, 342
Espinhaco-Höhe 317
Essequibo 67, 230
Esthland 13, 42, 122, 204, 208, 351, 375
Etsch 67
Eupen-Malmedy 134, 301, 342, 375
Euphrat 19, 21, 25, 32
St. Eustatius 230

Falklands-Inseln 63, 91, 216, 243
Fall-Linie 122
Färöer 230, 238
Faschoda 129, 206, 228, 243
Felsengebirge 66, 127
Feodosia 222
Fernando Noronha 63, 78
Ferro 125, 222
Fez 168
Fichtelgebirge 65
Fidschi-Inseln 290
Finnischer Busen 310
Finnischer Korridor 89

Digitized by Google

Finnland 13, 42, 52, 88, 118, 125, 131, 141, 148, 154, 169, 208, 266, 351, 363, 373 f., 378
Fischer-Inseln 257
Fiume 14, 72, 84 ff., 134, 277
Fiumicino 117
Flamen 96, 139, 149 f.
Flandern 351, 362 f.
Flores 123
Florida 229
Formosa 63, 224, 257, 290
Franken 67
Frankenreich 73, 102, 343, 355
Frankfurt a. M. 14, 73, 159 ff., 227, 249
Frankreich 7, 11, 36, 41 f., 48, 59, 70, 73 f., 84 ff., 103 ff., 114 ff., 125, 129, 140 ff., 155, 159 ff., 166, 168, 175, 187, 202 ff., 224 ff., 237 ff., 256 ff., 273 ff., 294 ff., 310, 314, 338, 357, 363 f., 372 ff.
Franz Josefsland 241
Friedeberg 159
Friedrichsburg, Groß- 226 f.
Friedrichshall 115
Friedrichsruh 162
Friesland 40, 45, 93 f.
Frisches Haff 101
Fucastraße 127
Fuerteventura 222
Fulbe 26
Fulla 177
Futschou 331

Gades 32
Galapagos-Inseln 63, 237
Galatz 316, 369
Galizien 11, 67
Galla 26
Gallien 117, 137
Gambia 240
Gandamak 137
Gdingen 86
Gelbes Meer 45, 79, 343
Genf 118, 150, 162, 266, 321, 375
Genua 219 ff., 297, 308
Georgien 255, 378
Gérardmer 59
St. Germain 85, 226
Germanien 117, 348
Gezireh el Magrib 30
Gibraltar 91 f., 98, 125, 153, 237 f., 322
Gibraltarstraße 85, 96, 98, 208 f., 307
Gilan 311
Givet 140
Goa 72
Gobi 343
Goldküste 119, 149, 224
Gomara 222
Gorée 224, 229
Görz 67
Göschenen 65
Göteborg 164
Goten 46, 179
Gotland 218
St. Gotthard-Paß 57, 65 f.
Gozzo 64
Grafenstein 368
Grahamstown 296
Granada 102
Gran Canaria 223
Gran Chaco 322
Granson 356
Graubünden 65 f., 162
Green Harbour 241
Grenada 229, 272
Greytown 253
Griechenland 1, 13, 34, 60, 71, 83 ff., 89 f. 93 ff., 204, 207 f., 217 f., 362, 377
Grönland 15, 45, 75, 94, 230, 241, 346
Grusinische Heerstraße 66
Guam 154, 180, 237
Guanchen 100, 223
Guatemala 248 f.
Guernsey 148
Guyana 63, 67, 153, 224, 227, 230 f.

Haag 164, 168, 312
Haarlemer Meer 155
Hadrianswall 111 f.
Haiderabad 294
Haiti 109, 231 ff., 240, 248 f., 293, 297, 377
Hakodade 305
Halikus 117
Halys 117
Hamburg 76, 86, 88, 114, 160, 162, 168, 213, 235
Hamton Roads 204
Hangtschou 287
Hankou 260 f., 303
Hannover 14, 160 f., 206
Hansa 31 ff., 39 f., 51, 76, 85 f., 218, 221 f., 309
Havana 188, 321
Hawai 52, 63, 94, 154, 279, 338
Hedaby 112
Hedschas 14, 63, 85, 254 f.
Heiliger Berg 1
St. Helena 63, 78, 194, 224, 231
Helgoland 63, 91, 148, 230 f., 238
Helsingfors 163 f.
Herold-Insel 77 f.
Herzegowina 67, 214, 365
Hethiterreich 27 f., 32
Hieron, Kap 307
Himalaya 16, 64, 343
Himera 205
Hindukusch 137, 211
Hinterindien 16, 70, 93, 108, 194, 304
Hirado 224
Hoangho 19, 259
Hokkaido 155, 278
Holland 36, 40, 46, 52, 54, 59, 71, 76, 100 ff., 124, 155, 168, 191, 195 f., 206, 214, 224 ff., 254, 260 ff., 272, 274, 294, 300, 303 ff. 312, 355 f., 375
Holländ.-Indien 60, 182, 290 ff.
Hollingstedt 112
Holstein 109
Holzminden 112
Homs 271
Honduras 248 f.
Hongkong 257, 331
Honolulu 60, 63
Hudsonbai 69
Hull 40
Hunnen 45, 53
Hyksos 46

St. Jakob 356
Jamaika 249, 293

Digitized by Google

Jangtsekiang 47f., 68, 122, 257, 278
Jan Mayen 154, 241
Japan 7, 11, 12, 47, 52f., 59ff., 72, 80ff., 93, 101, 155f., 163ff., 170, 174ff., 181f., 186, 206ff., 224, 239, 249, 256ff., 265ff., 277ff., 287, 299, 304f., 314, 317f., 375
Japanisches Meer 72
Japocfluß 120
Java 52, 230, 272
Ibadan 111
Jemen 14
Jena 107
Jenissei 311
Jersey 148
Jerusalem 219
Ile de France 230
Illinois 290
Indianer 49, 175
Indien 19ff., 25, 32, 40, 45, 52, 55, 60f., 66, 76, 88f., 105, 137, 169, 172ff., 180f., 192, 204, 211, 228, 235, 272, 281, 286ff., 297ff., 317, 331, 342, 354, 358f.
Indischer Ozean 72, 81, 209, 309ff.
Indochina 60, 290, 296
Indus 19, 105
Ingermanland 79
Inkareich 16, 49, 51, 68f., 352, 354
Inkastraße 68f.
Jomsburg 221
Ionische Inseln 13, 64, 238, 245
Ionisches Meer 222
Ipswich 40
Irak, siehe Mesopotamien
Iran 57
Irkutsk 159, 169
Irland 13, 42, 62, 78, 93, 96, 102, 105, 143, 150, 234f., 299, 346, 359, 363, 373
Ischl 206
Isergebirge 115
Island 13, 60, 62, 164, 230, 235f., 346, 358
Ismailia 78
Isonzo 67
Istrien 67, 131, 222, 376
Italien 7, 13f., 34f., 43, 46f., 51f., 60, 72, 76, 84ff., 117, 130f., 138, 155, 168, 175ff., 188, 206, 209, 215, 221, 239, 249, 255, 265ff., 272ff., 287, 314, 350, 357, 364, 366, 374ff.
Itschang 122
Jubaland 276,
Juden 346, 348, 351, 370ff,
Jungfern-Inseln 154, 230, 238, 249, 293
Jütland 88

Kabul 169
Kadhima 253
Kaffa 222
Kaffern 26
Kagoshima 305
Kahler Berg 177, 205
Kaiserkanal (China) 68
Kaiser Wilhelm-Kanal 92, 314f.
Kaiser Wilhelm-Land 237
Kalgan 66
Kalifornien 56, 128, 182, 277, 279, 286f.
Kalkutta 167, 317
Kalmar 163
Kambodscha 245, 257
Kamerun 144f., 166, 237, 266
Kamtschatka 54
Kanada 52, 69f., 105, 120ff., 140, 151, 155, 167ff., 194ff., 204, 218, 228ff., 241, 265f., 278ff., 299, 318f., 325, 346ff., 358, 363
Kanagawa 305
Kanarische Inseln 100, 123, 222f.
Kandahar 210
Kanton 260, 326, 330f.
Kap-Kairo 71
Kapland 119, 224, 230f., 234, 286, 313
Kapstadt 76, 91, 166, 310
Kapverdische Inseln 78, 123f., 223
Karawanken 114
Karisches Meer 311
Karlowitz 106, 308
Kärnten 146, 347, 363, 368
Karolinen 237
Karpaten 11, 66
Karthago 22, 30ff., 37, 64, 95, 163, 205, 208f., 217ff., 244, 344
Kaspisches Meer 40, 45, 79f., 120, 178, 311
Kastellin 275
Kastilien 102, 222
Katalaunische Felder 45, 329
Katanga 304
Kattegat 88
Kaukasus 60, 66, 81
Kehl 140
Kelheim 111
Kenya 236, 304
Khaiberpaß 55, 66
Khanfu 285
Kiautschou 60
Kiderlen-Zipfel 145
Kiel 148
Kieler Kanal, siehe Kaiser Wilhelm-Kanal
Kimberley 48
Kionga-Zipfel 149
Kioto 163
Kirchenstaat 13, 90, 369
Kiwu-See 121f.
Kjachta 76
Kleinasien 57, 117
Kleve 219
Knossos 29
Koblenz 70
Koburg 116
Kodok 129
Kola 125
Kolabucht 82
Kolmar 48, 59, 161
Köln 33, 161, 218
Kolumbien 47, 57, 77, 87, 159, 251
Kongo 67, 145, 176
Kongostaat 67, 118, 121f, 244, 262f., 271, 298
Konstantinopel 13, 80ff., 112f., 163ff., 168, 207, 212, 222, 308f., 313
Kopenhagen 161ff., 230, 236, 312
Korea 11, 13, 60, 82, 108, 159, 170, 180, 204, 211f., 257, 278, 290, 301, 302

Digitized by Google

Korfu 63, 72, 130, 222, 249, 275
Korinth 219
Korsen 60
Korsika 30, 147, 222, 274
Kra 313
Krain 376
Krakau 13
Kreta 1, 27ff., 33, 59, 64f., 207, 222
Krim 204, 212, 218, 222, 346
Kroatien 128, 150, 203
Kronborg 63
Kronstadt 63, 164
Kuba 14, 52, 238, 249, 287, 377
Kueit 215, 253
Kufstein 114
Kurden 343, 366
Kurdistan 50, 253, 301
Kurhessen 14
Kurland 204, 225, 373
Kurratschi 78
Kurzebrack 120
Kuschk 210
Kussowo 130, 376
Kwangtschouwan 257
Kwantung 80, 82, 170, 278

Labrador 54, 299
Lanzarote 222
La Paz 169
La Plata 87, 118, 124
Lappen 343
Lausanne 309
Lauter 118
Lechfeld 35, 45, 177, 329, 352
Legnano 35
Leipzig 35, 169, 361
Leitha 118
Lek 259
Lepanto 96, 204
Lettland 13, 133, 364, 375, 378
Lhassa 159
Liautung-Halbinsel 151, 257
Liberia 239f., 292
Liechtenstein 154, 363f.
Lima 65, 204
Limburg, Holl. 212
Limes 111
Lindi 149
Lissabon 163
Litauen 13, 41, 86f., 121f., 132ff., 148ff., 165, 249, 320, 350, 363f., 367, 373, 376
Livland 204
Loanda 224
Lombardei 158
London 40, 77, 80, 126, 136, 139, 163, 167, 212, 218, 225, 235, 270, 308f., 312, 376
St. Lorenzstrom 67, 69, 233
Loreto 65
Loth(a)ring(i)en 48, 90f., 134, 150, 265
Louisiana 67, 229
Lübeck 76, 85, 90, 160, 213, 235
Lucca 14
St. Lucia 231, 243
Lüderitzland 125f.
S. Luiz 224
Lunéville 214
Lützen 208
Luxemburg 13, 153, 195, 210f., 363f.
Luzern 71
Lydien 117
Lynn 40

Maan 85
Maas 51, 95, 112
Macao 153
Madagaskar 63, 72, 94, 166, 230
Madeira 223, 246, 272
Madras 224, 286
Madrid 158f.
Magdeburg 142
Magellanstraße 63, 65, 91, 216
Mailand 40, 158, 169
Main 67, 73, 117, 354
Maine 140
Malabar-Küste 224
Malakka 224, 230, 313
Malaien 94f., 178, 204, 304
Mälarsee 163
Malediven 272
Malmö 82
Malta 63f., 92, 220, 230f., 237f., 322
Mandschurei 11, 60, 150, 257ff., 278, 281f., 287, 294
Manila 55
Manitoba 70
Maoris 204
Marathon 34, 329
Marianen 181, 237
Marignano 355
S. Marino 99
Marmarameer 81, 113
Marokko 13, 93, 100, 144, 168, 215, 223, 243, 245, 256, 263, 277, 290, 295, 306
Marsala 358
Marseille 168, 274, 338
Marshall-Inseln 237
Martinique 272, 297
Massai 26
Massaua 75
Masuren 146
Mauritius 231, 272
Mayas 49
Mazedonien 130, 337, 367, 376
Mazenderan 311
Mecklenburg 157
Medien 117
Mekong 118, 137, 149
Melbourne 272
Memel (Fluß) 68, 121, 148ff., 361
Memel (Stadt und Land) 86, 142, 148, 249, 301, 320
Menam 67
Menorca 238
Mersen 128
Mesopotamien 14, 19ff., 24, 52, 56, 78, 138, 215, 245, 267, 271, 325, 330, 343, 367, 377
Mexiko 27, 47f., 87, 118, 129, 149, 152, 159, 179, 187, 238, 246f., 280, 368, 377f.
Mexikanischer Golf 210
Michigan 293
Milet 217, 219
Mincopies 93
Mingrelien 310
Miquelon 153, 229, 237
Mississippi 67, 149, 229
Mississippi (Staat) 340

Digitized by Google

Mittelmeer 28, 53, 71, 81, 85ff., 207, 307, 348
Moab 117
Modena 14
Mohammerah 215
Moldau 68
Molukken 124, 225
Monaco 99
Mongolei 14, 254, 258
Mongolen 45f.
Montenegro 13, 83, 121, 244
Montevideo 163
Montreal 167f., 233
Morea 222
Moresnet 214
Morgarten 329, 356
Mörissee 21
Moskau 13, 17, 40, 158, 163, 169, 344, 378
Moskitostaat 252f.
Mossul 253
Mozambique 72, 149, 246, 299
Mülhausen 66
München 159f.
Münster 311
Murmanküste 82
Murten 356
Mykenä 28f., 34

Näfels 356
Nagasaki 290
Nanking 13, 165, 260, 331
Nankou-Paß 66
Narowa 119, 220
Narvik 82
Nassau 14
Natal 234, 286
Nauru 237
Nauvor 219
Navarin 96, 204
Neapel 168, 331
Nebraska 292
Nedschd 14, 139, 215
Negapatam 229f.
Nepal 239
Neu-Amsterdam 225
Neu-Braunschweig 233f.
Neu-Delhi 167, 169
Neue Hebriden 214f., 241
Neuengland-Staaten 99, 122, 231ff.
Neu-Frankreich 67
Neufundland 78, 229ff., 299, 319
Neuguinea 94, 178, 237, 239, 270, 272
Neuilly 89
Neukaledonien 296
Neu-Mexiko 293
Neu-Schottland 233f.
Neu-Schweden 225
Neu-Seeland 60, 94, 167, 180ff., 203, 234ff., 263ff., 280f., 299, 339
Neusüdwales 167, 234, 238
Neuwied 111
Newa 72, 79, 163
Newcastle 111
New Jersey 293, 371
New Orleans 229, 293
New York 78, 136, 149, 168, 184, 224f., 293, 331, 371f., 376
Niederlande, s. Holland
Nikaragua 152, 238, 247ff. 301, 312, 377f.
Nikaragua-Kanal 247ff.
Nikaragua-See 251
Nikolajewsk 281
Nil 19, 117, 138, 176
Ningpo 331
Ninive 110
Nizza 274
Norddeutscher Bund 14, 153
Nordsee 72, 85, 88ff., 111, 208, 259, 307
Nordwestprovinz 137
Normandie 221, 348
Normannen 15, 45, 75, 94ff., 178, 218, 220f., 346, 348
Norwegen 13, 40, 45, 51, 58ff., 61, 79, 82, 89, 93ff., 115, 154, 163, 172, 208, 221, 235, 241f., 266, 363, 375
Nowgorod 17, 218
Nürnberg 169
Nyassaland 295
Nymphaeum 308

Ob 311
Oberrheinische Ebene 56
Oberschlesien 135f., 143, 146f., 203, 320, 328
Obock-Kolonie 72
Ocotal 248
Oder 67f., 132, 149, 221
Ofoten 82
Ohio 228, 292
Oman 14
Ontario 233
Oranje-Fluß 119, 125
Oregon 127
Öresund 54, 85, 88, 92, 309ff.
Orinoko 67
Orkney-Inseln 95, 221
Orsova 122
Oslo 95, 163
Osterinsel 63, 94, 174, 181, 237
Österreich 11, 38, 67f., 72, 83ff., 106, 118, 131, 135, 138, 142f., 158, 161, 206, 214, 228, 260, 266, 301, 360, 363ff., 375.
Ostfriesland 102, 143, 152
Ostpreußen 85, 119, 132, 143, 152, 157, 262, 268, 347, 350, 376
Ostsee 72, 76, 79ff., 89ff., 114, 163f, 208, 309ff.
Ottawa 167f.
Oude Ryn 95, 259
Ouessant 7
Oxus 120

Palästina 14, 184, 218, 267, 290, 370ff.
Palau-Inseln 237
Palermo 184
Palma 223
Palmyra 212
Pamir 211
Panama 14, 77, 151ff., 188, 247ff., 377
Panamakanal 54, 63ff., 77, 91, 216, 247ff., 314f.
Panamerika 317ff.
Paneuropa 318ff.
Pannonien 53
Pantellaria 64
Paraguay 86f., 159, 220, 322
Paramaribo 224
Parana 87
Paris 80, 136, 152, 159ff., 274, 338, 376

Digitized by Google

Parma 14
St. Paul 78
Pavia 73
Peipussee 55, 119, 122
Peking 13, 26, 66, 165, 257ff., 303
Penang 287
Pendschab 25, 64
Pennsylvanien 219
Perim-Inseln 63, 91, 237
Pernambuco 224
Persien 12, 27, 36, 48, 72f., 78, 91, 98, 137, 156, 206ff. 239, 245, 256, 290, 311f., 330
Persischer Golf 81, 85, 91, 253
Peru 47, 58, 65, 134, 203, 320, 352, 354
Perugia 53
Peters I.-Insel 51, 242
Petersburg 13, 72, 79, 82, 164f., 169, 344
Petschenga-Bucht 89
Pfalz 67, 109, 118, 205
Pfalzdorf 219,
Phaistos 29
Philadelphia 293
Philippinen 10, 52, 60, 63, 154, 182, 279f., 300f., 338
Phokis 35
Phönizien 31ff., 94f., 217, 244, 367, 373
St. Pierre (Insel) 229, 237
Piktenwall 111f.
Pindos 59
Piräus 164
Pisa 222
Plassey 56, 228
Platää 34
Po 56, 90, 117
Pokrowsk 378
Polen 13ff., 41, 86f., 103, 119, 121, 129ff., 150f., 147ff., 158, 165, 178, 203ff., 215, 249, 285, 314, 337, 346f., 364, 366f., 372, 375f.
Polessje-Sümpfe 52
„Polnischer" Korridor 86, 215
Polozk 221
Polynesien 94, 123, 239
Pommerellen 135
Pommern 68, 85, 132, 149, 227, 376
Pondichéry 72
Pontinische Sümpfe 155
Port Arthur 80, 151ff., 257
Port Royal 228
Port Said 91
Porto Rico 154, 249
Porto Santo 223
Portsmouth 63
Portugal 40, 59, 72, 76, 86, 88, 119ff., 149, 154, 202, 222ff., 246, 260, 266f., 299, 309, 328, 363, 374f,
Poscharewatz 311, 365
Posen 135, 301
Prag 131, 158
Prätoria 166
Preußen 36, 40, 68, 88, 101f., 135, 142f., 147, 152ff., 206, 212, 214, 226f., 230, 355
Prince Edwards-Insel 233
Principe 296
Pruzzen 101, 109
Puerto Casado 220
Pußta 53
Pyrenäen 45, 65, 114, 214, 354

Quebaz 317
Quebec 167, 228, 233
Queensland 234, 236
Quito 169

Rawalpindi 55
Rechen-Scheidegg 138
Regensburg 74
Réunion 72, 230
Reuß 65
Reval 42
Reykjavik 163f.
Rhein 11, 57, 67ff., 87, 95, 108, 111, 114, 117f., 137, 140, 143, 148, 159, 214, 221, 259
Rheinland 67, 73, 191, 203, 263, 272, 273, 337, 376
Rhodos 220, 308
Rhone 117
Riade 45
Riesengebirge 115
Rif 306
Rio de Janeiro 163, 188, 211
Rio Grande del Norte 118
Roer 119
Roeskilde 54
Rokitnosümpfe 177
Rom 22, 31, 34ff., 55f., 70ff. 84, 90, 95ff., 103ff., 117, 162, 168, 176, 195, 204, 207f., 222, 275, 344, 352, 358
Rosporden 275
Roßbach 361
Rotenturmpaß 66
Rotes Meer 85, 88, 91, 255
Rotterdam 168
Rovuma 149
Ruanda 122, 262ff.
Rubicon 117
Ruhr 48, 86, 249f. 331, 361, 368
Rumänien 7, 13, 41, 57, 59, 83, 103, 122, 129ff., 149, 205, 212, 215, 266, 337, 364, 369, 375
Rumeli Hissar 308
Rumeli Kawak 308
Russisi 121, 262
Rußland 44, 46, 51, 55, 58, 60, 77ff., 86ff., 95, 98, 103ff., 118ff., 127, 137, 148, 155, 158, 162f., 169, 172f., 192, 195, 200ff., 218, 221, 230, 241, 250, 254ff., 277ff., 308ff., 330, 346, 348, 357, 364f., 371ff.,
Ryswyk 106, 140, 311

Saalburg 111
Saargebiet 48, 145ff., 212, 246, 254, 270, 307, 337, 363, 366
Saba 27
Sachalin 47, 54, 63, 170, 237, 278, 281
Sachsen 47, 66, 68, 84, 228, 272
Sal 124
Salamis 34, 204f., 329, 362
Salomo-Inseln 237
Saloniki 83f., 146, 247, 347
Saltlake City 219
Salurn 114, 138
Sambesi 26, 144f.

Digitized by Google

Sambre 51
Samoa 10, 154, 214, 237, 241, 263, 270, 290
Samos 222
San Domingo 377
Sandwichinseln 181
San Francisco 77
Sanga 145
San Juan 251f.
San Remo 271
San Salvador 248f.
Sansibar 60, 149, 245
San Stefano 81
Santiago 166
São Paulo 281
São Thomé 296
Saragossa 104, 124f., 223, 328
Sardinien 14, 30, 64, 222
Saskatchewan 70
Saskatoon 70
Sassandra 225
Save 128
Savoyen 274
Scapa Flow 63
Schandau 66
Schanghai 249, 259, 303, 331
Schantung 47, 63, 237, 249, 257ff., 277, 279
Schari 144
Schatt-el-Arab 253
Schelde 51, 138f., 148, 312
Scheveningen 164
Schlei 112
Schlesien 67f., 102, 105, 132, 153, 226, 347, 376
Schleswig 112
Schleswig-Holstein 3, 134, 146, 214
Schlettstadt 161
Schöllenenschlucht 65
Schottland 37, 40f., 310
Schwarzes Meer 28, 79ff., 89f., 113, 217, 308f.
Schwarzwald 59
Schweden 48, 52, 58ff., 82, 88, 100, 115, 118, 139, 148, 154, 163, 175, 199, 208, 225, 230, 235, 260, 310, 362f., 375
Schweiz 57, 60f., 71, 86f., 100, 102, 118, 141, 151, 158, 266, 318, 351, 356, 358, 363f., 375
Schwyz 71
Sedan 35, 361
Seeland, Holld. 138f., 309
Sempach 329, 356
Senegal 224, 226, 229
Serajewo 330
Serbien 13, 83ff., 91, 103, 118, 122, 128f., 159, 205, 346, 366
Seychellen 231
Shetlandsinseln 221
Shimonoseki 207, 257, 277, 305
Siam 48, 67, 118, 137, 149, 211, 239, 243, 257, 287
Sibirien 52, 58, 69, 76ff., 151, 159, 194, 201, 204, 237, 265, 311, 343
Sidon 31, 219
Siebenbürgen 57, 66, 135, 218, 346
Siebengebirge 368
Sierra Leone 232
Sigtuna 163
Silva Carbonaria 51
Simla 138
Simoda 305
Sinai 28, 165
Singanfu 165
Singapur 63, 78, 91, 153, 178, 194, 281, 287, 313
Sinope 96, 207
Sizilien 1, 14, 15, 30, 64, 205, 218, 221, 273, 297
Skagen 92
Skutari 164
Smolensk 221
Smyrna 146f., 222, 347
Somaliland 72, 245, 272
Sophie Luise, Fort 226
Söul 159
Spanien 30, 40f., 46ff., 57ff., 76, 87, 91, 100, 102, 119, 123ff., 146, 154, 158, 168, 177, 202ff., 215, 222ff., 239, 265f., 306ff., 324, 328, 357, 363, 375
Sparta 62, 173, 284, 344
Spitzbergen 154, 194, 196, 241f., 310f.
Stettin 86, 132, 149, 227
Stiller Ozean 54, 79, 182, 278ff., 311
Stockholm 68, 139, 163, 227, 362
Straits Settlements 272, 287
Stralsund 33, 221
Straßburg 129, 140, 161, 205
Stuttgart 158ff., 169
Sucre 159
Südafrika 48, 87, 105, 126, 162, 166, 234ff., 246, 263, 265, 271, 281ff., 299, 304, 318, 323, 339, 358
Sudan 26f., 52, 138, 214, 330, 338, 377,
Südaustralien 234
Süd-Carolina 340
Sudeten 65
Süd-Georgien 243
Süd-Orkneys 243
Südpolarland 242f.
Südsee 93, 173f., 178, 194, 266, 309, 342
Südslawien 13, 41, 84f., 90, 130, 133, 209, 266, 337, 363ff., 375
Südtirol 91, 131, 134, 138, 300f., 337, 364, 367, 376
Südwestafrika 48, 119, 125f., 166, 237, 264
Suez 91
Suezkanal 54, 63, 70, 76f., 85, 88, 91, 138, 306, 313ff., 330
Sululand 243, 255, 286
Sumatra 229f.
Sunda-Inseln 59, 224, 280
Sundgau 150
Sungari 111
Sutschou 111
Sveaborg 63, 164
Swakopmund 166
Sydney 239, 272
Syrakus 218, 344
Syrien 14, 267, 290ff., 301, 342, 358
Szetschuan 122

Tabora 166
Tacna 134, 321
Tagliamento 117
Tahiti 245
Tajo 149
Takorady 226
Taku 165
Tamatave 166
Tana 222

Digitized by Google

Tanga 288
Tanganjika-See 121, 166
Tanger 14, 92, 168, 215, 244, 306, 320
Tannenberg 220, 353
Tara 102
Tara-Fluß 121
Tarapaca 134
Tartessos 27, 32, 164
Tasmanien 180, 234f.
Taurus 66
Taygetos 59
Teheran 210, 213, 245
Tel Awiw 371
Tel el Kebir 77
Teneriffa 223
Tessin 57
Teufelsinsel 63, 194
Teutoburger Wald 137
Texas 128
Texel 54
Theben (Äg.) 110, 344
Theben (Griech.) 35
Theiß 53
Themse 40, 225
S. Thomas 226
S. Thomé 224
Thüringen 13, 116, 159, 161
Thüringer Wald 116
Tiber 35, 90, 208
Tibet 57, 60, 86, 137, 159, 239, 257, 294
Tientsin 259f.
Tigris 19ff., 25, 50
Tilsit 107, 148, 152
Timbuktu 26
Timok 130, 376
Tirana 164, 212, 255
Tirol 57f., 65, 138, 147
Tobago 225f., 231
Tobolsk 309
Togo 119, 149, 203, 237, 264ff., 303
Tokio 77f., 163f.
Toltekenreich 27, 49
Tondern 134, 301
Tonga-Inseln 181, 245
Tongking 243, 245, 290
Tordesillas 104, 123ff., 223
Torne-Fluß 118
Toskana 14
Totes Meer 199, 333
Tours 45, 177, 329, 352
Trafalgar 7, 204, 231
Trajanswall 111f.
Tranquebar, Fort 226
Transjordanien 14, 85, 245, 267, 333, 377
Transsylvanische Alpen 66
Transvaal 286
Trave 109
Trentino 138
Trentschin 131
Treviso 222
Triest 84, 145f., 276, 347
Trinidad 230
Tripolis 243, 272f.
Tristan d'Acunha 78, 231
Troja 28f., 164, 173
Tsadsee 144
Tschataldscha 112
Tschechoslowakei 13, 41, 86f., 103, 131ff., 142f., 160, 204, 337, 364, 367, 375f.
Tsinanfu 250
Tsingtau 63, 153, 257, 277
Tsushima 72, 80, 204
Tunis 30f., 46, 244f., 256, 273ff., 296
Türkei 13, 74, 87, 95, 98, 101, 106, 121, 132, 154f., 164f., 168f., 205ff., 212, 214, 236, 246, 249, 253, 256, 270f., 308f., 313, 365
Turkmantschai 311
Tutuila 154
Tydal-Gebirge 58, 115
Tyrus 31f., 219

Ubangi 118
Uganda 295, 304
Ulster 143, 234, 363
Ungarn 13, 45, 53, 56, 65, 83ff., 106, 109, 118, 122, 128, 141, 149, 155, 158, 160, 206, 214, 218, 343, 360, 364f., 373, 375
United Kingdom 235
Unterwalden 71
Ur 21, 25
Ural (Fluß) 117
Ural (Gebirge) 58
Urgel 214
Uri 71
Urner Loch 65
Uruguay 118, 166, 211, 276, 318.
Urundi 122, 262ff.
Usboi 120
Uspallata-Paß 58
Utrecht 106, 120
Üxküll 117

Vaidabai 125
Valparaiso 58, 166
Vancouver 127, 233
Vandalenreich 31, 46
Venedig 2, 36, 62f., 76, 88, 98, 101, 145, 219ff., 309, 311
Venezuela 47, 58, 67, 219
Vercellä 176
Verde, Kap 221
Verdun 90
Ver. Staaten 7, 10, 25, 40, 47, 52, 63, 76f., 93, 107, 118ff., 140, 149ff., 162, 168, 182ff., 191, 195ff., 204f., 209, 231ff., 247ff., 265ff., 276ff., 288, 292f., 311, 314ff., 332f., 340, 346, 350, 357, 371f., 377
Veroneser Klause 276
Versailles 106, 120, 210, 361
Versoix-Bach 118
Via Appia 36
Victoria (Staat) 234
Victoriafall 144
Vierwaldstätter See 71
Vincent Pinçon (Fluß) 120
Virginien 228
Vogesen 58, 114, 117
Völkerbund 86, 119, 122, 135, 150, 165, 185, 202, 238f., 250ff., 262ff., 282, 294, 296, 299, 301, 318ff., 328, 367, 375
Volta-Fluß 119, 149
Vorpommern 227

Waadt 118
Waal 95
Wahabiten 85, 253
Wahlstadt 45, 177, 329, 352
Wahuma 26
Walcheren 55
Waldeck 13
Wales 48, 60f.
Walfischbai 126
Wallis 254

Digitized by Google

Wallonen 139, 149
Warschau 136, 158, 184, 254, 376
Washington 168, 252, 293, 331, 378
Weichsel 67f., 86, 109, 119f., 147, 220
Weihaiwei 153, 257
Weimar 159
Weißes Meer 17, 79f., 309
Weißrußland 132
Westaustralien 234
Westfalen 254
Westindien 94, 230
Westminster 225
Wetterau 73
Wien 13, 82, 160ff., 177, 205
Wieringen 62
Wilna 134, 165, 249,
Windhuk 166
Winnipeg 70, 167
Wirunga-Gebirge 262
Wisby 218, 221
Wismar 72, 139
Witebsk 221
Wladiwostok 80, 82, 281
Wolga 40, 218f., 346
Wolgadeutsche Republik 378
Wrangel-Insel 77f., 241
Württemberg 84, 158
Wyk to Duurstede 259

Xerez de la Frontera 208

Yarmouth 40
Yemen 74, 139, 255, 277
Yokohama 164
Yokosuka 164
Yssel 95

Zara 238
Zieckau 196
Zionistenstaat 370ff.
Zürich 162
Zuyderzee 62, 71, 95, 155, 354

Digitized by Google

KJELLÉN-HAUSHOFER

DIE GROSSMÄCHTE

VOR UND NACH DEM WELTKRIEGE

23. Auflage der „Großmächte" Rudolf Kjelléns

2. Auflage der Neubearbeitung in Verbindung mit Prof. Dr. *H. Hassinger*, Prof. Dr. *O. Maull* und Prof. Dr. *E. Obst* hrsg. von Prof. Dr. *K. Haushofer*

Mit 1 Bildnis Kjelléns und 80 Textskizzen. Geb. *RM* 12.—

Aus den Urteilen:

„... Es würde um Deutschland übel aussehen, wenn es unter dem Druck der augenblicklichen Not, so schwer sie auch sein mag, den Blick verlieren würde für diese Bewegungen und Entwicklungen, die unter Umständen eine schwere Erschütterung aller heutigen welt- und staatspolitischen Verhältnisse herbeiführen und das augenblickliche Weltbild völlig ändern können. Sie zu verstehen und zu verfolgen bietet das Buch eine vortreffliche geistige Handhabe. Das Erbe Kjelléns ist von den Bearbeitern in würdiger, pietätvoller Weise ausgebaut worden; *das Buch möge* in gleicher Weise wie seinerzeit das ursprüngliche Werk seinen *starken Einfluß auf die heutige Generation ausüben, sie in Weltteilen denken lehren.*" *(Kölnische Zeitung.)*

„Um weit mehr als eine kleine Überarbeitung des bahnbrechenden Werkes Kjelléns handelt es sich hier; *haben doch die bekannten Neubearbeiter Kjelléns geistiges Dauergut gewissermaßen hereinwachsen lassen in die jüngste Vergangenheit*, so beispielsweise Haushofer für die geopolitische Ostasienbilanz. Reich (geographisch gedacht), Volk, Haushalt, Gesellschaft und Regiment sind die Gesichtswinkel, unter denen Kjellén seine Großmächte betrachtet ..." *(Die Umschau.)*

„Aus dem Buche ist also fast *eine politische Geographie der ganzen Welt* geworden, denn es bleiben kaum noch Gebiete übrig, die hier nicht erfaßt sind. Gerade deshalb aber ist diese 22. Auflage der ‚Großmächte' Kjelléns für jeden wertvoll, der die weltpolitischen Zusammenhänge verstehen will. Er findet hier leicht faßliche und mit gut zusammengefaßtem Material, darunter vielen graphischen Darstellungen, ausgestattete Darlegungen." *(Der Jungdeutsche.)*

„Das Ganze ist bemerkenswert geschickt in sich ausgeglichen und mit einer Fülle gut gelungener Kartenskizzen versehen. Inhaltlich erhält man von jeder Großmacht ein knappes, aber alle wichtigen Probleme scharf beleuchtendes Bild. *Glänzend sind* auf knappem Raum *die mannigfaltigen inner- und außenpolitischen Probleme des neuen Rußland geschildert*! Ganz erstmalig in dieser Behandlungsart erstehen auch die lateinamerikanischen Fragen vor uns. Und so gibt es eine Fülle des Anregenden: deshalb greife man zu diesem Buche!" *(Zeitschrift für Völkerrecht.)*

„*Die schwierige Aufgabe, die weltpolitischen Ergebnisse des letzten Jahrzehnts* im Rahmen des vorliegenden Werkes und *im Geiste Kjelléns zur Darstellung zu bringen*, ist in der Neubearbeitung *vortrefflich gelöst*. Wie das ursprüngliche Werk, so wird auch die neue Bearbeitung schnell ihren Platz in der Handbibliothek des Geschichtslehrers und des Geographen sich erringen." *(Nationale Erziehung.)*

„*Das Buch gehört* eigentlich *in die Hand eines jeden deutschen* und der deutschen Sprache mächtigen *Zeitungslesers*, sofern er das Bedürfnis hat, den politischen Teil seiner Zeitung nicht nur zu lesen, sondern ihn auch in dem großen Zusammenhang der weltpolitischen Geschehnisse und Entwicklungen zu überdenken und zu verstehen."
(Deutsche Übersee-Zeitung.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Englands Weltherrschaft

Von Prof. Dr. *A. Hettner*, Heidelberg. 4., umgearb. Aufl. des Werkes: Englands Weltherrschaft und der Krieg. Mit 38 Karten i. T. [VI u. 219 S.] 8. 1928. Geb. *RM* 9.—

„Dieses Werk eines führenden deutschen Geographen darf als eines der besten deutschen Bücher zur Einführung in das Verständnis Englands bezeichnet werden. Außer durch Sachlichkeit ist es unter anderem durch Klarheit, durch eine hohe Anschaulichkeit und durch kraftvolle Kürze ausgezeichnet." (Prof. J. Hashagen in „Die Umschau".)

„Diese neue Auflage ruht vollständig auf den heute entscheidenden politischen Bedingungen. Damit darf das ausgezeichnete Buch als Führer zu weltpolitischer Erkenntnis gelten. Die Grundlagen weltgeschichtlicher Betrachtung sind hier gegeben. Eine so sachliche Schulung zum ‚Denken in Kontinenten' dürfte nicht sobald wieder zu finden sein. Die ruhige Art der Schilderung Hettners, seine klassisch einfachen Schlußfolgerungen aus den gegebenen Tatsachen wie die Ehrlichkeit seiner Untersuchungen sind derart bezwingend, daß jeder das grundlegende Werk mit steigendem Gewinn wiederholt lesen wird." (Deutsche Zeitung.)

Irland

Von Dr. *M. F. Liddell*, M. A., Ph. D., Lector a. d. Univ. Birmingham, England. [176 S.] gr. 8. 1931. (Handbuch der engl. u. amerikan. Kultur.) Geh. *RM* 6.80, geb. *RM* 8.40

Das Werk bietet zunächst einen kurzen Überblick über die Geschichte Irlands mit einem eigenen Abschnitt über die Sinn Fein Bewegung und die Gründung des irischen Freistaates. Sodann schildert es knapp, aber grundlegend Verfassung, Bevölkerung und Wirtschaft, Religion und Kultur, die politischen Parteien und Probleme des heutigen Irland, des Freistaates sowie des Nordens.

Indien unter britischer Herrschaft

Von Dr. *J. Horovitz*, Prof. a. d. Univ. Frankfurt a. M. Mit 2 farb. Karten. [IV u. 136 S.] gr. 8. 1928. (Handbuch d. engl. u. amerikan. Kultur.) Geh. *RM* 4.80, geb. *RM* 6.—

„Das Buch von Horovitz verdient uneingeschränkte Empfehlung: es gibt in deutscher Sprache gegenwärtig kein Werk, das so zuverlässig, so kurz und doch so eingehend über Britisch-Indien orientiert wie dieses." (Zeitschrift für Politik.)

Japan und die Japaner

Eine Landeskunde. Von Dr. *K. Haushofer*, Prof a. d. Univ. München. Mit 11 Karten i. T. u. a. 1 Taf. [VI u. 166 S.] gr. 8. 1923. Kart. *RM* 5.—, geb. *RM* 6.—

„Das Buch ist eine Tat, für die dem Verfasser nicht nur die deutsche Wissenschaft, sondern das ganze deutsche Volk großen Dank schuldet. Es sollte die weiteste Verbreitung finden." (Prof. Dr. E. Obst im „Hannoverschen Kurier".)

„An Landeskunden fremder Länder haben wir keinen Mangel; aber selten kannten die Verfasser ihre Länder auch wirklich von Grund aus, wie Haushofer. Er sieht das japanische Problem als Gelehrter, als Offizier, als Politiker und als Mensch, gewissermaßen vierdimensional. Das gibt seiner Darstellung eine unglaubliche Plastik.... Diese Japankunde ist Haushofers reifstes Buch." (Deutsche Rundschau.)

China

Eine Landes- und Volkskunde. Von Dr. *G. Wegener*, Prof. a. d. Handelshochsch. in Berlin. Mit 30 Abb. auf 16 Taf. u. 22 Textskizzen. [VI u. 232 S.] gr. 8. 1930. Geh. *RM* 10.—, geb. *RM* 12.—

„Der weitgereiste Verfasser ist nicht nur in der einschlägigen Literatur wohl bewandert: er kennt das Reich der Mitte ebenfalls gründlich aus eigener Beobachtung, die er auf zahlreichen Reisen gewonnen hat. Sein Werk ist eine systematisch und methodisch gut aufgebaute, fesselnd geschriebene Darstellung der Landesnatur, des chinesischen Volkes und dessen politischer Geschichte der neuesten Zeit. Auswahl und Wiedergabe der zahlreichen Kärtchen und Abbildungen sind mustergültig. Wegeners ‚China' dürfte in keiner geographischen Bibliothek fehlen." (Der Schweizer Geograph.)

„Alles in allem: Die Chinakunde hat in Wegeners Buch einen großen Schatz erhalten." (Hannoversches Tageblatt.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Die Philippinen

Ein kulturgeographischer Rück- und Ausblick. Von Dr. *W. Tuckermann*, Prof. a. d. Handelshochsch. in Mannheim. [V u. 128 S.] gr. 8 1926. (Geographische Schriften, hrsg. von Prof. Dr. *A. Hettner*. Heft 2.) Kart. *RM* 6.—

„... Vielleicht nur, wer sich selbst schon sehr eingehend mit der Philippinenfrage beschäftigt hat, kann ermessen, welcher Grad von auswählender landeskundlicher Schilderungskunst in der landeskundlichen Übersicht liegt So ist dort ein Kabinettstück kolonialer Geopolitik entstanden." **(Geographische Zeitschrift.)**

„In trefflicher, scharf umrissener und zugespitzter Weise unterrichtet das Buch nicht bloß über die allgemeine Geographie der Inselwelt, sondern vor allem über das eigenartige kulturelle Mischgebiet der an alten Kulturen so überaus reichen asiatischen Welt, gestützt auf eine nicht leicht zugängliche Literatur." **(Kölnische Zeitung.)**

Moderne Industrien im tropischen Afrika

Eine wirtschaftsgeographische Studie. Von Dr. *H. Müller-Miny*, Bonn a. Rh. [V u. 133 S.] 8. 1928. (Geographische Schriften, hrsg. von Prof. Dr. *A. Hettner*. Heft 3.) Kart *RM* 5.60

„Eine aus dem Seminar von Prof Dr. Thorbecke in Köln hervorgegangene Monographie, die außerordentlich instruktiv ist, indem sie zum ersten Male die Anfänge afrikanischer Industrie systematisch darstellt." **(Mitteilungen der deutschen Kolonialgesellschaft.)**

Die Union von Südafrika und ihre Bevölkerung

Von Dr. *R. Narath*, Upsala/Schweden. Mit 2 Taf. [IV u. 262 S.] 8. 1930. (Geographische Schriften, hrsg. von Prof. Dr. *A. Hettner*. Heft 6.) Geb. *RM* 12.—

Ausgehend von der Volkszählung von 1921 bietet der Verfasser eine eingehende länderkundliche Darstellung der Union von Südafrika unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Bevölkerungsverhältnisse. Zur Erläuterung sind zwei ausgezeichnete Tafeln beigegeben, die die Bevölkerungsdichte und die Verteilung der verschiedenen Rassen veranschaulichen.

Der Gang der Kultur über die Erde

Von Prof. Dr. *A. Hettner*, Heidelberg 2., umgearb. u. erw. Aufl. [VI u. 164 S.] 8. 1929. Geh. *RM* 6.—, geb. *RM* 8.—

„Das Buch ist eine Betrachtung der menschlichen Geschichte in ihren Grundzügen aus dem Gesichtspunkte des Geographen, der dabei natürlich — mit voller Absicht — das Ringen mit den widerstrebenden Kräften der Natur besonders scharf herausarbeitet, geschrieben mit der umfassenden Tatsachenerkenntnis und dem maßvollen Urteil, die den Verfasser auszeichnen."
(Prof. Dr. W. Vogel in „Petermanns Geographische Mitteilungen".)

Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie

Von Geh. Reg. Rat. Dr. *K. Sapper*, Prof. a. d. Univ. Würzburg. 2 Aufl. Mit 66 kartogr. u. stat.-graph. Darstellungen. [VIII u. 392 S.] gr. 8. 1930. Geb. *RM* 18.—

„Man wird die Sappersche Wirtschafts- und Verkehrsgeographie heute als das beste Buch dieser beiden allgemein geographischen Disziplinen bezeichnen können." **(Zeitsch. f. Geopolitik.)**

„Die vielfachen Bemerkungen vor allem über Natur, wirtschaftliche und verkehrliche Problematik der Tropen, gehören mit zu dem Besten, was über diesen Gegenstand geschrieben worden ist." **(Prof. Dr. E. Obst in „Deutsche Literaturzeitung".)**

Der Weltluftverkehr

Seine Entwicklung, Geographie und wirtschaftliche Bedeutung. Von Dr. *C. H. Pollog*, Köln. [IV u 94 S.] 8. 1929. Mit 6 Kartenskizzen u. 12 Abb. auf 6 Taf Kart. *RM* 5.—

„Unter den zahlreichen Schriften, die den so rasch volkstümlich gewordenen Luftverkehr behandeln, darf man die vorstehende unbedenklich als die wissenschaftlich höchststehende bezeichnen. Auf verhältnismäßig knappem Raum findet sich eine gewaltige Fülle wissenswerten und zuverlässigen Materials, durch gute Kartenskizzen und vortreffliche Tabellen noch anschaulicher gemacht Zurzeit wüßten wir kein vortrefflicheres Orientierungsmittel, sich über den Stand des Luftverkehrs in allen Ländern der Welt zu unterrichten, als die Pollogsche Schrift." **(Jahrbücher für Nationalökonomie.)**

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Volkscharakter und Wirtschaft. Ein wirtschaftsphilosophisches Essay. Von Dr. *H. Levy*, Prof. an der Techn. Hochschule in Charlottenburg. [VIII u. 128 S.] 8. 1926. Geh. *RM* 4.20, geb. *RM* 5.60

Die Grundlagen der Weltwirtschaft. Eine Einführung in das internationale Wirtschaftsleben. Von Dr. *H. Levy*, Prof. an der Techn. Hochschule in Charlottenburg. [X u. 185 S.] gr. 8. 1924. Geh. *RM* 5.—, geb. *RM* 7.—

Der Weltmarkt 1913 und heute. Von Dr. *H. Levy*, Prof. a. d. Techn. Hochschule in Charlottenburg. [IV u. 116 S.] gr. 8. 1926. Kart. *RM* 4.—

Das deutsche Wirtschaftsleben seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Von Geh. Reg.-Rat Dr. *L. Pohle*, weil. Prof. a. d. Univ. Leipzig. Neubearb. u. erg. von Dr. *M. Muß*, Prof. a. d. Techn. Hochschule in Darmstadt. 6. Aufl. [IV u. 180 S.] 8. 1930. Geh. *RM* 3.60, geb. *RM* 4.80

Deutsche Handelspolitik. Eine Einführung von Dr. *Th. Plaut*, Prof. a. d. Univ. Hamburg. 2. Aufl. [XIII u. 258 S.] 8. 1929. Geh. *RM* 8.—, geb. *RM* 10.—

Agrarpolitik in Theorie, Geschichte und aktueller Problematik. Von Dr. *K. Bauer-Mengelberg*, Privatdoz. a. d. Handelshochschule Mannheim u. Prof. a. Staatl. Berufspädagog. Institut Frankfurt a. M. [VIII u. 248 S.] gr. 8. 1931. Geh. *RM* 5.—, geb. *RM* 6.40

Die Vereinigten Staaten von Amerika als Wirtschaftsmacht. Von Dr. *H. Levy*, Prof. an der Techn. Hochschule in Charlottenburg. [VI u. 135 S.] gr. 8. 1923. Kart. *RM* 4.—

Grundzüge der Länderkunde. Von Prof. Dr. *A. Hettner*, Heidelberg.
Bd. I: Europa. 4., verb. Aufl. Mit 4 Taf., 269 Kärtchen u. Fig. i. T. [XI u. 383 S.] gr. 8. 1927. Geb. *RM* 14.—
Bd. II: Die außereuropäischen Erdteile. 4., verb. Aufl. Mit 222 Kärtchen u. Diagrammen. i. T. [VI u. 488 S.] gr. 8. 1930. Geb. *RM* 18.—

Geographische Zeitschrift. Hrsg. von Prof. Dr. *A. Hettner*, Heidelberg. 36. Jahrgang. 1930. 10 Hefte. Halbjährl. *RM* 12.—

Geographisches Wörterbuch. Allgemeine Erdkunde. Von Prof. Dr. *O. Kende*, Wien. 2., vielfach verb. Aufl. Mit 81 Abb. i. T. [VI u. 238 S.] kl. 8. 1928. (Teubners kleine Fachwörterbücher Bd. 8.) Geb. *RM* 6.—

Anthropologie. Unt. Mitarbeit hervorragender Fachgelehrter hrsg. von Geh. Med.-Rat Dr. *G. Schwalbe*, weil. Prof. a. d. Univ. Straßburg, u. Dr. *E. Fischer*, Prof. a. d. Univ. Berlin. Mit 29 Taf. u. 102 Abb. [VIII u. 684 S.] 4. 1923. (Die Kultur der Gegenwart, hrsg. von Prof. Dr. *P. Hinneberg*. Teil III, Abt. V.) Geb. *RM* 29.—, in Halbleder *RM* 34.—

Die Verbreitung des Menschen auf der Erdoberfläche (Anthropogeographie). Von Dr. *N. Krebs*, Prof. a. d. Univ. Berlin. Mit 12 Abb. i. T. [122 S.] kl. 8. 1921. (ANuG Bd. 632.) Geb. *RM* 2.—

Politische Geographie. Von Dr. *W. Vogel*, Prof. a. d. Univ. Berlin. Mit 12 Abb. i. T. [134 S.] kl. 8. 1922. (ANuG Bd. 634.) Geb. *RM* 2.—

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

YD063363

Digitized by Google

Digitized by Google